Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Aleksandr Galkin

Deutschland, Russland, Komintern

I. Überblicke, Analysen, Diskussionen

Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts

Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein · Marc Ferro · John Haynes · Eric Hobsbawm † · Jerzy Holzer · Moshe Lewin † · Ulrich Mählert · Michal Reiman · Andrej Sorokin · Brigitte Studer · Aleksandr Čubarjan · Hermann Weber · Serge Wolikow

Band 5

Hermann Weber, Jakov Drabkin,
Bernhard H. Bayerlein, Aleksandr Galkin

Deutschland, Russland, Komintern
I. Überblicke, Analysen, Diskussionen

Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918–1943)

Redaktion: Bernhard H. Bayerlein und Gleb J. Albert

DE GRUYTER

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums des Inneren für die „Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, Berlin-Moskau (Vorsitz: Horst Möller und Aleksandr Čubarjan).

Mit Unterstützung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim, des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam, und des Instituts für soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum.

ISBN 978-3-11-030098-7
e-ISBN 978-3-11- 030134-2
ISSN 2197-6856

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Bildnachweis Umschlag: Folke Hanfeld, Tatlin-Turm auf der Tempelhofer Freiheit (2012). Der Turm wurde 1919 von Wladimir Jewgrafowitsch Tatlin als Modell für die III. Internationale entworfen. Nach der deutschen Wiedervereinigung gründete sich der Verein „Tatlinturm Berlin e. V.“, der die Idee verfolgte, den Turm als Manifest der kulturellen Avantgarde des 20. Jahrhunderts in Berlin zu errichten.

Satz: Michael Peschke, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Überblick über die Edition

I. Überblicke, Analysen, Diskussionen

II. Dokumente (1918–1943)

Inhalt

Vorwort: Nach der Archivrevolution

Neue Perspektiven auf das deutsch-sowjetische Verhältnis und die Geschichte des deutschen Kommunismus

„Deutschland und die Komintern"/„Die Komintern und Deutschland": Der Titel weckt Assoziationen zu den revolutionären Novembertagen in Deutschland, dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Karl Radeks Verhandlungen mit Walther Rathenau, Lenins Schwur, auch für die Revolution in Deutschland zu sterben, sowie zu den geheimen Netzwerken und Instrukteuren zwischen Moskau und Berlin. Schließlich zum Rapallo-Vertrag, dann zu der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee oder den Protesten der Regierung in Berlin gegen die Verflechtungen des Sowjetstaates mit den Aktivitäten der Kommunistischen Internationale. Die Assoziationen reichen von der Revolution, die ihre Kinder entlässt, zum „Tagebuch der Hölle", vom antifaschistischen Widerstand und der „deutschen Volksfront", zum Stalin-Hitler-Pakt und den dunklen Jahren, bis hin zur Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Das 20. Jahrhundert wurde zum „Zeitalter der Extreme" (Eric Hobsbawm), doch auch zum „sowjetischen Jahrhundert" (Moshe Lewin). Die deutsch-russischen bzw. -sowjetischen Beziehungen erhielten eine besondere Bedeutung.

Die vorliegende Quellenedition vermittelt diese Entwicklung und bringt neue Einsichten. Über 500 Dokumente, davon beinahe 300 Erstveröffentlichungen, sowie mehr als 160 deutsche Erstveröffentlichungen zeigen die Beziehungen der 1919 gegründeten und 1943 von Stalin aufgelösten Kommunistischen Internationale sowohl zur Moskauer Führung als auch zur Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Damit wird die Sicht auf das Verhältnis zwischen Komintern (Kommunistische Internationale) und Deutschland neu beleuchtet. Die drei umfangreichen Einführungen von Hermann Weber, Jakov Drabkin und Bernhard H. Bayerlein vertiefen durch die Einbeziehung des gegenwärtigen Forschungsstandes den Blick. Aleksandr Galkins Text fasst die Vorgeschichte des Internationalismus zusammen. Dadurch werden dem Leser die Ereignisse zwischen 1918 und 1943 verständlich gemacht.

Die Kommunistische Internationale war der Zusammenschluss der kommunistischen Parteien aller Länder mit dem Ziel der Weltrevolution, also der Machteroberung der Kommunisten. Dies sollte durch eine straffe Organisation erreicht werden. Die Kommunistische Internationale war strikt zentralisiert. Die Mitgliedsparteien hatten als bloße „Sektionen" die jeweilig gültige Generallinie zu befolgen, die vom Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) in Moskau bestimmt wurde. Da die Kommunisten nur in Russland gesiegt hatten, beherrschte ihre sowjetische Staatspartei rasch diese Weltbewegung. Die Dominierung der Kommunistischen Internationale durch die sowjetischen Kommunisten tangierte die Verbindungen zur KPD und damit auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrussland. In der Ära Stalin geriet die Kommunistische Internationale völlig unter das Diktat Moskaus. Die historischen

Phasen dieser Entwicklung sind in den Einleitungen beschrieben und werden durch die neuere Forschung belegt.

Die Darlegung erfolgt in fünf zeitlichen Abschnitten, wobei die übliche Periodisierung der KPD-Geschichte mit den zeitlichen Etappen der Komintern bzw. der Sowjetunion verknüpft wird. Diese fünf Kapitel sind zunächst zusammenfassend und in Kurzform charakterisiert (siehe die Einleitung von Hermann Weber). In dieser Edition wird der Verlauf der Beziehungen zwischen KPD und Kommunistischer Internationale in den verschiedenen Perioden von ihrer Gründung bis zur Auflösung anhand neu zugänglicher Archivalien nachgezeichnet. Damit finden in einem systematischen Kontext erstmals die Beziehungen zwischen der Komintern, der KPD als ihrer stärksten Sektion außerhalb Sowjetrusslands, sowie den Führungsorganen der KP der Sowjetunion vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs detaillierte Beachtung.

Dargestellt werden Wirkungsmechanismen und personelle wie strukturelle Netzwerke offizieller sowie informeller Natur zwischen der Sowjetspitze, der Komintern-Führung und der KPD-Zentrale. Diese waren insgesamt für die deutsch-russischen Beziehungen relevant. Sie erscheinen vielschichtiger, als dies bisher oft geschildert wurde. Die unterschiedlich ausgeprägte, jedoch immer vorhandene Dominanz Moskaus im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung wird in den verschiedenen Phasen der KPD- bzw. Komintern-Entwicklung dokumentiert. Neue und teilweise überraschende Einsichten betreffen Facetten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, die die in der Historiographie noch vorhandenen Lücken zwischen KPD- und Kominterngeschichte einerseits und der Geschichte der Sowjetunion andererseits schließen helfen.

Im Rahmen des Projekts konnte darüber hinaus eine Sichtung der Akten des sowjetischen Politbüros vorgenommen werden, begünstigt durch die seitens der russischen Archivverwaltung und des Russischen Staatsarchivs für soziale und politische Geschichte (RGASPI) herausgegebenen Dokumentensammlungen. Nachdem bereits ein Inventar der Tagesordnungspunkte in der Regie des RGASPI veröffentlicht wurde, erschien Ende 2004 eine russische Edition mit 522 Dokumenten des sowjetischen Politbüros zur Komintern für den Zeitraum von 1919 bis 1943.[1] Nach weiteren Recherchen konnte mit diesem Band erstmals eine (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) systematische Erfassung der Beschlüsse des sowjetischen Politbüros zum Gesamtkomplex Komintern, KPD und deren Rolle für die deutsch-russischen Beziehungen vorgelegt werden.

Die hier wiedergegebenen fast 1.000 Beschlüsse (!) zeigen die überragende Bedeutung der russischen bzw. sowjetischen Seite. Sie liefern den Beleg dafür, dass zur Einschätzung der Beziehungen zwischen KPD und der („russisch" dominierten) Komintern die duale Struktur nicht ausreicht. Vielmehr handelt es sich um drei zen-

---

1 Siehe G. M. Adibekov, Ž. G. Adibekova, L. A. Rogovaja, K. K. Širinja (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004.

trale Netzwerkachsen: KPD sowie Komintern wurden von der übergeordneten und im Verborgenen wirkenden Ebene des sowjetischen Politbüros bzw. des sowjetischen Führungszirkels dirigiert. Angesichts dieses dreigliedrigen, hierarchischen Netzwerks wäre es verkürzt, nur von einer Unterordnung der Komintern unter die russische Außenpolitik zu sprechen, vielmehr waren die Komintern und insbesondere die kommunistische Bewegung in Deutschland eine Variable im Rahmen der gesamten sowjetischen Politik.

Dieser Band ist das Ergebnis langjähriger Kooperationen. Hinzukommen Erfahrungen einerseits mit der Kommunismusforschung vor dem Zusammenbruch kommunistischer Regime sowie andererseits mit der seit Gorbatschows Aufbruchszeit und der sich anschließenden „Archivrevolution" einsetzenden Flut neuer Dokumente, vornehmlich aus den russischen, aber auch den westlichen Archiven.[2] Dass die Edition überhaupt geschaffen wurde, ist vor allem der tatkräftigen Unterstützung durch die „Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen" zu verdanken. Die Aufgabe der Deutsch-russischen Geschichtskommission ist es, „die umfassende wissenschaftliche Erforschung der deutsch-russischen bzw. deutsch-sowjetischen Beziehungen im 20. Jahrhundert zu fördern. Zu diesem Zweck erörtert die Kommission Grundsatzprobleme der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, führt internationale Expertengespräche zu einschlägigen Themen durch, initiiert und fördert gemeinsame Forschungs- und Dokumentationsprojekte und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse. Sie will dazu beitragen, den Zugang zu den entsprechenden Archivalien für wissenschaftliche Zwecke zu erleichtern".[3]

Das ist nach den verheerenden Kriegen zwischen beiden Staaten und insbesondere dem Rassen- und Vernichtungskrieg mit dem deutschen Überfall auf die UdSSR sowie der stalinistischen Politik in der SBZ/DDR seit Kriegsende unerlässlich. Gerade auf dem Gebiet der Geschichtsaufarbeitung bleibt die Kooperation wünschenswert, um ein gutes Verhältnis beider Völker, auch ihrer Regierungen, zu erreichen. Unter Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller und Prof. Dr. Dr. h.c. Alexandr Tschubarjan bemüht sich die paritätisch aus deutschen und russischen Historikern und Archivaren bestehende Kommission um Resultate. Das Problem des Zugangs zu den Archiven spielt eine wesentliche Rolle.

Die Arbeit der Deutsch-russischen Geschichtskommission ist schon deswegen begrüßenswert, weil sie deutsche und russische Historiker bei der Erforschung der deutschen und der russischen bzw. sowjetischen Geschichte unterstützt. Der vorliegende Band ist dafür ein gutes Beispiel. Es bleibt zu hoffen, dass die Kommission wie die Wissenschaft beider Länder diese Arbeit weiterhin fortführen können. Dabei ist

2 Siehe hierzu den allgemeinen Literaturüberblick in der einleitenden Darstellung von Hermann Weber.

3 Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Bd. 1. Berlin 2002. S. 4f.

für alle Wissenschaftler die Freiheit eine Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Dazu gehört selbstverständlich – und das beweist diese Edition – der Zugang zu Archiven. Vor allem aber ist die freie und unabhängige Meinungsäußerung des Historikers eine Bedingung wirklicher Aufarbeitung der Geschichte. Auch in der Kommunismusforschung gelten die Grundsätze kritischer Wissenschaft. Das heißt zugleich, dass die Prinzipien freier Forschung stets zu beachten sind. Vereinfachte Erklärungen für komplexe Vorgänge mögen in der Öffentlichkeit „gefragt" sein, der Historiker hat tunlichst die kritische Differenzierung vorzunehmen. Anstelle simpler Schwarz-Weiß-Malerei sind die „Grautöne", die „Zwischentöne" nicht zu vernachlässigen. Die Wissenschaft muss sich deswegen vor der Vereinnahmung durch die Politik ebenso hüten wie vor dem jeweiligen „Zeitgeist". Allerdings darf nicht auf klare grundsätzliche Wertungen verzichtet werden.

Entsprechend dieser Regeln wurde die vorliegende Dokumentation erarbeitet. Die Einschätzungen der einzelnen Forscher zeigen durchaus Unterschiede, die den notwendigen Pluralismus und den gegenseitigen Respekt der Wissenschaftler widerspiegeln. Was die umfangreichen Beiträge der Herausgeber angeht, so ist jeder der Autoren selbstverständlich für seinen Teil allein verantwortlich.

Die „Deutsch-russische Historikerkommission" hat seit ihrer Errichtung 1998 die Erforschung der Kommunistischen Internationale zu einem ihrer Hauptuntersuchungsgegenstände gemacht. Unter der besonderen Fragestellung der Wirkungsmechanismen der Kommunistischen Internationale auf das deutsche Parteiensystem und die deutsch-russischen Beziehungen wurde ein Arbeitsschwerpunkt eingerichtet.[4] Leiter sind von deutscher Seite Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber, von russischer Seite Prof. Dr. Jakov Drabkin und Prof. Dr. Aleksandr Galkin. Im Oktober/November 1999 ergab die Einsicht in Moskauer Archive, dass die sowjetisch-deutschen Beziehungen in einem zentralen Bereich, nämlich zwischen russischen Organen und der kommunistischen Bewegung in Deutschland, vermittelt über die Komintern, erheblich breiter und verbessert dargestellt werden konnten. Dies ermöglichte die Ausweitung des ursprünglich nur auf die zwanziger Jahre beschränkten Vorhabens hin zur Konzeption einer Generaledition unter dem Arbeitstitel „Die Komintern und Deutschland". Dafür sollten zunächst unterschiedliche, jedoch charakteristische Zäsuren durch thematische Teileditionen erschlossen werden.

Als Teilergebnisse bei der Vorbereitung der Gesamtedition wurden drei thematische Bände zu den Beziehungen und der Kommunismusgeschichte publiziert, womit ein Grundstein für das Projekt gelegt wurde. Umfangreiche und geheime Quellen sind in diesen allgemein beachteten Veröffentlichungen zum gescheiterten KPD-Aufstand

4 Siehe hierzu Bernhard H. Bayerlein: Die Komintern und ihre Bedeutung für die deutsch-russischen Beziehungen. In: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Bd. 2. München 2005. S. 106–119.

im Oktober 1923[5], zweitens zum „Thälmann-Skandal“ für die Phase 1928/1929 über die „Wittorf-Affäre“[6] und drittens zum Stalin-Hitler-Pakt und seinen Konsequenzen, für die Beendigung der linken Solidarität 1939 bis 1941[7], abgedruckt. Durch die Herausgabe dieser Dokumentenbände war es möglich in der vorliegenden Gesamtedition darauf zu verweisen und diese drei wesentlichen Themenbereiche straffer darzustellen.

Inhaltliche Orientierungen für die Auswahl der Dokumente beruhten grosso modo auf vier Vorgaben. Erstens ging es um die Beseitigung noch bestehender „weißer Flecken“ in der Historiographie (z. B. zum Verhältnis von sowjetischer Außenpolitik und Kominternpolitik in Bezug auf das Deutsche Reich und zur Haltung von Sowjetunion und Komintern vor und nach Hitlers Machtantritt). Zweitens sollten unterschiedlich und teilweise kontrovers diskutierte Punkte so weit wie möglich geklärt werden (z. B. die sowjetische Haltung gegenüber dem Spartakusbund und der jungen KPD, Lenins und Stalins strategische Konzeptionen und Interventionen in deutsche Komintern-Angelegenheiten usw.). Drittens waren Themenbereiche zu beleuchten, über die bisher aufgrund der äußersten Geheimhaltung nur wenig bekannt war (z. B. Finanzierungsmechanismen, Militärpolitik, internationale Verbindungen). Viertens sollte durch die Eruierung und Darstellung der deutschlandbezogenen Beschlüsse des sowjetischen Politbüros, als oberstem Leitungsgremium nicht nur der Sowjetunion, sondern – was prinzipielle Ausrichtungen, Finanzierungen und personelle Entscheidungen u. a. m. angeht – de facto auch der kommunistischen Weltbewegung, eine Art grober Orientierungsrahmen geschaffen werden. Dieser kann eine Einordnung der vielfältigen Phänomene kommunistischer Politik auch in Bezug auf Deutschland erleichtern. Die Berücksichtigung der genannten vier Ebenen ermöglicht es, die Forschungsdebatte über den sowjetischen und deutschen Kommunismus weiterzuführen. Dabei konnte auf einen wichtigen Bestand von Dokumenten der Komintern aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen werden, die unter der Verantwortung von Prof. Aleksandr Čubarjan von den Projektmitarbeiter/innen Prof. Natal’ja Lebedeva und Prof. Michail Narinskij in den neunziger Jahren herausgegeben wurden.[8] Ebenfalls konnten die Ergebnisse der Editionsarbeiten für einen 2003 in Paris publizierten

5 Bernhard H. Bayerlein [u. a.] (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). Berlin: Aufbau 2003.
6 Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälman-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2). Berlin: Aufbau 2003.
7 Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du.“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4). Berlin: Aufbau 2008.
8 Siehe Natal’ja Lebedeva, Michail Narinskij (Hrsg.): Komintern i Vtoroja mirovaja vojna. Bd. I: Do 22 ijun 1941 g. II: Posle 22 ijunja 1941 g. Rossijskij Akademia Nauk. Instityt Vseobščej Istorii, Gosudarstvennaja Archivnaja Služba Rossii, Rossiskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii. Moskva: Pamjatniki istoričeskoj Mysli. Bd. I: 1994. Bd. II: 1998.

Band mit chiffrierten Telegrammen der Komintern, die gegenwärtig in den russischen Archiven wiederum unzugänglich sind, in den Dokumentenkorpus einfließen.[9]

Ohne die editorischen Erfahrungen und Vorarbeiten der Herausgeber und aller Beteiligten wäre die Verwirklichung eines so anspruchsvollen Vorhabens nicht möglich gewesen. Hermann Weber, Nestor der historischen Kommunismusforschung in Deutschland, hat neben etlichen frühen Editionen, wie „Die kommunistische Internationale“[10] und „Der deutsche Kommunismus“[11], im Jahre 1981 einen umfangreichen Quellenband der Rundschreiben des ZK der KPD veröffentlicht.[12] Jakov Drabkin hat im Rahmen einer von ihm repräsentierten russischen intellektuellen Tradition zwischen Rosa Luxemburg und Lev Kopelev ebenfalls maßgebliche Editionen, vor allem den Band unter dem Titel „Komintern i ideja mirovoj revoljucii“ (Die Komintern und die Idee der Weltrevolution), publiziert.[13] Bernhard H. Bayerlein hat an mehreren internationalen Editionen mitgewirkt oder sie selbst herausgegeben, z. B. die Archive des ehemaligen Komintern-Sekretärs für die romanischen Länder, Jules Humbert-Droz[14], oder die Tagebücher des Komintern-Generalsekretärs, Georgi Dimitrov[15]. Gleb Albert hat substantiell an dem Band „Der Verräter, Stalin, bist Du! Vom Ende der linken Solidarität“ mitgearbeitet.[16] Natal’ja Lebedeva, die als russische Historikerin für ihre Katyn-Dokumentation 2005 den Verdienstorden der Republik Polen erhalten hat, edierte gemeinsam mit Michail Narinskij die grundlegende Arbeit über die Komintern im Zweiten Weltkrieg. Sie wirkte an zahlreichen weiteren Quellenbänden mit, die in Regie des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie

9 Siehe Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern. Paris: Tallandier 2003. (Direction éditoriale: Denis Peschanski).

10 Hermann Weber (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover: Dietz 1966.

11 Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1963.

12 Hermann Weber: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet v. Hermann Weber, bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung v. Johann Wachtler. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 1). Düsseldorf: Droste 1981.

13 Iakov S. Drabkin, Leonid G. Babičenko, Kirill K. Širinja (Hrsg.): Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty. Moskau: Nauka 1998. (Dokumenty Kominterna).

14 Siehe zuletzt Casto del Amo, Siegfried Bahne, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz. III. Les Partis Communistes et l’Internationale Communiste dans les années 1928–1932. Dordrecht/Boston/Londres: Kluwer Academic Publishers 1988; Bernhard H. Bayerlein, André Lasserre (Hrsg.): Engagements à travers le monde. Résistances, conciliations, diffamations. Archives de Jules Humbert-Droz, Bd. IV. Zürich : Chronos 2001.

15 Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943. Aus dem Russischen und Bulgarischen v. Wladislaw Hedeler u. Birgit Schliewenz. 2 vols. II: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit v. Birgit Schliewenz u. Maria Matschuk. Berlin: Aufbau, 2000.

16 Bayerlein, Der Verräter.

der Wissenschaften publiziert wurden.[17] Marianna Korčagina, die das Erscheinen des vorliegenden Bandes leider nicht mehr erleben durfte, war Mitherausgeberin einer Edition über die Komintern und den Faschismus.[18]

Eine Unterstützung des Vorhabens erfolgte durch Persönlichkeiten, Kollegen und Institutionen in vielen Ländern, denen hier herzlich gedankt werden soll. Die Herausgabe dieses Werks wurde durch die Projektunterstützung sowie einen Druckkostenzuschuss seitens der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen" (Berlin/Moskau) ermöglicht. Die Herausgeber und Autoren bedanken sich besonders bei den beiden Ko-Vorsitzenden, Prof. Dr. Dr. h. c. Horst Möller und Prof. Dr. Dr. h. c. Aleksandr Čubar'jan, dem Sekretär der Kommission beim Bundesminister des Innern, Herrn Eberhard Kuhrt und seinen Mitarbeitern. Direktorat, Sekretariat und EDV-Abteilung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, an dem das längerfristige Forschungsprojekt Komintern der Kommission angesiedelt war, standen stets hilfreich zu Seite. Für die organisatorischen Hilfen durch das Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam und das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und seines Direktors Prof. Dr. Stefan Berger sei ebenfalls ganz herzlich gedankt.

Ohne die Unterstützung der Archivare und Bibliothekare des RGASPI, Moskau, des Bundesarchivs, Berlin, der Bibliothek der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, wäre diese Veröffentlichung nicht möglich gewesen. Der Dank gilt besonders Prof. Dr. Aleksandr Čubar'jan von der Akademie der Wissenschaften in Moskau sowie dem Direktor des RGASPI, Dr. Aleksandr Sorokin. Von russischer Seite wurde die Edition von Prof. Dr. Vladimir Kozlov, Dr. Oleg Naumov, Prof. Dr. Kirill Anderson, Prof. Dr. Sergej Mironenko, Dr. Larisa Rogovaja, Dr. Andrej Doronin, Jurij Tutočkin, Valerij Šepelev, Irina Seležneva, Irina Kremen, Larisa Rešetilo und Dmitrij Moiseenko (†) unterstützt. Sylvia Gräfe, Dr. Wilfriede Otto, Andreas Herbst, Ottokar Luban und Ronald Sassning in Berlin, Dr. Freddy Litten aus der Bayerischen Staatsbibliothek in München, dem Leiter des Archivs des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven, Klaus-Peter Kiedel, Frau Heike Müller vom Johann Heinrich von Thünen-Institut, Hamburg, Prof. Dr. Serge Wolikow und Dr. Sonia Combe in Dijon bzw. Paris sowie Prof. Dr. Fridrich Firsov in Boston haben vielfach geholfen. Letzterer hat wie auch in den ersten Anfängen Prof. Dr. Pierre Broué, Grenoble (†) besonders zur Entschlüsselung der Biographien und der Pseudonyme beigetragen. Wertvolle Hilfe bei der Manuskripterstellung und Korrektur kam von Julia Zogel in Köln sowie von Dr. Anne Hartmann vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur in Bochum und Ottokar Luban aus Berlin. Hingewiesen sei noch auf die wichtige Mit-

17 Lebedeva, Narinskij, Komintern i Vtoraja mirovoja vojna.
18 N. P. Komolova, V. V. Dam'e, M.B. Korčagina, K.K. Sirinja (Hrsg.): Komintern protiv fasizma. Dokumenty. Moskva: Nauka 1999. S. 506.

arbeit von Basim Aawais in Mannheim. Für das Zustandekommen der Edition sind wir im De Gruyter-Verlag besonders Frau Dr. Anke Beck als President of Publishing sowie Frau Dr. Julia Brauch als Project Editor und Romina Becker als Lektorin gerne zu Dank verpflichtet. Trotz des Zeitdrucks trugen sie immer zu einer produktiven und angenehmen Arbeitsatmosphäre bei.

Die Auswahl der Dokumente stützt sich zum einen auf die russischerseits von Jakov Drabkin, Natal'ja Lebedeva und Kollegen publizierten Konvolute bzw. die von den russischen Kollegen eingebrachten deutschen Originale, andererseits auf die Archivrecherchen der deutschen Mitarbeiter Bernhard H. Bayerlein und Gleb J. Albert.

Natürlich wäre ein ungekürzter Abdruck aller Dokumente begrüßenswert. Bei über 500 Dokumenten war dies jedoch nicht möglich, weil es den Umfang der Edition gesprengt hätte. Da viele Archivalien ausschweifend waren, auch Wiederholungen vorkamen, konnten Kürzungen (selbstverständlich kenntlich gemacht) ohne Sinnentstellung vorgenommen werden. Der Hinweis auf den Standort der Quellen macht es dem besonders interessierten Leser möglich, den vollständigen Text einzusehen.

Im Vorwort und in den einleitenden Darstellungen wurden die gängigen Namen (Trotzki, Sinowjew usw.) und Organisationen in der gebräuchlichen deutschen Schreibweise aufgeführt, in allen anderen Teilen in der wissenschaftlichen Transliteration. Die Gesamtbibliographie der beiden Bände wird in Band II veröffentlicht. Im Übrigen ist auf die Erläuterungen „Zur Edition“ in Band II zu verweisen.

Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein

Hermann Weber

Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD

Eine historische Einführung

Zur Entstehungsgeschichte der kommunistischen Bewegung[1]

Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale, der Komintern, und der Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD, blieben während der gesamten Existenz der Komintern von 1919 bis 1943[2] ein Faktor von politischer Bedeutung. Da die Komintern zunehmend von den sowjetischen Kommunisten dominiert wurde, berührten deren Verbindungen zur KPD auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrussland.

---

1 Diese Einleitung wurde Anfang 2010 abgeschlossen, später erschienene Forschungsliteratur konnte nicht berücksichtigt werden.

2 Zur Entwicklung der Komintern vgl. Pierre Broué: Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943. Paris 1997. Mit umfangreicher Bibliographie, Chronik und Kurzbiographien (Rezension v. R. Tosstorff: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998. S. 389ff.). Vgl. beispielsweise für den deutschen und englischen Sprachraum auch u. a. Franz Borkenau: The Communist International. London 1938; Günther Nollau: Die Internationale. Köln 1959; Ders.: Die Komintern. Bonn 1964; James W. Hulse: The Forming of the Communist International. Stanford 1964; Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Hannover 1966; Dietrich Geyer: Kommunistische Internationale. In: Die Kommunistischen Parteien der Welt. Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Hrsg. v. C. D. Kernig. Freiburg 1969. S. 14ff.; Branco Lazitch, Milorad M. Drachkovitch: Lenin and the Comintern. Stanford 1972; Witold S. Sworakowski: The Communist International. In: Ders.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973. S. 78ff.; Nikos Poulantzas: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München 1973; Barbara Timmermann: Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale. Dissertation. Köln 1977; Pierre Frank: Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943. 2 Bde. Frankfurt/M. 1981; Edward Hallet Carr: Twilight of the Comintern 1930–1935. New York 1982; Reinhart Kössler: Dritte Internationale und Bauernrevolution. Frankfurt/M. 1982; Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Mainz 1992; Alexander Watlin: Die Komintern 1919–1929. Mainz 1993; Kevin McDermott u. Jeremy Agnew: The Comintern. London 1996; Mikail Narinsky, Jürgen Rojahn (Hrsg.): Center and Periphery. The History of the Comintern in the light of New Documents. Amsterdam 1996; Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943. 2 Bde. Berlin 2000; Ders.: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004. S. 181ff.; Reiner Tosstorff: Profintern. Die rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937. Paderborn 2004; Wladislaw Hedeler u. Alexander Vatlin: Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Berlin 2008; Alexander Vatlin: Die Komintern: Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin 2009.

In der Weimarer Republik war die KPD zwar eine politische Kraft, 1932 z. B. – nach NSDAP und SPD – die drittstärkste Wählerpartei, sie stand jedoch am Rande des deutschen Parteienspektrums. Mit ihrem radikalen Antiparlamentarismus, den Vorstellungen eines revolutionären Umsturzes, eines Bürgerkrieges, und der Illusion einer „Diktatur des Proletariats", eines Sowjet-, also Rätesystems, war sie nicht konsensfähig. Ihre Bindung an die Komintern, die Fixierung auf die Sowjetunion brachte sie in Deutschland in eine politische Sonderrolle. Andererseits stand die KPD in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, sie repräsentierte radikale Kreise der Arbeiterschaft. Formal und immer stärker auch in der Praxis war die KPD keine selbstständige Partei, sondern nur eine „Sektion" der Komintern, dadurch verflochten mit der internationalen kommunistischen Bewegung und deren Führung in Moskau und so wiederum mit dem sowjetischen Staat unter dem Diktat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Diese Dokumentation soll anhand der neuen Quellen in russischen und deutschen Archiven prüfen, wie sich das Verhältnis zwischen KPD, Komintern und KPdSU entwickelte, welche Mechanismen bestimmend waren und wie sich dies auf die deutsch-russischen Beziehungen auswirkte. Diese Einleitung soll anhand des Forschungstands sowie zeitgenössischer Dokumente und Hinweisen auf die neuen Dokumente die Entwicklung der KPD zeigen.

Voraussetzungen des Kommunismus

Vorbedingung für die Entstehung des Kommunismus in Europa war zweierlei: der Erste Weltkrieg sowie die Spaltung und damit zugleich die Tradition der Arbeiterbewegung. Direkte Voraussetzung des internationalen, auch des deutschen und russischen Kommunismus, war der Erste Weltkrieg. Ohne diesen Krieg wäre die weltweite Rolle der Bolschewiki unter Lenin, ihre Revolution, ihr Sieg in Russland, nicht denkbar, sie wären eine politische Sekte geblieben. Der Weltkrieg führte zur Spaltung der Sozialdemokratie und wurde Anstoß für den Kommunismus in vielen Ländern. Dabei stützten sich gerade die russischen Bolschewiki und die späteren deutschen Kommunisten in ihrem jeweils unterschiedlichen Umfeld auf verschiedene Traditionen.

Die kommunistische Organisation in Deutschland entstand im Ersten Weltkrieg. Jahrzehntelang hatten sich die verschiedenen Flügel der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) innerhalb der Partei heftig auseinandergesetzt, aber keine Richtung wollte die organisatorische Spaltung. Im Weltkrieg ergab sich dann eine neue Situation. Eine Mehrheit vertrat die Politik der „Vaterlandsverteidigung" und des „Burgfriedens" im Innern, eine wachsende Minderheit wandte sich dagegen und hielt an den traditionellen internationalistischen Positionen fest. Die Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) 1917 zeigte, dass es weniger um die herkömmlichen Rechts-Links-Differenzen in der Partei ging als um die Haltung zum Krieg.

Am 4. August 1914 votierte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch einstimmig für die Kriegskredite. Auch Karl Liebknecht hatte sich der Fraktionsdisziplin gebeugt.[3] Noch am gleichen Tag trafen sich in Berlin in der Wohnung von Rosa Luxemburg bekannte Linke, darunter der spätere KPD-Vorsitzende Ernst Meyer[4], um nach der Zustimmung der Reichstagsfraktion erste Maßnahmen über das Verhalten der linken Kriegsgegner zu beraten. Schrittweise formierte sich diese Opposition, die „Gruppe Internationale" wuchs zur Spartakusgruppe und 1918 zum Spartakusbund, seit 1917 innerhalb der USPD.

Schon hier fällt der Unterschied des deutschen Spartakismus zum russischen Bolschewismus auf. Der Bolschewismus entstand nicht nur als politische Strömung bereits im Jahre 1903, die Bolschewiki schlossen sich praktisch auch sofort zu einer eigenen Organisation zusammen. Direkter Anlass der russischen Spaltung waren überdies Organisationsauffassungen. Hingegen bildete der linke Flügel des deutschen Sozialismus erst nach dem Krieg eine eigene Partei. Der deutsche Kommunismus war weder ein „Produkt" des russischen noch deren einfache Kopie. Die KPD entstand (im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien) „nicht durch den unmittelbaren Anstoß der russischen Revolution", wie August Thalheimer später schrieb.[5] Eine organisatorische Selbstständigkeit des deutschen Kommunismus setzte die Spaltung der SPD, die Abtrennung der kriegsgegnerischen USPD, voraus, die in den Jahren des Weltkrieges erfolgte.

Das Ziel des Bolschewismus war 1917 eine radikale Verwirklichung der sozialistischen Forderungen, die gebunden war an die Weltrevolution des Proletariats. Die straff organisierte und zentralisierte Kaderpartei der Berufsrevolutionäre als „Avantgarde des Proletariats" sollte nach der leninschen Theorie in konspirativer Arbeit, wie ein Generalstab, die Revolution führen. Zweifellos waren die deutschen Linken und ihre wichtigste Theoretikerin, Rosa Luxemburg, Anhänger der Weltrevolution, aber ihre Revolutions- und Parteivorstellungen unterschieden sich stark von den bolschewistischen (Dok. 8).

Bereits nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie 1903 standen die deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburg den Leninschen Organisationsplänen ablehnend gegenüber. Den „Ultrazentralismus" Lenins bekämpfte Rosa Luxemburg scharf, da er „nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen" sei; doch könne „die sozialdemokratische Organisation

---

3 Zur Diskussion am 3. und 4. August vgl. Susanne Miller: Zum 3. August 1914. „Archiv für Sozialgeschichte". Bd. 4. (1964). S. 513ff. – Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914 bis 1918. Bearb. v. Erich Matthias u. Eberhard Pikart. Teil 1 u. 2. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe). Düsseldorf 1966.

4 Zu den in diesem Band genannten deutschen Kommunisten vgl. Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, 2. erweit. Neuaufl. 2008. Bei der Nennung einzelner Personen wird nicht noch mal auf dieses Nachschlagewerk verwiesen.

5 August Thalheimer: Um was geht es? Berlin 1929. S. 23ff.

nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer unter ihre Zentralgewalt basieren“, wie sie bereits 1903/1904 schrieb.[6]

Weltkrieg als Geburtshelfer des Kommunismus

Der Weltkrieg brachte nicht nur für die Arbeiterbewegung die tiefgreifende Katastrophe des 20. Jahrhunderts, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Gräuel des Weltkrieges führten zur Radikalisierung breiter Kreise. Nach den schlimmen Erfahrungen an der Front, aber auch in der Heimat wuchs die Sehnsucht nach Frieden. Der nationalistische Taumel von 1914 verschwand, viele Kriegsfreiwillige änderten extrem ihre Einstellung und manche gelangten bis in die Führung der Kommunisten.[7] Als Ursache des Krieges betrachteten nicht wenige Deutsche, insbesondere Sozialisten, neben dem Kaiserlichen Regime, das 1918 von Kriegsgegnern gestürzt worden war, auch die kapitalistische Gesellschaft, die nun bekämpft wurde. Der Wunsch nach Frieden und einer besseren Welt wurde durch die Kriegserfahrungen gefestigt und der Einsatz dafür verstärkte sich vor allem in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das betraf auch die radikalen Kommunisten. Deren Haltung war allerdings ambivalent, schließlich hatten die Kriegserlebnisse neben Friedenssehnsucht gleichzeitig auch gegenteilige Tendenzen in der Gesellschaft hervorgebracht. Nun bekam die Gewalt allgemein einen neuen Stellenwert. Auf die Politik übertragen wurde sie schrittweise zu einem alltäglichen Mittel, zum Kennzeichen des ganzen Jahrhunderts.
In den Gefechten des Ersten Weltkrieges, des Massenkrieges, war die Anwendung blutiger Gewalt gerechtfertigt und belohnt worden. Es war – wie es ein deutscher Schriftsteller festhielt – die „patriotische Zwangsumwandlung von Menschen in Raubtiere“.[8] Nach Kriegsende blieben Gewalt und Brutalität weit verbreitet. Die moralischen Wertvorstellungen waren erschüttert, der Weg in eine Zivilgesellschaft war verschüttet. Die Schrecken des Krieges hatten auch zur Akzeptanz brutaler Gewaltanwendung nicht nur durch Rechtsradikale geführt. Und bei Kommunisten zeigte sich bald: Gewalt sowie die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten im Krieg sollten nunmehr „gegen die Feinde im eigenen Lande gerichtet werden.“[9] Rückblickend war

---

6 Rosa Luxemburg. In: Die Neue Zeit (1904). S. 488; Vgl. Dies.: Politische Schriften. Hrsg. u. eingeleitet v. Ossip K. Flechtheim. Bd. III. Frankfurt/M. 1968. S. 93f.; Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 1, 2. Halbbd. Berlin (Ost) 1970. S. 433f.; Vgl. auch Manfred Scharrer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. 2. Aufl. Stuttgart 1985; Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Leipzig 2008.
7 Vgl. Biographien in Weber u. Herbst, Deutsche Kommunisten.
8 So fasste Alfred Polgar die Idee des Protestbuchs von Leonhard Frank gegen den Krieg, „Der Mensch ist gut“, zusammen. Vgl. sein Nachwort in Leonhard Frank: Absturz. Leipzig 1929. S. 62.
9 Jerzy Holzer: Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem. Frankfurt/M. 1998. S. 19. Vgl. auch den Beitrag von Holzer im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, S. 7ff.

es schon der Erste Weltkrieg, der die verheerenden einschneidenden Auswirkungen im 20. Jahrhundert brachte, nicht erst die russische Oktoberrevolution.

Für die äußerste Linke wurde dann die Oktoberrevolution der Bolschewiki 1917 zum Fanal. Während Rosa Luxemburg manche Aktion und die Diktatur der russischen Kommunisten noch ablehnte, andere Sozialisten eher reserviert blieben, setzte sich in Deutschland das bolschewistische Sowjetrussland als Idol der radikalen Linken rasch durch. Die deutschen Kommunisten wurden noch stärker als die Bolschewiki von den Ideen und Motiven der klassischen Arbeiterbewegung geprägt, aber beide radikalisierten deren Forderungen. Führung wie Anhänger beider Richtungen waren in ihren Methoden weit mehr vom Geschehen des Weltkrieges geformt und bestimmt, als sie wohl selbst bemerkten. Dies gilt vor allem für die Gewaltbereitschaft der Kommunisten auf dem Weg zu einer „besseren" Gesellschaft.

Tradition der Arbeiterbewegung

Wie die Folgen des Weltkrieges auf die Kommunisten einwirkten, so hat sie das Erbe ihrer Herkunft, die Tradition der Arbeiterbewegung, als Motivation stets angetrieben. Die Arbeiterbewegung war angetreten, die Gegensätze der Klassengesellschaft, das Gefälle von oben nach unten, zu überwinden. Und ebenso wollten sie das Bildungsprivileg der Besitzenden aufheben, um Kultur und Wissenschaft jedem zugänglich zu machen. Für die Arbeiterbewegung galt es, die Forderung nach Solidarität und das Ziel sozialer Gerechtigkeit zu verbinden mit den Idealen der Aufklärung, mit Freiheit, Gleichheit und Demokratie.

Anfangs war der Weltkommunismus noch keine straff organisierte monolithische Bewegung. Die meisten Mitglieder und Funktionäre seiner nationalen Sektionen standen in der Tradition der internationalen Sozialdemokratie, in Südeuropa und Lateinamerika auch der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung. Die krassen sozialen Unterschiede weltweit mobilisierten die Anhänger des Kommunismus. Unzufriedene Arbeiter und Intellektuelle kämpften gegen die herrschenden „oberen Zehntausend", gegen eine Gesellschaft, in der der Reichtum von wenigen auf dem Elend von vielen beruhte. Kritische, opponierende und kämpferische Arbeiter und Erwerbslose, die nicht resignieren wollten, fanden in den kommunistischen Parteien ein Wirkungsfeld.

In Europa erhielt die kommunistische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg Zulauf, weil sie eine fortschrittliche Alternative zu den reaktionären, nichtdemokratischen Regimen zu sein schien. Aber auch erhebliche Defizite auf sozialem Gebiet in den Demokratien, beispielsweise in Deutschland oder Frankreich, stärkten sie. Gerade die Folgen des Krieges in Europa – in Deutschland besonders die Halbheiten der Novemberrevolution und der Republik – enttäuschten viele Arbeiter und sie bildeten die Basis der Kommunistischen Parteien. Krisen, Arbeitslosigkeit und Hunger führten dem Kommunismus immer wieder hoffnungslose Massen zu. Ihre Ausgren-

zung aus der Gesellschaft förderte den Radikalismus und die Intoleranz bei den Kommunisten.

Die traditionellen Ideale der Emanzipationsbewegung wirkten bei den radikalisierten Kommunisten weiter, freilich traten die freiheitlichen, der Demokratie verpflichteten Grundziele bald in den Hintergrund und wurden schließlich ganz verdrängt. Schnelle Realisierung der neuen Gesellschaft durch revolutionären Aufstand, durch Bürgerkrieg gegen die Herrschenden und Gewalt gegen alle Gegner überlagerten nunmehr die alten humanistischen Utopien. Diese Absichten hatten die russischen Bolschewiki ohnehin bereits in der zaristischen Diktatur vor dem Krieg verfolgt.

Mit ihrer radikalisierten und dogmatisierten Auslegung der Ziele der Arbeiterbewegung sowie dem Bekenntnis zur Gewalt als „Erfahrung" aus dem Weltkrieg trennten sich die Kommunisten faktisch von der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie war der Kommunismus nicht demokratisch strukturiert, sondern strikt zentralistisch. Eine einzige Partei, die bolschewistische, war seit 1917 in Russland im Besitz staatlicher Allmacht. Daraus ergab sich in der Komintern keine Gleichheit aller Parteien wie in der II. Internationale, sondern rasch eine Abhängigkeit sämtlicher Sektionen von der russischen Staatspartei. Straff organisierte Parteien sollten zudem auf gewaltsamem Wege (auch in Demokratien) nach bolschewistischem Vorbild die alleinige Führung erringen. Die Kommunisten behaupteten, nur sie als „Avantgarde" der Arbeiter könnten deren Interessen vertreten und daher auch als Minderheit eine Legitimation zur Herrschaft besitzen.

Dieser Widerspruch zur Sozialistischen Internationale und zu den Traditionen der Arbeiterbewegung verschärfte sich im Konkurrenzkampf zwischen Kommunisten und Sozialisten und steigerte sich schließlich zu einem prinzipiellen Gegensatz beider Richtungen.[10]

Formale Organisierung der Kommunisten

Es entstanden im Weltkrieg radikal-soziale Gruppen, die sich international zusammenschließen wollten. Um die Jahreswende 1918/1919 wurde die KPD gegründet und bereits im März 1919 trafen sich in Moskau 52 Delegierte von 29 Organisationen (nach anderen Angaben: 35) sowie sehr kleinen Gruppen von Kommunisten. Ohnehin lebten die meisten nichtrussischen Delegierten als Ausländer damals in Moskau. Nur 19 Parteien erhielten allerdings Stimmrecht. Sie konstituierten die III. Internationale, die Komintern. Nur der KPD-Abgesandte Hugo Eberlein war dagegen (vgl. Dok 14). Beim Gründungsbeschluss enthielt er sich der Stimme, doch trat dann die KPD rasch

10 Vgl. dazu Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. 2 u. 3. Hannover 1963/1971; Peter Lübbe: Kommunismus und Sozialdemokratie. Berlin 1978.

der Kommunistischen Internationale bei.[11] Viele der in Moskau anwesenden Kommunisten verstanden sich 1919 noch als die Vertreter autonomer revolutionärer Parteien. Doch Lenin und die führenden Bolschewiki hatten bereits bei der Vorbereitung des Kongresses ihren Vormachtanspruch signalisiert (vgl. auch Dok. 2, 5, 7, 11).[12]

Gerade die junge KPD (Spartakusbund) hatte sich bei ihrer Entstehung nicht nur für Unabhängigkeit, sondern auch für einen föderalistischen Aufbau der Partei ausgesprochen. Hugo Eberlein, der die deutsche Partei im März in Moskau vertrat, hatte zuvor als Referent auf dem KPD-Gründungsparteitag festgehalten: „Es wäre notwendig, dass bei dieser Organisationsform die Autonomie der einzelnen Orte (...) die weitmöglichste Freiheit gelassen wird." Es dürfte nicht von oben herunter schematisch „uniformiert" werden. Die Autonomie sollte ebenso für die Publikationen gelten, die Parteipresse dürfe „nicht zentral geregelt" werden.[13]

Doch schon der II. Weltkongress der Komintern (Juli bis August 1920), auf dem die Delegierten Kommunisten aus 37 Ländern repräsentierten, legte völlig andere Strukturen fest. Das vom Kongress angenommene Statut verordnete, dass alle zugehörigen Kommunistsichen Parteien den Zusatz tragen mussten: „Sektion der Kommunistischen Internationale". Sie waren also keine selbstständigen Parteien, sondern von nun an Teilorgane der Kommunistischen Internationale. Deren Leitung, das Exekutivkomitee (EKKI), konnte allen Sektionen „bindende Richtlinien" geben.[14] In der Präambel zu den Statuten wurde eindeutig verlangt, die Komintern solle „eine straff zentralisierte Organisation" sein. „Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als einzelne Sektionen".[15] Bei der Begründung dieser Statuten unterbreitete der bulgarische Kommunist Christo Kabakčiev die Anordnung, Komintern und Sektionen seien nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus" aufzubauen. Er verwies auf die notwendige „starke Zentralisation" und das bolschewistische Vorbild: „Die Kommunistische Partei Rußlands kann als Muster und als Vorbild zur Nachahmung (...) auch durch ihre eiserne Disziplin und strenge Organisation dienen."[16] Die vom gleichen Kongress beschlos-

11 Vgl. Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919. Hamburg 1921. S. 132ff., 143.

12 Vgl. die Dokumentation Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin: Wer gründete die Komintern? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 1ff. sowie Dies., Die Weltpartei.

13 Vgl. zu den Programmfragen Hermann Weber (Hrsg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Berlin 1993. S. 239ff. sowie 304ff.; Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember bis 1. Januar 1919. (Berlin 1919). S. 43ff.; Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln 1963. S. 247ff.

14 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921. S. 603f.

15 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 602.

16 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 572.

senen „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Komintern schrieben deshalb „strenge Disziplin“ der Parteien vor.[17]

Diese frühen programmatischen Festlegungen des Aufbaus der Komintern, der zentralistischen Anleitung ihrer „Sektionen“ durch das Moskauer EKKI und des russischen Vorbilds auf allen Gebieten waren in der Forschung lange Zeit kontrovers beurteilt worden: Gab es diesen straffen Zentralismus tatsächlich in der Realität der einzelnen Sektionen, und wenn ja, seit wann und wie wurde er dort praktiziert? Die vorliegende Quellenedition kann für die Beziehungen zwischen der Komintern-Führung und der stärksten Sektion außerhalb Sowjetrusslands, für die bereits zuvor gegründete KPD und die Führungsorganen der KP der Sowjetunion und damit auch für das deutsch-sowjetische Verhältnis insgesamt neue und vor allem detaillierte Einsichten vermitteln. Hier handelt es sich fast durchweg um bisher in deutscher Sprache nicht bekannte oder aber sehr entlegen veröffentlichte Dokumente.[18] Umfangreiche Quellen zu dieser Thematik sind bereits in drei Bänden (2003 bzw. 2008) abgedruckt: erstens zum versuchten kommunistischen Aufstand im Oktober 1923[19], zweitens für die Phase 1928/1929 über die „Wittorf-Affäre“, die damalige Rolle Stalins sowie

---

17 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 392. Vgl. auch die Abdrucke von Statut und 21 Bedingungen in Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966. S. 48ff.

18 Frühere deutsch- (oder englischsprachige) Dokumentationen zur Komintern-Entwicklung mussten sich weitgehend auf offizielle Veröffentlichungen beschränken. Vgl. z. B. Jane Degras (Hrsg.): The Communist International 1919–1943. Documents. Vol. 1–3. London 1955–1965; Theo Pirker: Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1960. München 1964; Ders.: Komintern und Faschismus. Stuttgart 1965; Weber, Die kommunistische Internationale; Helmut Gruber (Hrsg.): International Communism in the Era of Lenin. A Documentary History. New York 1972; John Riddle: The Communist International in Lenins Time. Founding the Communist International. New York 1987. Auch offizielle „parteilich“ verzerrte Darstellungen in kommunistisch regierten Ländern konnten sich nur auf bereits veröffentlichtes Material stützen, nicht auf archivalische Quellen. Vgl. z. B. IML des ZK der KPdSU (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale. Kurzer Historischer Abriß. Berlin (Ost) 1970; Horst Schuhmacher: Die Kommunistische Internationale (1919–1943). 2. Aufl. Berlin (Ost) 1989; Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (Sammelband). Berlin (Ost) 1974. Ebenso konnten parteioffizielle Dokumentationen keine Quellen bringen vgl. dazu Die Kommunistische Internationale (Auswahl von Dokumenten und Reden, 1928–1943). Berlin (Ost) 1956; Komintern und revolutionäre Partei. 1919–1943. Berlin (Ost) 1986; Eine Ausnahme bildete die umfangreiche Ostberliner Ausgabe: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin/Ost), in der auch Material aus dem IML abgedruckt war, freilich kaum vertrauliche Protokolle o. ä., sondern Flugblätter, Rundschreiben usw. Vgl. etwa Bd. VII, 1. u. 2. Halbbd.: 1919–1923. Berlin (Ost) 1966. Bd. VIII: 1924–1929. Berlin (Ost) 1975. Zu Quellenveröffentlichungen seit 1990 vgl. die Texte von Jakow Drabkin und Bernhard H. Bayerlein.
Bibliographien liegen vor von Günter Hering: Bibliographie zur Geschichte der kommunistischen Internationale (1919–1934). Berlin (Ost) 1960; Witold S. Sworakowski: The Communist International and its Front Organisations. Stanford Cal. 1965; Vilém Kahan: Bibliography of the Communist International (1919–1979). Leiden 1990.

19 Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). Berlin 2003.

Thälmanns in der KPD[20] und drittens für die Auswirkungen des Stalin-Hitler-Paktes 1939–1941 auf die Komintern[21]. Die drei Publikationen erlauben es, diese zentralen Ereignisse hier kürzer abzuhandeln. Nachgezeichnet wird nun der Verlauf der Beziehungen zwischen KPD und Kommunistischer Internationale in den verschiedenen Perioden von ihrer Gründung 1919 bis zur Auflösung durch Stalin 1943 anhand neu erschlossener Archivalien.

Die Dokumentation und auch die Einleitung sind keine deskriptive Darstellung der KPD-Geschichte oder der Komintern, vielmehr sollen Analysen wie abgedruckte Quellen problemorientiert wesentliche Fragen des Verhältnisses beider Organisationen zu den Führungsorganen der KPdSU vor dem Hintergrund des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erläutern, und zwar sowohl anhand des Forschungsstandes als auch insbesondere der bisher geheimen Akten verschiedener Archive. Erstmals können damit personelle wie strukturelle und informelle Verbindungen offengelegt werden. Dabei zeigen die Dokumente die unterschiedlichen Kanäle und Netzwerke zwischen der Sowjetspitze und der Komintern-Führung sowie der KPD, die auch für die deutsch-russischen Beziehungen bedeutungsvoll waren. Die wachsende Dominanz Moskaus wird sowohl in der Einleitung wie in der Dokumentation entsprechend der Gliederung in verschiedene Phasen der KPD bzw. Komintern beschrieben.

Phasen der Beziehungen Komintern – KPD

Die Darlegung erfolgt in fünf Abschnitten, wobei die übliche Periodisierung der KPD-Geschichte mit den zeitlichen Etappen der Komintern bzw. der Sowjetunion verknüpft wird. Diese fünf Kapitel sind hier zunächst zusammenfassend und verkürzt folgendermaßen zu charakterisieren.

Die **1. Phase** von 1919 bis 1923, nach der Novemberrevolution 1918,[22] ist gekennzeichnet durch die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland sowie den Bürgerkrieg und seine Folgen für Russland. Die Kommunisten in Sowjetrussland und Deutschland erschienen als Protagonisten einer europäischen Revolution. Doch die schwache KPD scheiterte 1919/1920 mit Revolutionsversuchen, ihre Aufstände wurden niedergeschlagen. Sie musste meist illegal wirken. 1919 trennte sich ein ultralinker Flügel von ihr. Die Radikalisierung der deutschen Arbeiter, die über die Ergebnisse der Revolution ebenso enttäuscht waren wie über ihre elende materielle Lage, kam indes zunächst der USPD zugute. 1920 spaltete sich diese wegen der Frage

20 Hermann Weber u. Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2). Berlin 2003.

21 Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du.“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg. Berlin 2008.

22 Vgl. zu dieser Periode Pierre Broué: The German Revolution 1917–1923. Introduced by Eric D. Weitz. Leiden 2005.

eines Anschlusses an die Komintern und ihr linker Flügel kam Ende 1920 zur KPD, die nun erst eine Massenpartei wurde. Revolutionsexperimente in Deutschland (Märzaktion 1921 oder Oktoberaufstand 1923) misslangen, die KPD geriet in eine Krise und in zunehmende Abhängigkeit von der Komintern.

Auch deren Pläne zur Weltrevolution blieben bis 1923 erfolglos, als Organisation wuchs sie dagegen stark an, sowohl was die Zahl der Mitglieder als auch der Sektionen anging. Die revolutionäre Nachkriegskrise endete in Europa 1923 mit der Niederschlagung und dem Scheitern der kommunistischen Aufstände in Bulgarien und Deutschland. Damit war der Anlauf zur Weltrevolution gescheitert, nur Russland war als Bastion der Komintern geblieben und verstärkte seinen Einfluss. Die Komintern wurde bis 1923 zentralisiert, ihre Unterwerfung unter Sowjetrussland erreicht. Nach dem siegreichen Bürgerkrieg wurden die Bolschewiki für die Komintern-Sektionen nicht nur Vorbild und ideologische Richtschnur, sondern auch durch ihre materielle und finanzielle „Hilfe" politisch bestimmend.

Den Beginn der **2. Phase** von 1924 bis 1929 markierte sowohl die relative Stabilisierung des Deutschen Reiches, als auch die der Sowjetunion. Die Komintern beherrschte ihre Sektionen immer drastischer. Vor allem war die Arbeit der Sektionen den Weisungen des an die KPdSU gebundenen EKKI unterworfen, sie musste den Interessen oder vermeintlichen Interessen der Sowjetunion entsprechen. Die Komintern wurde nun stärker im Rahmen der Staatsinteressen der Sowjetunion instrumentalisiert. Da Russland und Deutschland die Kriegs-„Verlierer" in Europa waren, kam es zu Annäherungen beider Staaten (z. B. nach dem Rapallo-Vertrag vom April 1922), was die KPD wie die Komintern freilich in Schwierigkeiten brachte (vgl. Dok. 59–61).

Die KPD behielt politisches Gewicht, blieb jedoch vorrangig mit innerparteilichen Auseinandersetzungen befasst. Offiziell befahl der V. Weltkongress der Komintern 1924 die „Bolschewisierung" sämtlicher Sektionen. Die sozialdemokratische Tradition sollte überwunden werden, die Ideologie des „Marxismus-Leninismus" verbindlich sein und die Struktur der KPdSU als Vorbild aller Kommunistischen Parteien gelten. Und die „Bolschewisierung" brachte ab 1924 faktisch deren Stalinisierung. Zwar war die KPD von Anfang an keine Partei mit parlamentarisch-demokratischen Zielen, sie bekämpfte radikal die „bürgerliche Demokratie" und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Ihre rätedemokratischen Vorstellungen blieben verschwommen, sie erstrebte ihre alleinige Herrschaft, „Diktatur des Proletariats" genannt, allerdings praktizierte sie breite innerparteiliche Demokratie. Die Stalinisierung bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit innerer Demokratie in eine straff disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, hierarchischen Partei. Dadurch war die KPD wie die Komintern am Ende der 1920er Jahre ganz an die Politik und Ideologie der Sowjetunion angeglichen.[23]

23 Vgl. dazu Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. 1 u. 2. Frankfurt/M. 1969. Jetzt auch: Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley (Hrsg.): Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Basingstoke/New York 2008.

In der **3. Phase** 1929 bis 1933 war Deutschland durch die Weltwirtschaftskrise geprägt. Nach Erfolgen der politischen Rechten wurde die Demokratie der Weimarer Republik zunächst in eine Präsidialdiktatur umgewandelt, 1933 konnte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) triumphieren. Die Sowjetunion hingegen etablierte sich mit den Stalinschen Fünfjahresplänen als ein Industriestaat, deren Wirtschaft schien im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise zu florieren. Mit der Propagierung des sowjetischen „Aufschwungs" und angeblichen „Sieges des Sozialismus" sowie einer Kapitalismuskritik, die durch die katastrophalen Lage der Arbeiter infolge der Weltwirtschaftskrise abgestützt war, gewann die Komintern weltweites Ansehen. Die KPD widerspiegelte die Strategie der Komintern.

Diese Partei trug dann von 1929 bis 1933 durch ihre ultralinke Politik und die Spaltung der Arbeiterbewegung ungewollt zum Sieg Hitlers bei. Gestützt auf verwirrende Faschismus-Theorien (die alle Nichtkommunisten – selbst „Abweichler" unter den Kommunisten – als Faschisten denunzierten) betrieb die Parteispitze eine gezielt destruktive Strategie. Ungeachtet der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus bekämpfte die KPD – den Komintern-Direktiven folgend – die SPD als ihren „Hauptfeind" („Sozialfaschismus"-These). Die KPD-Führung leugnete nicht nur den prinzipiellen Unterschied zwischen Weimarer Republik und Hitler-Faschismus, sondern sie unterschätzte die NSDAP. Ihre ultralinke Politik war deshalb zeitweise erfolgreich, weil sich das Heer verzweifelter Arbeitsloser ständig vergrößerte und viele enttäuschte Menschen ihre Hoffnung in diese radikale Partei setzten.

Die KPD-Leitung befolgte unkritisch die Weisungen Moskaus. Symptomatisch war, dass sie – entgegen vorheriger Bedenken – auf Anordnung der Komintern und somit Stalins im Juli 1931 einen Volksentscheid sogar gemeinsam mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens mittrug (vgl. die Dok. 263–267). Auf ihrer verhängnisvollen Generallinie beharrte die KPD-Spitze trotz einiger taktischer Varianten bis 1933.

Die **4. Phase** von 1933 bis 1939 war bestimmt von der barbarischen NS-Diktatur in Deutschland und ihren imperialistischen Zielen und Kriegsvorbereitungen, von Rassismus und Völkermord sowie der Ausrottung jeder demokratischen Alternative. Die UdSSR-Politik blieb zwiespältig, sie unterschätzte Hitler und unterhielt mit Deutschland zunächst weiterhin freundschaftliche Beziehungen nach dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten – mit verheerenden Folgen für die KPD, sie wurde zerschlagen. Die Komintern verkannte den Hitler-Faschismus. Relativ spät spielte die Sowjetunion mit der Karte des Völkerbundes und entsprechend entschied sie sich nach dem VII. Weltkongress 1935 noch für eine Volksfront. Doch fast zeitgleich prägten die blutigen Stalinschen „Säuberungen" von 1936 bis 1938 die Existenz des gesamten Kommunismus. Es war geradezu absurd: der „kommunistische" Staat führte die größte Kommunisten-Verfolgung in jener Zeit durch, wovon Komintern und KPD besonders betroffen waren.

Der Machtantritt Hitlers 1933 bedeutete für die deutschen Kommunisten, insbesondere ihre Kader, eine Katastrophe. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

hatten sie die größten Blutopfer zu bringen. Von allen politischen Gruppierungen begann die Hitler-Diktatur die Kommunisten am frühesten zu verfolgen. Tausende ihrer Funktionäre und Mitglieder verloren von 1933 bis 1945 ihr Leben; sie wurden hingerichtet, in Konzentrationslagern umgebracht, angeblich „auf der Flucht erschossen“ oder in den Selbstmord getrieben. Aber auch diejenigen Kommunisten, die aus Hitler-Deutschland in die Sowjetunion flüchten konnten, gerieten dort in die Verfolgungen des Stalin-Regimes. Von den führenden politischen Emigranten sind damals in der UdSSR über zwei Drittel eingesperrt und zumeist umgebracht worden. Es bleibt die besondere Tragik dieser Kommunisten im Exil, dass sie ausgerechnet von den „eigenen Genossen“, von sowjetischen Staatsorganen, verhaftet, gefoltert und vielfach auch ermordet wurden. In „ihrer“ Sowjetunion unschuldig – fast alle wurden ja später (meist posthum) rehabilitiert – verfolgt zu werden, war für Kommunisten unfassbar.

Die **letzte Phase** der Komintern 1939 bis 1943 war geprägt vom Stalin-Hitler-Pakt 1939. Er versetzte der Komintern faktisch den Todesstoß. Für die Komintern und ihre Sektionen war jetzt allein die sowjetische Außenpolitik maßgeblich. Der Zweite Weltkrieg wurde zunächst in Moskau als imperialistischer Krieg bewertet und abgelehnt, wobei England weit schärfer verurteilt wurde als Nazi-Deutschland, schließlich waren Hitler und Stalin sogar einen Freundschaftsvertrag eingegangen. Der vorher propagierte Antifaschismus der Komintern und ihrer Sektionen wurde nun praktisch verworfen.

Erst als sich die Aggression Hitler-Deutschlands im Juni 1941 auch gegen die Sowjetunion richtete, erklärte Stalin den „Großen Vaterländischen Krieg“ seines Landes für verbindlich und die Komintern hatte mit allen Kräften die UdSSR zu verteidigen. Auch in Deutschland, wo die Hitler-Diktatur im Krieg ihre blutige Barbarei im Inneren wie nach außen noch steigerte, regte sich von 1942 bis 1944 wieder kommunistisch organisierter Widerstand gegen das „Dritte Reich“. Indessen hatte die Komintern ihre Rolle eingebüßt. Der Auflösungsbeschluss vom 15. Mai 1943 beendete das Schattendasein, das sie nur noch gespielt hatte, und der Weltkommunismus wurde direkt von der KPdSU angeleitet.

Diese kursorischen Hinweise über die Probleme der KPdSU, der Komintern und ihrer wichtigsten Sektion, der KPD, während der verschiedenen Etappen sollen im Folgenden skizzenhaft dargelegt werden. Dabei mussten schon aus Platzgründen die bereits bekannten, in der Forschungsliteratur behandelten Grundfakten und Kernfragen der Geschichte beider Organisationen teilweise vernachlässigt werden zugunsten der Probleme der Beziehungen zwischen Komintern und KPD und der daraus entstehenden Fragen hinsichtlich des russisch-deutschen Verhältnisses sowie unterschiedlicher Einschnitte im Rahmen dieser Entwicklung.

In dieser Einleitung werden neben Hinweisen auf die abgedruckten Dokumente die zeitgenössische wie die Forschungsliteratur herangezogen und die Quellen in den historischen Zusammenhang gestellt. Eine andere Sicht der Beziehungen gibt Jakov

Drabkin in seiner Einleitung. Bernhard H. Bayerlein bringt Dokumente in den allgemeinen Kontext des Themas.

Generell ist darauf zu verweisen, dass in allen Phasen ähnliche Probleme existierten. Die KPD war insbesondere mit drei Fragen konfrontiert: Erstens musste die Partei ihr Verhältnis zur Sowjetunion klären, entscheidend war der Grad der Abhängigkeit vom Sowjetstaat; zweitens ging es um die innere Parteistruktur, um das Maß innerparteilicher Demokratie und drittens um die politische Linie, darum, ob die Partei eine ultralinke intransigente oder eine realistische linksoppositionelle Politik gegenüber der Weimarer Republik und der SPD zu führen hatte. Letztlich drehten sich die Auseinandersetzungen in der KPD und im Rahmen der Komintern immer wieder um diese Grundfragen. Die Stalinisierung der KPD löste dann diese Probleme rigoros und einseitig: Die KPD wurde bald völlig von Moskau abhängig, ihre innerparteiliche Demokratie aufgehoben und ab 1929 ein ultralinker Kurs eingeschlagen.

1919–1923: Die Anfänge von KPD und Komintern

Als an der Jahreswende 1918/1919 in Berlin die Delegierten von Spartakusbund und Linksradikalen (Internationale Kommunisten Deutschlands) zusammenkamen und die KPD (Spartakusbund) gründeten[24], wurde der Vertreter der Kommunisten Russlands, der auch bei deutschen Linken schon vor 1914 bekannte Karl Radek, „mit lebhaftester Freude“ begrüßt.[25] Nachdem Radek seine Rede mit dem Ausruf beendet hatte: „Es lebe die internationale Revolution, es lebe die internationale Räterepublik!“, da verzeichnete das Protokoll „Stürmischer Beifall“.

Die 127 Delegierten des KPD-Gründungsparteitags waren offensichtlich ebenso wie die Linksradikalen überall auf die Ziele der Weltrevolution und einer Räterepublik eingeschworen. Ihre Zustimmung galt der Politik Sowjetrusslands, dem Land, auf dem ihre Hoffnung ebenso ruhte wie auf einer Revolution und dem Sieg im eigenen Land. Der KPD-Gründungsparteitag, eigentlich nur als Konferenz zur Vorbereitung der Schaffung einer Partei geplant, zeigte die Schwäche der neuen Organisation.[26] Gegensätze zwischen der Spartakusführung und der Mehrheit der Delegierten waren

---

24 Vgl. zur Geschichte der KPD Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik (1948). Frankfurt/M. 1969. Die DDR-Version in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3 u. 4. Berlin (Ost) 1969. Zum Forschungsstand in den achtziger Jahren Hermann Weber: Kommunismus in Deutschland 1918 bis 1945. Darmstadt 1983. Zur neueren Literatur Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999; Gruppe Magma: „… denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn 2001; Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 (mit Bibliographie). München 2007.

25 Weber, Die Gründung der KPD, S. 67.

26 Zu den Einzelheiten vgl. die Einleitungen und das Protokoll in Hermann Weber (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Frankfurt/M. 1969. Sowie ders.: Die Gründung der

schon daran abzulesen, dass die von der Leitung empfohlene Wahlbeteiligung der Kommunisten zur Nationalversammlung mit 62 gegen 23 Stimmen abgelehnt wurde. Die Delegierten, die teilweise zufällig anwesend waren, repräsentierten die rebellische Stimmung einer Minderheit von linken Arbeitern und Intellektuellen. Durch den Krieg radikalisiert, widerspiegelten sie auch die Friedenssehnsucht breiter Kreise, vor allem aber wollten sie die Ideale einer besseren, sozial gerechten Gesellschaft rasch durchsetzen. Die meisten orientierten sich am russischen Beispiel, erstrebten eine Revolution und das Rätesystem, hielten einen Bürgerkrieg für unvermeidlich. Der Zulauf zur neuen KPD führte zu putschistischen Tendenzen in der Partei, die durch ihren Radikalismus ohnehin zur Selbstüberschätzung neigte.

Auch der vom Parteitag umjubelte Karl Radek äußerte sich in seinem Tagebuch sehr kritisch über die Konferenz: „Der Parteitag demonstrierte grell die Jugend und die Unerfahrenheit der Partei. Die Verbindung mit den Massen war äußerst schwach. Zu den Verhandlungen mit den linken Unabhängigen verhielt sich der Parteitag ironisch. Ich fühlte nicht, daß hier schon eine Partei vor mir war.“[27] (vgl. auch Dok. 9, 11).

Einer Mehrheit der Delegierten des Gründungsparteitags fehlte diese Einsicht in die eigene Schwäche. Und die Zukunftshoffnungen der deutschen Kommunisten erlitten schon kurz nach dem Gründungsparteitag schwere Schläge. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die überragenden Führer der neuen Partei, von Soldateska ermordet. Als Ende Januar 1919 Franz Mehring starb und im März 1919 auch Leo Jogiches dem Terror der erstarkenden Rechten zum Opfer fiel, war die KPD ihrer klarsten Köpfe beraubt. Auf dem Gründungsparteitag der KPD hatte sich gezeigt, dass im frühen deutschen Kommunismus noch recht gegensätzliche Strömungen vorhanden waren und die KPD durchaus unterschiedliche Perspektiven besaß.[28] Der Verlust der wichtigsten Persönlichkeiten engte die verschiedenen Tendenzen erheblich ein. Vor allem der Tod Rosa Luxemburgs war eine Tragödie „nicht nur für die deutsche, sondern für die internationale Arbeiterbewegung, in der die von ihr gefürchtete Entwicklung nun ungehindert ihren Lauf nahm“.[29]

Indessen konnten die russischen Bolschewiki erste Erfolge ihrer Machteroberung registrieren. Zwar war ihre Herrschaft noch auf einen Bruchteil Russlands beschränkt, aber die neugeschaffene Rote Armee errang im Bürgerkrieg Siege. Daher schauten die russischen Führer schon 1919 mit einem gewissen Hochmut auf ausländische Kom-

KPD. Die parteilich verzerrte SED-Sicht in Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der KPD. Berlin (Ost) 1968. 2. Aufl. 1978.

27 Vgl. Radeks Tagebuch, das 1926 in Russisch veröffentlicht wurde. Die erste deutsche Ausgabe in Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek in Berlin. „Archiv für Sozialgeschichte“. II. Bd. Hannover 1962. S.136; Vgl. auch Jean-François Fayet: Karl Radek. 1885–1939. Biographie politique. Bern 2004; Vgl. zu den frühen Beziehungen der Bolschewiki zum Linkssozialismus in Deutschland auch Ottokar Luban: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2009). S. 283ff.

28 Vgl. Weber, Wandlung.

29 Flechtheim, Die KPD, S. 49.

munisten, die – fast überall kleine Sekten – eine Niederlage nach der anderen erlitten. Hatte Adol'f Ioffe bereits 1918/1919 die deutschen Linkssozialisten und Kommunisten herabgewürdigt (vgl. Dok. 1, 5), so wuchs bei den russischen Kommunisten die Vorstellung, dass nur sie mit ihrem Apparat, den Ressourcen ihres Staates und ihrer „ideologischen Klarheit“ in der Lage seien, die Komintern zu führen und aus ihr ein schlagkräftiges Instrument für die Weltrevolution zu machen. Etliche herausragende Persönlichkeiten im internationalen Kommunismus, die mit Lenin, Trotzki und Sinowjew theoretisch wie praktisch gleichziehen konnten, schieden bereits früh aus der Bewegung aus. Sie wurden ermordet wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches oder wurden bald ausgeschaltet wie z. B. Paul Levi, Ludovic Frossard, Amadeo Bordiga, Karl Höglund und Boris Souvarine. Ihnen folgten Dutzende führender ausländischer Kommunisten, die im Laufe der Komintern-Entwicklung verfemt wurden. So blieb die russische Spitze bestimmend.

Anleitung und Finanzierung der KPD durch das EKKI

Nach ihrer Gründung standen auch vor der Komintern zunächst reichlich Probleme. Das Exekutivkomitee der Komintern unter Vorsitz von Grigori Sinowjew hatte ein „Büro von fünf Personen“ für deren Leitung gewählt.[30] Doch die Führung in Moskau war isoliert, durch Bürgerkrieg und ausländische Intervention, vor allem durch die westliche Blockade Russlands waren die Komintern-Leiter abgeschnitten und kaum handlungsfähig. Es gab papierene Resolutionen, Entschließungen, auch Anweisungen, die 1919 noch wenig Bedeutung hatten. Allerdings waren die finanziellen Mittel Russlands und der Komintern – die Dokumente beweisen den Umfang – für die ausländischen Parteien, insbesondere für die deutschen Kommunisten, von Anfang an hilfreich (vgl. Dok. 16–20). Diese Unterstützung wurde von vielen als „brüderliche Hilfe“ für die „Weltrevolution“ angesehen und akzeptiert.

Das offizielle Organ, „Die Kommunistische Internationale“, versuchte seit Mai 1919 (in russischer, französischer, deutscher und englischer Sprache) Informationen und allgemeine Anweisungen zu vermitteln. Die Zeitschrift hatte zwar Informationswert,[31] da die Auflage niedrig blieb jedoch als Form der Anleitung keine nennenswerte Wirkung. „Die Kommunistische Internationale“ als Publikation des EKKI wurde redigiert von Grigori Sinowjew und anderen Mitgliedern des Präsidiums. Bestimmend für den Inhalt war jedoch immer das russische Politbüro: Beispielsweise verlangte Lenin am 31. Juli 1920 einen „Beschluß des Politbüros“ der KPR gegen die Veröffentlichung der Artikel Maxim Gorkijs, insbesondere des Leitartikels in Nr. 12 der „Kommunistischen Internationale“. Denn in Gorkijs Aufsatz stehe „nicht nur nichts

30 Der I. Kongreß, S. 201; Die Kommunistische Internationale. Nr. 1. S. 39.
31 Die Zeitschrift druckte 1918/1919 Berichte „Von der Tätigkeit des EKKI“ ab, manchmal sogar von Sitzungen der Führungsorgane.

Kommunistisches, sondern viel Antikommunistisches.“ Derartige Texte dürften „auf keinen Fall“ abgedruckt werden.[32] Das sowjetische Politbüro sollte also das EKKI-Organ zensieren. Pikanterweise befasste sich der Dichter Gorkij, der den „Roten Terror“ und Lenin 1917/1918 noch radikal bekämpft hatte,[33] im Leitartikel mit „Wladimir Iljitsch Lenin“ und nannte diesen gar einen „Heiligen“.[34] Doch die Intervention durch die russischen Führer bedeutete erste Ansätze für verbindliche Instruktionen der Komintern oder ihrer Sektionen.

Auch das in Amsterdam residierende Westeuropäische Büro (WEB) hatte wenig Einfluss.[35] In ihm bestimmten bald Rätekommunisten und Linkskommunisten wie Hermann Gorter und Anton Pannekoek. Das im Herbst 1919 geschaffene Westeuropäische Sekretariat (WES)[36] diente der Verbindung der Komintern insbesondere zur KPD.[37] Neben Karl Radek, von Februar bis Oktober 1919 in Deutschland inhaftiert, dann in der Komintern für die KPD zuständig, besaß vor allem Iakov Reich[38], bekannt als „Thomas“, eine beachtliche Rolle. Er hatte den Gründungskongress der Komintern 1919 mitvorbereitet, reiste anschließend unter seinem Parteinamen James Gordon bzw. Thomas im Auftrag von Sinowjew nach Berlin, um hier das Westeuropäische Sekretariat (WES) aufzubauen.[39] Über Iakov Reich-Thomas wurden 1919/1920 nicht nur immense russische Gelder an die Kommunistischen Parteien in Europa transferiert, sondern die Moskauer Spitze durch zwei eigens gecharterte Flugzeuge auch mit ausländischer Literatur, Zeitschriften und Zeitungen versorgt. Er organisierte als Thomas den Aufbau des Komintern-Verlages Carl Hoym sowie ein legales Büro in Hamburg und ein illegales in Berlin. Da Reich-Thomas eine Art Geheimberichterstattung über die Lage in der KPD praktizierte, kam es zu ständigen Konflikten

---

32 W. I. Lenin. Werke. Ergänzungsband. Berlin (Ost) 1971. S. 198.

33 Vgl. Maxim Gorki: Ein Jahr Russische Revolution. Oktoberheft 1918 der Süddeutschen Monatshefte. S. 6ff. (Aus „Nowaja Shisn“, Neues Leben). Vgl. insbesondere „Lenins Experimente“. S. 26f.

34 Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 7.

35 Gerrit Voerman: Proletarian Competition. The Amsterdam Bureau and its German Counterpart. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007). S. 201ff.

36 Vgl. etwa den Aufruf des „Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale“ im Oktober 1919 zur Solidarität mit der „russischen proletarischen Revolution“. Die Kommunistische Internationale (1919). Nr. 3. S. 3ff.; Diese Zeitschrift wurde von Nr. 2 bis 4/5 auch offiziell von diesem Westeuropäischen Sekretariat herausgegeben.

37 Zum WES vgl. Broué, Histoire, S. 93ff.; Alexander Vatlin: Die Komintern 1919–1929. Mainz 1993. S. 21ff.

38 Vgl. Weber u. Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 595f. (Aufl. 2008: S. 705f.); Alexander Vatlin, Markus Wehner: Genosse Thomas und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland. In: IWK 1 (1994). S. 1ff.

39 Im Artikel von Vatlin u. Wehner wird auf einen Beitrag des bekannten Menschewisten Boris Nikolajewski über Thomas hingewiesen, der mit Erinnerungen von Thomas in französisch 1965 erschien. Solche Erinnerungen wurden aber bereits im Sammelband 1 des in New York in russischer Sprache erschienenen sozialistischen Organs „Socialističeskij Vestnik“ [Sozialistischer Bote] abgedruckt (1964, S. 123ff.). In diesen Erinnerungen übertrieb Reich-Thomas, der 1956 in New York gestorben war, seine Rolle, doch berichtete er unbekannte Details und Hintergründe.

zwischen ihm und der KPD-Zentrale. Formal wurde das WES 1920 aufgelöst (Dok. 31), existierte aber weiter, worüber sich die KPD-Führung bei allen Instanzen in Moskau beschwerte. Die Dokumente belegen, wie diese Anleitung durch Emissäre in den folgenden Jahren ausgebaut wurde, dass etwa mit Béla Kun bei der „Märzaktion“ 1921 deren Einfluss wuchs oder dass 1922/1923 mit August Kleine-Gural'skij sogar ein russischer Kominternfunktionär in die oberste Spitze der KPD aufrückte.

Die im vorliegenden Band abgedruckten Dokumente zeigen schon früh und deutlich die finanzielle Abhängigkeit der KPD von der Komintern (d. h. vor allem von der russischen Unterstützung). Im Bericht an die Komintern stellte die KPD-Zentrale am 1. Juli 1920 unumwunden fest: „Die Haupteinnahmen der KPD bestanden in den Zuschüssen, die uns von Seiten der III. Internationalen gewährt wurden.“ (Dok. 25, vgl. auch Dok. 28–30, 33, 34, 47a, 52a). Die großen Finanzzuschüsse der Komintern wurden verschleiert, ebenso deren Herkunft vom russischen Staat. Aberwitzige Behauptungen über die „Spender“ sollten das vertuschen, etwa seien Gelder von Betrieben eingegangen, z. B. bis Dezember 1919 eine Million Rubel.[40] Dieses finanzielle Angewiesen sein auf die Komintern bedeutete 1920 indes noch keine völlige politische Unterwerfung. Neben den erwähnten Schwierigkeiten der „Anleitung“ beharrten Parteiführer wie Paul Levi oder Ernst Meyer als selbstständige Köpfe mit eigenen Meinungen auf einer Autonomie der KPD. Zumindest wollten sie die russischen Vorgaben, deren allgemeine Vorstellungen wohl mit den ihren identisch waren, den deutschen Verhältnissen anpassen.

KPD-Aufstände 1919

Die KPD blieb 1919/1920 eine schwache Organisation. Doch ihre Bekenntnisse zur Politik Moskaus, ihre Aufstandsversuche und viele Aktionen 1919/1920 im unruhigen Deutschland verleiteten zur Überschätzung wie zur Selbstüberschätzung der KPD mit damals 100.000 Mitgliedern. Es waren vor allem die „Aktionen“, um in einzelnen Orten die Revolution „weiterzutreiben“ und Räterepubliken zu errichten, die das Bild der Partei prägten. Das galt 1919 nicht zuletzt für den Januaraufstand vom 4. bis 13. Januar 1919 und die Münchner Räterepublik (7.4.–3.5.1919).

Kurze Zeit nach dem Gründungsparteitag kam es in Berlin zum sog. Spartakusaufstand.[41] Nachdem die USPD aus der Regierung ausgeschieden war, sollte der Berliner Polizeipräsident Eichhorn (USPD) abgelöst werden. Aus Protest riefen die Berliner USPD, die revolutionären Obleute und die KPD ihre Anhänger auf die Straße. Ein „Revolutionskomitee“ unter Liebknecht und Ledebour (USPD) erklärte im Verlauf der Auseinandersetzungen die Ebert-Regierung für abgesetzt. Damit setzte sich

40 Vgl. Die Kommunistische Internationale (November/Dezember 1919). Nr. 7–8. S. 201.
41 Vgl. dazu Eric Waldman: Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung. Boppard 1967.

Liebknecht in Widerspruch zur KPD-Zentrale. Rosa Luxemburg und Jogiches übten scharfe Kritik an der Erklärung zur „Absetzung" der sozialdemokratischen Regierung. Der Aufstand war Signal der Erbitterung und Enttäuschung radikaler Arbeiter, die erkannten, dass die Novemberrevolution keinen sozialistischen Staat bringen werde und dass die Macht der Räte vorbei war. Diese Arbeiter wehrten sich, ohne klare Vorstellungen vom Ziel ihrer Kämpfe zu haben. Die KPD-Politik spiegelte solche Stimmungen wider. Der Komintern-Einfluss blieb noch auf allgemeine Hinweise und Solidaritätsbekundungen sowie finanzielle Unterstützung begrenzt.

Auch bei der Münchner Räterepublik beschränkte sich die Komintern zwangsläufig auf bloße Ratschläge. Es waren die Unruhen nach der Ermordung Kurt Eisners, die dort am 7. April 1919 zur Gründung einer Räterepublik führten, in der USPD und Anarchisten bestimmten. Die kleine KPD unter Eugen Leviné nannte dieses Unterfangen eine „Scheinräterepublik" und lehnte eine Beteiligung ab. Erst nach dem Versuch, die Räterepublik am 13. April von rechts zu stürzen, änderten die Kommunisten ihre Haltung und setzten sich an die Spitze der zweiten Räterepublik. Sie blieben isoliert. Aus Moskau empfahl Lenin am 27. April in Form von Fragen konkrete Schritte, etwa: „Haben Sie (...) den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen, alle Banken in ihre Hände genommen, Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt und die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch für die ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert?"[42] Das war weder Hilfe noch „Anleitung", die kleine Schar der Kommunisten und ihre Anhänger beschäftigten andere Probleme. Nach kurzem Widerstand wurde München zwischen 1. und 3. Mai 1919 von Regierungstruppen erobert, und Leviné von einem Standgericht zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 erschossen. Sowohl die Münchner Räterepublik als auch die Opfer des anschließenden „Weißen Terrors", insbesondere die Erschießung Eugen Levinés, wurden von der KPD wie der Komintern offiziell gewürdigt.[43] Hinter den Kulissen sah es anders aus, wurde gegensätzlich argumentiert. Die kurze Einschätzung Ioffes in einem Brief an Lenin (Dok. 13) zeigt die abschätzige Haltung, die geradezu beleidigende Einstellung gegenüber führenden Personen der Bayerischen Räterepublik, selbst zu Leviné.

Schon in der Frühzeit ist also zwischen offiziellen Verlautbarungen und wirklichen Meinungen in der Komintern zu unterscheiden. Bald schon wurden Doppelzüngigkeit und Heuchelei üblich. Generell bleibt festzuhalten, dass die fast überall illegal tätige KPD nirgends siegreich war. Diese Partei war am Anfang gekennzeichnet durch eine Mischung von theoretisch-fundierter Einsicht in die Lage und radikal-utopischer Überschätzung eigener Möglichkeiten. Blinde Aktionsgläubigkeit führte an den Rand des Putschismus, ultralinke Aktivitäten aber entfernten von der eigentlichen Zielsetzung, provozierten ein Zusammenrücken aller ihrer politischen Gegner.

---

42 Vgl. Lenin: Werke. Bd. 29. Berlin (Ost) 1961. S. 314f.

43 Vgl. Nachrufe auf Leviné in Die Kommunistische Internationale (Oktober 1919). Nr. 6. S. 156f. sowie Die Internationale, das theoretische Organ der KPD (21. Juni 1919). „Eugen Leviné †". 1. Jg. Heft 4. S. 1f.

Die auch dadurch hervorgerufene Frontstellung Bolschewismus – Antibolschewismus, in die die deutsche Revolution manövriert wurde, erwies sich als verhängnisvoll. Der Gegensatz Nationalversammlung – Rätesystem wurde übersteigert und ideologisiert, die Hauptfrage – radikale Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft – in den Hintergrund gedrängt. Der putschistische Flügel in der KPD leistete der Kommunistenfurcht Vorschub. Diese diente dann schon bald als Grund, um die Restauration zu forcieren. Unter der Parole des Anti-Kommunismus gewannen die Reaktionäre an Einfluss.

Es ist nicht zu übersehen, dass die „linksradikalen Kräfte – mochten sie auch so bedeutende Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihren Reihen haben und mochte auch der Spartakistenaufstand im Januar 1919 das Revolutionserlebnis der Zeitgenossen noch so nachhaltig prägen – nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie des historischen Geschehens der Revolutionsmonate standen.“[44]

Illusion: „Nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.“

Doch 1919 waren auch die Erwartungen der Komintern, ja der meisten Kommunisten illusorisch. Da vom 21. März bis 1. August in Ungarn eine Räterepublik bestand, schien der Weg der Weltrevolution erfolgreich. Der Kominternvorsitzende Sinowjew sah den kommunistischen Sieg zum Greifen nahe, meinte im Frühjahr 1919 zu den „Perspektiven der proletarischen Revolution“: „Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: in Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zurzeit, wo diese Zeilen in Druck erscheinen, wir bereits nicht drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjet-Republiken haben werden.“ Der endgültige Sieg sei sicher: „Und das in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Wochen. Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, daß man mit Gewißheit sagen kann: nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf um den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein. Und der Kampf um den Kommunismus wird sich bereits auf Amerika, vielleicht auch auf Asien und die anderen Erdteile hinüberwerfen.“[45]
Sogar der real denkende Lenin ließ sich von den Illusionen anstecken und sagte am 19. März 1919 mit dem gleichen Tenor: „Es wird nicht lange dauern und wir werden den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt sehen, wir werden die Gründung der Föderativen Weltrepublik der Sowjets erleben.“[46] In einer Rede im April 1919 ver-

---

44 Erich Matthias: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19. Düsseldorf 1970. S. 10. Vgl. jetzt die andere Sicht bei Ottokar Luban: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte zur Geschichte der Arbeiterbewegung I (2009). S. 53ff.

45 Die Kommunistische Internationale (Mai 1919). Nr. 1. (Dt. Ausg. Verlag „Rote Fahne“, August 1919). S. IX, XII.

46 Lenin, Werke, Bd. 29, S. 228f.

sprach er, „schon bald werden wir die Geburt der internationalen Sowjetrepublik erleben!“ Und am 12. Juli prophezeite er in der „Pravda“ den Sieg der Weltrevolution binnen Jahresfrist: „Deshalb sagen wir (...) daß wir die Schwierigkeiten überwinden werden, daß dieser Juli der letzte schwere Juli ist, daß wir den nächsten Juli mit dem Sieg der internationalen Sowjetrepublik begrüßen werden – und dieser Sieg wird vollständig und unantastbar sein.“[47]

Diese Euphorie war 1919 in der Komintern und ihren Sektionen weitverbreitet. Dass sich auch Lenin, Sinowjew und die anderen Moskauer Führer im Frühjahr 1919 mitreißen ließen, widersprach eigentlich der miserablen Lage Russlands. Denn im März 1919 griffen die „Weißen Truppen“ unter Denikin im Süden die Bolschewiki an, im Osten war Kolčak aktiv und die Interventionstruppen Frankreichs, der USA und Großbritanniens blieben eine Gefahr. Im Frühjahr 1919 schien die Sowjetrepublik existentiell gefährdet. Erst im Herbst und Winter 1919 gewannen die Bolschewiki, besiegten im Dezember 1919 Denikins Armee.

Die Hochstimmung Lenins und Sinowjews im Frühjahr 1919 entsprang – soweit sie nicht bewusste Propaganda war oder der Selbsttäuschung diente – der internationalen Situation: der Weltkommunismus breitete sich 1919 aus. Die ungarische Räterepublik, in Deutschland kurzlebige Räterepubliken in München, Bremen (10.1.–4.2.1919), Mannheim (22.–25.2.1919), Wilhelmshaven und Cuxhaven (10.–29.1.1919) oder die „sozialistische Republik“ Braunschweig sowie die Gründung Kommunistischer Parteien in Bulgarien, Argentinien, Dänemark, den Niederlanden, den USA oder Mexiko schienen Signale des Vorankommens des Weltkommunismus. Viele Hoffnungen des EKKI ruhten weiter auf Deutschland, wo ein immer größerer Teil der USPD zur Komintern strebte. Auch wenn Wunschträume seinerzeit wohl die meisten Kommunisten ergriffen hatten, erwies sich 1919 in der Realität jedoch als ein Jahr des Niedergangs für sie, insbesondere im Nachkriegsdeutschland. Hier wirkten sich die politischen Niederlagen der KPD und ihre Isolierung auf die innere Entwicklung aus, es kam 1919 zur ersten Spaltung der Partei.

Spaltung der KPD 1919

Die auf dem Gründungsparteitag unter den Delegierten dominierenden utopisch-radikalen oder ultralinken Kommunisten hatten zunächst in der Partei noch erheblichen Anhang. Paul Levi[48], der als Nachfolger von Luxemburg und Liebknecht die Partei führte, steuerte auf eine Trennung von den linksradikalen Kräften. Er wollte vor

47 Lenin, Werke, Bd. 29, S. 228f., 72, 484. In W. I. Lenin: Über die Kommunistische Internationale. Berlin (Ost) 1969, fehlen diese beiden Aussagen.

48 Vgl. Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1969; Zu Levi im Jahre 1920/1921 vgl. Jörn Schütrumpf: Paul Levi unter den „Doppelzünglern“. In: Utopie kreativ 209 (März 2008). S. 222ff.

allem Klarheit in der Einstellung zum Parlamentarismus und in der Gewerkschaftsfrage. Auf zwei Parteikonferenzen im März und Juni 1919 gab es Kompromisse. Auf der Frankfurter Konferenz am 29. März (die Zentrale hatte ihren Sitz wegen der dauernden Verfolgung der Kommunisten durch die Staatsmacht aus Berlin verlegt) wurde gewarnt, die Partei sei „von einem Heer von Spitzeln überschwemmt."[49] Tatsächlich arbeitete die politische Polizei während der bürgerkriegsähnlichen Zustände von 1919 an mit zahlreichen Spitzeln, auch Provokateuren gegen die KPD, und es kam immer wieder zur Ermordung solcher Personen. So wurde im August 1919 in Berlin der Polizeispitzel Karl Blau ermordet.[50] Ein Gerichtsprozess 1920 zu diesem Mord enthüllte den Sumpf von Spitzeleien, Verschwörungen, Provokationen sowie die oft zwielichtigen Handlungen der Polizei am Rande der politischen Massenauseinandersetzungen von 1919 bis 1923. Die Debatten um den „Tscheka-Prozess" 1925 zeigten dann, dass eine „T-Gruppe" in der KPD sowie individueller Terror bis 1923 eine Rolle spielten.[51]

Die illegale Reichskonferenz im Juni 1919 in Berlin nahm eine Resolution gegen den Syndikalismus an. Erstmals wurde die Satzung, die schon auf dem Gründungsparteitag vorlag und die Autonomie in der Partei festhielt, bestätigt.[52] Auf dem II. Parteitag im Oktober 1919, der illegal in Weinheim, Heidelberg und Mannheim tagte, kam es dann zum Bruch.[53] Nach dem Willen der Parteizentrale unter Levi sollten eine Revision der Haltung zu den Wahlen, zum Parlament und zu den Gewerkschaften erfolgen und die Ultralinken aus der Partei gedrängt werden. Die Zentrale legte „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik" vor, nach denen die KPD „auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten" dürfe – also auch nicht auf die Wahlbeteiligung –, das der Vorbereitung von Massenkämpfen diene. Schließlich wurde für den Parteiaufbau jeder Föderalismus verworfen.[54] Mit einer scharfen Rede vertiefte Paul Levi die Gegensätze zwischen der Zentrale und der sog. Hamburger Richtung. Der Antrag von Laufenberg, den Absatz „Die KPD verwirft jeden Föderalismus" zu streichen, wurde nur knapp mit 26 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung wurden die „Leitsätze" mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen.

---

49 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII, 1. Halbbd. Berlin (Ost) 1966. S. 56.

50 Vgl. Eugen Ortner: Der Mord am Polizeiagenten Blau. Berlin 1924. Vgl. auch Markus Mohr, Klaus Viehmann (Hrsg.): Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte. Berlin 2004.

51 Vgl. die Biographie von Felix Neumann u. Peter Skoblewski in Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 529f., 743f. sowie unten die Dokumente und Darlegungen zu den Verwicklungen bei diesem Prozess. Zur Gewalt jetzt auch Benjamin Franz: Zur Diskussion in der KPD 1918/19 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung I (2009). S. 79ff. Vgl. Werner Müller: Die KPD in ihrem ersten Jahr. In: Die vergessene Revolution 1918/19. Hrsg. v. Alexander Gallus. Göttingen 2010. S. 160ff.

52 Kommunistische Partei-Korrespondenz (1919). S. 14f.

53 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919. O. O. (Berlin), o. J.; Vgl. auch Müller, KPD im ersten Jahr, S. 71ff.

54 Bericht über den 2. Parteitag, S. 60ff.

Die Opposition war sehr heterogen und ein beträchtlicher Teil der KPD-Mitglieder und Anhänger trennte sich nach dem II. Parteitag unter Abgabe öffentlicher Erklärungen von der KPD. Levis praktizierte Methode der Spaltung nannte Flechtheim „zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch“[55] und auch andere Autoren sahen darin ein böses Beispiel für die folgenden Auseinandersetzungen. Eine neue, quellengesättigte Untersuchung kommt freilich zum Schluss: „Der Parteitag war bei aller Kritik, die man am konkreten Vorgehen der Zentrale haben kann und muß, aber *kein* Beispiel für den künftigen Umgang mit innerparteilichen Diskussionen und oppositionellen Strömungen. Somit taugt ‚Heidelberg‘ auch nicht als Kronzeuge gegen die Wandlungsthese.“[56] Der III. Parteitag der KPD im Februar 1920 erklärte die Bezirke Berlin, Nord, Nordwest, Niedersachsen und Dresden für ausgestoßen.

Im April 1920 gründeten die Oppositionellen die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).[57] Bald gelang es der KAPD, in Hochburgen der KPD (Berlin, Wasserkante, Ruhrgebiet) die Mehrheit der KPD-Mitglieder für sich zu gewinnen.[58] Die Spaltung war eine innerparteiliche Angelegenheit der deutschen Kommunisten, die Komintern war zunächst weniger involviert. In ihrer politischen Haltung näherte sich die KAPD stark dem Syndikalismus. Sie bekämpfte die Gewerkschaften; den Parlamentarismus – auch jede Wahlbeteiligung – lehnte sie schroff ab, sie distanzierte sich von der Leninschen Parteitheorie. Diese Partei übte 1920/1921 erhebliche Anziehungskraft auf die linksradikale deutsche Arbeiterschaft aus.

Komintern und KAPD

Ab April 1920 bestanden in Deutschland nun zwei Kommunistische Parteien. Das brachte die Kominternführung in eine heikle Situation. Gerade wurde der II. Weltkongress für Juli/August vorbereitet und in den dort verhandelten Statuten und Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern wurde festgehalten, dass es in jedem Land nur *eine* KP geben dürfe. Und im April/Mai 1920 hatte Lenin seine grundsätzliche Arbeit

---

55 Flechtheim, Die KPD, S. 146.

56 Marcel Bois, Florian Wilde: Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Opposition? In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung II (Mai 2007). S. 46.

57 Vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Meisenheim a. Gl. 1969; Ders.: Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976; Olaf Ihlau: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim a. Gl. 1969; Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1981.

58 Bei ihrer Gründung zählte die KAPD 38.000 Mitglieder (Kommunistische Arbeiterzeitung v. 4./5. April 1920. Nr. 90. Berlin).

„Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“[59] verfasst, die im Juni, noch vor dem II. Weltkongress der Komintern, auch in deutscher Sprache ausgeliefert wurde. In dieser Schrift griff Lenin die „Ultralinken“ scharf an, er trat für die Arbeit in den Parlamenten und in den Gewerkschaften ein. Der holländische Linkskommunist Hermann Gorter antwortete im Auftrag der KAPD in der Broschüre „Offener Brief an den Genossen Lenin“, mit einer nüchternen Auseinandersetzung. Doch während Lenin die Linkssozialisten ebenso wie andere Gegner geradezu rabiat beschimpfte, er die Motive eines politischen Kontrahenten nicht sachlich bekämpfen wollte und konnte, war er gegenüber den Ultralinken weit konzilianter. Es wurde deutlich, dass er sie für „seinen“ Kommunismus zurückgewinnen wollte. Allerdings galt das nur für die Mitglieder, gegen die Führer polemisierte er, diese würden „hirnverbranntes Zeug und Unsinn verzapfen.“[60] Sein Ziel war offensichtlich die Spaltung der KAPD.

Vor und auf dem II. Weltkongress gelang dies nicht. In Verhandlungen mit der Kominternführung, die Franz Jung, Jan Appel und Hermann Knüfken (sie hatten mit einem gekaperten deutschen Schiff Russland erreicht) im Vorfeld mit Radek, Sinowjew und auch Lenin hatten, zeigten sich die Gegensätze. Und die ebenfalls nach Moskau gekommenen KAP-Führer Otto Rühle und August Merges lehnten es überhaupt ab, (mit „beratender Stimme“) als Gäste am Kongress teilzunehmen[61], wie das die USPD-Führer Däumig, Dittmann, Crispien und Stoecker taten.[62] Der Gründungsparteitag der KAPD im April 1920 hatte indes einstimmig beschlossen, „vorbehaltlos auf dem Boden der III. Internationalen“ zu stehen.[63] Gleichzeitig wurde jedoch – für die Kominternführung eine Provokation – der Ausschluss der KPD (Spartakusbund) aus der Komintern gefordert. Im KAPD- Programm behauptete die Partei, dieses sei „getreu dem Geist der 3. Internationale“ gehalten.[64]

Sehr rasch wurde die Partei von ideologischen Meinungsverschiedenheiten geprägt. Die Hamburger Führer Laufenberg und Wolffheim verstiegen sich zum „Nationalbolschewismus“, was der KPD die Möglichkeit gab, die KAPD mit dieser Richtung zu identifizieren.[65] Doch bereits der ordentliche Parteitag der KAPD im August 1920 stand „ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der nationalbolschewistischen Opposition innerhalb der KAPD“ und entschied, deren Führer, Wolffheim und Lau-

59 Vgl. W. I. Lenin: Sämtliche Werke. Bd. XXV: Das Jahr 1920. Wien-Berlin 1930. S. 201–307; Lenin: Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. Hermann Weber. München 1963. S. 980–1089.

60 Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 227.

61 Vgl. Hermann Knüfken: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917 bis 1930. Berlin 2008. S. 135ff.

62 Die USPD-Vertreter und auch der Syndikalist „Suchi“ (richtig: Augustin Souchy) sind im Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd bis 7. August 1920 in Moskau, S. 781, aufgeführt.

63 Bock, Syndikalismus, S. 6.

64 Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Hrsg. im Mai 1920. O. O. u. o. J. S. 15.

65 Vgl. Gegen den Nationalbolschewismus! Zwei Aufsätze von Karl Radek und August Thalheimer. Hrsg. v. KPD (Spartakusbund). O. O. 1920. S. 43; Vgl. hingegen „Nationalbolschewismus“. In: Die Aktion (29.5.1920). Heft 21/22; Zum Nationalbolschewismus vgl. Louis Dupeux: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. München 1985 (frz. 1976).

fenberg, auszuschließen.[66] Damit waren die Schwierigkeiten mit der Komintern nicht beendet, obwohl der KAPD-Parteitag im Februar 1921 sich zudem vom „föderalistischen" Anti-Komintern-Flügel (Franz Pfemfert, James Broh) trennte.[67]

Die KAPD wurde – gegen den wütenden Widerstand der KPD (Spartakusbund) und insbesondere Paul Levis – von der Komintern hofiert. Noch vor dem II. Weltkongress im Juli plante das EKKI die Aufnahme der KAPD als Mitglied der Komintern. In einem Brief drohte Levi daraufhin im Namen der KPD-Delegierten des II. Weltkongresses: „Wir erklären, wir werden in diesem Falle aus dem Kongress ausscheiden und nach Deutschland zurückkehren."[68] Zu dieser Demonstration kam es nicht, weil die KAPD dann den II. Weltkongress boykottierte. Das EKKI bemühte sich weiter um die KAPD und nahm sie gegen den Willen der KPD am 28. November 1920 als sympathisierende Partei in die Komintern auf.

Doch die Gegensätze waren zu groß. Bereits auf dem III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 (mit fünf KAPD- und 25 KPD-Teilnehmern) kam es zu hitzigen Debatten.[69] In einem Ultimatum verlangte dieser Komintern-Kongress von der KAPD, innerhalb einer Frist von zwei bis drei Monaten mit der VKPD (inzwischen hatte der Zusammenschluss von KPD (Spartakusbund) und linker USPD stattgefunden) zu verschmelzen, sonst werde sie aus der Komintern ausgeschlossen. Diese Drohung der Komintern war für die Funktionäre unannehmbar und der folgende Parteitag der KAPD setzte sich im September 1921 in Berlin damit auseinander. Er sprach den Delegierten in Moskau, u. a. Bernhard Reichenbach (Seemann), Jan Appel (Hempel), Alexander Schwab (Sachs) einstimmig sein volles Vertrauen aus und stellte sich somit gegen die Komintern.[70] Die KAPD-Führung rief außerdem in einem Appell „das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt zu einem erbitterten Kampf gegen die reformistische 3. Internationale" auf[71] und beabsichtigte, eine neue linkskommunistische Internationale zu schaffen, doch das misslang.

Nach nur wenigen Monaten mit dem Status „sympathisierende Partei der Komintern" war der Versuch der Internationale, die KAPD in die KPD wieder einzuschmelzen, fehlgeschlagen. Gegenüber den Linkskommunisten war der Führungsanspruch Moskaus gescheitert. Allerdings war es zu Spannungen mit der KPD gekommen, denn die „straffe Leitung" durch das EKKI war 1920 noch brüchig. Da es seit dem März 1921

---

66 Vgl. Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1981. S. XVIIff.
67 Vgl. Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18.2.1921 im Volkshaus zu Gotha. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1984.
68 Schütrumpf, Paul Levi, S. 224.
69 Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (20.6.–12.7.1921, Moskau). Hamburg 1921. S. 335ff.
70 Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 11.–14.9.1921 in Berlin. Hrsg. v. Clement Klockner. Darmstadt 1986
71 Protokoll des außerordentlichen Parteitages (11.–14.9.1921, Berlin), Klockner in seiner Einleitung, S. 17.

neue Probleme („Rechtsabweichungen“) in der KPD gab und die KAPD ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft zunehmend verlor, spielte diese für Moskau kaum mehr eine Rolle.

Tatsächlich hatte die Kominternführung mit dem Übergang der linken Mehrheit der USPD zur KPD in Deutschland bereits Ende 1920 einen wichtigen Sieg errungen, der den Verlust der KAPD verschmerzen ließ. Insbesondere da diese, seit ihrer Spaltung in eine „Essener“ und „Berliner“ Richtung nach dem September 1921 ihr Gewicht unter den radikalen Arbeitern einbüßte. Durch die Loslösung dieser Gruppe hatte die KPD ihr politisches Profil klarer herausgearbeitet und sich deutlich nach Links abgegrenzt, deren Tendenzen aber noch jahrelang fortwirkten. Der KPD brachte die Abspaltung 1920 einen Aderlass, dadurch verlor sie die Hälfte ihrer etwa 100.000 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 bekam die Partei nur eine halbe Million Stimmen (2,1 % und 2 Sitze) und blieb bis Ende 1920 eine Sekte.

Kapp-Putsch

Zum Kapp-Putsch im März 1920 hatte die KPD eine zwiespältige Haltung gezeigt. Sie erklärte zunächst den Kampf zwischen den Putschisten und der Regierung zu einem innerkapitalistischen Zwist, dem wenig Bedeutung beizumessen sei. Anfangs wandte sich die Zentrale sogar gegen den Generalstreik der Gewerkschaften, durch den der Putsch dann zusammenbrach.[72] Die Hintergründe dieser Politik der KPD wurden erst später dargelegt: Unter dem Druck der Berliner Parteiorganisation, die jede Verteidigung des „Noske-Regimes“ strikt ablehnte, hatten sich die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrale zu ihrem Aufruf gegen den Generalstreik inspirieren lassen. Darüber berichtete Jakob Walcher[73], es seien nur Pieck und Thalheimer von der Zentrale, Reuter-Friesland als Berliner Vertreter und er als Ersatzmann der Zentrale bei der Abfassung dieses Aufrufs anwesend gewesen, nur er selbst habe gegen diese Haltung gestimmt. Der Parteiführer Paul Levi, damals im Gefängnis, hatte sich in einem Brief an die Zentrale sofort gegen die Ablehnung gewandt. Unterschiedliche Ansichten wurden veröffentlicht.[74] Die im folgenden abgedruckten Dokumente (vgl. Dok. 22, 24) ermöglichen neue Einsichten.

Auseinandersetzungen gab es auch wegen der widersprüchlichen Haltung der KPD-Führung zur Bildung einer Arbeiterregierung, die nach dem Kapp-Putsch im Gespräch war. Die Mehrheit der KPD-Zentrale hatte sich für eine „loyale Opposition“ gegenüber einer rein sozialistischen Regierung ausgesprochen. Im Prinzip billigte

72 Vgl. die Aufrufe in Weber, Dokumente, S. 77, 138ff.; Vgl. die Dokumentation Erwin Könnemann, Gerhard Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. München 2002.

73 Die Kommunistische Internationale (1926). Nr. 4. S. 392f.

74 Vgl. Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 147ff.

Lenin diese Position,[75] doch der Zentral-Ausschuss sowie der IV. Parteitag der KPD im April 1920 lehnten diese Politik als opportunistisch ab.[76]

Da die nach dem Putsch geschaffene Rote Ruhrarmee in Bürgerkriegskämpfe mit der Reichswehr geriet[77], schien dies dem EKKI im Frühjahr 1920 ein Signal für ein Weitertreiben der deutschen Revolution. Doch der immer noch schwachen KPD kam in der Ruhrarmee keine entscheidende Bedeutung zu. Die Kämpfe zeigten indes das Ziel vieler Arbeiter, das antidemokratische Militär zurückzudrängen. Allerdings verübten ultralinke Kreise auch Sabotage und andere Gewalttaten, „die das übrige Proletariat als gegen sich gewendet" ansah und politische Isolierung brachten, wie der KPD-Parteitag im April 1920 festhielt.[78]

Die Unklarheiten und Widersprüche der kommunistischen Politik wurden durch die organisatorische Schwäche, die mangelnde Verankerung der Partei in den Massen hervorgerufen, waren vor allem bedingt von der deutschen Situation. Der Putsch der rechtsradikalen Militärs war Beispiel dafür, dass die Weimarer Republik von rechts bedroht wurde, obwohl viele Demokraten auf die „linksradikale Gefahr" fixiert waren. Die teils irreale Haltung der KPD widerspiegelte aber auch eine zunächst langsam wachsende Abhängigkeit von der Komintern und Sowjetrussland. Die Auseinandersetzungen im März 1920 über die Haltung zum Kapp-Putsch wurden jedoch von Differenzen in der KPD-Führung bestimmt, die Komintern konnte sich erst danach einmischen. Dabei waren ab Mitte 1920 die Verbindungen von und nach Moskau besser, Anleitungen des EKKI einfacher. Der Sieg der Roten Armee auf der Krim beendete im November 1920 den Bürgerkrieg, das stärkte mit der russischen Sowjetmacht auch die Führung der Komintern.

Der II. Weltkongress im Juni/Juli 1920 brachte eine Zäsur. Wie erwähnt, wurde mit den Statuten und den 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern auch die Dominanz Moskaus ausgebaut. Auf diesem Kongress wurden die Probleme von EKKI, KPD und KAPD noch nicht erledigt, die vorhersehbare Spaltung der USPD machte den Weg der KPD zur Massenpartei frei.

Der polnisch-russische Krieg ab April 1920 mit der sowjetischen Gegenoffensive, die erst vor Warschau endete, brachte Überlegungen der Sowjet-Regierung wie der Kominternführung, die Weltrevolution auch mit militärischen Mitteln voranzutreiben (Dok. 21). Lenin bestätigte dann im September 1920 diese Geheim-Debatten, seine Ausführung wurde freilich nicht veröffentlicht: „Wir beschlossen, unsere militärischen Kräfte zu nutzen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Daraus ergab sich auch die weitere allgemeine Politik. Wir haben dies nicht in der offiziellen

75 Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 297ff.

76 Bericht über den IV. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14. u. 15. April 1920. O. O. u. o. J. S. 28ff.

77 Vgl. u. a. George Eliasberg: Der Ruhrkrieg von 1920. Einleitung v. Richard Löwenthal. Bonn 1974; Erhard Lucas: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Märzrevolution 1920. Bde. 1–3. Frankfurt/M. 1970, 1973, 1980.

78 Bericht über den IV. Parteitag der KPD (14.–15.4.1920), S. 24ff.

Resolution formuliert, die im Protokoll des ZK steht und Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag ist. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit dem Bajonett erkunden müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist (...) Als der Kominternkongreß im Juli in Moskau tagte, war das zu der Zeit, als wir diese Frage im ZK entschieden. Auf dem Kominternkongreß konnten wir diese Frage nicht aufwerfen, weil dieser Kongreß offen vor sich gehen mußte."[79] Der Rückzug der Roten Armee beendete diese Planspiele. Hingegen intensivierte die Komintern ihre Bemühungen zur Gewinnung der Mehrheit der USPD.

Komintern-Taktik und USPD-Spaltung

Die deutsche Revolution war in Halbheiten steckengeblieben. Die privatkapitalistische Wirtschaft war unangetastet, die politische Struktur der parlamentarischen Republik wurde nicht unerheblich davon geprägt, dass der Staatsapparat der Kaiserzeit im Wesentlichen fortexistierte. Das führte zur Radikalisierung der Arbeiterschaft. 1920 gingen breite Wählerschichten von der SPD zur USPD über, deren linker Flügel immer stärker zum Beitritt in die Komintern drängte. Das EKKI war bei den Verhandlungen mit den USPD-Führern in Moskau nicht bereit, auch den rechten Flügel der USPD in die III. Internationale aufzunehmen. Im Juli 1920 galt Lenins These: „In der Kommunistischen Internationale ist nach Ansicht der KPR für solche Parteien kein Platz."[80] Am 5. Februar 1920 schickte das EKKI einen Brief (von Sinowjew unterschrieben) an „Alle Arbeiter Deutschlands", an die „Reichszentrale" der KPD und den „Parteivorstand" der USPD, den das WES als Broschüre verbreitete. Darin drückte das EKKI „die feste Überzeugung aus", dass durch die „proletarischen Massen" innerhalb der Partei die „Reihen der Führer der USP gesäubert werden" und damit die Vereinigung mit der KPD möglich werde.[81] Diese Spaltungstaktik wurde beibehalten.

Kurz vor dem II. Weltkongress hatte das EKKI nochmals versucht, einen Zwiespalt der USPD „von unten" zu erreichen. Am 21. Juni forderte die Kominternführung in einem Brief „An alle Mitglieder" der USPD die „einzelnen Orts- und Landesorganisationen, die unverzüglich der III. Internationalen beizutreten wünschen", auf, „sofort ihre Delegierten zu wählen und zu unserem Kongreß zu schicken, der für den 15. Juli anberaumt ist."[82] (Er begann am 18. Juli.) Der plumpe Spaltungsversuch wirkte nicht.

79 Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (September 1997). Heft 3. S. 47. Die Rede von 1920 wurde erst 1992 in Moskau veröffentlicht. Die Bedeutung hat Schütrumpf erstmals herausgearbeitet, vgl. Schütrumpf, Paul Levi.

80 Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 385; Vgl. zur USPD Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt/M. 1975; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Frankfurt/M. 1975.

81 Der Leipziger Kongreß der USPD und die Kommunistische Internationale. Hrsg. v. Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. S. 19.

82 Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 324f.

Doch unter dem Druck der Kominternanhänger fuhren vier Vertreter der USPD 1920 nach Moskau, und äußerten auf dem II. Kongress die unterschiedlichen Ansichten zu den erwähnten Aufnahmebedingungen. Da die zwei Vertreter der linken USPD, Ernst Däumig und Walter Stoecker, dort bereits bedingungslos die Komintern-Forderungen akzeptierten, aber die von Lenin attackierten Arthur Crispien und Wilhelm Dittmann die verschärften „21 Bedingungen" weiterhin strikt ablehnten, war die vom EKKI erwünschte Spaltung vorprogrammiert. Die um jeden Preis zur Komintern strebenden USPD-Teile und diejenigen, die die „21 Bedingungen" verwarfen, beharrten auf unvereinbaren Positionen. Nach Diskussionen in der Partei im August und September 1920 trat dann vom 12. bis 17. Oktober in Halle der außerordentliche Parteitag der USPD zusammen.[83]

Der Parteitag war bereits in „Linke" unbedingte Anhänger der Komintern und „Rechte" Gegner der Aufnahmebedingungen gespalten. Sie kamen mit gebundenen Aufträgen nach Halle und waren kaum noch umzustimmen. Das bewiesen auch zwei Höhepunkte des Parteitages: eine lange Rede Sinowjews (in deutscher Sprache) und eine Antwort von Martov, dem alten „menschewistischen" Gegenspieler Lenins. Der Kominternvorsitzende Sinowjew, der von der linken Seite „mit stürmischem Beifall empfangen" wurde, machte seinen Kontrahenten formal Zugeständnisse. Er sagte sogar über die „21 Bedingungen", notfalls wäre es „Pflicht der Exekutive, noch einmal zu verhandeln."[84] Das führte zu Unruhe bei seinen Gegnern, Zwischenrufe wie „Warum habt ihr uns das nicht drei Wochen zuvor gesagt?" zeigten, dass solche Aussagen durchaus als instrumentell betrachtet wurden.

Einen Eklat verursachten Sinowjews Beschimpfungen der Freien Gewerkschaften, die der zweite bolschewistische Redner, der Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale Lozovskij, noch verschärfte. Es kam zu Unterbrechungen. Sinowjew wurde am Ende seiner Rede (von den Linken) mit „stürmischen, minutenlang anhaltenden" Beifallsäußerungen gefeiert, wie das Protokoll vermerkt. Martov nannte Beispiele des bolschewistischen Terrors auch gegen Sozialisten und sagte, die III. Internationale habe von der bolschewistischen Partei alles übernommen und „den Terrorismus zur Grundlage des Systems einer revolutionären Regierung gemacht."[85] Doch die Delegierten waren nicht mehr zu beeinflussen, die Liste (bei namentlicher Abstimmung) der 236 Ja-Stimmen und der 156 Nein-Stimmen über den Anschluss macht das deutlich. Die „rechte" Minderheit verließ den Saal und setzte – ebenso wie die Mehrheit – den Parteitag separat fort.[86]

83 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle. Vom 12. bis 17. Oktober in Halle. Berlin o. J.
84 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (12.–17.10. in Halle), S. 176.
85 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (12.–17.10. in Halle), S. 215.
86 Vgl. Protokolle der USP-Parteitage. Bd. 3. Glashütten 1976.

Letzter KPD-Parteitag vor der Vereinigung

Nur zwei Wochen nach dem USPD-Spaltungsparteitag trat die KPD zu ihrem V. Parteitag zusammen. Es ging darum, vor der geplanten Vereinigung mit der linken USP die Beschlüsse des II. Weltkongresses auch noch in der KPD-Mitgliedschaft durchzusetzen. Die Umbenennung von „KPD (Spartakusbund)" in „KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale)" war bisher nur von der Zentrale beschlossen worden. Nun sollten die Delegierten die Namensänderung „gutheißen".[87] Eine Landeskonferenz in Bayern hatte dagegen Protest erhoben, doch bei einer Gegenstimme wurde die Umbenennung vom V. Parteitag gebilligt. Immerhin hatte das Zentralorgan der Partei, „Die Rote Fahne", die neue Bezeichnung bereits im September vorgenommen. Noch bis 18. September hieß der Herausgeber: KPD (Spartakusbund), ab dem 19. September: KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Im Leitartikel vom 18. September betonte der ungarische Kominternfunktionär Béla Szanto, die III. Internationale sei eine „einheitliche Kommunistische Partei der Welt", wer „die Autonomie der einzelnen Parteien" verteidige, übe „Verrat am Proletariat". Nötig sei ein „streng durchgeführter Zentralismus" sowie „stramme und strenge Parteidisziplin". Am 19. September 1920 wollte August Thalheimer im Leitartikel: „Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale", die Rolle des aus dem Namen gestrichenen Spartakusbundes hervorheben. Die Namensänderung sei „gemäß den Beschlüssen des Zweiten Weltkongresses" erfolgt, aber es blieben die spartakistischen Grundsätze und auch die Taktik; diese seien „nicht zu ändern". Sinowjew hingegen, der in einem Begrüßungsschreiben im November 1920 an den V. Parteitag „Reminiszenzen aus der alten Zeit" nur „störend" nannte, andererseits „mehr Toleranz" gegenüber der KAPD verlangte,[88] war anderer Ansicht.

Verschiedene Nuancen waren also schon bei der Auslegung der formalen Beschlüsse der Komintern festzustellen. Neben dieser rein statuarischen Übernahme der Beschlüsse des II. Weltkongresses wurden gegen relativ geringen Widerstand auch die übrigen Komintern-Vorgaben gebilligt. Schon im Geschäftsbericht hatte die Zentrale in Berlin festgehalten: „Nach langen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Föderalismus in der Organisation hat sich die Partei zum Zentralismus bekannt." Jetzt seien „straffe Zentralisation und eiserne Disziplin" notwendig.[89] Nur der Delegierte Hans Tittel legte für den Bezirk Württemberg Widerspruch gegen einen „bürokratischen Zentralismus" ein, blieb aber mit der Kritik allein. Auch gegen den bevorstehenden Zusammenschluss mit der linken USPD gab es erwartungsgemäß keinen Einwand, nur vereinzelt wurde die Verschmelzung als „zu früh" beurteilt.

---

87 Bericht über den 5. Parteitag der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin. Berlin 1921. S. 22.

88 Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 14. S. 273f.

89 Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 11.

In der „nichtöffentlichen Sitzung“ zu Beginn des Parteitags war der „Vertrauensmann“ der Komintern (Pseudonym Schmidt, es war Kleine-Gural'skij) zu einer negativen Bewertung der KPD gekommen: „Der Kapp-Putsch war für die Partei eine unendliche Kette von Fehlern und Irrungen“ und er wandte sich gegen den „Opportunismus von rechts“[90] sowie gegen Paul Levi. Ernst Meyer und Levi hatten in ihren Redebeiträgen das Verhältnis der KPD-Führung zur Komintern angesprochen. Dadurch wurden Spannungen deutlich, die Ende 1920 existierten: Der EKKI-Vertreter Radek hatte es verstanden, Mitglieder der Zentrale, wie Brandler u. a., gegen Levi auszuspielen. Dieser kritisierte auf dem V. Parteitag die russischen Verantwortlichen des EKKI. Wegen gegensätzlicher Positionen über die KAPD-Aufnahme in die Komintern hatte sich nicht nur der Ton verschärft, Levi sprach vom „Verhalten der russischen Genossen, von dem ich sage, unter Kommunisten würde ich es anders gewünscht haben.“ Meyer berichtete, den „russischen Genossen“ gehe die „antiputschistische Stimmung“ in der deutschen Partei zu weit, Aktionen seien notwendig.[91]

Nach der Konsolidierung der Macht durch den Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg erwartete nun offensichtlich das EKKI eine festere Anleitung der KPD erreichen zu können. In der zweiten Jahreshälfte 1920 wurden bei der „Umsetzung“ der Beschlüsse des II. Weltkongresses die Sektionen diszipliniert und dem EKKI und damit den russischen Führern – in erster Linie Sinowjew, der vorgab, im Sinne Lenins zu handeln – schrittweise untergeordnet. Zwar hatte Lenin in einem „Brief an die deutschen und französischen Arbeiter“ im September 1920 noch behauptet: „Das Geschrei über die Diktatur Moskaus usw. ist ein einfaches Ablenkungsmanöver. In Wirklichkeit sind unter den zwanzig Mitgliedern des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nur fünf Mitglieder der KPR.“[92] Dies war Augenwischerei, die Realität eine andere. Auch wenn die KP Russland in der Exekutive über keine nominelle Mehrheit verfügte, regierte sie doch das Land, auf dessen technische und finanzielle Hilfe die Komintern angewiesen war. Vor allem war die Sowjetunion Vorbild, ihre Autorität in der Internationale bestimmend, „so dass die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen gesichert war.“[93]

Die VKPD

Die linke USPD (349 Delegierte vertraten etwa 300.000 Mitglieder) vereinigte sich auf einem gemeinsamen Parteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin mit der KPD

90 Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 41, 58.
91 Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 28, 36.
92 Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 472.
93 Richard Löwenthal: Russland und die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus. In: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Hrsg. v. W. Markert. Stuttgart 1964. S. 105.

(146 Delegierte vertraten 70.000 Mitglieder) zur VKPD.[94] Diese Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands bekannte sich zur Kommunistischen Internationale, erstrebte die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem und wollte ihre Organisation nach den Prinzipien eines demokratischen Zentralismus aufbauen. Unter dem paritätischen Vorsitz von Paul Levi und Ernst Däumig war damit in Deutschland eine kommunistische Massenpartei entstanden. Dadurch erlangten Fragen der Taktik ein größeres Gewicht: Wie sollte sich diese Massenpartei verhalten? Einen radikalen Kurs verfolgen, vielleicht gar Aufstandsversuche unternehmen oder eine gemäßigte Politik betreiben? Anfang 1921 registrierte die VKPD 356.000 Mitglieder – die höchste Zahl, die sie in der Weimarer Republik jemals erreichte. Allerdings hatte die Partei damit nur knapp 5 % der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter in ihren Reihen vereinigt, und bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 wählten nur 5,5 % der Wahlberechtigten (und damit knapp 20 % der Arbeiter) die Kommunistische Partei. Diese VKPD hatte sich allerdings auch erheblich von den Vorstellungen des Spartakusbundes entfernt.

1921 begann die KPD zunächst mit einer Politik der Einheitsfront, deren erster Akt war bereits am 1. Januar ein „Offener Brief“ der Zentrale der VKPD an alle Organisationen der Arbeiterschaft (SPD, USPD, KAPD, Gewerkschaften usw.). Darin rief die KPD-Zentrale dazu auf, gemeinsam die wirtschaftliche Not der Massen zu lindern und unterbreitete ein Minimalprogramm.[95]Die „Einheitsfronttaktik“ wurde von der Komintern, insbesondere von Sinowjew und Bucharin, anfangs kritisiert. Radek verteidigte mit Unterstützung Lenins diese Linie.[96] Sinowjew erklärte dann im Dezember 1921, die „Taktik der Einheitsfront“ sei eine „dialektische Sache“. Denn hätten „wir die Spaltung nicht gemacht“, wäre auch das „Manöver“ der Einheitsfront nicht durchführbar. „Es ist möglich, daß wir noch manche Spaltungen werden durchführen müssen. Und dennoch werden wir zu den Sozialisten kommen und sagen: Ja, wir wollen Einheit.“ Der Komintern-Vorsitzende machte keinen Hehl daraus, dass die Einheitsfronttaktik die Massen schneller auf die „Seite des Kommunismus herüberziehen“ solle.[97] Dass solche offen verkündeten kommunistischen Absichten keine Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten schufen, braucht kaum betont zu werden.

Im Frühjahr 1921 konnte das EKKI auf Erfolge der Komintern blicken. Die KPD war Massenpartei geworden und durch die Spaltung der französischen Sozialisten im

94 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) mit der KPD (Spartakusbund) vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin. Berlin 1921.
95 Die Rote Fahne (8.1.1921), teilweise abgedruckt in Weber, Der deutsche Kommunismus, S. 168ff.
96 Vgl. die Belege bei Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991. S. 71ff.
97 Internationale Presse-Korrespondenz (1921). 1. Jg. S. 353; Vgl. Erich Matthias, Hermann Weber: Die Stellung der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Einheitsfront. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. (XI. Linzer Konferenz 1975). Wien 1978. S. 41ff.

Dezember 1920 war dort eine starke KP entstanden. Doch die Furcht vor einer „Überschwemmung" der Komintern durch Sozialisten, wie auch die „21 Bedingungen", die das vermeiden sollten, und Spaltungen der Sozialisten, wie in Italien, verhinderten weitere Fortschritte.

Zudem war in Sowjetrussland trotz des Sieges im Bürgerkrieg eine neue Krise entstanden. In der KPR zeigten sich Differenzen, Fraktionen bekämpften sich, es gab heftige Streit zwischen Lenin, Bucharin und Trotzki. Erstmals kam es 1921 zu einem Aufstand von links gegen die Bolschewiki, geführt von den Kronstädter Matrosen, einst Stütze der Kommunisten. Der X. Parteitag der KPR im März 1921 verbot alle Fraktionen in der Partei, der „Kriegskommunismus" wurde von der Neuen Ökonomischen Politik, der NEP, abgelöst, Konzessionen an die kapitalistische Wirtschaft gemacht. Die Spannungen innerhalb der KPR schlugen sich in der Komintern nieder und betrafen auch die VKPD, die ihre Linie im März 1921 radikal änderte. Die Komintern-Emissäre unter Leitung von Béla Kun, dem ehemaligen Führer der ungarischen Räterepublik, stachelten einen neuen radikalen Kurs an (vgl. Dok. 34).

Die Märzaktion 1921

Bereits 1921 verursachte die sog. März-Aktion (ein kommunistischer Aufstand in Mitteldeutschland) eine tiefe Krise in der KPD. Sie ließ die Problematik der Hegemonie der Komintern und Sowjetrusslands gegenüber den deutschen Kommunisten erkennen.[98] Für die Beziehungen zwischen Komintern und KPD war die Märzaktion ebenso einschneidend wie für die Entwicklung des deutschen Kommunismus. Die Fakten zur Aufstands-Aktion waren weitgehend bekannt,[99] strittig blieben die Motive. Bereits früh wurde auf den massiven Druck der Moskauer Emissäre, d. h. die von Levi angegriffenen Komintern-Sendboten, insbesondere von Béla Kun, verwiesen. Offensichtlich wollten diese nicht nur mittels eines Aufstandes die VKPD radikalisieren, sondern durch Aktionismus auch Sowjetrussland unterstützen. Die Dokumente in diesem Band (vgl. Dok. 34–43, 47, 48) liefern jetzt den Beweis für diese Einschätzung. Die Aktion begann nach einer Krise in der Parteiführung der KPD. Im Februar 1921 war der Parteiführer Paul Levi zusammen mit Clara Zetkin, Ernst Däumig, Adolph Hoffmann u. a. infolge von Differenzen mit der Komintern wegen der Spaltung der italienischen Sozialisten aus der Zentrale ausgeschieden. Unter Vorsitz Heinrich Brandlers[100] wollte die neue Zentrale beweisen, dass die Massenpartei die Furcht vor

98 Vgl. dazu Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt/M./New York 1986; Dies.: Die Märzaktion der KPD 1921. Köln 1987; Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923. Düsseldorf 1973 (engl. Ausg. 1963).

99 Vgl. Koch-Baumgarten, Aufstand; Angress, Die Kampfzeit; Aber bereits bei Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, wird die Märzaktion informativ dargestellt.

100 Eine Biographie liegt vor v. Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie. Hamburg 2001.

dem Putschismus, die in der KPD nach der Niederlage von 1919 festsaß, überwunden hatte. Gemeinsam mit den EKKI-Vertretern steuerten sie nun auf einen Aufstand.

Karl Radek, der mit Bucharin die „Rechten" unter Levi aus der KPD verdrängen wollte, ging mit den EKKI-Emissären Béla Kun und Kleine-Gural'skij zusammen, die eine „revolutionäre Aktion" der VKPD planten. Außerdem verbündete sich Radek mit den linken Kräften in der KPD-Führung, die sich für eine „Offensive" der Partei gegen Levis Einheitsfrontpolitik stark machten.[101] Die schwere Krise in Russland im März 1921 (Kronstadter Aufstand, Zusammenbruch des „Kriegskommunismus" und Übergang zur NEP) hatte zumindest etliche Mitglieder des EKKI und gewiss die Emissäre veranlasst, zur „Rettung der russischen Revolution" einen Aufstand in Deutschland zu provozieren.[102]

Der hier abgedruckte Brief Béla Kuns an Lenin vom Mai 1921 (vgl. Dok. 43) beweist nunmehr diese These, schrieb er doch: Er habe „dem Levi folgendes gesagt: ‚Sowjet-Russland ist in sehr großer Gefahr'", es werde „in zwei Jahren ohne die Hilfe der Weltrevolution fallen", deshalb dürfe man nicht „in einer defensiven Stellung warten". Die Führung konnte sich dabei auf zahlreiche ihrer Anhänger stützen. Hier wirkten die erwähnten Auswirkungen des Weltkriegs nach. Die Kommunisten, die sich an der gewaltsamen russischen Revolution und dem russischen Bürgerkrieg orientierten, heroisierten Gewalt als „notwendige" politische Maßnahme.[103] Ohnehin war Gewalt in der frühen Weimarer Republik Folge der Radikalisierung, das wurde früh thematisiert.[104] Am Rande der politischen Parteien, in der KPD und insbesondere der KAPD, spielten 1920/1921 Sozialrebellen eine Rolle, die die Gesellschaft sogar mit Terror verändern wollten. Die bekanntesten vor und in der Märzaktion waren Max Hoelz[105] und Karl Plättner[106], die teilweise als „Bandenführer" gefürchtet, von den untersten Schichten oft als „Helden" verehrt wurden. Solche Extremfälle (es gab Attentate, Sprengstoffanschläge usw.) erschwerten es der Komintern-Führung, ihren Einfluss auf die kommunistische Bewegung zu festigen. Vor allem bei Hoelz, der einerseits wegen seiner „Fehler" kritisiert wurde (1920 aus der KPD ausgeschlossen), anderer-

---

101 Vgl. insbesondere Koch-Baumgarten, Aufstand, deren Band zwar vor Öffnung der Ost-Archive erschien, die aber anhand des Levi-Nachlasses genügend internes Material heranzog.

102 Vgl. z. B. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 159.

103 Vgl. Hermann Weber: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage „Das Parlament". B 40/91 vom 27. September 1991. S. 33.

104 Curt Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch. Jena 1923. Neuerdings wird dies beschrieben von Tillmann Siebeneichner in: IWK (Dezember 2006). Heft 4.

105 Zu Hoelz gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt Peter Giersich, Bernd Kramer: Max Hoelz. Man nannte ihn Brandstifter und Revolutionär, Robin Hood, Che Guevara, einen Anarchisten, den Roten General. Sein Leben und sein Kampf. Berlin 2000; Vgl. auch Ulla Plener (Hrsg.): Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich – Rotfront!". Tagebücher und Briefe. Moskau 1929–1933. Berlin 2005. Bereits früher erschien Hermann Weber: Aktionismus und Kommunismus. Unbekannte Briefe von Max Hoelz. Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XV. Bonn 1975. S. 331ff.

106 Volker Ullrich: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie. München 2000.

seits als Kämpfer hochstilisiert wurde, zeigte sich die Ambivalenz. Selbst der III. Weltkongress der Komintern 1921 befasste sich mit ihm.[107]

Der Motivation der Komintern-Emissäre schloss sich ein Teil der KPD-Führung an. So formulierte Paul Frölich, „ohne die Aktion in Deutschland könnten in Sowjetrussland die Kräfte schwinden."[108] Ziel war es, die „Rechten" um Levi aus der Partei zu entfernen. Es ist belegt,[109] dass vor allem Radek mit Intrigen eine „Säuberung" der KPD nicht nur vom „gemeingefährlichen" Levi (so Béla Kun im Brief an Lenin), sondern von allen „Rechten" und „opportunistischen" Kräften betrieb.[110] Die „Linken" (damals noch Brandler, Thalheimer, Frölich und andere Freunde Radeks) sollten auf dem Weg einer Offensive die Parteispitze übernehmen.

Die KPD war in Mitteldeutschland, im Bezirk Halle-Merseburg, unverhältnismäßig stark.[111] Ein isolierter Aufstand musste dennoch erfolglos bleiben. Doch die KPD-Zentrale rief nach der (als Provokation empfundenen) Besetzung Mitteldeutschlands durch Polizeieinheiten im März 1921 die Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen.[112] Diese „März-Aktion" wurde nach einigen Tagen blutiger Kämpfe niedergeschlagen und führte zu einer schweren Krise in der KPD. Paul Levi wandte sich mit seiner Kritik an dieser Aktion an die Öffentlichkeit. Er bezichtigte die Kominternspitze, durch ihre Emissäre – die „Turkestaner", wie er sie nannte – den „größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte"[113] provoziert zu haben. Wegen seiner Kritik wurde Levi aus der KPD ausgeschlossen. Andere Führer, die aus der USPD gekommen waren, wie

107 Dem gerade zu lebenslangem Zuchthaus verurteilten Hoelz wurden „brüderliche Grüße" gesandt, aber von Radek dessen „Taktik" verurteilt. Das führte zum Protest des KAPD-Vertreters Hempel, der Hoelz als Mitglied seiner Partei verteidigte (Protokoll III. Weltkongreß, 20.6.–12.7.1921, S. 216ff.). Hier abgedruckte Dok. 72 und 73 zeigen wieder Doppelzüngigkeit, der gefeierte Hoelz wurde geradezu diffamiert.

108 Vgl. S. Weber, Ein kommunistischer Putsch?, S. 77.

109 Vgl. Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde., S. 114ff., 122ff. Vgl. auch Radeks Briefe vom März/April 1921. Abgedruckt in „Unser Weg (Sowjet)" (August 1921). Heft 8/9. S. 247ff.; Teilweise wiederabgedruckt in Weber, Dokumente, S. 210f.

110 Vgl. auch Karl Radek: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein? Hamburg o. J. (Vorwort April 1921). 2. Aufl. „mit einem Nachwort des Verfassers, Moskau, 1. Mai 1921". Im Juni 1921 griff Lenin Radeks „eilfertige Nachgiebigkeit" gegenüber Béla Kun und Thalheimers „linksradikale Spielerei" an. Lenin, Werke, Ergänzungsband, S. 327. Zu Radeks Rolle vgl. auch Marie-Luise Goldbach: Karl Radek in Deutschland. Diss. Köln 1972. Dietrich Möller: Karl Radek in Deutschland. Köln 1976.

111 Bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 erhielten in diesem Wahlkreis die SPD 70.340, die rechte USPD 74.754 und die weitaus stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei, 151.137, die KPD aber 197.113 Stimmen. Handbuch des preußischen Landtags 1921, Anhang.

112 Am 18. März schrieb die „Die Rote Fahne": „Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt eine Waffe, wo er sie findet." Am 23. März forderte die „Die Rote Fahne": „Klar zum Gefecht. Übergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie."

113 Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Berlin 1921. S. 21ff; Vgl. auch ders., 2. Aufl. mit neuem Vorwort und Anhang: Karl Radek, Die Lehren eines Putschversuchs. Berlin 1921.

Ernst Däumig, Otto Brass, Kurt Geyer und Adolph Hoffmann, erklärten sich mit ihm solidarisch und verließen ebenfalls die Partei. Die Gegensätze verschärften sich, als in den folgenden Wochen und Monaten von der Zentrale eine „Offensiv-Theorie" entwickelt wurde, die nicht nur die „März-Aktion" rechtfertigte, sondern die Offensive für eine Massenpartei zur Pflicht machte.[114] Sie sollte nach den Worten Thalheimers die Einleitung „zum Generalvormarsch der Arbeiterklasse" sein.

Auf dem III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 wurden Clara Zetkin und die Gegner der „Offensivtheorie" von Lenin und Trotzki, die diese „Theorie" ablehnten, verteidigt. Lenin erklärte später sogar, „daß Levi mit seiner Kritik an der März-Aktion 1921 in vielem im Wesen der Sache nach recht hat".[115] Der Kongress zeigte beispielhaft, dass die realistische Politik von Lenin und Trotzki sich durchsetzte, aber in der Kominternspitze Sinowjew, Bucharin und Radek linke Positionen verteidigen wollten. Nachträglich haben Lenin und Trotzki auf dem III. Weltkongress die „Offensivtheorie" zu Fall gebracht, auch die neue Linie (Rückkehr zur Einheitsfront) wurde nach einigem Streit von der Brandler-Zentrale befolgt. Die KPD-Vertreter mussten sich schließlich anpassen.

Die rechte Gruppe um Paul Levi gründete am 20. November 1921 die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG). Dadurch ergab sich (nach der Abspaltung der KAPD 1920) der zweite große Aderlass an Funktionären, denn außer den Parteiführern mit Levi trennten sich viele „Kader" von der KPD. Clara Zetkin, eng mit Levi verbunden, blieb jedoch in der Partei (vgl. Dok. 53).[116] Die KAG erklärte auf ihrer Reichskonferenz im November 1921, keine eigene Partei zu erstreben, verlangte aber von der KPD „eine realistische Politik und die völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale."[117] Da die KAG isoliert blieb, schloss sie sich im August 1922 mit der USPD zusammen.

Innerhalb der KPD gingen die Auseinandersetzungen das ganze Jahr 1921 weiter.[118] Um die putschistische Haltung von Mitgliedern der KPD-Zentrale bei der März-Aktion nachzuweisen, publizierte der sozialdemokratische „Vorwärts" am 25.

114 Die auf dem linken Flügel stehende Ruth Fischer ging noch weiter und schrieb: „Eine kommunistische Partei von 500.000 Mann, die nicht kämpft, muß ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden." In: Die Internationale (1921). Heft 51. S. 170.

115 Protokoll III. Weltkongreß, 20.6.–12.7.1921; W. I. Lenin: Ausgewählte Werke. Bd. 10. Moskau 1937. S. 287.

116 Vgl. Tania Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Essen 2003. bes. S. 235ff.

117 Unser Weg (Sowjet) (Dezember 1921). Jg. 3. S. 415. Die von Paul Levi herausgegebene Zeitschrift erschien bis 1. April 1922 als „Zeitschrift für Kommunistische Politik", vom 20. April bis zum Übertritt zur USPD im August 1922 als „Halbmonatsschrift für Sozialistische Politik".

118 Im Juli forderte die starke Ortsgruppe Hanau mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme Levis in die Partei (Die Rote Fahne v. 24.7.1921). In Köln hatte sich Franz Dahlem, ZA-Mitglied und Redakteur der „Sozialistischen Republik", hinter Levi gestellt und davor gewarnt, die Fehler der Märzaktion zu wiederholen. Er wurde als Redakteur versetzt, eine Kölner Delegiertenkonferenz protestierte dagegen, und die „Rechten" versuchten, die Redaktion der „Sozialistischen Republik" im Sturm zu nehmen (Sozialistische Republik v. 22. u. 25.4.1921; Arbeiterpolitik v. 2.7.1931, Leipzig).

November 1921 interne KP-Materialien, die Hugo Eberlein besonders schwer belasteten. Der Generalsekretär der KPD, Ernst Reuter-Friesland, forderte die Absetzung Eberleins, was die Mehrheit der Zentrale ablehnte. Im Dezember 1921 wandten sich daraufhin 28 führende Funktionäre gegen die Linie der Partei, Friesland verlangte die Wiedervereinigung mit der KAG. Die Oppositionellen wurden im Februar 1922 vom Zentral-Ausschuss ausgeschlossen.[119] In den folgenden Monaten verließen die meisten Kritiker die KPD oder sie wurden ebenfalls ausgeschlossen.

Folgen der Märzaktion

Von 1921 an wurde durch massive Einflussnahme aus Moskau auf die jeweilige KPD-Führung mit unterschiedlichen Mitteln die Disziplinierung erreicht. Nun ordneten sich die Zentralen – freiwillig oder gezwungen – der Komintern unter. Selbstverständlich spielten dabei die Taktik und auch die Rückwirkungen auf das EKKI vonseiten deutscher Kommunisten sowie die Stimmung in Deutschland jeweils eine wichtige Rolle. Immerhin herrschte bei den fraktionellen Differenzen 1921 (nach der März-Aktion) noch breite innerparteiliche Demokratie: Erklärungen Oppositioneller wurden in der Parteipresse abgedruckt, sie hielten Korreferate usw.[120] Um die Frage „Einheitsfront oder Aufstand in jedem Fall“ (Offensivtheorie genannt) wurde in der KPD heftig gerungen.

Trotz eines großen Aderlasses an Funktionären und Mitgliedern gewann die KPD 1922, als sie unter Führung Ernst Meyers wieder zur gemäßigten Einheitsfrontpolitik zurückfand, an Einfluss. Die März-Aktion zeigte die schrittweise wachsende Abhängigkeit der KPD vom EKKI und damit von der Moskauer Dominanz, war also einer der „Wendepunkte“ (Koch-Baumgarten) der Parteigeschichte. Nach der Vereinigung mit der USPD folgte unter dem Einfluss des EKKI die „Säuberung“ der Reihen der VKPD von „rechten Abweichlern“. Zahlreiche Parteifunktionäre und Abgeordnete verließen die Partei, ebenso 130.000 Mitglieder. Aber diese KPD war nun vom EKKI leichter zu dirigieren, wobei deutsche Parteiführer die jeweilige Linie aus Überzeugung oder unter dem Druck ihrer Mitglieder und Funktionäre mitmachten.

119 Friesland (Ernst Reuter, 1889–1953: bis 1921 Generalsekretär der KPD, später SPD, bis zu seinem Tode Regierender Bürgermeister von West-Berlin) hatte mit weiteren Funktionären erklärt: „Wir sehen in der KAG keine gegen den Kommunismus gerichtete Gruppe“. In: Die Rote Fahne (25.12.1921); Vgl. auch vom 29. Dezember 1921 und Frieslands Artikel: Parteitaktische Bemerkungen. In: Die Rote Fahne (27.12.1921) u. Die Internationale (1921). Heft 18/19. S. 642ff.; Zur „Friesland-Krise“ vgl. vor allem Angress, Die Kampfzeit, S. 159ff; Willy Brandt, Richard Löwenthal: Ernst Reuter. München 1957. S. 155ff.
120 Nach der März-Aktion 1921 druckte die Parteipresse alle Erklärungen der Opposition, auch solche, in denen die Zentrale wegen der Aktion scharf angegriffen wurde. In der „Roten Fahne“ vom 24. Dezember 1921 kamen z. B. nochmals 128 oppositionelle Funktionäre aus Berlin, Barmen, Hamborn, Remscheid, Königsberg usw. zu Wort. Sie veröffentlichten praktisch eine Fraktionsplattform.

Für das EKKI bestand bereits die Möglichkeit der Auswechslung von Spitzenführern ohne großes Aufsehen, wie sich 1922 bei der Absetzung des Vorsitzenden Ernst Meyer zeigte. Trotz seiner Erfolge bei der Einheitsfrontpolitik und einer Stabilisierung der KPD-Organisation wurde er in diesem Jahr im Ränkespiel Radeks mit Sinowjews durch Brandler ersetzt, also sein „Schicksal in Moskau entschieden."[121] In einem Brief an Sinowjew hatte Radek schon im Januar 1922 Ernst Meyer „unsägliche Schwankungen" vorgeworfen (vgl. Dok. 58).

Anfang 1922 griffen KPD-Führer nochmals heftig Paul Levi an. Dieser veröffentlichte Rosa Luxemburgs kritische Gefängnisaufzeichnungen zur Revolution der Bolschewiki aus ihrem Nachlass mit ihrem berühmten Ausspruch „Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden".[122] Die KPD-Führung bot sogar Parteiveteranen auf (etwa Clara Zetkin), um Levi zu desavouieren, dessen Publikationen dem EKKI besonders missfielen.

Die Hauptprobleme der Komintern 1922 in Deutschland waren indes andere. Damals verlangte die Zusammenarbeit zwischen Sowjetrussland und Deutschland intensivere Beziehungen zwischen Moskau und Berlin, und die Komintern bekam eine Aufgabe im diplomatischen Spiel.

Karl Radek hatte als EKKI-Vertreter nicht nur die KPD anzuleiten, sondern war zugleich mit Kontakten zur deutschen Regierung betraut, er wurde u. a. vom Reichskanzler empfangen (Dok. 58–61). Dieser Doppelauftrag zeigte das Janusgesicht der Komintern. Gleiches gilt für die Zusammenkunft der III. Internationale mit den beiden anderen Sozialistischen Internationalen,[123] die Dokumente (vgl. 63–68) liefern neue Einblicke in die bekanntlich gescheiterte Konferenz.

Schließlich sollte ein eigenes Programm der Komintern erarbeitet werden. Dafür legte die KPD im Oktober 1922 einen hauptsächlich von August Thalheimer verfassten Entwurf vor,[124] den „Die Rote Fahne" vom 7. und 8. Oktober 1922 abdruckte. Auf dem IV. Weltkongress im Dezember 1922 gab es darüber zwar eine Diskussion[125], doch dann verschwand der Text in der Versenkung (vgl. auch Dok. 69). Die Ereignisse 1922 erweckten den Anschein eines geschlossenen Auftretens von Komintern und KPD, doch existierte in der deutschen Sektion immer noch Widerstand gegen eine zu zentralistische Anleitung vonseiten der Komintern.

---

121 Vgl. Ernst Meyers Entmachtung 1922. In: Rosa Meyer Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Hrsg. u. eingeleitet v. Hermann Weber. Köln 1979. S. 71ff.

122 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1922, S. 109.

123 Vgl. Protokoll der Internationalen Konferenz der drei Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Wien 1922; vgl. auch Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Wien 1921–1923. Nachdruck Glashütten 1973. S. 85ff.

124 Weber, Dokumente, S. 43ff.; Vgl. auch Michael Kersten: Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern. Mainz 1994.

125 Vgl. Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922. Hamburg 1923. S. 404ff.

Der „deutsche Oktober" 1923

Der Revolutionsplan der KPD, der „deutsche Oktober 1923", wurde mehrfach erforscht.[126] Die wesentlichen Probleme sind im Dokumentenband von 2003 bereits dargelegt,[127] hier kann darauf verwiesen und 1923 nur kurz behandelt werden. Die jetzt in diesem vorliegenden Band abgedruckten Dokumente zeigen die Ereignisse des Jahres 1923 zudem noch detaillierter (vgl. z. B. Dok. 87–97).

Im Jahr 1923 wurde Deutschlands Wirtschaft und Politik erschüttert. Als am 11. Januar französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, rief die Reichsregierung zum passiven Widerstand auf. Und im August 1923 wuchs in Deutschland die Zahl der Streiks. Umsturzversuche der „Schwarzen Reichswehr", Separatisten-Putsche, Revolten der Rechtsradikalen und kommunistische Aufstandsversuche folgten einander. Die schlimme Lage der Bevölkerung führte zur Radikalisierung, bis sich nach der Stabilisierung der Mark und dem Verbot extremer Parteien die Verhältnisse zum Jahresende allmählich beruhigten.

Unter solchen Umständen brachte das Jahr 1923 einen stetig wachsenden Einfluss der KPD, der es vermutlich gelang, zeitweise die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings löste die Frage, welche Taktik die Kommunisten unter diesen, für sie günstigen Bedingungen einzuschlagen habe, erhebliche Differenzen aus. Im Jahr 1923 zeigte sich, dass innerhalb der 1921 „gereinigten" Kommunistischen Partei noch immer recht gegensätzliche Strömungen existierten. Das bewies der VIII. Parteitag vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Probleme der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und das Verhältnis zur SPD. Die meisten Bezirke und auch die Mehrzahl der 219 Delegierten, die 218.000 Mitglieder vertraten, standen hinter der Führung unter Heinrich Brandler, die linke Opposition wurde von den wichtigen Parteibezirken Berlin und Wasserkante getragen. Ernst Meyer wurde nicht mehr in die Zentrale gewählt, aber der Komintern-Vertreter August Kleine-Gural'skij.[128] Es war ein Novum, dass das EKKI einen seiner Emmissäre direkt in die Führung einer Sektion entsandte. Er kam sogar ins Polbüro, also die oberste Parteispitze.

In diese Zeit fällt der sog. Schlageter-Kurs der KPD, d. h. der kurzfristige Schwenk zu einer partiellen Zusammenarbeit mit den Nationalisten gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets. Daraus ergaben sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Komintern, denn die KP Frankreichs bekämpfte diesen Kurs (vgl. auch Dok.

---

126 Harald Jentsch: Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923. Rostock 2005; Otto Wenzel: 1923. Die gescheiterte Oktoberrevolution. Mit einer Einleitung von Manfred Wilke. Münster 2003.

127 Vgl. Bernhard H. Bayerlein [u. a.] (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). Berlin 2003; Wenzel: o. O. 1923; Jentsch: Die KPD.

128 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin o. J. (1923). S. 64, 185ff., 382, 445ff.

86).[129] Radeks Schlageter-Rede auf der EKKI-Tagung im Juni 1923 entsprach auch den Interessen der russischen Außenpolitik.[130] Nachdem „Die Rote Fahne“ die Rede am 26. Juni 1923 abgedruckt hatte, wurden Diskussionszirkel geschaffen, in denen Kommunisten mit Nationalisten und Völkischen zusammentrafen und den „Kampf“ gegen Frankreich diskutierten. Im Juli gab Radek die Broschüre „Schlageter – eine Auseinandersetzung“ heraus, in der er und Arthur Moeller van den Bruck den Nationalbolschewismus erörterten, der Völkische Graf Ernst von Reventlow schrieb Diskussionsartikel für „Die Rote Fahne“ usw. Nach kurzer Zeit wurden die Versuche aufgegeben. Im Bericht an den V. Weltkongress der Komintern 1924 ist dann die Taktik nur umschrieben und als Erfolg gewertet worden.[131] Der Schlageter-Kurs war keine strategische Wende, aber eine veränderte Taktik, was allerdings neuere Untersuchungen auch bezweifeln.[132]

Rasch überschatteten die Vorbereitungen für den Aufstand vom Oktober 1923 diesen Kurs. Nach der „März-Aktion“ 1921 war dies der zweite und letzte große Anlauf der KPD, durch einen gewaltsamen Umsturz an die Macht zu kommen.[133] Ein Aufstand in Deutschland war während der erweiterten Sitzung des EKKI im Juni noch kein Thema gewesen, erst nach der Tagung änderte die Komintern ihre Haltung. Nachdem das Politbüro der russischen KP am 23. August 1923 konstatierte, die Zeit sei reif für den Aufstand, sollte dieser konkret vorbereitet werden. Auf einer Zusammenkunft von Komintern- und KPD-Führern in Moskau von Ende August bis Ende September 1923 wurde ein Aktionsplan für die politische und technische Ankurbelung der Revolution in Deutschland entworfen und beschlossen.[134] Die Vorbereitungen im Herbst 1923 auf einen revolutionären Umsturz orientierten sich am Schema der russischen Oktoberrevolution. Dem vom EKKI in Moskau festgelegten Aktionsplan entsprechend, organisierte der Militärapparat der KPD mit Hilfe russischer Offizieren den bewaffneten Aufstand (vgl. Dok. 90–96).

Noch im Oktober 1923 waren deutsche Kommunisten in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen eingetreten. Aber nach der Absetzung des sächsischen Kabinetts durch die Reichsregierung schien der KPD unter Leitung Heinrich Brandlers ein Aufstand nicht mehr durchführbar.[135] Allein in Hamburg kam es zu bewaff-

129 Vgl. jetzt die genauere und differenzierte Darstellung bei Joachim Schröder: Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923. Essen 2008. S. 319. Dort auch bemerkenswerte Hinweise auf den „deutschen Oktober“.
130 Die Rede ist abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 142ff.
131 Bericht über die Tätigkeit des EKKI vom IV. bis V. Weltkongreß. Hamburg 1924. S. 18f.
132 Z. B. Jentsch, Die KPD, S. 114ff., der die Bedeutung des Kurses m. E. herunterspielt.
133 In der Literatur sind beide Aufstände schon früher mehrfach behandelt worden. Vgl. Angress: Die Kampfzeit; Hans-Ulrich Ludwig: Arbeiterbewegung und Aufstand. Husum 1978; Koch-Baumgarten, Aufstand; Vgl. zum Forschungsstand Weber, Kommunismus in Deutschland. Auch August Thalheimer: 1923 – eine verpaßte Revolution? Berlin 1931.
134 Vgl. insbesondere die mehrfach erwähnte Dokumentation von Bayerlein u.a., Deutscher Oktober.
135 Bayerlein, Deutscher Oktober.

neten Auseinandersetzungen; doch diese isolierte Rebellion wurde rasch niedergeschlagen, der „deutsche Oktober" war missglückt (vgl. Dok. 96a).[136]

Trotz der schweren Niederlage glaubte die KPD-Führung anfangs noch, dass der Aufstand nur kurzfristig verschoben werden müsse. Am 3. November 1923 nahm der Zentral-Ausschuss mit 40 gegen 13 Stimmen der Linken die Leitsätze „Der Sieg des Faschismus über die Novemberrevolution" an. Sie beruhten auf Vorschlägen Karl Radeks; darin wurde betont, eine Änderung der politischen Linie sei nicht etwa deshalb vorgenommen worden, „weil die bisherige politische Linie falsch war", sondern weil der „Sieg des Faschismus" neue Fakten geschaffen habe. Die Aussichten für den erfolgreichen Kampf seien durch das Ausweichen nicht verschlechtert worden.[137] Das war eine absolute Fehleinschätzung.

Folgen des Auftstandsversuches

Unmittelbares Ergebnis des Oktober 1923 war für die KPD zunächst ihr Verbot vom 23. November 1923 bis zum 1. März 1924. Das wurde allerdings relativ moderat praktiziert, selbst in der Illegalität konnten die Kommunisten ihre Debatten fortsetzten. Zunächst bekannte sich die Parteiführung zu Sinowjews Behauptung von Ende Oktober 1923: „Die KPD geht der Machtergreifung entgegen."[138] Doch nachdem die Inflation überwunden worden war und sich die deutsche Wirtschaft festigte, begann die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik.

Als Zusammenfassung des „deutschen Oktober 1923" sollen hier nur Thesen aus dem Vorwort der Dokumentation „Deutscher Oktober 1923" von 2003 genannt werden. Generell lassen sich die Folgen des Aufstandsversuchs und seiner Niederlage im Wesentlichen in drei Punkten festhalten.

Erstens war dadurch die Vorherrschaft der Komintern über die KPD besiegelt. Die Vormacht der KPdSU in der Komintern war bereits 1923 umfassend. In der Praxis bedeutete dies, dass die jeweilige Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (und das hieß schon nach wenigen Jahren: Stalin) die Politik der KPD bestimmte; die Generallinie wurde in Moskau festgelegt.

136 Vgl. Angress: Die Kampfzeit; Hans-Ulrich Ludwig: Arbeiterbewegung und Aufstand. Husum 1978; Koch-Baumgarten, Aufstand; vgl. zum Forschungsstand Weber, Kommunismus in Deutschland. Auch August Thalheimer: 1923 – eine verpaßte Revolution? Berlin 1931.

137 Bergische Arbeiterstimme (4.12.1923), Solingen. Nach dem Verbot der KPD (23.11.1923) war die Parteipresse im Reich ebenfalls verboten worden. Nur im besetzten Gebiet erschien sie weiterhin, allerdings wurden auch hier Ende 1923 die meisten Zeitungen (Freiheit, Düsseldorf; Bergische Volksstimme, Remscheid; Sozialistische Republik, Köln) mehrfach unterdrückt.

138 Inprekorr (27.10.1923).

Zweitens war damit verbunden, Mitglieder und Anhänger der KPD absolut auf das Vorbild der Sowjetunion einzuschwören. Es galt die These durchzusetzen, Kommunisten hätten nur „ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland."[139]

Drittens war der „deutsche Oktober" ein Putschversuch, der sowohl den Interessen der Sowjetunion dienen als auch die Weltrevolution voranbringen sollte. Offensichtlich bestand damals keine reale Chance eines Sieges der Kommunisten in Deutschland.

Die Skizzierung der Periode 1919–1923 (die weiteren Phasen werden kursorischer beschrieben), die die entscheidenden Veränderungen des Verhältnisses zwischen dem führenden EKKI unter russischer Vorherrschaft und der KPD-Führung brachte, ist deswegen umfangreicher, weil diese Phase die schrittweise Realisierung der schon vom II. Weltkongress theoretisch im Statut festgelegten Form der Beziehungen KPD/Komintern zeigt. Nun wurde die KPD auch faktisch eine vom EKKI geleitete „Sektion". Die russischen Staatsinteressen vermischten sich mit denen der von Bolschewiki dominierten Komintern.

Eine solche Generalisierung kann die gegensätzlichen Tendenzen ebenso nur pauschal berücksichtigen wie die Einflüsse der deutschen Kommunisten auf die Politik. Spezielle Untersuchungen einzelner Phasen weisen genügend darauf hin. Übersehen werden darf aber nicht, dass die KPD nunmehr zu einer zentralistischen Partei wurde, opponierende Funktionäre und Mitglieder ausgeschlossen wurden oder austraten. Die ständige Fluktuation der KPD ist bekannt: Zählte die Partei z. B. im September 1923 rund 295.000 Mitglieder, waren es im zweiten Quartal 1924 nur noch 95.000.

Natürlich bedeutet diese Einschätzung nicht, dass die KPD als Partei lediglich am „Gängelband" der Komintern bzw. der KPR hing, ihr die Politik nur von außen oktroyiert wurde.[140] Die KPD-*Führung* hat entweder freiwillig aus Überzeugung oder gezwungen durch die akzeptierte Struktur der Komintern die jeweilige Generallinie Moskaus übernommen. Und im Rahmen des Zentralismus versuchte sie, Funktionäre und selbst Mitglieder darauf einzuschwören und die Politik der Komintern sowie des Vorbildes Sowjetrussland durchzusetzen. Dabei konnte und wollte – ja musste – sie die Eigeninteressen der Kommunisten in Deutschland und die Verhältnisse im politischen System ins alltägliche Handeln einbeziehen.

Bereits in der Phase 1919 bis 1923 war der Einfluss des EKKI auf die KPD-Führung schrittweise gewachsen. Das konnte erstens durch die finanziellen und materiellen Ressourcen für die deutsche Sektion erreicht werden, die für die KPD unentbehrlich waren. Die folgenden Dokumente belegen das, doch erinnerte sich bereits Heinrich Brandler, warum er und seine „rechte" Fraktion 1923 keinen Bruch wagten: „Die Komintern finanzierte die KPD so, dass sie 27 Zeitungen und 200 Funktionäre bezahlen

139 So die KPD-Zeitungen „Freiheit" vom 19. Mai 1924 und die „Sozialistische Republik" vom 10. Dezember 1924.
140 So beurteilt Schröder, Internationalismus, S. 321, diese Thesen, die damit verzerrt werden.

konnte. Auch wenn wir, wie unsere Anhänger erklärten, die größere Hälfte der Mitglieder bekämen, wir konnten aus eigener Kraft keine 4 Zeitungen und kein Dutzend Funktionäre bezahlen.“[141] Zweitens blieb die russische Revolution und damit die Komintern für die radikalisierten Arbeiter Vorbild. Und drittens schien die Revolution in Deutschland nur mit russischer Hilfe möglich. Die Einschwörung auf die Kominternführung galt für die (oft ausgewechselten) KPD-Führer ebenso wie für überzeugte Funktionäre und gläubige Mitglieder. Doch erst in der Periode der Stalinisierung wurden die Methoden gefunden, die Abhängigkeit zu perfektionieren.

1924–1929: Die Stalinisierung von KPD und Komintern

Das Jahr 1924 war geprägt von der relativen Stabilisierung in Deutschland. Während der Konsolidierung der Weimarer Republik von 1924 bis 1929 spielte die KPD in der deutschen Politik eine geringere Rolle als in den Phasen der Krise bis 1923 oder in der Zeit von 1929 bis 1933. Eine revolutionäre Politik war ihr aufgrund der objektiven Lage nicht möglich, und eine Tätigkeit nach parlamentarischen Spielregeln war nicht das eigentliche Anliegen der Kommunistischen Partei, die ja die parlamentarische Demokratie stürzen wollte. Die Zahl der KPD-Mitglieder war 1924 rasant gesunken, von fast 300.000 im September 1923 auf 95.000 im zweiten Quartal 1924. Doch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erzielte die Partei mit 3,7 Millionen Stimmen (12,6 %) noch einen Erfolg. Im Dezember 1924 ging dann ihre Wählerzahl schon auf 2,7 Millionen (9,0 %) zurück.

Der „Kampf gegen den Trotzkismus“ wurde 1924 zur ideologischen und politischen „Hauptaufgabe“, sowohl in der KPR wie in der Komintern. Bei den Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung 1923/1924 (Sinowjew, Kamenev und Stalin gegen Trotzki) fand die trotzkistische Opposition – entgegen ihren Erwartungen – in Deutschland keinen Widerhall: „Die Mittelgruppe der Partei und die bisherige linke Opposition bezogen nach einer grundsätzlichen Prüfung der Dinge sofort die klare Linie der vollen Unterstützung des russischen ZK. (...) Aber selbst nicht einmal bei der rechten Gruppe der KPD fand die Auffassung der russischen Opposition offene Unterstützung.“[142]

Doch ehe sich die KPD auf die Seite der KPR-Majorität schlug, hatten die russischen Fraktionskämpfe in der deutschen Partei bereits weitreichende Auswirkungen gehabt. Die Mehrheit der deutschen Leitung folgte auch nach der Niederlage

141 Brandler an Isaak Deutscher am 4. Februar 1959. In: Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaak Deutscher 1949 bis 1967. Hrsg. v. Hermann Weber. Berlin 1981. S. 184.
142 Inprekorr (28.3.1924). Nr. 39. S. 449.

vom Oktober 1923 den Anweisungen des Komintern-Vertreters Karl Radek. Als dann die Kominternführung unter Sinowjew den Trotzki-Anhänger Radek desavouierte, schwenkte der Großteil der Zentrale von Radek ab und es entstanden jene drei Fraktionen (Rechte, Mittelgruppe und Linke), die Anfang 1924 die Geschicke der KPD lenkten. Offiziell wurde bestätigt: „Sowie sich dann aber herausstellte, daß die von dem EK-Vertreter durchgesetzte These über den Sieg des Faschismus nicht im Auftrag des EK der KI vorgelegt worden war, daß sie vielmehr auch im EK auf lebhaften Widerspruch gestoßen war, setzte sofort die selbständige taktische Orientierung der Zentrale ein, die zur Herausbildung der jetzigen drei Gruppen in der Partei führte.“[143] Die Spaltung der vorherigen Zentrale war also nicht zuletzt Folge der russischen Fraktionsdifferenzen.

Schien Ende 1923 die klare Anleitung der KPD-Führung durch das EKKI gesichert, so gab es nun Probleme. Die Mittelgruppe, zu deren eifrigsten Wortführern der Komintern-Vertraute Kleine-Gural'skij gehörte, wurde maßgebend, doch die linke Opposition wuchs weiter. Das EKKI erstrebte eine KPD-Führung, in der die Mittelgruppe bestimmte, doch die Linke an der Macht beteiligte. Dies schien möglich, weil in der Illegalität bereits Hermann Remmele als Vertreter der Mittelgruppe Vorsitzender der KPD und Ernst Thälmann von den Linken sein Stellvertreter gewesen war. Sinowjew erwartete, dass der bevorstehende XI. Parteitag der KPD diese Pläne billigen würde und dadurch seine Stellung in den Fraktionskämpfen der KPR gefestigt werde.

Pläne des EKKI vereitelt

Schon bei den Wahlen der Delegierten zum KPD-Parteitag und in den Bezirken war jedoch zu erkennen, dass die Mittelgruppe abgeschlagen war und die Linken, die Sinowjew als unsichere Kandidaten bei der Unterstützung Moskaus ansah, überwältigend siegten. Auf den Bezirksparteitagen hatten die Linken viermal mehr Stimmen als die Mittelgruppe erreicht. Bereits bei den Vorbereitungen des IX. Parteitages zeigte sich eine klare Mehrheit der bisherigen linken Opposition unter Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Thälmann, Schlecht, Rosenberg usw.[144]

Die innerparteiliche Demokratie in der KPD durchkreuzte damit die Pläne des EKKI. Dadurch gab es 1924 eine Krise zwischen Komintern und ihrer deutschen

143 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt/M. vom 7. bis 10. April 1924. Berlin 1924. S. 23.

144 Zu den Einzelheiten wie zur Gesamtproblematik vgl. Weber, Wandlung. Für den Zeitraum der Stalinisierung der KPD 1924–1929 wie auf die Beziehungen KPD/Komintern kann auf die dort gegebenen vielen Belege und Hinweise verwiesen werden. Dazu auch Hermann Weber: Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007. Berlin 2007. S. 221ff. Ders.: The Stalinization of the KPD: Old and New Views. In: LaPorte: Bolshevism, Stalinism and the Komintern. S. 22ff.

Sektion. Die Linken wurden gegen die Pläne der Kominternführung von den KPD-Delegierten auf dem IX. Parteitag im April 1924 in die Leitung gewählt. Sinowjew sagte später, „die deutsche Linke hat die KPD gegen den Willen des EKKI erobert. Es ist dies der einzige mir bekannte Fall in der Geschichte unserer Internationale (…) Unser Versuch, eine ‚mittlere' Gruppe zu unterstützen, hatte leider keinen Erfolg gehabt."[145] Manuil'skij behauptete 1926 sogar: „Noch auf dem Frankfurter Parteitag kämpften wir gegen die Übergabe der Leitung an Maslow und Ruth Fischer."[146]

Diese Differenzen führten auch dazu, das russische Vorbild in der KPD zeitweise zurückzudrängen. Anfang 1924 schrieb eine deutsche Parteizeitung: „Mit den Methoden der russischen Revolution allein wird das revolutionäre Proletariat vergeblich an der kapitalistischen Sklavenfeste anrennen (…) Wenn die fünf Jahre revolutionären Kampfes überhaupt etwas gelehrt haben, so dieses, daß die deutsche Revolution kein Vorbild hat. Wo sie sich aber noch an Vorbilder hält, muß sie sich davon emanzipieren, sie kritisch überwinden (…)."[147] Solche verklausulierten Selbstständigkeitsbestrebungen auf Seiten der deutschen Linken weckten das Misstrauen des EKKI, und sie riefen mindestens ebenso Kritik an der KPD hervor wie deren ultralinke Gewerkschaftspolitik oder die Ablehnung der Einheitsfront. Wegen der Spannungen hielten sich 1924/1925 auch Stimmungen innerhalb der KPD-Linken gegen die Komintern.[148]

Generell waren es zwei Gründe, die zu den Problemen in den Beziehungen zwischen der Komintern und der KPD führten. Erstens änderte sich die personelle Situation an der Kominternspitze. In Russland war nach dem Ausscheiden Lenins durch Krankheit schon seit Ende 1922 (zweiter Schlaganfall) und mit seinem Tod im Januar 1924 die wichtigste Autorität in der russischen wie der Kominternführung ausgefallen. Gleichzeitig begannen Fraktionskämpfe in der KPR-Spitze, zunächst wurde Trotzki (also die „Nummer 2") von Sinowjew, Stalin und Kamenev ausgeschaltet. Danach gelang es Stalin, auch seine bisherigen Mitkämpfer mit Unterstützung der rechten Kommunisten (Bucharin, Rykov, Tomskij) zu besiegen. Sinowjew wurde 1925 in Opposition gedrängt und verbündete sich mit Trotzki zur „Neuen Opposition". Im Juni 1926 aus dem Politbüro ausgeschlossen, blieb er bis Oktober 1926 offiziell Vorsitzender der Komintern. Das brachte dem EKKI Schwierigkeiten und Unruhe in den Sektionen. Die russischen Fraktionskämpfe griffen auf die Komintern über, in der ja der Vorsitzende Sinowjew und auch Trotzki zunächst erhebliches Prestige besaßen. Schließlich wirkte

145 Die Rote Fahne (16.3.1926); Inprekorr (27.4.1926). Nr. 63. S. 921.

146 Hamburger Volkszeitung (12.1.1926).

147 Sozialistische Republik (5.1.1924).

148 1924 hieß es in einem Polizeibericht: „In führenden Parteikreisen des Westens geht das Gerücht, Moskau sabotiere die Tätigkeit der gegenwärtigen Zentrale und habe sie lediglich anerkannt, um der linken Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und der Rechten bei sich bietender Gelegenheit wieder in den Sattel zu helfen." (StA Münster, Reg. Minden, IP 540). Im März 1925 wandten sich die KPD-Vertreter (Giwan und Westphal) auf der Orgkonferenz in Moskau gegen die Komintern. Sie beschuldigten Pjatnickij, sein Material stamme nicht von der KPD-Führung. Mit anderen Worten: die Komintern verfüge über illegale Spitzel in der Partei (Inprekorr (1.4.1925). Nr. 45. S. 646).

sich die Spaltung der russischen Führung nicht nur auf die Kominternspitze, sondern auch auf deren Sektionen aus. In Deutschland gab es zwischen 1924 und 1929 sogar die heftigsten innerparteilichen fraktionellen Auseinandersetzungen überhaupt.

Zweiter Grund für die Krise des Verhältnisses zur Komintern war der Sieg der Linken in der KPD. Die an der Komintern orientierte Mittelgruppe unterlag auf dem IX. Parteitag im April 1924 diesen nun überragend starken Linken.[149] Noch vor dem Parteitag hatte Sinowjew Ende März 1924 versucht, auf die Linken Einfluss zu nehmen. Er befürchtete, ultralinke Fehler würden eine Schwächung der KPD bringen, was sich auf den innerrussischen Fraktionskampf auswirken könnte,[150] daher wollte er in drei wichtigen Punkten die KPD-Linke zum Einlenken zu bewegen: Keine Spaltung der Gewerkschaft, keine generelle Ablehnung der Einheitsfront und Aufnahme eines größeren Teils der Mittelgruppe in die Parteiführung.

Um dieses Ziel zu erreichen, ging Sinowjew verschiedene Wege. Er schrieb zwei Briefe an den bevorstehenden Parteitag der KPD, in denen er für Gewerkschaftseinheit und Einheitsfront von unten plädierte, und zugleich vor den Fehlern der linken Intellektuellen warnte. Am 26. März traf er sich in Moskau zudem mit deren dortigem Vertrauensmann, Max Levien. In einem offenen Gespräch gab Sinowjew unumwunden zu, dass sich alle Überspitzungen der deutschen Linken im innerrussischen Fraktionskampf für die Sinowjew-Stalin-Führung als gefährlich erweisen müssten und Munition für Trotzki lieferten. Es gelang Sinowjew, Levien für seine Ansichten zu gewinnen, worauf dieser Maslow und Ruth Fischer in einem Brief versicherte, Sinowjew stehe auf ihrer Seite.[151]

149 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags.

150 Einzelheiten der Haltung Sinowjews und der Komintern zur innerparteilichen Situation der KPD im März/April 1924 sind in drei Briefen enthalten. Zwei Dokumente waren erstmals veröffentlicht in der Dokumentation, Hermann Weber: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (1968). 16. Jg. 2. Heft. S. 188ff.; Der dritte Brief in Weber, Wandlung, S. 397ff.; Vgl. auch Dok. 107.

151 Vgl. dazu in der Dokumentation Weber, Zu den Beziehungen, S. 192ff. Die Frage, ob Sinowjew (und damit die Kominternspitze v. 1924) die Übernahme der Führung durch die Linken in der KPD verhindern wollte oder förderte, ist bisher in der Literatur widersprüchlich beantwortet worden. Flechtheim, Die KPD, S. 195, schreibt, es sei Sinowjew und Stalin gelungen, die Linke für sich zu gewinnen, die vorher mit Trotzki sympathisiert habe (was nicht stimmt). Isaak Deutscher (Trotzki. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 147) schreibt sogar, dass Sinowjew „Fischer und Maslow als Führer der deutschen Partei einsetzte“, was falsch ist. Sinowjew selbst behauptete später das Gegenteil: „Man kann uns nun die Frage stellen: Warum hat denn aber die Komintern die Bildung eines solchen ZK überhaupt zugelassen. Die Frage so stellen, heißt sie allzusehr vereinfachen. Zu jener Zeit in der damaligen Situation, gab es eben keinen anderen Ausweg. Wir standen vor der Gefahr einer Spaltung, einer Entstehung von zwei oder gar drei Parteien, d. h. vor einem möglichen Zusammenbruch unserer Partei in Deutschland auf ein Jahr hinaus. Die Entgleisungen der Brandler-Zentrale hatten die Partei fast in einen Zustand völliger Verzweiflung versetzt. Die kommunistischen Arbeiter Hamburgs, Berlins und des Ruhrgebiets hatten auch nicht das geringste Vertrauen mehr zur alten Brandler-Zentrale. Ein neues ZK aber vermochten sie sich ohne dessen Führung durch die Gruppe Fischer-Maslow gar nicht zu denken. Andere Leute gab es eben nicht. So gelangte eben diese Gruppe ans Ruder, obwohl

Zusätzlich versuchte Sinowjew die linken Führer durch mehrere Briefe umzustimmen. In einem Schreiben vom 31. März 1924 (Dok. 107) wollte er Ruth Fischer und Maslow davon überzeugen, dass er keineswegs den Beschwerden der Mittelgruppe nachgebe. Er ließ durchblicken, es wäre auch mit Rosenberg und Scholem eine Zusammenarbeit möglich, wenn diese nicht auf ihren „ultralinken Fehlern" beharrten. Hier war unschwer zu erkennen, dass Sinowjew prüfen wollte, ob nicht doch Gegensätze zwischen Maslow-Fischer und Rosenberg-Scholem bestanden.[152] Gleichzeitig mit diesem Brief sandte Sinowjew (diesmal gemeinsam mit Bucharin) ein weiteres Schreiben an die „proletarischen" Führer der Linken, die ehemaligen Arbeiter Ernst Thälmann und Paul Schlecht. Diesen Brief sollten diese auch den führenden linken Arbeitern (Arthur König, Max Hesse) zeigen. Da er sich nur wenig vom Text an Maslow und Fischer unterschied, ist die Frage, warum er gesondert abgeschickt wurde. Sinowjew und Bucharin selbst wollten den Eindruck vermeiden, dass sie ein doppeltes Spiel trieben; sie erklärten, keineswegs an die „schwielige Faust" der Proletarier gegen die linken intellektuellen Führer zu appellieren.

Diese Beschwichtigungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EKKI-Spitze zu sondieren suchte, ob innerhalb der linken Führung verschiedene Tendenzen vorhanden seien, die gegeneinander auszuspielen waren. Die spätere Entwicklung bewies, dass die Kominternspitze hierfür ein feines Gespür besaß. Einstweilen aber bestanden noch keine Risse innerhalb der Linken, die sich gerade anschickten, die Parteizentrale zu übernehmen. Sie bemerkten jedoch die Spaltungsversuche Sinowjews und reagierten gereizt darauf. Der Kominternführung stand in Deutschland eine geschlossene linke Front gegenüber.

Der IX. Parteitag der KPD als Einschnitt in den Beziehungen zur Komintern

Der IX. KPD-Parteitag fand vom 7. bis 10. April 1924 in Frankfurt am Main statt. Nach der Aufhebung des Verbots fühlte sich die Partei in einem Zustand der „Halblegalität"[153], denn weil gegen viele Parteifunktionäre noch Haftbefehle liefen, wurde der Parteitag illegal abgehalten. Da die Veranstaltung gut abgeschirmt war, hatte die Polizei zunächst keine Kenntnis davon, dass im Frankfurter christlichen Hospiz ein kommu-

---

das EKKI darüber nicht sonderlich entzückt war. Das EKKI hatte nun einmal keine andere Wahl." (Inprekorr (27.4.1926). Nr. 63. S. 923) In der Kommunistischen Internationale (Jg. 1926, S. 239) wurde geschrieben: „Das EKKI versuchte daher, die Kandidatur einer ‚mittleren' Gruppe im ZK zu unterstützen, doch hatte dieser Versuch keinen Erfolg." Auf der Januar-Tagung 1924 nannte Sinowjew Remmele und Thälmann „das Gold der Arbeiterklasse" (Inprekorr (24.3.1924). Nr. 37. S. 428) und beide übernahmen den Vorsitz in der KPD. Im März erkannte Sinowjew, dass die Linken die Mehrheit erhalten würden und er begann, sich umzustellen.

152 Vgl. dazu in der Dokumentation Weber, Zu den Beziehungen, S. 190f.

153 Der Kämpfer (4.3.1924), Chemnitz.

nistischer Parteitag stattfand.[154] Die Delegierten bildeten zwei Fraktionen, die linke Mehrheit von 92 und die Mittelgruppe mit 34 Delegierten[155], während die Rechte nur durch die 1923 gewählten Zentrale-Mitglieder vertreten war. Den „Politischen Bericht" legte die Mittelgruppe vor, von der die Partei seit Dezember 1923 geleitet worden war. Die Komintern wurde von einer repräsentativen Abordnung unter Führung von Manuil'skij (Pseudonym: Ivanov)[156] und dem Chef der Roten Gewerkschaftsinternationale, Lozovskij (Pseudonym: Schwarz) vertreten.

Manuil'skij verlas den von Sinowjew unterschriebenen Brief des EKKI, was unter den Anwesenden Unruhe auslöste.[157] Nachdem er am Ende seiner Begrüßungsrede „ein enges Bündnis zwischen der deutschen und russischen Partei" forderte, und zwar „nicht nur deshalb, weil sie [die KPR] die einzige Partei ist, die bisher die Macht erobert hat", sondern auch, weil sie „nach Ablauf der großen Diskussion [gegen Trotzki] fester ist als bisher", verzeichnete das Protokoll: „Starker, anhaltender Beifall."[158] In diesem Dokument des EKKI hieß es, die KPD habe sich noch nicht von den sozialdemokratischen Traditionen gelöst. Ihre Hauptaufgabe solle sie darin sehen, dem Fraktionskampf „ein Ende zu bereiten."[159] Widerspruch gab es, als ein zweites Schreiben Sinowjews verteilt wurde, obwohl Manuil'skij betonte, es handele sich nicht um einen Brief, sondern um einen internen Artikel nur für die Delegierten. „Dieser Artikel darf nicht hinausgegeben werden. Niemand soll es wagen, der kommenden Führung Schwierigkeiten zu machen auf Grund des Artikels und der freundschaftlichen Kritik an einzelnen Fehlern, die in dem Artikel enthalten ist."[160]

Im als „Artikel" deklarierten Schreiben Sinowjews ging er weit ausführlicher auf die innerparteiliche Situation ein, es war viel schärfer gegen einen Teil der Linken gerichtet, denen Sinowjew „ungeheure Fehler der Sieger" vorwarf.[161] Größten Unmut

154 Die gewöhnlich gut orientierte Abteilung IA der Berliner Polizei schrieb noch am 15. April, wo der Parteitag stattgefunden habe, sei nicht zu ermitteln (StA Bremen, II A 12 a, Bd. 9, BI. 166 a). Erst im Mai konnte die Polizei den genauen Tagungsort usw. feststellen (StA Bremen, II A 12 a, Bd. 10, BI. 9 b). Auch das beweist, wie wenig verlässlich Ruth Fischers Darstellung (Stalin und der deutsche Kommunismus) ist. Sie behauptete, die Polizei habe „natürlich" gewusst, dass in Frankfurt/M. das kommunistische Parteitreffen stattfand (S. 480).

155 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 217.

156 Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Zusammengestellt v. Günter Herting. Berlin (Ost) 1960. S. 86; Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Berlin (Ost) 1966. S. 29.

157 Im Mai veröffentlichte die Parteipresse den Brief, Ende Mai gab das Polbüro eine „Erklärung" zu Sinowjews Brief ab. Vgl. Die Rote Fahne (4.5.1924) u. Freiheit (28.5.1924).

158 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 207.

159 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 70.

160 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 206f.

161 Sinowjew führte u. a. folgende Fehler der Linken an: „b) In derselben Sitzung in Berlin erklärte ein anderer hervorragender Führer der Linken, Genosse Rosenberg: ‚Die Parteiorganisation muß jetzt mehr im Geiste der genialen Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg aufgebaut werden.' (...) Wie es mit den Ultralinken öfters vorkommt, hat Gen. Rosenberg vollständig daneben

löste dieser „Artikel" aus, weil er „zwei Strömungen" im linken Flügel der KPD unterschied. Den „ausgezeichnet revolutionär gesinnten und der Sache der Revolution tief ergebenen" Arbeitern stellte er die Gruppe der „intellektuellen Führer" gegenüber; zwar hätten einige ihre Entgleisungen eingesehen und könnten der Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen; „unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie."[162] Die beiden Schreiben Sinowjews und die mit ihnen übereinstimmende Haltung der EKKI-Vertreter überschatteten den Parteitag. So verbreitete sich rasch die Meinung, es gebe sehr starke Differenzen zwischen der linken Mehrheit und dem EKKI. Ruth Fischer versuchte zu verhindern, dass der EKKI-Brief in der „Inprekorr", der kommunistischen „Internationalen Pressekorrespondenz", veröffentlicht wird. Das misslang, sie erreichte jedoch, dass die KPD-Presse den Brief nicht abdruckte.[163]

Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen der bisherigen linken Opposition unter Ruth Fischer und den Kominternvertretern fanden in „geschlossenen Sitzungen" intern statt, auf den öffentlichen Zusammenkünften des Parteitages wurden sie möglichst verschwiegen oder verklausuliert. Nur im Referat der Mittelgruppe warf Kleine-Gural'skij den Linken „Menschewismus" und die offene oder verschleierte Absicht vor, gegen das EKKI zu kämpfen. Er war gegen Arthur Rosenberg, weil dieser Rosa Luxemburgs „antibolschewistische" Auffassungen verteidigte. Kleine-Gural'skij griff auch das linke Leipziger Blatt „Roter Kurier" an, das sich gegen „die Einheitsfronttaktik" wendete, die „nur den engeren Interessen Sowjetrußlands diene." Diese Ansichten stellte er in die „Nachfolge von Levi".[164]

Der Dissens zwischen EKKI und linker KPD wurde erst bei den Vorschlägen für die entscheidende neue Zusammensetzung der Zentrale sowie der Kandidatenliste zur Reichstagswahl deutlich. Hierzu sagte Manuil'skij (von Kleine-Gural'skij übersetzt!) wir (also das EKKI) „halten es für richtig, wenn Ihr alle hervorragende Vertreter der Mittelgruppe heranzieht" und er verwies nachdrücklich auf „Klara Zetkin". Die Linke folgte der Komintern nicht, sondern wählte in die neue Zentrale alle prominenten Linken, auch die von Sinowjew angegriffenen, wie Rosenberg und Scholem (der dann als Organisationsleiter und Polbüro-Mitglied zu den wichtigsten KPD-Führern gehörte). Von der Mittelgruppe wurden nur Eberlein, Remmele und Pieck aufgenom-

gegriffen und verteidigt ‚zufällig' völlig nichtbolschewistische Auffassungen." Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 79.

162 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 78.

163 Protokoll der Erweiterten Exekutive (Februar/März 1926). Hamburg-Berlin 1926. S. 232. Sinowjew schilderte später die Differenzen noch schärfer, als sie waren (S. 501): „Wir entsandten damals nach Deutschland drei Genossen des russischen ZK zum Zwecke der Verhandlungen mit der ‚linken' Leitung. Anfangs gingen die Verhandlungen nur mit großen Schwierigkeiten vonstatten. Unserer Delegation wurde die ultimative Forderung gestellt, den Brief des EKKI, der eine scharfe Kritik der Fehler der Linken enthielt, zurückzunehmen."

164 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 236.

men, nicht aber Kleine-Gural'skij (der danach Deutschland wieder verließ), Zetkin oder andere Vertreter und niemand von den Rechten.[165]

Anschließend wechselte die neue linke Führung den Parteiapparat aus.[166] Die Beziehungen zwischen EKKI und KPD wurden durch den Parteitag heikel. Dieser war ein Einschnitt mit einer Niederlage der Komintern und Sinowjews, die Moskau nun schrittweise zu überwinden suchte.

„Bolschewisierung“ der KPD

Durch den Sieg bei den Reichstagswahlen konnte die linke Führung bereits wenige Wochen nach dem IX. Parteitag Erfolge aufweisen. Die Disziplinierung der Funktionäre und der Umbau des Apparats kamen rasch voran. Im Juli billigte der Zentral-Ausschuss einstimmig alle Resolutionen. Auch die Anhänger der Mittelgruppe ordneten sich nach und nach der linken Spitze unter. Doch im Juli kürzte Moskau drastisch die Finanzzuweisungen für die KPD (Dok. 113). Nun rief Ruth Fischer zur „Bolschewisierung und Aktivierung der Partei“ auf.[167]

In ständigen Beratungen zwischen Moskau und Berlin konnten schon nach kurzer Zeit wesentliche Streitfragen zwischen EKKI- und KPD-Führung beseitigt werden. Beim Eintreffen einer starken deutschen Delegation Mitte Juni 1924 zum V. Weltkongress der Komintern in Moskau schienen die Differenzen zwischen der KPD unter Führung Ruth Fischers sowie Sinowjew und der EKKI-Spitze so gut wie überwunden. Auf dem Kongress vom 17. Juni bis 8. Juli spielte die deutsche Abordnung eine beachtliche Rolle.[168] Es wurde klar, dass sich die Mehrheit der linken KPD-Führung nicht mehr gegen das EKKI zu stellen gedachte, wie noch auf dem IX. Parteitag. Im Gegenteil, Ruth Fischer wandte sich gegen den Gründer der italienischen KP und Ultralinken Amadeo Bordiga, der die Niederlage beim deutschen Oktober dem Verhalten des EKKI anlastete. Ruth Fischer verteidigte Sinowjew und das EKKI und wurde von Thälmann unterstützt, der bestätigte, sie habe im Namen der gesamten deutschen Delegation gesprochen. Für die KPD wurden nur „bewährte“ Linke (darunter Rosenberg) ins EKKI gewählt.

Nach dem Weltkongress beteiligte sich die KPD besonders eifrig an der Kampagne für die „Bolschewisierung“ der Komintern-Sektionen.[169] Vorrangig wurden damit der

165 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 256ff., 340ff.
166 Vgl. Weber, Wandlung, S. 74ff.
167 Die Rote Fahne (22., 24. u. 25.7.1924) u. Freiheit (24.7.1924).
168 Vgl. Protokoll. V. Kongress der Kommunistischen Internationale. Bd. I u. II. Hamburg o. J. (1925). Vgl. zu den Differenzen in der in der KPD-Führung auf dem Kongress auch Weber, Wandlung, S. 84f.
169 Die „Bolschewisierung“ wurde ein Schlagwort, das für alles benutzt wurde. Sinowjew schrieb z. B. der „Grad“ der Bolschewisierung sei an der „Massenorganisierung der Frauen“ zu beurteilen (Die Kommunistische Fraueninternationale (5.2.1925). Jg. 5. S. 1207). Vgl. auch die Broschüre Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Hrsg. v. Zentrale der KPD. (Berlin 1925).

„Kampf" gegen Trotzkismus und Luxemburgismus und die entsprechende Schulung der Funktionäre, möglichst auch der Mitglieder. Zunächst schien der Nimbus von Trotzki in der KPD ungebrochen. Beim Parteitag des linken Bezirks Mittelrhein war im Februar 1924 der Saal mit den Porträts von Liebknecht, Lenin, Luxemburg und Trotzki geschmückt.[170] Und am 23. September 1924 kündigte „Die Rote Fahne" noch einen „Trotzki-Abend" an. Doch rasch war für die KPD der „Kampf gegen Trotzkismus (...) keine russische Frage", ihre Parole lautete: „Die deutsche Partei wird dem Trotzkismus und Brandlerismus in ihren Reihen keinen Platz gönnen."[171]

Ganz im Sinne der Bolschewiki wurde 1924/1925 der Luxemburgismus, also die Tradition der KPD, angegriffen. Die von Lenin abweichenden Theorien der Begründerin der KPD, galten (unter dem Druck des EKKI) als eine politisch-ideologische Abweichung, die zu verurteilen und über die jede Diskussion verpönt war.

Mit ihrem ideologischen Kampf gegen Trotzkismus und Luxemburgismus hatte die KPD eindeutig und endgültig die Position eines angeblichen Leninismus bezogen, der sich bald als Stalinismus erweisen sollte. Die innerparteiliche geistige Erstarrung der KPD, die schließlich zu einer „monolithischen Partei" wurde, brachte ebenso wie ihr Funktionswandel eine immer straffere Anleitung durch Moskau. Mit der ideologischen Vereinheitlichung sowie mit der organisatorischen Disziplinierung und Zentralisierung war ein wichtiger Schritt zur Stalinisierung erfolgt.

In der Tagespolitik verlor die KPD 1924 und 1925 erheblich an Einfluss. Das hing mit der Konjunktur in Deutschland zusammen, denn mit der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter ebbte deren Radikalisierung ab. Doch die ultralinke Politik und Propaganda isolierte die Partei noch mehr. Geradezu absurd, dass die Zentrale allen Kommunisten verbot, Sozialdemokraten zu grüßen oder ihnen die Hand zu geben. Bei der Vereidigung als Gemeinderäte mussten sie rote Handschuhe anziehen und im Reichstag randalierten ihre Abgeordneten. All das mündete in der Selbstisolierung und nach der Wahlniederlage vom Dezember 1924 nahm die Bedeutung der KPD und damit auch der linken Ruth-Fischer-Maslow Zentrale noch mehr ab.

Auf der V. Erweiterten Tagung des EKKI im März/April 1925 hatte Ruth Fischer zwar über die Lage in Deutschland und die Bolschewisierung referiert, aber es ging ihr und Sinowjew um einen Wandel zur flexiblen Taktik, damit die KPD wieder Erfolge aufweisen könne. Nach der Wahl Hindenburgs (26.4.1925), der mit 14,6 Millionen Stimmen über den Demokraten Braun mit 13,7 Millionen knapp siegte, verurteilten gerade sozialdemokratische Arbeiter die 1,9 Millionen Stimmen für Thälmann als Unterstützung Hindenburgs und ein Sturm gegen die Kommunisten brach los. Danach nahm der Zentral-Ausschuss der KPD im Mai eine Änderung der Linie vor. Die Obstruktionspolitik sollte von einer Realpolitik abgelöst werden. Das war im Sinne des EKKI, insbesondere Sinowjews, dessen Stellung in der Komintern und der KPR durch die Niederlagen der KPD geschwächt wurde. Die Rechtswendung der Partei

170 Sozialistische Republik (25.2.1924).
171 Die Rote Fahne (10.12.1924).

stieß allerdings bereits im Frühjahr 1925 auf die Kritik einiger maßgebender Linker und rasch kam es zur Spaltung der linken Führung.

Eine ultralinke Abspaltung 1925 entstand – so schien es – ohne die direkte Einwirkung des EKKI. Sie gab der Kominternführung aber die Möglichkeit, weiteren Einfluss auf die linke KPD-Zentrale zu bekommen. Die Ultralinken Scholem, Katz und Rosenberg wurden nach erbitterten Debatten mit Ruth Fischer und der Mehrheit der Zentrale ins Abseits gedrängt. Es war der Beginn fraktioneller Auseinandersetzungen, die 1926/1927 zur Bildung mehrerer Fraktionen sowie zum Ausschluss vieler Funktionäre führte. Dies ist bereits dargestellt worden; hier wird nicht näher darauf eingegangen.[172]

1924/1925 wuchs in der Komintern auch der Einfluss Stalins. Stalin und seine Fraktion, im Wesentlichen der sowjetische Parteiapparat, nahmen 1925 bis 1927 eine „rechte" Position ein. Primär ging es Stalin um die Macht in der KPdSU, er wollte seine gefährlichsten Gegner, die Linken, ausschalten (zunächst Trotzki, später Sinowjew und Kamenev). Der Kampf gegen die linke Opposition war aus der grundsätzlichen Haltung Stalins erklärbar: seine Theorie vom „Sozialismus in einem Land" wurde von den Linken abgelehnt, während die „rechten" Kommunisten (Bucharin, Rykov, Tomskij) sie befürworteten. Zugleich ging es um die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates (vgl. auch Dok. 125). Mit Hilfe der „Rechten" trat Stalin für eine gemäßigte Politik ein, die wirtschaftliche „Schere" zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte durch Zugeständnisse an die Mittelbauern geschlossen werden; außenpolitisch erwartete Stalin Erfolge von der Einheitsfront (in England mit den Gewerkschaften, in China mit der Kuomintang) und hoffte außerdem, eine „gemäßigte" Politik könne ausländische Kapitalhilfe bringen.[173] Der X. Parteitag im Juli 1925 und die abermaligen Differenzen mit dem EKKI überschatteten dann in Deutschland das Auseinanderfallen der alten linken Führung.

172 Vgl. die Einzelheiten bei Weber, Wandlung, sowie die Darstellungen Rüdiger Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978; Otto Langels: Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1984; Marcel Bois: Vergessene Kommunisten. Weddinger Opposition der KPD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). Berlin 2008. S. 58ff.

173 Zu den Einzelheiten der Politik Stalins vgl. Robert V. Daniels: Das Gewissen der Revolution. Köln 1962. S. 301ff.; Leonard Schapiro: Die Geschichte der KPdSU. Frankfurt/M. 1961. S. 346ff.; Leonid Luks: Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Regensburg 2000; Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917–1991 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte. Bd. 31). München 2001.

Der X. Parteitag 1925 und erneute Zerwürfnisse mit dem EKKI

Der X. Parteitag der KPD trat am 12. Juli 1925 im Gebäude des Preußischen Landtags in Berlin zusammen.[174] Den Saal schmückte ein hell beleuchtetes Bild Lenins. Von 170 Delegierten zählten nur wenige zur Ultralinken, darunter die drei Zentrale-Mitglieder Katz, Rosenberg und Scholem (vgl. Dok. 127b). Doch 160 Delegierte standen fest zur Ruth Fischer-Führung.[175] Im Namen des EKKI sandte Sinowjew einen Brief, der den Anwesenden vorgelesen wurde und in dem er seiner Genugtuung Ausdruck gab, „daß die KPD in den 15 Monaten, die sie von Frankfurt trennen, eine große Arbeit an sich selbst vollbracht hat. (…) Die Partei ist konsolidiert." Der „Grundkern" der Zentrale habe die „richtige Linie gefunden" und die Komintern „unterstützt diesen Kern voll und ganz und wird Hand in Hand mit ihm arbeiten."[176] Nach diesem Lob kritisierte Sinowjew die deutsche Führung, die KPD habe sich „eine Zeitlang in einem ultralinken Fieberzustand befunden." Der X. Parteitag müsse sie „endgültig aus diesem Fieberzustand" befreien.[177]

Anfangs schien es, als wollten die Delegierten diese Kritik der Komintern beherzigen. Gegen nur eine Stimme (die des Ultralinken Heinrich Giwan aus Berlin) sprach der Parteitag der Exekutive der Komintern „sein volles Vertrauen" aus und verpflichtete die neue Zentrale, „allen Angriffen gegen die Politik der Exekutive und allen Abweichungen von der Linie der Komintern entschlossen entgegenzutreten." Auch die von der linken Führung vorgeschlagene Resolution lag ganz auf der Linie der Komintern.[178] Unter dem Pseudonym Samuely hielt Manuil'skij – mit lebhaftem Beifall empfangen – das Referat über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der Komintern. Er setzte sich nochmals für die neue flexible Taktik ein[179] und bestritt, dass hinter der Wendung der KPD außenpolitische Interessen Sowjetrusslands stünden. Gegen die Ultralinken richtete er scharfe Angriffe. Nach seiner Ansicht beweise die Zusammensetzung der Delegierten, dass die KPD „die linke Krankheit zu überwältigen beginnt", da die Ultralinke, die „gestern noch die Partei beherrschte, auf diesem Parteitag nur ein Grüppchen bildet."

---

174 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925. Berlin 1926. Allerdings soll die Zentrale einen Teil der gewählten Delegierten nicht zugelassen haben (StA Bremen, IV I3h. Bd. I).

175 Die dominierende Stellung der Linken zeigt die Zusammensetzung der wichtigsten Politischen Kommission des Parteitages. Vorsitzende war Ruth Fischer, Sekretär Lenz (Winternitz).

176 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 169ff.

177 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 176.

178 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 180, 415; Die Rote Fahne (17.7.1925); Westfälischer Kämpfer (11.7.1925).

179 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 318; Die Rote Fahne (15.7.1925); Westfälischer Kämpfer (15.7.1925).

Ein neues Statut wurde angenommen. An die Stelle der Zentrale und des Zentral-Ausschusses trat nunmehr das Zentralkomitee als die einheitliche oberste Führungsspitze.[180] Die öffentlichen Sitzungen des Parteitags verliefen ohne Höhepunkte, scheinbar gab es keine Differenzen zwischen KPD und EKKI.[181] In Wirklichkeit kam es auf einer geheimen „geschlossenen" Sitzung, über die zunächst Stillschweigen gewahrt wurde, zu erregten und schwerwiegenden Auseinandersetzungen, vor allem über das neu zu wählende Zentralkomitee. Linke Delegierte befürchteten, Manuil'skij als Vertreter der Komintern wolle die Partei nach rechts ziehen und sie zwingen, einige Rechte in die Führung hineinzunehmen. Denn in Moskau hatten zuvor die russischen Kommunisten von einer deutschen Abordnung gefordert, die Zentrale in Berlin zu vergrößern und einige Mittelgruppenfunktionäre aufzunehmen. Gegen dieses Verlangen wandte sich die Zentrale einmütig. Ein Telegrammwechsel mit der Komintern brachte keine Einigung.[182]

Auf der geschlossenen Sitzung des Parteitags wiederholte nun Manuil'skij die Vorschläge der Komintern und verlangte, Clara Zetkin, Georg Schumann und Walter Ulbricht in das Zentralkomitee aufzunehmen, was die Delegierten einheitlich (einschließlich Thälmann, Geschke und Florin) ablehnten. Als Manuil'skij sich außerhalb der Reihenfolge zu Worte meldete, wies ihn der Parteitagsvorsitzende Geschke zurück: er solle warten, bis er an der Reihe sei. Und als sich der Jugendvertreter Blenkle für die Kominternforderungen aussprach, „brüllte Geschke in den Saal, diese Rotznase solle sich erst die Nase wischen lernen, ehe er alten Leuten was erzählen wolle."[183] In der erhitzten Atmosphäre riefen einige Delegierte Manuil'skij zu: „Hau ab! Geh nach Moskau!"[184] Gegen nur 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen lehnten die Teilnehmer der Geheimsitzung die EKKI-Forderung ab.[185]

Der einzige Kompromiss, den Ruth Fischer einging, war die Erweiterung des Zentralkomitees auf 19 Vollmitglieder und zusätzliche sieben Kandidaten (anstelle der zuerst vorgesehenen 11 Mitglieder).[186] Damit war Ruth Fischers Vorhaben gescheitert,

---

180 Die Rote Fahne (24.7.1925). Die wesentlichen Teile des Statuts sind abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 254ff.

181 Der Parteitag sei eine Tagung der Langeweile gewesen, berichtete der sozialdemokratische „Vorwärts" vom 13. Juli 1925. Die Delegierten seien „hübsch brav geworden, keine Russenkittel und Schillerkragen mehr zu sehen gewesen."

182 Der neue Kurs, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew. Brief des EKKI. Hrsg. v. ZK der KPD (25.9.1925). Berlin 1925. S. 10.

183 StA Bremen, IIA 12 b, I d. Vorwärts (9.9.1925). In der Bremer kommunistischen „Arbeiterzeitung" schrieb Remmele später, „das EKKI habe gewollt, daß 2 Rechte und 2 Ultralinke ins ZK aufgenommen werden" (Arbeiterzeitung, 8.10.1925, Bremen); Zu Einzelheiten vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 117ff.

184 Bucharin geht mehrmals darauf ein (Der neue Kurs, S. 6f.); Westfälischer Kämpfer (6.10.1925).

185 StA Bremen, II A, 12 b, I d.

186 Sinowjew sagte im August 1925 dazu (Der neue Kurs, S. 37): „Nehmen Sie eine so kleine Frage: Die Zahl der Mitglieder der Zentrale, ob 19 oder elf, wie die Frage bei der ersten Unterredung mit Schneller stand (…) Diese Frage, die eine welthistorische Frage ist, hat eine neue Lage geschaffen.

nur ihre eigenen linken Anhänger in das ZK zu bringen.[187] Obwohl Manuil'skij nochmals mit aller Vehemenz im Namen des EKKI darauf bestand, in das ZK sollten nicht nur Anhänger der Fischer-Gruppe, sondern auch zwei Ultralinke und mindestens zwei Rechte gewählt werden, wurde dem nicht entsprochen.[188] Vielmehr bewirkten die Angriffe des Komintern-Vertreters, dass der den Parteitag bestimmende Gegensatz zwischen Linken und Ultralinken auf der Geheimsitzung praktisch aufgehoben war. Als die Ultralinken Scholem und Rosenberg Ruth Fischer ihre Unterstützung gegen die Komintern anboten, akzeptierte sie das stillschweigend. Beide wurden dann gemeinsam mit dem Ultralinken Hans Weber in das ZK aufgenommen, Scholem sogar ins Polbüro. Einstimmig billigte der Parteitag die politische Resolution über die Aufgaben in den Gewerkschaften; doch ebenso einstimmig wurde das in der „geschlossenen" Geheimsitzung ausgehandelte, von Manuil'skij abgelehnte ZK gewählt.[189] Das war für das EKKI, insbesondere für Sinowjew und Bucharin, ein Alarmzeichen. Moskau befürchtete sogar Anfänge eines „westeuropäischen Kommunismus".

„Palastrevolution"? – Die Komintern diktiert

Die Niederlage bei der KPD traf das EKKI schwer, die deutsche Partei war neben der KPdSU die stärkste Sektion der Komintern. Es sollte nun massiv gegen die KPD-Spitze unter Ruth Fischer – die gerade erst vom Parteitag einstimmig gewählt worden war – vorgegangen werden (vgl. Dok. 127b, 129–133). Moskau sah im Polbüro neben ihr und Maslow (der von Mai 1924 bis 1926 im Gefängnis saß) auch Scholem und Schlecht als „Hauptfeinde" an. Sinowjew wollte – in der KPdSU selbst in der Opposition – seine Stellung halten und Bucharin, der kommende Komintern-Vorsitzende, seine neue Rolle stärken. Daher intrigierten beide gemeinsam mit Stalins Vertreter Manuil'skij gegen die KPD-Führung. Ihnen war klar, dass nur eine Spaltung der Parteispitze und die Schaffung einer neuen, kominterntreuen Führung deren völlige Unterordnung bringen würde.

Sofort nach dem Parteitag reiste eine KPD-Delegation unter Leitung von Schlecht nach Moskau, sie wies zunächst alle gegen die Ergebnisse des Parteitags gerichteten Angriffe zurück. Doch im Polbüro saß ja auch Thälmann. Der war inzwischen als Kandidat bei den Reichstagpräsidentenwahlen und dann als Chef der neugeschaffenen Wehrorganisation „Roter Frontkämpferbund" (RFB) weithin bekannt. Er und die

---

Hätte Ruth das damals durchgesetzt, so hätten wir im Moment ein Zentralkomitee, das gegen die Komintern wäre." Vgl. auch Westfälischer Kämpfer (2. u. 3.10.1925); Die Rote Fahne (26. u. 27.9.1925).

187 Schon auf der offenen Sitzung des Parteitags hatte sich Manuil'skij gegen eine Abkapselung der Linken ausgesprochen. Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 319; Die Rote Fahne (15.7.1925; Westfälischer Kämpfer (15.7.1925).

188 Arbeiterzeitung (8.10.1925), Bremen.

189 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 658; Die Rote Fahne (18.7.1925); Neue Zeitung (6.8.1925), München.

insgeheim gegen Ruth Fischer eingestellten Dengel und Remmele waren mit dem Versprechen, die Parteiführung allein zu übernehmen, rasch zu gewinnen. Hierbei spielten informelle und konspirative EKKI-Netzwerke eine Rolle, die von der Forschung im Wesentlichen bereits beschrieben sind[190] (vgl. auch Dok. 134).

In zahlreichen Sitzungen der Kominternspitze mit den in Moskau anwesenden KPD-Vertretern hatten Sinowjew und Bucharin ihr Ziel bald erreicht: die deutschen Abgesandten stimmten zu, an die Mitglieder ihrer Partei einen „Offenen Brief" zu schreiben und den engeren Fischer-Zirkel abzusetzen. Nachdem sich Thälmann, Dengel und Schneller mit der Komintern-Kritik einverstanden erklärt hatten, sind auch zahlreiche weitere ZK-Mitglieder „umgefallen". Die KPD-Delegation in Moskau, selbst Ruth Fischer, bejahte dann den Brief „einstimmig". Am 20. August stimmte dann auch das ZK der KPD „gegen nur eine Stimme, bei einer Enthaltung" der Kritik im „Offenen Brief" zu. Durch eine „Palastrevolution" war die bisherige Führung praktisch abgesetzt, was nur die Spaltung dieser KPD-Spitze durch das EKKI bewirkt hatte.

Der „Offene Brief" erschien am 1. September 1925 als „Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD". Mit der sehr großen Überschrift in der „Roten Fahne" schlug das Dokument bei mittleren Funktionären und Mitgliedern, die von den Auseinandersetzungen kaum etwas gewusst hatten, wie eine Bombe ein, ebenso in der überraschten Öffentlichkeit.[191] Unterschrieben war der Brief außer von Sinowjew, Bucharin, Manuil'skij, Pjatnickij und Lozovskij aus der Sowjetunion auch von zahlreichen Vertretern der Komintern-Parteien sowie für die „Delegation der KPD" von Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Schehr, Kühne, Strötzel und Heinz Neumann samt „dem ZK der KPD".[192] Der „Offene Brief" aus Moskau konstatierte, die Fischer-Maslow-Führung habe die KPD in die Isolierung getrieben und die innerparteiliche Demokratie zerstört. In erster Linie wurde jedoch das „unrichtige, unbolschewistische Verhältnis der Gruppe des Genossen Maslow zur Komintern" gerügt. Die langen Ausführungen des „Offenen Briefs" ließen aber seinen wahren Zweck nicht erkennen: nämlich eine solche personelle Führung zu bilden, die uneingeschränkt als „Sektion" der Komintern die russische Politik praktiziert.

Auf der ersten Seite brachte „Die Rote Fahne" auch noch einen Aufruf des ZK „An die Partei". Es hieß, die Komintern kritisiere „mit bolschewistischer Offenheit die Fehler der bisher leitenden Gruppe [!] unserer Parteiführung." Appelliert wurde zugleich, die Partei müsse „einheitlich und geschlossen" sein, aber ihre „Linie" ändern. Doch so einfach, wie das kurz nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefs" schien (eine Konferenz der Polleiter und Redakteure stimmte ihm am 1. September

190 Die Schritte zur Spaltung der KPD-Führer bei den Verhandlungen in Moskau im Juli und August sind in den Gründzügen anhand des damals zugänglichen Materials näher beschrieben bei Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 120ff.
191 Der umfangreiche „Offene Brief" ist ungekürzt wieder abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 218ff.
192 Weber, Dokumente, S. 242.

mit 44 gegen 6 Stimmen zu), ging die Disziplinierung der Gesamtpartei nicht vor sich. Zuerst zeigte sich in Berlin, dass nicht etwa nur die Ultralinken den „Offenen Brief" und die Absetzung Ruth Fischers sowie ihrer Anhänger ablehnten, sondern auch die kominternkritische Linke. Schon am 2. September wandte sich die Bezirksleitung (BL) gegen dieses Schreiben und zog ihre Konsequenzen mit 13 zu 4 Stimmen. Der Berliner Zentralvorstand verwarf ihn mit 63 zu 24 Stimmen. Doch innerhalb weniger Wochen setzte sich die Komintern-Taktik durch. Mit ihrer Hilfe konnte die Thälmann-Dengel-Gruppe eine neue Mehrheit schaffen, in der auch Funktionäre der früheren Mittelgruppe vertreten waren.

Auf der 1. Reichsparteikonferenz am 31. Oktober und 1. November 1925 gehörten von 249 Delegierten nur noch 33 der Opposition an. Die Konferenz sollte der Abschluss der Veränderungen in der Führung sein. Heinz Neumann hatte zuvor die „wichtigste Aufgabe" der Partei beim „Neuen Kurs" benannt, nämlich „restlos und für immer zu brechen" mit Selbstständigkeitsbestrebungen gegenüber der Komintern. „Unserer jetziger Kampf gilt der Zerstörung dieser langjährigen Tradition. Es handelt sich um nicht weniger als um die endgültige Eingliederung der KPD in die Kommunistische Weltpartei. Die KPD, die sich bei der Gründung der Komintern der Stimme enthielt, vollzieht erst [jetzt] die letzte, endgültige, tatsächliche Abstimmung für die Komintern" (vgl. Dok. 140).[193] In diesem Sinne war die Entfernung der linken Opposition ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung der Macht des EKKI und zur Stalinisierung der KPD. Es dauerte allerdings bis 1927, die mehr und mehr in Fraktionen zerfallende linke Opposition auszuschalten.[194] Die Eskalation der Auseinandersetzungen hatte 1926 schließlich dazu geführt, dass sich innerhalb und außerhalb der KPD fast ein Dutzend Fraktionen gegenüberstanden[195] und die Partei zu zersplittern drohte. Die kritischen Führer wurden ausgeschlossen, mit einer „Säuberung" die Einheitlichkeit im Sinne des EKKI durchgesetzt.

Obwohl der Konflikt in der KPR laut EKKI-Beschluss in den Sektionen nicht diskutiert werden durfte, griff die linke Opposition der KPD das Thema auf. In einem „Brief der 700" oppositionellen deutschen Funktionäre und Mandatsträger (vgl. Dok. 159) solidarisierte sich die Opposition im September 1926 mit der russischen linken Min-

---

193 Die Internationale (9.9.1925). Jg. 8. Heft 9. S. 523ff. Im Artikel von Heinz Neumann wurde ausdrücklich festgestellt, die „wichtigste Aufgabe" sei der Bruch mit der Vergangenheit: „Es ist das Unglück unserer Partei, daß sie bis heute kein bolschewistisches Verhältnis zur Komintern gefunden hat (...) Es handelt sich um nichts weniger als um die endgültige Eingliederung der KPD in die Kommunistische Weltpartei." (S. 531).

194 Vgl. die genauere Beschreibung bei Weber, Wandlung, S. 137ff.; Zimmermann, Leninbund; Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1933. Frankfurt/M. 1987; Klaus J. Becker: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Mainz 2001; Bois, Vergessene Kommunisten.

195 Das „Mitteilungsblatt" der linken Opposition zählte für Anfang 1927 zehn Fraktionsgruppen innerhalb und außerhalb der KPD auf. Mitteilungsblatt. Linke Opposition der KPD (15.3.1927). Nr. 7; Vgl. Weber, Wandlung, S. 16ff.; Weber, Stalinisierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007).

derheit, was insbesondere Stalins Aufmerksamkeit erregte (vgl. Dok. 158). Die KPD-Opposition übersetzte und verbreitete Aufrufe der russischen Linken, wie etwa 1927 die „Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei", „herausgegeben von den aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Oktoberkämpfern."[196] Im Spätherbst 1927 erschien der „Entwurf einer Plattform der leninistischen Bolschewiki (Opposition)".[197] Die Linken innerhalb der KPD und die meist schon ausgeschlossenen außerhalb der Partei organisierten einen beachtlichen Widerstand gegen das ZK. Hilfe suchte die Thälmann-Führung bei der Mittelgruppe.

Selbst Ernst Meyer wurde nun erneut herangezogen und leitete mit Thälmann die KPD. Wie schwer das für aufrechte und gestandene Kommunisten war, beweist die bemerkenswerte Tatsache, dass die Zusammenarbeit Meyers mit Thälmann erst nach vier „Erklärungen" mit unterschiedlichen Kompromissen erreicht wurde.[198] Nach dem „Offenen Brief" der Komintern vom Herbst 1925 bildete, wie erwähnt, die kominterntreue Linke unter Thälmann gemeinsam mit den später „Versöhnler" genannten Politikern unter Ewert und dann Ernst Meyer die Parteiführung. Die Kooperation dieser beiden Gruppen und die Hilfe der Komintern ermöglichten die Entfernung der linken und ultralinken Opposition, die bis zum XI. Parteitag im März 1927 weitgehend vollzogen war. Zugleich kam es unter dem neuen ZK ansatzweise zur gemäßigten Realpolitik (vgl. Dok. 161–176).

Erneuter ultralinker Kurs

Doch 1928 änderte Stalin seine Strategie. 1927/1928 wurde klar, dass die Außenpolitik Stalins und Bucharins gescheitert war, vor allem in China hatte die Zusammenarbeit mit der Kuomintang zu einem Debakel des Kommunismus geführt.[199] Da es Stalin gelungen war, die linke Opposition auszuschalten, konnte er 1928 den Kurs radikal ändern, d. h. eine ultralinke Linie steuern, um auch die letzten innerparteilichen Gegner, die rechten Kommunisten (Bucharin usw.) rasch zu bezwingen. Eine forcierte Industrialisierung sollte die innere Struktur der UdSSR ändern. Der Kampf um den sowjetischen Machtapparat und die sowjetische Innen- und Außenpolitik bestimmte zuerst den „rechten" Kurs 1925 bis 1927 und nun den ultralinken Kurs ab 1928. Die schematische Übertragung der russischen Politik auf die Komintern zeigt, wie weit die sowjetische Realität für die Komintern maßgebend war.

196 Vor dem Thermidor. Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland. Hamburg o. J.; Die Broschüre wurde von der Gruppe um Hugo Urbahns gedruckt; Vgl. auch Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition in der KPD. O. O. (1927).

197 Die Broschüre von 13 Mitgliedern des ZK zum XV. Parteitag der KPdSU (Dezember 1927) erschien ohne nähere Angaben der deutschen Herausgeber.

198 Vgl. die vier Fassungen in Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 420f.

199 Vgl. KPdSU, Komintern und das national-revolutionäre China. Dokumente. Hrsg. v. Mechthild Leitner. Bd. 2. Teil 2. Münster 1998.

In der KPdSU wurden die rechten Kommunisten schon innerhalb weniger Monate, zwischen Januar und April 1929, entmachtet. Im November 1929 unterwarfen sich Bucharin, Rykov und Tomskij der Stalin-Führung. Während die Ausschaltung der linken Opposition Jahre dauerte, wurde das bei den Rechten in der KPdSU in kurzer Zeit erreicht. Ebenso gelang es nach der „Wittorf-Affäre" im September 1928 die rechte Opposition in der KPD rasch zu zerschlagen. In der Dokumentation über die „Wittorf-Affäre" sind die Ereignisse von 1928 genau belegt[200] (vgl. auch Dok. 191–194, 196–202).

Eingeleitet wurde der ultralinke Kurs bereits im Februar 1928. Am Rande des 9. EKKI-Plenum hatte ein statutenwidriges Treffen der deutschen und russischen Vertreter stattgefunden. Die Führer der KPdSU und der KPD schlossen dort ein Geheimabkommen[201] (vgl. Dok. 178), nun wurden die rechten Kommunisten als „Hauptfeind" in der KPD bezeichnet.[202] Das von Stalin formulierte Papier wurde nicht nur von Thälmann und seinen Anhängern unterschrieben, sondern auch von den Versöhnlern Ewert und Eisler, ebenso von Bucharin und Tomskij, also den eigentlich Angegriffenen. Die Einbeziehung potentieller Opfer blieb ein raffinierter Schachzug Stalins, auch jetzt am Beginn seiner ultralinken Politik.

Auf dem VI. Weltkongress der Komintern (17.7.–1.9.1928) wurden die wachsenden Spannungen zwischen Stalin und Bucharin, ebenso das Zurückdrängen der Versöhnler im KPD-Parteiapparat, zunächst noch verschleiert.[203] Die rechten deutschen Kommunisten waren bereits an den Rand gedrängt. Ihr einziger Kongress-Delegierter, Hans Tittel, wurde bei seiner kritischen Rede sogar häufig von Thälmann, Ulbricht u. a. unterbrochen[204] (vgl. auch Dok. 189).

In der KPD trieb Thälmann mit der Mehrheit der Führung den ultralinken Kurs weiter voran. Als die Rechten und Versöhnler meinten, diesen mit der „Wittorf-Affäre" noch stoppen zu können, wusste Stalin das zu verhindern. Bereits am 3. und 4. November 1928 tagte eine Parteikonferenz (vgl. Dok. 190), auf der die ZK-Anhänger fast alle Delegierten stellten. Wie inzwischen gewohnt, wurde die Opposition dort „geschlagen". Thälmann berichtete Stalin, die Konferenz habe „den günstigsten [!] Eindruck" hinterlassen.[205] Nach dem Beispiel von 1925 schickte das EKKI wieder

200 Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, dort auch eine ausführlichere Bibliographie, S. 347–358.

201 Das Dokument fehlt in der offiziell vertriebenen Broschüre: Neuntes Plenum des EKKI. Resolutionen und Beschlüsse. Hamburg/Berlin 1928.

202 Inzwischen ist das Dokument mehrfach abgedruckt; Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, S. 111ff.

203 Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli-September 1928. Hamburg/Berlin 1928.

204 Protokoll des 6. Weltkongresses, Bd. 1, S. 465ff.

205 Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, S. 231.

einen „Offenen Brief", diesmal über die „Rechte Gefahr in der KPD", den das Polbüro selbstverständlich sofort „rückhaltlos" begrüßte.[206]

Der XII. Parteitag der KPD

Der XII. Parteitag der KPD (der letzte in der Weimarer Republik) im Juni 1929[207] bestätigte den ultralinken Kurs, den die deutsche Partei nun auch im Auftrag der Stalinschen Komintern bis 1933 steuerte. Nach den blutigen Auseinandersetzungen mit der von der SPD geführten Polizei am 1. Mai 1929 in Berlin rückte der Kampf gegen die SPD, als „Sozialfaschismus" diffamiert, in den Mittelpunkt. Der Führer des gerade verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB), Willy Leow, sprach gar von „Polizeifaschisten" (vgl. auch Dok. 217). Diesen Parteitag beherrschte das Bekenntnis zu Moskau, zu Stalin, den die Delegierten mit „Bravo und lang anhaltendem stürmischen Beifall" ins „Ehrenpräsidium" wählten.[208] In seiner Begrüßung für das ZK bramarbasierte Fritz Heckert: „In der Sowjetunion sehen wir unser Vaterland, dem wir uns weihen in der Verteidigung bis zum letzten Atemzug, bis zu unserem letzten Blutstropfen."[209] Das Hauptreferat über die „Aufgaben der Partei" hielt Ernst Thälmann, begrüßt mit „stürmischer Ovation" und mit einem „dreifachen ‚Heil Moskau'". Ebenso geehrt wurde der „2. Mann" der Partei, Hermann Remmele, bei seinem Referat über „die Verteidigung der Sowjetunion".[210] Bekanntlich wurde er später ein Opfer der stalinschen Säuberungen.

Dieser XII. Parteitag Mitte 1929 und seine Symbolik zeigten die KPD als eine Kopie des Bolschewismus, ihre Stalinisierung war damit vollzogen. Durch Stalins Herrschaft in der Sowjetunion war 1929 das Ziel, die KPD zu einer „Sektion" der Komintern zu degradieren, die deutsche Parteiführung zu unterwerfen, endgültig erreicht.[211] Daraus ergaben sich totalitäre Strukturen innerhalb der Organisation, die Umwandlung einer Bewegung in eine Art strengen „Orden". Für kommunistische „Kämpfer" galt es im „Klassen-Weltkrieg" militärische Disziplin einzuhalten. Der „demokratische Zentralismus" erforderte, dass sie sich als treue Parteisoldaten bewusst und

206 Die Rote Fahne (23.12.1928); Der Beschluss ist abgedruckt bei Weber, Dokumente, S. 244ff.; Vgl. auch N. Lenzner, d. i. Naum Michaijlovič Lencner: Über die rechte Gefahr in der Komintern. Hamburg/Berlin 1929.

207 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9.–16. Juni. Berlin o. J. (1929).

208 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 12.

209 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 7.

210 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 49, 300.

211 Diese Phase, auch die Schaffung der KPO durch die rechten Kommunisten, ist bereits öfter beschrieben; Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 133ff.; K.-H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Meisenheim am Glan 1964; Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Zur Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001; Kinner, Der deutsche Kommunismus; Elke Reuter, Wladislaw Hedeler Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Berlin 2003.

„freiwillig“ unterordneten. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz schrieb dazu bereits 1924: „Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.“[212] Die Komintern forderte: „Die Kommunistischen Parteien müssen aufgebaut werden als geistig absolut monolithe Organisationen.“[213]

Selbstverständlich ergaben sich auch in dieser Periode Probleme wegen der Doppelfunktion der Komintern. Deren sowjetische Führer wollten einerseits die staatlichen Beziehungen zur deutschen Regierung verbessern, andererseits sollte die Komintern über die KPD Aktionen zum Sturz dieser Regierung beitragen. Proteste aus Berlin zwangen Moskau zu lavieren, wie beispielsweise im Dezember 1924 der Briefwechsel zwischen Außenminister Stresemann und Sowjet-Botschafter Krestinskij (vgl. Dok. 117) zeigt.[214] Etliche Komintern-Kampagnen belasteten die Außenpolitik der UdSSR, wie umgekehrt die guten Kontakte zwischen Berlin und Moskau der KPD bei ihrer Klientel Schwierigkeiten bereiteten. Die Dokumente lassen damalige Probleme erkennen, nur auf einige sei verwiesen.

„Tscheka“-Prozess

Wegen des Aufstandsversuchs der KPD war gegen die Zentrale aus dem Jahre 1923 von 1924 an ein Prozess vorgesehen, der dann doch nicht stattfand. Allerdings gab es einen Prozess gegen die Hamburger Kämpfer unter Hugo Urbahns. Die Linie für solche Verfahren wurde vom EKKI vorgegeben (vgl. Dok. 109, 110, 120, 136). Der spektakulärste politische Strafprozess war der sog. „Tscheka“-Prozess von Februar bis April 1925 vor dem Reichsgericht in Leipzig, der auch die deutsch-russischen Beziehungen beeinflusste. Unter der Leitung des Sowjet-Emmisärs Petr Skoblevskij war beim Aufstandsversuch 1923 für die KPD von Felix Neumann (der später zu den Nazis überlief) ein geheimer Terror-Apparat (T-Apparat, daher später fälschlich „Tscheka“) aufgebaut worden, der Anschläge plante und durchführte (vgl. auch Dok. 110). Das Reichsgericht verhängte am 22. April 1925 nach dem umstrittenen Prozessverfahren[215] harte Strafen, Skoblevskij (und auch Neumann) wurden zum Tode verurteilt.

Die KPD reagierte sofort mit Protesten. Noch am 22. April erschien eine Sondernummer der „Roten Fahne“ mit der riesigen Überschrift: „Drei Todesurteile im Leip-

212 Der Funke (28.8.1924). Nr. 15; Auch 1928 sprach er von „militärischer Disziplin“ in der Partei (Die Rote Fahne, 30.12.1928).

213 Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Hamburg 1928. S. 13.

214 Die Behauptung von Krestinskij, die Sowjetregierung sei „in keinem Fall für die Tätigkeit dieser Organisation (der Komintern) verantwortlich“, wurde von Stresemann zurückgewiesen, der verlangte, die „Einmischung“ zu verhindern. Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 343f.; Vgl. auch die Dokumente čičerins unten (z. B. 128, 212, 222, 228, 229 usw.).

215 Vgl. Arthur Brandt: Tscheka-Prozess. Denkschrift der Verteidigung. Berlin 1925. Neuaufl. Hamburg 1979. Mit entgegengesetzter Tendenz: Die Tscheka. Die Organisation der kommunistischen Partei für den politischen Meuchelmord. Berlin 1925.

ziger Spitzelprozeß! Neumann – Poege – Skoblevskij ." Am 24. April rief das Blatt („Heraus zum Massenprotest") zu einer Kundgebung im Berliner Sportpalast auf, „Redner Ruth Fischer – Ernst Thälmann". In einem Schreiben der Zentrale an die „teuren Kampfgenossen" wurde „das heroische Auftreten der Genossen Margies und Mayer" hervorgehoben, der Russe und Komintern-Emissär Skoblevskij jedoch nicht genannt.[216] Doch Moskau plante, Skoblevskij durch einen Austausch freizubekommen. Daher verhaftete die GPU drei deutsche Studenten (darunter den „Israeliten" Karl Kindermann) als angebliche Rechtsradikale. Sie wurden in Moskau zum Tode verurteilt.[217] Wie die Komintern eingeschaltet wurde, zeigen nun die Dokumente (z. B. 122, 124, 126).

Nach Verhandlungen zwischen beiden Regierungen erfolgte im September 1926 der Austausch der Studenten sowie dann die Überstellung Skoblevskijs nach Moskau, wo er später 1939 in den Stalinschen Säuberungen erschossen wurde. Sowohl der „Tscheka"-Prozess als auch der gegen Kindermann hatten in der deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, was der KPD ungelegen kam.

Reichswehr, Rote Armee und der „Militärapparat"

Weit belastender wurde für die Partei die Aufdeckung der engen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee.[218] Denn nach Enthüllungen der britischen Presse veröffentlichten im März 1927 sowohl der Vorstand der SPD als auch die KAPD-Führung Broschüren gegen die KPD.[219] Darin wurde „Sowjetrußland als Munitionslieferant für die Reichswehr" entlarvt oder „Rußland bewaffnet die Reichswehr" getitelt. Die aufgedeckten Fakten erregten in der Arbeiterschaft Abneigung gegen die heuchlerische Kominternpolitik, erst recht, als das Thema auch im Reichstag behandelt

216 Vgl. Die Rote Fahne (22., 24. u. 25. April 1925). Margies wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, Mayer zu sechs Jahren verurteilt. 1927 hieß eine KPD-Broschüre „Heraus mit Margies". Er kam 1930 durch eine Amnestie frei, übersiedelte in die Sowjetunion. Am 31. Mai 1937 wurde er zum Tode verurteilt und erschossen – allerdings als Opfer der Stalinschen Säuberungen. Seine Frau und sein Sohn kamen im Gulag um.

217 Vgl. Karl Kindermann: Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU. Berlin 1931. Das dort abgedruckte Urteil vom 3. Juli 1925 warf den drei Studenten sogar „Attentatsversuche" gegen Stalin und Trotzki [!] vor (S. 229).

218 Vgl. Friedrich P. Kahlenberg (Bundesarchiv), Rudolf G. Pichoja (Russ. Archivdienst), Ludmilla V. Dvojnych (Russ. Militärarchiv) (Hrsg.): Reichswehr und Rote Armee. Dokumente aus den Militärarchiven Deutschlands und Rußlands 1925–1931. Berlin/Moskau 1995; Welche Bedeutung der Zusammenarbeit in linken Kreisen beigemessen wurde, zeigt eine Satire von Kurt Tucholsky über die Ausbildung der Reichswehr in der UdSSR. Vgl. Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland über alles. Berlin 1929. S. 64ff.

219 Sowjetgranaten. Hrsg. v. Vorstand der SPD. Berlin 1927; Von der Revolution zur Konterrevolution. Hrsg. v. KAPD. März 1927.

wurde. Das inzwischen aus der KPD ausgeschlossene Mitglied des Reichstags (MdR) Ernst Schwarz kritisierte das dort als „Einheitsfront von Thälmann bis Hindenburg".

Im Reichstag war die KPD bereits 1926 in die Bredouille geraten, als sie dem deutsch-russischen Vertrag zustimmte und ihr Abgeordneter Ernst Schneller das Vertragswerk ausdrücklich lobte. Als einzige votierten im Parlament die ultralinken Abgeordneten Korsch, Schwarz und Schlagewerth dagegen; Korsch wandte sich scharf gegen das „Bündnis".[220] Gerade in den Jahren 1926 und 1927 konnten die linken Kommunisten bis zur KAPD (und auch die Sozialdemokraten) die deutsch-russische Politik ausnutzen, um die Doppelzüngigkeit von KPD und Komintern anzuprangern.

Ein weiteres Beispiel der Moskauer Doppelstrategie, das die Komintern und erst recht die KPD in heikle Situationen brachte, lieferte deren geheimer Militärapparat. Auch nach 1923 blieb die Vorbereitung „der Revolution" weiterhin ihr Ziel, ein irgendwann geplanter Aufstand sollte vom illegalen Militärapparat initiiert werden. Dafür kamen ständig Anweisungen aus Moskau (vgl. Dok. 114, 118, 121, 188, 230, 250, 306 u. a.). Die KPD musste viel Energie und Mittel für ihre geheime Militärarbeit aufwenden. Neben dem bis 1929 legalen RFB war der illegale Apparat besonders aktiv. Maßgeblich waren die engsten Kontakte zur Komintern, zum sowjetischen Staat und zur Roten Armee, die entsprechende Hilfe leisteten.[221] Illegale Schriften zum bewaffneten Aufstand druckte und verbreitete die KPD.[222]

Obwohl diese „Kriegsspielerei" genau genommen wenig Effizienz hatte, führte sie zur weiteren Militarisierung der Partei und schürte die Angst vor einem kommunistischen Umsturz. Der geheime Militärapparat blieb in Bereitschaft, unregelmäßig erschien eine illegale Zeitschrift mit Beiträgen zum Aufstand und zum Bürgerkrieg. Ab Herbst 1923 kam „Vom Bürgerkrieg" heraus. Vom Militärapparat herausgegeben, wurden zeitweise KPD-Mitglieder einseitig zur technischen Umsturzvorbereitung „angeleitet". In den Einführungen des EKKI-Briefes an den IX. Parteitag 1924 hieß es beispielsweise: „Das Gebot der Stunde lautet für uns: An die Arbeit! Der Zweck der KPD läßt sich auf die ganze einfache Formel: Organisierung des bewaffneten Aufstandes plus Machtergreifung bringen".[223]

Von August 1926 bis 1931 erschien dann „Oktober" als Militärpolitische Zeitschrift, ab 1929 als Militärpolitisches Mitteilungsblatt. Dieses geheime KPD-Organ

---

220 Vgl. Weber, Wandlung, S. 338.

221 Beispielhaft dafür die illegale Broschüre, die unter dem Pseudonym A. Neuberg 1928 erschien: Der bewaffnete Aufstand. Vgl. dazu die Einleitung von Erich Wollenberg in A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand. Frankfurt/M. 1971.

222 Neuberg, Der bewaffnete Aufstand, sowie Alfred Langner (Pseud.): Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstands. O. O. 1931.

223 Vom Bürgerkrieg. Heft 10. O. O u. o. J. (1924). S. 3. Die frühere DDR-Geschichtsschreibung hat sich kaum mit den Zeitschriften „Vom Bürgerkrieg" und „Oktober" befasst, deren Aussagen aber kritisch betrachtet. Vgl. Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918–1945). Autorenkollektiv. Leitung Paul Heider. Berlin (Ost) 1987. S. 144ff. Danach war die Auflage höchstens 3.000. Es erschienen 27 Hefte (nach meiner Sammlung 24 Hefte), das letzte Mitte Juni 1925, 3. Jg, Heft 4/5.

druckte Artikel unter Pseudonymen oder anonym. Nur Ernst Schneller, vor Kippenberger für den Militärapparat verantwortlich, zeichnete öfter mit seinem Namen. In der ersten Nummer (Jg. 1, Nr. 1, August 1926) wurde sogar um Zuschriften an „den verantwortlichen Redakteur Ernst Schneller" am Sitz der KPD in Berlin gebeten. In Nr. 1 des 5. Jg. 1930 war der Leitartikel, der „Militärische Verteidigung der Sowjetunion" forderte, von Ernst Schneller unterschrieben.[224] Selbst die „Militärpolitik" der KPD war nun stärker an den Interessen der Sowjetunion ausgerichtet. Mit dem Abschluss der Stalinisierung der KPD nach der „Wittorf-Affäre" und dem XII. Parteitag 1929 galt die UdSSR Stalins nicht nur als unumstrittenes Vorbild, sondern war Befehlsgeber der KPD-Führung.

Stalinisierung

Die Stalinisierung, die Wandlung des Kommunismus, bedeutete für die KPD die Veränderung von einer Partei mit innerer Demokratie in eine straff disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Umgestaltung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Spitze mit Hilfe des Funktionärs-Apparates (insbesondere der hauptamtlichen, von der Führung abhängigen Funktionäre) die Mitgliederschaft. Vor allem: Die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. Damit änderten sich Charakter und Funktion der KPD. Die von Rosa Luxemburg begründete radikal-marxistische Partei entwickelte sich zur stalinistischen Apparatpartei, zur Hilfstruppe der UdSSR Stalins.

Augenfälligste und wichtigste Voraussetzung der Stalinisierung der KPD war ihre Abhängigkeit von der Komintern und damit von der KPdSU. Dadurch wurden „bolschewistische" Organisationsstrukturen geschaffen, was eine Abkehr von Prinzipien der Arbeiterbewegung brachte, da die Autonomie der unteren Organe durch den „demokratischen Zentralismus" aufgehoben und ein Apparat aus „Berufsrevolutionären" gebildet wurde.[225] Damit war im Weimarer Parteiensystem auch ein neuer Organisationstyp entstanden. Geht man von der Typologie Sigmund Neumanns aus, so war neben die demokratische Integrationspartei SPD nun mit der (umgeformten) KPD eine „absolutistische Integrationspartei" getreten.[226] Die Strukturen, die Ideologie und die Politik der Stalinschen KPdSU wurden auf die Komintern und auf die KPD übertragen.

224 Das Thema wurde in den folgenden Nummern fortgeführt. Einige Artikel aus „Vom Bürgerkrieg" und „Oktober" sind in Weber, Dokumente, abgedruckt, vgl. dort S. 79ff., 105f., 131f., 133f., 266f.
225 Vgl. Annie Kriegel, Die Dritte Internationale. In: Geschichte des Sozialismus. Hrsg. v. Jacques Droz. Bd. X. Frankfurt/M.-Berlin (West) 1977. S. 105.
226 Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege Berlin 1932, S. 110.

Die politische Linie der KPD während der Stalinisierung war widerspruchsvoll; sie steuerte 1924/1925 unter Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem und Ernst Thälmann einen ultralinken Kurs, betrieb 1926/1927 unter Thälmann und Ernst Meyer eine gemäßigte Realpolitik und schwenkte 1928 unter Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann erneut um auf ultralinke Positionen. Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, bei denen permanent ein Austausch der Kader erfolgte.

Zwar blieb die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre in der Partei relativ klein, doch eine beachtliche Anzahl ehrenamtlicher Kader arbeitete in Parteibetrieben oder hatte die Arbeitsstelle durch Parteibeziehungen erhalten. Sie waren dadurch in materielle Abhängigkeit von der KPD geraten. Die Reichskontrolle 1927 ergab,[227] dass 2.348 Personen direkt bei der KPD beschäftigt waren. Weitere 3.736 Kommunisten arbeiteten bei Konsumgenossenschaften oder Sowjetinstitutionen in Deutschland. Die meisten dieser über 5.000 KPD-Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten, d. h. etwa 20 % aller Funktionäre (also der etwa 20.000 bis 30.000 aktiven Kommunisten)[228] waren unmittelbar angewiesen auf das Wohlwollen der KPD-Führung und der Komintern.[229] Sie beherrschten das Parteileben und konnten mit deren Hilfe die Spitze dirigieren.

Auf die UdSSR waren die führenden deutschen Kommunisten immer fixiert und für ihre Kader wurde das Bekenntnis zu „Rußland" und die Ergebenheit zur jeweiligen Leitung der KPdSU schließlich ein Axiom. „Die Rote Fahne" unterstrich am 28. Januar 1927 unmissverständlich, die UdSSR „zu unterstützen", sei die „Hauptaufgabe der Komintern". Für Thälmann war 1929 klar, die KPD benötige eine „feste, militärische" Disziplin zur „Verteidigung der Sowjetunion".[230] Mit der Behauptung, die UdSSR sei von einem Krieg bedroht, wurden die Anhänger ständig mobilisiert und diszipliniert, zugleich „Abweichungen" kriminalisiert. Zur Herstellung „militärischer Disziplin" diente „ideologischer Terror", d. h. jede Kritik an der UdSSR, der KPdSU, vor allem an Stalin, galt als „Abweichung", als konterrevolutionär, klassenfeindlich, als Unterstützung der „imperialistischen Kriegstreiber".

227 Wienand Kaasch in Die Kommunistische Internationale (1928). Heft 19. S. 1052.

228 Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 280ff., hier: S. 288.

229 In Berlin war dieser Anteil höher. Nach offiziellen Angaben waren 1927 572 Mitglieder Angestellte der Partei und 438 bei Gewerkschaften, Genossenschaften usw. beschäftigt, also 1.010 Personen oder 7,2 % aller Mitglieder. Eine Oppositionszeitung schätzte sogar 1.300 Kommunisten, die in Parteibetrieben usw. arbeiten, also fast 10 % der Mitglieder oder etwa ein Drittel der Funktionäre. Die „Kommunistische Politik" hatte 1925 ähnliche Zahlen errechnet. In der Berliner BL waren 1926 nach offiziellen Angaben von 77 Mitgliedern 24 Parteiangestellte, 1928 von 104 Mitgliedern 47 Parteiangestellte und 1929 31 Parteiangestellte. (Bericht BL Berlin-Brandenburg 1927, Berlin, o. J. S. 106; Schacht und Hütte (2.12.1927). Nr. 7; StA Oldenburg, 86–132).

230 Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Juli 1929. Hamburg/Berlin o. J. (1929). S. 560.

Aus dem unkritischen Verhältnis zur Sowjetunion entwickelte sich die Unterordnung und Glorifizierung Stalins, die KPD wurde als stalinistische Organisation auf seine Person eingeschworen. Im Vorwort zu seiner Lobesbroschüre für Stalin verlangte Heinz Neumann 1930, „alle Kommunisten“ müssten „von Stalin lernen, fest zu sein wie Feuer, hart wie Stahl, kühn und siegessicher wie der Bolschewismus.“[231] Über die Komintern finanzierte die KPR und damit der Staat UdSSR die Sektionen. Auf den ersten Blick schien die Hilfe des Sowjetstaates nur die Unterstützung durch eine Bruderpartei, die größte Sektion der Komintern, zu sein.[232] Der riesige Umfang der Finanzierung der Sektionen geht allerdings erst jetzt aus hier abgedruckten Dokumenten hervor.

Parallel zum Wandel der inneren Struktur und der Funktion der KPD vollzog sich eine Veränderung des Personalbestandes, zum einen durch große Fluktuation der Mitglieder und Funktionäre, zum anderen durch Auswechselung der Parteiführungen.[233] Dieser Teil der Staliniserung betraf alle Sektionen und hatte mit den inneren Auseinandersetzungen der KPdSU zu tun. Bereits 1924/1925 hatte der Komintern-Vorsitzende Sinowjew (damals noch im Bündnis mit Stalin) die Anhänger Trotzkis aus den Spitzenpositionen der Komintern-Sektionen verdrängt, so auch in der KP Polens Warski und Walecki, in der KP der Tschechoslowakei Šmeral und Kreibich, in Frankreich Souvarine. Nach der Niederlage Sinowjews im Kampf mit Stalin begann die Entfernung der „linken“ Führungen in der Komintern. In den Jahren 1926 und 1927 wurde nicht nur die linke Opposition der KPD ausgeschlossen, sondern ebenso die Führungen der linken Opposition in Polen (Domski, Ossinskaja), in der Tschechoslowakei (Michalec, Pollack), in Belgien (Van Overstraeten), Holland (Sneevliet) und selbst in Japan. Die „sinowjewistische“ Parteiführung der KP Frankreichs (Treint, Girault) wurde abgesetzt und 1928 ausgeschlossen und in Italien (Bordiga) die Ultralinke entmachtet.[234]

Nachdem Stalin die „Rechten“ in der KPdSU ausgeschaltet hatte, wurden die rechten Kommunisten auch aus der Komintern entfernt. Im Juli 1929 hatte die X. Tagung des EKKI Bucharin und seine Anhängern aus dem EKKI eliminiert. Dem Ausschluss der deutschen Rechten folgte der um Hais und der Ausschluss der „Versöhnler“ um Neurath und Jílek in der KP der ČSR.[235] Die KP Schwedens spaltete sich und mit ihrem rechten Führer Kilbom verließ die große Mehrheit der Mitglieder die Kom-

231 J. W. Stalin. Vorwort v. Heinz Neumann. Hamburg/Berlin 1930. S. 8f.
232 Vgl. Weber, Wandlung, S. 298ff.; Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24. Hamburg o. J. (1924). S. 51; Dass. 1925/26. Hamburg 1926. S. 57.
233 Vgl. Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten.
234 Vgl. Tätigkeitsbericht des EKKI 1925–1926. Hamburg/Berlin 1926. S. 155; Kommunistische Politik (Ende Juni 1926). Nr. 7/8; Dass. (15.7.1926). Nr. 9/10; Inprekorr (24.1.1928). Nr. 8.
235 Vgl. Die Rote Fahne (5.10.1928); Vgl. auch lnprekorr (23.11.1928). Nr. 131; Die Rote Fahne (28.4.1929); Fahne des Kommunismus (21.6.1929).

intern.[236] In der KP der USA wurde der Generalsekretär Lovestone ausgeschlossen, in England der frühere Führer Murphy, in Italien die Spitzenfunktionäre um Serra (d. i. Angelo Tasca) usw.[237] Solch schematisches Vorgehen zunächst gegen „linke" und dann „rechte" Abweichungen lag weniger in der politischen Realität der einzelnen Länder begründet, vielmehr war es primär eine Übertragung des sowjetischen Fraktionskampfes auf die Komintern und ihre Sektionen. Die KPD als die (neben der sowjetischen) stärkste Sektion der Komintern war von der rigorosen Umwandlung der „Weltpartei" besonders hart betroffen, dies war Teil der Stalinisierung (vgl. z. B. Dok. 202, 213, 214, 222, 224, 228, 230 usw.). Bei der Berücksichtigung anderer Bedingungen dieser Stalinisierung, der Situation in Deutschland selbst, der strukturellen Probleme in der Partei oder der Apparatherrschaft als Zeiterscheinung, blieb die weitreichende Abhängigkeit von der KPdSU und zunehmend vom Diktator Stalin das ausschlaggebende Kriterium der Stalinisierung des deutschen Kommunismus.[238]

1929–1933: Erfolge der KPD, doch Sieg der NSDAP

Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland ab 1929 mit am härtesten. Aus Elend und Verzweiflung entstand politische Radikalisierung, insbesondere bei den sechs Millionen Arbeitslosen (1932), aber auch Mittelschichten stürzten in die Armut. Politisch profitierten davon am meisten die Rechtsradikalen. Die NSDAP, deren 12 Abgeordnete im Reichstag von 1928 noch vergessenswert schienen, stieg bis Juli 1932 zur weitaus stärksten deutschen Wählerpartei auf (14 Millionen Stimmen, d.h. 37 % und 230 Abgeordnete). Doch auch die Zahl der kommunistischen Wähler verdoppelte sich von 1928 bis November 1932 von 3,2 auf fast sechs Millionen.

236 Die KP Schwedens hatte sich 1924 schon einmal gespalten, als die Mehrheit dem Parteigründer Zeth Höglund folgte und sich von der Komintern trennte. Höglund hatte erklärt, die skandinavische Arbeiterbewegung sei zu hoch entwickelt, daher lasse sie sich „mit den primitiven Methoden, wie sie die Internationale anzuwenden beliebt, nicht regieren". (Rote Fahne v. 20.9.1924) Auch Karl Kilbom, Höglunds Nachfolger in der Parteiführung, trennte sich im Herbst 1929 mit der Mehrheit der schwedischen KP von der Komintern. Von 15.000 Mitgliedern blieben weniger als 6.000 bei der Stalin-Richtung. Noch bei den Wahlen 1932 erhielt die Kilbom-Richtung 130.000 Stimmen gegen nur 73.000 der Moskau-Anhänger. (Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Moskau/Leningrad 1935. S. 310ff.; Arbeiter-Tribüne (24.9.1932, Stuttgart [Organ der KPO]).

237 Vgl. Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 5. bis zum 6. Weltkongreß. Hamburg 1928. S. 164, 200, 207, 241, 314. Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau/Leningrad 1935. S. 188, 203, 280f., 499, 626.

238 Vgl. Weber, Stalinisierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007), S. 221ff. Zur Diskussion über den Stalinismus vgl. Alter Litvin, John Keep: Stalinism. London 2005; Sowie La-Porte [u. a.], Bolshevism.

Der Zulauf zur KPD widerspiegelte die dramatische Situation in Deutschland und vor allem die Hoffnung der erwerbslosen Arbeiter in den radikalen „sowjetischen“ Weg aus der Depression. Die Zahl derjenigen, die in der Sowjetunion ihr „Vaterland“ sahen, wuchs in der Krise. Die Etablierung des Stalinismus führte ohnehin im deutschen Parteiensystem zu Auseinandersetzungen.[239]

Der Personenkult um Stalin zu seinem 50. Geburtstag im Dezember 1929 signalisierte die Macht des Diktators, der seine Herrschaft nicht nur in der Sowjetunion ausbaute, sondern ebenso in der Komintern (wie z. B. der XII. KPD-Parteitag im Juni 1929 bewies). Mit dem XVI. Parteitag der KPdSU im Juni/Juli 1930 fand die politische Konsolidierung ihren Abschluss. Bereits 1930 kommentierte der deutsche Osteuropa-Forscher Otto Hoetzsch, der den Begriff Stalinismus (nach Trotzki) auch in Deutschland eingeführt hatte, Stalin habe sich die „Generallinie des Stalinismus bestätigen lassen.“ Noch mehr als bisher sei er „Diktator geworden“. Hoetzsch notierte aber auch zu Stalins „zehnstündiger Rede“ auf dem Parteitag: „Das Wort Komintern oder Weltrevolution kam in ihr nicht vor.“[240] Zu dieser Zeit hatte Stalin das nicht mehr nötig, da er über die Führungskader wie über die Politik der Komintern bestimmte.

Die Komintern und speziell die KPD erfuhren durch die Krise einen Aufschwung, doch die KPD-Führung, völlig auf Stalin eingeschworen, war Instrument der UdSSR.[241] Vor allem hieß dies, dass die Parteizentrale in Berlin in der Phase 1929 bis 1933 der ultralinken Moskauer Strategie nacheiferte.[242] Die Umsetzung der Politik, mittels Anweisungen des ZK an die KPD-Parteibezirke, ist inzwischen genau belegt, darauf kann hier verwiesen werden (vgl. auch die im vorliegenden Band neu abgedruckten Dokumente).[243]

239 Inzwischen hat die Geschichtswissenschaft diese Phase der UdSSR breit dokumentiert. Vgl. die Bibliographie in Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917–1991. München 2001. S. 115ff., 163ff.

240 Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens (1929/30). 5. Jg. S. 770ff. Die KPD hingegen zog aus dem XVI. Parteitag den Schluss: „Die KPdSU hält die Fahne Lenins hoch, die Fahne der proletarischen Weltrevolution (Die Internationale (August 1930). Heft 15/16. S. 463.). Vgl. zur breiten Literatur von Stalins Rolle in der Komintern u. a. F. I. Firsow: Stalin und die Komintern. In: Die Komintern und Stalin. Berlin 1990; Sowie die Forschungsergebnisse zur Entwicklung der 3. Internationale.

241 Vgl. das bereits 1970 erschienene Standardwerk von Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschland-Politik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Berlin (West) 1970.

242 Vgl. z. B. Siegfried Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935. Frankfurt/M. 1976; Vgl. nach Öffnung der Archive diese Politik im wichtigen Bezirk Sachsen bei Norman LaPorte: The German Communist Party in Saxony, 1924–1933. Oxford/Bern 2003. S. 237ff. bzw. Helmut Schwindt: Die Kommunistische Bewegung im Stadt- und Landkreis Kreuznach (1918/20 bis 1933). Bad Kreuznach 2004.

243 Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet v. Hermann Weber, bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 3. Reihe. Bd. 1). Düsseldorf 1981.

Strategie und Taktik

Im Folgenden sollen die Beziehungen, die Vorgaben der Komintern an die KPD-Führung und die Schwierigkeiten bei der Realisierung des ultralinken Stalin-Kurses im Mittelpunkt stehen. Die von Stalin bestimmte längerfristige Strategie der Komintern und damit die Generallinie blieb konstant. Allerdings gab es im Rahmen der Generallinie kurzfristige taktische Wendungen. Die Partei verfolgte durchgängig „unter dem Schlagwort ‚Klasse' gegen ‚Klasse' eine ‚ultralinke' Isolierungspolitik",[244] d. h. die radikale Bekämpfung des bestehenden Staates und der Gesellschaft, aller übrigen Parteien, der Gewerkschaften usw. Im Gegensatz zur Realpolitik 1926/1927 betrieb die KPD nunmehr Obstruktion, bekämpfte alle politischen Kräfte als „faschistische" Feinde.

Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption gab es jedoch Nuancen und Schwankungen. So griff die KPD z. B. zeitweise nicht nur die SPD als Partei, sondern auch deren Funktionäre und Mitglieder an. Dann wiederum versuchte sie bei gleichzeitiger Anfeindung der Sozialdemokratischen Partei, deren untere Funktionäre und Mitglieder für die „Einheitsfront von unten" zu gewinnen. Der Kampf gegen die Gewerkschaften wurde einmal mit dem Appell zum „Austritt" aus dem Verband der „sozialfaschistischen Verräter" gekoppelt,[245] dann rief die Führung wieder zu Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaft auf.

Generell kam die Komintern zu folgender Lagebeurteilung: Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine neue, die „dritte Periode" eingetreten, nach der revolutionären Krise bis 1923 und der relativen Stabilisierung ab 1924. Diese „dritte Periode" war gekennzeichnet durch wirtschaftliche und politische Erschütterungen der kapitalistischen Länder Europas[246] und der Kolonien sowie eine wachsende Kriegsgefahr, vor allem der Gefahr eines Überfalls kapitalistischer Länder auf die UdSSR. Ausgehend von dieser „objektiven" Lage erwartete die Komintern eine Radikalisierung der Arbeiterschaft und damit eine revolutionäre Situation. Strategisches Hauptziel war daher die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für die Kommunisten. Das bedeutete Kampf gegen die „faschisierte" Sozialdemokratie („Sozialfaschismus"), da diese die Arbeiter davon abhielt, zum Kommunismus überzugehen. Insbesondere die linken Sozialisten galten als Hauptfeind. Ein prinzipieller Unterschied zwischen SPD und NSDAP wurde ebenso geleugnet („Zwillingsbrüder")[247] wie ein genereller Gegensatz zwischen Wei-

244 Bahne, Die KPD, S. 12.

245 Vgl. Rote Wacht. Organ der kommunistischen Seeleute und Hafenarbeiter (1931). 2. Jg. Nr. 8.

246 Mit Recht weist Bahne darauf hin, dass diese Politik „in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der erst später einsetzenden Wirtschaftskrise" stand. Bahne, Die KPD, S. 12.

247 Die KPD berief sich dabei auf Stalins These von 1924, Faschismus und Sozialdemokratie seien „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder" (Stalin: Werke. Bd. 6. Berlin (Ost) 1952. S. 252f.). Stalin hatte die These von Sinowjew übernommen. Zur Entwicklung des Begriffs „Sozialfaschismus" vgl. Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History (1965). 10. Jg. Part 2. S. 211ff.

marer Republik und Faschismus. Für die Komintern und die KPD ergaben sich ab 1929 und noch bis Mitte 1934 folgende Konstanten für die Politik, die kaum modifiziert werden konnten:[248]

Die KPD hatte ihre ganze Kraft einzusetzen, um ihr Vorbild Sowjetunion vor einem angeblich drohenden Überfall der „kapitalistischen Staaten“ zu schützen.

1. Da die KPD in Deutschland das „Heranreifen“ der Revolution unmittelbar erwartete, rückte der Kampf gegen den Staat in den Mittelpunkt, wobei die Partei grundsätzliche Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus bestritt: beides waren gleichermaßen Staatsformen einer „Diktatur der Bourgeoisie“.
2. Entsprechend hieß es für die KPD, alle übrigen Parteien als „faschistisch“ zu bekämpfen. Die NSDAP („Nationalfaschismus“) war aus dieser Sicht eine „feindliche“ Partei unter anderen, und da auch sie lediglich als „Agentur“ des Kapitals galt, sprachen die Kommunisten ihr jede Eigenständigkeit ab.
3. Die KPD bekämpfte die Sozialdemokratie („Sozialfaschismus“) als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse. Jedes Zusammengehen mit der SPD („Einheitsfront von oben“) lehnten die Kommunisten strikt ab, sie wollten aber mit der sog. „Einheitsfront von unten“ die SPD zersetzen und deren Anhänger für die KPD gewinnen.
4. Auch die freien Gewerkschaften wurden von der KPD als „faschistisch“ und mit dem bürgerlichen Staat verfilzt diffamiert. Mit der Gründung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO, ging die KPD sogar bis zur Gewerkschaftsspaltung.
5. Die im Parteienspektrum der Weimarer Republik auf der äußersten Linken angesiedelte KPD isolierte sich mit dieser ultralinken Politik ab 1929 völlig von den demokratischen Organisationen und war daher auch nicht fähig, mit anderen gegen den Hitler-Faschismus zu kooperieren. Und dies, obwohl die KPD – trotz genereller Unterschätzung der NSDAP – hin und wieder deutlicher als manche andere politische Strömung die große Gefahr sah, die mit der Hitler-Bewegung heraufzog.

An der Strategie der KPD änderte sich bis 1934 nichts. Denn die radikale Stimmung der verelendeten Arbeitslosen, die zunehmend die Anhängerschaft der KPD bildeten, wirkte auf die Partei zurück und verhärtete ihre ablehnende Haltung gegenüber der Republik und der Sozialdemokratie. Ebenso wirkte sich aus, dass die Staatsorgane, insbesondere die Polizei, die Linksradikalen schärfer verfolgten als die Rechtsextremen. Die kommunistische Presse wurde häufig verboten, z. B. das Zentralorgan „Die

248 Vgl. Hermann Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik 1929–1933. Düsseldorf 1982. S. 18ff.

Rote Fahne“ im Jahr 1932 an 124 von 307 Erscheinungstagen.[249] Bei Zusammenstößen mit der Polizei sollen in den letzten drei Jahren der Republik 170 Kommunisten ums Leben gekommen sein.[250] Daher ist es kaum erstaunlich, dass die Gleichsetzung von Weimarer Republik und Faschismus bei KPD-Mitgliedern Glauben fand. Doch das waren nicht die eigentlichen Gründe für die verheerende Generallinie. Diese hatte das EKKI angeordnet, doch wurden durch die deutsche Situation Anhänger dafür gewonnen. Taktische Wendungen dieser stalinistischen Strategie sind andernorts genau belegt.[251]

Sämtliche Sozialdemokraten „Hauptfeinde“

Nach ihrem XII. Parteitag verschärfte die KPD bis zum Frühjahr 1930 die Angriffe gegen die SPD. In Übereinstimmung mit Moskau wurde der Terminus „Sozialfaschismus“ exzessiv ausgelegt, auch die unteren Funktionäre der SPD diffamiert. Die Komintern (X. Plenum des EKKI im Juli 1929) nannte damals den „Sozialfaschismus“ eine „besondere Form des Faschismus“. Die „tausende sozialdemokratischer Beamten“ (auch „in Krankenkassen, Gemeindeverwaltungen“), das sei „der faschistische Staatsapparat“.[252] Schließlich warnten Kominternführer davor, einen „Unterschied zwischen dem Sozialfaschismus und dem Faschismus“ zu suchen, da dies nur „zu opportunistischen Schlußfolgerungen“ führen könne.[253]

Trotz aller Verworrenheit der Faschismus-Definitionen der KPD war der Kampfbegriff in dieser Phase eher gegen die SPD als gegen die NSDAP gerichtet. Die Folge war das Abgehen von der „Einheitsfront von unten“. Ende 1929 und Anfang 1930 richteten sich die Aktionen der KPD gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder. So lautete eine Schlagzeile der „Roten Fahne“ am Sonntag, 9. Februar 1930: „Kommunist sein, heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein.“[254] Am 22. Februar wurde erläutert: „Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden ist. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß [aus Betrieb und Gewerkschaft] fliegen – auch wenn er noch so radikal tut.“[255] Selbstkritisch tadelte Thälmann etwas später ein Zitat der KPD-Presse von Anfang

249 Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin (West) 1973. S. 328.
250 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. S. 370.
251 Vgl. Die Generallinie, S. XVIff.
252 Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees, S. 586, 891.
253 Lozovskij in A. Losowsky, Paul Merker: Lehren und Aussichten der Wirtschaftskämpfe. Berlin 1930. S. 60.
254 Die Rote Fahne (9.2.1930). Nr. 34. Die Unterzeile dieser „Erklärung des ZK“ [!] hieß: „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen im Betrieb.“
255 Die Rote Fahne (22.2.930). Nr. 45.

1930: „Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus (...) nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor den Revolutionstribunalen der deutschen Räterepublik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat (...) ganz genau so wie für seine großen Brüder Severing, Zörgiebel usw."[256] In KPD-Zeitungen wurden die „sozialfaschistischen Betriebsräte" als „ebensolche Bluthunde wie Noske, Severing und Zörgiebel" bezeichnet.[257]

In der Praxis führte diese Politik zur Isolierung der KPD und damit zum Misserfolg ihrer strategischen Linie. Es gelang der Partei trotz der verschärften Wirtschaftskrise (Januar 1930: 3,2 Mill. Arbeitslose) nicht, ihren Einfluss zu vergrößern. Die Mitgliedschaft stagnierte; so zählte die KPD Ende 1928 130.000 Mitglieder, Ende 1929 135.000, in den folgenden Monaten ging die Zahl auf 120.000 (April 1930) zurück. Auch bei den Landtagswahlen in Baden und den Kommunalwahlen in Preußen, Hessen usw. Ende 1929 konnte die KPD kaum Stimmen hinzugewinnen, gegenüber den Reichstagswahlen von 1928 musste sie überall Einbußen hinnehmen. Von ihrer Zielsetzung, die „Mehrheit der Arbeiterklasse" zu erobern, war die KPD im Frühjahr 1930 weiter entfernt als zuvor.[258]

Diese Misserfolge sowie eine Reihe weiterer Faktoren im Februar und März 1930 veranlassten eine taktische Wende. Bereits die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI (18.–28.2.1930) gab das Signal zu einer Schwenkung und verwies auf die „Einheitsfront von unten", die nur möglich sein würde, wenn die Beschimpfung und frontale Bekämpfung der Mitglieder und unteren Funktionäre der SPD aufgegeben werde. Daraufhin begann das am 20. und 21. März 1930 tagende ZK der KPD diese Berichtigung der bisherigen Linie ideologisch vorzubereiten. Denn nach dem Sturz der Regierung Hermann Müller (27. März) und der Ausschaltung der Sozialdemokraten von der Staatsmacht durch die Bildung der Regierung Brüning (30. März) änderte sich die Situation in Deutschland erheblich.

Eine neue Taktik, in der Resolution des Polbüros vom 5. April 1930 ausführlich dargelegt, betraf in erster Linie das Verhältnis zu den Sozialdemokraten und damit die „Einheitsfront von unten". Die Sozialdemokratie wurde in der mit allen Stimmen (gegen die Paul Merkers) angenommenen Resolution nun als „Lakai" der „bürgerlichen Staatsgewalt" und nicht mehr als deren „Herrscher" bezeichnet.[259] In den Bezie-

256 Zit. in Ernst Thälmann: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (Rede vor dem ZK am 20.3.1930). Berlin 1930. S. 30. Thälmann erklärte dazu, „so einfach ist die Frage für uns doch nicht, wie sich das mancher Genosse in seinem Hirn ausmalt."

257 Thälmann, Die Eroberung, zitiert und kritisiert, S. 31f.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 188ff.

258 Das Polbüro stellte sich, wie Thälmann berichtet, die Frage, warum die KPD 1929 „trotz objektiv günstiger Situation" und „richtiger Politik" nicht die Erfolge von 1928 hatte. Kommunistische Internationale (12.3.1930). Heft 9/10. S. 536.

259 Inprekorr (11.4.1930). Nr. 33. S. 763.

hungen zur sozialdemokratischen Basis wurden „linke" Abweichungen konstatiert und eine Wende in dieser Frage verlangt.

Absetzung Paul Merkers

Paul Merker stimmte nicht nur gegen diese Resolution, sondern schrieb auch einen Brief an das EKKI. Darin beschuldigte er die KPD-Führung, sie verhülle „die sozialfaschistische Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie" und schaffe Voraussetzungen für eine „Einheitsfronttaktik zwischen dem ZK der Partei und dem Parteivorstand der SPD".[260] Noch am gleichen Tag wurde er durch das Polbüro abgesetzt und seine Beschuldigung als „parteifeindliche Verleumdung" charakterisiert. Im theoretischen Organ der KPD, „Die Internationale", hatte Merker noch behauptet, das Finanzkapital und die „sozialfaschistische Bewegung" seien die „Grundpfeiler der faschistischen Diktatur in Deutschland".[261] In der gleichen Zeitschrift hatte Hermann Remmele, in mehreren Fortsetzungen, die neue Taktik verteidigt und anfangs anonyme „Genossen" angegriffen, die „überhaupt nichts mehr sehen als Sozialfaschismus", später jedoch Merker direkt attackiert.[262] Über die Differenzen waren die Parteimitglieder wie die Öffentlichkeit dadurch also informiert.

Nachdem kominternkritische Linke, Ultralinke und rechte Opposition bereits bis 1929 aus der Partei entfernt waren, ist der „Fall Merker" im Frühjahr 1930 eine Besonderheit und zeigt, dass es in der stalinistischen Partei immer noch „Abweichungen" gab. Diese hatten allerdings keinerlei Chancen; auch Merkers Versuch, eine Fraktion zu bilden, schlug fehl. Lediglich im Berliner Unterbezirk Zentrum und für kurze Zeit im Bezirk Ostpreußen fand er Unterstützung. Rasch verloren er und seine engsten Freunde ihre Funktionen.

Die Haltung der KPD-Führung gegen Merker billigte das EKKI – wenn auch nur bedingt – in einem geschlossenen Brief an das ZK (vgl. Dok. 242, auch 240). Remmeles Artikel sei „im allgemeinen richtig", habe aber den Bogen gegen „Linksabweichungen" überspannt. Vor allem wurde kritisiert, dass die KPD-Zentrale sich nicht rechtzeitig „mit der Komintern besprochen" habe. Ein Ereignis wie die „Merker-Sache" hätte vielmehr „im Voraus mit der Komintern" abgestimmt werden müssen (Dok. 242, zur Gusev-Rede).

Damit wird erst jetzt aus den Akten klar, dass die KPD-Führung in dieser „Sache" eigenständig handelte, was in Zukunft nicht mehr vorkommen durfte. Selbstverständlich wollte sich Stalin (speziell durch seine engsten Mitarbeiter Manuil'skij, Pjatnickij,

260 Die Rote Fahne (6.4.1930).
261 Die Internationale (1.2.1930). Jg. 13. S. 66.
262 Die Internationale (März 1930), Heft 5/6; Fortsetzungen in Heft 7 (1. April) u. Heft 8/9 (Mai 1930).

Knorin und Gusev und über die „russische Delegation“ in der Komintern)[263] gerade die Personalentscheidungen in den Leitungsgremien allein vorbehalten.

Gruppe der 60 – letzte organisierte Opposition

Kaum Differenzen existierten zwischen KPD- und EKKI-Führung gegenüber einer fast gleichzeitig auftretenden kleineren Abweichlergruppe innerhalb der Berliner KPD. 60 Parteifunktionäre, die vorher keiner Oppositionsgruppe angehört hatten (darunter Erich Raddatz, Mitglied des preußischen Landtags (MdL), und mehrere Stadtverordnete), protestierten am 28. Februar 1930 in einem „Offenen Brief“ gegen die Linie des ZK und die These des „Sozialfaschismus“. Sie wurden sofort aus der KPD ausgeschlossen, gaben dann aber sogar ein eigenes Mitteilungsblatt heraus.[264]

Diese Gruppe konnte sich zwischen KPD und SPD nicht lange halten. Am 26. Februar 1931 meldete das Zentralorgan der SPD, „Vorwärts“: „30 ehemalige Kommunisten treten der sozialdemokratischen Partei bei.“ Raddatz wandte sich mit seinen Mitstreitern nun insbesondere gegen die Gewerkschaftsspaltung durch die KPD. Sie erklärten: „Die KPD, die jede Mitbestimmung ihrer Mitglieder bei der Festsetzung der politischen Marschroute bewußt ausschaltet (…), die die geringste Abweichung von der gerade gültigen Parteilinie mit dem Ausschluß aus der Partei ahndet, könne die notwendige Geschlossenheit der Arbeiterbewegung nicht bringen.“ Damit umrissen sie ein Kernproblem der stalinistischen Partei. Die Gruppe der 60 war die letzte organisierte Opposition in der KPD. Danach blieb es bei Querelen innerhalb der Führung, die stets durch Personalentscheidungen Stalins erledigt wurden.

Neuerdings werden solche kritischen Einschätzungen über die KPD verzerrt interpretiert. Angeblich „galten [in Forschung und Öffentlichkeit] die deutschen Kommunisten“ bisher nur als „gehorsame Befehlsempfänger Moskaus“.[265] Doch „die“ deutschen Kommunisten, also Funktionäre und Mitglieder, sind in der straff organisierten KPD stets von ihrer Berliner Zentrale geführt worden. Dass dies nicht reibungslos vor sich ging, ist eine Binsenwahrheit und wurde von der Forschung öfter konstatiert. Die ständigen Fluktuationen in der Mitgliederschaft und im Funktionärskorps ermöglichten dem ZK, die Organisation zentralistisch anzuleiten. Von der Gesamtpartei ist die Politik so diszipliniert vertreten worden, wie sie die KPD als Sektion der Komintern jeweils zu befolgen hatte.

---

263 Vgl. zu dieser Gruppe der KP Russlands Alexander Watlin: Die russische Delegation in der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1993). S. 82ff. sowie Ders., Die Komintern, S. 132ff.
264 Mitteilungsblatt Gruppe Unabhängiger Kommunisten Deutschlands (60 Ausgeschlossene) (Juni 1930). Nr. 3; Vgl. auch Vorwärts (28.2.1930) u. Gegen den Strom (KPO) (September 1930).
265 Vgl. z. B. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München 2007 („Klappentext“).

Das kleine Einmaleins kommunistischer Parteistruktur bleibt die Realität ihres hierarchischen Zentralismus, d. h. die Anleitung durch die höheren Instanzen von oben nach unten. So wie das ZK den Bezirken Anweisungen gab,[266] so bestimmte das EKKI und damit die KPdSU Stalins über die Politik der KPD-Führung, also über deren Polbüro und Sekretariat sowie ZK und dessen Apparat. Daher waren nicht etwa „die" deutschen Kommunisten, sondern deren Spitzenführer die „Befehlsempfänger" Moskaus."[267]

„Nationales" Programm

Im Frühjahr 1930 konnte sich die KPD etwas stabilisieren, doch bereits im Sommer vollzog sie eine neue taktische Wende. Diese ging insbesondere von einer Initiative Stalins aus und sollte der von Sieg zu Sieg eilenden NSDAP das Wasser abgraben. Ungeachtet Thälmanns „Skrupel, auf der nationalistischen Klaviatur zu spielen",[268] beschloss die Berliner Führung rasch eine von Stalin „angeregte", also angeordnete, „Programmerklärung" gegen die NSDAP.

In der „Roten Fahne" veröffentlichte das ZK der KPD am 24. August 1930 seine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes".[269] Damit hatte Stalin seine Absicht, den Nationalismus als ein Instrument der deutschen Sektion KPD zu nutzen, erreicht (vgl. auch Dok. 244, 245). In der Erklärung wollte die KPD die Politik der NSDAP zwar entlarven, verfiel aber in deren nationalistischen Jargon. Da die NSDAP mit ihrer nationalen Demagogie Zulauf hatte, kopierte die KPD deren Methoden. Die Kommunisten nahmen in der „Programmerklärung" für sich in Anspruch, nur sie allein kämpften „wirksam sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden" und nur sie seien gegen „jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden". Gleichzeitig griff die KPD im Stile der Nazis die „korrupte Sozialdemokratie" an und warf dieser „fortgesetzten Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands" vor.[270]

Obwohl es die KPD zu ihrer Aufgabe erklärte, den Nationalsozialisten die „Maske" der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung „vom Gesicht zu reißen", gelangte die Partei zu keiner klaren Konzeption. Sie beurteilte nicht nur die NSDAP falsch – so hielt sie die Strasser-Gruppe für die „gefährlichste Gruppe"[271] –

266 Vgl. Die Generallinie; Weber, Wandlung.
267 Dies geht übrigens auch aus zahlreichen Einzelheiten der durch Archivalien gut belegten Arbeit Hoppes, In Stalins Gefolgschaft, hervor.
268 Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 187; Dort werden die Entstehung der „Programmerklärung" und Stalins Anweisungen beschrieben.
269 Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 58ff.
270 Die Rote Fahne (24.8.1930); Weber, Dokumente, S. 58f.
271 Kommunistische Internationale (13.8.1930). Heft 29/30. S. 1595.

‚sondern geriet mit ihren eigenen nationalistischen Parolen[272] rasch wieder in Frontstellung zur SPD. Diese blieb für die KPD-Führung nach wie vor der Hauptfeind.

Die Faschismus-Definitionen der KPD wurden auch nach der „Programmerklärung" keineswegs schlüssiger. Ihre verwirrenden Faschismus-Thesen wurden ergänzt durch eine Verkennung der realen Situation, wie die Einschätzung der Reichstagswahlen von 1930 verdeutlicht. Den Wahlsieg Hitlers am 14. September 1930 bewertete die KPD bereits als „Keim kommender Zersetzung", was nachher komme, könne „nur Niedergang und Abstieg sein".[273] Gegenüber den eigenen Funktionären erklärte die KPD-Spitze aber den Wahlsieg der NSDAP als „zweitrangig" und warnte vor „Panikmacherei".[274]

Im Wahlergebnis sahen KPD und Komintern sogar „den Kommunismus im Vormarsch"[275] (vgl. Dok. 246, auch 249). Für Thälmann waren Hitlers Erfolge „nur eine Art Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers".[276] Der Vulgärmarxismus der KPD, ihre schematischen Ansichten von Politik und Klassenkräften, geht aus ihren Thesen hervor, nach der „die" Bourgeoisie „umgruppierte" und es „geschickt verstand", jene NSDAP in den „Vordergrund zu schieben", die radikale Phrasen von sich gab.[277] Dieser Einschätzung der Hitler-Partei als bloße Agentur des Kapitals folgte der Versuch, auch gegenüber den Nazis eine Zersetzungspolitik zu betreiben, um ihnen Anhänger abspenstig zu machen – das wurde allerdings nicht „Einheitsfront von unten" genannt.

Der Faschismus ist da

„Wir haben eine faschistische Republik" verkündete das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne", am 2. Dezember 1930. Das geschah also nicht etwa Ende Januar 1933, sondern bereits zwei Jahre zuvor. Gemeint waren die Notverordnungen der Regierung Brüning am 1. Dezember 1930, die diese blamable Fehleinschätzung am 2. Dezember auslösten. Die KPD konstatierte den „größten Wendepunkt seit 1918" und verkündete: „Der Hauptfeind ist jetzt die faschistische Diktatur",[278] gegen die eine „Volksrevolution" stattfinden sollte. Entsprechend erklärten Parteiführer, die Brüning-Regierung

272 Die kommunistische Opposition verwarf diese Taktik besonders scharf. Vgl. dazu insbes. die Arbeiten Trotzkis, wiederabgedruckt in Leo Trotzki: Schriften über Deutschland. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Bd. 1. Frankfurt/M. 1971.
273 Die Rote Fahne (16.9.1930). Nr. 216.
274 Anweisungen an die Bezirksleitungen, Generallinie, Dok. 27, S. 203ff.
275 Inprekorr (16.9.1930). Nr. 78. S. 1929.
276 Kommunistische Internationale (24.9.1930). Heft 36. S. 1945.
277 Der Parteiarbeiter (Oktober 1930). 8. Jg. Nr. 10. S. 289.
278 Die Rote Fahne (2.12.1930).

sei seit dem 1. Dezember „zur 1. Regierung der faschistischen Diktatur geworden".[279] In einem Rundtelefonat des ZK-Sekretariats an die Bezirke am 3. Dezember wurden Losungen wie „Nieder mit der faschistischen Diktatur" ausgegeben.[280] Diese völlige Verkennung der deutschen Situation durch die KPD-Führer veranlasste die Komintern, die von dieser angeblichen „Strategischen Wende" überrascht wurde, zur Kritik (vgl. Dok. 253, 261, 262). Die KPD-Spitze hatte ausnahmsweise selbstständig eine Politikwendung vollzogen. Ab Mitte Dezember wurde dann – offensichtlich nach der Missbilligung des EKKI – etwas vorsichtiger formuliert, die Brüning-Regierung nun als (wenn auch noch keineswegs vollkommene) „Regierung der faschistischen Diktatur in Deutschland" bezeichnet.[281]

Doch noch in seiner Dezemberausgabe schrieb das KPD-Organ „Die Internationale", die „Errichtung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung" stelle „einen Wendepunkt in der gesamten bisherigen Entwicklung" dar.[282] In einer Agitationsbroschüre schwafelte die Partei sogar: „Brüning hat eine absolute Diktatur eingerichtet, wie sie die Nationalsozialisten nicht absoluter schaffen können."[283]

Die KPD-Führung musste ihre These von der „faschistischen Diktatur" Brünings rasch wieder relativieren: Die Losung der „Volksrevolution" sollte nicht als konkrete Aufstandsvorbereitung verstanden werden, sondern lediglich als Synonym der bisherigen Zielsetzung „proletarische Revolution".[284] Anfang Dezember 1930 hatte nämlich das EKKI gegen die Lagebeurteilung interveniert und erklärt, die „Einschätzung, die faschistische Diktatur bestehe bereits, ist politisch falsch".[285] Die Notverordnungen seien nur ein Schritt „zur Errichtung der faschistischen Diktatur". Neumann und Thälmann fuhren nach Moskau, wo vor allem Neumann die KPD-Position zu halten versuchte.[286] Schließlich beugte sich die Berliner Spitze wie üblich den EKKI-Vorgaben.

---

279 Inprekorr (12.12.1930); Vgl. auch Volksrevolution gegen Faschismus. Rede des Genossen Walter Ulbricht vor Funktionären der KPD. Hrsg. v. ZK der KPD (1931). Dort nannte er NSDAP und SPD „Hauptfraktionen des Faschismus" und die SPD „Instrument der faschistischen Diktatur" (S. 16, 22).

280 Generallinie, Dok. 33, S. 262f.

281 Generallinie, Dok. 34, S. 265.

282 Die Internationale (Dezember 1930). Heft 23/24. S. 705.

283 Hungerdiktatur in Brüning-Deutschland. Zur IV. Notverordnung. Hrsg. v. ZK der KPD. O. O. u. o. J. (Berlin 1931). S. 14.

284 Dies bestätigte Manuil'skij auf dem XI. EKKI-Plenum; Vgl. D. S. Manuilski: Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. Hamburg 1931. S. 128; Auch „Der Propagandist" (Jg. 2. Heft 2. S. 15) schrieb im Februar 1931: „Proletarische Revolution ist kein Widerspruch und kein Gegensatz zur Volksrevolution, sie ist ihr Synonym."

285 Dies bestätigte Pjatnickij auf dem XII. EKKI-Plenum; Vgl. O. Pjatnizki: Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. Moskau 1932. S. 18.

286 Pjatnizki, Die Arbeit, S. 18; Vgl. auch die Version der SED, nach der Thälmann die These der „faschistischen Diktatur" für falsch gehalten habe, aber krank gewesen sei. Autorenkollektiv unter

Die Komintern verwarf das Votum der KPD, das ja eine Vorbereitung des Aufstandes beinhaltet hätte, sowohl aus Gründen der sowjetischen Außenpolitik (der solche Abenteuer schaden mussten) wie auch aus einer realistischeren Beurteilung der Situation in Deutschland.[287]

Die ZK-Tagung vom 15. bis 17. Januar 1931 schwächte ihre grobe Fehleinschätzung ab und erklärte die Regierung Brüning „zur Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur".[288] Thälmann sagte dort: „Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur.[289] Um deren „Ausreifen" zu verhindern, wurde die „Volksrevolution" zur „strategischen Hauptlosung" erhoben, aber vorsichtig empfohlen, „nicht mechanisch" die Parole „Sturz der faschistischen Regierung" zu übernehmen.[290] Die Wortklaubereien gingen weiter. Immerhin schrieb Thälmann noch am 29. November 1931 in der „Roten Fahne": „Wir sagen den Arbeitern: der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen."

Befehlsgewalt des EKKI

Das XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 verlangte eine Verschärfung der Politik gegenüber der SPD. Zur bekanntesten Aktion wurde der öfter beschriebene Volksentscheid von Stahlhelm, NSDAP und KPD gegen die SPD-Regierung in Preußen im August 1931. Hier hatten die Moskauer Führung und Stalin selbst wieder unmittelbar eingegriffen. Mit dem Brief von Knorin, Manuil'skij und Pjatnickij an Stalin und Molotov vom 28. Oktober 1931 (vgl. Dok. 272) ist jetzt exemplarisch belegt, wie oft und wann allein im Jahr 1931 das EKKI, d. h. die „Delegation der VKP (b)" eine „Einmischung" in die Politik der KPD für „erforderlich" hielt:

Zum Nationalsozialismus wurde „auf Vorschlag des Gen. Stalin" das „Projekt der Programmerklärung erstellt".

1. Bei der „Feststellung des ZK der KPD, dass der Faschismus in Deutschland bereits gesiegt habe".
2. Bei der „Beziehung zur linken Sozialdemokratie" (Polbüro-Beschluss im Juni).
3. „In der Frage der Teilnahme am Referendum gegen die preußische Regierung".
4. Außerdem erfolgten drei weitere „Einmischungen", darunter zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Schließlich sollten bei den vorgesehenen Gesprächen mit Ernst Thälmann und Heinz Neumann in Moskau drei weitere Punkte behan-

Leitung von Günter Hortzschansky: Ernst Thälmann. Eine Biographie. Berlin (Ost) 1979. S. 492ff.; Vgl. jetzt die kritische Sicht in Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 187ff.

287 Vgl. die ausführliche Darstellung bei Weingartner, Stalin, S. 53ff.

288 Die Rote Fahne (21.1.1931); Vgl. auch Inprekorr (20.1.1931). Nr. 5. S. 144.

289 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Januar 1931. Berlin 1931. S. 30.

290 Der Parteiarbeiter (Februar 1931). 9. Jg. Nr. 2. S. 3.

delt werden. In diesen „Fragen [sei] eine Korrektur seitens der Parteiführung" notwendig. Sie betrafen die 1930 aufgestellte „strategische Hauptlosung, die Losung der Volksrevolution", „Über den Kampf gegen die Sozialdemokraten", „Über den Kampf gegen den Faschismus" sowie „Über die Arbeit in den Betrieben" (vgl. Dok. 272).

5. Selten finden sich Dokumente, die so klar und eindeutig die Befehlsgewalt des EKKI, und d. h. hier seiner russischen Vertreter Knorin, Manuil'skij, Pjatnickij und Gusev unter der Leitung von Stalin und Molotov, beweisen. Sie bestätigten die These der völligen Abhängigkeit der KPD-Spitze von Stalin und seinen „Getreuen" (Knorin und Pjatnickij wurden allerdings später Opfer der Säuberungen).

Beim Volksentscheid vom August 1931 war das bisher nur mit teils indirekten Belegen nachzuweisen.[291] Aus den jetzt zugänglichen Archivalien ist dieses dunkle Kapitel genauer zu analysieren (Dok. 263–270).[292] Hierzu einige allgemeine Hinweise. Ursprünglich hatte die KPD jede Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelms gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung abgelehnt. In einem Aufruf des ZK vom Februar 1931 wurde das Volksbegehren noch als „demagogische" Tat von Goebbels und Frick charakterisiert und als „Volksbegehren der Reaktion" bezeichnet.[293] Am 10. April 1931 schrieb „Die Rote Fahne": „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren."

Nachdem das von der NSDAP und der DNVP eingebrachte Volksbegehren Ende April erfolgreich war, blieb die KPD zunächst auch gegenüber dem kommenden Volksentscheid, der am 9. August 1931 stattfand, ablehnend. Freilich kritisierte das ZK in einem Rundschreiben,[294] dass die Rolle der Preußenregierung als „Hauptstütze" Brünings von der Partei zu wenig herausgestellt wurde, und forderte eine „äußerste Steigerung" des Kampfes gegen die Braun-Severing-Regierung in Preußen. Die neue Taktik zeigte zwar erste Wirkung, dennoch blieb die KPD-Führung bis Mitte Juli bei ihrer ablehnenden Haltung.

291 Vgl. dazu z. B. Weingartner, Stalin, S. 85ff.; Generallinie, S. XXXIVff.; Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Berlin/Bonn 1987. S. 385ff.

292 Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 203ff., der die Fakten vorträgt, kritisiert zwar die seinerzeitige Sicht der SED, doch seine Bewertung der KPD-Beteiligung am Volksentscheid ist oft irritierend, verwirrend. Da er sich auf Archivalien oder Literatur stützt, kaum auf zeitgenössische Publikationen, Zeitschriften usw., übersieht er manche Details.

293 Die Rote Fahne (17.2.1931). Nr. 40.

294 Vgl. Generallinie, S. 349 (Rundschreiben 44 v. 30.5.1931).

Volksentscheid mit Nazis gegen die SPD und die Folgen

Nachdem das XI. Plenum des EKKI schon im April die Verschärfung des Kampfes gegen die SPD und insbesondere gegen die „linken Sozialdemokraten" befohlen hatte, bestanden in der KPD-Führung im Juli Vorbehalte gegenüber der ablehnenden Haltung zum Volksentscheid. Am 15. Juli schrieb Heinz Neumann einen „Sekretariatsbrief" an Pieck in Moskau, dass es „zweckmäßig sein könnte" sich am Volksentscheid zu beteiligen (vgl. Dok. 264). Noch am 17. Juli (oder möglicherweise doch erst am 21. Juli?) nahm das Polbüro einstimmig einen Beschluss an, in dem zwar abermals die „linke SPD" als Hauptfeind genannt (vgl. Dok. 265), aber die Teilnahme am Nazi-Volksentscheid erneut strikt abgelehnt wurde. Aber am 20. Juli teilte Pieck der KPD-Zentrale aus Moskau mit: „hier [ist] unter den führenden Genossen nicht nur der Komintern, sondern auch der Partei [mit anderen Worten: Stalin] die einmütige Auffassung vorhanden, daß die Partei [KPD] sich unbedingt an der Abstimmung beteiligen muß."[295]

Das genügte, denn daraufhin schwenkte die KPD-Führung am 22. Juli radikal um: Sekretariat, Polbüro und auch das ZK traten nacheinander zusammen und jeweils „einstimmig" votierten sie für die Teilnahme am Nazi-Volksbegehren.[296] Auch der bislang skeptische Thälmann forderte in seinem Referat nun Zustimmung vom ZK. Der plötzliche Politikwechsel der KPD verwirrte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern ebenso eigene Parteifunktionäre. Denn noch am 22. Juli, am Tag des jähen Umschwungs, hatte z. B. das KPD-Organ in Ostpreußen geschrieben: „Keiner beteiligt sich an der Abstimmung, denn auch jede ‚Nein-Stimme' zählt für die Volksbetrüger." Und das „Ruhr-Echo", KP-Organ in Essen, hatte an diesem 22. Juli im Leitartikel erklärt, warum es „falsch" sei, am Volksentscheid teilzunehmen. Das Zentralorgan „Die Rote Fahne" war seit dem 8. Juli (Nr. 145) verboten, erschien erst wieder am 23. Juli (Nr. 146). So konnte die Zeitung vom „Beschluss" des ZK, den Volksentscheid „durchzuführen" [!] berichten. An diesem 23. Juli lautete ihre Hauptschlagzeile: „Heraus zum Volksentscheid."[297] Mit der Losung vom „roten" Volksentscheid rechtfertigte die KPD ihre Teilnahme an der Abstimmung der Rechtsradikalen gegen die SPD-geführte Regierung. Doch der Volksentscheid brachte keinen Erfolg.[298]

295 Hermann Weber: „Hauptfeind Sozialdemokratie". In: Halbherziger Revisionismus. Hrsg. v. Rainer Eckert u. Bernd Faulenbach. München 1996. S. 30f.; Dort auch ein genauer Bericht vom 29. Juli an Moskau.
296 Lediglich Lenz (Winternitz), der Leiter der ZK-Abteilung Agitprop, wandte sich scharf gegen diesen „Umfall" der Führung, vgl. Dok. 267.
297 Vgl. Die Rote Fahne (8. u. 23.7.1931); Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Wien 1932. S. 81; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 213.
298 Vgl. Reinhard Schiffers: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem. Düsseldorf 1971. S. 236. Der einzige erfolgreiche Volksentscheid in der Weimarer Republik war der von der NSDAP und KPD Anfang 1932 in Oldenburg, zur Auflösung des Landtags. Folge der Neuwahlen war dann eine Alleinregierung der NSDAP. Vgl. Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 218.

Die Abhängigkeit der KPD als Sektion der Komintern von der Moskauer Führung und von Stalin war inzwischen so eindeutig, dass sie sich ihren Anordnungen ohne nennenswerten Widerstand unterwarf. Viele KPD-Wähler versagten allerdings ihre Zustimmung, so dass beim Volksentscheid am 9. August 1931 in KPD-Hochburgen weniger Stimmen für den Volksentscheid abgegeben wurden, als die ihn tragenden Parteien 1930 erhalten hatten, in Berlin-Wedding sogar 41 % weniger. In der KPD-Mitgliederschaft selbst stieß die radikale Schwenkung kaum auf Kritik. Die Partei war inzwischen so zentralisiert und diszipliniert, dass jede Wendung akzeptiert wurde.

Diese Beteiligung der KPD war ein Höhepunkt im Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und entsprach der Komintern-Forderung: „Alle Kräfte der Partei müssen in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geworfen werden."[299] Thälmann wollte „um jeden Preis die Krise in der SPD zur höchsten Entfaltung" bringen und im offiziellen Referentenmaterial des ZK zum Volksentscheid hieß es: „Wir machen keine Einheitsfront mit den Todfeinden der Arbeiterklasse, so wenig wie mit Hugenberg oder Hitler, mit Seldte oder Duesterberg, ebensowenig mit Severing und Braun, mit Leipart und Tarnow. Die einen wie die anderen sind Todfeinde der Arbeiterklasse." Entsprechend wurde der „Rote Volksentscheid" als „die radikalste Kampfansage und Kriegserklärung gegen die SPD" charakterisiert.[300] Zwar wurde weiterhin von „Einheitsfront von unten" gesprochen, aber mit dieser Gleichsetzung der DNVP und NSDAP-Verantwortlichen mit den Führern der SPD und der Gewerkschaften war ein Weg eingeschlagen worden, der in der faktischen „Einheitsfront" mit Hugenberg und Hitler gegen Braun und Severing beim Volksentscheid endete.

Freilich musste solche übersteigerte Konsequenz, dieses „Abenteurertum" (Trotzki)[301], nicht nur Verwirrung innerhalb der eigenen Partei hervorrufen, sondern auch in der Arbeiterschaft den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. Gewerkschaftern weiter vertiefen, die KPD musste eine „Mauer" zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten konstatieren.[302] „Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid wurde von den sozialdemokratischen Massen als ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Nazis aufgefaßt", musste selbst Pieck

299 Die Kommunistische Internationale (7.7.1931). Heft 25/26. S. 1155.
300 Der Parteiarbeiter (September 1931). Nr. 9. S. 257; Ernst Thälmann: Über den roten Volksentscheid am 9. August 1931. In: Kampfreden und Aufsätze. Hrsg. v. Ernst Thälmann. Berlin o. J. (1932). S. 53ff.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 155ff.; Referentenmaterial zum Roten Volksentscheid am. 9. August. Rotes Preußen für ein freies sozialistisches Deutschland. Hrsg. v. Zentralkomitee der KPD. Als Manuskript abgedruckt in HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, 30 649f.
301 „Auf die Straße gehen mit der Losung: ‚Nieder mit der Brüning-Braun-Regierung!', wenn – auf Grund des Kräfteverhältnisses – diese Regierung nur durch eine Regierung Hitler/Hugenberg ersetzt werden kann, ist reines Abenteurertum." Trotzki: Gegen den Nationalkommunismus (1931). In: Trotzki, Schriften über Deutschland, S. 117.
302 Die Rote Fahne (24.11.1931).

später bestätigen.[303] Durch die Teilnahme am Volksentscheid entfernte sich die KPD gerade von ihrem Hauptziel, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen.

Allerdings verhinderten auch Straßenschlachten, die die KPD in jenen Monaten praktizierte, solche Erfolge. Der „Vorwärts" hatte beispielsweise besonders scharf reagiert, als ein sozialdemokratischer Polizeibeamter von Kommunisten erschossen wurde.[304] Während des Volksentscheides wurden in Berlin nicht nur die beiden Polizeihauptleute Lenck und Anlauf von Kommunisten erschossen, sondern in Leipzig auch der sozialdemokratische Jugendliche Warkus von zwei Kommunisten erstochen.[305] Dennoch blieb die KPD nach dem Volksentscheid bei ihrer Taktik. Thälmann verkündete im September 1931 als „Generallinie unserer Politik", gegen die Sozialdemokratie, die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, das Haupthindernis der proletarischen Revolution in Deutschland", sei der „Hauptstoß" zu führen.[306]

Das bewies auch ein Artikel Thälmanns über „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung", der im theoretischen Organ der KPD, „Die Internationale", erschien[307] und in dieser Phase Grundlage der Parteischulung wurde.[308] Thälmann schrieb „noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Partei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben."[309] „Einheitsfrontangebote von oben an bezirkliche [!] ADGB-Führungen", wie im Ruhrgebiet, erregten seinen Zorn. Selbst die These: „Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen", kam bei ihm wieder vor.[310] Er übernahm die Vorstellungen des EKKI ohne Einschränkung.

Der Artikel, den in den folgenden Monaten die Parteifunktionäre diskutierten, lässt so den ganzen Zwiespalt der KPD-Generallinie erkennen. Es gab innerparteiliche Auseinandersetzungen. Diese wiederum wurden überschattet von Stalins Artikel über „Fragen der Geschichte des Bolschewismus", der sich gegen Rosa Luxemburg

---

303 Wilhelm Pieck: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf. Berlin (Ost) 1949. S. 27.

304 Vgl. Vorwärts (1. u. 2. Juli) Nr. 302–304 sowie (4.7.1931) Nr. 307. Die KPD lehnte freilich die Verantwortung für den Mord ab und behauptete, die Polizei habe geschossen.

305 Vgl. auch Vorwärts (19.8.1931). Nr. 385. Daraufhin wurde der Sitz des ZK, das Karl-Liebknecht-Haus, von Polizei besetzt; Vgl. dazu die Erklärung des ZK in Inprekorr (11.8.1931). Nr. 79. S. 779. Den Mord an den Polizeihauptleuten Anlauf und Lenck führte der illegale KP-Apparat unter Kippenberger durch.

306 Thälmann in der Hamburger Volkszeitung (30.9.1931), abgedruckt in Thälmann, Kampfreden, S. 60.

307 Thälmann in Die Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 481ff.; Der Artikel wurde auch abgedruckt in Inprekorr (1.12.1931). Nr. 113. S. 2561ff. sowie in Kommunistische Internationale (10.12.1931). Heft 41. S. 1897ff.

308 Das Thema wurde im „Politischen Schulungstag" der KPD abgehandelt; Vgl. Der Propagandist (Dezember 1931). 2. Jg. Heft 12. S. 26f.

309 Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 487.

310 Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 492.

und den „Luxemburgismus“ richtete, vor allem politische Ziele hatte (vgl. Dok. 279) und die sektiererische Haltung der KPD stärkte.[311]

Der rasche Aufschwung der NSDAP zwischen Herbst 1931 und Frühjahr 1932 war für die KPD kein Anlass, ihre Angriffe auf die SPD abzuschwächen. Schließlich galt noch immer die These der Komintern, die Knorin 1931 verkündet hatte: „Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt.“[312]

Vorbild Sowjetunion

In der Endphase der Weimarer Republik bemühte sich die KPD in Übereinstimmung mit der Komintern darum, ihr Vorbild Sowjetunion als die einzige Perspektive aus der Krise zu propagieren und deren Weg zu beschreiten. Dazu mussten ihre Medien das „sozialistische“ Land in blühenden Farben schildern. Zuständig dafür war die Agitprop-Abteilung der ZK, die deswegen direkt mit der Agitprop-Abteilung des EKKI korrespondierte, während die Verbindungen sonst über das Sekretariat der Parteiführung, den deutschen Vertreter beim EKKI usw. liefen.[313]

Aus zwei Hauptgründen konnte die KPD seinerzeit fast sechs Millionen Wähler rekrutieren. In erster Linie gelang es der KPD Wähler, Sympathisanten und auch Mitglieder der Partei und ihrer zahlreichen Nebenorganisationen zu gewinnen, weil die Krise in Deutschland die Massen radikalisiert hatte. Zum anderen fand sie durch die Propagierung des „erfolgreichen“ Modells der UdSSR Anhänger. Der Großteil der Wähler ging zur NSDAP, doch diejenigen – vor allem Erwerbslose –, die der Arbeiterbewegung verbunden waren, kamen zur KPD. Im Gegensatz zur NSDAP, die mit ihrer nebulösen Parole vom „Dritten Reich“ ihre Pläne für eine rechtsradikale Diktatur anpries, hatte die KPD in der unsicheren deutschen Situation ein konkretes Ziel anzubieten: die Nachahmung der Sowjetunion. Als Alternative zur deutschen Misere wurde für die Arbeitslosen die rasche Industrialisierung der staatlichen Planwirtschaft in der UdSSR, dem „Land ohne Arbeitslose“ ab 1929 herausgestellt. KPD und Komintern wollten so den Gegensatz von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ propagandistisch zugunsten „Sowjetrusslands“ ausnutzen, um Einfluss und neue Anhänger in Deutschland zu gewinnen.

Die KPD hatte mit Legenden und Verherrlichungen des „Arbeiterstaates“, der Lobhudelei z. B. über den Fünfjahresplan, ihre eigene Position stärken wollen. Da umgekehrt die deutschen Medien, nicht zuletzt die der SPD, die brutale Diktatur des Stalinismus mit ihren riesigen Opfern als Argument gegen die Kommunisten enthüll-

311 Der Stalin-Brief war abgedruckt in Inprekorr (20.11.1931). Nr. 110. S. 2485ff. sowie Kommunistische Internationale (10.11.1931). Heft 39. S. 1780.
312 Die Rote Fahne (26.11.1931).
313 Vgl. Generallinie, Dok. 95–98, S. 690ff.

ten (etwa die gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft), schien diese Agitation besonders wichtig.

Damals verfügte die KPD über ein umfangreiches Netz von Medien, zeitgemäß also Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren. „Die Rote Fahne" und die Bezirksorgane der KPD verbreiteten die Version des Vorbilds UdSSR. Durch illustrierte Reportagen und Berichte sollte die Glorifizierung anschaulich gemacht werden, etwa im „Roten Stern" der Sonntagsbeilage der „Roten Fahne". Dort erschien z. B. im November 1931 eine Bildreportage „Die Sowjet-Union: 160 Millionen Einwohner – keinen einzigen Arbeitslosen." Auf der Titelseite prangte ein großes Porträt von Stalin mit der Zeile: „Unser Führer: Stalin". Am 1. Oktober 1932 war auf der Titelseite Stalin, der „Schöpfer und Organisator des Fünfjahresplanes", abgebildet. Noch in der vorletzten Nummer vor dem Verbot der Zeitung vom Februar 1933 zeigte das Titelbild einen sowjetischen „Stoßarbeiter" und die Losung: „Für die Erfüllung des zweiten Fünfjahresplans!"[314]

Die Funktionärszeitschriften „Der Parteiarbeiter" (erschien seit 1923), „Der Propagandist" (seit 1930) und „Der Agitator" (seit 1931) beschworen ständig das sowjetische Beispiel. Eingespannt in die Agitationskampagne waren Nebenorganisationen (Rote Hilfe, RGO, KJVD, die sozialpolitischen Organisationen – ARSO usw.) und die vielen anderen Publikationen, darunter die „Linkskurve". Der von Willi Münzenberg seit 1928 herausgegebene „Rote Aufbau" war (selbst mit Sonderheften) der Thematik Vorbild UdSSR verpflichtet. Auch die Zeitschrift „Das neue Rußland", Organ der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland", wurde zunehmend in die Kampagne zur Glorifizierung der UdSSR eingespannt. Und die in Moskau gedruckte Monatsschrift „Sowjetkultur im Aufbau" trieb noch unverhohlener Propaganda für die Sowjetunion. 1931/1932 gehörten Stalin-Porträts, des „Führers der Arbeiterklasse" (Nr. 7–9, 1932, S. 7), zur Gepflogenheit des Agitationsblattes.

Besonders betrieben wurde die Propagierung und Verherrlichung des „sowjetischen Weges" von der (schon seit 1922 ebenfalls von Münzenberg publizierten) „Arbeiter Illustrierte Zeitung" (AIZ) einer schon damals modernen Illustrierten mit einer 500.000 Auflage (1931). Die AIZ brachte neben Rätsel, Humor, Romanen, Sport usw. politische Bildreportagen und aktuelle Fotos. In vielen Heften waren Bildberichte über den „Aufbau" in der UdSSR Schwerpunkt. Auch hier gab es (Nr. 44 vom 30.10.1932) als Titelbild ein ganzseitiges Stalin-Porträt. Der Kult um den Diktator war in der KPD und ihren Nebenorganisationen ebenso ausgeufert wie in der Sowjetunion. Ansonsten war die Agitation der AIZ weniger plump als diejenige der offenen KPD-Zeitschriften. Nach 1933, als die AIZ in der Emigration herauskam (Prag und Zürich), ging die Glorifizierung der UdSSR vorsichtiger weiter, etwa in einer Sonder-

314 Vgl. auch die Hefte Nr. 8 (Juli 1931); Nr. 13 (September 1931); Nr. 18 (November 1931): „Die Sowjetunion. Der erste Arbeiterstaat der Welt ist auch Euer Vaterland!"; Nr. 6 (Februar 1931): „Die Rote Armee – unser Stolz"; Nr. 16 (April 1932): „Wo Kommunisten regieren ist Arbeit und Brot für alle!"; Nr. 18 (Mai 1932); Nr. 39 (Oktober 1932), 15 Jahre Sowjetunion, „Stalin Schöpfer und Organisator des Fünfjahresplanes" mit Bild; Nr. 3 (Februar 1933) usw.

nummer zum 17. Jahrestag der Oktoberrevolution (1. November 1934), in der Stalin als „Lehrer und Leiter der Millionen, die die neue Welt erbauen", herausgehoben wurde. Vor den großen „Säuberungen" wurde allerdings am 14. März 1935 noch der Militärchef Tuchačevskij, der dann 1937 vom NKWD erschossen wurde, mit Bild vorgestellt. Doch Stalin, dem „großen Erzieher", war ein ganzseitiges Foto gewidmet.

Außer vielfältiger Propagierung der „Erfolge" der Sowjetunion Stalins in den Zeitungen und Zeitschriften druckte die KPD zahlreiche und massenhaft verbreitete Broschüren. Deren Parolen klangen manchmal töricht, wie z. B. in „Mobilmachung gegen Mobilmachung" (1929) die Losung „Für den Sieg der Roten Armee". Die Behauptung, ein Krieg gegen sie Sowjetunion stehe unmittelbar bevor, hatten Partei und Komintern bereits seit 1927 ausgegeben. Diese Kriegsgefahr wurde zum Instrument, um die Funktionäre und Mitglieder zu Aktivitäten aufzurütteln und sie zu disziplinieren.[315] In den Broschüren rückte das sowjetische Beispiel in den Vordergrund, dabei war die Verbreitung von Legenden selbstverständlich. Vor allem Hermann Remmele veröffentlichte Lobesdarstellungen.[316] Er schrieb auch das KPD-„Standardwerk", „Die Sowjetunion", das mit großem Reklamerummel verbreitet wurde.[317] Schließlich wurde der sowjetische Fünfjahresplan popularisiert.[318]

Das Jahr 1932 bot der KPD zudem Anlass, den 15. Jahrestag der Revolution und deren angeblich geradlinige Fortsetzung in Stalins UdSSR zu glorifizieren.[319] Bekannte linke Schriftsteller schrieben einseitige Berichte; besonders verbreitet wurde „Der Staat ohne Arbeitslose" von Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf, 1931 herausgegeben (Copyright lag beim bürgerlichen Gustav Kiepenheuer Verlag). Ausgewählte Fotos mit knappen, parteilichen Unterschriften in drei Sprachen sollten positive Reaktionen auf Stalins Sowjetunion auslösen. Dabei gab es Hinweise, die eigentlich erst bei den Säuberungen typisch wurden, wie etwa: „In bestimmten Abständen werden alle Organisationen und Institutionen von unwürdigen und schädlichen Mitgliedern gereinigt. In der Staatsbank wird die ‚Reinigung' (…) angekündigt." So unter einem Foto (S. 68), in dem auf dem riesigen Plakat der Beginn der „Reinigung" am 14. Juli verkündet wurde. Alle wurden aufgerufen, der Kommission zu helfen. Fünf Jahre

---

315 Vgl. Krieg und Kriegsgefahr. Kursunterricht von Ernst Schneller. Hrsg. v. ZK der KPD. O. J. (1927); Die Komintern und der Krieg. Dokumente. Hamburg/Berlin 1928.

316 Vgl. z. B. Hermann Remmele: Sowjetstern oder Hakenkreuz? (1930); Ders.: Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland, Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion (1931).

317 Hermann Remmele: Die Sowjetunion. Bd. 1 u. 2. Berlin 1932. Selbst die „Schulungszeitschrift" der Marxistischen Arbeiter-Schule „Der Marxist" (Februar 1932) stellte das „grundlegende Werk" des „2. Mannes" der KPD, des „Metallarbeiters [!] Hermann Remmele" heraus, das auf der „unerschütterlichen Grundlage des unverfälschten Marxismus-Leninismus" beruhte (S. 29).

318 Vgl. z. B. W. M. Molotow: Was ist der Fünfjahresplan? (1929). Der Fünfjahresplan siegt. Kus Bas, das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie (1931). Millionen Frauen finden Arbeit und Brot (1931). Der Arbeiter in der Sowjetunion (1930).

319 15 Jahre Sowjetunion. 15 Jahre sowjetischer Aufbau (1932). 15 Jahre Oktoberrevolution (1932). 15 Jahre Gewerkschaftsaufbau (1932). Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahresplan (1930).

später bei den blutigen „Säuberungen" wurde diese Methode der „Wachsamkeit", der Denunziation, alltäglich.

Auf der letzten Parteikonferenz der KPD Mitte Oktober 1932 hielt neben Thälmann auch Wilhelm Florin ein Hauptreferat: „Ergebnisse und Aussichten des sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion", das als Broschüre noch Ende 1932 vorlag. Darin hatte Florin von der UdSSR behauptet: „Der Eintritt in die Periode des Sozialismus ist vollzogen" und den „Genossen Stalin" den „unumstrittenen Führer des Weltproletariats" genannt. Aufgabe der KPD sei es „dem deutschen Proletariat diese Erkenntnis einzuhämmern und dafür zu sorgen, daß die deutsche Arbeiterklasse den Weg geht, den das russische Proletariat im Jahre 1917 gegangen ist (Großer Beifall)".[320]

Kurz vor ihrer Zerschlagung hatte die KPD-Führung nochmals ihre absolute Ergebenheit gegenüber Stalin und dem Stalinismus betont. Das ZK beschloss am 15. Oktober 1932 einstimmig eine zustimmende Stellungnahme zum „Ausschluß der parteifeindlichen Gruppe Rjutin", der (illegalen) antistalinistischen Abweichung in der KPdSU (vgl. Dok. 299). In der vermutlich letzten legalen Massenbroschüre der KPD Anfang 1933 wurde gefordert, „dem großen Beispiel der Oktoberrevolution zu folgen und nach dem Vorbild der Sowjetunion ihre deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik zu errichten".[321]

Die Verherrlichung, die Verklärung der Zustände in der UdSSR und die Parole ein „Sowjetdeutschland" nach diesem Modell zu errichten, rief vor allem die SPD mit zahlreichen Gegen-Broschüren auf den Plan, darunter z. B. „Sowjetdeutschland?" („Weder ‚Sowjetdeutschland' noch das ‚Dritte Reich'") oder „Kommunistische Katastrophenpolitik". Es gab konkrete Anklagen in Heften wie: „Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion" oder „Der rote Militarismus" bzw. „Das kapitalistische Sowjetrussland".[322] Dies forderte wiederum die KPD-Propaganda heraus. Der Vorwurf, die Stalinschen Arbeitsgesetze bedeuteten Zwangsarbeit („Zuchthausdisziplin" in den Fabriken) weckte offenbar in der Arbeiterklasse Bedenken gegen die Glorifizierung. Deshalb musste die KPD 1931 eine Broschüre eigens mit dem Thema „Zwangsarbeit in der Sowjetunion?" herausgeben.

320 Wilhelm Florin: Die Wahrheit über die Sowjetunion. Berlin o. J. (1932). S. 11.
321 Arbeiter- und Bauernrepublik. O. J., 1933. S. 24; Für deutsche Arbeitslose nicht gerade anziehend war eine Überschrift mit der Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen und nicht mitentscheiden" – gemeint war natürlich die Sowjetunion.
322 Bereits 1925 war im Auftrag der Sozialistischen Internationale erschienen: Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien. Die Analyse des Ökonomen Michael Farbmann: Piatiletki: Der Fünfjahresplan. Die neue Offensive des Bolschewismus. Berlin 1931, war vom prominenten SPD-Politiker und Theoretiker Rudolf Hilferding ins Deutsche übersetzt worden.

„Antifaschistische Aktion“

Die Popularisierung der „sozialistischen Erfolge“ der Sowjetunion sollte als wichtiges Mittel zur Propagierung des „Modells“ der Kommunisten den Einfluss der Partei insbesondere unter Erwerbslosen stärken. In der Arbeiterschaft insgesamt war die KPD bemüht, Anhänger und auch Mitglieder von der Konkurrenzpartei SPD für sich zu gewinnen. An ihrer Generallinie, die SPD als „Hauptfeind“ zu bekämpfen, wollte und konnte die Führung nichts ändern. In der Taktik blieb die KPD bei ihrer widersprüchlichen Haltung; wie beschrieben wechselte die „Einheitsfront von unten“ ab mit der Verdammung aller Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“.

Dies hing auch damit zusammen, dass der Aufstieg der KPD zwischen 1928 und 1932 (bei gleichzeitiger Schwächung der SPD) keineswegs geradlinig verlief. So gab es etwa 1932 bei einigen Landtagswahlen Rückschläge und auch die Fluktuation in der Mitgliedschaft brachte Einbußen. Das KPD-Organ „Parteiarbeiter“ stellte kritisch fest: „Die deutsche Partei hatte im Januar 1930 133.000 abgerechnete Mitglieder. Nun traten der Partei im Jahr 1930 143.000 Mitglieder bei und sie hätte im Dezember 1930 276.000 Mitglieder haben müssen. Wie viele Mitglieder wurden aber abgerechnet? Nur 180.675! Es sind also im Jahr 1930 95.300 Mitglieder aus der Partei gegangen.“[323] 1931 wurden 210.000 Mitglieder neu geworben, doch wieder traten fast 100.000 aus.[324] Und 1932 sah es noch schlimmer aus: über 50 % „Fluktuation“ wurden registriert. Die linksstehende SAP schrieb von „Entartungssymptomen der kommunistischen Organisation“ und verwies auf den „überbürokratischen Zentralismus“, die soziale Zusammensetzung („vorwiegend Arbeitslose“) und bezeichnete den „Charakter der Organisation“ als eine „Durchgangsparteiorganisation“ (Fluktuation).[325] Damit war ein organisatorisches Kernproblem der KPD getroffen. Das EKKI konstatierte eine Lücke zwischen „revolutionären Möglichkeiten“ und realer Entwicklung der KPD.

Der rasche und erschreckende Siegeszug der NSDAP, die Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen der Parteibasis nicht nur mit der Polizei, sondern vermehrt mit SA-Horden der Hitler-Partei, hatte die KPD im Mai 1932 zu einer neuen Taktik der „Antifaschistischen Aktion“ veranlasst. Erst neuerdings ist bekannt geworden, dass diese Wendung von Stalin selbst bestimmt wurde.[326] Nach einem Bericht von Pjatnickij vom 10. Mai an Stalin (vgl. Dok 290, 294–296) über die kritische Lage der KPD ließ er das EKKI einschreiten.

Die Fakten waren bekannt: Bereits einen Tag nach den preußischen Landtagswahlen am 25. April 1932 (die NSDAP erhielt 8 Millionen Stimmen, die KPD 2,8 gegenüber 3,1 Millionen Stimmen in Preußen bei den Reichstagswahlen 1930) hatte sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO an alle sozialdemokratisch und gewerk-

---

323 Der Parteiarbeiter (November 1931). 9. Jg. Heft 11. S. 311.
324 Die Kommunistische Internationale (25.5.1932). Heft 10. S. 769.
325 Der Klassenkampf (Februar 1932). 6. Jg. 2. Heft. S. 43ff.
326 Vgl. dazu Einzelheiten in Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 303ff.

schaftlich organisierten Arbeiter gewandt und sie zur Einheitsfront aufgefordert. Entgegen ihrer bisherigen Taktik erklärte die KPD: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen."[327]

Mit solchen Äußerungen ging die Parteiführung bis an die Grenze der Generallinie, die ja jede „Einheitsfront von oben" ausschloss. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, hatte das ZK den Aufruf nicht an die Führung der SPD oder der Gewerkschaften gerichtet, sondern an deren Mitglieder. Einen Monat später, nach einem Überfall der Nazis auf die Kommunisten im preußischen Landtag, proklamierte das ZK am 25. Mai den mit dem EKKI ausgearbeiteten Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion", den „Die Rote Fahne" am 26. Mai veröffentlichte. In einem „Rundtelefonat" und in „Anweisungen" wurden die Bezirksleitungen vom ZK genauer instruiert.[328] NSDAP und SPD wurden differenzierter betrachtet. Zwar sollte die „Antifaschistische Aktion" „unter Führung der KPD" stehen, doch Ziel sollte sein, „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen". Die KPD wollte „die aufsteigende Welle des Hitlerfaschismus zum Stehen bringen und zurückschlagen".[329] Damit ließ die KPD-Führung erstmals eine realistischere Einschätzung der Stärke der NSDAP erkennen und sie unternahm Anstrengungen, nun den „Hauptstoß" gegen diese Gefahr zu richten.

Die veränderte Taktik kam bei den KPD-Funktionären gut an, so dass die Aktivitäten der Partei gesteigert werden konnten und innerhalb der Arbeiterschaft die KPD ihre Isolierung wenigstens in Ansätzen zu durchbrechen vermochte. Doch bereits Mitte Juli wurde die neue Parteilinie teilweise abgebremst. Schon im Juni 1932 hatte Knorin vom EKKI ein Telegramm an die KPD geschickt, in dem gegen „opportunistische Auswüchse" in der Einheitsfronttaktik protestiert wurde.[330] Entsprechend einem Rundschreiben vom 14. Juli an die Bezirke[331] wurden dann alle (offenbar recht zahlreichen) Einheitsfrontverhandlungen mit unteren Organen von ADGB und SPD unter der Parole „keine Spitzenverhandlungen"[332] verboten. Die Schlagzeilen lauteten: „Massenkampf gegen Hitlerpartei, Sozialdemokratie und Zentrum."[333] Der Partei wurde ins Gedächtnis gerufen, dass „trotz Anwachsens der Nazis, die SPD soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" bleibe und entsprechend bekämpft werden müsse.[334]

327 Die Rote Fahne (26.4.1932).

328 Vgl. Generallinie, Dok. 64 u. 65, S. 489ff.

329 Generallinie, Dok. 64 u. 65, S. 498.

330 Herbert Wehner: Notizen. o. O. 1946 (Manuskript). S.17. Mündliche Mitteilung von Herbert Wehner an den Herausgeber am 16. Januar 1979; Vgl. auch die Auslegung bei Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 307.

331 Vgl. Generallinie, Dok. 68, S. 526ff. Das Rundschreiben wurde fast wörtlich abgedruckt im Berliner Funktionärorgan Der Funke (1932). Nr. 4.

332 Roter Nordwest. Mitteilungsblatt der KPD (Juli 1932). Bezirk Nordwest (Bremen).

333 So in Lenins Weg. Informations- und Diskussionsblatt der Mitgliedschaft der KPD im Bezirk Niedersachsen (Juli 1932). Hrsg. v. der BL.

334 Vgl. auch Der Organisator der Revolution. Mitteilungs- und Diskussionsblatt der KPD (August-September 1932). Bezirk Ostpreußen. Nr. 8/9; Die Schmiede. Mitteilungsblatt der KPD (Juni 1932). Be-

Die Verhärtung der Politik ist aus der Angst der KPD-Führung zu erklären, eine zu flexible Auslegung der Einheitsfront gegen die NSDAP könne Abweichungen von der Generallinie bringen. Diese Befürchtung war aber bei der Komintern noch größer, und es war daher in erster Linie der Einfluss des EKKI, der die KPD auf die Position zurückdrängte, die SPD sei „Hauptstütze der Bourgeoisie" und daher nicht bündnisfähig. Die Wende vom April/Mai 1932 bedeutete die größte Veränderung der KPD-Politik seit 1929. Die Haltung gegenüber der NSDAP wurde kurzfristig härter, gegenüber SPD und Gewerkschaften flexibler.

Auf Druck der Komintern, die mit Stalins „Ratschlag" vorher die „Aktion" befördert hatte, musste seit Juli 1932 die Bereitschaft zur Einheitsfront mit Organisationen oder zur flexibleren Parlamentsarbeit wieder revidiert werden. Dennoch brachte in dieser Phase die „Antifaschistische Aktion" eine etwas wendigere Taktik, die auch Erfolge zeigte. War diese Politik vor allem in der Wahlniederlage vom April 1932 und dem Anschwellen der NSDAP begründet, so ging die KPD nach ihren Wahlerfolgen im Juli 1932 wieder auf stärkere Distanz zur Konkurrenzpartei SPD. Eine neue Wende und damit wieder eine völlige Gleichsetzung von NSDAP und Sozialdemokratie erfolgte allerdings erst durch Druck der Komintern, die auf ihrem XII. Plenum (August/September 1932) die verschärfte ultralinke Linie vorschrieb.

Vorbereitung auf die Illegalität

Bereits das erste Statut der Komintern von 1920 hatte die Sektionen zur „Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation" aufgefordert. Auch das spätere Statut bestimmte, die „kommunistischen Parteien müssten mehr darauf vorbereitet sein, ihre Tätigkeit illegal fortzusetzen. Das EKKI ist verpflichtet, die Parteien bei der Vorbereitung der illegalen Tätigkeit zu unterstützen".[335]

Als in Deutschland nach dem 1. Mai 1929 der RFB verboten wurde und auch der KPD ein Verbot drohte, forcierte sie Vorbereitungen für die Illegalität.[336] Entsprechend wurden sie streng geheim durchgeführt, z. B. erklärte Hugo Eberlein auf dem XII. Parteitag 1929: „Über die illegalen Vorbereitungen können wir in der Öffentlichkeit nicht sprechen, aber wir können feststellen, daß die illegalen Vorbereitungen viel zu gering sind."[337] Nach außen wurde Konspiration gewahrt, doch war die Polizei weitgehend informiert.[338] Die Vorkehrungen erfolgten von oben durch Änderungen der Organisationsstruktur, etwa Zusammenlegung von Leitungen, die Schaffung von „Oberbezir-

zirk Schlesien. 3. Jg. Nr. 2; Ähnlich im Arbeitsplan des Bezirks Wasserkante (Hamburg).

335 Vgl. Weber, Kommunistische Internationale, S. 53 sowie Programm der Kommunistischen Internationale. Anhang: Statut. Hamburg 1928. S. 99.

336 Vgl. die Einzelheiten und die damalige Quellenlage bei Johann Wachtler: Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung auf die Illegalität 1929–1933. Frankfurt/M. 1983.

337 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 399.

338 Beispiele für Hinweise in den Rundschreiben des ZK an die Bezirke, vgl. Generallinie.

ken“, die Einrichtung illegaler Quartiere und Druckmöglichkeiten, die Beschaffung von Räumen für geheime Sitzungen, Materialablagen, Bildung von Ersatzleitungen usw. Außerdem hatte das XII. EKKI-Plenum im Herbst 1932 noch geradezu absurde Anweisungen veröffentlicht, z. B. über die „Massenarbeit in den Betrieben“: „Die „Massenarbeit der [KPD]-Betriebszellen konspirativ zu gestalten“ wurde als „Hauptsache“ bezeichnet.[339]

Immer wieder wurden jedoch Fehler und Versäumnisse registriert. Wenn sich die „Vorbereitungen auf die Illegalität“ Anfang 1933 als fast gänzlich wirkungslos erwiesen, lag das indes weniger an mangelhaften technischen Vorkehrungen, als vielmehr an politischen Fehleinschätzungen. Da die KPD bereits die Brüning-, Papen und Schleicher-Regierung als „faschistische Diktatur“ deklariert hatte, wurden die Vorbereitungen zur Illegalität an den Polizeimaßnahmen dieser Regierungen gegen Kommunisten gemessen oder aber am kurzen Verbot von 1924.

Schließlich war die völlige Verharmlosung einer drohenden Hitler-Diktatur noch Anfang Januar 1933 überdeutlich: „Das 12. Plenum [des EKKI] hat (…) aufgezeigt, daß es einen sog. ‚klassischen‘ Faschismus nicht gibt und geben kann (…) und daß alle (…) Theorien von der Notwendigkeit der vorherigen Niederschlagung der Arbeiterklasse blutleere Abstraktionen sind.“[340] Diese Erklärung richtete sich vor allem gegen Trotzki, der weitsichtig das Gegenteil prognostiziert hatte: „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf die Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Hierzu ist die physische Vertilgung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbstständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu vernichten und die Ergebnisse von dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auszurotten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“[341]

Doch für die KPD-Führer war Trotzki 1932 ein „konterrevolutionärer Faschist“, wie es im „Roten Aufbau“ vom Februar 1932 hieß. Seine Analysen waren in der KPD verfemt, sie beharrte auf ihrem verhängnisvollen Irrweg. Daher konnten die Bemühungen, die „vorbereitete“ Illegalität nach Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 rasch umzusetzen, keinen Erfolg haben.

339 Die Kommunistische Internationale (31.12.1932). Heft 19. S. 1389; Vgl. Wachtler, Zwischen Revolutionserwartung, S. 239.

340 Die Kommunistische Internationale (10.1.1933). Nr. 1. S. 19.

341 Leo Trotzki: Was nun? Berlin 1932. S. 5.

Ultralinks in den Untergang

Aus der „Antifaschistischen Aktion“ wurde 1932 keine Massenbewegung, sie verkam zum Wahlkampf-Instrument der KPD. Aus Angst vor der eigenen Courage, genauer vor der Kritik des EKKI, hatte die KPD-Führung bereits früh ihre Politik gegen die Nazis abgeschwächt, aber Verhandlungen unterster Organe mit der SPD als „Spitzenverhandlungen“ gerügt und scharf verworfen. Das XII. Plenum des EKKI gab dann der KPD den verschärften ultralinken Kurs vor. Das bedeutete das Ende der „Antifaschistischen Aktion“, der scharfen Bekämpfung der Nazis. Nun kam aus Moskau die Anweisung der erneuerten Hetze gegen die SPD. Nach wenigen Monaten neuer Taktik gegen die NSDAP und Versuchen der Zusammenarbeit mit der SPD (auf die allerdings die SPD-Führung nicht eingegangen war), konstatierte die KPD-Spitze vor allem „opportunistische Fehler“ und blies zum Rückzug. Bis August 1932 konnte die KPD allerdings noch vor allem gegen die NSDAP agitieren. Ein Angebot zum „Generalstreik“ an SPD und Gewerkschaften nach dem Papen-Staatsstreich vom 20. Juli gehörte ebenso dazu wie die Rede Clara Zetkins als Alterspräsidentin bei der Eröffnung des Reichstags am 30. August 1932.

Die KPD-Politik änderte sich mit dem XII. Plenum des EKKI, das vom 27. August bis 12. September 1932 in Moskau tagte. Dort wurde das Ende der relativen Stabilisierung und der Übergang „zu einem neuen Turnus der Revolutionen und Kriege“ proklamiert. Daraus leitete das EKKI die „Grundaufgabe“ der Kommunisten ab: die „Vorbereitung der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht“.[342] Für die KPD galt nun als Ziel die „Arbeiter- und Bauern-Republik, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschland“.[343] Da Deutschland sich angeblich „schnell der revolutionären Krise nähert“, seien die „Fristen bis zur Ausreifung der revolutionären Krise (…) kurz bemessen.“ Nunmehr sei der „Kampf um die Macht“ akut und das Plenum verwarf jede Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“[344]

Die KPD übernahm sofort die befohlene Taktik, die vor allem wieder schärfer gegen die SPD gerichtet war, die NSDAP unterschätzte und wenige Monate vor Hitlers Machtantritt die Linke noch weiter zersplitterte. Auf der 3. Parteikonferenz der KPD (15.–18.10.1932) konstatierte die Führung, in Deutschland sei mit der Papen-Regierung

342 Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, die Reichsparteikonferenz und unsere Winterschulungsarbeit 1932/33. Hrsg. v. Agitprop des ZK der KPD. November 1932; Vgl. auch Die Internationale (September/Oktober 1932). Heft 9/10. S. 373ff.

343 Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, S. 28; Die Kommunistische Internationale (November 1932). Heft 15/16. S. 1077–1088.

344 Zitiert in Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Gen. E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Berlin o. J. (1932). S. 17.

„eine der Formen der faschistischen Diktatur" bereits errichtet worden.[345] Die NSDAP Hitlers wurde als nur „eine" der „Formen" des „Faschismus" weiter verharmlost. Thälmann unterstrich ausdrücklich die „Richtigkeit der Stalinschen These", wonach „Faschismus und Sozialfaschismus nicht Widersacher, sondern Zwillinge" seien. Auf der Parteikonferenz unterstrich Thälmann zunächst „die Führerrolle des Generalstabs der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, der Exekutive der Komintern" und forderte „die Durchführung der Aufgaben, die uns das 12. Plenum stellt". Die offizielle Änderung der Linie zur erneuten ultralinken Taktik wurde also mit Recht dem EKKI zugeschrieben.[346] Das ZK der KPD erwies sich abermals als treuer Gehilfe Stalins.

Der Grund für das Scheitern der Konzeption einer „Antifaschistischen Aktion" lag in der Politik der Komintern, die ihre Sektion KPD übernehmen musste. Schon die Abschwächung der neuen Taktik im Juli 1932 ging im Wesentlichen auf den Druck Moskaus zurück, deren Ende wurde schließlich durch das XII. Plenum des EKKI veranlasst. Die politischen Folgen der Einbindung und Unterordnung der KPD als Sektion der Komintern sind auch an diesem Beispiel deutlich ablesbar.

Bei den letzten innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde vom EKKI und von Stalin Ernst Thälmann gestützt. Nun wurden vom Führungstriumvirat Heinz Neumann und Hermann Remmele als „Abweichler" für alle Fehler verantwortlich gemacht. Neumann und Remmele, die zusammen mit Thälmann von 1929 bis 1932 die Partei leiteten und dann abgesetzt wurden, hatten jedoch wie Thälmann 1929 bis 1932 die Linie der Komintern vertreten.

Für die Einschätzung der Differenzen und ihrer Austragung an der Spitze der Partei sind vor allem zwei Momente wichtig. Einmal zeigt es den Grad der Hierarchisierung der KPD an, dass die Parteimitgliedschaft und der Großteil der Funktionäre bis zuletzt vom Zwist in der Führung keine Ahnung hatten. Obwohl es zwischen Neumann und Thälmann bereits seit Sommer 1931 Differenzen gab und Neumann schon im Mai 1932 abgesetzt und nach Moskau abgeschoben worden war, wurden die Mitglieder erst auf der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932 davon unterrichtet, als die Kämpfe längst abgeschlossen waren. Und es ist typisch für die fortgeschrittene Stalinisierung der KPD, dass diese Praxis auf keinen Widerstand stieß. Für die Funktionäre war es bereits selbstverständlich, dass sie einer „Führerpartei" angehörten. Die nun zugänglichen Quellen, z. B. Remmeles „Memorandum" vom Dezember 1932 (Dok. 301) erklären die Hintergründe dieser Politik. Nach der Parteikonferenz im Oktober 1932, die Neumann und Remmele auch offiziell entmachtete, verschärfte die KPD unter dem Druck des EKKI den Kampf gegen Sozialdemokraten erneut. Das lässt die Behauptung der angeblichen Verantwortung von Neumann für den „sektierischen" Kurs klar als Legende erkennen (vgl. Dok. 303).

---

345 Die wichtigsten Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem VI. Weltkongreß im Zitat. Hrsg. v. KPD, Berlin o. J. (1932). S. 17.
346 Thälmann, Im Kampf, S. 3ff., 16.

Der Reichstagsbrand lieferte der NSDAP den Vorwand zum Vernichtungsschlag gegen die KPD. Die Diskussionen um die Brandstiftung[347] sind für die Beurteilung der Position der KPD weniger von Bedeutung. Nach dem Brand wurde die KPD-Organisation zerschlagen und Zehntausende ihrer Mitglieder und Funktionäre eingekerkert, in die Illegalität gedrängt oder ins Exil. Ein Abschnitt der KPD-Geschichte war zu Ende.

Die KPD-Politik gerade von 1929 bis 1933 war in ihrer möglichen und notwendigen Bandbreite eingeengt. Die Einbindung und Unterordnung unter die Stalinsche Komintern-Spitze ließen der KPD-Führung keine Alternative, sie musste an der Strategie des „Hauptstoßes“ gegen die Sozialdemokratie ebenso festhalten wie an der Unterschätzung der NSDAP. Als Komintern-Sektion konnte die KPD diese Strategie nicht einmal entsprechend der Situation in Deutschland modifizieren, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Die finanzielle Abhängigkeit der KPD wurde in der Phase 1929 bis 1933 nicht geringer. Vor allem die Nebenorganisationen hingen „am Tropf“ Moskaus. Der Kommunistische Jugendverband z. B. erhielt 1930 bis 1932 jährlich 20.000 Dollar (84.000 Mark), als „verschiedene Zuschüsse“ verdeckt. Das waren 1930 58 % des Gesamtbudgets und 1931 bzw. 1932 rund 40 %.[348] Die ideologische, politische und personelle Befehlsgewalt von Komintern und KPdSU, von Stalin, wurde durch die finanzielle Unterstützung verstärkt. Es war nicht zuletzt ein strukturelles Problem der KPD als Sektion der Komintern, das den Kampf der Linken in Deutschland untereinander verschärfte und die Widerstandskraft gegen Hitler schwächte. Ausschlaggebend für das absolut feindselige Verhältnis in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1929 und 1933 waren also vor allem strukturelle Probleme der KPD als Sektion der Komintern.

1933–1939: Zerschlagung der KPD und zwiespältige Haltung von Komintern und UdSSR

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler, damit begann der Weg in eine mörderische Diktatur. Am gleichen Tag hieß es im Aufruf der KPD gegen die „offene faschistische Diktatur“: „Das blutige, barbarische Terrorregime wird über Deutschland aufgerichtet.“[349] Doch den Generalstreik, den die KPD propagierte, gab es nicht. Die Einsicht der KPD zeigte keine Wirkung, weil die

347 Vgl. Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit. Rastatt/Baden 1962; Hans Mommsen: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: VfZ (1964). 12. Jg. 4. Heft. S. 351ff.; Petr Stojanoff: Der Reichstagsbrand. Die Prozesse in London und Leipzig. Wien 1966; Vgl. auch D. N. Pritt: Der Reichstagsbrand: Die Arbeit des Londoner Untersuchungsausschusses. Berlin (Ost) 1960; Karl-Heinz Biernat: Der Reichstag brennt. Berlin (Ost) 1960. Zum Streit um die Brandstifter vgl. Alexander Bahar, Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird (mit Bibliographie). Berlin 2001.
348 Vgl. SAPMO, Sgy 0503 (Kortner). Ich danke Andreas Herbst für den Hinweis auf die Erinnerungen des KJVD-Kassierers Emil Kortmann.
349 Vgl. Weber, Dokumente, S. 339.

Partei den Begriff „Faschismus" in ihrem Jargon längst inflationär zerschlissen hatte. Die KPD nannte bereits am 1. Dezember 1930 das Brüning-Kabinett „1. Regierung der faschistischen Diktatur". Nach Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932 gegen die preußische SPD-Regierung (die KPD hatte diese ein Jahr zuvor gemeinsam mit der NSDAP stürzen wollen!) wurde dessen Regierung von der KPD als „faschistische Militärdiktatur" und die Schleicher-Regierung Ende 1932 als die „Entfaltung des Faschismus" bezeichnet (vgl. Teil 4). Wenn das alles „Faschismus" war, warum sollte ein Hitler-Regime schlimmer sein? Die KPD hatte ihr eigenes Grab mitgeschaufelt.

Maßgeblich für die Politik der KPD, die 1933 einen generellen Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie ebenso leugnete wie zwischen NSDAP und SPD, war die inzwischen ganz von der Sowjetunion abhängige Komintern. Und Moskau sah offensichtlich 1933 keinen Anlass für eine neue Analyse. Das NS-Regime wurde wie andere Regierungen eingeschätzt. Beispielsweise beschloss das Politbüro der KPdSU am 8. März Waffentechnik aus NS-Deutschland zu beziehen. Dieser Beschluss und andere Dokumente, die im vorliegenden Band erstmals veröffentlicht werden, belegen extreme Fehleinschätzungen. Noch im „Rechenschaftsbericht" Stalins an den XVII. Parteitag der KPdSU(B) im Januar 1934 machte er Hitler indirekt ein Angebot zur Wiederaufnahme der „Rapallo-Politik". Zwar „weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein", verwies Stalin darauf, dass der Faschismus in Italien „die Sowjetunion nicht daran gehindert hat die besten Beziehungen zu diesem Land herzustellen".[350] Dagegen wirkte Stalins oft zitierte Drohung in der gleichen Rede eher geprahlt: Wer die UdSSR überfallen wolle, erhielte eine vernichtende Abfuhr damit „ihnen die Lust vergeht, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken".

Zerschlagung der KPD

Im Februar 1933 arbeitete die KPD halblegal und bereitete sich auf ein Verbot vor, beteiligte sich aber am Wahlkampf. Sofort nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar wurde die KPD zerschlagen, ihre Presse unterdrückt und die Organisation in die Illegalität gezwungen.[351] Im Rundschreiben der KPD vom 2. Februar 1933[352] war zwar von

350 Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B), Januar/Februar 1934. Zürich o. J. (1934). S. 28f.; Auch in J. Stalin: Werke. Bd. 13. Berlin (Ost) 1955. S. 269.

351 Vgl. zum Widerstand der KPD u. a. Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1971; Jürgen Schmädeke, Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. München 1985; Richard Löwenthal, Patrick von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung in Deutschland. Neuausg. Bonn 1997; Zum Widerstand siehe auch Klaus Kinner, Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Vol. II: Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939). Berlin 2005 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 5); Ders. Vol. III: Selbstverständnis und Realität. Berlin 2009. Siehe auch den Einleitungstext von Bernhard H. Bayerlein.

352 Vgl. das Rundschreiben. Hrsg. v. Arne Andersen. In: IWK (September 1986). Heft 3. S. 357ff.

einem bald drohenden Verbot die Rede, dagegen sollte aber der politische Massenstreik vorbereitet werden. Neben den üblichen Tiraden, etwa gegen die Sozialdemokratie, stand die utopische Forderung an die KPD: „die konkrete Heranführung der Massen an den politischen Massenstreik zum Sturz der Regierung Hitler-Papen". Nur kurz wurde erklärt, alle „Parteieinheiten" müssten mit „brutalsten Verbotsmaßnahmen, mit langfristigen Zeitungsverboten, mit Einkerkerung der führenden Funktionäre, mit der Besetzung von Parteihäusern" rechnen. Genaue Verhaltensmaßregeln gab es allerdings nicht.

Nach einer Zusammenkunft führender Funktionäre am 7. Februar 1933 im Ziegenhals (Dok. 305), auf der Thälmann referiert,[353] wurden Instrukteure in die Parteibezirke geschickt, um den Parteiapparat auf illegale Arbeitsmethoden umzustellen. Doch es erfolgte kein formales Verbot der KPD, sondern deren terroristische Zerschlagung. Die Nationalsozialisten vernichteten nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 die Kommunistische Partei samt Nebenorganisationen. Noch in der Brandnacht wurden Tausende Kommunisten (allein in Berlin 1.500) verhaftet, darunter hohe Funktionäre und Reichstagsabgeordnete. Am 3. März geriet auch der Parteivorsitzende Thälmann in die Hände der Polizei, der dann 1944 im KZ Buchenwald ermordet wurde. Bis April 1933 nahmen Polizei und SA im Rhein-Ruhr-Gebiet 8.000 mittlere und untere Funktionäre fest, in Bayern über 3.000, im Bezirk Halle über 1.400, in Baden 900 usw. Die Verhaftungen rissen in den folgenden Monaten nicht ab; so stieg die Zahl der Festgenommenen z.B. im Regierungsbezirk Potsdam bis Juni 1933 auf 5.000.[354] Auf diese Weise wurde die kommunistische Organisation zerschlagen und sie musste sich in der Illegalität neu formieren.

Heute ist in der Forschung kaum umstritten, dass sich der rasch ausbreitende Nazi-Terror ab Februar 1933 in erster Linie gegen die KPD richtete. Die Kommunisten als Teil der Arbeiterbewegung wurden sofort mit aller Brutalität verfolgt, also schon zu einer Zeit, als sich die braune Diktatur gegenüber den konservativen und kirchlichen Kreisen noch weitgehend zurückhielt, die antisemitische Hetze allerdings bereits begonnen hatte.

353 Vgl. Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus, S. 21ff. sowie Dok. 305.

354 Staatsarchiv Münster, Reg. Minden, I P 601; Hartmut Mehringer: Die KPD in Bayern 1919–1945. In: Bayern in der NS-Zeit. Hrsg. v. Martin Broszat u. Hartmut Mehringer. Bd. 5. München 1983. S. 76; Erich Matthias, Hermann Weber unter Mitwirkung von Günter Braun u. Manfred Koch (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984. S. 259; Karl-Heinz Leidigkeit [u. a.]: Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk Halle 1933 bis 1945. Halle 1983. S. 94; Karl-Heinz Jahnke [u. a.]: Der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945. Berlin (Ost) 1985. S. 74; Kurt Finker (Einleitung): Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939. Potsdam 1978. S. 13, 118.

Verfolgung und Widerstand der KPD 1933

Die Polizeiaktionen wirkten sich schlimm aus, weil die KPD mit ihrem zentralistischen Organisationsaufbau besonders verwundbar war. Die rasche Verhaftung von Führungskadern lähmte zunächst die unteren Parteigruppen. Aber noch besaß die KPD viele Anhänger, die nicht vor der NSDAP kapitulieren wollten. Nach dem Schock, den die kampflose Niederlage ausgelöst hatte, bildeten sich in zahlreichen Orten schnell illegale Widerstandsgruppen und es gelang den Kommunisten, relativ bald wieder eine zentrale Leitung mit konspirativen Verbindungen zu den Bezirken herzustellen. Auch ein Großteil ihrer Wählerschaft blieb der KPD noch treu. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhielt die KPD mit 4,8 Millionen Stimmen zwar weniger als 1932, aber immer noch 300.000 Stimmen mehr als bei der Reichstagswahl von 1930. Trotz des Terrors der SA konnten die Kommunisten über 12 % der Wähler für sich gewinnen. Aus diesem Wahlergebnis zog die KPD-Führung jedoch den falschen Schluss, sie könne einen „Massenwiderstand" gegen die Hitler-Regierung organisieren. Dabei erwies sie sich als wenig lernfähig, denn sie blieb 1933 bei ihrer irrealen Zielsetzung eines „Kampfes für die Sowjetmacht", dem „Sturz der herrschenden Klasse durch den bewaffneten Kampf".[355]

Eine Entschließung des ZK der KPD vom Mai 1933 konstatierte eine „absolut richtige politische Linie des ZK der KPD vor und während des Staatsstreiches Hitlers". Vor allem wurde die Sozialdemokratie weiter bekämpft: „Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Presse ändert nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitaldiktatur darstellen. (…) Die ‚linken' Sozialfaschisten halten – befruchtet von reumütig heimgekehrten SAP-Führern und Brandleristen – eine Scheinopposition gegen den Faschismus in Worten aufrecht, sabotieren nach wie vor jeden Schritt zur proletarischen Einheitsfront."[356]

Trotz ihrer verheerenden Niederlage hielt die KPD-Führung weiter am „Hauptstoß" gegen die SPD – insbesondere gegen die linken Sozialisten – fest und glaubte, die Macht erringen zu können. Gemessen daran war die Wirklichkeit des Widerstandskampfes der KPD 1933 profan: Es war der Kampf ums Überleben, der Neuaufbau der Parteiorganisation und die Fortsetzung eigener Aktivitäten (Dok. 318, 319, 331, 337). Wie die Anleitung der KPD durch die Komintern ab 1933 aussah, ist aus den hier abgedruckten Dokumenten abzulesen. Das erste Dokument, ein Brief Thälmanns vom 25. Februar 1933 (vgl. Dok. 308) an das EKKI war unbekannt. Die Erstveröffentlichung zeigt (wenige Tage vor seiner Verhaftung am 3. März) den Versuch, die Lage der KPD seit dem 30. Januar einzuschätzen und beweist die Schwierigkeiten des Kontakts zwischen KPD-Führung und EKKI in der Anfangsphase der Hitler-Diktatur. Die folgenden

355 Faschismus in Deutschland. Moskau-Leningrad 1934. S. 49.
356 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (2.6.1933). Nr. 17. Basel. S. 541ff., wiederabgedruckt in Weber, Dokumente, S. 342ff.

Dokumente von 1933 (vgl. Dok. 310–344) ermöglichen neue Einsichten zum Verhältnis zwischen Komintern und illegaler KPD.

Die politischen Fehleinschätzungen der Komintern und der KPD wurden 1933 kaum modifiziert. Die KPD konnte ihren Kurs trotz manch richtiger Einsichten, die sie im Widerstand gegen das Hitler-Regime gewann, nicht ändern, bevor sich die Komintern-Linie wandelte. Doch die Komintern blieb im Dezember 1933, auf dem XIII. Plenum des EKKI, bei der ultralinken Generallinie und „bestätigte" die KPD-Politik. Bereits im Mai 1933 hatte das Präsidium des EKKI „konstatiert", „daß die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Genossen Thälmann an der Spitze bis zum Hitlerischen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war".[357] Das XIII. Plenum des EKKI billigte dies ausdrücklich. Der Referent der Komintern, Knorin, behauptete, „wir haben nichts revidieren müssen" und bramarbarsierte trotz der Niederlage und der Zerschlagung der KPD: „Unsere Analyse der Lage ist richtig, unsere Taktik ist richtig."[358]

Selbst die absurde These, die KPD habe keine Niederlage erlitten, wurde auf diesem XIII. EKKI-Plenum von Wilhelm Pieck wiederholt: „Die faschistische Diktatur in Deutschland wurde aufgerichtet gegen eine unbesiegte Arbeiterklasse, die zwar vorübergehend zurückwich, aber sich wieder zum Angriff sammelt."[359] Und überheblich sagte er, „es ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einzig dastehend, daß es einer Partei [seiner KPD] von 300.000 Mitgliedern und 6 Millionen Wählern mit 35 Tageszeitungen gelungen ist, die Organisation als Massenorganisation in die Illegalität zu überführen."[360] Doch fast wie um diese kommunistische Selbsttäuschung zu widerlegen, erwähnte Pieck die „schweren Verluste": „Mehr als 60.000 Funktionäre und Mitglieder sind verhaftet, hunderte wurden durch grausame Mißhandlungen zu Tode gequält, fast 2.000 revolutionäre Arbeiter sind seit dieser Zeit von den faschistischen Banden ermordet worden. An die 100.000 Arbeiter befinden sich in den Konzentrationslagern."[361] Bei der Einschätzung der SPD wurden die alten verhängnisvollen Interpretationen noch übertroffen: „Die Sozialdemokratie bleibt auch nach dem Verbot ihrer Organisation die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie."[362]

357 Vgl. die Erklärung in Weber, Kommunistische Internationale, S. 272ff.

358 Die Kommunistische Internationale (20.1.1934). Heft 2. S. 168f.

359 Wilhelm Pieck: Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands. Moskau/Leningrad: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR 1934 (XIII. Plenum des EKKI/Dezember 1933). S. 24 (diese Schrift fehlte in der Ost-Berliner Ausg. v. Piecks Werken).

360 Ebda., S. 51.

361 Ebda., S. 51.

362 Ebda., S. 45. An anderer Stelle schrieb Pieck gar über die „Machthaber Deutschlands von heute, die Hitler und Co. und ihre sozialfaschistischen Trabanten" (Die Kommunistische Internationale (20.1.1934). Heft 2. S. 126).

Die KPD-Führung konnte ganz im Sinne Moskaus ihren ultralinken Kurs Anfang 1934 fortsetzen.

Verfehlte KPD-Politik

Die KPD-Politik und die Komintern-Vorgaben dazu sind in diesem Band durch neu zugängliche interne Dokumente differenzierter zu erkennen und zusammengefasst ist die weitere Entwicklung folgendermassen zu skizzieren:

Erstens behauptete das ZK wie die Komintern in Moskau, der Sieg Hitlers bedeute keine Niederlage der Arbeiterbewegung. Obwohl die KPD schwer getroffen und zahlreicher Führer und Funktionäre beraubt war, redete sie von einem „geordneten Rückzug".

Zweitens verkündete die KPD, das Hitler-System in Deutschland sei keineswegs stabil, womit sie den Nationalsozialismus unterschätzte. Auch im Frühjahr 1934, in den Thesen zum 15. Jahrestag der Komintern-Gründung, sprach Moskau von der „beginnenden Krise des deutschen Faschismus".[363] Wie andere Widerstandsgruppen ging auch die KPD fälschlich davon aus, die Hitler-Diktatur werde nur kurzlebig sein.

Drittens folgerte die KPD-Spitze daraus, sie brauche ihre Linie nicht zu korrigieren. Sie propagierte weiterhin die Revolution, den „Kampf für die Sowjetmacht" und ein „Sowjet-Deutschland". Der „Sturz der herrschenden Klasse durch den bewaffneten Aufstand" galt, als „Perspektive in Deutschland", auch noch 1934 als aktuelles Ziel.[364]

Viertens beharrte sie bei der Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften auf einer unverändert feindseligen Haltung. Ende 1933 erklärte der KPD-Führer Fritz Heckert, der Kampf gegen die „faschistische Bourgeoisie" müsse „nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern gegen sie" geführt werden.[365] Andere kommunistische Ideologen nannten die harte Selbstkritik der SPD bloße „Sophistik" des „Sozialfaschismus", die SPD blieb für sie eine „Agentur der Bourgeoisie".[366] „Einheitsfrontangebote" an die SPD reduzierten sich noch 1934 auf Appelle an „sozialdemokratische Gruppen", sich „mit der KPD zu vereinigen", und

363 Leitfaden der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Moskau/Leningrad 1934. S. 49.
364 Faschismus in Deutschland. Moskau/Leningrad 1934. S. 49; W. Pieck, Wir kämpfen, S. 67; Leitfaden der Geschichte, S. 52; Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1934). Nr. 9. S. 229.
365 Fritz Heckert: Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie? Basel 1933. S. 15ff.
366 Kurt Sauerland: Neu beginnen? In: Unsere Zeit (früher: Der Rote Aufbau) (Dezember 1933). Hrsg. v. Willi Münzenberg. Paris. H. 16. S. 54.

zwar auf der Grundlage der Forderung: „für die Diktatur des Proletariats und das Sowjetsystem“.[367]

Fünftens war die Annahme der KPD, sie könne die alten Kampfformen beibehalten, völlig verfehlt. Der kommunistische Widerstand geriet in ein Dilemma, weil er zwei im Kern unvereinbare Ziele verfolgte: Einerseits sollte der Widerstand Massenwirksamkeit zeigen, sich also nach außen richten, andererseits musste er aufgrund der Verfolgung illegal praktiziert werden. Die Exil-KPD-Leitung wollte noch den „Massenwiderstand“, als die Widerstandsgruppen im Reich durch Verhaftungswellen längst gezwungen waren, sich konspirativ abzuschirmen.[368] Dennoch verlangte Wilhelm Pieck im Dezember 1933, die „Aktionen auf eine höhere Stufe zu heben“, sie müssten „durch die ökonomischen Kämpfe zu politischen Streiks gesteigert werden“.[369]

Neben solchen aberwitzigen Losungen stand allmählich die Erkenntnis, dass Hitlers Herrschaft in Deutschland „Herd der europäischen Kriegsvorbereitungen“ war und deshalb effektive Formen des illegalen Kampfes gefunden werden mussten.

Im Untergrund und Exil

Ungeachtet der hohen Verluste der regionalen und lokalen Parteiorganisationen setzten diese ihre Aktivitäten 1933 und 1934 fort. Dabei wurde die Gefahr für die Illegalen immer größer, die zu erwartenden Strafen immer härter. Schließlich hatte Göring als Preußischer Innenminister der Polizei am 4. Oktober 1933 befohlen, selbst gegen Verteiler kommunistischer Flugblätter, die auf Anruf nicht sofort stehenblieben, „rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen“. Er versprach, Beamte zu decken, die „in Ausübung dieses Befehls handeln“ und drohte bei „zaghaftem“ Vorgehen „Bestrafung“ an.[370] Kommunisten wurden wie Freiwild behandelt und mussten schon bei geringer illegaler Tätigkeit mit dem Tod rechnen. Umso höher ist ihr Einsatz zu bewerten. Es gelang dem illegalen Apparat der KPD 1933 und 1934 immer wieder „Die Rote Fahne“ zu verbreiten, Flugblätter und selbst Tarnbroschüren herzustellen und zu verteilen.[371] Noch 1935 und 1936 wurden Tarnschriften im Ausland gedruckt und illegal für kommunistische Aktivisten nach Deutschland geschleust, z. B. Piecks

---

367 Kurt Heinrich: Wels und Trotzki. Eine Abrechnung. Basel 1934. S. 18; Vgl. auch A. Fogarasi: Der Bankrott der Theorien des Sozialfaschismus am Ende der kapitalistischen Stabilisierung. Moskau/Leningrad 1934. S. 122.

368 Vgl. zum Verhältnis Exil – Widerstand Beatrix Herlemann: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Königstein/Ts. 1982. S. 8ff.

369 Pieck, Wir kämpfen, S. 12.

370 Faksimile abgedruckt bei Margot Pikarski, Günter Uebel: Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945. Berlin (Ost) 1980. S. 47.

371 Pikarski, Uebel, Die KPD lebt, S. 47; Zum Widerstand siehe auch Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus.

Rede auf der „Brüsseler Konferenz" der KPD 1935 (getarnt als A. Kosch: Pilze, Beeren, Wildgemüse). Ebenso Dimitrovs Rede vor dem VII. Weltkongress der Komintern (Mappes: Ratgeber für den Haus-, Schreber- und Siedlergarten).[372]

Die KPD konnte 1933 und 1934 illegal nur bestehen dank der Einsatzbereitschaft ihrer Funktionäre, die der Partei die Treue hielten und für sie kämpften. Selbst die Gestapo musste zugeben: „Trotz schärfster Überwachung der KPD-Bewegung, verhältnismäßig schneller Zerschlagung der einzelnen Organisationszellen und abschreckender Strafen für die zahlreich festgenommenen Funktionäre finden sich immer wieder Personen, die sich der illegalen KPD-Arbeit zur Verfügung stellen und versuchen, den Organisationsapparat neu aufzuziehen."[373]

Zunehmend verlagerte sich die Anleitung des Widerstandes ins Exil. Bereits im Mai 1933 emigrierte ein Teil des Polbüros nämlich Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Wilhelm Florin nach Paris und bildete dort die Auslandsleitung. John Schehr, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Walter Ulbricht blieben noch in Berlin. Wegen der immer größer werdenden Gefahr siedelten dann im Herbst auch Schubert, Schulte und Ulbricht nach Paris über. John Schehr, der die Partei vom Inland aus leiten sollte, wurde im November 1933 verhaftet und im Februar 1934 ermordet. Zu dieser Zeit waren von den übrigen Mitgliedern und Kandidaten des Polbüros von 1932 Ernst Thälmann, Wilhelm Kasper und Helene Overlach in Deutschland inhaftiert, Leo Flieg, Hermann Remmele und Heinz Neumann bereits degradiert, war Wilhelm Hein als Überläufer zur NSDAP aus der KPD ausgeschlossen und lebte Fritz Heckert in der UdSSR. Schon bei der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern zeigten die Diskussionen im EKKI, wie schwierig sich selbst dort die Umstellung der Generallinie erwies (vgl. Dok. 347, 350, 353). Bei der Dichte der im Folgenden abgedruckten Dokumente und damit neuer Quellenbelege braucht die Anleitung der KPD durch die Moskauer Führung hier nicht näher thematisiert zu werden.

Innerhalb der KPD-Spitze, die sich der politischen Änderung anpassen musste, kam es im Herbst 1934 zu Differenzen. Eine Mehrheit im Politbüro (Schubert, Schulte, Florin, Dahlem und Heckert) wollte die ultralinke Politik fortsetzen, während Pieck und Ulbricht nach der vorsichtigen Kursänderung der Komintern sofort umschwenkten. Sie erhielten dafür die Unterstützung von Georgi Dimitrov, der sich durch sein mutiges Auftreten im Reichstagsbrand-Prozess hohes Ansehen erworben hatte und inzwischen die Komintern leitete. Im Oktober 1934 wurden die KPD-Führer gerügt, weil ihre Politik nicht elastisch genug sei. Daraufhin gaben Dahlem, Florin und Heckert ihre starren Positionen auf, Schubert und Schulte waren isoliert. Die Exil-KPD-Führung korrigierte ihre Linie. Im Januar 1935 sprach sich das ZK für die „proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen

372 Vgl. Tarnschriften der KPD aus dem antifaschistischen Widerstandskampf. Berlin (Ost) 1986 (mit 12 orginalgetreuen Tarnschriften).

373 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Aachen 1026; Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Bd. 2. Berlin (Ost) 1958. S. 344.

Diktatur“ aus. Doch Änderungen waren nur schrittweise zu bemerken, noch wurde zu einer „Volksrevolution für ein freies sozialistisches Deutschland der Rätemacht“ aufgerufen.[374]

VII. Weltkongress der Komintern

1935 bestätigte der VII. Weltkongress der Komintern den neuen Kurs der „Einheits- und Volksfront“. Dimitrov griff die seit Dezember 1933 geltende Definition des Faschismus abermals auf. Er bezeichnete ihn als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ und nannte den „Faschismus deutschen Schlages“ die „reaktionärste Abart des Faschismus“.[375] Die Komintern trat nun zur Abwehr dieses Faschismus „bedingungslos“ für die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und die Volksfront mit allen Antifaschisten ein.

Der VII. Weltkongress der Komintern tagte drei Wochen lang (25.7.–20.8.1935) in Moskau. Das Protokoll gestattet einen teilweisen Überblick, daraus wird hier zitiert.[376] Auf drei Probleme ist dabei hinzuweisen.

Erstens die Vergötterung Stalins war unübersehbar. Er gehörte nicht zu den Rednern, wurde aber als der „große Führer“ gefeiert. Das zeigte sich gleich am Beginn des Kongresses, als er ins Präsidium „gewählt“ wurde und das Protokoll „stürmischen, nicht endenwollenden Beifall, Ovationen, Hurrarufe“ verzeichnete. Und sofort wurde auf Antrag Togliattis eine „Begrüßung“ an „den Genossen Stalin, den Führer, Lehrer, und Freund der Proletarier und Unterdrückten der ganzen Welt“, „unter ungeheurem Beifall und Hurra-Rufen der Delegierten“ angenommen. Im „Namen von 65 kommunistischen Parteien“ wurde ihm „versichert“, „daß die Kommunisten immer und überall bis zum Ende dem großen unbesiegbaren Banner Marx’ und Engels’, Lenins und Stalins die Treue bewahren werden. Unter diesem Banner wird der Kommunismus in der ganzen Welt triumphieren“ (S. 26).

Alle Redner priesen Stalin in irgendeiner Weise. Ob ein „Jungpionier“ im Namen der „Sowjetjugend“, der „glücklichsten Jugend der Welt“, ausrief: „ Es lebe unser geliebter Stalin“, oder ob der Vertreter des ZK der KP Chinas von „Stalinscher Sachlichkeit, Stalinscher Weisheit, Stalinschem Glauben an die Richtigkeit unserer Sache

374 Vgl. Die Kommunistische Internationale (1935). Heft 8. Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 348ff.

375 G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Ungekürzte Ausg.). Bd. 1. Stuttgart 1976. S. 322f.

376 Auch das angeblich „ungekürzte“ Protokoll von einer maoistischen Gruppe herausgegeben (vgl. ebda.) konnte nicht alle Beiträge veröffentlichen; Vgl. z. B. den Beitrag von Vasil’ev (unten, Dok. 365), die Rede Ulbrichts (Dok. 363) ist nicht gleichlautend mit den Ausführungen „Walters“ im Protokoll. Bd. 2. S. 511ff.

und vom Stalinschen Willen zum Sieg" sprach und am Schluss sagte: „Es lebe unser Führer und Lehrer, der Genosse Stalin" (S. 14). Der Kongress stand im Zeichen Stalins, der 1935 uneingeschränkt die KPdSU, die Sowjetunion und somit auch die Komintern diktierte. Stalin saß nicht nur im Präsidium des Kongresses, sein Konterfei prangte auch riesig (neben Bildern von Marx, Engels und Lenin) auf einem Transparent hinter diesem Präsidium.[377] Stalin selbst hielt keine Rede auf dem Kongress, und musste das auch nicht, denn er war der bestimmende Mann.

Allerdings hatte sich die Bedeutung der Weltkongresse verringert, was schon die Zeitabstände anzeigten: von 1919 bis 1922 tagten die Weltkongresse jährlich, dann wieder 1924 und danach erst 1928, 1935 lagen sogar sieben Jahre dazwischen. Das EKKI und seine Organe bestimmten die Politik, die bereits lange vor 1935 von Stalin dirigiert wurden. Insofern war der VII. Weltkongress 1935 lediglich die plakative Bestätigung der Rolle Stalins. Höhepunkt nach außen war die neue Linie der Einheitsfront und Volksfront. Sie trat nun offiziell an die Stelle der ultralinken Politik seit 1928. Doch die Kritik an der alten Strategie blieb mehr als halbherzig. Von den einzelnen Sektionen wurde Selbstkritik verlangt, obwohl ihnen doch das EKKI und Stalin die verheerende Strategie ab 1929 aufgezwungen hatten.

Zweitens gab es keine wirkliche Selbstkritik. Sie fehlte auch im Rechenschaftsbericht des EKKI von Wilhelm Pieck, der aber endlich sagte, das „deutsche Proletariat hat eine Niederlage erlitten", denn anderthalb Jahre zuvor hatte er noch das Gegenteil behauptet. Und als wären anonyme Kräfte am Werk gewesen, verwies er auf „Fehler", die sich aus der „absolut falschen Vorstellung" ergeben hätten, „daß sämtliche bürgerlichen Parteien faschistisch seien". Pieck griff zur Lüge, als er die „sektiererischen Einstellungen" kritisierte, die aber „weder mit den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin [!] noch mit den Beschlüssen des VI. Kongresses der Komintern etwas gemeinsam hatten".

Die neue Politik der Einheitsfront stützte sich auf Legenden über die Geschichte des Kommunismus. Umso erstaunlicher ist, dass einer der ersten Diskussionsredner zum Rechenschaftsbericht, der Brite John Campbell (vorher noch ins Präsidium gewählt und „mit Beifall begrüßt") fragte, warum nur Sektionen für die „sektiererische Politik" verantwortlich gemacht würden. Denn: „Kann das Exekutivkomitee sagen, daß die Schuld in dieser Beziehung ausschließlich bei den einzelnen Parteien liegt?" Das EKKI solle sich „nicht darauf beschränken" die Sektionen zu kritisieren, sondern auch wie es selbst „reagiert hat". Auch meinte er „die Lage in Deutschland" erfordere „eine gründlichere Prüfung" als „sie Genosse Pieck in seiner Rede vornehmen konnte".

Die verklausulierte Kritik Campbells läutete jedoch keine Debatte über die Linie des EKKI ein; sie blieb ein Einzelfall. Alle Redner gingen nur auf ihre jeweilige Sektion ein. Pieck wischte in seinem Schlusswort Campbells Einwände weg. Und dieser – wie

377 Vgl. Die Kommunistische Internationale 1919–1943. Bilder und Dokumente. Berlin (Ost) 1984. S. 234.

sämtliche Delegierten – fügte sich der Regie. Dadurch blieb das EKKI ebenso unangetastet wie der Glorienschein Stalins, der ja „immer recht hatte".

Eine *dritte* Auffälligkeit des VII. Kongresses ist die fast völlige Negierung der Anfänge einer blutigen „Säuberung" durch Stalin, die sich von 1936 bis 1938 zur größten Kommunistenverfolgung entwickelte. In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale" war der Beginn von Repressalien auch gegen Kommunisten bereits Anfang 1935 thematisiert worden. Der Leiter der Komintern-Kaderabteilung hatte schon im Oktober 1934 eine Säuberung der deutschen Emigration in der UdSSR angekündigt. Doch in der Resolution des Kongresses zum Referat von Manuil'skij Mitte August hieß es nur, Fortschritte seien „erzielt" worden im Kampf „gegen den Rechts- und Linksopportunismus" (S. 1008). Im Referat selbst hatte er das Problem lediglich am Rande gestreift, bei der Ehrung des 1934 ermordeten Kirov. Fast beiläufig sagte Manuil'skij, dieser „Liebling der ganzen Partei" sei von „gemeinen, abscheulichen und niederträchtigen Degeneraten vom Sinowjew-trotzkistischen Block" ermordet worden (S. 934). Warum Stalin die „Säuberungen" auf dem Kongress nicht öffentlich ausschlachtete, bleibt unklar.

Die Angebote der Kommunisten zur Bildung einer Volksfront aus allen Gegnern des Faschismus standen im Mittelpunkt. Schließlich hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und Deutschland, zwischen Stalin und Hitler, im Ton und Inhalt radikal verschärft. Wohl auch mit Rücksicht auf die sowjetische Außenpolitik sollten die Säuberungen noch nicht zum zentralen Thema gemacht werden.

Drohender Terror

Doch die Säuberungen waren zur Zeit des Kongresses, im Sommer 1935, bereits im Gange. Am 1. Dezember 1934 war Kirov ermordet worden. Zwei Wochen später, am 16. Dezember, wurden Sinowjew, Kamenev u. a. verhaftet.[378] Am 29. Dezember wurden 14 „Sinowjewisten" (darunter der Attentäter Nikolaev) zum Tode verurteilt und sofort erschossen. Sinowjew, Kamenev, Jevdokimov u. a. wurden am 13. Januar angeklagt, am 15. und 16. Januar 1935 fand der Prozess gegen sie und insgesamt 19 Angeklagte statt, die angeblich eine „illegale konterrevolutionäre Gruppe", das „Moskauer Zentrum", gebildet hatten. Sinowjew wurde zu zehn und Kamenev zu fünf Jahren Haft verurteilt (Kamenev in einem zweiten Prozess ebenfalls zu zehn Jahren).[379]

Nicht nur die sowjetischen Zeitungen, allen voran die „Pravda", begrüßten das Urteil gegen die „schurkische Arbeit der Sinowjewleute" (18. Januar 1935), auch die „Kommunistische Internationale" hatte in Heft 2 vom 20. Januar 1935 als „Aufmacher"

378 Zu den Einzelheiten vgl. Wadim S. Rogowin: Vor dem großen Terror. Stalins Neo-Nöp. Essen 2000. S. 107ff.

379 Es erschien dazu nur eine Broschüre mit der Anklage und dem Urteil; Vgl. „Anklage und Urteil gegen die illegal konterrevolutionäre Sinowjewgruppe". Moskau/Leningrad 1935 (62 Seiten).

gemeldet: „Vom Verrat an der Partei – zum faschistisch-weißgardistischen Attentat" und brachte als zweiten Artikel einen von B. Ponomarev: „Über die Sinowjew-Opposition und ihren konterrevolutionären Abschaum" (S. 123ff.). Dessen Schluss lautete: „Kein Erbarmen mit diesen Feinden! Mehr Wachsamkeit" (S. 142). Aber in den folgenden Nummern dieser zentralen Zeitschrift des EKKI von Februar bis August 1935 wurde das Thema nicht mehr erwähnt. Erst Heft 17/18 vom 20. September 1935 veröffentlichte das Referat Manuil'skijs und gab damit Hinweise auf den Prozess gegen die „Sinowjewisten" Anfang 1935. Inzwischen gingen die Vorbereitungen zu den blutigen Säuberungen in der KPdSU jedoch weiter. Der Stalinist Jaroslavskij bezeichnete 1935 im Moskauer „Parteiverlag" (1936 in deutsch erschienen)[380] Sinowjew, Kamenev u. a. als „Faschisten" und forderte von „Kommunisten" eine „immer größere Wachsamkeit" „zur Entlarvung des Klassenfeindes, hinter welcher Maske immer er sich verstecken mag".[381] Die Weichen zur Verfolgung von Kommunisten waren gestellt.

Erst die letzte Jahrgangsnummer der „Kommunistischen Internationale" (Nr. 21 vom 20. Dezember 1935) ließ etwas ahnen von der heraufziehenden Katastrophe, selbst in den Reihen der Kommunisten. In diesem Heft des Zentralorgans der Komintern ritt Klement Gottwald, der dank Stalin zum „Führer" der KP der ČSR aufgestiegen war, unter dem harmlosen Titel „Zwischen zwei Stühlen kann man nicht sitzen", eine Attacke gegen den Sozialisten Otto Bauer. Tatsächlich war das für Eingeweihte aber eine Warnung vor „Trotzkisten", zu denen hier alle „Abweichler" zählten. „Wer in der Arbeiterklasse ehrlich ist, scheut den Trotzkismus wie die Pest. Denn der Trotzkismus ist im wahren Sinne des Wortes eine Agentur der internationalen Konterrevolution. Er ist ein gemeiner, heimtückischer und bösartiger Feind der Arbeiterbewegung. Er ist eine konterrevolutionäre Kloake, aus der der Mörder des Genossen Kirow hervorging" (S. 1869f.). Damit wurde also klar, dass „Trotzkisten" zu „vernichten" seien. Das gleiche Heft meldete auch den Ausschluss Torglers aus der KPD. Außerdem wurden die bulgarischen Mitangeklagten im Reichstagsbrandprozess, Popov und Tanev gerügt und ihnen der „heroischen Kampf" Dimitrovs gegenübergestellt.

Ab 1936 erreichte dann der blutige Stalinsche Terror einen Höhepunkt. Dies wurde inzwischen in der wissenschaftlichen Literatur genau untersucht und die Dokumente dieses Bandes belegen weitere Einzelheiten (vgl. z. B. Dok. 374, 384ff., 399–405, 413–426, 428, 431, 439 usw.). Mit den Säuberungen begann eine neue Phase der Beziehungen zwischen Stalin, der Komintern und der KPD. Nach der längst bestehenden völligen Abhängigkeit der KPD-Führung folgte nun die „Vernichtung" eines großteils der in die Sowjetunion geflüchteten „Kader" der deutschen Kommunisten – und die Angst und Unterwürfigkeit der Überlebenden wuchs. Schließlich hatte Stalin (vgl. Dok. 430) zur „Auslöschung aller Staatsfeinde" und selbst ihrer Familien aufgerufen.

---

380 E. Jaroslawski: Was fordert die Partei von Kommunisten. Moskau/Leningrad 1936. Vgl. jetzt zu Jaroslavskij Sandra Dahlke: Eml'jan Jaroslavskij. Individuum und Herrschaft im Stalinismus. München 2009.
381 Ebda., S. 91.

Die neue Generallinie

Kurz nach dem VII. Weltkongress fand vom 3. bis 15. Oktober 1935 in Moskau auch eine Tagung der KPD statt, zunächst als „IV. Parteikonferenz", dann aus Tarnungsgründen als „Brüsseler Konferenz" bezeichnet. Einige Delegierte kamen aus der Untergrundarbeit in Deutschland, die meisten waren aus der Emigration angereist. Das Hauptreferat hielt Wilhelm Pieck, den diese Konferenz zum Vorsitzenden der Partei wählte. Einerseits betonte er die bisherige „richtige Generallinie" der KPD, bekannte andererseits, in der Strategie und Taktik habe es „ernste Verfehlungen" gegeben. „Da wir selbst die faschistische Gefahr unterschätzten und sie der Arbeiterschaft nicht genügend signalisierten, im Gegenteil nach wie vor unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie und gegen die bürgerliche Demokratie richteten, so konnte es nicht ausbleiben, daß wir nicht vermochten, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren."[382]

An ihrem bedingungslosen Bekenntnis zur Sowjetunion und Stalin änderte die Exil-KPD nichts. Dadurch blieb die Selbstkritik heuchlerisch und das wirkliche Ausmaß der eigenen Fehler wurde vertuscht. Doch bejahte die KPD nun die demokratischen Freiheiten, ja sie stellte „den Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes" (vgl. Dok. 370). Schubert, Schulte u. a. Parteiführer wurden aus der Parteispitze entfernt und später während der Säuberungen ermordet. Die folgenden KPD-Versuche zur Bildung einer „Volksfront" entsprechend der Komintern-Generallinie blieben ergebnislos. Hier braucht darauf nicht genauer eingegangen zu werden.[383]

Die geänderte Generallinie war für die kommunistische Emigration bedeutsam, blieb aber offenbar bei Mitgliedern in Deutschland vielfach unbekannt, denn der kommunistische Widerstand gegen die NS-Diktatur konnte, durch Verhaftungswellen der Gestapo stark dezimiert, nur noch sporadisch operieren. Die katastrophalen Verluste an Führungskadern und Funktionären zwangen die KPD-Spitze 1935 zur Umstellung ihrer Leitungsmethoden. Der Versuch, eine Massenpartei in die Illegalität zu überführen, war ebenso gescheitert wie ihre traditionellen Organisationsformen. Nun bemühte sich die Parteiführung, den Widerstand, statt in hierarchischen Territorialorganisationen, in kleinsten Gruppen zu praktizieren. Diese sollten vom Ausland aus von Abschnittsleitungen mit ihren „Instrukteuren" gesteuert werden.

---

382 Erwin Lewin, Elke Reuter, Stefan Weber (Hrsg.): Protokoll der „Brüsseler Konferenz" der KPD 1935. 2 Bde. München 1997. Mittlerweile liegt das vollständige Protokoll der „Brüsseler Konferenz" vor, vgl. Günther Fuchs [u. a.] (Hrsg.): Die Brüsseler Konferenz von 1935 auf CD-Rom. Berlin 2000; Vgl. auch Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus, S. 127ff., sowie Reinhard Müller: Heinz Neumanns Bußrituale – auch ein Nachtrag zum Protokoll der „Brüsseler Konferenz" der KPD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 319ff.

383 Vgl. die umfangreiche Arbeit von Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939. 3 Bde. Berlin 2004, sowie die Dokumente im vorliegenden Band.

Für den kommunistischen Widerstand waren indes die neuen Organisationsstrukturen zunehmend marginal, da die Kontakte zu den illegalen Gruppen immer öfter abrissen. Der Überwachungsstaat zwang die Illegalen, sich auf kleine Zirkel zu beschränken, die nach außen kaum in Erscheinung traten. Mehr und mehr gelang es der Gestapo (auch durch Spitzel), Neuansätze des kommunistischen Untergrundes rasch zu zerschlagen. Der kommunistische Widerstand ging von Jahr zu Jahr zurück, was auch die sinkende Zahl von verhafteten Kommunisten anzeigt: 1935 15.000, 1936 11.000, 1937 8.000, 1938 3.500. Doch zugleich belegen diese Zahlen, dass es weiterhin kommunistische Aktivisten gab, allerdings handelte es sich oftmals um isolierte Einzelkämpfer. Die „heroische Phase" des kommunistischen Massenwiderstands war zu Ende. „Die Mehrzahl der Parteimitglieder beschränkte sich fortan auf die Wahrung des Zusammenhalts im kleinen Kreis, auf das Abhören ausländischer Sender und die Bestärkung der Gesinnung durch Diskussionen unter Vertrauten. Das war unspektakulär, aber genau das, was bei nüchterner Lagebeurteilung möglich war."[384]

Das Hauptproblem der deutschen Sektion der Komintern bestand nach 1933 in ihrer völligen Abhängigkeit von der Sowjetunion Stalins. Dies brachte die Widerstandskämpfer in eine schwierige Situation: Sie wollten die brutale Hitler-Diktatur in Deutschland stürzen, aber zugleich verteidigten und verherrlichten sie die brutale Stalin-Diktatur in der Sowjetunion. Die UdSSR blieb ihr Vorbild und „Vaterland". Zu den Opfern der KPD gehörten damals nicht nur die in Hitler-Deutschland Ermordeten, sondern auch die in die UdSSR Geflüchteten, die dort vom Stalin-Terror umgebracht wurden.

Allein von den 1.675 Spitzenführern der KPD kam zwischen 1919 und 1945 fast jeder Dritte gewaltsam ums Leben, davon 256 unter Hitler, aber sogar 208 unter Stalin. Und von der obersten KPD-Führung, dem Polbüro, wurden mehr unter Stalin ermordet (nämlich Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Heinrich Süsskind) als unter Hitler (Karl Becker, John Schehr, Ernst Schneller, Werner Scholem, Walter Stoecker und Ernst Thälmann).[385]

Die Schauprozesse und ihre Auswirkungen auf die KPD

Die Komintern war Stalin zunehmend suspekt, in den Säuberungen gab er seinem Geheimdienst, dem NKWD freie Hand bei Repressalien gegen das EKKI und andere Emigranten. Bereits am 3. Januar 1936 schrieb Stalins Vertrauensmann in der Komintern, Manuil'skij, an den NKWD-Säuberer Ežov (vgl. Dok. 374), die „gesamte Polite-

384 Detlev J. K. Peukert: Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. v. Jürgen Schmädeke u. Peter Steinbach. München 1985. S. 882.
385 Vgl. Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, 2. Aufl., S. 10.

migration“ müsse überprüft werden.[386] Am schlimmsten traf es die polnischen Kommunisten. Von ca. 4.000 KP-Funktionären überlebten fast nur solche, die damals in polnischen Gefängnissen inhaftiert waren.[387]

Zahlreiche EKKI-Führer wurden Opfer der Stalinschen Säuberungen. Die beiden ehemaligen Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und Bucharin wurden nach Schauprozessen hingerichtet. Zugleich wurde der Apparat der Komintern dezimiert, wichtige Kader liquidiert. Dem Terror fielen zum Opfer: Osip Pjatnickij, der Leiter des Organisationsbüros und „graue Eminenz“ der Komintern, ebenso Iakov Mirov-Abramov, der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen (OMS), oder Leiter der Kaderabteilung wie G. Alichano und Anton Kraevskij. Ermordet wurden Béla Kun, der Führer der ungarischen Räterepublik von 1919 und Chef des Balkanreferats sowie Wilhelm Knorin, verantwortlich für das Mitteleuropäische Sekretariat. Mit diesen international bekannten Kominternfunktionären verhaftete und ermordete das NKWD deren engste Mitarbeiter, wodurch während der Säuberungen ganze Abteilungen des EKKI-Apparates verschwanden. „Infolge der Repressalien war der EKKI-Apparat im Grunde lahmgelegt.“[388] Eine Liste der Komintern-Mitarbeiter, die in Moskau verhaftet und erschossen wurden, umfasst weit über 200 Personen.[389]

Der Massenterror kostete Millionen Sowjetbürgern das Leben, auch eine Million Kommunisten erlitten Repressalien. In den Stalinschen Säuberungen sind fast alle Führer der Zeit der Oktoberrevolution „liquidiert“ worden, viele von ihnen nach den berüchtigten drei Moskauer Schauprozessen. Inzwischen ist bekannt, dass ein vierter Prozess „gegen ehemalige führende Funktionäre der Komintern, den Apparat der Komintern und Funktionäre von einzelnen KPs“, darunter der KPD, vorbereitet worden war,[390] der dann jedoch nicht stattfand. Über den Stalinschen Terror, die

386 Das Dokument ist auch abgedruckt in Herman Weber, Ulrich Mählert: Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. 2. Aufl. Paderborn 2001. S. 601ff.

387 Vgl. u. a. Feliks Tych: Versuch eines Kollektivporträts polnischer Kommunisten. In: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Hrsg. v. Michael Buckmiller u. Klaus Meschkat. Berlin 2007. S. 93ff. Zur Problematik auch der Hinweis in Neues Deutschland (8.12.2008). S. 8.

388 F. I. Firsow: „Säuberungen“ im Apparat der Komintern. In: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den Kommunistischen Parteien Europas seit den Dreißiger Jahren. Hrsg. v. Hermann Weber u. Dietrich Staritz. Berlin 1993. S. 37; Vgl. auch Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes. In: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 103ff.

389 Vgl. Buckmiller, Meschkat, Biographisches Handbuch, S. 408ff. Zur Struktur der Komintern vgl. Bernhard H. Bayerlein: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistsichen Internationale und ihre Klassifizierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2004). S. 181–270; Vgl. auch Gabor Székely: Béla Kun, György Lucás, Imre Nagy und die Säuberungen in Moskau. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 329ff. sowie Peter Huber: Überlebenschancen in den Chefetagen der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010). S. 163ff.

390 Vgl. Reinhard Müller: Der Fall des „Antikomintern-Blocks“ – vierter Moskauer Schauprozess? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1996). S. 187ff.; Vgl. auch Alexander Vatlin:

„Säuberungen", gibt es inzwischen eine riesige Anzahl von Veröffentlichung, auf die verwiesen werden kann.[391] Auch im vorliegenden Band geben früher geheime Dokumente neue Einsichten (vgl. z. B. Dok. 384–393, 399–405). Hier nur einige Angaben über das Verhältnis der KPD zu den Prozessen.

Der erste der drei großen spektakulären Moskauer Schauprozesse gegen Sinowjew, Kamenev, I. N. Smirnov u. a. fand vom 19. bis 24. August 1936 statt. Neben berühmten Führern des Sowjetkommunismus standen in der Öffentlichkeit kaum bekannte Angeklagte vor Gericht. Der offizielle Bericht[392] gibt darüber Auskunft. In der darin abgedruckten Anklageschrift werden unter den 16 Angeklagten auch genannt: „Olberg, V. P., Berman-Jurin, K. B., Fritz David (Krugljanski, I. I.), M. Lurie und N. Lurie." Im Urteil (S. 180) werden fünf Personen beschrieben: „12. Fritz David, alias Krugljanski, Ilja-David Israilewitsch, geboren 1897, Angestellter. 13. Olberg, Valentin Pawlowitsch, geboren 1907, Angestellter; 14. Berman-Jurin, Konon Borissowitsch, alias Alexander Fomitsch, geboren 1901, Angestellter; 15. Lurie, Moisej Iljitsch, alias Emel, Alexander, geboren 1897, Angestellter; 16. Lurie, Natan Lasarewitsch , geboren 1901, Angestellter"

KPD-Funktionäre im 1. Schauprozess

Damit bestätigte dieser „Prozessbericht", dass zwei führende Funktionäre der KPD bereits im Schauprozess 1936 (zum Tode) verurteilt wurden: Fritz David war Mitarbeiter des ZK, Parteiideologe, dessen Buch „Der Bankrott des Reformismus", die KPD 1932 verbreitet hatte. In der sowjetischen Emigration, als engster Mitarbeiter Wilhelm Piecks, erarbeitete David 1935 wesentliche Teile des Entwurfs der Resolution der „Brüsseler Konferenz" der KPD. Im Urteil wurde zudem die Identität M. Luries als zweiter führender KPD-Funktionär enthüllt: er war unter dem Namen Alexander Emel von 1929 bis 1931 stellvertretender Leiter der Abteilung Agitprop des ZK der KPD. In ihrer Schriftenreihe „Lehrbücher für den proletarischen Klassenkampf" gab die KPD 1930 als Band 1 Emels „Leitfaden zur Geschichte der Arbeiterbewegung bis 1914" heraus. Wegen „antibolschewistischer" Auffassungen 1931 abgesetzt, arbeitete

---

Kaderpolitik und Säuberung in der Komintern. In: Weber, Mählert, Terror, S. 33ff. oder Fritz N. Platten: Vom Zürcher Regen in die Moskauer Traufe. In: Weber, Mählert, Terror, S. 167ff.

391 Vgl. z. B. die zahlreichen Beiträge im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Zum Forschungsstand u. a. Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalinscher Terror 1934–1941. Berlin 2002, mit großen Literaturverzeichnis und kommentierten Personenregister; Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936–1938. Berlin 2007; Helmut Dahmer: Die Moskauer Prozesse 1936–1938 und Stalins Massenterror. Berlin 2008.

392 Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums: Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, 19.–24. August 1936. Moskau 1936.

er aber Ende 1932 wieder in der Agitprop-Abteilung. David und Emel waren also am Ende der Weimarer Republik wichtige Ideologen der KPD.

Der dritte angeklagte KPD-Funktionär, Berman-Jurin, war in Deutschland als „Hans Stauer“ tätig, was aber 1936 unerwähnt blieb. Er arbeitete von 1929 bis 1933 als Agitpropsekretär in der Berliner KPD. Ein vierter Angeklagter, Valentin Olberg, wirkte bis 1933 ebenfalls in Deutschland, aber nicht in der KPD, sondern – offensichtlich im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes, – in linkskommunistischen Gruppen.[393] Der fünfte Angeklagte, der Arzt N. Lurie, besaß in den 1920er Jahren keine so hohe Funktion in der KPD wie sein Namensvetter, war aber in der Partei aktiv, bis er 1932 in die UdSSR übersiedelte. Das wurde im Prozess nicht erwähnt, sondern erst bei der Rehabilitierung aller 16 Angeklagten im Juni 1988 vom Obersten Gerichte der UdSSR.[394] Diese Angeklagten sollten „beweisen“, dass Trotzki vom Ausland aus „Terrorakte in der Sowjetunion“ plante, und zwar in Zusammenarbeit mit den „deutschen Faschisten“. Die Anklageschrift behauptete: „Fritz David (Krugljanski, I. I.) hat ausgesagt: „Trotzki, der mir den Vorschlag machte, nach der UdSSR zu fahren, um Stalin zu ermorden, empfahl mir (...) äußerlich auf der Linie des ZK der KPD zu bleiben.“ Fritz David „gestand“, dass er Stalin auf dem VII. Weltkongress der Kommintern (an dem er noch an der Seite von Wilhelm Pieck teilnahm) ermorden wollte, es sei ihm aber nicht gelungen, an Stalin „heranzukommen“. In Vyšinskijs Plädoyer hieß es: „Fritz David und Berman-Jurin führten mit Trotzki Gespräche über die Ermordung Stalins: Sie empfingen von Trotzki den Auftrag dazu und unternahmen eine Reihe praktischer Schritte, um diesen Auftrag durchzuführen. Genügt dies etwa nicht, um die schwerste Strafe zu verhängen, die unser Gesetz vorsieht – die Erschießung?“

Die Inszenierung des Schauprozesses von 1936 (wie auch der folgenden Tribunale) wurde von Staatsanwalt Vyšinskij unter Anleitung des Politbüros der KPdSU und der NKWD-Führung vorbereitet, wobei Stalin direkt bestimmte.[395] „Mit Wissen und Erlaubnis Stalins wandten die Organe des NKWD den Verhafteten gegenüber weitgehend physische Gewalt, Erpressung, Provokation und Betrug an und im Ergebnis dessen kamen falsche Aussagen (...) zustande“, stellte schon 1957 bei den ersten Rehabilitierungen das Oberste Gericht der UdSSR fest.[396] Diese Praktiken galten für

393 Vgl. dazu Leo Sedow: Rotbuch über den Moskauer Prozeß 1936. Trotzkis Sohn klagt an. 4. Aufl. Frankfurt/M. 1988. S. 34f.; Vgl. zum Prozess auch Fred Schrader: Der Moskauer Prozess 1936. Frankfurt/M. 1995; Anatolij Iwanow: Logik des Alptraums. Berlin 1995.

394 Vgl. Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Aus dem Russischen. Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin 1990. In diesem Band sind Einzelheiten aus den Schauprozessen und Rehabilitierungen enthalten.

395 Vgl. Wladislaw Hedeler: Szenarien des Großen Terrors. In: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Die Vorbereitung der Moskauer Prozesse durch das Politbüro der KPdSU (B) und die Führung des NKWD. Hrsg. v. Klaus Kinner. Leipzig 1999.; Ders.: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Berlin 2003.

396 Schauprozesse unter Stalin, S. 283.

alle Verfahren und damit 1936 auch gegen die Angeklagten aus der KPD (vgl. auch Dok. 386, 387, 391).

Auch frühere KPD-Führer und Opponenten Stalins wurden daher im Prozess angegriffen und „belastet". So hatte angeblich M. Lurie (Emel) seine „Aufträge" von Ruth Fischer und Arkadij Maslow (vgl. auch Dok. 382), den Parteiführern von 1924, erhalten, ebenso wurden der ehemalige Preußische MdL Anton Grylewicz und Alfred Kuhnt vom AM-Apparat der KPD beschuldigt.[397] In allen Plädoyers geiferte Vyšinskij: „Nicht Politiker, sondern eine Bande von Mördern und kriminellen Verbrechern, Diebe, die versuchten, Staatsgut zu stehlen – das stellt diese Kumpanei dar. (...) Ich fordere, daß diese tollgewordenen Hunde allesamt erschossen werden."[398] Nach solchen entwürdigenden Schmähungen wurden alle Angeklagten zum Tode verurteilt und erschossen.

Aufgrund seiner Kenntnisse und logischer Schlussfolgerungen hatte Leon Sedov im „Rotbuch" über den Moskauer Prozess bereits 1936 die Konstruktionen der Anklage als haltloses stalinistisches Lügengebilde enthüllt, was auch das Oberste Sowjetische Gericht mit den Rehabilitierungen 1988 bestätigte.[399] In der Weltöffentlichkeit aber gab es damals viele, die ihre Augen vor Tatsachen verschlossen und Stalins Lügen vertrauten, etwa der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (Dok. 397, 403) oder der britische Kronanwalt D. N. Pritt, der 1936 schrieb: „Gericht, Staatsanwalt und Wache behandelten sie [die Angeklagten] mit Höflichkeit und Geduld." Pritt lobte sogar die „starke Schlußrede" des Staatsanwalts Vyšinskij.[400]

Solche Personen wie David, Emel und Stauer hatten den stalinistischen deutschen Kommunismus mitgeprägt, doch die absurden Anschuldigungen gegen sie im Prozess waren verlogen. Die KPD-Führer, die wussten, dass ein Drittel der Angeklagten einst in ihrer Partei tätig gewesen war, distanzierten sich von den Angeklagten. Sie befürchteten, die „Entlarvung" dieser „Agenten" in Moskau könne als Beispiel von „Nicht-Wachsamkeit" auf sie zurückfallen. Vor allem Pieck war durch den „Fall David" aufs „schwerste betroffen", war dieser doch seine „rechte Hand" gewesen.[401] So reihte sich die KPD-Spitze in den Chor der Schimpfkanonaden gegen die verurteilten bisherigen Genossen ein. Die KPD-Führung erklärte: „Das vom Sowjetgericht gefällte Todesurteil und seine Vollstreckung ist die verdiente Strafe für die unerhörten Verbrechen dieser Banditen. Es gilt, alle noch vorhandenen Überreste des Gesindels unschädlich zu machen."

Da als einzige Ausländer im Prozess fünf KPD-Funktionäre angeklagt waren, folgte die Selbstkritik: „Unter den im Moskauer Gerichtsprozeß entlarvten Mord-

397 Prozessbericht über die Strafsache 1936, S. 93ff. Zu den Personen wieder Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 249, 329, 513, 579.
398 Prozessbericht über die Strafsache 1936, S. 167.
399 Schauprozesse unter Stalin.
400 Der Sinowjew-Prozeß. Von Kronanwalt D. N. Pritt, Mitglied des Englischen Unterhauses. Reichenberg o. J. (1936). S. 17.
401 Vgl. den Brief Piecks an Florin in: In den Fängen des NKWD. Berlin 1991. S. 275ff.

banditen befinden sich auch Leute, denen es infolge unserer absolut ungenügenden Wachsamkeit gelungen ist, sich in die Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands einzuschleichen und die es verstanden die Partei über ihre konterrevolutionäre Tätigkeit zu täuschen. Einer davon, der abgefeimte trotzkistische Schurke Fritz David, der nach seinem ins einzelne gehende Geständnis im persönlichen Auftrag Trotzkis die Ermordung des uns teuersten Menschen, unseres großen Lehrers und Führers, des Genossen Stalin, während seiner Anwesenheit auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale durchführen wollte, gelang es sogar, sich das Vertrauen führender Genossen der KPD zu erschleichen, um unter dieser Deckung seine Mordtat ausführen zu können." Und auf die Selbstkritik folgte erneut die Lobpreisung Stalins, dem sich die KPD-Führer nun noch mehr unterwarfen: „Schließt enger die Reihen um die Sowjetunion, das Land des Sozialismus und des Friedens, um seinen genialen Lenker, den Freund und Führer der um Freiheit und Glück kämpfenden Werktätigen der ganzen Welt, um unseren großen Stalin! 25. August 1936".[402]

Verfolgungen 1937

Nur fünf Monate nach dem ersten Schauprozess fand der zweite in Moskau statt (Dok. 400). Als „sowjetfeindliches trotzkistisches Zentrum" standen vom 23. bis 30. Januar 1937 Pjatakov, Radek, Sokol'nikov, Muralov, insgesamt 17 Altbolschewiki, ehemalige Führer und Funktionäre der KP Russlands, vor Gericht.[403] Unter diesen Angeklagten befand sich kein Funktionär der KPD. „Zuständig" für die deutsche Partei war aber einst jahrelang Karl Radek gewesen.

Welche Verbindungen Radek zur KPD nach 1924 und seinem Ausschluss aus dem ZK der KPdSU wegen seines Bekenntnis zu Trotzki hatte, ist nicht bekannt. Als er 1929 vor Stalin kapitulierte, bestanden keine Kontakte mehr zu Trotzki. Radek war dann von 1932 bis zu seiner Verhaftung 1936 Leiter des Büros für Internationale Informationen des ZK und Agitator des Stalinismus. Ihm hielt der Staatsanwalt Vyšinskij im Prozess 1937 geradezu genüsslich vor, dass er 1935 vor dem Sinowjew-Prozess im ZK-Organ „Bolschewik" von der „trotzkistisch-sinowjewistischen faschistischen Bande" geschrieben hatte. Radek forderte 1935: „Vernichtet dieses Geschmeiß".[404] Nun stand er selbst vor Gericht. Alle Anklagepunkte gegen ihn waren ebenso aus der Luft gegriffen wie die gegen die anderen Altbolschewiken. Immerhin ertrug er zweieinhalb Monate Haft, ehe er „gestand", der bekannte Trotzkist Muralov gab erst nach sieben-

402 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1936). Basel. Heft 42. S.1782ff.
403 Vgl. Prozessbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, vom 23.–30. Januar 1937. Moskau 1937; Vgl. auch Wadim S. Rogonow: 1937. Jahr des Terrors. Essen 1998; Sowie Why did they „Confess"? A Study of the Radek-Pjatakov Trial. New York o. J. (1937).
404 Prozessbericht 1937, S. 529.

einhalb Monaten Folter auf.[405] Der Schauprozess von 1937 folgte der üblichen Regie: wieder dienten erpresste, absurde Geständnisse als einziger Beweis für die angebliche Spionage und die „Vorbereitung terroristischer Akte", d. h. Mordanschläge gegen Stalin und seine „Mitstreiter".

Unter den emigrierten deutschen Kommunisten in der Sowjetunion brachte das Jahr 1937 den schlimmsten Aderlass. Es war ohnehin der fürchterliche „Gipfel" der Säuberungen. Darüber gibt es umfangreiche Untersuchungen, auf die verwiesen werden kann.[406] Ebenso sind in diesem Band Dokumente zu finden (vgl. Dok. 399–405, 413, 414, 418–430). Inzwischen ist belegt, dass auch Familienangehörige der Opfer Verfolgungen ausgesetzt waren.[407]

Die Angst, die im „Großen Terror" in der Sowjetunion herrschte, gab es natürlich ebenso in den Kreisen der deutschen kommunistischen Emigranten. Das sich überschlagende Bekenntnis der Exil-KPD zu Stalin und seine Glorifizierung hatte vielfältige Gründe, etwa die Unterordnung unter die Komintern, und entsprang zugleich Angst. Wie schon 1936 machte die KPD-Führung sofort nach dem Schauprozess vom Januar 1937 ihren Kotau vor Stalin: „Im Namen des antifaschistischen Deutschlands sprechen wir unsere volle Übereinstimmung mit dem Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion gegen die trotzkistische Verbrecherbande von Arbeitermördern und Vaterlandsverrätern aus. Wir bringen unsere engste, brüderlichste Verbundenheit mit dem großen Sowjetvolk und seiner bolschewistischen Führung der Partei Lenins und Stalins, mit dem Rufe zum Ausdruck: Es lebe der große Führer, Lehrer und Freund des gesamten werktätigen Volkes! Es lebe unser Stalin! 1. Februar 1937".[408]

405 Schauprozesse unter Stalin, S. 190.

406 Vgl. z. B. Wadim Rogowin: 1937 Jahr des Terrors. Essen 1998; Hermann Weber: „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt/M. 1989. 3. Aufl. Berlin 1990; In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinschen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991; Wilhelm Mensing: Von der Ruhr in den Gulag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet. Essen 2001; Reinhard Müller (Mitwirkung Natalija Mussijemko): „Wir kommen alle dran". Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion. In : Weber, Mählert, Terror, S. 121ff.; Ders.: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg 2001; Nikita Ochotin, Arsenie Roginski: Zur Geschichte der „deutschen Operation" des NKWD 1937–1938. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001). S. 89ff.; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. Münster 1996; Ulla Plener, Natalia Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38. Berlin 2006; David Pike: Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933–1945. Frankfurt/M. 1981. S. 217ff.; Siegfried Bahne: Die Verfolgung deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. In: Hermann Weber, Dietrich Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin 1993. S. 236ff.

407 Vgl. Wladislaw Hedeler: Sippenhaft im „Großen Terror" 1937/38. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005). S. 81ff.; Meinhard Stark: „Ich muß sagen, wie es war". Deutsche Frauen des Gulag. Berlin 1999; Vgl. auch Anna Larina Bucharina: Nun bin schon weit über zwanzig. Erinnerungen. Göttingen 1989. S. 13f.

408 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1937). Heft 6. S. 254.

Der letzte große Moskauer Schauprozess 1938

Im März 1938 standen weitere 21 führende sowjetische Kommunisten als Mitglieder eines angeblichen „Blocks der Rechten und Trotzkisten" vor dem Obersten Gericht, an ihrer Spitze Lenins bekannte Mitkämpfer Bucharin und Rykov (Tomskij hatte vorher Selbstmord verübt). Angeklagt war aber diesmal auch der frühere NKWD-Chef Jagoda, der die Säuberungen vor Ežov organisiert hatte. Die Anschuldigungen waren noch absurder als in den beiden vorherigen Prozessen. Den Angeklagten wurde neben Landesverrat, Spionage sowie Mordplänen an Stalin und seinen Komplizen, auch die Ermordung von Maxim Gorkij zugeschrieben. Bucharin u. a. hatten angeblich sogar Lenin umbringen wollen. Da die „Rechten" bereits in den ersten Prozessen „belastet" worden waren, bedurfte dieses Tribunal einer längeren Vorbereitung (Bucharin und Rykov befanden sich seit Februar 1937 in Haft). Stalin schaltete sich noch intensiver ein; er erteilte Anweisungen gegen seine früheren Mitstreiter Bucharin und Rykov.[409]

Schon am 27. Februar 1937 hatte eine spezielle Kommission zum „Fall Bucharin-Rykov" getagt, in der über das Vorgehen abgestimmt wurde. Ežov forderte „Übergabe an das Militärgericht unter Anwendung der Höchststrafe – Tod durch Erschießen". Ihm schlossen sich Budennyj, und Svernik an, aber auch Jakir, der selbst noch am 12. Juni 1937 zusammen mit den Militärs erschossen werden sollte. Etliche waren gegen die Todesstrafe, u. a. Chruscčev, Litvinov sowie Postyšev und Kossior, die später ebenfalls den Säuberungen zum Opfer fielen. Stalin wollte statt einer „Übergabe des Falls an das Gericht", die „Übergabe des Falls an das NKWD". Ihm stimmten Vorošilov und Molotov zu – und natürlich wurde so „beschlossen".[410] Daraufhin wurden die Verhafteten ein Jahr lang für den Mammut-Prozess „präpariert".

Die Prozessinszenierung nahm den bekannten Verlauf mit Selbstbezichtigungen und Beschimpfungen durch Vyšinskij. Doch am Anfang geschah scheinbar eine „Panne" – ob eingeplant oder nicht. Krestinskij, einst Vorgänger Stalins als Generalsekretär der Partei, später einige Jahre Vertreter der UdSSR in Deutschland, der längst (1927) dem „Trotzkismus" abgeschworen hatte und seit Mai 1937 inhaftiert war, verweigerte das „Geständnis".[411] Bereits am nächsten Tag „gestand" Krestinskij jedoch ebenso wie alle seine 20 Mitangeklagten.[412] Krestinskij war es dann auch, der fast beiläufig auf die KPD einging. Im Zusammenhang mit seinem Deutschland-Aufenthalt griff er den KPD-Führer Arkadi Maslow an, der angeblich von Trotzki finanziert worden sei; und auch über Reichswehr-General Seeckt berichtete Krestinskij.

---

409 Vgl. die genauen Angaben in Schauprozesse unter Stalin, S. 305ff.
410 Schauprozesse unter Stalin, S. 346ff.
411 Prozessbericht über die Strafsache des Antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten", 2.–13. März 1938. Moskau 1938. S. 38ff.
412 Prozessbericht 1938, S. 173ff.

Ob die deutsch-russischen Beziehungen in einer „geschlossenen Sitzung" behandelt wurden, geht aus dem gedruckten Prozess-Protokoll nicht hervor.[413] Selbst über Bucharins Arbeit als Komintern-Vorsitzender wurde nicht gesprochen. Die Komintern kam in allen drei Tribunalen nicht vor. Was auch von diesem letzten großen Schauprozess zu halten ist, wurde 50 Jahre später bei der Rehabilitierung Bucharins offiziell konstatiert: „Wie jetzt zweifelsfrei festgestellt werden konnte, war der Fall des ‚Antisowjetischen rechtstrotzkistischen Blocks' vollständig gefälscht und der Prozeß selbst von Stalin und seiner Umgebung inszeniert worden".[414] Das gilt für alle Schauprozesse.

Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und erschossen, nur der Alt-Trotzkist Rakovskij und der ehemalige Botschaftsrat Bessonov erhielten 20 bzw. 15 Jahre Haft, sie wurden aber später ebenfalls ermordet. Einige der 1938 Verurteilten, wie der Parteichef von Usbekistan, Ikramov, der von Belorussland, Šarangovič, und der Regierungschef von Usbekistan, Chodšaev, sind bereits 1957 bzw. 1965 rehabilitiert worden, Bucharin und die übrigen (außer Jagoda) 1988. Verbindungen zur KPD spielten nur am Rande eine Rolle, doch wieder stimmte die KPD-Führung dem Urteil voll zu. „Die Kommunistische Internationale" druckte das Urteil im April 1938 im Wortlaut ab. Die Legende: die „Zerschlagung der Verschwörung" sei „ein Schlag gegen die faschistischen Kriegsbrandstifter".[415]

Außer den großen Schauprozessen gab es zahlreiche nicht-öffentliche, auch Geheimprozesse gegen kommunistische Funktionäre. Das spektakulärste Tribunal war das gegen bekannte führende Spitzen-Militärs. Auch deren „Geständnisse" waren erpresst, ein hoher Offizier und ZK-Mitglied Gamarnik beging Selbstmord. Marschall Tuchačevskij und sieben weitere hohe und angesehene Offiziere, einige gehörten sogar dem ZK der KPdSU an, wurden in einer „geschlossenen" Sitzung verurteilt. Alle acht Militärs wurden am 11. Juni 1937 zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet. Dieser aufsehenerregende Prozess, bei dem wiederum Stalin die Fäden zog,[416] ist in der Folgezeit in der ganzen Welt thematisiert worden. Das NKWD hat seinerzeit 40.000 Kommandeure und Offiziere umgebracht, die Rote Armee war „enthauptet"[417] (vgl. auch Dok. 418). Die ermordeten Angeklagten dieser sog. antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation wurden im Januar 1957 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR rehabilitiert.

Für Komintern und KPD hatte dieser Prozess nur indirekte Bedeutung, denn als ein Hauptvorwurf gegen die Militärs galt deren enge Zusammenarbeit mit der deutschen Reichswehr, was angeblich Spionage für Deutschland war. Damit wurden

413 Prozessbericht 1938, S. 675.
414 Schauprozesse unter Stalin, S. 350.
415 Die Kommunistische Internationale (1938). Heft 3/4. S. 233ff.
416 Vgl. die genauen Angaben in Schauprozesse unter Stalin, S. 253ff.
417 Vgl. z. B. Rudolf Ströbinger: Stalin enthauptet die Rote Armee. Der Fall Tuchatschewskij. Stuttgart 1990.

die Beziehungen zwischen beiden Armeen geradezu auf den Kopf gestellt. Schon während seiner Berliner Haft hatte Radek im Februar 1919 im Gefängnis nicht nur deutsche Industrielle „empfangen“, sondern auch Reichswehroffiziere. Aus diesen Anfängen entstand dann das „Bündnis“, das die gesamte Moskauer Führung verantwortete und das die stalinisierte KPD in der Weimarer Republik begrüßte. Doch nun gab das ZK der KPD (unterschrieben von Wilhelm Pieck) auch zu diesem Prozess eine „Erklärung“ ab: „Die Aufdeckung dieses abscheulichen Verrats und die Hinrichtung der trotzkistisch-faschistischen Verräter zeigt mit aller Eindringlichkeit von neuem die Notwendigkeit größter Wachsamkeit aller Antifaschisten gegen die faschistischen Spione und die trotzkistischen Gestapoagenten“. Der Text endete wie gewohnt mit: „heißen Grüssen“ an den „Genossen Stalin“.[418] Im Schauprozess vom März 1938 war erneut von geplanten Anschlägen auf das Leben Ežovs die Rede,[419] doch schon im April 1938 wurde der „Obersäuberer“ abgelöst und im Februar 1940 erschossen. Gegen Ende dieses Jahres ebbten die Parteisäuberungen unter den Kommunisten ab, doch der Terror war keineswegs beendet.

Die deutschen kommunistischen Emigranten in der Sowjetunion waren von den NKWD-Repressalien schwer betroffen. Viele wurden dort verhaftet, ermordet oder gar an das faschistische Deutschland ausgeliefert. In einem Bericht von Ende April 1938 hieß es über die deutschen Kommunisten in der UdSSR: „Man kann sagen, daß über 70 % der Mitglieder der KPD verhaftet sind.“ Wenn es so weitergehe, „so bleibt in drei Monaten kein einziges deutsches Parteimitglied mehr übrig“ (vgl. Dok. 439).[420]

Eindeutig ist die Verantwortung Stalins und seiner engsten Umgebung, insbesondere der jeweiligen NKWD-Führung unter Ežov. Wie weit reichte der Einfluss der KPD-Exilleiter in Moskau? Die „Begrüßung“ der Prozesse und der Säuberungen durch die Parteispitze um Pieck war ein Zeichen der absoluten Unterordnung der KPD unter Stalin. Ob und wie sie aber auf die Verfolgung deutscher Kommunisten je einwirken konnte, bleibt in der Literatur umstritten. Auch die hier abgedruckten Dokumente (vgl. für 1937/1938 Dok. 401, 404, 413, 419, 432, 438) bringen keine völlige Klarheit. Eine Feststellung scheint einleuchtend: „Die Einflussmöglichkeiten der KPD-Führung waren ziemlich gering.“[421] Allerdings: KPD-Leiter haben nicht nur die Ermordung ihrer Genossen bejubelt, wo Aussagen verlangt wurden, haben die KPD-Kader „Parteidisziplin“ gewahrt und sich auch gegenseitig beschuldigt. Abgrundtiefes Misstrauen prägte die Beschlüsse und Anordnungen der Komintern und der KPD, Angst und Argwohn die Haltung der Funktionäre. Alle wussten jetzt, was den „Abweichlern“, ja sogar immer „parteitreuen“ Genossen, in „Säuberungen“ blühen konnte, selbst gegen Ulbricht wurde ja „Material“ gesammelt (vgl. Dok. 452, 453). Und Moskaus Arme reichten weit, wie die Ermordung von „Trotzkisten“ in der westlichen

418 Abgedruckt in In den Fängen des NKWD, S. 307f.
419 Vgl. Prozessbericht 1938, S. 30, 737.
420 Der Bericht Paul Jäkels wird öfter genannt, vgl. Tischler, Flucht, S. 100f.
421 Tischler, Flucht, S. 108.

Welt bewies, bis hin zum Attentat auf Trotzki selbst 1940 in Mexiko oder auf Maslow 1941 in Kuba.[422] Die KPD-Führung verhielt sich meist still. Erst im April 1938 kümmerte sich Pieck um einige wenige Verfolgte (vgl. Dok. 437).

„Berner Konferenz" der KPD 1939

Vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 führte die KPD eine zweite Parteikonferenz in der Emigration durch. In der Nähe von Paris trafen sich 22 Parteiführer, darunter 10 ZK-Mitglieder unter Leitung von Wilhelm Pieck zur sog. „Berner" Konferenz. Während auf der „Brüsseler" Konferenz 1935 in Moskau auch Vertreter der Untergrundorganisationen aus Deutschland anwesend waren, kamen zur „Berner" Konferenz in Frankreich nur noch Emigranten. Auch das zeigte, dass der organisierte Widerstand der KPD im Land zusammengebrochen war und erst 1941 nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion von einigen größeren Widerstandsgruppen neu belebt wurde. Die Partei war in Deutschland durch die Hitler-Diktatur zerschlagen und hunderte ihrer wichtigen Funktionäre in den Stalinschen Säuberungen ermordet worden.

Bei Konferenzbeginn teilte Pieck mit,[423] drei Mitglieder des ZK von 1935 seien ausgeschlossen worden: Werner Kowalski und Willi Münzenberg, einer der wichtigsten Parteiführer der Weimarer Republik sowie Leo Flieg, die frühere „graue Eminenz" der KPD, der während der Stalinschen Säuberungen verhaftet worden war und dann im März 1939 in der UdSSR ermordet wurde. Im Referat von Pieck, von den Diskussionsrednern und in der Resolution der Konferenz wurde abermals die Bildung der Einheits- und Volksfront gefordert. Außerdem verabschiedete die „Berner" Konferenz ein Programm für eine „neue, demokratische Republik". Darin verlangte die KPD: „Persönliche und politische Freiheit für alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Organisationen, der Presse und Versammlung (...) Wiederherstellung des freien, gleichen und direkten Wahlrechts."

Obwohl die verheerenden Parteisäuberungen allmählich abebbten, blieb der „Trotzkismus" ein „Hauptfeind". Die Delegierten „beschlossen": „Jedes Mitglied der Partei muß die größte Wachsamkeit gegen das Eindringen der Gestapo, der Trotzkisten und aller anderen Parteifeinde in die Parteiorganisationen entfalten. Die Berner Konferenz ruft die gesamte Partei auf, alles zu tun, um die trotzkistischen Agenten des Faschismus vor dem werktätigen Volk zu entlarven und dort, wo sie sich in die Reihen der Antifaschisten eingeschlichen haben, zu vertreiben und unschädlich zu

422 Vgl. Pierre Broué: Trotzki. Eine politische Biographie. Bd. 1 u. 2. Köln 2003; Ruth Fischer, Arkadij Maslow: Abtrünnig wider Willen. Hrsg. v. Peter Lübbe. München 1990.
423 Die Berner Konferenz der KPD (30.1.–1.2.1939). Hrsg. u. eingeleitet v. Klaus Mammach. Berlin (Ost) 1974. S. 57. Die Resolution ist abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 331ff.

machen.“ Die Delegierten forderten außerdem die „Verbesserung der Schulungsarbeit im Geiste von Marx-Engels-Lenin-Stalin“.[424]

Die Berner Konferenz entsprach völlig der Kominternlinie, gerade was den „Trotzkismus“ betraf. Noch im August 1939 hieß es beispielsweise in einem Bericht über China: „Die Trotzkisten haben sich auch in China schon längst in gemeine, käufliche Agenten der faschistischen Spionagedienste, in Mörder und Volksfeinde verwandelt.“[425] Allerdings hatte die „Berner“ Konferenz keine politische Bedeutung mehr. In Deutschland war der kommunistische Widerstand zusammengebrochen. In der Emigration hatten die blutigen Stalinschen Säuberungen große Verluste an Funktionären gekostet. Während des Spanischen Bürgerkriegs spielte die KPD in den „Internationalen Brigaden“ zwar eine Rolle, sie erlitt jedoch große Opfer. Wie die Komintern war auch ihre deutsche Sektion, die KPD, durch die Säuberungen als politische Kraft ausgeschaltet und konnte 1939 nur noch als Sprachrohr Stalins agieren.

Was blieb, war der abstoßende Personenkult um Stalin durch Komintern und KPD. Das EKKI erließ z. B. 1937, zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, nicht etwa nur einen politischen „Aufruf“, sondern auch eine „Begrüßung“ an Stalin: „unser erster Gedanke, unser erstes Wort“ gelten ihm als „großen Führer, Organisator und Inspirator der Siege“, als „teurer, grenzenlos geliebter Führer, Freund und Lehrer“.[426] Und im März 1939 beim XVIII. Parteitag der KPdSU hatte Manuil’skij, als er den „Bericht der Delegation der KPdSU“ beim EKKI erstattete, sich unter stürmischem Beifall gläubig, fast bis zur „Heiligsprechung“ verstiegen: Die „Weltbourgeoisie“ werde geschlagen durch den „Genius der werktätigen Menschheit, Genosse Stalin“.[427] Die KPD-Führung faselte dies wenige Wochen nach ihrer „Berner Konferenz“ ebenso devot nach und war willens, jede Politik, die Stalin anordnete, bedingungslos mitzumachen. Die Exilkommunisten in Paris und erst recht in Moskau waren auf Stalin fixiert.

Die von Stalin inspirierte „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, eine reine Lügenschrift, wurde 1938/1939 zur „Bibel“ der Stalinisten erklärt. Im August 1939 verlangte Philipp Dengel, einer der KPD-Führer in Moskau, sie zur Pflichtlektüre zu machen. Denn der „Kurze Lehrgang“ könne den Kommunisten, „die für die Einheits- und Volksfront gegen den Faschismus“ kämpften, beim „Sieg über den Faschismus“ helfen.[428] Auch Dengel, der auf der „Berner Konferenz“ wieder ins ZK gewählt worden war, musste wie seine Genossen schon wenige Wochen nach diesem Artikel radikal umschwenken. Mit dem Stalin-Hitler-Pakt, dann dem deutsch-sowjetischen Freundschaftspakt, lautete Stalins Befehl, nicht mehr gegen den Faschismus als Hauptfeind

424 In „Berner Konferenz“, ebda., umgefälscht in „Marx-Engels-Lenin (S. 145); Vgl. dazu Weber, Dokumente, S. 337.

425 Vgl. Die Kommunistische Internationale (10.8.1939). Heft 8. S. 931.

426 Die Kommunistische Internationale (1937). Heft 11/12. S. 24.

427 Die Kommunistische Internationale (25.5.1939). Sonderheft. S. 3, 83.

428 Die Kommunistische Internationale (10.8.1939). Heft 8. S. 957. Die nächste deutsche Nummer erschien erst wieder im Oktober, nach dem Stalin-Hitler-Pakt.

der Kommunisten zu kämpfen, sondern den Antifaschismus preiszugeben, ihn dem Pakt zu opfern.

1939–1943: Stalin-Hitler-Pakt, Deutscher Überfall und Auflösung der Komintern

Während des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, insbesondere von 1936 bis 1938, trafen die „Säuberungen" die Komintern und einige Sektionen hart. Von diesem Aderlass konnten sie sich nicht mehr erholen.

Doch eine völlig verheerende Rolle spielte der deutsch-sowjetische Pakt vom August 1939. Die von Moskau geleitete „Weltpartei der Revolution" war längst zum Instrument der Stalinschen Innen- und Außenpolitik geworden. Dieser musste sich die Komintern auch vom Pakt-Abschluss im August 1939 an bis zum deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 unterordnen. In diesen „dunklen Jahren" der Komintern, zur Zeit des Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages der Diktatoren einschließlich des geheimen Zusatzabkommens, hatten Kommunisten den Stalin-Hitler-Pakt zu verteidigen. Sie mussten ihre Politik den geänderten, fast freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem barbarischen Nationalsozialismus anpassen.

Stalin verfolgte seine außenpolitischen Ziele nicht zuletzt über die Komintern und die kommunistischen Parteien sowie sympathisierende Strömungen und Persönlichkeiten. Unter diesem Aspekt ist das Verhalten der Komintern in der Zeit zwischen dem Stalin-Hitler-Pakt 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 von Interesse. Dies ist jetzt detaillierter erforscht im Band „Der Verräter, Stalin, bist Du!"[429]. Darauf ist ebenso zu verweisen wie auf die zahlreichen hier abgedruckten Dokumente (vgl. z. B. 457, 462, 464, 480, 485, 489a). Die Einleitung kann sich daher auf einige Gesichtspunkte der Beziehungen zwischen Moskau und der KPD beschränken.

Nicht nur für die sowjetische Außenpolitik, sondern auch für die Komintern bedeutete der Pakt die Beendigung der Ära des Antifaschismus der Kommunisten. Die seit 1935 gültige These, der Hauptfeind Hitler müsse von einer „Volksfront" gemeinsam mit den demokratischen Staaten, den bürgerlichen Kräften und den Sozialdemokraten bekämpft werden, wurde verworfen. Diese Politik war – so etwa Molotov am 31. Oktober 1939 – überholt: „Einige alte Formeln [d. h. der Antifaschismus, Hitler als Hauptfeind] von denen wir unlängst Gebrauch gemacht haben und an die sich viele so sehr gewöhnt haben", seien „veraltet und heute unanwendbar".[430] Solche zynischen Aussagen entsprachen ganz den Hinweisen Stalins gegenüber Dimitrov

429 Bayerlein, Verräter.
430 Vgl. Bayerlein, Verräter, S. 176f.; Weber, Kommunistische Internationale, S. 315ff. Auch abgedruckt in Die Kommunistische Internationale (November 1939). XX. Jg. Heft 11. (Stockholm). S. 1126f.

zu seinen Kriegszielen.[431] Sie signalisierten den Bruch mit dem Antifaschismus. Nun wurden England, Frankreich und dann die USA, aber in erster Linie (wie von 1929 bis 1934) die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“ angegriffen. Das NS-Regime galt als ein „Feind zweiter Klasse“, entsprechend dem Freundschaftsvertrag vom September 1939 war Hitler wohlwollend zu behandeln.

Im Gefolge des Stalin-Hitler-Paktes vom August 1939 wurde die Generallinie der Komintern radikal geändert. Wie weit die Verbiegungen der Komintern-Strategie und –Taktik sowie die Anpassung ihrer Sektionen reichten, das ist in vollem Ausmaß erstmals in der erwähnten Quellenedition nachgewiesen. Dabei zeigt sich, dass es um viel mehr ging als nur um Propaganda gegen England und die Sozialdemokratie: Das Verbot aktiver militärischer oder politischer antifaschistischer Betätigung und Mobilisierung diente der Verunglimpfung aller Kräfte, die einen Krieg der Antifaschisten gegen Hitler für gerechtfertigt hielten. Die Dokumente im Band „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ sowie im vorliegenden Band bestätigen das noch deutlicher.

England als Hauptgegner

Der Pakt schuf Verwirrung und Desorientierung in den kommunistischen Reihen und führte zur Isolierung der Kommunisten innerhalb der Arbeiterbewegung. Die gegen den Faschismus kämpfenden illegalen Kommunistischen Parteien gerieten in existenzielle Schwierigkeiten. In Deutschland ging die Widerstandfähigkeit wegen des Paktes zurück, was sowohl die niedrigeren Zahlen der verbreiteten Druckschriften als auch das Ausmaß der Verhaftungen 1939/1940 belegen. Besonders spürbar war die Verstörung unter deutschen Emigranten wie bei illegalen Widerstandskämpfern. Die KPD, die als erste vom Hitler-Regime unterdrückt und zerschlagen wurde, hatte die größten Opfer im „antifaschistischen Widerstandskampf“ gebracht. Und nun sollte sie Stalins Pakt mit Hitler verteidigen. Ihre Exil-Führung sollte Stalins Politik durchsetzen.

Der Freundschaftspakt zwischen den Diktatoren Stalin und Hitler von 1939 bis 1941 brachte die deutschen Kommunisten und ihren Widerstand in eine verzweifelte Lage. Denn als die Komintern verkündete, England und Frankreich seien schlimmer als Nazi-Deutschland, musste auch die KPD ihren bisherigen Kurs aufgeben. Dadurch gerieten die Überreste ihres illegalen Widerstands in eine ebenso tragische Situation wie die Emigranten: jeder, der die Stalin-Hitler-Freundschaft kritisierte, flog aus der Partei und geriet damit in eine gefahrvolle Isolation. Die Schwierigkeiten der KPD-Exilleitung und die Haltung der Kominternführung dazu gehen aus einigen Dokumenten hervor (vgl. z. B. 461, 462, 464, 471).

431 Bayerlein, Verräter, S. 124ff.; Vgl. auch Krisztián Ungváry: Die Weisungen der Komintern nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt an die kommunistischen Parteien am 30. Dezember 1939. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010). S. 267ff.

Den Nichtangriffspakt, das geheime Zusatzabkommen sowie den Freundschaftsvertrag als Teil der sowjetischen bzw. deutschen Außenpolitik haben Historiker umfassend erörtert. Zuletzt hat Lev Besymenskij die Politik der beiden Diktatoren, ihr „Pokerspiel", anhand bisher verschlossener Quellen im ersten Band dieser Reihe ausführlich behandelt.[432] Das geheime Zusatzprotokoll sowie seine Entstehungs- und Wirkungsgeschichte sind ebenfalls genauer untersucht.[433] Daher war es wichtig, auch die Komintern in die Betrachtung einzubeziehen, wie es nun hier geschieht. Nach außen, z. B. im Organ „Die Kommunistische Internationale", erklärten die Stalinisten bei Kriegsausbruch zunächst noch alle Seiten zu „Kriegsverbrechern": „Die imperialistischen Kriegsbrandstifter in Deutschland und England, in Frankreich und Polen" haben den „imperialistischen Krieg entfesselt". Und noch wurde, etwa von Florin, gefordert: „Kampf den Kriegsverbrechern in Berlin wie in London und Paris."[434]

In ihren Veröffentlichungen versuchte die Komintern bis Ende 1939, das Thema „Friedensmacht Sowjetunion" in den Vordergrund zu rücken. Das EKKI lobte z. B. im November den „Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland" als „Friedenstat". Weiterhin wurde die Sowjetunion, als „das Vaterland der Werktätigen aller Länder" gefeiert[435] (vgl. auch Dok. 457, 460).

Zugleich nahmen die Stalinisten im Dezember 1939 den 60. Geburtstag Stalins zum Anlass, ihn als „großen Führer", „weisen Lehrer" und „grenzenlos geliebten Freund der Werktätigen der ganzen Welt", wie nun üblich, überschwänglich zu preisen. Dimitrov, Manuil'skij, Dolores Ibarruri und Ernst Fischer überboten sich im Personenkult[436] und natürlich reihte sich dabei auch die KPD-Führung ein (Dok. 468). Wie die Anpassung der Komintern an die Linie, nicht mehr Deutschland, sondern England sei „Hauptfeind" der Kommunisten, bereits 1939 intern stilisiert wurde, geht aus den Dokumenten im Band „Vom Ende der linken Solidarität" zur Periode des Stalin-Hitler-Pakts ebenso hervor wie aus den hier abgedruckten Quellen. Damals wurde die KPD auch von der Komintern kritisiert (Dok. 467). Hilferufe von KPD-Funktionären (Sobottka) fanden kein Gehör (Dok. 469, 470).

Im Jahr 1940 wurde dann Hitler offen als kleineres Übel gegenüber den „Kriegsbrandstiftern" in England dargestellt. Welche Auswirkungen das auf die KPD hatte, belegen die geheimen Dokumente (insbesondere 475, 477). Allerdings hatte die KPD-Erklärung vom 25. August 1939 (deren vollständiger Text erst seit 1989 vorliegt)[437] nur

432 Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 1). Berlin 2002 (Taschenbuchausg. 2004).

433 Jan Lipinsky: Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtsangriffspakt vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte 1939 bis 1999. Frankfurt/Main 2004.

434 Die Kommunistische Internationale (Oktober 1939). XX. Jg. S. 1033, 1085.

435 Die Kommunistische Internationale (Oktober 1939). XX. Jg. S. 1107, 1111.

436 Die Kommunistische Internationale (Dezember 1939). XX. Jg. S. 1201ff., 1204ff.

437 Jan Foitzik: Die KPD und der Hitler-Stalin-Pakt. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (1989). 37. Jg. 3. Heft. S. 499ff.

bedingt dem von Moskau vorgegebenen Kurs entsprochen. Zunächst waren alle Sektionen der Komintern durch den Pakt verunsichert. Viele Kommunisten[438] und noch mehr ihrer Mitläufer waren anfangs entsetzt über den Stalin-Hitler-Pakt. Im September 1939 sprach es Willi Münzenberg deutlich aus: „Der Verräter, Stalin, bist Du!" (Dok. 458).

Material über die Abwendung des EKKI und ihrer Sektionen vom Antifaschismus hin zu Angriffen gegen die „Kriegstreiber" England, Frankreich und USA lieferten schon vor 1990 etliche Dokumentationen zur Komintern. Bereits in den sechziger Jahren ist sowohl von Theo Pirker als auch von mir[439] die – bei aller Zustimmung zum Pakt – noch recht vorsichtig argumentierende Erklärung des ZK der KPD vom 25. August 1939 veröffentlicht worden, anderwärts der fast NS-freundliche Mai-Aufruf 1940.[440]

Das Abkommen wurde sogar in der krypto-kommunistischen „Neuen Weltbühne" vom 31. August 1939 als „brutale Umkehrung" der sowjetischen Politik verdammt. Die Zeitschrift forderte die Kommunisten auf, im kommenden Weltkrieg an der „Seite der Demokratie" zu kämpfen. Dem musste die KPD-Führung widersprechen und stattdessen die Haltung Stalins propagieren: im „imperialistischen Weltkrieg" sollten die Kommunisten ja gerade nicht die Demokraten gegen Hitler-Deutschland unterstützen, sondern in erster Linie die West-Alliierten bekämpfen. In der zentralisierten und disziplinierten Komintern schwenkten die meisten Funktionäre schon rasch um, denn wie seit der Stalinisierung üblich, galt der Kurs Moskaus und Stalins als Axiom. „Die Kommunistische Internationale" verkündete im Januar 1940 offiziell, die „britischen Kriegsbrandstifter" haben den „europäischen Krieg entfesselt". England sei „unverhüllter Vorkämpfer der Weltreaktion". „Damit aber ist der englische Imperialismus zum gefährlichen Kriegsbrandstifter und über die ganze Welt hin sichtbar zum Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse geworden."[441]

Im Maiaufruf des EKKI 1940 wurde die Tendenz beibehalten, zwar den Krieg als imperialistisch zu verdammen und, dabei mit England und Frankreich scharf ins Gericht zu gehen, Hitler-Deutschland aber zu schonen. Sorgsam wurde vermieden, den deutschen Imperialismus direkt zu nennen, um den Stalin-Hitler-Pakt nicht zu stören. Wieder verteidigte das EKKI als außenpolitisches Instrument der Sowjetregierung alle Schritte Stalins und die KPD-Führung hatte sich anzuschließen (vgl. Dok. 473, 480, 481). Selbstverständlich hatte die KPD wie die Komintern und ihre

---

438 Vgl. als Beispiel die früher unbekannte Reaktion von Hermann Duncker, Mitglied der ersten KPD-Zentrale: „Pfui Teufel! Ich habe eine solche Wendung für nie möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus!"; Vgl. Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2005). S. 116.

439 Pirker, Utopie, S. 285ff.; Weber, Dokumente, S. 361ff.

440 Jane Degras: The Communist International. Documents. vol. III. London 1965. S. 462ff.; Weber, Kommunistische Internationale, S. 329ff.

441 Vgl. Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 1. S. 9ff.; Abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 323ff.

Sektionen im Sowjetisch-Finnischen Winterkrieg (November 1939 bis März 1940) die Position Moskaus voll unterstützt. Die Angriffe der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie verschärften sich, weil diese den Überfall der Sowjetunion auf Finnland verurteilt hatte. Deshalb versuchten die Kommunisten wieder einmal, die sozialistische „verräterische Führerbande" von den „ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern" zu isolieren.[442]

Die hier abgedruckten Dokumente vom Juni 1940 (vgl. 476–478) belegen, dass die von der Komintern redigierten Beschlüsse der KPD nach dem Sieg der deutschen Truppen in Frankreich, der Besetzung Dänemarks, Norwegens, Belgiens und Hollands zwar gegen den Imperialismus argumentierten, aber Begriffe wie Faschismus oder Nazis nicht vorkamen. Indes ging die Hetzjagd gegen die Sozialdemokratie weiter. Allerdings erwies sich die „Anleitung" des kommunistischen Widerstands in Deutschland durch EKKI und Führung der Exil-KPD in Moskau als immer weniger hilfreich. Der Personenkult um Stalin wurde ausschlaggebend und trieb seltsame Blüten. Beispiel einer geradezu absurden „Anleitung" ist die Aufforderung Wilhelm Piecks an Wilhelm Knöchel vom 3. September 1940, Stalins Lebensbeschreibung (ein von Personenkult strotzendes Legendenmachwerk) abzuschreiben, den „Funktionären ins Land" – Deutschland – zu geben und im Kleindruck herzustellen.[443] Als ob die Kommunisten in Hitler-Deutschland keine anderen Sorgen gehabt hätten.

Phasen bis zum deutschen Überfall

In der ersten Phase 1939 wurde „der Antifaschismus" verdrängt. Mit dem Kurswechsel in der zweiten Phase Anfang 1940 befahl Stalin der Komintern weitergehende Konzessionen an das Hitlerregime, also ganz im Sinne der neuen Linie, nicht Deutschland, sondern England als Hauptfeind der Sowjetunion anzusehen. Und nach dem deutschen Sieg über Frankreich 1940 gab es in einer dritten Phase einige Akzente gegen die „Vorherrschaft des deutschen Imperialismus". Die Hinweise des EKKI (etwa an die KP Österreich oder die KP der ĈSR), NS-Deutschland verfolge gar „kolonialistische Ziele", scheinen in diesem Rahmen eher verwirrend, denn in der veröffentlichten und damit offiziellen Komintern-Politik wurde die Hitler-Diktatur weiterhin „geschont".

Dies war Ausdruck der üblichen Doppeldeutigkeit, ja Doppelzüngigkeit des Stalinismus. Und das zeigt zugleich die oft übersehene, aber selbstverständliche Tatsache, dass Stalins Konzeptionen in der Praxis nicht immer „verwirklicht" werden konnten, sie oftmals nicht Aktion, sondern nur Reaktion auf aktuelle Situationen waren. Im

442 Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 3–4. S. 195.
443 Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2001/2002). Berlin 2002. S. 348; Vgl. die Ausgabe des Machwerks, die sofort nach dem Krieg 1945 von der KPD verbreitet wurde. J. Stalin: Kurze Lebensbeschreibung. Berlin: Verlag Neuer Weg 1945. 79 Seiten; Dass. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland 1946. 72 S.

Jahr 1941 zeichnete sich eine neue Phase voller Zwiespältigkeit ab. Es änderte sich nichts an der Abhängigkeit der Kommunistischen Parteien, denn deren Wendungen erfolgten alle in Abstimmung mit Stalin, Molotov, Ždanov und Dimitrov. Und bis zum deutschen Überfall im Juni 1941 blieb die Generallinie nach außen konstant: Der Antifaschismus sei „überholt".

Selbst kurz vor dem deutschen Angriff, als Stalin jeden konkreten Hinweis, der ihn erreichte, noch wegwischte, beharrte die Komintern auf der Parole, nicht NS-Deutschland, sondern England sei der Hauptfeind, oder aber dieses Problem wurde öffentlich gar nicht behandelt. Beispielsweise fand das offizielle Organ „Kommunistische Internationale" den Ausweg, lediglich „sowjetische Erfolge" zu melden. Das Mai-Heft 1941 (einen Monat vor dem deutschen Überfall ausgeliefert) brachte nur Artikel von Malenkov, Vosnessenskij und Žukov zu diesem Thema, außerdem zur „Unionskonferenz" der KPdSU und über „Die Rote Armee – der treue Hüter der Errungenschaften des Sozialismus". Dimitrov schrieb darin zum 70. Jahrestag der Pariser Kommune, also über ein historisches Ereignis. Nur ein Aufruf der Moskauer Exil-Leitung der KP Spaniens an die Arbeiter in Spanien, zu verhindern, „daß Spanien in den Krieg hineingerissen wird", demonstrierte, dass die Komintern keine sowjetische, sondern eine internationale Bewegung sein sollte.[444]

Ein Blick in das Komintern-Organ in Schweden, „Die Welt", vom 9. Mai 1941 vermittelt ein ähnliches Bild: England blieb weiterhin als Hauptfeind im Visier – im Leitartikel wurde Churchill angegriffen. Großen Platz nahmen Berichte über den 1. Mai „im Land des Sozialismus" ein, die aktuelle Kriegslage wurde ebenfalls geschildert. Überraschend wirkte zunächst der längere Aufsatz „Solidarität mit den Opfern der Reaktion. Wir klagen an". Darin wurde ein „Konzentrationslager" beschrieben und die Forderung erhoben, „keine Minute zu vergessen, daß diese Helden befreit werden müssen". Allerdings ging es hier nicht etwa um eines der Vernichtungs-KZs der Nazis, sondern um das französische Internierungslager Vernet. Zynismus? – Nein, Methode.

Ein Beitrag aus „Die Welt" hatte sogar „gewagt", den deutschen Einmarsch in Griechenland und Jugoslawien zu „rügen". Dies geschah durch Abdruck eines kritischen Artikels gegen Deutschland, den angeblich (so der Vorspann der „Redaktion") ein „Kenner politischer Meinungen und Bestrebungen im deutschen Volk" verfasst hatte. Indes wurde der Text gebracht, „ohne sich im einzelnen" mit den darin „entwickelten Gedankengängen identifizieren zu wollen".[445] Der deutsche Überfall auf Jugoslawien war für Stalins Politik ein schwerer Schlag. Am 31. März 1941 waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien abgebrochen worden, Moskau hingegen schloss am 5. April einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag mit Jugoslawien. Doch als schon einen Tag später, am 6. April, die Wehrmacht in Jugoslawien einmarschierte, blieb Stalin nach außen wortlos. Auch das EKKI kniff öffentlich vor jeder Entlarvung des deutschen Imperialismus – bis zum 22. Juni 1941. Dagegen

444 Die Kommunistische Internationale (1941). XXII. Jg. Heft 4.
445 Die Welt (9.5.1941). Nr. 19. S. 588f.

wurde das faschistische Italien weniger sanft behandelt und dessen militärische Niederlagen genüsslich beschrieben.[446] Über Deutschland wurde beispielsweise lediglich kritisch „Aus dem Leben der deutschen Frauen“ berichtet.[447] Eine Ausnahme waren Beschuldigungen gegen „Fremdlinge“, die sich an den Arbeiter herandrängten und ihm erklärten, er sei gar kein Proletarier, sondern ein „Soldat der Arbeit“. Noch deutlicher: „Man kommt zu den Massen mit Rassenlehren.“ Doch dass damit nur das faschistische Deutschland gemeint sein konnte, wurde verschwiegen. Durch solche Ablenkung auf „anonyme“ Mächte sollte Hitler auch 1941 nicht gereizt werden. Im selben Artikel wurde freilich das „Häuflein Plutokraten“ verdammt, im Jargon der Nazis die britische Führung.[448]

Hauptfeind Sozialdemokratie

Da die Sozialdemokraten, wie die meisten Gegner Hitlers, seit Kriegsausbruch den Kampf der Demokratien gegen den Faschismus unterstützten und den Stalin-Hitler-Pakt heftig kritisierten, wurden sie wieder als „Hauptfeind“ der Kommunisten angegriffen. Die Sozialisten wurden als „Agenten“ der Bourgeoisie und „sozialdemokratische Lakaien“ der „englischen und französischen Kriegsbrandstifter“ diffamiert. Das EKKI rief zum „rücksichtslosen Kampfe gegen die Anführer der Sozialdemokratie, gegen verräterische Spitzen der II. Internationale“ auf.[449] Im Gegensatz zu den Beschwörungen zur Einheits- und Volksfront, etwa auf der „Berner Konferenz“ der KPD im Januar 1939, attackierte die Spitze der KPD nun die Sozialdemokraten abermals rabiat.

Weithin Aufmerksamkeit erregte ein Artikel von Walter Ulbricht in der Kominternzeitung „Die Welt“ (Stockholm) im Februar 1940, der sich formal gegen einen Aufsatz des Sozialdemokraten Hilferding richtete. Ulbrichts entscheidender Satz lautete: „Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des Sowjetvolkes [gemeint war der Hitler-Stalin-Pakt] intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt.“[450] Die Sozialisten bewerteten diese erneuten Beschimpfungen durch einen bekannten KPD-Führer (der Artikel erschien unter seinem vollen Namen) als Ende der Solidarität bzw. als die Aufkündigung eines Grundkonsenses der deutschsprachigen politischen Emigration durch die Kommunisten.

446 Die Welt (7.2.1941). Nr. 6 oder Nr. 8 (21.2.1941). S. 236f.
447 Ebda., S. 252f.
448 Die Welt (7.2.1941). Nr. 6. S. 162.
449 Vgl. Die Kommunistische Internationale (Mai 1940). XXI. Jg. Heft 5. S. 2989ff.; Ungekürzt abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 329ff.
450 Die Welt (9.2.1940). Nr. 6. S. 135ff.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 364ff. und in Bayerlein, Der Verräter, S. 223f.

Im Jahr 1940 war das die allgemeine Linie der KPD. In der „Kommunistischen Internationale“ hatte Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner) die Argumentation gegen Hilferding und die Sozialdemokraten schon im Januar vorgebracht und sogar von „im Solde des englischen Imperialismus Kriegshetze betreibenden ehemaligen Führern der deutschen Sozialdemokratie“ geschrieben.[451] Im Laufe des Jahres 1940 erfolgten die Angriffe der Komintern gegen die Sozialdemokratie noch hemmungsloser. So hieß es im August z. B. „Der Weg der gegenwärtigen Sozialdemokratie ist der Weg des schwärzesten Verrats und des niederträchtigsten Verbrechens an der Arbeiterklasse. (...) Die Sozialdemokratischen Führer spielen im Kampfe der Reaktion gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eine führende Rolle. Sie haben freiwillig die Funktion des Gendarmen und Henkers übernommen.“[452] Das entsprach wieder der Stalinschen Sozialfaschismusthese der frühen dreißiger Jahre. Nur führten diesmal die Nazis einen Kampf um die Weltherrschaft. Da Moskau mit ihnen kooperierte, wandte sich auch die Komintern gegen die antifaschistischen Sozialdemokraten, die sich weiterhin für die Demokratie einsetzten. Die KPD-Emigration folgte also ganz der Linie Stalins und verteidigte den Stalin-Hitler-Pakt ohne jede Einschränkung.

Sowjetische Deutschlandpolitik 1940

Die großen Linien und etliche Einzelheiten der Komintern-Politik waren geläufig. Wie indes die politischen Stränge verliefen, wie die Anweisungen des EKKI für die Sektionen konkret aussahen oder wie sie die Politik der sowjetischen Freundschaft mit Hitler „umsetzten“, war nur bruchstückhaft bekannt. Ebenso unklar blieben viele Details der strategischen Ziele der Sowjetunion unter Stalin und deren Rückwirkung auf die internationale kommunistische Weltbewegung. Die hier publizierten Dokumente zeigen, wie sich die Komintern entsprechend der Außenpolitik Moskaus verhielt. Nachdem die deutsche Wehrmacht West- und Nordeuropa überrollt hatte, stand das EKKI vor dem Problem, die Sektionen gegen den deutschen Vormarsch zu formieren. Stalin wollte die offizielle Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion von April bis September 1940 mit der „neuen Ausrichtung“ der Kommunistischen Parteien gegen den „deutschen Vormarsch in Europa“ verbinden. Das ist nun breit dokumentiert, es blieb gleichwohl ein „unmöglicher Spagat“[453] (vgl. auch Dok. 475–479).

Im August 1940 sprach Molotov noch davon, der „Gang der Ereignisse“ habe die „Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland“ nicht gestört, der Pakt habe „Deutschland ruhige Gewissheit im Osten garantiert“. Und ausführlich beschrieb er den Zuwachs an Land und Bevölkerung der UdSSR durch die Einverleibung des

451 Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 1. S. 80ff.
452 Die Welt (9.8.1940). Nr. 33. S. 947; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 387.
453 Vgl. Bayerlein, Der Verräter, Teil IV, S. 264–400.

Baltikums und Bessarabiens.[454] Da Molotovs Besuch in Berlin im November 1940 jedoch erfolglos verlief, deutete sich bereits eine schrittweise Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen an. Das zeigen einige Auszüge aus dem Geheimprotokoll über das Gespräch Hitlers mit Molotov am 15. November 1940 (deutsche Fassung): Hitler behauptete, während des russisch-finnischen Krieges habe Deutschland „peinlichst alle seine Verpflichtungen" hinsichtlich einer absolut wohlwollenden Neutralität eingehalten. Molotov warf hier ein, „daß die russische Regierung an der Haltung Deutschlands in diesem Konflikt nichts auszusetzen gehabt hätte". Molotov wies darauf hin, dass sich das Abkommen von 1939 auf eine bestimmte Etappe der Entwicklung bezogen habe, „die mit der Beendigung des Polenkrieges abgeschlossen wurde, während die zweite Etappe mit der Niederlage Frankreichs ihr Ende fand und man jetzt eigentlich in der dritten Etappe stehe. Er erinnerte daran, dass durch das ursprüngliche Abkommen mit dem Geheimprotokoll die gemeinsame deutsch-russische Grenze festgelegt und Fragen hinsichtlich der baltischen Anliegerstaaten, Rumäniens, Finnlands und Polens geregelt worden wären. Er stimme im Übrigen den Bemerkungen des Führers über die vorgenommenen Korrekturen zu. Wenn er jedoch eine Bilanz der sich nach der Niederlage Frankreichs ergebenden Situation zöge, so müsse er erklären, dass das deutsch-russische Abkommen nicht ohne Einfluß auf die großen deutschen Siege gewesen sei". Russland habe weitere Forderungen zunächst auf die Nordbukowina beschränkt, „jedoch müsse Deutschland Verständnis für das russische Interesse an der Südbukowina haben. Auch hier hätte jedoch Rußland auf seine diesbezügliche Anfrage keine Antwort erhalten". Deutschland habe das ganze Staatsgebiet Rumäniens garantiert, aber die russischen Wünsche bezüglich Südbukowina völlig übergangen.

„Der Führer erwiderte, daß es ein erhebliches Entgegenkommen von deutscher Seite bedeute, wenn überhaupt ein Teil der Bukowina von Rußland besetzt werden konnte. Nach einer mündlichen Abmachung sollten die ehemaligen österreichischen Gebiete in die deutsche Interessensphäre fallen. Im übrigen seien die zur russischen Zone gehörenden Gebiete namentlich erwähnt worden, wie z. B. Bessarabien. Von der Bukowina stehe jedoch kein Wort in den Abmachungen. Schließlich sei auch die genaue Bedeutung des Wortes ‚Einflusssphäre' nicht weiter definiert worden. Jedenfalls habe Deutschland hier nicht im geringsten gegen das Abkommen verstoßen. Auf den Einwand Molotovs, dass die Korrekturen bezüglich des litauischen Gebietszipfels und der Bukowina im Vergleich zu den Korrekturen, die Deutschland anderswo durch die Waffen vorgenommen habe, keine sehr große Bedeutung hätten, erwiderte der Führer, daß die sogenannten ‚Waffenkorrekturen' ja überhaupt nicht Gegenstand des Abkommens gewesen wären." Molotov beharrte jedoch darauf, dass die „beiden von Rußland gewünschten Korrekturen von verschwindender Bedeutung" seien. Hitler erwiderte, „daß, wenn die deutsch-russische Zusammenarbeit in der Zukunft positive Ergebnisse zeitigen solle, die Sowjetregierung begreifen müsse, daß sich Deutschland

454 Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 7–8. S. 458ff.

in einem Kampf auf Leben und Tod befinde, den es unter allen Umständen erfolgreich beenden wolle."[455]

Dieses etwas ausführliche Gesprächszitat belegt ebenso wie die sich daran anschließenden Debatten über Bulgarien, Finnland und die türkischen Meerengen das wachsende Misstrauen Moskaus. Allerdings waren für Molotov die entscheidenden Fakten, nämlich die Vorbereitung des deutschen Überfalls auf die UdSSR (ab Juli 1940 „Plan Barbarossa"), ja noch verborgen. Wie das die geheimen Quellen der Komintern widerspiegeln, ist hier jetzt aus den Dokumenten zu ersehen (vgl. 480–487). Intern wie öffentlich blieb es jedoch dabei: Die Sozialdemokratie wurde von Moskau und dem EKKI als Hauptfeind angegriffen und zugleich behauptet, seit „Kriegsausbruch offenbarte sich der Sozialdemokratismus als imperialistische Kriegsideologie".[456]

Pläne zur Komintern-Auflösung 1941

Die Auflösung der Komintern während des Zweiten Weltkriegs, die im Mai 1943 erfolgte, war vor allem eine Geste gegenüber den West-Alliierten. Sie wurde seinerzeit begründet mit der notwendigen Selbstständigkeit und Konsolidierung jeder einzelnen Sektion. Dass mit der gleichen Begründung schon 1941, also zwei Jahre zuvor, Pläne zur Auflösung der Komintern vorlagen und diese nur wegen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion unterblieb, war kaum bekannt. Zwar erwähnt Luks, dass Stalin „mit dem Gedanken spielte", die Komintern aufzulösen[457], doch die Vorbereitungen dafür waren schon sehr konkret. Diese geheimen Maßnahmen sind den Tagebüchern Dimitrovs (von April bis Juni 1941) zu entnehmen.[458] Dort heißt es am 20. April 1941:

„Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlaß sagte J[ossif] W[issarionowitsch] [Stalin]: Bei D[imitroff] in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei). Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die Kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer

455 Andreas Hillgruber (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen 1939–1941. München 1969. S. 178ff.

456 Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 10. S. 680.

457 Leonid Luks: Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg 2000. S. 387. Da Luks in seinem Buch leider keine genauen Quellenangaben macht, ist der Hinweis fast untergegangen.

458 Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933–1945. 2 Bde. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein. Berlin 2000; Bd. 1: S. 374ff.; Bd. 2 (Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein u. Wladislaw Hedeler): S. 194f.; Vgl. auch Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001). Berlin 2001. S. 339ff.

nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen... Vom Standpunkt des Behördeninteresses (der KI) mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlagend! Unter den jetzigen Bedingungen erleichtert die Zugehörigkeit der kommunistischen Parteien zur Komintern es der Bourgeoisie, sie zu verfolgen, und begünstigt ihren Plan, sie von den Massen des eigenen Landes zu isolieren". Und Dimitrov vermerkte zu dieser Stalin-Weisung vom April 1941: „Die Frage nach der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter den Bedingungen des Weltkrieges ist klar und deutlich gestellt worden" (vgl. auch Dok. 489a).

Bereits einen Tag später, am 21. April, notierte er: „Habe Ercoli [Togliatti] und Maurice [Thorez] mit der Frage konfrontiert, ob das EKKI seine Tätigkeit als führende Instanz für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und den einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche nationale Parteien der Kommunisten der einzelnen Länder umwandeln solle, die sich zwar von einem kommunistischen Programm leiten lassen, ihre konkreten Aufgaben aber auf ihre Weise lösen, den Verhältnissen in ihren Ländern entsprechend, und die selber Verantwortung für ihre Entscheidungen und ihr Handeln tragen. Anstelle des EKKI – ein Organ zur Information und zur ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien. Beide meinten, diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung."

Und im Mai 1941 ging es gezielt weiter. Dimitrovs Tagebuchaufzeichnungen registrieren,[459] dass er am 12. Mai mit Manuil'skij darüber diskutiert hatte, wie der Beschluss zur Einstellung der Tätigkeit des EKKI begründet werden solle. Danach sprach er im ZK der KPdSU mit Ždanov über die Auflösung der Komintern: „Der Beschluß muß prinzipiell begründet sein, da man dem Ausland wie auch unseren sowjetischen Kommunisten gegenüber eine stichhaltige Erklärung für einen solchen Schritt liefern muß. Die Komintern hat eine große Geschichte, und plötzlich hört sie auf, als einheitliches internationales Zentrum zu existieren und zu handeln. In dem Beschluß müßte man im Voraus alle möglichen Schläge des Gegners in Betracht ziehen, z. B. daß es sich hierbei angeblich um ein Manöver handele oder die Kommunisten dem Internationalismus und der internationalen proletarischen Revolution abgeschworen hätten." „Die Sache" sei indes „nicht eilig; man sollte sie nicht übereilen, sondern ernsthaft diskutieren und vorbereiten." Es gehe dabei um drei Fragen: „a) Wie soll man es prinzipiell begründen; b) auf wessen Initiative ist der Beschluß zu fassen; c) das Erbe der KI, wie geht es weiter?"

Die geplante Auflösung sollte mit Rücksicht auf außenpolitische Partner der Sowjetunion (wie üblich verschleiert) vorgenommen werden, d. h. 1941 zunächst noch Hitler-Deutschland. Bei Dimitrov liest sich das am 12. Mai 1941 so: „Auf jeden Fall

---

459 Dimitroff, Tagebücher 1933–1945, S. 386ff.

kann die kommunistische Bewegung mit diesem Schritt große Vorteile erreichen: a) alle Antikominternpakte verlieren ihre Grundlage; b) der größte Trumpf der Bourgeoisie wird hinfällig: daß nämlich die Kommunisten einem ausländischen Zentrum unterstünden und damit ‚Verräter' seien" (vgl. Dok. 489a). Dass die Arbeit des EKKI dennoch wie gewohnt weitergehen sollte, belegen Dimitrovs Notizen, etwa vom 19. Juni 1941. „Protokoll Nr. 96 – Sekretariat des ZK [der KPdSU] – 18.6.1941. ‚Der Kostenvoranschlag der Ausgaben für 1941 wird angenommen: für die Geschäftsleitung des EKKI in der Höhe von 1.111.800 Rubel'"[460] (vgl. Dok. 484).

Drei Tage danach überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Der „Kostenvoranschlag", vor allem aber die Pläne zur Auflösung der Komintern waren obsolet. Erst zwei Jahre später, im Mai 1943, wurde die Tätigkeit der Komintern offiziell eingestellt. Und zwar mit der fast gleichen Begründung, wie sie schon den Geheimpapieren Dimitrovs von 1941 zu entnehmen ist,[461] doch galt das Signal diesmal nicht mehr Hitler-Deutschland, sondern den West-Alliierten.

Vom deutschen Überfall im Juni 1941 bis zur Kominternauflösung im Mai 1943

Im vorliegenden Band werden nicht allein die „dunklen Jahre" des internationalen Kommunismus in der Zeit des Stalin-Hitler-Pakts dokumentiert, sondern auch Ereignisse nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Bekanntlich vollzog die Komintern abermals eine absolute Wendung. Nun wurde der Weltkrieg vom „imperialistischen Krieg" insbesondere Englands in einen Befreiungskrieg der Sowjetunion umgedeutet, aber jetzt zusammen mit den westlichen Demokratien gegen den deutschen Faschismus. Dies entsprach der Realität und damit wurde der „Antifaschismus" als zentrales Vokabular wieder in die Strategie der Komintern aufgenommen, allerdings gezielt im Rahmen der Konzeption eines „Vaterländischen Krieges" der UdSSR.

Dieser erneute Umschwung verdeutlicht, dass die Komintern einzig die Interessen der Sowjetunion Stalins vertreten wollte und sollte. Zumindest ab Ende der 1920er Jahre waren allein Moskaus Ziele ausschlaggebend und durch die Stalinisierung der eingeübte straffe Zentralismus des Kommunismus weltweit erreicht. Richtig bleibt zudem, dass die Kommunisten erst nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion im Juni 1941 zum international gewaltsamen Widerstand gegen das NS-Regime übergingen.

Für die deutschen Kommunisten gab es wieder „klare Fronten". Bereits am 1. Juli 1941 befahl Dimitrov für die Komintern und Pieck namens der KPD deutschen Funktionären in Westeuropa, nach Deutschland zurückzukehren. Sie sollten dort den ille-

460 Dimitroff, Tagebücher 1933–1945, S. 391.
461 Vgl. Weber, Kommunistische Internationale, S. 344.

galen kommunistischen Widerstand organisieren, darunter auch „Gruppen für spezielle Tätigkeit und Zersetzungsarbeit“, also Sabotageaktionen (vgl. auch Dok. 492, 493, 517). Dem ZK-Mitglied Wilhelm Knöchel gelang es, eine Widerstandsgruppe im Ruhrgebiet zu schaffen. Sein Versuch, in Berlin eine Inlandsleitung der KPD aufzubauen, scheiterte jedoch. Er wurde im Januar 1942 in Berlin verhaftet und die Gruppe rasch zerschlagen. Sie hatte als einziger Widerstandskreis Verbindung zum EKKI und verbreitete die sowjetische Linie in illegalen Zeitungen.[462]

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion bildeten sich größere eigenständige kommunistische Widerstandsgruppen z. B. in Sachsen, Thüringen, Berlin, Hamburg und Mannheim. Die Arbeit dieser Illegalen in Deutschland entsprach nur teilweise der Politik Stalins (vor allem die Schumann-Gruppe in Leipzig vertrat andere Konzeptionen. Sie schrieb z. B. noch 1944 vom „imperialistischen“ Weltkrieg).[463] Diese Kommunisten kämpften unabhängig vom Rumpf-ZK der Exil-KPD in Moskau, das sich wie immer den sowjetischen Anweisungen unterordnete. Dagegen knüpften die illegalen Widerständler vielfach an die Tradition der KPD vor 1933 an. Da es der Gestapo gelang, alle Gruppen in Deutschland zu zerschlagen, wurden die meisten Aktivisten aber noch vor Kriegsende ermordet.[464]

Der Überfall der deutschen Wehrmacht im Juni 1941 löste bald eine neue Unterdrückungswelle gegen Deutsche in der Sowjetunion aus. Die wolgadeutsche Sowjetrepublik wurde aufgelöst und deren Bevölkerung einschließlich der Kommunisten verbannt. Selbst führende deutsche Kommunisten wurden aus Moskau evakuiert, Exilanten mussten in „Arbeitsarmeen“ schuften. Etliche sollten 1942 wieder zum Partei-Einsatz zurückkehren (Dok. 508). Nachdem die Sowjetunion zu Beginn des deutschen Einmarsches durch Stalins Mitschuld fast besiegt worden war, bemühte sich die Führung der KPdSU mit dem Aufruf zum „Großen Vaterländischen Krieg“ umzusteuern und alle Reserven zu mobilisieren. Deutsche Exilanten wurden beauftragt, mit Frontpropaganda und späteren Einsätzen hinter den Linien der Wehrmacht die Truppen zu zersetzen. Früh wurde versucht, gefangene deutsche Offiziere gegen Hitler zu gewinnen. Die KPD wurde auch bei der „antifaschistischen Umschulung“ von Kriegsgefangenen herangezogen (Dok. 495, 498, 515). Nach der Auflösung der Komintern gründeten dann im Juli 1943 deutsche Kommunisten, Wehrmachtssoldaten und -offiziere das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, das sogar die reaktionären Farben schwarz-weiß-rot zum Symbol gegen das NS-Regime machte.

Durch die Wandlung der Komintern-Politik vom Antifaschismus zunächst zur deklamatorischen Unterstützung Hitlers gegen England 1939 und dann 1941 die

462 Vgl. Bayerlein, Verräter; Beatrix Herlemann: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation. Bonn 1986.
463 Vgl. Weber, Dokumente, S. 418ff.
464 Zur Literatur der KPD-Widerstandsgruppen im Krieg vgl. Weber, Kommunismus in Deutschland, S. 140ff.; Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 2007.

„Rückkehr“ zur Strategie des „Antifaschismus“ änderte sich das Verhältnis der Komintern und Stalins zur KPD. Da die ehemals stärkste Sektion der Komintern die NS-Diktatur nicht stürzen und sogar den Überfall und totalen Krieg gegen die UdSSR nicht hatte verhindern können, wurden die Mitglieder und Führer der Partei einerseits verachtet, andererseits sollten sie die Sowjetunion im Krieg nun voll unterstützen.

Innerhalb der Komintern stand die KPD-Führung nur noch am Rande. Beispielsweise konnte das „ZK der KPD“ einen (von Stalin persönlich redigierten) Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Armee erst am 6. Oktober 1941 herausgeben. Die Parteiführung forderte darin den „Kampf für ein Volksdeutschland, für ein Deutschland des Friedens und der Freiheit“. Ein „Deutscher Volkssender“ hatte ab 1. Oktober 1941 mit seinen Sendungen in Moskau begonnen.[465] Die Exil-KPD sowie die gesamte Komintern, die inzwischen fast bedeutungslos war, wurden 1941 und 1942 ganz in den Überlebenskampf der Sowjetunion, den „Großen Vaterländischen Krieg“, einbezogen.

Das Ende der Komintern

Dimitrov hatte Stalin schon am 1. Oktober 1941 vorgeschlagen, die Komintern nicht mehr öffentlich in Erscheinung treten zu lassen (Dok. 500). Doch 1941 und 1942 erlitt die Rote Armee verheerende Niederlagen (im Juli 1942 waren deutsche Einheiten bis zum Kaukasus vorgestoßen). Daher galt es, die Verbreitung von Siegeszuversicht ebenso wie die Zersetzung der Truppen Deutschlands und seiner Verbündeten durch die Komintern-Sektionen zu forcieren. Somit fungierte die Komintern nun als eine Art Unterabteilung zur Unterstützung der Roten Armee.

Ab Ende 1941 wurden vermehrt bombastische Phrasen des Stalin-Kults als Propagandamittel eingesetzt. „Die Kommunistische Internationale“ verkündete nach Stalins Rede auf der Revolutionsfeier am 6. November 1941 übereilt „militärische Erfolge“ (die erst mit der sowjetischen Gegenoffensive im Winter erfolgten) und schrieb schwülstig: „Die Ereignisse haben bereits die unvergleichliche Überlegenheit der genialen Stalinschen Strategie über die deutsch-faschistische Strategie gezeigt. Die weitere unbeirrte Realisierung der von Stalin, dem geliebten Führer des Volkes und Oberbefehlshaber der Roten Armee, gestellten Aufgaben wird der Sowjetunion den Endsieg und die völlige Zerschmetterung des zwar übel zugerichteten, aber immer noch gefährlichen Feindes sichern.“[466] Bis zur „Zerschmetterung“ dauerte es noch lange, der „Endsieg“ kostete viele Millionen Opfer und hinterließ ein zerstörtes Land. Die Bevölkerung der UdSSR hatte unendlich viel Leid zu ertragen. Erst mit der Schlacht um Stalingrad von November 1942 bis Februar 1943 änderte sich die Kriegs-

---

465 Vgl. Bayerlein, Verräter, S. 442ff.

466 Zitiert in Die Welt (20.2.1942). Nr. 21, nach Kommunistische Internationale (1941). Heft 12; Vgl. Weber, Kommunistische Internationale, S. 341.

lage. Die Vernichtung der 6. deutschen Armee und der Sieg der Roten Armee (Dok. 520) brachte die Kriegswende.

Die Verbindung zu den westlichen Kriegsalliierten USA und Großbritannien ließ Stalin nun den Schritt tun, den er schon 1941 vor hatte: die Komintern aufzulösen. Damit wollte er seinen westlichen „Partnern“ die Furcht vor einem straff organisierten internationalen Kommunismus nehmen. Die dazu beauftragten Dimitrov und Manuil’skij redigierten am 11. Mai 1943 einen Entwurf des Präsidiums des EKKI zur Auflösung der Komintern. Dazu fanden am 13., 16. und 17. Mai Arbeitssitzungen des EKKI-Präsidiums statt, Stalin begründete das Ende der Komintern am 21. Mai (Dok. 522, vgl. auch Dok. 522a, 523). Die offizielle Erklärung, das EKKI habe am 15. Mai die Auflösung der Komintern beschlossen, wurde erst am 22. Mai verbreitet. Und am 28. Mai 1943 veröffentlichte „Die Welt“, das Komintern-Organ in Stockholm, den Text des Beschlusses[467] (die Moskauer „Pravda“ erst am 9. Juni!). Formal·wurde die Auflösung mit der notwendigen Konsolidierung jeder einzelnen Partei begründet und der Eindruck erweckt, als sei der Kommunismus „national“ geworden. Mit der Auflösung der Komintern hörte der Weltkommunismus aber nicht auf zu bestehen. Stalin ließ die Kommunistischen Parteien nun direkt vom ZK der KPdSU anleiten, so dass die Fäden der kommunistischen Politik weiterhin in seiner Hand zusammenliefen. Die Auflösung geschah mit der gleichen Begründung wie intern schon 1941 vorgesehen. Die KPD-Führung in Moskau hatte dies am 24. Mai 1943 wie üblich begrüßt (Dok. 523). Am 10. Juni 1943 erklärte das EKKI-Präsidium das Ende seiner Tätigkeit sowie der des Sekretariats und der Internationalen Kontrollkommission der Komintern.

Nach fast 25 Jahren beendete Stalin die Geschichte der Komintern. Durch die militärischen Erfolge (zwei Jahre später eroberte die Rote Armee Berlin), stand sein Nimbus als „Sieger“ fest. Für die Leitung des Weltkommunismus benötigte der Diktator kein internationales kollektives Gremium mehr. Das Ende der KPD als Sektion der Komintern bedeutete nun ihre direkte Unterordnung unter Moskau. Es blieb bei der völligen Abhängigkeit von Stalin. Nach Kriegsende fanden mit dem Sieg der Roten Armee die Beziehungen zu den deutschen Kommunisten eine andere Basis. Im von der UdSSR besetzten Teil Deutschlands hatten sie ab 1945 unter der Befehlsgewalt der sowjetischen Militäradministration die ihnen oktroyierte stalinistische politische Linie zu praktizieren. Die von Stalin beargwöhnte und verachtete Kommunistische Internationale war organisatorisch überflüssig geworden, denn über den Weltkommunismus bestimmte nun der Diktator im Kreml.

467 Abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 344ff.

Jakov Drabkin

Die Idee der Weltrevolution und ihre Transformation in der Kominterngeschichte

Vorbemerkung

Die „*Weltrevolution*" gehört in unseren Tagen zu den am meisten mythologisierten und mystifizierten Begriffen. Sie wird öfters nicht nur als Illusion oder Utopie traktiert, sondern als ein Symbol des Strebens der Kommunisten zur Weltmacht durch Krieg und Aggression verwendet, das mit dem Drang der deutschen Faschisten zur „Weltherrschaft der höheren Rasse" verwandt sei.
Einerseits hört man Stimmen, dass die Bolschewiki das leichtgläubige russische Volk wie „Reisigbündel ins Feuer der Weltrevolution" geworfen hätten; zum anderen existiert eine quasiwissenschaftliche Version, laut derer Lenin erst „Russland dem deutschen Generalstab verkauft", dann aber die deutsche Revolution sabotiert und dadurch die Weltrevolution „verraten" habe[1].

Schon deshalb erscheint es wichtig, die primitivsten Vorstellungen vom „Urkommunismus", d. h. die utopistischen Dichtungen der Phalanstère-Kolonien, italienischen Carbonari oder Pariser Kommunarden, wie auch die illusionären Visionen der im Gleichschritt marschierenden proletarischen Bataillone, von den wirklichen Versuchen, den Ersten Weltkrieg durch eine sozialistische Weltrevolution zu stoppen und in einen internationalen Bürgerkrieg gegen den für den Krieg verantwortlichen Kapitalismus umzuwenden, zu unterscheiden. Zu diesem Zweck wurde nun die Komintern berufen.

Bekanntlich wurde das 20. Jahrhundert mehrmals und aus verschiedenen Sichtweisen heraus als eine „*Epoche der Weltkriege und der Revolutionen*" bezeichnet. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland erschien vielen als ein entscheidender positiver Wendepunkt zur Befreiung der Völker vom Joch der Kriegstreiber und Ausbeuter. Andererseits gab und gibt es Meinungen, die alle Schuld an dem Unheil der Nachkriegszeit den Revolutionären aufzubürden versuchen. Da wichtige Urkunden und Dokumente zur Geschichte dieser Zeit lange streng geheim, den Historikern unzugänglich archiviert blieben, wurden manche Ereignisse, Prozesse, Organisationen und Personen politisch sowie ideologisch auch einmal einseitig bewertet oder falsch gedeutet.

Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, schon nach dem Fall der kommunistischen Regime in Europa, haben das Kominternarchiv in Moskau und die meisten

1 Vgl. dazu die Aussagen des Schriftstellers Vadim Košinov und die Einschätzungen im Buch des Historikers Jurij Fel'štinskij: Krušenie mirovoj revoljuci. Očerk pervyj. Brestskij mir. Oktjabr 1917–nojabr 1918. London: Overseas publications interchange 1991.

Staatsarchive viele ihrer Bestände den russischen und auswärtigen Forschern zur Einsicht freigegeben. Bald darauf wurden auch mehrere Bände mit Materialien der Komintern, die ihre 25-jährige Existenz dokumentieren, veröffentlicht.[2] Daraufhin folgten Publikationen der Dokumente allerhöchster Behörden des Sowjetlandes, die es dem russisch lesenden Publikum ermöglichten, neue Kenntnisse und Erkenntnisse über die stürmischen Jahre nach dem Ersten Weltkrieg in aller Welt zu erwerben.[3] Allmählich kamen dann neue Analysen und auch Übersetzungen in andere Sprachen hinzu.[4] Eine Neubewertung vieler Komplexe wurde möglich.

Im März 1999, genau am 80. Jahrestag der Gründung der Komintern, beschloss die damals gerade gegründete „Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen", um zunächst die Sprachbarriere zu überwinden, einen Sammelband „*Die Komintern und Deutschland*" in deutscher Sprache in der BRD herauszugeben. Die Vorarbeiten jedoch – die Erschließung weiterer Dokumente, ihre Übersetzung und Kommentierung – erforderten viel mehr Zeit und Mühe als vorgesehen war. Nun liegt der strukturierte, umfangreich gewordene Band in deutscher Sprache vor. Die Einleitungen sollen dem Leser dabei helfen, sein eigenes Verständnis der reichen Dokumentation, namentlich über Ideologie und Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu erarbeiten, und dazu noch einen wissenschaftlich begründeten komparativen Zugang zu unterschiedlichen Auffassungen über die Vergangenheit und die Gegenwart zu erlangen.

---

2 Diese Einleitung stützt sich auf meinen Artikel: The Idea of World Revolution and its Transformations. In: Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents. Hrsg. v. Mikhail Narinsky u. Jürgen Rojahn. Amsterdam: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam: Fondazione Feltrinelli, Milano: Université Libre de Bruxelles 1996. S. 46–54; Ders.: Komintern i Germanija v svete novych archivnych dokumentov. In: Germanija i Rossija. Sobytija, obrazy, ljudi, Voronež, Voronežskij Gosudarstvennyj Universitet 2000. Vol. III. S. 66–71. Darüber hinaus auch die Vorworte und Einleitungen zu den Bänden: Natalia Lebedeva u. Michail Narinskij (Hrsg.): Komintern i Vtoraja mirovaja vojna. 2 vols. Moskva: Pamiajtniki Istoričeskoj Mysli 1994–1998; Jakov Drabkin, Leonid Babičenko, Kirill Širinja [u. a.] (Hrsg.): Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty. Moskva: Nauka 1998; Vadim Dam'e, Nelli Komolova, Marianna Korvotčagina, Kirill Širinja (Hrsg.): Komintern protiv fašizma. Moskva: Nauka 1999; Aleksandr O. Čubar'jan [u. a.]: Istorija Kommunističeskogo Internacionala. 1919–1943. Dokumental'nye očerki. Moskva: Nauka 2002 (Rossijskaja Akademija Nauk, Institut vseobsej istorii).

3 Grant M. Adibekov, Eleonora N. Sachnazarova, Kirill K. Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna. 1919–1943. Moskva: ROSSPEN 1997, im Folgenden: Orgstruktura.

4 Jurij N. Amiantov (Hrsg.): V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty 1891–1922. Moskva: ROSSPEN 1999; Grant M. Adibekov e.a. (u. a.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) I Evropa. Rešenija „osoboj papki" 1923–1936. Moskva: ROSSPEN 2001; Ders.: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004; Fridrich Firsov: Sekretnye kody istorii Kominterna. 1919–1943. Moskva: AIRO-XXI 2007.

Zur Idee der „sozialistischen Weltrevolution"

Die Ursprünge der heute gängigen Begriffe *„Revolution, „Sozialismus", „Kommunismus", „Internationale"* sind in der Menschheitsgeschichte viel tiefer verankert, als der Aufstieg und Fall der drei im 19. und 20. Jahrhundert aktiven Arbeiter-Internationalen. Die Grundbegriffe entstammen der humanistischen Tradition der Aufklärung und den historischen Erfahrungen zahlreicher Volksbewegungen, vor allem der großen bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa und Amerika. Es trifft deshalb nicht zu, dass die Voraussetzung für den internationalen Kommunismus nur der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Sozialdemokratie gewesen seien.

Bereits am Vorabend der europäischen Revolutionen von 1848 wurde in London von den deutschen Emigranten Karl Marx und Friedrich Engels das bald darauf weltberühmt gewordene *„Manifest der Kommunistischen Partei"* veröffentlicht. Hierin wurden die Kommunisten – im Unterschied zu den verschiedenen sozialistischen Parteien und Strömungen, die den reaktionären (feudalen, kleinbürgerlichen, deutschen oder „wahren"), konservativen oder bourgeoisen, kritisch-utopistischen Sozialismus predigten – als Träger eines wissenschaftlich begründeten Sozialismus/Kommunismus bezeichnet. Ihr Verhältnis zu den bereits vorher entstandenen Arbeiterparteien war auf die Unterstützung jeder revolutionären Bewegung gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Zustände, auf eine Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien, vor allem aber auf die Vereinigung der Proletarier aller Länder gerichtet. Dabei wurde festgehalten, dass eine sozialistische (oder kommunistische), also eine *proletarische* Revolution, anders als die vorherigen *bürgerlichen*, nicht national begrenzt bleiben könne, sondern zu einer *internationalen,* letztendlich allgemeinen *Weltrevolution* werden solle. Diese Idee war von ihrem Ursprung her kein eigenständiges Ziel der Arbeiterbewegung, vielmehr stellte sie anstatt der ungerechten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassenkämpfen ein Mittel zur Schaffung einer noch zu keiner Zeit und nirgendwo existierenden, erst vorausgeahnten Assoziation auf der Erde dar, „worin *die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller* ist".[5]

Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Begriffe *Weltpolitik, Weltökonomie,* später auch *Weltkrieg* bereits so tief in die wissenschaftlich-politischen Lexika und die Praxis eingedrungen, dass die Bezeichnung *Weltrevolution* als ihre legitime logische Fortsetzung erschien. Eben in diesem Zusammenhang wurden die am Ende des Ersten Weltkrieges Platz greifenden Revolutionen in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn in den Jahren 1917 bis 1919 sowie kleinere revolutionäre Aufbrüche in anderen Ländern von vielen Zeitgenossen (Freunden und Feinden) als eine international bedeutsame europäische Völkererhebung betrachtet. Diese prognostische Vorstellung war allerdings – wie übrigens immer in der Geschichte – nur teilweise richtig.

5 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies.: Werke. Bd. IV. Berlin (Ost): Dietz 1964. S. 459–493, hier: 482, 493.

Denn der konkrete Werdegang dieser Revolutionen war alles andere als einheitlich und linear. Die Erfahrungen aus der „Epoche der Kriege und Revolutionen“ sind auch heute noch wissenschaftlich nicht vollständig erfasst. Ähnlich den Hoffnungen auf einen allgemeinen *ewigen Frieden* bleibt die Vorstellung eines den Kapitalismus verdrängenden *Sozialismus* – trotz kostspieliger Versuche, diese Ordnungen in der Welt aufzurichten – immer noch ein ersehnter Wunschtraum. Belassen wir jedoch den Zweifelnden ihr Recht auf Kritik und Skepsis, die bisweilen auch zur Negierung des Fortschritts als solchen führt. Versuchen wir lieber den besten Denkern und Kämpfern zu folgen, die sich immer wieder darum bemühten, das Leben auf Erden nicht dem Verfall preiszugeben, sondern es menschenfreundlicher zu gestalten. Man bezeichnet sie häufig insgesamt als *„internationale Sozialisten“*, obwohl es in ihrer Mitte und im breiten Umkreis mannigfaltige Mitdenker und Mitstreiter gab und noch gibt, die sich auf zahlreichen Ebenen auch kritisch mit den Idealen des Sozialismus/Kommunismus auseinandergesetzt haben.

Noch vor der Schwelle zum 20. Jahrhundert entstand in der Arbeiterbewegung Deutschlands und anderer fortgeschrittener Staaten in den Reihen des revolutionär ausgerichteten Marxismus und des Ideenguts der Ersten Internationale und der Pariser Kommune, bald nach der Überwindung des putschistischen Anarchismus, ein gefährlicher Aufbruch des reformistisch orientierten *„Revisionismus“*, der in höhnischer Weise das „sozialistische Endziel“ zurückwies.[6] Er war es, der die Sozialistische (Zweite) Internationale in die sich gegenseitig bekämpfenden Flügel – der *„Reformisten“* und der *„Revolutionäre“* – spaltete. Der in diesem Umfeld der russischen Sozialdemokratie 1903 entstandene Bolschewismus verstand sich eigentlich nur als eine russische Weiterentwicklung des internationalen Sozialismus, insbesondere des deutschen oder europäischen revolutionär-marxistischen Kommunismus[7].

Die positiven wie negativen Erfahrungen der ersten Russischen Revolution von 1905 *bis* 1907, die sich aufschaukelnde Gefahr eines vom Kapitalismus-Imperialismus-Militarismus ausgebrüteten grossen Krieges drängte die linken Kräfte in der Sozialistischen Internationale zur Sammlung und Gegenwehr. Auf dem Weltkongress in Stuttgart 1907 wurde eine von August Bebel vorgetragene Antikriegsresolution einstimmig angenommen. Allerdings wurde sie durch eine von Rosa Luxemburg, Lenin und Jurij Martov eingebrachte prinzipielle Erklärung ergänzt. Ihren Kern bildete der Gedanke,

6 Vgl. dazu Boris N. Ponomarev, T. T. Timofejev, A. I. Sobolev (Hrsg.): Die Internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie in sieben Bänden. Einführung von Akademiemitglied A. N. Ponomarev. 7 vols.. Moskau: Progress 1980–1985. Bd. I: Entstehung des Proletariats und sein Werden als Revolutionsklasse; Bd. II: Die Arbeiterbewegung in der Periode des Übergangs zum Imperialismus; Bd. III: Beginn der Revolutionskämpfe des 20. Jahrhunderts.

7 Vgl. W. I. Lenin: Karl Marx. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1960. S. 31–80; Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? [1899]. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. I, 1. Hbd.: 1893 bis 1905. Berlin: Dietz 1972. S. 369–445; Franz Mehring: Die Bolschewiki und wir (Mai/Juni 1918). Marx und die Bolschewiki (1918). In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. XV: Politische Publizistik 1905 bis 1918. Berlin: Dietz 1966. S. 761–780.

dass, wenn es auch bei Anwendung aller Mittel nicht gelingen sollte, den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern, für dessen rasche Beendigung einzutreten sei und die Krise zur Beschleunigung des Sturzes des Kapitalismus als solchem zu nutzen. Obwohl dies vom Baseler Sozialistenkongress 1912 noch bekräftigt wurde,[8] vertiefte sich die nationale, soziale und politische Spaltung der Völker, die sich immer stärker auch auf die Arbeiterschaft auswirkte, ihre antimilitaristische Haltung schwächte und danach fast völlig zersetzte.

Die sicherlich positive Friedensbotschaft reichte weder aus, um 1914 den Beginn des Weltkrieges zu verhindern, noch um das Vertrauen des Volkes in die Parteiführungen der Sozialdemokratie und der rechten Gewerkschaftsführer zu brechen, auch nachdem sie ihre eigenen internationalen Bekenntnisse und Versprechen verworfen und die imperialistischen Regierungen unterstützt hatten.

Nur die russischen Bolschewiki, in Deutschland einige wenige „Aufrechte" (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und ihre Anhänger),[9] wie auch zerstreute Internationalisten in anderen Ländern, blieben ihren Prinzipien treu. Lenin hatte bereits im November 1914 in der Schweiz das Manifest „Der Krieg und die Russische Sozialdemokratie" veröffentlicht. Hierin wurde der Zusammenbruch der Zweiten Internationale konstatiert und zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Krieg für Demokratie und Sozialismus, in einen Bürgerkrieg, zum revolutionären Sturz europäischer Monarchien in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn aufgerufen. Auch die Gründung einer neuen, von jeder Versöhnung mit den am Krieg Schuldigen befreiten, wirklich proletarischen Internationale wurde als Perspektive angegeben.[10]

Karl Liebknecht trat am 3. August in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entschieden gegen die Bewilligung der Kriegskredite auf. Am 2. Dezember votierte er als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen diese. Entgegen der parlamentarischen Geschäftsordnung wurde ihm die Möglichkeit verweigert, seine Abstimmung zu begründen. Seine Erklärung zirkulierte nur als Flugblatt von Hand zu Hand, in dem es u. a. hieß: „Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein."[11]

---

8 Igor' M. Krivoguz: Vtoroj internacional. 1889–1914. Moskva: Mysl' 1964.

9 Vgl. dazu Jakow Drabkin: Die Aufrechten. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin. Berlin: Dietz 1988; Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie. Berlin: Aufbau-Verlag 1996.

10 W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1960. S. 11–21, hier: S. 18f.; Boris A. Ajzin [u. a.]: Lenin v bor'be za revoljucionnyj internacional. Moskva: Nauka 1970.

11 Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg. Material zum „Fall Liebknecht". In: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VIII: August 1914 bis April 1916. Berlin: Dietz 1966. S. 63f. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtk/1914/12/reichstag.htm (1.9.2013). Vgl. Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie. Berlin: Aufbau-Verlag 2007.

In Berlin erschien 1915 ein von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenes Heft der Zeitschrift „Die Internationale“, bald darauf entstand eine entsprechende deutsche Gruppe (später „Spartakus“ genannt). Auf ihrer Konferenz am 1. Januar 1916 im Anwaltsbüro der Liebknechts wurden die „*Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie*“ angenommen und von den Teilnehmern scherzhaft und zur Tarnung „Tante Rosas Testament“ genannt, die als Anhang zur illegal in der Schweiz erscheinenden „Junius-Broschüre“ von Rosa Luxemburg bald veröffentlicht wurden.[12] In ihnen wurde die „*Lebensnotwendigkeit, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen*“ hervorgehoben, welche „die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt“. Die Leitsätze enthielten einen ausgearbeiteten Plan der Anwendung des Erfurter Programms der SPD von 1891 auf die Probleme der Gegenwart. Die Dritte Internationale sollte auf der Grundlage der Solidarität der Proletarier aller Länder, ohne die es keinen Sozialismus geben könnte, aufgebaut werden.

„In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats, – so lautete der Beschluss. – Die Internationale entscheidet über die Taktik der nationalen Sektionen“ im Krieg wie im Frieden. „Die Pflicht der Disziplin gegenüber den Beschlüssen der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran“. Das Hauptaugenmerk der Taktik nationaler Sektionen war somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und entschlossener Initiative zu erziehen und „die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren“.

In den Worten von der neuen Internationale als dem „Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muss“, wie auch in der Feststellung, dass es um eine streng zentralisierte Organisation mit harter Disziplinpflicht ging,[13] war ein deutlicher Nachklang des „*Kommunistischen Manifests*“ und bester marxistischen Tradition, keinesfalls jedoch eine Geringschätzung nationaler Arbeiterparteien hörbar.

Diese in Deutschland geborenen und von den Bolschewiki ernst genommenen Prinzipien führten die revolutionären Gruppen vieler Länder – allerdings erst nach dem Weltkrieg – zum Zusammenschluss ihrer Kräfte sowie zu der Gründung eigenständiger kämpferischer Parteien und einer neuen Internationale. Denn die Voraussetzungen hierfür konnten nicht allein die mit Begeisterung angenommenen, feurigen antimilitaristischen Resolutionen bieten, sondern vielmehr die realen Volksbewegungen in den unterschiedlichen Ländern und die dort heranreifenden Revolutionen.

---

12 Junius [d. i. Rosa Luxemburg]: Die Krise der Sozialdemokratie. Anhang 1: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Bern: Unions-Druckerei 1916; ebenfalls in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. IV: August 1914 bis Januar 1919. Berlin (Ost): Dietz 1974 (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED). S. 49–164.
13 Luxemburg, Entwurf zu den „Junius“-Thesen. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 43–47, hier: S. 46.

Russische Revolutionen 1917 und Brester Frieden

Je länger der blutige Weltkrieg dauerte, desto stärker wuchs die Ernüchterung in den Massen und erhöhte ihren Friedensdrang. Das schwächste Glied in der Länderkette wurde Russland. Die Februarrevolution von 1917 und der Sturz des Zarenreichs der Romanovs hatten eine Bresche im Weltsystem geschlagen. Auch die Imperien der Hohenzollern und der Habsburger reihten sich in die Abfolge der Revolutionen ein. Doch der Krieg tobte weiter auf vollen Touren. Die provisorischen Regierungen Russlands fanden keinen Ausweg aus ihm und bewiesen keinerlei Fähigkeiten, um dem allgemeinen Zerfall der Volkswirtschaft und dem Hungerdasein vorzubeugen.

Aus dem Schweizer Exil gab Lenin seiner Überzeugung Ausdruck, dass die in Petrograd begonnene Revolution sich nicht mit ihrer ersten Etappe begnügen und auch nicht auf ein einziges Land beschränkt bleiben würde. Denn das europäische, so meinte er, und vor allem das deutsche Proletariat werde dazu verhelfen „die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.“[14]

Anfang April 1917 war Lenin mit Dutzenden anderer Arbeiterführer in dem angeblich „plombierten“ Waggon aus der Schweiz durch Deutschland in Petrograd angekommen, was ihm Vorwürfe seitens aller russischen Nationalisten einbrachte. Er verwies wiederholt auf die Aufgabe der russischen Sozialdemokratie – gemeinsam mit Karl Liebknecht und anderen revolutionär gesinnten Internationalisten – eine Dritte, Kommunistische Internationale ins Leben zu rufen. Doch in der Atmosphäre von Kriegswahn und nationaler Verhetzung war das keine leichte Aufgabe; für die Verwirklichung dieser Idee wurden noch fast zwei weitere Kriegsjahre benötigt.

Die Oktoberrevolution 1917, die die Bolschewiki in Russland an die Macht brachte, wurde von ihnen als der erste Schritt der proletarischen *Weltrevolution* angesehen. Im „Dekret über den Frieden“ wurden alle kriegführenden Staaten aufgefordert, unverzüglich einen gerechten demokratischen Frieden zu schließen. Es gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeiterschaft der größten fortgeschrittenen Länder – England, Frankreich, Deutschland – die in der Geschichte Vorbilder des proletarischen Heldentums und der historischen Kreativität waren, dem jungen Sowjetrussland helfen würden, die Sache des Friedens und zugleich der Befreiung aller werktätigen Volksmassen von jeglicher Sklaverei und Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.[15]

Da sich jedoch die Hoffnungen auf einen schnellen, allgemeinen, demokratischen Friedensschluss als trügerisch erwiesen und die Aufrufe, von allen Kriegstreibern ignoriert, keinen breiten Widerhall fanden, verblieb der Sowjetregierung nur

14 W. I. Lenin: Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter. In: Ders.: Werke. Berlin (Ost): Dietz 1957. Bd. XXIII. S. 380–387, hier: S. 386.

15 W. I. Lenin: Rede über den Frieden. 26. Oktober (8. November). In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. S. 239–243, hier: S. 242. Siehe auch Aleksandr O. Čubarjan: Brestskij mir. Moskva: Nauka 1964.

noch eine einzige Möglichkeit, ein Ende des Völkergemetzels zu erzwingen, und zwar in Form direkter Verhandlungen mit den deutschen Militärs, die als einzige auf die Aufforderung eingingen. Sie wollten jedoch nichts anderes, als durch einen aufgezwungenen separaten Gewaltfrieden das Ausscheiden Russlands aus dem Weltkrieg zu erreichen und dazu noch Annexionen und Tribute einzuheimsen.

Lev Trotzki, als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und Leiter der Anfang Januar 1918 nach Brest-Litowsk gekommenen sowjetischen Delegation, versuchte den deutschen ultimativen Forderungen und Drohungen mit einer höchst pathetischen Deklaration entgegenzutreten. Gerade die deutsche Delegation benutzte diese Kritik. Die Parole „Weder Krieg, noch Frieden" wurde ausgerufen, der Annexionsfrieden abgelehnt. Trotzki schlug zunächst vor, „den Kriegszustand für beendet zu erklären, die Armee zu demobilisieren und nach Hause zu schicken, doch den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen". Diese großzügige Rechnung war jedoch falsch: Deutsche Militärs begannen sofort eine breite Offensive in der Ukraine und im Baltikum.[16]

Der Zerfall der gesamten russischen Front erzwang die Unterzeichnung eines noch härteren Friedens mit Annexionen und Kontributionen durch neue nach Brest gesandte Delegierte zusammen mit Sokol'nikov und Georgi Čičerin an der Spitze. Bereits während der Verhandlungen entstanden im Lande und in der führenden Partei Russlands heftigste Gegenreaktionen, doch Lenin erzwang unter Rücktrittsdrohung gegen Bucharin, Radek, Sinowiew u. a. die Unterzeichnung. Die Achse der Auseinandersetzungen bildete das Verhältnis von nationalen und internationalen Aufgaben der begonnenen Revolution, die in Russland bereits gesiegt, in den anderen Ländern Europas aber nur Vorzeichen (Januarstreik 1918 in Deutschland und Österreich) gezeigt hatte. Die sowjetischen Kommunisten waren sich alle im Prinzip darin einig, dass die sozialistische Revolution ein internationales Ereignis sei, die russische hingegen nur ihren ersten Akt bilde. Die Revolution im Westen, vorerst in Deutschland, habe sich zwar verspätet, sie komme jedoch mit Sicherheit. Im Übrigen sei ein Revolutionskrieg gegen erbitterte Friedensgegner im Prinzip gerechtfertigt, doch in der Praxis nicht immer möglich.[17]

Die Meinungen gingen jedoch diametral in der Frage auseinander, ob Sowjetrussland dazu imstande sei, einen solchen Krieg erfolgreich zu führen und welcher Gesichtspunkt gerade den Interessen der *Weltrevolution* besser entspreche: Zunächst die Sowjetmacht in Russland zu verteidigen und zu stärken oder sofort zu versuchen, durch einen Revolutionskrieg den Ausbruch der Revolution, beispielsweise in Deutschland, zu fördern bzw. zu „beschleunigen".

---

16 W. I. Lenin: Nachwort zu den Thesen über den sofortigen Abschluss eines annexionistischen Separatfriedens. In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. S. 451–452, hier: S. 451.
17 W. I. Lenin: Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens. In: Ders.: Werke. Bd. XXVI. Berlin 1961. S. 442–450, hier: S. 446f.

Lenin war festen Willens und hatte klare Vorstellungen: „Es besteht kein Zweifel, dass die sozialistische Revolution in Europa kommen muss und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus gründen sich auf diese Überzeugung und diese wissenschaftliche Voraussicht. Unsere propagandistische Tätigkeit im allgemeinen und die Organisierung der Verbrüderung im besonderen müssen verstärkt und entwickelt werden. Es wäre aber ein Fehler, die Taktik der sozialistischen Regierung Russlands darauf aufzubauen, dass man festzustellen versucht, ob die europäische und insbesondere die deutsche sozialistische Revolution im nächsten halben Jahr (oder in einer ähnlich kurzen Frist) ausbrechen wird, oder nicht. Da man das auf keinen Fall bestimmen kann, so würden alle solchen Versuche objektiv auf blindes Hasardspiel hinauslaufen."[18] Aus diesen Erwägungen ergab sich der Schluss, dass nach dem Sieg der Revolution in einem Lande nun alle Fragen vom Standpunkt der besten Bedingungen für die Entwicklung und Festigung dieser bereits begonnenen Revolution entschieden werden können. Als Grundlage sollte demnach das Prinzip gelten, dass man sich zunächst in dem entsprechenden Land festigen oder zumindest halten müsse, bis sich andere Länder ihm anschlössen.[19]

Diese Auffassung über die Priorität innenpolitischer Aspekte stieß jedoch auf energische Kritik seitens der „linken Kommunisten" (Bucharin, Opokov-Lomov, Urickij u. a.). Lenin wurde offen vorgeworfen, es handele sich dabei um eine Überhöhung nationaler, zum Schaden internationaler Aspekte sowie eine Unterschätzung der Gefahr, dass die Sowjetmacht ein „Agent des deutschen Imperialismus" werden könnte. Lenin lehnte derartige Schlüsse ab, distanzierte sich jedoch von Stalin, der in seiner Polemik gegen die „Linken" erklärte, es gebe im Westen keine revolutionäre Bewegung, sondern nur „eine potenzielle Möglichkeit, mit der wir nicht rechnen können". Obwohl es dort – widersprach Lenin – noch keine Revolution gebe, könne die Ignorierung der Massenbewegungen in Europa zur Degradierung des internationalen Sozialismus führen.[20]

Lenin hatte dabei auch die schroffe Möglichkeit erwogen, dass die russischen Revolutionäre sich zugunsten der deutschen Revolution sogar opfern müssten: denn diese werde ihrer Dynamik wegen „viel höher als die russische stehen" (Dok. 4). Jedoch der Kern der Situation bestehe eben darin, dass dort die Revolution noch nicht begonnen habe, sie „bei uns" jedoch ein neugeborenes und laut schreiendes Kind geboren habe. Wenn „wir in diesem Augenblick nicht klar sagen, dass wir auch einen schwersten Frieden annehmen, werden wir untergehen".[21]

Lenins Standpunkt, der dem im Volke weit verbreiteten und tief verwurzelten Patriotismus offensichtlich widersprach, setzte sich nur unter großen Schwierigkeiten

---

18 Lenin, Zur Geschichte, S. 443f.
19 Lenin, Zur Geschichte, S. 443f.
20 Institut Marksizma-Leninizma (Hrsg.): Protokoly Central'nogo Komiteta RSDRP(b). Avgust 1917 – fevral 1918. Moskva: Gosudarstvennoe izdatel stvo političeskoj literatury 1958. S. 169f.
21 Institut Marksizma-Leninizma, Protokoly, S. 171.

durch. Die beschränkte Atempause musste mit dem überhöhten Preis großer territorialer, materieller und moralischer Verluste bezahlt werden.

Wie stellten sich die deutschen Revolutionäre zum Frieden von Brest-Litovsk? Rosa Luxemburg im Gefängnis und Karl Liebknecht im Zuchthaus konnten selbstverständlich nicht versprechen, dass die deutsche Revolution, die sie mit aller Mühe zu erwecken suchten, sofort beginnen würde. Im Nachgeben der Bolschewiki gegenüber dem deutschen Militär sahen sie jedoch nicht nur eine echte Tragödie der russischen Revolution, sondern auch eine ernste Gefahr für die kommende deutsche Revolution. Als prinzipientreue Internationalisten verstanden sie, dass einzig und allein der revolutionäre Aufbruch der deutschen Arbeitermassen das Signal für die internationale Beendigung des Völkermords geben konnte.

Die russischen „linken Kommunisten" erkannten bald die Richtigkeit der auf eine „Atempause" zielenden Politik Lenins. Inzwischen wurde unter Anspannung aller Möglichkeiten die Rote Armee aufgebaut, versorgt und bewaffnet. Dabei bildeten die ausländischen Kriegsgefangenen in Russland – auch bewaffnete – Gruppen von Internationalisten, die im Bürgerkrieg die Bolschewiki unterstützten. Die Föderation ausländischer Gruppen der RKP(B) mit dem Ungarn Béla Kun an der Spitze vereinigte eine deutsche (die die Zeitung „*Weltrevolution*" herausgab) mit ungarischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen (später auch französischen, italienischen und anglo-amerikanischen) Gruppen. Ihnen schlossen sich wiederum Immigranten an, die bei der „revolutionären Zersetzung" westlicher Besatzungstruppen aktiv propagandistisch mitwirkten.[22]

Novemberrevolutionen 1918 in Europa und Gründung der Komintern

Endlich brachen 1918/1919 die langersehnten Revolutionen in Österreich-Ungarn und Deutschland aus, wodurch die militärische Kapitulation der Zentralmächte und somit das Weltkriegsende beschleunigt wurden. Jedoch die Entwicklung dieser Revolutionen war für die Revolutionäre selbst enttäuschend.

Karl Liebknecht, der vom Balkon des Berliner Schlosses aus am 9. November die „freie sozialistische Republik Deutschland" proklamierte (und zwar mit dem Zusatz, dass der Sturz der Monarchie nur ihr erster Schritt sei), konstatierte bald, dass der Revolution selbst ein Widerspruch anhaftete: Ihre politische Form sei „die einer pro-

22 Vadim V. Zagladin (Hrsg.): Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie. Bd. IV: Der Grosse Oktober und die internationale Arbeiterklasse (1917 bis 1923). Moskau: Progress 1983. S. 113ff., 146ff.

letarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform".[23] Rosa Luxemburg meinte in ähnlicher Weise: „Bevor die Revolution noch Kraft, Schwung, Anlauf genommen hat, wird ihre einzige Lebenskraft – ihr sozialistischer, proletarischer Charakter eskamotiert".[24] Nachdem ihr „sozialer Kern" zunächst noch „verschleiert" geblieben war, erhoben sie, zusammen mit Leo Jogiches und anderen Genossen (darunter Wilhelm Pieck, Franz Mehring, Hugo Eberlein, Paul Levi, Hermann und Käthe Duncker), die kleine Spartakusgruppe zum „Spartakusbund".

Sobald die Nachricht von der Revolution Russland erreichte, fixierte Lenin ebenfalls: „Im Grunde ist bei den Deutschen also Februar, nicht Oktober. Die Richtigkeit dieser Einschätzung bestätigt auch die Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung".[25] Tatsächlich waren die an die Macht gelangten rechten Führer von SPD und USPD, obwohl sie sich „Volksbeauftragte" nannten, keine Träger der sozialen Revolution. Friedrich Ebert hatte dem Prinzen Max von Baden, der ihm den Reichskanzlerposten übergab, um die Monarchie der Hohenzollern zu retten, exakt geantwortet: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde". Philipp Scheidemann war nicht weniger deutlich: „Meine Partei wird dafür sorgen, dass Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt".[26] Hugo Haase, der die Annahme russischer Getreidelieferungen von bereits in Bewegung gesetzten Güterzügen ablehnte, teilte der Sowjetregierung mit, dass „im Ergebnis der von uns unternommenen Schritte bei Präsident Wilson (…) sich zum Glück die Möglichkeit eröffnet [hat], Lebensmittelvorräte von jenseits des Ozeans zu erhalten".[27]

Die neuen sozialdemokratischen Machtinhaber verzichteten auf jede Solidarität mit Sowjetrussland und schoben die Wiederherstellung der kurz zuvor von deutscher Seite provokativ abgebrochenen diplomatischen Beziehungen hinaus. Dagegen suchten sie Kontakte mit den westlichen Invasionstruppen in Russland. Trotz der über den Betrieben und Kasernen wehenden roten Fahnen und den Reden von der Macht der überall entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte und der in Kürze erfolgenden „Sozialisierung" blieben alle ernsten Schritte in Richtung Demokratie und Sozialismus durch die Sozialdemokraten versperrt.

Führungspersonen von SPD und USPD schlossen vielmehr drei gegen die Weiterführung der Revolution gerichtete geheime Bündnisse ab: (1) den „Ebert-Groener-Pakt" mit dem hohen Militär; (2) das Arbeitsgemeinschaftsabkommen zwischen Monopolherren und Gewerkschaftsführern (Stinnes-Legien-Abkommen). Rechnet

---

23 Karl Liebknecht: Das, was ist. In: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX: Mai 1916 bis 15. Januar 1919. S. 604–607, hier: S. 604.

24 Rosa Luxemburg: Der Anfang [18.11.1918]. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 397–400, hier: S. 399.

25 *Izvestija VCIK*, Moskau, 12.11.1918.

26 Max Prinz von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart/Berlin/Leipzig: DVA 1927. S. 599, 618.

27 Izvestija VCIK, Moskau, 19.11.1918.

man (3) die Anbiederung an die Entente, gemeinsam Sowjetrussland zu bekämpfen (was freilich Deutschland nicht vor dem Versailler Gewaltfrieden retten konnte), dazu, so ergab sich eine Art „*Komplott gegen die Revolution*".[28] Friedrich Ebert und Gustav Noske, der nach einer Regierungskrise und dem Ausscheiden der Unabhängigen Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten die Rolle des militärischen Oberbefehlshabers spielte, bereiteten mit Hilfe des heimkehrenden Westheeres und gestützt auf offizierstreue „Freikorps" die bewaffnete Niederringung revolutionärer Arbeiter und Matrosen in Berlin und anderen Orten vor.[29]

Mitte Dezember 1918 wurde die Kardinalfrage nach der Weiterentwicklung der Revolution, die Frage „Rätemacht oder Nationalversammlung?" zugunsten letzterer entschieden. Der Reichsrätekongress verübte Selbstmord, indem er die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar vorverlegte und den Abbau des Rätesystems beschleunigte. Die Konterrevolution konnte ihren direkten Vormarsch beginnen. Kurz vor dem Kongress wurden die von Rosa Luxemburg formulierten Programmthesen *„Was will der Spartakusbund?"* veröffentlicht (vgl. Dok. 8), deren wohl wichtigste lautete: „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslands, um die sozialistische Revolution auf die internationale Basis zu stellen."[30] An der Jahreswende 1918/1919 wurde in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) gegründet, die nun die revolutionäre Vorhut der Abeiterklasse in sich vereinigte. Allerdings mussten Karl und Rosa den vom Gründungskongress beschlossenen Wahlboykott als „Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus" der jungen Delegierten schlucken, wie Rosa an Clara Zetkin schrieb (Dok. 10).

---

28 Jakow Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin (Ost): VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften 1968. S. 173ff. Es liegt bereits 40–50 Jahre zurück, dass ich diese Forschungshypothese konstruiert habe. Weitere ergiebige Quellenfunde sowie konstruktive Analysen von Historikern ganz verschiedener Richtungen haben m. E. diese These kaum erschüttert. Man könnte eventuell den Begriff „Komplott" durch den des „Geflechts" ersetzen. Übrigens bleibt die damalige Hypothese völlig vogelfrei für jede wissenschaftliche Kritik.

29 Vgl. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. u. hrsg. v. der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Bd. VI: Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres. Bearb. u. hrsg. v. der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres. Berlin: E. S. Mittler & Sohn 1938; Vgl. dazu Joachim Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus. Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1963; Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19. Wiesbaden: Steiner 1968; Sebastian Haffner: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19. Bern/München/Wien: Scherz 1969; Wolfgang Ruge: Novemberrevolution: Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918–19. Berlin (Ost): Dietz 1978; Günter Rosenfeld: Sowjet-Russland und Deutschland. Bd. I: 1917–1922. Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1984; Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Düsseldorf: Droste 1987.

30 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund [14.12.1918]. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. Institut für Marxismus-Lenismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1974. S. 442–451, hier: S. 447.

Als umso wichtiger erwies sich der nächste notwendige Schritt einer raschen Konsolidierung der kleinen revolutionäre Gruppen in den verschiedenen Ländern. Allerdings blieben dabei gewisse ernste Zweifel bestehen, da außer der RKP(B) und der KPD in anderen Ländern fast noch keine vollwertigen kommunistischen Parteiorganisationen gegründet worden waren. Kurz vor Weihnachten wurde Eduard Fuchs als Vertrauter des Spartakusbundes von Berlin nach Moskau geschickt, der von Lenin herzlich empfangen wurde und diesem den Programmentwurf „*Was will der Spartakusbund*?" und einen persönlichen Brief Rosa Luxemburgs mit folgendem Inhalt überreichte (siehe Dok. 12): *„Teurer Wladimir! Ich benutze die Reise des Onkels um Ihnen allen einen herzlichen Gruß von unserer Familie, von Karl [Liebknecht], Franz [Mehring] und den anderen zu übersenden. Gebe Gott, dass das kommende Jahr alle unsere Wünsche erfüllen wird. Rosa".*[31]

Lenin gab sofort in einer längeren Dienstnotiz dem Volkskommissar des Auswärtigen, Georgi Čičerin, den Auftrag, die Einberufung einer *internationalen Konferenz der Sozialisten* zur Gründung der Dritten. Internationale zu forcieren: „in Berlin (offen) oder in Holland (geheim) etwa am 1.II.1919". Als Grundlage der Plattform sollten die Theorie und Praxis des Bolschewismus sowie der Aufruf „*Was will der Spartakusbund?*" herangezogen werden. Es war dabei vorgesehen, nur die Parteien und Gruppen einzuladen, die bereit waren mit den „Sozialpatrioten" zu brechen und „für die sozialistische Revolution heute und für die Diktatur des Proletariats, im Prinzip für den Typ der Sowjetmacht auf[zu]treten" (Dok. 6). Aus dem Antwortschreiben Georgi Čičerins an Lenin wird ersichtlich, dass zwischen ihnen keine prinzipiellen Widersprüche bestanden, jedoch wichtige konkrete Fragen (so über die Niederlande als möglichen Tagungsort, die Liste der Eingeladenen, die Stellung zu den Räten/Sowjets als „neuer Staatsform") noch zu klären bzw. weiter zu diskutieren waren (Dok. 7).

Die Januarereignisse 1919 in Berlin änderten alles auf radikale Weise (Dok. 9, 11). Bis heute findet sich darüber in der Geschichtsschreibung eine breite Palette von Meinungen. Häufig werden die Abwehrkämpfe unbegründet als „*Spartakusaufstand*" oder gar „Putsch" dargestellt. Einen Versuch der gewaltsamen Machtergreifung gab es aber in Wirklichkeit nicht, es sei denn, die Besetzung der „*Vorwärts*"-Redaktion und einiger Häuser im Zeitungsviertel durch eine halbbewaffnete Arbeitergruppe sowie ein von Karl Liebknecht gezeichneter Zettel mit dem unernsten „Befehl" zur Absetzung der Regierung Scheidemann zählten als solcher.

Bei dieser Beurteilung werden entscheidende Tatsachen zur Bewertung der Lage ignoriert, die nämlich den planmäßig vorbereiteten, gewaltsamen und bewaffneten Vormarsch der Konterrevolution betreffen. So die Zusammenballung mehrerer hundert, vom Krieg verwilderter Soldaten in der Hauptstadt und Umgebung, die von den monarchistischen Offizieren in „Freikorps" organisiert und gegen „Spartakus" aufgehetzt worden waren. Von Ebert und Noske wurden sie anlässlich einer Parade

31 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Hrsg. v. Annelies Laschitza. Bd. VI. Berlin: Dietz 1993. S. 212.

in Zossen sowie an der Reichskanzlei gemustert und begrüßt und waren den unbewaffneten und durch die Absetzung des von der USPD gestellten Polizeipräsidenten Eichhorn unmittelbar provozierten Arbeitern weit überlegen.

Dem Häusersturm im Zeitungsviertel mit Kanonenbeschuss und der Erschießung der Parlamentäre folgte die Besetzung aller Knotenpunkte der Reichshauptstadt durch reguläre Truppen des Generals von Lüttwitz. Die grausame Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Nacht zum 15. Januar durch Soldateska des von Noske eingesetzten Majors Waldemar Pabst vom Stab der Garde-Kavallerie-Schützendivision war als Höhepunkt der schmerzlichste Teil dieser Tragödie.[32] Die blutige Bekämpfung der Berliner Arbeiter mit hunderten Toten, Verwundeten und Verhafteten hatte schwere und weitgehende Folgen.

In den neuesten Forschungspublikationen finden sich ausgewogenere Beurteilungen des vermeintlichen „Aufstands". So ist Ottokar Luban der Meinung, dass die Berliner Januarunruhen von 1919 den Namen „Spartakusaufstand" zu Unrecht tragen. Nach einer sehr detaillierten Analyse der Handlungen und Fehler seitens der Linken kommt er zu dem Schluss, dass „die Regierung Ebert-Scheidemann unter dem Motto „Die Stunde der Abrechnung naht!" die gewaltsame Niederschlagung angekündigt" hatte.[33]

Im vorliegenden Dokumentenband klären die Briefe an Lenin von Adol'f Ioffe (Dok. 1, 5), Karl Radek und Leo Jogiches aus Berlin (Dok. 9, 11, 12) zahlreiche Facetten der realen Lage auf. Sie zeugen von den hohen revolutionären Erwartungen seitens der linken Arbeiterführer. Darüber hinaus lässt sich hier aus erster Hand erfahren, wie die Schwächen und Hemmnisse der europäischen Revolutionen zu jener Zeit aussahen.

Nach der Januarniederlage der Revolutionäre in Berlin blieb als Konferenzort zur Gründung der Dritten Kommunistischen Internationale nun allein Moskau als Alternative; unverzüglich wurden die Einladungen versandt. Jedoch bereits in der vorbereitenden Sitzung der am 1. März 1919 eingetroffenen Delegierten wurde klar, dass Hugo Eberlein (Pseudonym: Max Albert) von Rosa Luxemburg ein imperatives Mandat erhalten hatte: Er sollte seine Stimme nicht für die sofortige Gründung der

---

32 Im Jahr 1969 schrieb Pabst in seinen Erinnerungen: „Daß ich die Aktion ohne Noskes Zustimmung gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar (...). Als Kavalier habe ich das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit." Zit. in Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.. Berlin: Verlag 1900 1995. S. 109f.

33 Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2008; Ottokar Luban: Das Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 bei Eberhard Kolb, Susanne Miller, Heinrich August Winkler und Helga Grebing. In: Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. Hrsg. v. Dietmar Bartsch [u. a.]. Bd. VII: Ständiges Kolloquium zur Historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung. Berlin: Helle Panke 2009 (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Pankower Vorträge. 129), S. 38–47.

neuen Internationale abgeben (der zweite deutsche Delegierte, Eugen Leviné, wurde bereits an der deutschen Grenze verhaftet).

Aus zahlreichen, zwischenzeitlich publizierten Dokumenten, darunter den Erinnerungen Eberleins, ergibt sich erstens, dass Rosa Luxemburg nicht aus persönlicher „Feindschaft zu Lenin", die es nie gegeben hatte, die Gründung der Komintern hinausschieben wollte. Zweitens ging es nicht um einen Zeitgewinn, um mehrere kommunistische Massenparteien in den großen Staaten der Welt aufbauen zu können, um – wie es manchmal formuliert wurde – gegenüber den Bolschewiki ein „Gegengewicht" zu schaffen. Die Gründung, so meinte Rosa, „*sei eine bedingungslose Selbstverständlichkeit*" und, was die Verlegung anging, war die Rede von etwa zwei bis drei Monaten („zwischen Ostern und Pfingsten") im Interesse einer besseren Vorbereitung des Kongresses (Dok. 14).

Diese Berichtigung soll kein Grund für eine wie auch immer geartete Verwischung der ernsten Widersprüche unter den „Gründungseltern" der Komintern sein. Diese lagen jedoch nicht auf der Nationalitätenebene, namentlich waren sie nicht im deutsch-russischen Verhältnis begründet. Jeder Versuch, daraus derartige Schlüsse zu ziehen, wäre grundfalsch. Allerdings hatte Rosa Luxemburg gewichtige Gründe, wenn sie neben der höchsten Wertschätzung ihrer internationalen Verdienste die revolutionäre Taktik der Bolschewiki kritisch bewertete, was sie in den „Spartakusbriefen" und ausführlich in ihrer (erstmals 1922 veröffentlichten) Gefängnisschrift „*Zur russischen Revolution*" tat.

Die wichtigsten Streitpunkte waren damals divergierende Auffassungen über die Demokratie, die Freiheit für Andersdenkende und auch über Diktatur und Terror. „Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie – so meinte Rosa Luxemburg – ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ‚Diktatur *oder* Demokratie' heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich (...) für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, (...) Lenin-Trotzki (...) umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, ‚d.h. für Diktatur nach bürgerlichem Muster'. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik (...). Sozialistische Demokratie (...) beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats."[34]

Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass Rosa Luxemburg eine begeisterte Anhängerin der in den beiden Revolutionen geborenen Rätemacht war, in der sie eine bessere Verankerung der Demokratie sah als im parlamentarischen System. Sie äußerte jedoch Bedenken in dem Sinn, dass durch die Abschaffung elementarer demokratischer Garantien gerade die Herrschaft breiter Volksmassen undenkbar werde: Ohne „freies politisches Leben werden auch die Sowjets erlahmen,

34 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 332–365, hier: S. 362f.

die Bürokratie allein wird herrschen, eine Verwilderung des öffentlichen Lebens führe zu Attentaten, Geiselerschießungen etc.“ Sie sah dazu noch eine akute Gefahr darin, dass die Bolschewiki „aus der Not die Tugend machen und ihre in der extremen Lage erworbenen Erfahrungen der russischen Revolution einfach auf andere Länder übertragen“, sie als „Muster für Alle“ hinzustellen versuchen werden.[35] Auch die weitere Entwicklung der Komintern zeigte, dass die von Rosa Luxemburg ausgesprochenen Befürchtungen und die von ihr gegebenen Anregungen ernst zu nehmen waren.

Um zum Gründungskongress[36] zurückzukommen, sollte daran erinnert werden, dass Hugo Eberlein bei der Abstimmung über die sofortige Gründung seine Stimmenthaltung aufrecht demonstrierte. Nachdem sich jedoch die überwiegende Mehrheit der Delegierten für die Gründung entschieden hatte, nahm er im Präsidium des Kongresses der neuen Internationale Platz und wirkte konstruktiv an der Gestaltung der Komintern mit. Er formulierte zusammen mit Nikolai Bucharin die *Richtlinien der Kommunistischen Internationale* und unterzeichnete das von Lev Trotzki vorgetragene *Manifest der Kommunistischen Internationale* (vgl. Dok. 14). Das alles kann ihm nicht zur Last gelegt werden, zumal er kurz zuvor auf dem Gründungsparteitag der KPD als einer der wenigen Sachkundigen über Organisationsfragen referierte.

In den „Richtlinien“ der Komintern wurde betont, dass aus dem imperialistischen Weltkrieg eine neue Epoche geboren sei: „Die Epoche der Auflösung des Kapitalismus, seiner inneren Zersetzung, die Epoche der Kommunistischen Revolution des Proletariats“.[37] Als Folge sollte die Arbeiterschaft die politische Macht erobern, die Macht der Bourgeoisie zerbrechen, den bürgerlichen Parlamentarismus durch das proletarisch-demokratische Rätesystem ersetzen. Die Internationale sei dazu berufen, die gegenseitige Hilfe der Proletarier aller Länder zu organisieren, um eine neue Gesellschaft aufzurichten, die Produktion zu sozialisieren und die kapitalistische Ausbeutung abzuschaffen.[38]

In den Thesen sowie in Lenins Referat „Über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“ wurde in Fortführung der harten Auseinandersetzung, vor allem mit Karl Kautsky, der Klassenstandpunkt noch zugespitzter formuliert. Manche Warnungen von Rosa Luxemburg blieben dabei unbeachtet. Die Vorstellung und das Vor-

35 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Dies.: Gesammelte Werke. Bd. IV. S. 362, 364.

36 Kirill K. Širinja [u. a.]: Pervyj kongress Kominterna. Velikij Oktjabr’ i roždenie meždunarodnogo kommunističeskogo dviženija. Moskva: Politizdat 1986 (Osnovnye e tapy istorii meždunarodnogo kommunistic eskogo dviženija). Zu allen Grundsatzdokumenten des Kongresses in korrigierter und ergänzter Fassung siehe Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente. Berlin: Akademie-Verlag 2008.

37 Richtlinien der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau (2. bis 6. März 1919). In: Der 1. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919. Petrograd: Verlag der K. I. 1920.

38 Vgl. Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt. In: Die Weltpartei. Hrsg. v. Hedeler u. Watlin. S. 191–199, bes. S. 198f.

gefühl des sich weiter nähernden Revolutionssturms, der herannahende Zeitpunkt der letzten, entscheidenden Schlacht erfordere, so Lenin, den Bruch gerade mit den „Lakaien des Imperialismus" zu vollenden. Dass diese radikale Position zu einer folgenschweren Isolierung der Kommunisten von den breiten, sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen führen würde, wurde erst später erkannt.

Das vom Kongress angenommene „*Manifest der Kommunistischen Internationale*" hob hervor, dass die in Moskau Versammelten sich als Nachfolger und Vollbringer der Sache des vor 72 Jahren von Marx und Engels verkündeten „*Manifestes*" fühlten und betrachteten: „Indem die kommunistischen Parteien nie den Bürgerkrieg künstlich heraufbeschwören, streben sie danach, seine Dauer nach Möglichkeit zu verkürzen, falls er zur eiserner Notwendigkeit geworden, die Zahl seiner Opfer zu verringern und vor allem – dem Proletariat den Sieg zu sichern".[39] Die Konzeption einer „Internationale der offenen Massenaktion, der revolutionären Verwirklichung", einer „Internationale der Tat" fand nicht zuletzt in der streng zentralisierten, kampfbewussten Organisationsstruktur der Komintern ihren Ausdruck.

„Stab der Weltrevolution"

Kaum hatten Mitte März 1919 die Delegierten des Gründungskongresses Moskau verlassen, trafen dort Nachrichten ein, die soeben formulierte Einstellungen hinsichtlich einer Weiterentwicklung der europäischen Revolution bestätigen konnten. Bulgarische und polnische Kommunisten bereiteten die Umsetzung revolutionärer Pläne vor. Ganz Europa war, wie es bsw. der britische Premierminister Lloyd Georges in seiner Note an Clémenceau und Wilson vom 25. März formulierte, vom Geist der Revolution ergriffen: „Ein tiefes Gefühl, nicht der Unzufriedenheit allein, sondern des Ärgers und der Aufruhr herrscht unter den Arbeitern gegen die Vorkriegsbedingungen. Die ganze bestehende Ordnung der Dinge in ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausblicken ist von einem Ende Europas bis zum anderen durch die Massen der Bevölkerung in Frage gestellt."[40] Und es verhielt sich tatsächlich so. Die Frühjahrskämpfe 1919 in Deutschland, hatten – wie es Clara Zetkin beurteilte – „diesmal eine feste Kristallisationsachse des Wollens. Sozialisierung, Räterecht, Rätemacht, das ist das Schibboleth der Bewegung. Die regierenden und parlamentarisierenden Schützer der bürgerlichen Ordnung verlieren ihre Selbstsicherheit. Sie machen Zugeständnisse in Worten, auf die revolutionäre Unreife der Massen bauend. Es erscheinen überall Rie-

39 Die Kommunistische Internationale. Manifest, Leitsätze und Beschlüsse des Moskauer Kongresses 2.–6. März 1919. Hamburg: Willaschek & Co., Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym. S. 198.
40 Karl Friedrich Nowak: Versailles. Berlin: Verlag für Kulturpolitik 1927. S.148.

senplakate eines politischen Schwindelausverkaufs: ‚Die Sozialisierung marschiert!‘, ‚Die Sozialisierung ist da!‘“.[41]

Im März überboten die Massenstreiks und bewaffneten Kämpfe Berliner Arbeiter an Maß, Spannung und auch Opfern alle vorhergegangenen. Nach den eigenen Worten des Volksbeauftragten Gustav Noske, der als Reichswehrminister den Arbeitern „eine Lektion erteilen“ wollte, wurden gegen „Aufrührer“ schwere Waffen und Kampfflugzeuge eingesetzt. Jahre später wurde von der offiziellen Militärgeschichtsschreibung der Republik bestätigt, dass in dieser einseitigen Schlacht nicht weniger als 1.200 Arbeiter getötet und Tausende eingekerkert wurden. Dagegen kamen „nur“ 75 Angehörige der Regierungstruppen zu Tode.[42] Am 10. März erschoss der Kriminalkommissar Tamschik im Gefängnis Moabit den am Vortag verhafteten KPD-Führer Leo Jogiches, angeblich „beim Fluchtversuch“.[43]

Im April wurde in München die Bayerische Räterepublik ausgerufen, die jedoch nach wenigen Wochen in ähnlicher Weise von den Truppen blutig niedergeschlagen wurde. Die offiziell angegebene Anzahl der Opfer betrug 625, darunter 252 Erschossene (einschl. 53 russische Kriegsgefangene). Eugen Leviné wurde nach kurzem Prozess hingerichtet. Seine berühmten letzten Worte waren: „Wir Kommunisten, sind alle Tote auf Urlaub (...) wir haben alle versucht, nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegenüber der Internationalen und der kommunistischen Weltrevolution“.[44]

* * *

Die im diesem Band erstmals veröffentlichten zahlreichen Dokumente beleuchten auch bislang weniger bekannte Seiten des russisch-deutschen Zusammenwirkens. Hierbei spielten Organisationsfragen eine bedeutende Rolle, darunter die den „Klassenbrüdern“ seitens der russischen Sowjetrepublik erteilte finanzielle und in anderer

41 Clara Zetkin: Gesammelte Werke. Bd. II. Berlin (Ost): Dietz 1950. S. 133.

42 Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bd. VI. S. 80f., 97f., 102f.; Wilhelm Reinhard: Die Wehen der Republik. Berlin: Brunnen-Verl. Bischoff 1933. S.103ff.; Reports by British Officers on the Economic Conditions Prevailing in Germany. London, Dezember 1918 – March 1919. London: H.M.S.O. 1919. S. 13f. (Bericht von Major Bertie); Vgl. auch Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord. Berlin: Verlag der Neuen Gesellschaft 1922. S. 17ff.; Friedrich Karl Kaul: Der Pitaval der Weimarer Republik. Bd. I. Berlin (Ost): Das neue Berlin 1962. S. 31ff.

43 Vgl. dazu Jakow S. Drabkin: Die Entstehung der Weimarer Republik. Übersetzt aus dem Russischen von Ernst Wurl u. Ewald Bibow. Berlin (Ost)/Köln: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1983. S. 163ff.

44 Siehe P. Werner [d. i. Paul Frölich]: Eugen Leviné. Berlin: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten 1922. S. 51; Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bearb. u. hrsg. v. der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Bd. IV: Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919. Berlin: Mittler 1939. S. 209ff. Vgl. auch Ludwig Morenz: Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/1919. Unter Mitwirkung von Erwin Münz, München/Wien: Verlag Albert Langen-Georg Müller 1968; Rosa Leviné: Aus der Münchener Rätezeit. Berlin: Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten 1925. S. 176.

Form gegebene Hilfe. Übrigens machten die leitenden Staatsorgane, wie auch die Führungen der Kommunistischen Parteien und der Komintern, daraus kein großes Geheimnis. So verhielt sich auch ausgerechnet während seiner Botschaftertätigkeit in Berlin (ob dies klug war oder nicht, lässt sich immerhin fragen) der Leviné höchst abschätzig beschreibende Adol'f Ioffe. In der Folge versuchte er, eine Botschafterfunktion in der Räterepublik Bayern zu übernehmen, was aber nicht gelingen konnte.

Eigentlich war die materielle Unterstützung schwächerer Bruderparteien durch stärkere eine ältere sozialdemokratische Tradition, ein wichtiger Ausdruck internationaler proletarischer Solidarität. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte beispielweise die SPD alle Fraktionen der russischen Arbeiterbewegung – Bolschewiki, Menschewiki, Sozialrevolutionäre – systematisch finanziert. Das Neue bestand jedoch darin, dass die Sowjetmacht so etwas direkt (oder vermittelt durch die Kommunistischen Parteien, Komintern, Profintern, Internationale Arbeiterhilfe und andere öffentliche Organisationen) in bisher unbekanntem Maße praktizierte. Dies wurde von den bürgerlichen Gegnern, ihrem Verständnis gemäß, als Akt des „Aufkaufens" denunziert.

Der Leser erhält in diesem Band, beginnend mit den Briefen des EKKI-Sekretärs Jan Berzin und den Abrechnungen für April bis August 1919 (Dok. 17–20, 25, 29 u. a. m.), eine Vielzahl von unterschiedlichen Beispielen, von den „Diamanten in ledernen Schuhsohlen" (im Brief von Gustav Klinger) bis zu den großen Getreide-, Geld- und auch Waffensendungen. Die meisten Mittel waren, wie die Dokumente eindeutig zeigen, für die Unterstützung der propagandistischen Tätigkeit der nationalen Parteien, ihrer Verlage und Zeitungen äußerst notwendig, insbesondere aus Anlass der zentralen Massenkampagnen. Darüber entschied vorerst auf höchster Ebene das Politbüro des ZK der KP Russlands im alljährlichen Kostenplan, wobei die konkrete Verteilung der Mittel an Sektionen, Verlage usw. der Budgetkommission des EKKI oblag.

Zu den wichtigsten Zeugnissen der vertraulichen Beziehungen zwischen KPD und RKP(B) gehören in erster Linie viele, früher nur gekürzt und zerstreut veröffentlichte und unveröffentlichte Briefe aus Berlin von Karl Radek (Dok. 9, 11, 24, 47, 58, 61), der Bericht von Elena Stasova an Lenin (Dok. 49) und auch die Briefe von Clara Zetkin (Dok. 48 u. a.).

Bei den zahlreichen Briefen von Béla Kun („Spanier", „Turkestaner") an das EKKI sollte beachtet werden, dass er für Lenin ein „Romantiker" war, dessen äußerst linken Ansichten und Vorschlägen mehrmals offen und ernst widersprochen wurde (Dok. 34–44). Generell sollten die im Briefwechsel gebrauchten Invektiven nicht unmittelbar als politische Kennzeichen gelten. Auch die in den Parteien und der Komintern gerade in revolutionären Situationen ausbrechenden Meinungsverschiedenheiten und Differenzen dürfen nicht immer als „Fehler" bzw. „rechte und linke Abweichungen" der Beteiligten gedeutet werden. Der vermehrte Gebrauch solcher Bezeichnungen, wie auch das gehässige Abstempeln zahlreicher Funktionäre als vermeintliche „Versöhnler" im Klassenkampf, war eher Anzeichen einer gefährlichen Verstümme-

lung der innerparteilichen Demokratie, die in der Anfangszeit als selbstverständlich gegolten hatte.

Andererseits ist zu beachten, dass in den ersten Jahren der Tätigkeit der Komintern die Funktionen einerseits des EKKI, andererseits der russischen Regierungsorgane – Volkskommissariate, VČK u. s. w. – sowie der Parteiinstanzen nicht ausreichend differenziert und aufgegliedert waren, was häufig zu Reibungen oder gar zu Konflikten führte. Über solche Komplikationen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem EKKI und dem Volkskommissar des Auswärtigen, Georgi Čičerin, lässt sich in ihrem ernsten Briefwechsel Mitte August 1921 nachlesen, der kaum eines zusätzlichen Kommentars bedarf (Dok. 51, 52 u. a.).

Derartige Fehltritte waren allerdings nicht nur durch zeitlich begrenzte Organisationsmängel bedingt, ihr Grund lag viel tiefer. Es handelte sich um eine direkte Folgewirkung der Tatsache, dass die Kommunisten seinerzeit prinzipiell alle überkommenen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sowie der dazu gehörenden staatlichen Gewaltenteilung grundsätzlich negierten. Das offenbar von keinen Rücksichten gemilderte Verhalten der Kommunisten den Staatsgrenzen und nationalen Verhältnissen gegenüber lässt sich nur unter Verweis auf die zeitbedingten Auffassungen nachvollziehen, die dem „Revolutionsrecht“, der „revolutionären Zweckmäßigkeit“ und dem „revolutionären Gewissen“ eindeutigen Vorrang einräumten und die sich über jede sog. „bourgeoise Beschränktheit“ himmelhoch erhoben. Dies galt auch für finanzielle, revolutionär-propagandistische und sogar private Tätigkeiten einiger kommunistischer Funktionäre.

* * *

In der Nachkriegszeit vollzog sich der Übergang zum Frieden in Europa sehr ungleichmäßig. Dem kurzen ökonomischen Aufschwung 1919 folgten neue soziale Erschütterungen, doch die blutige Bekämpfung der größeren Revolutionsherde in Mitteleuropa, der Ausbau des Versailler Weltsystems und die Entstehung neuer bürgerlicher Nationalstaaten in Ost- und Südosteuropa verstärkten die kapitalistische Umzingelung Sowjetrusslands. Dies waren tatsächlich Zeichen eines Abflauens der revolutionären Nachkriegswelle.

Andererseits zeugten die einmütige Abwehr durch die deutschen Arbeiter des militär-monarchistischen Kapp-Putsches im Jahre 1920 (siehe dazu Dok. 22, 24) wie auch das Anwachsen revolutionärer Stimmungen und der unmittelbaren Sympathien für die kämpferischen Kommunisten in den größeren sozialistischen Parteien Europas davon, dass die revolutionäre Massenenergie bei weitem noch nicht vollständig ausgeschöpft war. Darauf stützte sich die Komintern mit ihrer Überzeugung, dass Europa weiterhin die Hauptarena der kommenden Revolutionskämpfe bleibe. Zwar hatte Trotzki (unterstützt von Karachan) vorgeschlagen „die Marschroute der Weltrevolution“ in Richtung Osten zu verlagern, doch blieb dies unbegründet und führte nicht zur Änderung der Hauptorientierung der Komintern.

Viel bedeutender war im Frühjahr 1920, dass Lenin den „Linksradikalismus“ als ernsteste Gefahr in der kommunistischen Bewegung erkannte und damit eine deutliche Warnung vor einer Selbstisolierung der Kommunisten von den proletarischen Massen aussprach. Übrigens war, wie erwähnt, Rosa Luxemburg bereits früher, etwa bei der Gründung der KPD, wegen solcher Tendenzen ernsthaft besorgt. Im April/Mai 1920 veröffentlichte Lenin seine Schrift „Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Jeder Delegierte des II. Weltkongresses der Komintern, der zu seiner Eröffnung am 19. Juli in Petrograd angekommen war, bekam ein Exemplar geschenkt. Die darin enthaltene Analyse der Lage in mehreren Ländern sollte den jungen Kommunisten helfen, durch eine ernsthafte Aufklärungsarbeit unter den Massen die Mehrheit der Arbeiterschaft für die fortschreitende internationale Revolution zu gewinnen.

Allerdings wurde die Wirksamkeit dieser reifen revolutionären Einsicht von Anfang an durch drei verschiedene, jedoch zeitlich zusammenfallende Verschärfungen wesentlich gemindert. Einerseits betraf dies die Organisationsprobleme der wachsenden kommunistischen Bewegung selbst. In zahlreichen sozialistischen Parteien suchten linke Kräfte eine Annäherung beider Strömungen. Manche wendigen reformistischen Führer wollten dadurch ihre eigenen Positionen erhalten und ausbauen. Das EKKI versuchte den Andrang dieser Elemente durch die „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Komintern sowie verschärfte Formulierungen im *Statut der Komintern* einzuschränken.[45] Dies führte jedoch unmittelbar zu persönlich verletzenden „Entlarvungen“ fast aller reformistisch gesinnten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, also eher zur weiteren Vertiefung der Spaltung, denn zu ihrer Überwindung. Andererseits formierten die anarchistisch orientierten „Ultralinken“ eine Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), der auch die holländischen „Tribunisten“ (Anton Pannekoek, Hermann Gorter) und die Hamburger „Nationalbolschewisten“ (Fritz Wolffheim, Heinrich Laufenberg) angehörten. Diese Kräfte versuchten, die Komintern und ihre Parteien von „links“ zu torpedieren, und es kostete Zeit und Mühe sie abzuwehren.

Schließlich entstand – drittens – im Frühjahr 1920 eine neue Lage für Sowjetrussland. Als mit der Eroberung der Krim der Bürgerkrieg gewonnen war, hatte ein neuer Aufschwung des revolutionären Aktivismus auch die höchste Führung des Sowjetstaates und der Komintern erfasst. So erwog selbst Lenin im März in einem chiffrierten Telegramm an Stalin als Möglichkeit, die Rote Armee auch als Hilfe für die Spartakisten in Berlin einzusetzen (Dok. 21). Dem zuvor kam jedoch Ende April der aggressive militärische Überfall Polens auf Kiev unter Józef Piłsudski. Ihm folgte bald ein Gegenaufmarsch der Roten Armee, der spontan in den Ruf „Auf nach Warschau!“ mündete und zu dem abenteuerlichen Versuch führte, Polen „auf Bajonetten“ über den Leichnam Weißpolens und „der arbeitenden Menschheit (…) Frieden und Glück

45 Kirill K. Širinja (Hrsg.): Vtoroj kongress Kominterna. Razrabotka kongressom idejnych, taktičeskich i organizacionnych osnov kommunističeskich partij. Moskva: Izdatel’stvo političeskoj literatury 1972.

[zu] bringen“.[46] Ungeachtet der Warnungen polnischer Kommunisten vor der Gefahr des Ausbruchs eines neuen Nationalismus für diesen Fall, wetteiferten Trotzki und Stalin (auch Tuchačevskij und Budennyj) darin, wer als erster Warschau erreichen und erstürmen sollte.

Im Juli informierte Lenin den an der Süd-Westfront tätigen Stalin: „Die Lage in der Komintern ist hervorragend. Sinowjew, Bucharin und ich denken, dass man in Italien sofort die Revolution unterstützen sollte. Meine persönliche Meinung ist, dass man dafür Ungarn und vielleicht auch Tschechien und Rumänien sowjetisieren müßte. Man muss es sorgfältig überdenken. Teilen Sie ihre ausführliche Schlussfolgerung mit (...)“ (Dok. 26). Eine solche Einschätzung konnte Stalin nicht stutzig machen, da er selbst kurz zuvor Lenin vorgeschlagen hatte eine „Sowjetische Konföderation“ (als einen Bund selbständiger Staaten) zu schaffen: „Zum Beispiel das zukünftige Sowjetdeutschland, Polen, Ungarn, Finnland. Diese Völkerschaften mit ihrer eigenen Staatlichkeit, mit einer eigenen Armee, mit einem eigenen Finanzwesen, werden, sobald sie sowjetisch sind, kaum dazu bereit sein, *direkt* eine föderative Verbindung mit Sowjetrußland entsprechend dem Typus der baschkirischen oder ukrainischen [Verbindung], einzugehen.“ (Dok. 23).

Im Kontext einer solchen Euphorie über die Möglichkeit, mit Hilfe militärischer Aktionen die Nachbarländer zu „sowjetisieren“, müssen auch Lenins Notizen aus dieser Zeit verstanden werden, worin von Litauen, vom Kaukasus (Armenien, Georgien) oder von den Truppen des zaristischen Generals Bułak-Bałachowicz in Estland die Rede ist. Die Mobilisierung der in Russland noch verbliebenen Kriegsgefangenen passte genauso in dieses Bild wie auch die Depeschen von Georgi Čičerin an das Politbüro und Lev Kamenev mit der Aufforderung, offensive Parolen für England aufzustellen. Auf Anweisungen von Lenin und Trotzki wurden in Deutschland Waffen für die aufständischen Jungtürken angekauft (Dok. 30).

Der II. Weltkongresses der Komintern begann in Moskau im Juli 1920. Auf der großen Landkarte neben dem Sitzungssaal verfolgte man gespannt die Truppenbewegungen der Roten Armee in Polen. Die Stimmung der Delegierten heizte sich immer stärker auf und linke Sympathien ergriffen die Oberhand. Lenin selbst sah sich genötigt, seine Thesen über die Hauptaufgaben der Komintern zu korrigieren. So wurde am 6. August 1920 die Passage mit der vorsichtig argumentierenden Feststellung – „die momentane Aufgabe kommunistischer Parteien besteht heute nicht darin die Revolution zu beschleunigen, sondern die Vorbereitung des Proletariats zu verstärken“ – festgeschrieben, die folgende neue, vom Kongress einstimmig angenommene, offensive Formel beinhaltete: „Die Aufgabe besteht heute darin, *die Revolution zu beschleunigen*, sie jedoch nicht künstlich ohne ausreichende Vorbereitung hervorzurufen. Die Vorbereitung des Proletariats zur Revolution muss *durch Taten verstärkt*

46 Aus einer Proklamation des Revolutionären Militärrates der RSFSR. In: The Russian Civil War. Hrsg. v. Evan Mawdsley. Edinburgh: Birlinn 2005. S. 250.

werden".[47] Dieser schnelle Wandel in der taktischen Einstellung änderte freilich nicht die von Lenin bestimmte prinzipielle *strategische Linie,* die auf eine systematische und allseitige Vorbereitung der kommenden Revolutionsschlachten gerichtet war. Allerdings wurden die Akzente wesentlich verschoben und radikalisiert.

Der Marsch nach Polen scheiterte zwar bald darauf, doch die entsprechenden Archivalien blieben für Jahrzehnte streng geheim. Erst nach 1980 durften Historiker nach und nach diese einsehen. Das Protokoll der IX. Parteikonferenz der RKP(B) im September 1920 zeugt von der kollektiven Verantwortung der bolschewistischen Führer, einschließlich der Lenins, für die Kursänderung und „linke" Orientierung der Komintern auf entscheidende Machtkämpfe des Proletariats.[48]

Aus Anlass der Diskussionen über die Ursachen der Niederlage im polnischen Feldzug wurden seinerzeit nur militärische und andere Fehler, nicht jedoch grobe politische Fehlkalkulationen zugestanden. Allein Radek, der üblicherweise die offensive Taktik verteidigte, bemerkte ironisch: „Wenn Wladimir Iljitsch mehr Zeit hätte", um die ausländische Presse zu lesen, wüssten wir alles über die Lage in Deutschland und England auch ohne „mit Bajonetten abzutasten". Als jedoch Radek im Entwurf seines Artikels „Das Bajonett und der Kommunismus. Randglossen zur Schlacht bei Warschau"[49] die rhetorische Frage stellte: „Sollte nicht Sowjetrussland den deutschen Arbeitern die helfende Hand über die Leiche des Weißen Polens hinwegreichen?", bat Lenin darum, diese Worte „herauszuschmeissen": „Ich bin dagegen, dass man von unserer kommenden (oder möglichen) Hilfe an die Deutschen über Polen spricht."[50] (vgl. auch Dok. 32).

Bucharin hat zu dieser Zeit unmittelbar das Prinzip der „proletarischen Expansion" propagiert. Als Befürworter einer „roten Intervention", gerechtfertigt als Gegenstück der „weißen", verspottete er Erklärungen „platonischer Schwärmer", „das Bajonett sei für solche delikaten Sachen, wie die große Idee des Sozialismus, untauglich". Die Revolution, betonte er, könne nur als Weltrevolution siegen. „Wir haben das tausendmal behauptet. Deshalb ist jede Möglichkeit die Krise, des Kapitalismus in anderen Ländern zu beschleunigen eine revolutionäre Notwendigkeit". Er rief dazu auf „den stählernen Mauerbrecher der bewaffneten proletarischen Diktatur in das verfaulte Gebäude des bürgerlichen Systems hineinzurammen."[51]

Der harte Kurs einer robusten Anwendung revolutionärer Gewalt, sowohl in als auch außerhalb Sowjetrussland machte die kommunistischen Führer schwerhörig für alle Warnungen moralischen Charakters, die mehrmals von den großen Kulturträgern

47 Der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. Berlin 1954. S. 401. Vgl. auch: Ponomorenko [u. a.]: Die internationale Arbeiterbewegung. Bd. IV. S. 420.

48 Rossijskii gosudarst'vennyi archiv social'no-političeskoi istorii (RGASPI), Moskau, 2/2/478, 3f.

49 Karl Radek: Das Bajonnett und der Kommunismus. Randglossen zur Schlacht bei Warschau. Typoskript, überliefert in: RGASPI, Moskau, 2/1/15653, 2–11.

50 Die Antwort Lenins siehe Drabkin, Babičenko, Širinja: Komintern i ideja mirovoj revoljucii. S. 208, überliefert in: RGASPI, Moskau, 44/1/5, 68ff.

51 Nikolaj Bucharin: O nastupitel'noj taktike. In: Kommunističeskij internacional 15 (1920). S. 227.

und Schriftstellern wie Vladimir Korolenko und Maxim Gorkij ausgesprochen wurden. Selbst die direkt gestellte Frage des alten Fürsten und Ideengebers sowie Führers der revolutionären Anarchisten, Pjotr Kropotkin, in seinem an Lenin gerichteten Brief blieb unbeantwortet: „Wozu eigentlich stoßen Sie die Revolution auf den Weg, der sie zu Fall bringen wird? Zudem noch durch Mängel, die dem Sozialismus und Kommunismus gar nicht eigen, sondern darum also die Revolution auf einen Pfad drängen, der zu ihrer Niederlage führt, und das hauptsächlich wegen Fehlern, die in keiner Weise dem Sozialismus oder Kommunismus eigen sind, sondern die Überbleibsel der alten Ordnung, einer unbegrenzten, alles verschlingenden Autorität darstellen?“[52]

„Vom Sturm zur Belagerung“

Anfang 1921 machten sich Vorzeichen einer Änderung der Kominterntaktik bemerkbar, die man später als „Übergang vom Sturm zur Belagerung“ bezeichnete. Die Bildung großer kommunistischer Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien begeisterte zwar ihre Anhänger, erforderte aber keine neue „revolutionäre Romantik“, sondern ernste vorbereitende Arbeit in den Massen selbst. Darüber sprach auch Sinowjew auf dem Parteitag der USPD im Oktober in Halle,[53] der zur Vereinigung ihres Großteils mit der KPD führte, sodass die Vereinigte Kommunistische Partei nun tatsächlich eine Massenpartei wurde. Von der Eroberung der Arbeitermassen war auch in den Briefen von Clara Zetkin an Lenin die Rede gewesen. Bald erschien auch der „Offene Brief“ der VKPD mit dem begründeten Vorschlag, eine *Arbeitereinheitsfront* zu schaffen. Was bedeuteten derartige Erklärungen? Waren das nur „schlaue Manöver der Kommunisten“ oder Anzeichen für eine ernsthafte Änderung ihres politischen Kurses? Diese Fragen wurden damals lebhaft innerhalb und außerhalb der kommunistischen Bewegung diskutiert. Auch heute noch fällt die Antwort darauf unterschiedlich aus.

Im März 1921 wandte sich die Aufmerksamkeit der Komintern wiederum Deutschland zu. Die provokative polizeiliche Besetzung von Betrieben im Industriegebiet Halle-Merseburg unter dem Vorwand der Behinderung von Diebstahl traf auf den Widerstand der Arbeiter. Den defensiven Charakter lokaler Ereignisse missachtend, fassten mehrere verantwortliche Kommunisten trotzdem den riskanten Beschluss, „von der Passivität zur Aktivität“ überzugehen. *„Die Rote Fahne“* erschien mit radikalen Parolen wie „Waffen in Arbeiterhände!“ und „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!“

52 Peter Kropotkin: Brief an Lenin, 21.12.1920. In: Unterredung mit Lenin sowie andere Schriften zur russischen Revolution. Hrsg. v. Peter Kropotkin. Hannover: Verlag Die Freie Gesellschaft 1980.
53 Grigorij E. Zinov'ev: Mirovaja revoljucija i Kommunističeskij Internacional. Petrograd: 15-ja Gos. Tip. 1920. S. 7–15; Deutsche Ausg.: Die Weltrevolution und die 3. Kommunistische Internationale. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1920.

Als Erster sperrte sich Trotzki kritisch dagegen: in seinen Thesen („Notizen für sich") nannte er diese Kampfparolen „psychologisch und politisch für breite Arbeitermassen unmotiviert".[54] Die deutschen „Rechten" um Heinrich Brandler und August Thalheimer aber, zusammen mit einigen EKKI-Funktionären, von denen Béla Kun derjenige war, der flammend-radikale Briefe an Lenin und das EKKI schrieb, scheuten sich nicht davor, mit Hetze und Beleidigungen gegen Clara Zetkin und Paul Levi aufzutreten (Dok. 34–44). Zu ihrer Rechtfertigung schmiedeten die Linken schnell eine „Offensivtheorie", die trotz ihrer Abenteuerlichkeit sofort Widerhall bei den ähnlich gestimmten Kommunisten in Italien, Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei fand. Auch Bucharin, Sinowjew und Radek schwankten nicht, sondern unterstützten die Linke. Sobald sich die Niederlage des auf das Mansfeld beschränkt gebliebenen Aufstands („Märzaktion") offenbarte und die darauf folgenden schweren Repressionsmaßnahmen die Arbeiter trafen (145 Tote, 35.000 Verhaftete) spaltete sich die Führung der VKPD: Paul Levi wurde aus der Partei ausgeschlossen. Brandler, der des Landesverrats beschuldigt wurde, konnte in die Sowjetunion entkommen.

Zu dieser Zeit gingen auch die Vorbereitungen des III. Weltkongresses der Komintern zu Ende.[55] Lenin erkannte erneut in der Aktivierung der „Linken" die allergrößte Gefahr für die gesamte kommunistische Bewegung. Nur sein energisches Eingreifen brachte den Umschwung: die ultralinks orientierten Thesen zur Taktik wurden zurückgenommen. Auf dem Kongress musste er allerdings im Juni/Juli 1921 heftige Diskussionen mit verschiedenen europäischen „Abenteurern" weiterführen. Trotzki übergab den Delegierten einen Fragebogen, der die Bereitschaft in den betreffenden Ländern zur Situation der Arbeiterbewegung und den „revolutionären Perspektiven" sondieren sollte. Von den Dutzenden Antworten ist die von Ernst Reuter-Friesland für uns interessant. Er meinte, dass, hätte beim Kapp-Putsch eine feste Kommunistische Partei bestanden, eine von ihr geleitete Sowjetrepublik in Deutschland möglich gewesen wäre. Die heutige Lage in der deutschen Partei habe jedoch dazu geführt, dass die revolutionären Kräfte des Proletariats sich bei weitem nicht in der erforderlichen Weise geäußert hätten. Auch die Komintern sei nicht zu einem solchen politischen Zentrum geworden (Dok. 46). Auch die Briefe von Clara Zetkin, Radek sowie der VKPD-Delegation an Lenin zeugten von lebhaften und oft scharfen Diskussionen, die der vorwärtsstrebenden revolutionären kommunistischen Gemeinschaft dienen konnten (Dok. 48, 71, 73, 77, 81, 83).

Der Kongress konstatierte den Abschluss der ersten Periode der revolutionären Nachkriegserhebung und damit einen „Tempoverlust der Weltrevolution". In den Thesen zur Taktik wurde hervorgehoben, dass dies eine längere Periode der organisatorischen und taktischen Schulung erfordere, denn die Revolution könne sich weder in permanenter Form noch gradlinig entwickeln. Eine Offensive sei nur dann und nur

---

54 RGASPI, Moskau, 2/1/24529, 4.

55 Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Tretij kongress Kominterna. Razvitie kongressom političeskoj linii kommunističeskogo dviženija. Kommunisty i massy. Moskva: Izdatel'stvo Političeskoj Literatury 1975.

dort durchführbar, wenn und wo objektiv günstige Bedingungen entstehen würden und die Kommunisten bereits im Vorhinein eine Unterstützung der Massen für sich gewonnen hätten.

In erster Linie durch Lenins Einfluss bändigte der Kongress die „linke Gefahr" und tat einen bedeutenden Schritt zu einer nüchternen und vorsichtigen Strategie. Hier gab es eine Verbindung mit der Wende der inneren Politik der Sowjetunion, die als Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik" vom X. Parteitag der KP Russlands im März 1921 verkündet wurde. Bald nach der siegreichen Beendigung des Bürgerkrieges stellte sich heraus, dass die Arbeiter und Bauern (wie die Matrosenrebellion in der Festung Kronstadt und die Bauernaufstände um Tambov – die „Antonowschtschina" – deutlich zeigten) nicht weiter die Politik des „Kriegskommunismus" dulden konnten und wollten, dass die Gefahr eines konterrevolutionären „Thermidors" drohte.

Nur der Übergang zur Produktsteuer, zum freien Handel und begrenzten mittleren Privatunternehmertum konnte Möglichkeiten für die Wiederherstellung der völlig ruinierten Landwirtschaft sowie die Voraussetzungen für eine Industrialisierung eröffnen. Die Schaffung moderner Großbetriebe erforderte jedoch eine Beteiligung ausländischen Kapitals sowie die Aneignung technischer Erfahrung. Somit wurde aus der Normalisierung der internationalen Verbindungen auf der Basis „friedlicher Koexistenz" mit der kapitalistischen Umwelt eine existentielle Notwendigkeit. In seinem Referat auf dem Komintern-Kongress „Zur Taktik der RKP" sowie bei den Treffen mit mehreren Delegierten gestand Lenin offen ein, dass die Entwicklung der Weltrevolution leider nicht so gradlinig verlief, „wie wir das erwarteten."[56] Es müsse nun, was er in seinen Notizen dreimal unterstrich, nicht nur im Inneren, sondern „auch im internationalen Maßstab" ein „*strategischer Rückzug*" durchgeführt werden. Dabei sollte die Erfahrung der dringenden Notwendigkeit der Anwendung verschiedenartiger Übergangsforderungen auch für andere Länder nützlich sein.[57]

Bei alledem enthielt der Aufruf des EKKI noch immer die überholte Aufgabenstellung: „Die breitesten Arbeitermassen müssen dem Einfluss der sozialdemokratischen Parteien und der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie entrissen werden",[58] wodurch die gleichzeitig verkündeten Aufrufe zur *Arbeitereinheitsfront* in Frage gestellt wurden. Es bleibt auch heute noch schwer zu beurteilen, inwieweit unter solchen Umständen diese von ultra-revolutionären Funktionären in der Komintern wie auch in den nationalen Parteien erhobene Forderung, die immer von vielen Schuldzuweisungen und anderen Einschränkungen begleitet war, Aussicht auf wirkliche Erfolge hatte.

---

56 W. I. Lenin: Referat über die Taktik der KPR. In: Ders.: Werke. Bd. XXXII. Berlin(Ost) 1961. S. 501–519, hier: S. 502.

57 W. I. Lenin: Plan doklada o vnutrennej i vnešnei politike na IX vserossijskom s'eszde. In: Ders.: Pol'noe sobranie sočinenij. Vol. 44: ijun' 1921–mart 1922. S. 484–493, hier: S. 484, 487 (in der deutschen Ausg. nicht enthalten, Bem. des Bearbeiters).

58 Georgij N. Golikov [u. a.] (Hrsg.): V. I. Lenin i Kommunističeskij Internacional. Moskva: Politizdat 1970 (Izdatel'stvo Politiceskoj Literaturij). S. 393.

Allerdings erhielt die offensive Taktik bisweilen auch gewisse Anstöße von außen. Dies war 1922 der Fall, als einerseits die Angriffe der Bourgeoisie in der ökonomischen und sozialen Sphäre, die Zuspitzungen der interstaatlichen Gegensätze sowie neue imperialistische Kriegsdrohungen die internationale Situation aufheizten. Andererseits tauchten auf den Straßen zahlreicher Städte der westlichen Länder – als eine neue Realität der Nachkriegszeit – Massenumzüge militarisierter faschistisch-nationalistischer und revanchistischer Verbände auf, die nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen die Sozialdemokratie und jede Demokratie gerichtet waren. Dies bezeugten die von rechtsextremistischen Organisationen verübten Terrorakte gegen bürgerliche Friedenspolitiker wie Matthias Erzberger (später auch Walther Rathenau), die auch die Führer der Zweiten und der „Zweieinhalbten" Arbeiterinternationalen, zum Teil auch etwaige pazifistische Vertreter, zu einer gewissen Bereitschaft bewegten, gemeinsame Gegenaktionen zusammen mit den Kommunisten zu initiieren.

In diesem Kontext sind zum einen zahlreiche in den Band aufgenommene Materialien bedeutsam, darunter die Schreiben von Georgi Čičerin, Ioffe, Radek, Krestinskij und anderen zur internationalen Wirtschafts*konferenz in Genua* im April/Mai 1922. An ihrem Rande wurde bekanntlich der deutsch-russische Vertrag von Rapallo unterzeichnet, der nun endlich die allseitigen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherstellte. In diesem Zusammenhang sind auch die Dokumente über die Verhandlungen von Leonid Krasin mit deutschen Industriellen, Finanzleuten und hohen Militärs von Interesse (Dok. 55, 58–59, 61).

Noch bedeutsamer sind jedoch die ausführlichen Berichte von Bucharin und Radek, die als kommunistische Vertreter im April 1922 an der „*Konferenz der drei Internationalen*" in Berlin beteiligt waren (Dok. 63, 65–68). Dieser erste – und leider letzte – Versuch, die Spitzenfunktionäre der internationalen Arbeiterbewegung an einen Diskussionstisch zu bekommen, war ein überzeugendes Beispiel für die verpassten Möglichkeiten und Chancen. Der Misserfolg der Verhandlungen hatte seine Ursache nicht nur in dem Druck, den die überaus belastende Spaltung der organisierten internationalen Arbeiterbewegung ausübte. Zwar wurden in letzter Zeit zahlreiche neue Materialien zu diesem Komplex veröffentlicht, doch würde nur eine gemeinsame Edition aller dazugehöriger Archivalien von Komintern und „Sozintern" in Moskau und Amsterdam dazu beitragen können, die Hintergründe tiefer zu erforschen und die Planung sowie Verhaltensweisen der kommunistischen und sozialistischen Unterhändler zu erhellen.[59] Dabei wäre festzustellen, inwieweit der damalige Misserfolg durch den etwa ein Jahrhundert lang währenden Streit zwischen Revolutionären und Reformisten vorausbestimmt war. Denn bereits heute ist evident, dass der negative Ausgang der Verhandlungen nicht nur eine Folge der immanenten Schwäche der gespaltenen Gemeinschaften gewesen ist. Auch ist er nicht nur Ergeb-

59 Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure. Berlin: Karl Dietz 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus 10). S. 65ff.

nis bösen Willens oder des Fehlens dieser oder jener Führungspersönlichkeiten auf beiden Seiten gewesen, obwohl auch dies relevant war. Die negativste Folge war, dass dieser Misserfolg tiefe Furchen im Massenbewusstsein hinterlassen hatte, was es wiederum unmöglich machte, der faschistisch-nazistischen Offensive und damit dem Zweiten Weltkrieg aus dem Weg zu gehen.

Gleichwohl liegen zahlreiche Zeugnisse aus unterschiedlichen Quellen vor, dass von vielen Seiten aus aktiv in Richtung der Herstellung einer Arbeitereinheitsfront weiter gearbeitet wurde. Hier sind die Forschungen des damaligen „Varga-Instituts“ in Berlin (Dok. 76), gemeinsame Aktionen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs (Dok. 77) sowie die Absage der Demonstrationen zum „Antifa-Tag“ 1923 zu nennen (Dok. 80–81). Auf dem IV. Kominternkongress Ende des Jahres konnte Lenin keine konkreten imminenten Perspektiven der Weltrevolution mehr voraussehen. Er verwies deshalb seine Nachfolger auf eine längere Dauer ihrer nach wie vor umfassenden Vorbereitung und hinterließ dabei zwei lapidare, gleichwohl wichtige konkrete Empfehlungen: Einerseits den Gang der Geschichte nicht zu forcieren und andererseits die russische revolutionäre Erfahrung nicht zu einer Ikone werden zu lassen.[60] Beide Hinweise wurden jedoch von den Parteien der Komintern kaum ernsthaft befolgt.

Zur militärischen und konspirativen Tätigkeit der Kommunisten

Die Reorganisation des EKKI laut der Beschlüsse des IV. Kongresses hatte die Zentralisierung der Leitung wesentlich untermauert. Verstärkt wurde vor allem die Rolle der Organisationsabteilung unter Vaclav Mickevič-Kapsukas. In ihrem Umkreis wurden ständige Kommissionen für die Arbeit in der Armee (Fedor Petrov) sowie für illegale Tätigkeit (Meer Trilisser) gebildet. Die beiden Kommissionen wie auch die Abteilung für internationale Verbindungen (OMS), die Pavel Vompe leitete, wirkten in enger Verbindung mit den Organen der sowjetischen GPU[61]. Die „Illegale Kommission“ konzentrierte ab 1923 ihre Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit in den Ländern, in denen die innenpolitische Lage sich in besonderer Weise verkomplizierte: in Italien, Deutschland, Bulgarien, Jugoslawien und Ungarn (Dok. 79).

60 Aleksandr I. Sobolev, Kirill K. Širinja, Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Četvertyj kongress Kominterna. Razrabotka kongressom strategii i taktiki kommunističeskogo dviženija v novych uslovijach |politika edinogo fronta. Moskva: Izd-vo polit. lit-ry 1980; Golikov [u. a.] (Hrsg.), V. I. Lenin i Kommunističeskij Internacional.

61 GPU (Abk.): Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie; deutsch: Staatliche Politische Verwaltung, als Bezeichnung für den Geheimdienst und die politische Polizei der Sowjetunion.

Als das Zentrum internationaler revolutionärer Ereignisse galt wie vorher bereits Deutschland. Die Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien Anfang 1923 verschärfte nicht nur die innerdeutsche Lage, sondern auch die gesamte Situation in Europa. Der am 12. August begonnene allgemeine Streik führte zur Abdankung der Regierung Cuno. Doch statt einer Arbeiterregierung kam das Kabinett der großen Koalition unter Stresemann an die Ruder. Bald darauf ließ Präsident Ebert, angeblich zum Schutz der Republik vor Rechts und Links, den Belagerungszustand erklären, der General von Seeckt bevollmächtigte, die Reichswehr gegen die in Sachsen und Thüringen legal von SPD und KPD formierten Landesregierungen als Arbeiterregierungen einzusetzen.

In Erwartung einer Vertiefung der Revolutionskrise nahm die Leitung der KPD Kurs auf die direkte Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands zur politischen Machtergreifung. Der Vorsitzende der Zentrale, Heinrich Brandler, schrieb noch im Juli an Radek, dass hierzu die Hilfe seitens des EKKI nötig sei, denn ansonsten werde die Komintern die Verantwortung tragen müssen. Konkrete Schritte zum Bürgerkrieg wurden im Schreiben von Gerhard Schott („Robert“) aufgelistet, der in der Folge zum Leiter der Abteilung Militärorganisation des ZK der KPD (zur Tarnung „Bibliothek“ genannt) bestellt wurde (Dok. 93). Seine Denkschrift sowie die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Vom Bürgerkrieg“ schickte er an den Sekretär des EKKI, Osip Pjatnickij (Dok. 85, 93, 94).

Am 22. August fasste das Politbüro des ZK der RKP(B) den Beschluss, wobei sie sich auf die Führer des deutschen Kommunismus beriefen, das deutsche Proletariat in seinem Kampf um die Macht zu unterstützen und zu diesem Zweck eine Sonderkommission zu bilden.[62] Mitte September 1923 waren die Mitglieder des Politbüros und des EKKI-Präsidiums – zumeist die gleichen Personen – in der Erwartung der in Deutschland herannahenden Massenerhebung der Arbeiter dazu bereit, wie sie es formulierten, „Entscheidungen zu treffen“.

Sinowjew, der zusammen mit Trotzki, Bucharin, Molotov und Frunze in Kislovodsk den Urlaub verbrachte, hatte eine Skizze der Thesen „*Die Lage in Deutschland und unsere Aufgaben*“ angefertigt. Den Kurs der KPD hin zum Aufstand billigend, wurden RKP(B) und Komintern instruiert, alle Ressourcen, darunter Brot, Waffen, Kämpfer, für die Hilfe der deutschen Revolution zu mobilisieren. Die Idee der Weltrevolution sei, wie es dort hieß, „eben jetzt erstmals Fleisch und Blut“ geworden, was nun sofort der sowjetischen wie der Weltöffentlichkeit erläutert werden musste.[63]

Stalins Haltung war zu dieser Zeit noch nicht eindeutig. So zweifelte er am 7. August 1923 daran, ob die Kommunisten, sollte ihnen die Macht in die Hände fallen, diese würden halten können, und warnte Sinowjew: „Meiner Meinung nach muss

62 G. M. Adibekov, K. M. Anderson; K. K. Širinja, L.A. Rogovaja (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004. S. 154 (Dok. 100).

63 Siehe Leonid G. Babičenko: Politbjuro CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Novije archivnye materialy. In: Novaja i novejšaja istorija 2 (1994). S. 125–157, hier: S. 127f.

man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern". (Dok. 84). Trotzki unterstützte ihn ebenfalls zwei Wochen später zumindest in einer Richtung: „Der Standpunkt Stalins ist richtig – es darf nicht erkenntlich sein, dass wir anführen, weder die RKP(B) noch die Komintern".[64]

Bald darauf wendete sich jedoch das Blatt: Am 10. Oktober ließ Stalin in der Berliner *Roten Fahne* seinen handgeschriebenen Brief veröffentlichen, in dem er das absolute Gegenteil behauptete: „Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage (...)", hieß es hier und weiter: „Mit dem Sieg des deutschen Proletariats wird sich das Zentrum der Weltrevolution unweigerlich nach Deutschland verschieben".[65] Georgi Čičerin war beunruhigt und ließ daraufhin unmittelbar bei Molotov nachfragen, ob dies zutreffe (Dok. 91). Könnte es sich dabei um einen Versuch Stalins gehandelt haben, sich selbst an die Spitze der Weltrevolution zu setzen? Dies wäre jedoch zu plump gewesen.

Seitens des Politbüros der RKP(b) und des EKKI wurden in der Zwischenzeit Beschlüsse von großer Tragweite zur Vorbereitung der deutschen Revolution gefasst (Dok. 87– 90). Zur Umsetzung der Thesen über „*Die kommende deutsche Revolution und die Aufgaben der RKP(b)*", die am 23. September von einem speziellen Plenum des ZK bestätigt wurden, hatte die ständige „Politbüro-Kommission für internationale Lage", der fast alle Spitzen des Sowjetstaates, der Partei und der Komintern angehörten, darunter Sinowjew, Stalin, Trotzki, Kamenev, Radek, Čičerin, Džeržinskij, Sokol'nikov, ihre Arbeit begonnen. Als symbolischer Tag des Aufstandes wurde der 9. November 1923, der fünfte Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, bestimmt.[66] Für die Hilfe der streikenden Arbeiter veranlagte die Profintern eine Million Goldrubel und rief die Bevölkerung der Sowjetunion zu einer öffentlichen Spendensammlung auf. Zwei Tage zuvor hatte in Moskau eine Beratung der Vertreter der Kommunistischen Parteien Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei begonnen. Hier versicherte Brandler, dass die deutschen Kommunisten zum Aufstand bereit seien. Arbeiterhundertschaften hätten sich organisiert und die Bewaffnung vorgenommen. Nur Thälmann und Eberlein zweifelten an ihrer vollständigen Bereitschaft. Als das EKKI zusammen mit den deutschen Vertretern der KPD empfahl, in die Arbeiterregierungen

---

64 Stenogramm der Politbüro-Sitzung vom 21.8.1923. Siehe Naznačit' revoljuciju v Germanii na 9 nojabrja. In: Staraja ploščad'. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii 5 (1995). S. 115–139, hier: S. 122. Trotzki kritisierte dieses Dokument später in seiner Stalin-Biographie: „Dieses jämmerliche Dokument, in dem jede Zeile von krasser Ignoranz zeugt, stellt den Beginn von Stalins Teilnahme an den Arbeiten der Kommunistischen Internationale dar." (L. Trotzki: Stalin. Eine Biographie. Köln/Herrsching 1988. Lizenzausgabe für Manfred Pawlak. S. 469).

65 Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau-Verlag 2002. S. 35, 43; Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babičenko, Fridrich I. Firsov, Alexandr Ju. Vatlin (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. Berlin: Aufbau-Verlag 2003 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). S. 99ff.

66 Es war ein reiner Zufall, dass genau am selben Tag der sog. „Bierputsch" Hitler-Ludendorffs in München begann.

in Sachsen und Thüringen einzutreten, teilte Brandler mit, dass die Situation sich weit weniger günstig präsentiere, als er dies selbst in Moskau beurteilt habe; immerhin setze er jedoch seine Hoffnung in die zugesagte Hilfe.

Um die deutschen Kommunisten zu unterstützen, schickte die KP Russlands auf Bitte der KPD als „vier Emissäre" die erfahrenen Politiker Karl Radek, Jurij Pjatakov und Vasilij Šmidt nach Deutschland, denen sich der sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, anschloss (Dok. 97). Wie die archivalischen Quellen zeigen, zählte die „russische Descente" in Deutschland mehrere Dutzend militärische und zivile „Berater". Es war bezeichnend, dass dabei selbst Radek von der Leitung des Aufklärungsdiensts der Roten Armee beobachtet und ihrer obersten Behörde streng geheim gemeldet wurde, dass er die Vorschriften über seine eigene Konspiration nicht befolgt habe (Dok. 101). Aus den vielen Berichten von Radek, Pjatakov und anderen (Dok. 96, 103, 105) entsteht ein Bilder der organisatorischen Hilflosigkeit seitens der kommunistischen Führer, vor allem aber davon, dass sich die deutschen Arbeitermassen gar nicht in eine „Entscheidungsschlacht geworfen hatten". Auch die Information des Leiters des illegalen Apparats der KPD an das EKKI vom 15. November 1923 bewertete die Lage der Partei kritisch (Dok. 100). Sinowjew wurde darüber übrigens auch direkt vom in Berlin tätigen Eugen Varga unterrichtet (Dok. 108).

In der linken Historiographie war jahrelang die überzogene Version verbreitet, dass die Arbeiterklasse im „Deutschen Oktober" in großen Klassenkämpfen zerschlagen wurde, wobei der Hamburger Aufstand mit Ernst Thälmann an der Spitze ein Musterbeispiel des Heroismus gewesen sei.[67] Die Öffnung der sowjetischen Geheimarchive hat das Bild wesentlich verändert und zur Richtigstellung genötigt. Nicht die Arbeiterklasse, die generell dem Kampf fernblieb, war zerschlagen worden, sondern es schlug der abenteuerliche Versuch fehl, ohne ein Erwachen und Ausreifen des Willens oder eine breitere Mobilisierung der deutschen Volksmassen, von Moskau aus einen „Deutschen Oktober" zu dirigieren. In enger Zusammenarbeit russischer und deutscher Historiker wurden neue Erkenntnisse erzielt; es besteht kein Grund dazu, die letzte Welle des revolutionären Aufschwungs im Europa der Nachkriegszeit einfach nicht wahrzunehmen und die Abwehrkämpfe in Hamburg und Sachsen als Legende abzuwerten.

* * *

Sobald der Fehlschlag der Revolution nicht mehr zu leugnen war, hatten die bis dato noch solidarisch handelnden Kominternführer begonnen, „Schuldige" in den eigenen Reihen zu suchen. Als erster wurde Brandler genannt, danach wurde ihm in der bedrückenden Atmosphäre des wachsenden Konkurrenzkampfes um Lenins Erbe

67 So z. B. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923. Berlin (Ost): Dietz 1958; David S. Davidovič: Ernst Tel'man i gamburgskoe vosstanie. 3. erw. u. überarb. Aufl. Moskva: Nauka 1988.

neben Trotzki auch noch Radek hinzugesellt. Doch in dem großen Parteibeschluss des ZK der VKP(B) vom Januar 1924 *„Die Lehren der deutschen Ereignisse“* wurde die deutsche Sozialdemokratie als Hauptverursacher der „Niederlage der Arbeiter“ genannt. Letztere wurde nun von Sinowjew erstmals und ohne Begründung als ein „Flügel des Faschismus“ gebrandmarkt. Auch Stalin schloss sich bald dieser linkssektiererischen, dogmatischen Einstellung an, die in der Folge für lange Jahre in der Komintern und ihren Parteien weitere Wurzeln schlug.

Inzwischen hatten die „Militärberater“ – und nicht nur diese – aus dem Vergleich des verfehlten „deutschen Oktober“ mit seinem russischen Prototyp die Notwendigkeit einer weiteren Festigung der Militärorganisation der KPD und der Gründung von Militärschulen in Deutschland und Moskau abgeleitet. Es wurden sogar Meinungen dahingehend geäußert, dass die deutsche Revolution ohne Hilfe der Roten Armee überhaupt nicht stattfinden könne. So behauptete ein gewisser Štrodach, dass „die ersten weiteren Schritte der Weltrevolution“ in Polen beginnen müssten und „nur dann in Deutschland folgen“ sollten. U. a. schlug er vor „der Komintern eine kleine Militärabteilung anzuschließen“ (Dok. 105).

Eigentlich existierte bereits seit einem Jahr bei der „Orgabteilung“ des EKKI eine konspirative „M-Kommission“. Wie zwei ihrer Geheimbriefe vom April und Mai 1924 an das ZK der KPD bezeugen (eventuell auch anderer Parteien), forderte die Leitung der Komintern nicht nur eine dringende Verstärkung des Kampfes gegen den bürgerlichen Militarismus und die Kriegsgefahr, wovon in den propagandistischen Materialien die Rede war, sondern auch die konkrete Organisation der illegalen Arbeit der Kommunisten in den verschiedenen Heeren und Flotten.[68]

Gerade in dieser Zeit ergab sich eine große Krise der Militärorganisation der KPD, an deren Spitze der von Moskau angestellte Petr Skoblevskij („Gorew“, „Helmut“, „Wolodjka“) stand. Aus „geheimen Militärangelegenheiten“, die Pjatnickij an Radek schickte, geht hervor, dass diese Organisation („Vojenka“) vollständig von Moskau alimentiert, von dort kontrolliert und von russischer Seite beschickt wurde. Die damaligen Leiter der Zentrale der KPD (Brandler, Kleine-Gural’skij, Ulbricht u. a.) waren an der Gründung einer terroristischen „Tscheka-Gruppe“ durch die M-Kommission beteiligt, die nicht nur den Auftrag hatte, Provokateure in den Reihen der KPD zu liquidieren, sondern auch die Tötung angesehener Politiker vorzunehmen. Das u. a. vorgesehene Attentat auf General von Seeckt wurde allerdings noch gestoppt (Dok. 109–110).

Markant war der Vorschlag des KPD-Funktionärs August Mayer. Nach dem Streit schrieb er an das EKKI: „Entweder wird alle Militärarbeit dem ZK der KPD unterstellt, oder ihr schickt aus Moskau hierher einen Genossen mit halbdiktatorischen Vollmachten“.[69] Aus weiteren Dokumenten, darunter dem Bericht von Iosif Unšlicht, dem Stellvertreter des GPU-Vorsitzenden, geht hervor, dass man sich mit einigen Umstellungen der Kominternkader begnügen wollte. Doch der Gerichtsprozess gegen

68 RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 120ff.
69 RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 28–31.

die „deutsche Tscheka“ von Februar bis April 1925, in dem „General“ Skoblevskij zum Tode verurteilt (später dann begnadigt) und Felix Neumann mit langer Haft bestraft wurde, brachte der KPD in der öffentlichen Meinung einen schlechten Ruf ein.

Eine kritische Analyse der militärischen Fehler in den Kämpfen von 1923, wie auch der Arbeit der ersten deutschen Militärschule, lieferte in Moskau der bekannte KPD-Funktionär Erich Wollenberg (Ps.: Walter). Sein Fazit lautete, dass eine neue Militärschule sich vom Prinzip „Leninismus und Militärarbeit“ leiten lassen müsse, indem sich die Lehre vom Aufstand als einer Kunst, die Rolle der Partei und des Militärapparats sowie das Zusammenwirken der politischen mit den militärischen Organisationen unter kritischer Aneignung der internationalen Erfahrungen über die Bürgerkriege zu einer Symbiose verbinden sollten (Dok. 112). Den Bericht der Militärorganisation für das Jahr 1924 ergänzten Zahlen über die Budgetausgaben für den „antimilitärischen Apparat“ in den von Frankreich besetzten Gebieten (Dok. 118).

Eine Fiasco erlitt in dieser Zeit auch die illegale Passstelle des ZK der KPD, die von der Polizei ausgehoben wurde (Dok. 114). Es muss jedoch betont werden, dass der Abbau der großen Erwartungen auf eine baldige Revolution in Deutschland und die Notwendigkeit von Kürzungen – fast eine Halbierung der Komintern-Ausgaben – eine Umstellung der illegalen Militärorganisation nötig machten, deren monatliche Kosten nun etwa $ 7.500 betragen sollten (Dok. 118–119).

Bemerkenswert war andererseits, was der Leiter der Roten Gewerkschafts-Internationale („Profintern“), Aleksandr Lozovskij, kaum aus Deutschland zurück, wo er aktiv im entsandten Verbund mitgewirkt hatte, am 23. Dezember 1923 in einem Schreiben an das Politbüro zu den Wechselbeziehungen von Sowjetregierung und Komintern vorschlug. In einem *formalen* Akt sollte „feierlich die vollständige Unabhängigkeit“ beider Gremien deklariert werden: „Es geht vor allem darum, wie man es bewerkstelligen soll, dass sowohl die Herstellung der „Unabhängigkeit“ gelänge, und zugleich weder die Komintern, noch die Sowjetmacht davon *keinerlei* politischen Schaden tragen werden (…)“. (Dok. 102) Der schlaue Vorschlag blieb lediglich auf dem Papier, sein Autor wurde jedoch außer der Reihe und jeglicher Statuten als Kandidat in das EKKI aufgenommen. Wen hätte man denn auch täuschen können? Der amerikanische Staatsekretär Hughes und die deutschen Politiker besaßen in ähnlichen Dingen eine reiche Erfahrung. In Deutschland, das auch in den folgenden Jahren ein Herd internationaler und innerer Spannungen blieb, ging die politisch-militärische Aktivität der KPD in Theorie und Praxis nur wenig zurück.

„Sozialismus in einem Land“?

Lenin, der mehr als alle seine Mitkämpfer die Fähigkeit und den Mut zur Selbstkritik und Korrektur eigener Gedanken und Taten besaß, bemühte sich noch 1920 darum, ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem großen Ziel der „*Weltrevolution*“ und den

realen Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung herzustellen und zu fixieren. Doch der „linke Radikalismus“ erwies sich nicht nur als bloße Kinderkrankheit des Kommunismus, sondern eher als seine immanente Charakteristik, genau wie andererseits der sog. „Reformismus“ einen Grundkern der Sozialdemokratie bildete. Die Einheitsfrontpolitik, Teil- und Übergangsforderungen, Bündnisse und andere Versuche der Kommunisten, ihre Isolierung von den Massen zu überwinden, wurden zu Generalproben für ihre effektive strategische Stärke. Und dies zudem in einer Zeit, in der der aggressive Faschismus daran ging, die Grundpfeiler der Zivilisation und Demokratie zu erschüttern.

Es wäre nur folgerichtig gewesen, wenn die theoretische Begründung des weltrevolutionären Komplexes von Anfang an in den Mittelpunkt der Tätigkeit der im Juni 1922 gebildeten Programmkommission der Komintern gestellt worden wäre. Doch bereits in ihrer ersten Sitzung erklärte Sinowjew selbstsicher: „Wir wissen schon, was der europäischen und der Weltrevolution Not tut“. Zugleich bezweifelte er grundsätzlich, ob man mit einem Komintern-Programm aufwarten könne, noch bevor die größten Sektionen eigene Programme formuliert hatten. Karl Radek hatte eingangs versichert, dass die „allgemeinen Positionen zur Epoche der sozialen Revolution in unseren Reihen auf keinerlei Meinungsverschiedenheiten stoßen werden“. Sicherlich befänden sich einzelne Länder auf unterschiedlichen Stufen ihrer Revolutionen und man solle nicht die gleichen Parolen für alle aufstellen. Das Komintern-Programm müsse daher ein konkretes Bild der revolutionären Entwicklung aufzeichnen: nicht nur alles auf einen Nenner bringen, sondern auch den Besonderheiten jedes Landes viel Achtung widmen. Dabei betonte er die Notwendigkeit von Übergangsforderungen und hob als wohl wichtigstes hervor: „Keinesfalls kann man mit einem gleichzeitigen Sieg der Revolution in allen Ländern rechnen“.[70] Bucharin, Clara Zetkin, Bohumír Šmeral ihrerseits diskutierten nicht so sehr über Sinn und Inhalt des Programms, sondern vielmehr über seine Struktur und taktische Fragen (Dok. 69). Schließlich legte die Programmkommission dem IV. Komintern-Kongress einen Sammelband mit Materialien vor. Ihr Sekretär Laszlo Rudas forderte alle Sektionen auf, ihre Aufarbeitungen und Vorschläge vorzulegen und formulierte dazu eigene Vorstellungen zur Programmstruktur und zum Verhältnis von allgemeinen und besonderen Aufgaben. Bucharin ließ den von ihm verfassten Entwurf des allgemeinen Teils des Programms verteilen. Programmentwürfe lagen ebenfalls von der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI), der KPD, der KP Bulgariens und der Japans vor. Obwohl im vorhinein klar war, dass der Kongress kein fertiges Programm annehmen würde, wurden Redebeiträge von Bucharin, Thalheimer und Kabakčiev angehört sowie alle Vorschläge und Materialien dem EKKI überreicht. Auf Lenins Wunsch hin sollten bis zum nächs-

70 RGASPI, Moskau, 5/3/19, 1ff.

ten Kongress in einem neuen Entwurf die theoretischen Grundlagen für alle taktischen und Übergangsforderungen festgelegt werden.[71]

Im Beschluss „Zur Russischen Revolution" wurde der prinzipielle Grundsatz folgendermaßen formuliert: „Der 4. Weltkongress mahnt die Proletarier aller Länder daran, dass die proletarische Revolution nie innerhalb eines einzigen Landes vollständig siegen kann, dass sie vielmehr international, als Weltrevolution siegen muß. Sowjet-Rußlands Arbeit und Kampf für seine Existenz, für die Errungenschaften der Revolution ist der Kampf für die Befreiung der Proletarier, der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt aus Ketten und Knechtschaft. Die russischen Proletarier haben ihre Pflicht als revolutionäre Vorkämpfer des Weltproletariats überreich getan. Das Weltproletariat muß endlich das seinige tun."[72] Im Juni 1923 bestätigte das 3. Erweiterte Plenum des EKKI, dass die Programme aller Sektionen der Komintern einen allgemeinen Teil beinhalten müssten und dass darüber hinaus jede Partei einen Entwurf für ihren nationalen Teil vorzulegen, einen Verantwortlichen dafür zu bestimmen sowie dem EKKI weitere Materialien und Vorschläge zu überreichen habe. Die Programmkommission sah vor, auf dem V. Kongress das Projekt des allgemeinen Teils vorlegen zu können.

* * *

Lenins Tod im Januar 1924 verschob alle Akzente ganz wesentlich. In den großen Parteidiskussionen kam es sofort, obwohl darüber laut nicht gesprochen wurde, zu Auseinandersetzungen um seine Nachfolge. Die von Lenin in seinem politischen Vermächtnis („Testament") vorgenommenen harten Beurteilungen der Personen in seinem Umkreis blieben dabei streng geheim. Das sog. „Dreiergespann"– die „Troika" mit Stalin, Sinowjew und Kamenev – war zu keiner Zeit eine kollektive Parteiführung gewesen. Wie Sinowjew bereits Mitte Juli privat an Kamenev schrieb, ging es auf schnellem Weg zu einer Alleinherrschaft und der Diktatur Stalins: „Ilitsch hatte tausendmal recht: Entweder wird ein *ernsthafter* Ausweg gefunden, oder die Phase des Kampfes wird unausweichlich sein".[73] Gleichwohl waren Sinowjew und Kamenev in höchster Form darum bemüht, nicht Stalin, sondern vor allem Trotzki zu diskreditieren, der seinerseits ihre Aktivitäten ironisch als „Epigonen-Verschwörung" bezeichnete. Alle drei gaben sich große Mühe, aus früheren Divergenzen zwischen Trotzki und Lenin, wie auch aus natürlichen Meinungsverschiedenheiten, einen sog. „Trotzkismus" zu konstruieren, der nun als „strenges System" dem „Leninismus" direkt entgegengestellt werden konnte. Im Laufe weiterer heftiger Parteidiskussionen

71 K voprosu o programme Kommunističeskogo Internationala. Materialy. S učastiem Radeka, Šmeralja, Varga i dr. Moskva: Krasnaja Nov 1924. S. 104.

72 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg: Carl Hoym 1923. S. 965f.

73 RGASPI, Moskau, 324/2/71, 16ff.

wurde der „Trotzkismus“ zunächst als „kleinbürgerliche“ Abweichung dargestellt und denunziert.

Stalin hatte von Beginn an die Initiative für alle theoretischen und ideologischen Deutungen des Leninismus in seinen Händen konzentriert. An Lenins Grab legte er im Namen der Partei Lenins den großen Schwur ab, der mit dem Versprechen schloss, „die Kommunistische Internationale zu festigen und zu erweitern“.[74] Es folgten Stalins „Leninismus-Seminar“ und im April bereits die Universitätsvorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“, die unverzüglich veröffentlicht wurden.[75] Stalin maß auch seinem in der „Pravda“ erschienenen Artikel „Zur internationalen Lage“ eine große Bedeutung bei, in dem er sich erstmalig mit konkreten Empfehlungen an die ausländischen kommunistischen Parteien und Gewerkschaften wandte. Der „bürgerliche Pazifismus“ wurde hierin in scharfer, kritischer Form angegriffen, der Faschismus als eine Kampforganisation der Bourgeoisie und die Sozialdemokratie als sein objektiv „gemäßigter Flügel“ bezeichnet. Dabei wurde in zorniger Form dreist behauptet, dass diese beiden Organisationen komplementär seien, da sie „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder“ seien.[76] Hieraus erwuchs später der falsche und gefährliche Begriff des „Sozialfaschismus“.

Was die Tonschärfe anging, versuchte Sinowjew, nicht hinter Stalin zurückzubleiben. Neben einer Neuauflage seiner „Geschichte der RKP“[77] erschien ein Sammelband mit seinen Reden unter dem Titel „Weltpartei des Leninismus“, in dem er die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution hervorhob.[78] Trotzki seinerseits veröffentlichte seine auf der persönlichen Erinnerung fußenden Bücher „Über Lenin“ und „Die Lehren des Oktober“.[79] In der immer rauer werdenden ideologischen Polemik wurde die Frage der Weltrevolution im Zusammenhang mit der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus vorerst in einem einzeln herausgegriffenen Land aufgeworfen. Stalin spitzte diese These in seinem Artikel „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ besonders zu und machte sie nicht nur zum Gegenstand einer höchst prinzipiellen personalisierten Auseinandersetzung zwi-

74 Siehe J. W. Stalin: Zum Tode Lenins. In: Ders.: Werke. Bd. VI. Berlin (Ost): Dietz 1952. S. 46.
75 J. W. Stalin: Zum Tode Lenins. In: Ders.: Werke. Bd. VI. Berlin (Ost): Dietz 1952. S. 62–166. Auch als Buch erschienen: J. W. Stalin: Fragen des Leninismus. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1946.
76 J. W. Stalin: Zur internationalen Lage. In: „Bolschewik“, 20.9.1924. Zit. nach J. W. Stalin: Werke. Bd. VI. Berlin: Dietz 1952. S. 251–269, hier: S. 253.
77 Grigori Sinowjew: Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Abriss in sechs Vorträgen. Hamburg: Verlag der Komunistischen Internationale/Carl Hoym 1923 (Repr. Politladen Erlangen 1972).
78 G. Sinowjew: Die Weltpartei des Leninismus. Hamburg: Carl Hoym 1924.
79 Lev Trotzki: Über Lenin. Materialien für einen Biographen. Berlin: Neuer Deutscher Verlag 1924; Lev Trotzki: Die Lehren des Oktober. Hrsg. v. Franz Pfemfert. Berlin: Die Aktion 1925.

schen Lenin und Trotzki, sondern erhob sie zu einer prinzipiellen Alternative zwischen „Leninismus“ und „Trotzkismus“.[80]

Der V. Komintern-Kongress von Juni bis Juli 1924 wurde von Sinowjew mit dem Vortrag „Von Lenin zum Leninismus“ eröffnet. In den Vordergrund wurde die Problematik der Strategie und Taktik der Revolution, wie auch die Aufgabe der „Bolschewisierung“ aller Kommunistischen Parteien gestellt, als Vorbedingung für die Verwandlung der Komintern in die einheitliche Weltpartei des Leninismus. Der Kongress unterstützte zugleich die zwischenzeitlich erfolgten Beschlüsse des ZK der RKP(B) über die ideologische Verurteilung des Trotzkismus.[81]

Die weiteren Aussichten der Weltrevolution wurden diesmal mit einer gewisser Vorsicht beurteilt: „Die Epoche der internationalen Revolution hat begonnen. Das Tempo ihrer Gesamtentwicklung wie insbesondere das Entwicklungstempo der revolutionären Ereignisse auf dem einen oder anderen Kontinent, in dem einen oder anderen Lande, kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. Die Gesamtlage ist eine solche, dass zwei Perspektiven möglich sind: a) die Möglichkeit einer langsameren und schleppenderen Entwicklung der proletarischen Revolution; b) infolge der Tatsache, daß der Kapitalismus bereits stark unterminiert ist und seine inneren Widersprüche sich im allgemeinen außerordentlich rasch verschärfen, kann die Katastrophe in dem einen oder anderen Lande in sehr kurzer Zeit eintreten. Die Taktik der Komintern muss mit der Möglichkeit beider Perspektiven rechnen.“[82]

Die Thesen zur „Bolschewisierung“ der Kommunistischen Parteien, die von Sinowjew unter Beteiligung Bucharins dem V. Plenum des EKKI von März bis April 1925 vorgelegt und von ihm bestätigt wurden, waren auf ein verlangsamtes, durch die „partielle Stabilisierung des Kapitalismus“ bedingtes Tempo ausgerichtet. Obwohl bestimmte Vorbehalte dahingehend formuliert wurden, dass es nicht um eine „mechanische Nachahmung“ der russischen Erfahrung ginge, waren die Thesen äußerst dogmatisch. In direkter Form wurde darauf hingewiesen, dass die Bolschewisierungslosung aus dem Kampf gegen die „rechte Gefahr“ entstanden sei, dass jedoch „*die Fehler der Luxemburgianer*“ sowie weitere von den Linken geäußerte Ansichten, die dem Leninismus am nächsten stünden, „besonders schädlich“ seien. Trotz einer verbalen Distanzierung von einer Ablehnung der Einheitsfront und der Übergangsforderungen betonten die Thesen den Kampf der „proletarischen Vorhut gegen die Sozialdemokratie um die proletarische Mehrheit“ in deutlicher Form als „Grundlage“ kommunistischer Taktik.[83] Stalin behauptete zwar, dass die Bolschewi-

80 J. W. Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten. Vorwort zu dem Buch „Auf dem Wege zum Oktober“. In: Ders.: Werke. Bd. VI. S. 320–358, hier: S. 320–358, bes. S. 340ff.
81 Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. Hamburg: Verlag Carl Hoym Nachf. 2 vols. 1924.
82 Thesen zur Taktikfrage. In: Die Weltpartei des Leninismus. Hrsg. v. G. Sinowjew. Hamburg: Carl Hoym Nachf. 1924. S. 208–234, hier: S. 228.
83 Thesen über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. In: Erweiterte Exekutive (März/April 1925). Thesen und Revolutionen. Hamburg: Carl Hoym Nachf. 1925. S. 7–47, hier: S. 19, 34 u. a.

sierung nicht bedeute, dass man „alle Andersdenkenden“ aus den Kommunistischen Parteien „hinausjagen“ wolle, hielt jedoch deutlich daran fest, dass die „Sozialdemokratie angeprangert“ werden müsse und sich die Kommunisten „von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigen“ und dabei einer „maximalen Einheitlichkeit“ entsprechen müssten.[84]

Im Kominternarchiv ist eine von Sinowjew zusammengestellte kleine Dokumentenmappe erhalten geblieben, die einen sarkastischen handschriftlichen Kassiber (offenbar aus Bucharins Hand) enthält, der die innerparteilichen Auseinandersetzungen als Ankündigung einer Theatervorstellung verfremdet: „Thesen zum Artikel von Gen. Stalin, schlau ‚Thesen zum erweiterten EKKI-Plenum‘ genannt. Die Ausgabe berichtigt und ergänzt, zum Teil mit Hilfe des gemeinsamen inneren Feindes, Marquise Trotzkise de Suchumo umgekehrt gewendet. Aufführung: ZK RKP(B). Verantwortlicher Regisseur: die Sieben“.[85]

In den Dokumenten war die Rede von der Kapitulation Sinowjews unter Stalins Druck in mehreren wichtigen theoretischen Fragen. So versuchte Sinowjew in seinen Thesen zum Plenum die Verzögerung des Revolutionstempos durch eine Aufspaltung des Begriffs „objektive revolutionäre Situation“ in eine „Situation als solche“ und eine „unmittelbare Situation“ zu verschleiern. Zur These über den „Sozialismus in einem Lande“ wollte Sinowjew – hierin übrigens Stalin folgend – auch noch eine Aufspaltung der Begriffe „vollständiger Sieg“ und „endgültiger Sieg“ vornehmen. Weitere Varianten zur Bezeichnung der Perspektiven der internationalen Revolution schwebten ihm vor. Als es um die Bestätigung seiner Thesen im Politbüro der RKP(B) ging, musste er allerdings noch weitergehende Konzessionen an Stalin machen.

Im Sommer 1925 versuchte Sinowjew in seinem Artikel „Epoche der Kriege und der Revolutionen“ zu betonen, dass die Epoche der sozialistischen Revolution breite revolutionär-demokratische Bewegungen (z. B. der Bauern) hervorrufe („nicht ausschließt, sondern auf die Tagesordnung setzt, die unter günstigen Bedingungen allmählich in eine sozialistische hinüberwachsen). Nach einigen Überlegungen über das An- und Abschwellen revolutionärer Wellen innerhalb einer Epoche gelangte der Autor zur zentralen Fragestellung, ob der neue Aufschwung der Weltrevolution unbedingt mit einem neuen Krieg verbunden sein müsse. Die Antwort war nicht unbedingt stichhaltig: „Der Sieg der proletarischen Revolution in den entscheidenden Ländern ist auch ohne Krieg möglich, aber ein neuer Krieg, ohne dass er eine Revolution hervorruft, ist unmöglich“.[86] Auch die witzige Bemerkung, dass die Lage sich entsprechend der Formel entwickele – „für einen Groschen Stabilisierung, jedoch für einen

84 75 J. W. Stalin: Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung. Unterredung mit dem Mitglied der KPD Herzog. In: Ders.: Werke. Bd. VII. Berlin (Ost) 1952. S. 29–35, hier: S. 34. Bemerkenswert ist, dass das Interview in der Pravda zwei Monate, bevor der Beschluss vom Plenum angenommen wurde, publiziert wurde.
85 RGASPI, Moskau, 324/1/78, 1. Trotzki befand sich zu dieser Zeit zur Kur in Suchum. „Die Sieben“ bedeutet, dass es sich um das Politbüro des ZK der VKP(b) handelte.
86 RGASPI, Moskau, 324/1/78, 1.

Rubel Bolschewisierung"– traf nicht den Kern. Sinowjew zog daraus den Schluss, dass in erster Linie die Komintern allseitig stabilisiert werden müsse.[87]

Im Herbst 1925 entschied sich Sinowjew, in der Hoffnung darauf, seine eigene Stellung an der Spitze der Komintern festigen zu können, gemeinsam mit Kamenev in einigen Fragen der Innenpolitik eine „Neue Opposition" gegen Stalin zu begründen. Sich Trotzki annähernd, versuchten sie nun zu dritt, den sich auf Hyperzentralismus und Autarkie ausrichtenden Stalinschen Kurs zu bremsen, mussten jedoch auf dem XIV. Parteitag der VKP(B) eine vollständige Niederlage hinnehmen. Bald darauf entschied das ZK-Plenum „den innerparteilichen Dissenz nicht in die Komintern hineinzutragen" und das von Sinowjew eingereichte Rücktrittsgesuch als Komintern-vorsitzender abzulehnen. Dass es sich dabei jedoch um reinen Schwindel handelte, belegt eine von Sinowjew selbst zusammengestellte Dokumentenmappe mit dem Titel „Briefwechsel über die Meinungsverschiedenheiten in der Kominternpolitik", die seine Schreiben an das Politbüro und an das ZK-Plenum enthielt. Aus ihr lässt sich erfahren, welcher Mittel sich Stalin, Bucharin, Manuil'skij, Pjatnickij bedienten, um die Tätigkeit Sinowjews – und des EKKI selbst – zu erschweren.

Nicht zufällig in dieser Zeit ergänzte Stalin die Neuausgabe seines Sammelbands „Über die Grundlagen des Leninismus" um einen weiteren großen Komplex unter dem Titel „Zu den Fragen des Leninismus", der unmittelbar gegen Sinowjew und Kamenev gerichtet war. Zu den früheren Streitpunkten über Begriffe und Sichtweisen des Leninismus, der Diktatur des Proletariats und anderer kam nun die Frage des Sozialismus in *einem* Lande und des sozialistischen Aufbaus hinzu.[88] Schritt für Schritt sollte sich diese Problematik nun zum zentralen Thema aller weiteren Auseinandersetzungen im Kommunismus entwickeln, wobei die These von der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande dem Grundprinzip der „Weltrevolution" als direkte Antipode entgegengestellt wurde.

Seine eigenen früheren Formulierungen hatte Stalin selbst als „unzureichend" korrigiert, indem er im Unterschied zu Sinowjew den „*vollen*" und den „*endgültigen* Sieg" der Revolution den „revolutionären Situationen" gegenüberstellte. Die Definition innerer und äußerer Bedingungen wurde dahingehend abgegrenzt, dass erstere den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sichern könnten. Allerdings benötige der „*endgültige* Sieg des Sozialismus, *im Sinne der vollständigen Garantie gegen eine Restauration*" die äußere Hilfe seitens der Arbeiter aller Länder oder wenigstens eines Sieges der Arbeiter in einigen größeren Ländern.

Stalin fiel es nun nicht mehr schwer, Sinowjew zu beschuldigen, dass er selbst in der Resolution der XIV. Parteikonferenz einer solchen Unterscheidung zugestimmt, sie jedoch in seinem Buch über den Leninismus zurückgenommen habe. Stalin erinnerte auch daran, dass der XIV. Parteitag die Ansichten der „neuen Opposition" als „Unglauben an den Aufbau des Sozialismus" und als „Entstellung des Leninismus",

87 RGASPI, Moskau, 324/16/306, 1ff.
88 RGASPI, Moskau, 324/1/508, 9; im Folgenden auch Bl. 15f., 23, 25, 53, 72, 117, 121.

also allerschwerste Sünden, verurteilt hatte. Auf dem VI. Erweiterten Plenum des EKKI, dessen Arbeit von Februar bis März 1926 noch von Sinowjew formell geleitet wurde, war Stalin Mitglied des Präsidiums und mehrerer Kommissionen. Die „russische Frage“ wurde nicht direkt erörtert. In seiner Schlussrede schlüpfte Sinowjew nochmals in die Rolle des begeisterten Optimisten: „Marschieren wir alle in geschlossenen Reihen für die Sache der Komintern. Nicht die kommende, bereits unsere Generation wird den Sieg des Sozialismus in Europa und, so hoffen wir, nicht nur in Europa erleben. Das Proletariat wird aufstehen, die Bourgeoisie an der Gurgel fassen, es hebt dazu schon seine Hand (…) Wir alle leben mit nur einer Hoffnung und einer Sicherheit: das Weltproletariat erhebt sich, es trägt den Sieg davon. Zum schnellsten Sieg zu verhelfen, ist die Lebensaufgabe eines jeden von uns“.[89]

Revolutionäre Enthusiasten in der Komintern waren weiter aktiv. So hielt es am 10. Mai 1926 der deutsche Kommunist und leitende Mitarbeiter des EKKI, Josef Eisenberger, für notwendig, einmal mehr die Frage des Kampfes um die Macht in Deutschland aufzuwerfen.[90] Doch die „Ära Sinowjew“ in der Komintern stand bereits vor ihrem bitteren Ende. Im Juni 1926 schrieb Stalin privat an Molotov, dass man die „Sinowjew-Gruppe im EKKI entwaffnen müsse, da diese besonders schädlich geworden“ sei.[91] Entsprechend wurde auch gehandelt. Das Politbüro der VKP(B) gab nun von sich aus konkrete Direktiven an die nationalen Sektionen heraus, so zum Bergarbeiterstreik in England, zur Lage in China usw. Das EKKI war praktisch kaltgestellt, ja sogar von der Beratung zentraler Entscheidungen ausgeschlossen.

Von November bis Dezember 1926 legalisierte das VII. erweiterte Plenum des EKKI den vom Politbüro der VKP(B) bereits vollzogenen Umsturz der Kominternführung. Bucharin trat erstmals im Plenum als Vorsitzender auf, nachdem er zuvor in seinem Artikel „Zum Charakter unserer Revolution“ die Möglichkeit des siegreichen sozialistischen Aufbaus in der UdSSR theoretisch untermauert und begründet hatte. In das Präsidium wurden seitens der VKP(B) Bucharin, Stalin und Manuil'skij abkommandiert. Nach einschlägigen Beschlüssen der größten Sektionen (Sowjetunion, Deutschland, Frankreich, USA, England, Tschechoslowakei, Italien u. a.), des EKKI-Präsidiums und unter Hinweis auf die von Sinowjew selbst geäußerte Bitte entband ihn das Plenum einstimmig von den Pflichten des Vorsitzenden und zugleich von jeglicher Arbeit in der Komintern. Selbst das Institut des Vorsitzenden wurde aufgehoben und das EKKI damit beauftragt, seine leitenden Organe zu reorganisieren und ein Politsekretariat zu bilden. Die Aufgaben der Ländersekretariate wurden erweitert, ihre Anzahl jedoch bald wieder herabgesetzt. Stalins nächster Vertraute in jener Zeit, Molotov, wurde Mitglied des Präsidiums und des Politsekretariats des EKKI. Auch die bereits früher mehrmals angesprochene funktionelle Abgrenzung der auswärtigen

89 Grigorij Zinov'ev: Leninizm. Leningrad: gos. Izd. 1925.
90 RGASPI, Moskau, 495/1/99, 1f.
91 L. Koseleva, V. Lel'čuk, V. Naumov, O. Naumov, L. Rogovaja, O. Chlevnjuk (Hrsg.): Pis'ma I. V. Stalina V. M. Molotovu 1925–1936 gg. Sbornik dokumentov. Moskva: Rossija Molodaja 1995. S. 73.

Tätigkeit zwischen der Komintern und den Staatsorganen der UdSSR wurde aufgekündigt (Dok. 160, 162, 164).[92]

Im Referat Bucharins wurde „Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution" auf einen nur begrenzten, zeitweiligen und labilen Charakter reduziert und dabei unterstrichen: „Wir gehen nicht zum ‚Ultraimperialismus', sondern zur proletarischen Revolution." Deshalb sei es die Pflicht der Komintern, vor allem die wichtigsten Zentren der internationalen revolutionären Bewegung, die Arbeiter Englands, die chinesische Revolution und die UdSSR zu unterstützen. Es war kein Zufall, dass der stenographische Bericht des Plenums unter dem optimistischen Titel „*Wege der Weltrevolution*" veröffentlicht wurde.

Stalins Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt, das den innenpolitischen Fragen der VKP(B) gewidmet war, entsprach eigentlich einer Fortsetzung seines Berichtes auf der XV. Parteikonferenz der VKP(B). Offenbar sollte die „Vereinigte Opposition" von Trotzki, Sinowjew und Kamenev als „*sozialdemokratische Abweichung*" auch in der Komintern politisch endgültig erledigt werden.[93] Gerade diese Charakterisierung war ein Beleg dafür, dass die Richtung einer weiteren, noch tiefergehenden Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung eingeschlagen wurde. Sowohl die echten als auch die jahrzehntelang imaginierten Meinungsdifferenzen in der Geschichte beider Parteien wurden nun bunt zusammengewürfelt. Gleichzeitig rückte Stalin die These des „Sozialismus in einem Lande" an die erste Stelle. Der Parteienstreit, betonte er, habe nicht nur eine theoretische, sondern auch eine aktuelle politische Bedeutung gewonnen. Es gelang ihm, die Delegierten des EKKI-Plenums (ebenso wie vorher die Delegierten der sowjetischen Parteikonferenz) davon zu überzeugen, dass seine Deutung des Leninismus die einzig richtige sei und dass man den Sozialismus in der UdSSR nicht nur aufbauen, sondern auch vollenden könne. Die Opposition, durch tiefverwurzelte Traditionen des Bolschewismus an Händen und Füßen gefesselt, konnte die Frage der zulässigen Methoden und des Preises eines solchen Aufbaus nicht offen auf die Tagesordnung setzen bzw. schreckte davor zurück (vermutlich traf beides zusammen).

Sinowjew hatte auch diesmal die Polemik versucht, um Zitate weiterzuführen. Immer wieder hob er die Perspektive der Weltrevolution hervor, ohne dabei seine negative Einstellung zur Sozialdemokratie zu ändern. Trotzki seinerseits wies darauf hin, dass selbst der Versuch, das ökonomische und politische Schicksal der Sowjetunion aus dem Zusammenhang und den Wechselwirkungen der Weltwirtschaft herauszulösen, ein Nonsens wäre. Für den vollen Aufbau einer sozialistischen Gesell-

92 Siehe Adibekov, Šachnazarova, Širinja, Orgstruktura, S. 107–110, 133f.

93 J. W. Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei. Referat auf der XV. Unionskonferenz der KPdSU(B). 1. November 1926. In: Ders.: Werke. Bd. VIII. S. 209–265; J. W. Stalin: VII. erweitertes Plenum des EKKI. 22. November – 16. Dezember 1926. Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei. Referat gehalten am 7. Dezember. In: Ders.: Werke. Bd. IX, S. 3–54.

schaft, deren Produktivkräfte die des Kapitalismus überstiegen, seien nicht einige Jahre, sondern Jahrzehnte notwendig. Stalin erweiterte „Jahrzehnte“ sofort in „Jahrhundert“, um eine solche Prognose als „Aberglaube des eingeschüchterten Spießbürgers“ besser abkanzeln zu können.[94] Im Kreise der Kommunisten, die unentwegt auf den schnellen Sieg ihrer Ideen ausgerichtet waren, hatte Stalin alle Gründe auf seiner Seite, um mit einem vollem Erfolg rechnen zu können. Dabei war es von erheblicher Bedeutung, dass er zu dieser Zeit in Bucharin einen treuen und hoch begabten Bundesgenossen hatte.

In seinem Beschluss „Zur russischen Frage“ legte das Plenum fest, dass die Sowjetunion über alles für den Aufbau einer „*vollen sozialistischen Gesellschaft*“ Notwendige verfüge; sie sei ja bereits zu einem entscheidenden Zentrum der internationalen Revolutionsbewegung geworden. Der Opposition wurde dagegen vorgeworfen, die Parteipolitik in empörender Weise verleumdet zu haben, indem sie Stalins Programm als Ausdruck „nationaler Beschränktheit“, der „Entartung der proletarischen Diktatur“ oder der Politik des „Thermidor“ kritisiert habe. Tatsächlich waren solche Drohungen nur eine schwache Vorahnung dafür, wohin eine weitere Unterordnung der Partei und der Komintern unter das persönliche Regiment Stalins führen konnte.

Im Sommer 1927 verschärfte sich die internationale Lage. In ihren antisowjetischen Aktionen drohten britische konservative Politiker mit einer Blockade der Handelsbeziehungen. Zu dieser Zeit wechselte darüber hinaus die (von der Komintern unterstützte) chinesische Kuomintang als Vertretung des chinesischen nationalen Bürgertums offen in das Lager der Konterrevolution. Das Politbüro der VKP(B) forderte daraufhin von der Presse, jedem Anzeichen für Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion nachzugehen. Das EKKI seinerseits rief alle kommunistischen Parteien zur Aktivierung der Kampagne gegen eine derartige Kriegsgefahr auf. Die Arbeitermassen aller Länder sollten unter der Parole „Das internationale Proletariat verteidigt seine wirkliche Heimat“ mobilisiert werden.[95]

Die politische Verfolgung der Trotzkisten hielt derweil an. Am 27. September 1927 ging jedoch Trotzki in der Präsidiumssitzung des EKKI zur Gegenoffensive über und unterzog in seiner Rede die Stalin-Bucharinsche-Politik wegen ihrer Haltung zur chinesischen Revolution, der Methoden zur Bekämpfung der Kriegsgefahr und der innerparteilichen Repressalien in der Sowjetunion der schärfsten Kritik: „Das Regiment Stalins kostet der Partei und der internationalen Revolution immer teurer (…) Das persönliche Unglück Stalins, das immer mehr ein Unglück der Partei wird, besteht in der ungeheuren Diskrepanz zwischen den Ideenressourcen Stalins und der Macht des in seinen Händen konzentrierten Partei- und Staatsapparats (…) Das bürokratische Regiment führt unentwegt zur Alleinherrschaft. Die kollektive Leitung ist nur auf der Grundlage der Parteidemokratie denkbar. Wir glauben, dass es bezüglich der Leitung

94 Vgl. Stalin, VII. erweitertes Plenum, S. 29f., 34f.
95 Béla Kun (Hrsg.): Kommunističeskij Internacional v dokumentach. Rešenija, tezisy i vozzvanija kongressov Kominterna i plenumov IKKI 1919–1932. Moskva: Partijnoe Izdatel’stvo 1933. S. 716.

noch nicht zu spät wäre zu den Ratschlägen, die Lenin in seinem Testament vorgab, zurückzukehren. Auf diesem Gleis soll auch die Komintern zurückkommen“.[96]

Es war jedoch bereits viel zu spät. Noch am selben Tag wurde Trotzki aus dem EKKI ausgeschlossen. Der Versuch der Oppositionellen, während der Feierlichkeiten zu den Novembertagen 1927 Massenproteste gegen die Parteileitung zu organisieren, schlug fehl. Triumphierend informierte Bucharin darüber das EKKI-Präsidium. Stalin erklärte ausländischen Arbeiter-Delegierten gegenüber, dass die Opposition in der Diskussion weniger als 1 % der Stimmen für sich vereinigte.[97]

Damit war eine Schlacht geschlagen, die weit mehr als nur persönlichen Charakter trug. Im Nahduell zwischen Stalin und Trotzki ging es zugleich um den historischen Pfad der Sowjetunion wie um die generelle Orientierung der Komintern. Es schien ein Dilemma der Zeit zu sein, ob der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion oder der permanenten Revolution das Primat gehörte. Stalin stellt sich auf den erstgenannten Standpunkt; Trotzki sprach dagegen wiederholt von den „beiden Hebeln des internationalen Sozialismus: des Hebels unserer sozialistischen Errungenschaften und des Hebels der internationalen proletarischen Revolution.“ Oder auch: „Und zwar müssen wir dabei mit zwei Hebeln arbeiten: sowohl mit dem kurzen Hebel unserer inneren wirtschaftlichen Anstrengungen, wie mit dem langen Hebel des internationalen Kampfes des Proletariats.“[98] Die letzte Entscheidung in diesem Kampf blieb noch aus, doch Trotzki musste in die Verbannung in das weit entfernte Alma-Ata gehen. Stalin blieb auf seinem festen Platz im Kreml.

Der deutsche Diplomat und langjährige Botschaftsrat in Moskau, Gustav Hilger, kannte die beiden aus nächster Nähe. „Trotzkys ungewöhnliche Persönlichkeit – so urteilte er – übte auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, einen seltsamen Zauber aus. Auch ich war beeindruckt von der sicheren Überlegenheit seines Auftretens, von dem lebhaften Interesse, das er allem, was ihm vor Augen kam, entgegenbrachte, und von seiner meisterhaften Beherrschung fremder Sprachen. Aber hinter dieser glänzenden Fassade lauerte ein unsteter Geist. Trotzky musste an den entscheidenden Stationen seines Lebensweges scheitern, weil er nicht konsequent zu handeln verstand und es ihm an staatsmännischer Begabung fehlte. Ein mir bekannter russischer Ingenieur mit feinem Verständnis für die menschliche Psyche charakterisierte mir gegenüber Trotzkys Persönlichkeit mit den Worten: ‚Glänzendes Feuerwerk, aber was übrig bleibt, ist ein kleines Häufchen Asche‘. Obwohl Trotzky imstande war, seine Mitarbeiter mit der Fülle seiner Einfälle zu blenden, blieben diese ohne dauerhafte Wirkung, weil er sie meist wieder fallen ließ, oder ihre Durchführung nicht zu überwachen verstand. Auf Massenversammlungen vermochte er durch seine glänzende

96 RGASPI, Moskau 495/2/83, 8 u. a.

97 J. W. Stalin: Unterredung mit ausländischen Arbeiterdelegationen. 5. November 1927. In: Ders. Werke. Bd. X. S. 180–206, hier: S. 189.

98 Leo Trotzki: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Hrsg. u. mit einem Vorwort v. Hans Weber. Autorisierte Übersetzung v. A. Müller. Berlin: Laub 1929. S. 63f., 67.

rednerische Begabung die Zuhörerschaft zu faszinieren und zur spontanen Begeisterung emporzureißen. (...) Aber dies nützte ihm nichts, da Stalin als Generalsekretär der Partei alle Schlüsselstellungen mit seinen Kreaturen besetzt hatte und dadurch die Annahme sorgfältig überlegter Entschließungen erreichte. Die eigentliche Tragik in Trotzkys Schicksal liegt in der Tatsache, dass seine Fehler einem Manne wie Stalin zu einer Machtstellung verhalfen, aus der heraus dieser die gesamte westliche Welt bedrohen konnte. Meiner Ansicht nach wäre Trotzkys vage Doktrin von der ‚permanenten Revolution' für die übrige Welt sehr viel weniger gefährlich gewesen als Stalins skrupellose Konsequenz."[99]

Programmdebatten in der Komintern

Auf dem VI. Kongress der Komintern von Juli bis September 1928 trat Bucharin in den Vordergrund: er übernahm den Vorsitz, erstattete den Bericht des EKKI und hielt den Vortrag zum Programmentwurf der Komintern. Jedoch in Wirklichkeit war das alles nur ein „Schwanengesang" des ehemaligen „Lieblings der Partei". Der Zugriff Stalins wurde immer rabiater, sodass Bucharin ihn noch im Juni privat ansprach: „Ich habe Dir schon gesagt, daß ich nicht kämpfen werde, und es auch nicht will. (...) Wenn wir den Kongress (...) zu Ende bringen, bin ich bereit, mich ohne jegliche Auseinandersetzungen, absolut ohne Lärm und Kampf, zurückzuziehen, wohin auch immer."[100]

Der dem Kongress vorgelegte Programmentwurf wurde von Bucharin und seinen Helfern gründlich überarbeitet. In einem Brief an die Kommissionsmitglieder vom 3. April 1928 berichtete er, dass alle Vorschläge und Korrekturen Stalins (Dok. 180) – andere Genossen hätten keine Bemerkungen gemacht – beachtet und verwendet wurden.[101] Im Mai bildete das EKKI eine eigene Kommission, die faktisch einen neuen Entwurf, wie es nun hieß – „der Genossen Bucharin und Stalin" –, vorlegte, der zunächst im Diskussionsteil der *Pravda* und auf der Plenarsitzung des ZK der VKP(B) vom 5. bis 6. Juli besprochen und als Grundlage gebilligt wurde (Dok. 186, 187).

Der Kongress berief nun eine, „breite Programmkommission" ein, die noch fast einen Monat am Projekt weiterarbeitete. Bucharins Referat und der Entwurf wurden auf fünf Plenarsitzungen des Kongresses diskutiert. Ernste Einwände hatte die Delegation der KP Italiens. Palmiro Togliatti bemerkte, dass der Entwurf rechtzeitig veröf-

99 Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt/Main: Metzner 1955. S. 52f.; Gustav Hilger: Stalin. Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht. Göttingen/Berlin/Frankfurt: Musterschmidt-Verlag 1959.
100 Zit. nach Fridrich I. Firsov: N. I. Bucharin v Kominterne. In: V. V. Žuravlev, A. N. Solopov (Hrsg.): Bucharin. Čelovek. Politik. Učenyj, Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1990. S. 175–200, hier: S. 191f.; Ebenfalls in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern, S. 538f., Fn. 1.
101 RGASPI, Moskau, 493/1/42, 9f.

fentlicht und von allen Parteien studiert und beraten werden müsse, denn nur in der russischen Partei habe es bisher eine breite Diskussion gegeben. Zu seinen Mängeln gehöre, so der Kritiker, dass das „revolutionäre Streben zur Umgestaltung der Welt nicht deutlich genug und energisch zum Ausdruck kam." Die Darlegung einer „Notwendigkeit der Weltrevolution" dürfe nicht abgeschwächt werden, jedoch müsse man erklären, inwieweit dem objektiven Heranreifen der inneren Gegensätze der kapitalistischen Ordnung die Reife des proletarischen Klassenbewusstseins entspreche. Auch die These, wonach der Sieg der proletarischen Revolution eine Vorbedingung für die weitere Entwicklung aller menschlichen Zivilisation bilde, solle ausführlicher begründet werden. Abschließend wurde nichtsdestoweniger empfohlen, das Programm zu bestätigen.[102]

Trotzki schickte aus Alma-Ata einen umfangreichen Brief an den Kongress mit der Überschrift „*Was nun?*" sowie eine Denkschrift mit einer ausführlichen Kritik des Programmentwurfs.[103] Im Abschnitt „Das Programm der internationalen Revolution oder das Programm des Sozialismus in einem Lande?" erinnerte er daran, wie Stalin, von Bucharin unterstützt, unter Berufung auf eine Reihe von Lenin-Zitaten eine eigenständige Theorie vom „Sozialismus in einem Lande" geschaffen habe. Trotzki nannte diese sogar „sozialpatriotisch", „national-sozialistisch" und „reaktionär-utopistisch", da ihr Ausgangspunkt die prinzipiell gegebene Möglichkeit einer Isolierung der UdSSR von der Weltökonomie und der Weltpolitik war.[104] Es sei schon etwas wert, meinte Trotzki, wenn im neuen Programm die Weltwirtschaft zum Ausgangspunkt gemacht würde, durch die Begründung des „Sozialismus in einem Lande" entstünden jedoch eine Reihe von Fehleinschätzungen: das Niveau der Produktivkräfte im Land werde überschätzt, die Gesetzmäßigkeiten der ungleichen Entwicklung unterschiedlicher Industriezweige und die in der Weltökonomie bestehende Arbeitsteilung würden ignoriert und letztlich negiere man ebenfalls „den Hauptwiderspruch der imperialistischen Epoche" der „zwischen den Produktivkräften und den nationalen Grenzen" liege.[105]

Diese Theorie, so Trotzki, führe in direkter Linie zu einer Überschätzung der Erfolge und einer Unterschätzung der zu bewältigenden Schwierigkeiten. Wenn man die Bedingungen und das ererbte niedrige Kulturniveau Russlands in Erwägung ziehe, so seien die Erfolge seines Proletariats ungeheuer groß. „Doch auf der Waage des sozialistischen Ideals hätten sie nur sehr wenig Gewicht. "Damit der Arbeiter, Landarbeiter oder arme Bauer, der im elften Jahr der Revolution um sich herum

102 RGASPI, Moskau, 493/1/81, 39ff., 46ff.
103 Siehe Leo Trotzki: Und nun? Brief an den 6. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In: Ders.: Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie des Sozialismus in einem Land. 1928/29. Essen: Mehring-Verlag 1993. S. 227–293.
104 Trotzki, Die Dritte Internationale, S. 85f.
105 Trotzki, Die Dritte Internationale, S. 68f., 75 u. a. Siehe auch russische Ausg. Lev D. Trockij: Kommunističeskij Internacional posle Lenina. Velikij organizator poraženij. Moskva: Spartakovec 1993. S. 65, 76, 96, 108.

nichts als Armut, Arbeitslosigkeit, lange Brotschlangen, Analphabetentum, verwahrloste Kinder, Trunkenheit und Prostitution sieht, nicht die Hände sinken lässt, braucht man die harte Wahrheit und keine aufgeputzte Lüge. Anstatt daß man ihnen vorlügt, daß wir den Sozialismus bereits zu neun Zehnteln verwirklicht haben, müßte man ihnen sagen dass wir gegenwärtig nach unserem Wirtschaftsniveau und nach unseren Daseins- und Kulturbedingungen noch viel näher zu einer kapitalistischen, dabei noch rückständigen und unzivilisierten Gesellschaft stehen, als zu einer sozialistischen Gesellschaft".[106]

Selbstverständlich passten solche Offenbarungen nicht zu den Fanfarentönen Stalins, Bucharins und der anderen an der Spitze der Macht stehenden kommunistischen Führer. Wie den Kongress-Delegierten, so auch der Weltöffentlichkeit gegenüber wurde Trotzkis gerechtfertigte Kritik am Stalinismus jedoch nicht nur verschwiegen, sondern von vorn herein als Verleumdung und Kapitulation hingestellt.

Bucharin hatte in seinem Referat zum Programm einleitend bemerkt, man dürfe sich nicht mit einer abstrakten Analyse begnügen, sondern solle das Weltmotiv, das die Architektonik des Programms bestimme, genauer herausarbeiten. Hauptsächlich müssten die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und die innere Vielfalt des Prozesses der Weltrevolution erfasst werden. Denn eine gewisse Einheitlichkeit der Weltwirtschaft könne zwar als Ursache der *Welt*revolution gelten, die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus bedinge jedoch eine Ungleichzeitigkeit und Mannigfaltigkeit des revolutionären Weltprozesses. Aus diesem Grunde würden im Programm verschiedene Typen von Länder und Revolutionen aufgezeigt und skizziert, wie auch die Besonderheiten der Wege und des Tempos der Machtergreifung durch das Proletariat sowie der Formen proletarischer Diktatur und des Sozialismus, der in den einzelnen Ländern aufzubauen sei. Eine Weltdiktatur des Proletariats wurde somit auf unbestimmte Zeit verschoben.[107]

Auf die Notwendigkeit bei jeder Übertragung der Erfahrungen der UdSSR („Kriegskommunismus", „NÖP", „Verschärfung des Klassenkampfes") große Vorsicht walten zu lassen, wurde mehrmals hingewiesen. Die Behandlung dieser Probleme, wie auch Fragen des „Vaterlands des Weltproletariats" sowie die Beurteilung des Wechselverhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem Faschismus führten zu einer lebhaften, demokratisch geführten Diskussion in der Kommission und auf dem Plenum. Der Faschismus wurde etwas konkreter analysiert und charakterisiert, als dies vorher der Fall war, die Sozialdemokratie jedoch – was sich als roter Faden durch das ganze Programm zog – wurde als eindeutig konterrevolutionäre Kraft und „Agentur des

106 Trotzki, Die Dritte Internationale, S. 82.
107 Stenograficeskij otčet VI. kongressa Kominterna. 3. Teil, S. 13–32. Die betreffenden Teile sind im deutschen Protokoll nicht vorhanden. Siehe dafür die (allerdings verkürzte) französische Fassung in: VIè Congrès mondial de l'Internationale communiste. Vingt-quatrième séance. In: La Correspondance Internationale. No. spécial (25.9.1928). S. 1170–1178.

Imperialismus“ bezeichnet. Dabei wurde weiterhin ihr linker Flügel als besonders gefährlich betrachtet.

Eben in diesem Kontext wurde die „Eroberung der Massen“ zur Hauptaufgabe der Kommunisten erhoben, dagegen alle „Teilforderungen“ und „Übergangsmaßnahmen“, selbst für die Arbeit in den „reformistischen“ Gewerkschaften generell ausgeschlossen, mit Ausnahme von Perioden eines revolutionären Abschwungs. Am 1. September 1928 wurde das Programm der Komintern einstimmig unter den Klängen der „Internationale“ angenommen. Im stenographischen Bericht wurde es als „*Programm der Weltrevolution*“ tituliert, Bucharin sprach darüber hinaus vom „Programm der Weltdiktatur des Proletariats“.[108] Obwohl es manche biegsame Formulierung anstelle der vorherigen härter gefassten Formeln enthielt, blieb die traditionell kompromisslose Grundeinstellung der Kommunisten erhalten, dass nur sie allein das Monopol auf eine wissenschaftliche Erkenntnis der historischen Perspektiven besäßen und dass ausschließlich die Weltrevolution und der gewaltsame Sturz des Kapitalismus die gesamte Menschheit befreien könnten.[109]

Von der Kampfesstimmung der deutschen Kommunisten zeugen die im Juli 1928 dem EKKI überreichten Materialien einer Gruppe von Militärspezialisten der KPD um Josef Gutsche, August Mayer und Gerhard Schott. Die Verfasser sahen die Mängel der militärpolitischen Arbeit in Deutschland darin, dass sie die Massen nicht erfasst und die Erfahrungen der Niederlage der deutschen Revolution von 1923 zu wenig beachtet hätte. Dem diesbezüglich vorgelegten Papier war eine Broschüre „Zur Frage des bewaffneten Aufstandes in Deutschland“ beigelegt, mit Vorschlägen für die “Entwicklung politischer Arbeit in der KPD“ (Dok. 188). Im Archiv des EKKI wurde etwa zur gleichen Zeit ein von seinem Apparat ausgearbeiteter, streng geheimer Entwurf für die „Organisation der Arbeit in den bürgerlichen Streitkräften (Heer, Flotte, Polizei, Gendarmerie, faschistische Organisationen)“ abgelegt. In seiner engültigen Form trug das Dokument die Überschrift „Instruktion der Org[anisations]abteilung des EKKI über die Arbeit in den Truppen“.[110] Es handelte sich dabei um eine ausführliche Schilderung der Stellung der Komintern und ihrer Sektionen zum revolutionären Kampf um die Macht und zum bewaffneten Aufstand bzw. zur Unterminierung des feindlichen Staatsapparats in Krieg und Frieden, insbesondere im Falle eines imperialistischen Angriffs gegen die Sowjetunion. Im eigentlichen Sinne geheim waren dabei nur die konkreten Handlungsanweisungen. Die Grundorientierung der Komintern auf revolutionäre Aktionen, sobald zu einem gegebenen Zeitpunkt und an einem gegebenen Ort eine günstige Situation entstand, wurde häufiger ganz offen diskutiert, was sich auch in den damaligen Publikationen und in der propagandistischen Literatur widerspiegelte.

108 Stenografičeskij otčet VI. kongressa Kominterna, S. 7; 5. Teil, S. 132.
109 Stenografičeskij otčet VI. kongressa Kominterna, 6. Teil, S. 36.
110 RGASPI, Moskau, 495/25/1338, 28ff, 47ff.

Der Kongress hatte außerdem die theoretische Leitlinie und die politische Haltung der Parteien für den Kampf gegen die Kriegsgefahr festgelegt. In den dazu angenommenen Thesen war vom Kapitalismus als die wichtigste Kriegsursache in der neuesten Geschichte die Rede. Drei Arten des Krieges wurden dabei unterschieden: Kriege zwischen den imperialistischen Ländern, konterrevolutionäre Kriege gegen die proletarische Revolution und den sozialistischen Aufbau sowie antiimperialistische Befreiungskriege der Kolonialländer. Die Verteidigung der Sowjetunion wurde in den Mittelpunkt gerückt. Dabei sollten die Kommunistischen Parteien das internationale Proletariat auf die Unterstützung von national-revolutionären Kriegen und Revolutionen einschwören, Antikriegsarbeit in den imperialistischen Armeen durchführen und im Falle eines neuen Weltkriegs erneut die Losung einer „internationalen sozialen Weltrevolution" ausgeben.[111] Zugleich empfahl der Kongress den Ausschluss der Trotzkisten aus der VKP(B) und allen anderen Kommunistischen Parteien. Dabei handelte es sich um die bisher größte interne „Säuberung" im Kommunismus.

Fast um die gleiche Zeit brach in der KPD der sog. „Thälmann-Skandal" aus.[112] Neuerdings wird dieser meines Erachtens so enorm aufgebauscht, dass er die wichtigsten Geschichtsereignisse dieses Jahres fast verdeckt. Zu dem, was der Leser aus dem Buch von Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein[113] sowie den Dokumenten dieses Bandes (173, 176, 189, 191, 193, 194, 196, 201, 204, 205) erfährt, genügt eine kurze Randbemerkung: Der höchst bedauerliche „Fall Wittorf" ist nicht zu bagatellisieren. Er wurde bereits zur damaligen Zeit kritisch eingeschätzt. Dem Ruf der Komintern und der KPD hat diese Episode, die freilich auf der politischen Bühne der Weimarer Republik kein seltener Einzelfall war, bedeutend geschadet, jedoch ging die kommunistische Bewegung darüber hinweg. Auch das Negative im Stalinbild haben neue Entlarvungen kaum verstärken können. Ernst Thälmanns weiteres Schicksal und sein Tod im KZ Buchenwald haben bewiesen, dass, trotz alledem, der Kommunistenführer „Teddy" seinen verdienten Platz, sein Denkmal und seinen Namen in der Geschichte nicht verloren hat.

Weltwirtschaftskrise und „linker Kurs"

1929 wird als das Jahr des Beginns einer tiefen Weltkrise des Kapitalismus und des Imperialismus bezeichnet. Zugleich war es in der UdSSR das Jahr des „großen Umbruchs", vor allem der massenhaften Kollektivierung der Landwirtschaft. Dabei

111 Siehe hierzu: Stenografičeskij otčet VI. kongressa Kominterna, Teil 3.
112 Vgl. Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg. Berlin: Dietz 2003 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 4).
113 Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Berlin: Aufbau 2003 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2).

wurden selbst die zahlreichen gewaltsamen Übergriffe von Stalin abgetan („Vor Erfolgen von Schwindel befallen"). Erst später offenbarte sich, dass dieses Jahr vielmehr den Eintritt der Sowjetunion (und weit über sie hinaus) in die „Ära Stalin" symbolisierte.

Die Leiter und Funktionäre der Kommunistischen Internationale hofften gespannt auf die Erfüllung der auf dem VI. Weltkongress lautstark proklamierten revolutionären Prognose. Was die Einschätzung der internationalen Lage und der Aufgaben der Komintern anging, war vom Eintritt in die „dritte Periode" der „allgemeinen Krise des Kapitalismus" die Rede. Diese bedeute ein Ende kapitalistischer Stabilisierung, was ebenfalls eine neue Welle heftiger Klassenkämpfe und eventuell auch einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion mit sich bringen könne.

Im Lande selbst wurden nun die neuen „Abweichler" von der „Generallinie der Partei" zur Zielscheibe. Bereits im April 1929 hatte das Plenum des ZK und ZKK der VKP(B) Bucharin in seiner leitenden Funktion für die Komintern abgesetzt. Wenig später beschuldigte das X. EKKI-Plenum ihn und seine Anhänger nicht nur als einen „Anziehungspunkt für alle Rechten", sondern auch als einen „Prediger des Pessimismus und des Unglaubens an die Stärke der Arbeiterklasse", was noch dazu das Ansehen der Komintern geschädigt habe.[114] Nach der Kaltstellung der „Abweichler" besaß Stalin vollkommen freie Hand: Weder in der Partei, noch in der Komintern waren ernsthafte Konkurrenten und gar Oppositionelle verblieben. Nun konnte er auf eine alle anderen lebenden Kommunistenführer überragende Stufe gestellt werden; immer häufiger wurde er den anerkannten „Klassikern des Marxismus-Leninismus" zugerechnet, die freilich zu Lebzeiten stets betont hatten, dass sie als wissenschaftliche Kommunisten prinzipielle Gegner jedes Personenkults seien.

* * *

Die Beziehungen zwischen KPD und SPD erlebten in den Jahren 1928/1929 eine Reihe von Schwankungen. Als Mitte 1928 das Kabinett der großen Koalition unter Hermann Müller ans Ruder kam, entstanden gewisse Hoffnungen auf eine Besserung des Verständnisses untereinander. Doch unter der Einwirkung von Weltkrise und zunehmender Arbeitslosigkeit sowie infolge der Billigung des Panzerkreuzerbaus durch die SPD verschlechterten sich die Beziehungen rasch wieder.

Zum Kulminationspunkt dieser Spannung wurde die traditionelle Maifeier des Jahres 1929. Auf Befehl des Berliner Polizeipräsidenten, des Sozialdemokraten Zörgiebel, wurde auf eine friedliche Arbeiterdemonstration in Berlin-Wedding und -Neukölln scharf geschossen. Das Westeuropäische Büro der Komintern in Brüssel propagierte dazu in einem Flugblatt, das Blutvergießen habe sogar die Opferzahl in der deutschen Revolution 1848 übertroffen: „Nun ist die Kluft zwischen der Sozial-

114 Kun: Kommunističeskij Internacional v dokumentach, S. 911f.

demokratie und den besten Arbeitern (…) unüberbrückbar geworden".[115] Daraufhin folgte ein Aufruf der Komintern, den 15. Jahrestag des Ersten Weltkriegs am 1. August zum „Wendepunkt des Übergangs des Proletariats zur Gegenoffensive an der internationalen Front gegen das Weltkapital" zu machen, wie auch gegen die „internationale Sozialdemokratie, die Arbeiter tötet".[116] Es ist zuverlässig dokumentiert, dass das Politbüro des ZK der VKP(B) auf Stalins persönliches Drängen eine Direktive für eine breite Kampagne von Demonstrationen des Gedenkens an die Berliner Arbeitern erlassen hatte (Dok. 217). Im Politsekretariat der Komintern wurde daraufhin der Vorschlag beraten, eine Vereinigung der nationalen Organisationen zur „proletarischen Selbstverteidigung" zu schaffen. Bald darauf musste jedoch konstatiert werden, dass nur in Deutschland ein wirksamer „Rotfrontkämpferbund" bestand, der zwar über 100.000 Mitglieder zählte, infolge der Berliner Maiereignisse allerdings verboten war (Dok. 216).

Im Juni hatte Georgi Čičerin in seinem Brief an Stalin die verfehlte Kominternpolitik zum „Berliner Blutmai" scharf kritisiert: „Die KPD ist von 500 Tsd. auf 100 Tsd. geschrumpft. Und dafür müssen die gigantische Tatsache der Schaffung der UdSSR geopfert, ihre Lage unterminiert, täglich die Beziehungen zu Deutschland verschlechtert sowie Lügengeschichten über seine angebliche Umorientierung aufgetischt werden – nur um den Gen. Thälmann mit etwas mehr Agitationsmaterial zu versorgen. ‚Auf eine Null zu setzen' – unglaublich!" (Dok. 222). Punkt für Punkt wurden darin Versäumnisse, Inkonsequenzen und Niederlagen aufgezählt, die auf das Verschulden der Komintern, des Politbüros und des engeren Kreises um Stalin zurückzuführen waren (Dok. 222). Zum Abschluss seiner negativen Bilanz riet der Volkskommissar dem mächtigen Diktator, unbemerkt in Begleitung eines kundigen Dolmetschers ins Ausland zu reisen: „Sie würden die Realität erblicken. Ihnen würde der wahre Wert des Geschreis über den Anbruch des letzten Kampfes ins Auge springen. Der empörende Unsinn der ‚Pravda' würde in aller Nacktheit vor Ihnen erscheinen."[117] Die zielte direkt auf die bekanntlich krankhafte Abschirmung Stalins vor dem Ausland. Auch „der Unsinn der *Sozialfaschismusthese*" wurde erneut schärfster Kritik unterzogen (Dok. 212, 221, 222, 225).

Wie bereits vorher vermerkt, wurden in der Komintern die verschiedenen Einschätzungen des Faschismus, alias Nationalsozialismus, des öfteren diskutiert. Dabei wurde dieser Begriff bisweilen enger bisweilen breiter gefasst. Anfänglich wurde der Begriff des „Sozialfaschismus" damit begründet, dass die Sozialdemokratie, als „prinzipielle Gegnerin der sozialistischen Revolution", die kapitalistische Ordnung mehrmals gerettet habe. Nun wurde der SPD zur Last gelegt, gemeinsam mit den Faschisten eine ähnliche Rolle zu übernehmen. Trotz aller Warnungen von Clara Zetkin und Jules Humbert-Droz wurde immer wieder von „zwei Händen der Bourgeoisie" gespro-

115 RGASPI, Moskau, 499/1/18, 2f.
116 RGASPI, Moskau, 499/1/18, 2f.
117 RGASPI, Moskau, 558/2/48, 9–12.

chen. Obwohl die Aufrufe zur „Einheitsfront aller Arbeitermassen gegen den Faschismus" ständig wiederholt wurden, waren sie immer von donnernden revolutionären Parolen begleitet. Trotzki und später auch Sinowjew drängten immer stärker auf eine Unterscheidung der beiden „Pole", Bucharin wurde zum offenen Opponenten jeder Verabsolutierung des Faschismusbegriffs. Georgi Čičerin seinerseits protestierte in seinen Briefen an Molotov wutentbrannt gegen das falsche Verständnis der Lage in Deutschland (Dok. 228, 229), jedoch zumeist mit nur geringem Effekt.

Das X. Plenum der EKKI im Juli 1929 beschäftigte sich mit einem durch die Krise genährten neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung und ihrer „Linksorientierung". Dabei wurden besonders diejenigen Parteien der Sozialistischen Internationale gebrandmarkt, die in der einen oder anderen Form an der Staatsmacht beteiligt waren, vor allen also die deutsche Sozialdemokratie und die englische Labour Party. Dabei wurde die internationale Sozialdemokratie nicht nur als Hauptstütze des Kapitalismus bezeichnet, sondern auch zum „Hauptträger des Sozialfaschismus" erhoben. Damit waren alle Sektionen der Komintern dazu verpflichtet, dieses Fanal verstärkt zu bekämpfen. Unter der Flagge der Bewältigung der „rechten Gefahr" wurden in den Kommunistischen Parteien linkssektiererische Tendenzen erneut befördert, die sich an der Taktik „Klasse gegen Klasse" und der These von der Einheitsfront „nur von unten" festmachten. Im Politsekretariat des EKKI schlug Dmitri Manuil'skij vor, in Ungarn und Italien die Losungen für „Arbeiter- und Bauernregierungen" zurückzuziehen. Im Februar 1930 lenkte das erweiterte Präsidium der EKKI nach einem Bericht der KPD die Partei auf die „schonungslose tagtägliche Entlarvung der Sozialdemokratie als Hauptstütze und Hauptkraft zur Errichtung [der] faschistischen Diktatur" (!) und erklärte sie dazu noch zum „Hauptorganisator des Krieges gegen die UdSSR" (!). Die Kommunisten wurden instruiert, alle Organisationen des proletarischen Selbstschutzes zu stärken und ihrem Verbot überall entgegenzuwirken.

Im Apparat der EKKI entstand eine streng geheime Denkschrift über die Militärarbeit der KPD für den Fall des Heranreifens eines bewaffneten Aufstands in Deutschland oder auch eines militärischen Angriffs Deutschlands (egal in welcher Form) gemeinsam mit anderen imperialistischen Ländern gegen die UdSSR (Dok. 233). Das Mitteleuropäische Ländersekretariat schlug der KPD-Führung vor, den Massen, obwohl die Parole eines bewaffneten Aufstands „noch nicht herausgegeben" worden war, die Perspektive „eines revolutionären Bürgerkriegs" offen aufzuzeigen (Dok. 234). Die Richtlinien des Romanischen Ländersekretariats für Spanien sahen ähnlich aus.

Diese kriegerisch-revolutionäre Orientierung segnete Stalin in seinem Bericht vor dem XVI. Parteitag der VKP(B) im Juni 1930 offiziell ab. Dabei behauptete er, dass die sich verschärfende Weltwirtschaftskrise im Vergleich zu allen früheren „die ernsteste und tiefgehendste" sei. Dies bedeute, hieß es weiter, dass die Bourgeoisie, sobald sie alle reaktionären Kräfte (darunter auch die Sozialdemokratie) herangezogen habe, den Ausweg aus der Lage auf innenpolitischem Gebiet in der „weiteren Faschisierung" und in der Außenpolitik in einem neuen imperialistischen Krieg suchen werde.

Die Schlussfolgerung daraus lautete: „Das bedeutet schließlich, daß das Proletariat im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Kriegsgefahr den Ausweg in der Revolution suchen wird.“[118]

Im Sommer 1930 versuchte die KPD ihre Stellungnahme zu den Mittelschichten einigermaßen zu aktualisieren, um sich in den kommenden Reichstagswahlen einer breiteren Unterstützung durch das Volk zu sichern. Eine gewichtige „*Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volks*“ wurde in der Presse veröffentlicht (Dok. 244, 245). Die Wirkung blieb nicht aus und das EKKI konnte sogar die Partei zum Ergebnis der Reichstagswahl beglückwünschen (Dok. 246, 247). Doch wäre die Bedeutung des Aufrufs bestimmt viel größer gewesen, wenn dieser Massenappel früher verbreitet, mit der SPD koordiniert worden und so dem überwältigenden Siege der Nazis bei den Wahlen zuvorgekommen wäre.

Übrigens änderte sich die Linie der Kominternpolitik gegen die Sozialdemokratie in dieser Zeit kaum wesentlich. Ausgerechnet im September richtete das EKKI ein geheimes Rundschreiben an alle Sektionen, in dem es hieß, dass sich die Krise in jedem Land unterschiedlich äußere, doch sei es die gemeinsame Aufgabe aller Kommunisten in dieser Zeit „der Sozialdemokratie das Rückgrat zu brechen, um praktisch an die Eroberung der Mehrheit des Proletariats heranzukommen“. Die Kommunistischen Parteien sollten ihre Organisationen maximal stärken und umbauen, damit sie „voll bewaffnet, kommende[n] Klassenkämpfe[n] begegnen“ könnten.[119]

Das XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 unternahm noch weitere Schritte in der Einschätzung einer vermeintlich ständigen Evolution der internationalen Sozialdemokratie, als „sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie“, zum Faschismus. Eine solche Übertreibung stellte de facto alle gemeinsamen antifaschistischen Aktionen in Frage. Zur weiteren Spaltung der Arbeiterschaft trug ebenfalls der Beschluss der Roten Gewerkschaftsinternationale („Profintern“) über die Wiederentstehung selbstständiger „revolutionärer Gewerkschaften“ bei. Indem die linksradikale Strategie so die Oberhand gewann, wurde gleichzeitig die Jagd auf die „ultralinken“ Führer (Ruth Fischer, Arkadij Maslow u. a.) weitergeführt. Ein offensichtiger Fehler der KPD war ihre Beteiligung, zusammen mit den Nationalsozialisten und den Konservativen, am Volksentscheid gegen die SPD-Regierung in Preußen im August 1932 (Dok. 263–270). Auch andere Dokumente belegen, dass die Überspitzung der Bekämpfung der Sozialdemokratie negative Folgen hatte (Dok. 272).

Zwar widersprach das XII. Plenum des EKKI im August/September 1932 der These von der Faschisierung unterer sozialdemokratischer Organisationen und rief zur Zusammenarbeit im Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter auf. Jedoch ließ es unbeachtet, dass einerseits die bedeutende Aktivierung des Faschismus, andererseits die Schwäche des beiderseits gespaltenen antifaschistischen Widerstands der

118 J. W. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(b), 27.6.1930. In: Ders.: Werke. Bd. XII. S. 207–326, hier: S. 223.
119 RGASPI, Moskau, 495/4/67, 101f.

Arbeiterschaft immer deutlicher wurden. Dadurch griff die kommunistische Parole einer revolutionären Überwindung der Krise größtenteils ins Leere. Der Thesenentwurf von Kuusinen wurde zwar kritisiert, niemand bezweifelte jedoch das angebliche Anwachsen der revolutionären Stimmung der deutschen Arbeiter. Indessen legte der Apparat der Komintern dem Plenum einige zusätzliche Ausarbeitungen zur Theorie und Praxis des bewaffneten Aufstands und der proletarischen Selbstverteidigung vor, wie auch zur propagandistischen Aufklärungstätigkeit in Reichswehr und Flotte. Über die Tätigkeiten der militär-politischen Schulen und Spezialkurse in Moskau lagen Berichte vor. Die meisten Schreiben dieser Art wurden in sachlich-fachlicher Zusammenarbeit von deutschen mit sowjetischen Kommunisten erstellt. Als jedoch Ernst Schneller zusammen mit den Gasthörern der sowjetischen Militärakademie Winter alias Wagner (d. i. Otto Braun), und Kurt Fischer in den legalen Zeitschriften „*Oktober*" (Deutschland) und „*Żołnierz rewolucji*" (Polen) ihre Überlegungen zu den Diversionsaktivitäten und den strategischen Plänen der Roten Armee gegenüber Polen, Lettland, Estland, Finnland äußerten, stieß dies auf den harten Widerspruch der Mitarbeiter des EKKI (Dok. 280).

Wenigstens teilweise lieferte die Politik der SPD, die als eine der Regierungsparteien der Weimarer Republik dem Ansturm der wachsenden NS-Bewegung immer weitere Zugeständnisse machte, Argumente für eine bedingte „linke Haltung" der Kommunisten. Die falsche These vom „Sozialfaschismus" wirkte aber nun besonders gefährlich und irreführend, da sie die Spaltung der Arbeiterschaft in einer Zeit vertiefte, in der allein ihre Vereinigung noch die demokratische Weimarer Republik hätte retten können. Andererseits bedeuteten die von den einflussreichen SPD-Führern praktizierte „Politik des kleineren Übels" und die Unterstützung der Sonderdekrete präsidialer Kabinette Brünings, Papens und Schleichers weit schädlichere Fehltritte. Zeugnisse politischer Blindheit lieferten dabei auch Behauptungen aus dem rechten sozialdemokratischen Flügel von Größen wie Otto Wels und Rudolf Hilferding, denen zufolge der Nationalsozialismus bald selbst untergehen würde, wie auch ihre ständig wiederholten Aufforderungen „noch schonungsloser die Kommunisten zu bekämpfen."[120]

Die im Mai 1932 von den Kommunisten initiierte „Antifaschistische Aktion" hatte Anklang im Lande gefunden. Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere trafen sich aus diesem Anlass mit hohen Funktionären der SPD. In zahlreichen Bezirken fanden Konferenzen statt und im Juli tagte ein Kongress der Aktion in Berlin. Unter den 1.465 Delegierten waren 132 Sozialdemokraten und 954 parteilose Arbeiter.[121] Die meisten stimmten für ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft.

---

120 Hagen Schulze (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933. Bonn/Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1975 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 4). S. 39–65.

121 Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik. Berlin(Ost): Deutscher Verlag der Wissenschaften 1967. S. 445.

Die Tatsache, dass aus der „Antifaschistischen Aktion“ keine wirksame Massenbewegung entstand, ist nicht in der Fehlerliste der Komintern- und der KPD-Führung zu ergänzen. Unvergleichbar bedeutsamer war in diesem Zeitraum die Haltung der SPD-Spitze, die Schritt für Schritt die staatspolitische Position einer in der Weimarer Republik mit Regierungsverantwortung tragenden Partei aufgegeben hatte.

Nach dem unter Franz von Papen am 20. Juli in Preußen durchgeführten Staatsstreich wurde anstelle des Sozialdemokraten Otto Braun Hermann Göring Ministerpräsident des größten Landes im Reich. Dies war das Zeichen einer äußerst ernsten Krise der gesamten Weimarer Demokratie. Doch die SPD-Leitung blieb demonstrativ passiv. Die Kabinettswechsel von Brüning zu Papen und zu Schleicher und die Ergebnisse der Reichstagswahlen im Juli und November zeugten, wie bereits im April die Reichspräsidentenwahl, von einem Rechtsruck durch die Wählerschaft. Die Nationalsozialisten waren auf dem Vormarsch, dies jedoch nicht ohne Rückschläge. Nach dem Verlust von zwei Millionen Stimmen waren sie mit fast 12 Millionen Stimmen den beiden Arbeiterparteien zusammengenommen (SPD über sieben, KPD fast sechs Millionen Stimmen) nicht sehr weit überlegen. Politik ist zwar keine Arithmetik, diese Zahlen könnten jedoch nochmals einen Grund zum Nachdenken und Diskutieren liefern.

Auf der KPD-Parteikonferenz im Oktober 1932 kamen taktische Meinungskämpfe in der Parteispitze offener denn je zum Ausdruck. Heinz Neumann und Heinrich Remmele, die jahrelang mit Ernst Thälmann die Partei geleitet und die Kominternlinie mitgeformt und vertreten hatten, traten in immer heftigerer Form kritisch auf. Dafür wurden sie als „Abweichler“ abgestempelt und aus der Parteileitung verdrängt. Das im Dezember von Remmele direkt an Stalin gerichtete umfangreiche Schreiben – das sog. „Remmele-Memorandum“ (Dok. 301) – zeigt deutlich, dass die Zerwürfnisse in dieser Zeit zumeist taktischer und teilweise rein persönlicher Natur waren. Später wurden beide Kommunistenführer zu Opfern der stalinschen Repressionen.[122]

Hitlerdiktatur und Antifaschismus

Die „friedliche“ Machtergreifung Hitlers in Deutschland am 30. Januar 1933 war bekanntlich die Folge geheimer Vereinbarungen der NS-Führer mit den Spitzen der Industriellenverbände und der hohen Militärs im Umkreis des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Sie bedeutete eine Katastrophe für die Weimarer Republik und ihre in 14 Jahren mühsam aufgebaute bürgerlich-liberale Demokratie. Es handelte sich dabei um eine gewaltige Erschütterung des gesamten vertraglich geordneten Versailler Weltsystems. Die Berufung Hitlers durch Hindenburg zum Reichs-

122 Margarete Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart: Seewald 1967.

kanzler, die Potsdamer Komödie am Grabe Friedrichs II., der riesige Fackelzug der SA am 30. Januar 1933 machten einen organisierten Widerstand, geschweige denn einen revolutionären bewaffneten proletarischen Aufstand in Deutschland vollkommen unmöglich und wurde von den Kommunisten auch gar nicht in Erwägung gezogen. Im Zentrum Europas war die NS-Diktatur errichtet worden.

Man hätte jedoch erwarten können, dass einige wendige und flexible liberal-pazifistische Organisationen, mit dem Völkerbund an der Spitze, und ebenso die beiden mächtigen Arbeiterinternationalen, Sozialistische und Kommunistische Internationale, dem neuen deutschen Diktator und potentiellen Welteroberer in irgendeiner Form gemeinsam entgegentreten. Dies geschah jedoch nicht. Wie auch die verschiedenen Staaten untereinander sich national feindlich gegenüberstanden und sozial gespalten waren, so waren die Arbeiterverbände nicht dazu in der Lage, sich über die Konkurrenz und Widersprüche zu erheben, um auf der Grundlage antifaschistischer Zusammenarbeit ihrem eigentlichen Todfeind einig zu widerstehen.

In der Komintern, deren revolutionäre Einstellung des unerbittlichen Klassenkampfes generell Kompromisse als Schwäche oder direkten Verrat verwarf, setzte sich ein Verständnis von der Notwendigkeit einer ernsten Revision ihrer bisherigen Strategie und Taktik nicht schnell genug durch. Die internationale Sozialdemokratie erkannte die drohende Gefahr ebenfalls bei weitem nicht in ihrer vollen Größe. Zwar wandten sich nach Hitlers Machtergreifung sieben linkssozialistische Parteien an die Führung der Sozialistischen Internationale mit dem Vorschlag, gemeinsam mit der Komintern antifaschistische Aktionen einzuleiten und das Büro der SAI gab in seinem Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt vom 19. Februar 1933 seine vorsichtige Zusage, mit entsprechenden Verhandlungen auf „offener und ehrlicher“ Grundlage zu beginnen.

Nun beabsichtigte jedoch das EKKI in einem von Béla Kun eingebrachten Entwurf, diesen Vorschlag als „Nichtangriffspakt mit dem Klassenfeind“ strikt abzulehnen. Nur infolge einer Besprechung mit Stalin wurde die Antwort etwas abgemildert, doch überwogen in der Sitzung des Präsidiums des EKKI am 28. Februar die Stimmen von Dmitri Manuil'skij und Andre Marty, die mit Massenkämpfen in Deutschland, ja mit dem „katastrophalen Sturz“ der SPD rechneten und weiterhin zum Hauptschlag gegen sie und die Sozialistische Internationale aufriefen (Dok. 310). Derweil orientierte das Politsekretariat des EKKI die Kommunistischen Parteien Spaniens und Bulgariens auf entscheidende revolutionäre Umwälzungen. Die KPD wurde instruiert, die Parole „Sowjetdeutschland“ weiter aufrecht zu halten.

Als Fanal der bedrohlichen Gefahr stand jedoch bereits in der Nacht zuvor das Berliner Reichstagsgebäude in Flammen. Hitler, Goebbels und Göring erschienen vor Ort und erklärten sofort die Kommunisten zu den Brandstiftern. Es folgten Massenverhaftungen und Schlägereien. Eine Woche später, am 5. März, fanden im durch die Nationalsozialisten aufgewühlten Deutschland allgemeine Reichstagswahlen statt. Nur an diesem Tag und nur in der kommunistischen Presse wurde der Aufruf des EKKI zur Herstellung der Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur veröffent-

licht.[123] Die Kommunistischen Parteien aller Länder wurden aufgefordert, mit den Sozialdemokraten auf der Ebene der einzelnen Parteien konkrete Vereinbarungen zu schließen (Dok. 311).

Trotz des begonnenen braunen Terrors vereinigte die KPD bei den Reichstagswahlen über 4,8 Millionen Stimmen auf sich und erwarb 81 Mandate. Die SPD behielt fast alle sieben Millionen Wähler sowie den Großteil ihrer Reichstagsfraktion. Gesetzeswidrig wurden jedoch die kommunistischen Mandate vollständig annulliert, wodurch die Nationalsozialisten eine Zweidrittelmehrheit erreichten. Die Notverordnung verlieh Reichskanzler Hitler außerordentliche Befugnisse. Nun folgten Presseverbote, die Auflösung der freien und daraufhin der übrigen Gewerkschaften, dann das Verbot der SPD und aller anderen demokratischen Parteien. Wage Hoffnungen, dass die Hitler-Diktatur sich nicht halten werde, verblassten schnell, die Nationalsozialisten hatten freie Hand zur Umsetzung ihrer weitgehenden diktatorischen und aggressiven Absichten.

Die nun plausibel gewordene Idee eines „Nichtangriffspaktes" zwischen Zweiter und der Dritten Internationale konnte das in langen Jahren angesammelte gegenseitige Misstrauen nicht sofort überwinden[124] (Dok. 316, 317, 319, 322). Erst im Sommer 1933 gelang es, einen europäischen Kongress gegen Faschismus und Krieg in Paris zu starten. Die sog. „Pleyel"-Bewegung, von Henri Barbusse und anderen Intellektuellen initiiert und angeleitet, gründete daraufhin mit der Amsterdamer Antikriegsbewegung ein *Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus*. Dies waren jedoch nur vage Anfangsschritte zur Annäherung und Sammlung der internationalen demokratischen Kräfte.

Die Nationalsozialisten, von ihren Erfolgen berauscht, planten nun durch einen gerichtlichen „Reichstagsbrandprozess" in Leipzig die bei einer polizeilichen Razzia in Arrest genommenen drei bulgarischen Kommunisten, neben Georgi Dimitrov Vasil Tanev und Blagoj Popov, als Brandstifter zu überführen. Die passive Haltung des KPD-Fraktionsführers Ernst Torgler erschwerte zwar die Verteidigung, die mutige Haltung und das Geschick des EKKI-Mitglieds Dimitrov ließ die Pläne der Nazis jedoch scheitern. In einem harten persönlichen Duell mit dem Reichsgericht, dann auch in direkter Konfrontation mit Göring und Goebbels, hatte der in Handschellen gefesselte Inhaftierte alle Nazilügen von der kommunistischen Schuld zerschlagen und damit den „Teufelskreis" gesprengt.

Die wieder aufgenommene massive internationale antifaschistische Kampagne, Initiativen und Veranstaltungen in zahlreichen Ländern und die von Willi Münzenberg und Genossen herausgegebenen kämpferischen und gut dokumentierten Schriften – das *„Braunbuch über Reichtagsbrand und Hitler-Terror"* (Basel, 1933) und danach *„Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Braunbuch II"*

123 An die Arbeiter aller Länder. In: L'Humanité, 5.3.1933; Pravda, 6.3.1933; Daily Worker, 6.3.1933; Rundschau, 11.3.1933. In deutscher Sprache in Weber: Die Kommunistische Internationale. S. 266–269.
124 Siehe hierzu Kirill K. Širinja: Komintern v 1933 godu. Moskva: Ekslibris-Press 2008.

(Paris, 1934) – riefen eine allgemeine Aufrüttelung der demokratischen Öffentlichkeit hervor. Dazu kam der juristische „Gegenprozess" in London, an dem bekannte bürgerliche Juristen, mit Denis Pritt an der Spitze, teilnahmen. All das bewegte die Nationalsozialisten zum Rückzug. Das Gericht musste die beschuldigten Kommunisten freisprechen und Göring willigte sogar ein, die drei Bulgaren nach Moskau ausfliegen zu lassen.[125]

Die Parole „Freiheit für Ernst Thälmann und die anderen Häftlinge des Naziregimes!" (Dok. 305, 326) wurde zur Kampflosung der sich mühsam und opferreich im Untergrund sammelnden deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Ihren Kern bildeten anfangs die am meisten verfolgten Kommunisten. Mit dem weiteren Anwachsen des nationalsozialistischen Terrors verbreiterte sich ihre Basis in der Arbeiterschaft und erfasste allmählich auch andere, religiöse und gar konservative Kreise und Volksschichten.[126] Erst erheblich verspätet, Ende 1933, erkannte das XIII. Plenum des EKKI die immense Gefahr des Faschismus deutlicher als vorher. Die prägnante Formel, der Faschismus sei die *„offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"* wurde Dimitrov oder Stalin zugeschrieben, sie war jedoch üblicherweise ein Ergebnis kollektiver Arbeit.[127] Wie jede prägnante Kurzfassung war die Formel zu eng und musste, um gegensätzliche Facetten dieser komplizierten Erscheinung erfassen zu können, später intensiv weiterentwickelt werden. Die Hauptmängel der ersten Beurteilung bestanden einerseits darin, dass man immer noch mit einem raschen Heranreifen der proletarischen Weltrevolution, ja zunächst mit der Revolution in Deutschland, rechnete. Zudem enthielten die vom EKKI-Plenum angenommenen „Thesen über den Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Parteien" in ihrem Schlussteil jedoch immer noch die Formel: „Für den revolutionären Ausgang aus der Krise – für die Sowjetmacht!"[128] Andererseits wurde auch weiterhin der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie gerichtet, obwohl diese nach dem Zusammenbruch ihrer gesamten Organisation nicht mehr eine Staatspartei war, sondern zu einem vom NS-Regime verfolgten Opfer wurde. Sie hätte so schon eine natürliche Bundesgenossin der Kommunistischen Partei darstellen können, doch in den beiden Arbeiterparteien

---

125 Vgl. Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit. Rastatt/Baden: Grote 1962; Hans Mommsen: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. München 12 (1964). S. 351–413.

126 Siehe hierzu Lev I. Gincburg, Jakov S. Drabkin: Nemeckie antifašisty v bor'be protiv gitlerovskoj diktatury. 1933–1945. Moskva: Akademia Nauk 1961 (Akad. nauk SSSR. Naučno-populjarnaja serija).

127 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: Ders.: Ausgewählte Schriften in drei Bänden. Vol. II. Berlin (Ost): Dietz 1958. S. 523–625.

128 XIII. plenum IKKI. Fasizm, opasnost' vojny i zadači kommustičeskich partij. Tezisy, prinjatye XIII. plenumom IKKI po dokladu t. Kuusinena. Leningrad: Lenpartizdat 1934; XIII plenum IKKI. Stenografičeskij otčet. Moskva: Partizdat 1934; N. P. Komolova, V. V. Dam'e, Korčagina, Širinja (Hrsg.): Komintern protiv fasizma. Dokumenty. Moskva: Nauka 1999. S. 309–320.

blieben die stärksten Hindernisse für jegliche Zusammenarbeit erhalten, die vom gegenseitigen Misstrauen immer wieder neu gespeist wurden. Ob und wann dieses Übel überwunden werden könnte? – Dies war und blieb die zentrale Frage.

Der auf dem XIII. EKKI-Plenum anfänglich erörterte Gedanke, dass der Kampf gegen den Faschismus einen allgemein-demokratischen Sinn habe und nicht auf direktem Wege zur sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats führe, wurde seinerzeit nicht weiterentwickelt. Im Referat von Kuusinen hieß es, wie bereits früher, dass in Deutschland und anderen Ländern „die revolutionäre Krise schnell heranreift", die Grundstützen des Kapitalismus bereits im Prozess des Wegbrechens begriffen seien und ein neuer Bankrott der SPD (die auch unter der NS-Diktatur fälschlicherweise als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" charakterisiert wurde) unmittelbar bevorstehe. Allerdings wurden während der Diskussion in der Politkommission des EKKI von Togliatti und Gallacher auch abweichende Meinungen vertreten, entscheidend war jedoch, dass der unerschütterliche revolutionäre Optimismus aller Beteiligten die Oberhand behielt.

Noch folgenschwerer als die laue Stimmung der EKKI-Mitglieder war, dass Stalin in seinem Bericht vor dem XVII. Parteitag der VKP(B) im Januar 1934 – ausgerechnet am Vorabend des Jahrestages von Hitlers Machtergreifung – strikt behauptete: „Die Volksmassen sind noch nicht dahin gelangt zum Sturm auf den Kapitalismus überzugehen, es kann aber wohl kaum daran gezweifelt werden, daß die Idee des Sturmes im Bewußtsein der Massen heranreift (...). In diesem Zusammenhang darf man den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis der Verrätereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muss ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten".[129]

Heute kann man sich nur wundern, dass derart illusorische, grundfalsche Vorstellungen jahrzehntelang von zahlreichen Historikern und Politikern als Muster politischer und staatlicher Weisheit galten. „*Die Idee des Sturmes*" reifte damals schon lange nicht mehr im Massenbewusstsein europäischer, namentlich deutscher Arbeiter.

Die neue Strategie und der Stalinismus

Der Beginn einer realen Wende in der Komintern-Politik wird in der Geschichtsschreibung oft mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses im Jahre 1935 verbunden. Dieser Umschwung bedurfte jedoch geraumer Zeit und Mühe sowie Anstrengungen zur vorherigen Überwindung zahlreicher Stereotypen, die in beiden Teilen der gespaltenen Arbeiterbewegung und namentlich in ihren Führungen dominierten. Der nach Prag

129 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B). 26.1.1934. In: Ders.: Werke. Bd. XIII. Berlin (Ost): Dietz 1955. S. 252–336, hier: S. 261.

verlegte SPD-Vorstand schrieb seinen Anhängern eine abwartende Haltung vor und lehnte jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten weiterhin ab.

Von besonderer Bedeutung war in dieser Situation die Rolle Georgi Dimitrovs, des „Helden von Leipzig", als den ihn die demokratische und liberale Presse in zahlreichen Ländern zurecht anerkannte. In seiner Schlussrede im Reichstagsbrandprozess hatte er es gewagt, den Dreh- und Angelpunkt der kommunistischen Politik drastisch so zu formulieren: „*Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer!* – das sind Alpha und Omega kommunistischer Taktik."[130] Im April 1934 wurde er zum Mitglied des Politsekretariats, im Mai begann er seine Tätigkeit im Präsidium des EKKI. Dabei soll nicht vergessen werden, dass in der Komintern zu dieser Zeit keine wichtige Entscheidung ohne die persönliche Beteiligung Stalins angenommen werden konnte. Seine Handlungsmotivationen sind bis heute insgesamt noch nicht vollständig geklärt, doch die nun den Historikern zugänglichen Dokumente aus den streng geheimen Archiven machen es möglich, ein weitgehend realistisches Bild der damaligen Geschehnisse nachzuzeichnen.

Bereits bei seinem ersten persönlichen Treffen mit Stalin am 7. April 1934 berichtete Dimitrov von seinen Gedanken und Überlegungen im Leipziger Gefängnis. Ihn hatte damals schon die Frage gequält, warum Millionen Arbeiter bei der Sozialdemokratie blieben oder – wie in Deutschland – „sogar zu Nationalsozialisten gehen".[131] Stalin gab zwar zu, dass daran die falsche Haltung der Kommunisten gegenüber den europäischen Arbeitern schuld sei, er erwiderte jedoch, dass die Hauptgründe in den „historische[n] Verbindungen der europäischen Massen mit der bürgerlichen Demokratie" zu suchen seien. Daraus erkläre sich auch das Interesse der Arbeiter an der Kolonialpolitik. Stalin war sehr offen, als er in zynischer Weise äußerte, dass die Massen eine „Herdenpsychologie" besitzen würden und an ihre Führer gebunden seien.[132]

Auf diese Weise entwickelte sich in Gesprächen, sodann auch in Briefwechseln, ein vortastender Gedankenaustausch, der schrittweise zu einer Annäherung der Standpunkte in Fragen der Politik und Organisation führte. Dies war für die weitere Tätigkeit der Komintern von entscheidender Bedeutung. Vorgreifend sollte dazu bemerkt werden, dass der heutige Leser – vor allem auf der Grundlage des von Dimitrov skrupulös geführten Tagebuches – die Möglichkeit besitzt, mitzuverfolgen, wie es der mutige und kluge Kämpfer gegen die NS-Führer immer weniger verstand, dem Banne der Persönlichkeit und der Ansichten Stalins zu widerstehen.

Am 28. Mai stimmte das Präsidium des EKKI über die Tagesordnung des kommenden VII. Weltkongresses ab, ohne jedoch das Datum festzulegen. Seit dem vorigen

130 Jakov S. Drabkin: Istoričeskij put' Kommunističeskoj partii Germanii. Moskva: Izd. „Znanie" 1968. S. 42.
131 Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943. Vol. I. Berlin: Aufbau 2000. S. 98.
132 Bayerlein [u. a.], Georgi Dimitroff, S. 98.

Kongress, auf dem das Programm der Komintern angenommen worden war, waren fast sechs Jahre verstrichen. In der Zwischenzeit hatte sich nicht nur die Weltlage, sondern auch in der Komintern und ihren Parteien vieles verändert, in Teilen auch die personelle Zusammensetzung der EKKI-Führung. Der Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit sollte von Wilhelm Pieck abgegeben werden. Das Hauptreferat „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus" sollte Dimitrov übernehmen.[133] Über die Vorbereitung eines imperialistischen Weltkrieges sollte Palmiro Togliatti („Ercoli") sprechen und über die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion Dmitri Manuil'skij.

Leiter der Kommission zur Vorbereitung des Rechenschaftsberichts war Otto Kuusinen. In ihrer ersten Sitzung am 14. Juni 1934 gab Manuil'skij zu, dass er, wie auch andere Mitglieder, die Hauptaufgaben des Kongresses noch nicht voll erfasst und überlegt habe. Nach bisher einstudierter Art erinnerte er daran, dass sich „der zweite Zyklus der Kriege und Revolutionen" zwar fortsetze, er stellte jedoch fest, dass die Massenbewegung nicht von Kommunisten, sondern immer öfter von Faschisten angeführt würde. Die Parolen der Kommunisten seien zu abstrakt formuliert und die Bekämpfung des Faschismus gewinne dabei zunehmend an Bedeutung. Man müsse die Perspektive konkreter bestimmen: unmittelbar stehe nicht die proletarische Diktatur und auch nicht der Sozialismus bevor. Zunächst bestehe die Aufgabe darin, die Massen an den Kampf für diese Ziele heranzuführen. Ein solches Übergangsprogramm könne jedoch nur auf einer antifaschistischen Grundlage erstellt werden.[134] Die Auffassungen der Anwesenden unterschieden sich in der Frage, ob die wachsende Faschismusgefahr oder das Verhältnis der Kommunisten zur Sozialdemokratie der Ausgangspunkt sein müsse. Dies war ein Zeichen für den Beginn einer ernsthaften Neubewertung der Situation. Dabei hob Manuil'skij hervor, dass die bürgerliche Demokratie nicht mehr mit dem Faschismus auf eine Stufe gestellt werden könne (Dok. 347). Dimitrov seinerseits erklärte, dass demokratische Forderungen keinesfalls obsolet geworden seien. Im Gegenteil wachse ihre Bedeutung angesichts des Vormarsches des Faschismus weiter. Gleichwohl blieben zahlreiche der geläufigen kommunistischen Dogmen immer noch gültig.

Besonders wichtig für die Klärung der Meinungsverschiedenheiten war ein Brief Dimitrovs an Stalin vom 1. Juli 1934, eigentlich der Rohentwurf seines bei der Vorbereitungskommission des Weltkongresses eingereichten Referats. Drei Punkte wurden vom Referenten besonders hervorgehoben: die Stellung zur Sozialdemokratie, die Einheitsfrontfrage und die Führung der Komintern. Dimitrov stellte die Kennzeichnung der Sozialdemokratie als Träger des „Sozialfaschismus", als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sowie als politischen Hauptgegner der Kommunisten infrage.

---

133 Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.
134 RGASPI, Moskau, 494/1/1, 5ff.; Damje, Komolova, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fašizma, S. 321–325.

Er hielt auch die Einschätzung aller Sozialdemokraten wie auch der Funktionäre der freien Gewerkschaften als „bewusste Verräter der Arbeiterklasse“ für verfehlt, obgleich letztere ihrerseits die Kommunistenführer nie anders benannten. Er hielt es weiterhin für erforderlich, die Taktik der Einheitsfront radikal zu ändern: Anstatt die Taktik der Einheitsfront als Manöver zur Entlarvung der Sozialdemokratie zu handhaben, müsse man sie „in einen effektiven Faktor der Entfaltung des Massenkampfes gegen den Vormarsch des Faschismus verwandeln.“[135]

Der Redner wollte in seinen Vortrag umfassend definierte Charakteristiken des Faschismus, der früheren und der gegenwärtigen Lage der Werktätigen sowie der internationalen Auswirkungen der Hitler-Diktatur einflechten. Die Arbeitereinheitsfront solle ein probates Mittel zur Bekämpfung des Faschismus in aller Welt werden. Schließlich formulierte er ebenfalls eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsmethoden innerhalb der Kominternführung.

Dabei war es für Dimitrov augenscheinlich, dass es weiterhin „nicht möglich“ sei, „von Moskau aus die 65 Sektionen [der Komintern] einfach zu dirigieren.“[136] Allerdings war er der Auffassung, dass eine enge Verbindung des EKKI mit dem Politbüro des ZK der VKP(B) besonders wichtig sei. Hierzu hatte er persönlich an Stalin geschrieben, der in allgemeiner Form die Reorganisation der Kominternarbeit begrüßte (Dok. 355).

Die Vorbereitung des Kongresses ging indes nur langsam und mühsam vonstatten.[137] Der Thesenentwurf von Kuusinen zur Weltlage war bedeutend vorsichtiger formuliert als die Vorschläge Dimitrovs und löste dennoch scharfe Kritik im EKKI aus. Der „immerlinke“ Béla Kun drängte in der Kommission auf eine Hervorhebung der Revolutionsaussichten (Dok. 350). Bronislaw Bortnowski wies in starken Worten auf die besondere Verschärfung des Klassenkampfs und das Heranreifen der Revolutionskrise hin. Wilhelm Knorin lehnte alle Wortmeldungen ab, nach denen die bisherige Taktik „linkslastig“ gewesen sei (Dok. 353). Die Initiative des Generalsekretärs der KP Frankreichs, Maurice Thorez, zur Gründung einer breiten *Volksfront*, die außer der Arbeiterschaft auch die kleinbürgerlichen Elemente in den antifaschistischen Kampf miteinbeziehen sollte, wurde zunächst sogar diffamiert. Am 15. Oktober 1934 instruierte die Politkommision des EKKI die Parteien, ihre Aufgaben vom Blickwinkel der „breitesten antifaschistischen Front der werktätigen Massen“ aus festzulegen. Am selben Tag erfolgte in einem Brief an das ZK der KPF der Vorschlag, die Initiative zur

---

135 Pismo G. Dimitrova I. Stalinu, 1.7.1934. In: Voprosi istorii KPSS 7 (1965). S. 33–35; Ebenfalls in Damje, Komolova, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fasizma, S. 326–329.

136 Das Original des Briefes von Dimitrov mit den Randbemerkungen Stalins wurde im Zentralarchiv der Bulgarischen Arbeiterpartei in Sofia aufbewahrt (Fond 146, Op. 6. A.E. 754, L. 1ff.). Auch in: RGASPI, Moskau, 495/ 73/1, 1ff.). Es ging 1990 wie die Tagebücher Dimitrovs in den Bestand des Bulgarischen Nationalarchivs über.

137 Siehe hierzu Boris M. Lejbzon, Kirill K. Širinja: Povorot v politike Kominterna. Moskva: Mysl’ 1965. Das Buch stellte eine erste Forschungsarbeit in der sowjetischen und internationalen Literatur zu dieser Problematik dar (2. Aufl. 1975).

Gründung eines „Arbeiter- und Bauernblocks" zu unterstützen.[138] Allerdings wurde erst im Dezember, nach einem Referat von Thorez, die Volksfrontpolitik seitens des EKKI-Präsidiums klar und deutlich gebilligt.

Neu zugänglich gemachte Archivquellen zeigen, dass die im EKKI und in zahlreichen Parteien demokratisch geführten Diskussionen viel lebhafter und heftiger waren als bisher angenommen. Selbst Manuil'skij geriet dabei manches Mal ins Schwanken und sprach von den Gefahren der Einheitsfront und in einem positiven Sinn vom Drang der Kommunisten zur „Monopolherrschaft" in der Arbeiterbewegung, dabei jede Milderung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie verneinend.[139] Andererseits brachte Togliatti eine Reihe konstruktiver Vorschläge über die Einschätzung der Kriegsgefahr und die Funktion politischer Forderungen nach demokratischen Freiheiten ein.[140]

* * *

Insgesamt dauerten die Vorbereitungen des VII. Weltkongresses der Komintern mehr als ein Jahr. Am 25. Juli 1935 wurde der Kongress schließlich in Moskau feierlich eröffnet und tagte fast einen Monat lang. Das Politbüro des ZK der VKP(b), das jährlich ein Millionenbudget des EKKI bestätigt hatte, veranschlagte für seine Durchführung zusätzlich 2,8 Millionen Rubel. Die Hauptreferate und Beschlüsse wurden sofort als Broschüren veröffentlicht, der vorbereitete stenographische Gesamtbericht wurde ohne jede Erklärung nicht veröffentlicht.

Ohne in die Einzelheiten zu gehen, sollte vor allem festgehalten werden, dass der Kongress, anstelle des traditionellen Aufrufs zur proletarischen *Weltrevolution*, andere, nicht so weit gehende Parolen und Forderungen vordergründig behandelte, wie den Kampf gegen Faschismus und für Demokratie, Arbeitereinheitsfront, antifaschistische Volksfront und antiimperialistische Front in den unterdrückten Ländern. Auf dem Weg zur Überwindung der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung gingen die Beschlüsse über den Kurs Lenins der 1920er Jahre bedeutend hinaus. Einige diesbezügliche Sperren wurden beseitigt. So zum Beispiel wurde nun die Zusammenarbeit bzw. Vereinigungen der beiden Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern für diskutabel gehalten. Dagegen wurden die „Rote Gewerkschafts-Internationale („Profintern") und die Bauerninternationale („Krestintern") als auf Aufspaltung ausgerichtete Organisationen bald aufgelöst.

Auf dem Kongress sagte Stalin kein öffentliches Wort, hinter den Kulissen entschied er jedoch jeden wichtigen Schritt und brachte Korrekturen zu den Berichten und Resolutionen ein. Angeblich „bescheiden", doch auf lange Sicht zielbewusst, ließ

138 RGASPI, Moskau, 495/3/423, S. 130ff.; Komolova, Dam'e, Korčagina, Širinja (Hrsg.), Komintern protiv fašizma, S. 383–385.
139 RGASPI, Moskau, 495/2/106, 82ff.
140 RGASPI, Moskau, 495/4/347, 273ff.

er in den Kongressbeschlüssen zu den Referaten von Pieck und Dimitrov den Begriff „revolutionäre Krise“ durch „politische Krise“ ersetzen. Bei alledem überließ Stalin die generelle politische Führung der Komintern nicht, wie es manchen schien, Dimitrov allein. Letzterer wurde zwar am 10. August 1935 durch einen Politbüro-Beschluss der VKP(b) zum Generalsekretär des EKKI bestimmt, doch Stalin ließ sich bei dieser Gelegenheit selbst in das Präsidium des EKKI wählen und auch die leitenden Funktionäre des NKWD – Nikolaj Ežov und Meer Trilisser – als Mitglieder einführen.

Heute trennen uns mehr als sechs Jahrzehnte von diesem letzten Weltkongress der Komintern und zwei Jahrzehnte vom Zusammenbruch des sog. „sozialistischen Weltsystems“. Es ist nicht nur dringlich und wichtig, sondern vermutlich auch möglich geworden, eine sichere, dokumentengestützte Antwort auf die Frage zu geben, ob der Kongress eine wirkliche historische Wende in der internationalen kommunistischen Bewegung darstellte. Bekanntlich erkannte Friedrich Adler, der historische Leitungsfigur der Sozialistischen Internationale war, seinerzeit in den Beschlüssen über die „Einheitsfront neuen Typs“ keine prinzipielle Annäherung an die „Demokratie in den kapitalistischen Ländern“, sondern nur den Zugang zu einer elastischeren Taktik der Kommunisten.[141] Gleichwohl entsprach die neue Orientierung der Kommunisten einer *strategischen Kurswende*, die der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung neue Möglichkeiten eröffnen konnte. Doch die Kongressbeschlüsse wurden nur selten und nirgendwo vollständig verwirklicht. Das Haupthindernis bestand zu dieser Zeit bereits im kontinuierlich erstarkten Terrorregime des Stalinismus.

Noch vor dem Weltkongress, unmittelbar nach der Ermordung von Sergej Kirov, des zweiten Manns im sowjetischen Politbüro, Ende 1934, wurden verstärkte Terrormaßnahmen eingeleitet. Manches bleibt immer noch ungeklärt. So gibt es Zeitzeugenaussagen, nach denen Stalin und Kirov lange Jahre nicht nur beste Freundschaft und Zuneigung, sondern auch Hass vereinte. Kirov hatte zur Aufrichtung des Stalin-Nimbus erheblich beigetragen. Andererseits wurde bekannt, dass einige Monate vor der Tragödie auf dem XVII. Parteitag anlässlich der Wahlen zum Zentralkomitee Kirov zwei Stimmen mehr erhalten hatte als Stalin (eine „quantité négligeable“). Im Tagebuch der Maria Svanidze, die der Stalin am nächsten verwandten Familie angehörte und in ihn verliebt war, kann man nachlesen, dass Iosif vom Tod Kirovs tief betroffen war („fühle mich völlig zum Waisen gemacht“).[142] Einige Seiten weiter berichtet sie, wie in dieser Familie die Wut gegen Trotzkisten und andere „Volksfeinde“, „Verräter“ u. a. m. entbrannte und sie verhetzte.[143] Trotzdem wurden fast ausnahmslos alle

141 Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. II. Berlin/Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1978 (Internationale Bibliothek). S. 502.

142 Dnevnik Marii Anisimovny Svanidze. In: Iu. G. Murin (Hrsg.): Iosif Stalin v ob’jatijach semji. Iz lichnogo archiva. Moskva: Rodinu 1993. S. 177.

143 Murin, Iosif Stalin, S. 163ff.

Mitglieder der großen und weitverzweigten Familie Svanidze in den nächsten Jahren verleumdet und hingerichtet.[144]

Allerdings ist unstrittig, dass Stalin die Ermordung Kirovs ausnutzte, um all seinen Gegnern mit Gewaltmaßnahmen zu begegnen. In ihrer unmittelbaren Folge wurden die härtesten Repressalien gegen die angeblich hinter dem Attentat stehende „trotzkistisch-sinowjewsche Opposition" eingeleitet.

Eigentlich waren staatsterroristische Aktionen, wie bereits mehrmals an anderer Stelle geschildert, authentische Zeichen der seit der Revolution und dem Bürgerkrieg im Lande nicht zum Stillstand gekommenen Klassenkämpfe sowie der erbarmungslosen Vernichtung aller Gegner. Über die lange Reihe öffentlich inszenierter gerichtlicher Schauprozesse gegen die zaristischen und bürgerlichen Klassenfeinde, dann gegen die einst verbündeten Sozialrevolutionäre und Menschewiki, gegen „bourgeoise Schädlinge" und allerhand tätige „Volksfeinde", die den sozialistischen Aufbau auf dem Lande und in der Industrie behinderten, wie über den „Schachty-Prozess" (1928) und den „Prozeß gegen eine ‚Industriepartei'" (Prompartija-Prozess) (1930) u. a. m. liegt eine umfangreiche Literatur vor[145] (vgl. Dok. 185, 374 u. a.). Hierbei handelte es sich jedoch um nichts anderes als eine legalisierte Ausrichtung von Gewalttätigkeiten seitens der Partei- und Staatsmacht. Unzählige Opfer wurden ohne jedes Gerichtsverfahren ums Leben gebracht, so bei den Zwangsdeportationen der intellektuellen Oppositionellen des Regimes in den Osten und Norden des Landes oder auch bei den Mobilisierungen (unter Einschluss von Jugendlichen) für die „Riesenbauten des Sozialismus": Kanäle, Staudämme, Bergwerke, Fabriken usw.

Derweil blieben weitere politische Verfolgungsmaßnahmen (vor allem die wachsende Ausrichtung gegen die höchsten Parteikader) nicht nur eine „innere Angelegenheit" der Sowjetbürger, sondern griffen immer stärker auch auf die nichtrussischen Mitarbeiter der Komintern und in den „Bruderparteien" über (Dok. 383, 386–393, 399, 401, 405, 414, 418, 428, 430).[146] In der zunehmenden Welle des „*Großen Terrors*" und beim Ausbau des „Gulag-Systems" wurden rohe Gewalt und Einschüchterung breitester Volksmassen eng und untrennbar mit brutaler Demagogie verknüpft.

Insgesamt wurde seit Mitte der dreißiger Jahre etwas weniger als zuvor von der proletarischen Diktatur gesprochen und sich dafür stärker der sog „*sozialistischen Demokratie*" zugewandt, die der „*bürgerlichen Demokratie*" angeblich meilenweit überlegen war. Ende 1936 erfolgte die feierliche Annahme der neuen, „Stalinschen" Staatsverfassung der UdSSR, die übrigens von Bucharin und Radek, kurz bevor sie erschossen bzw. verhaftet wurden, noch mitverfasst wurde. Dem Volk und der ganzen

144 Murin, Iosif Stalin, S. 195f.

145 Zur Kritik des sowjetischen Botschafters am Šachty-Prozess siehe Bernhard H. Bayerlein: Nikolaj Krestinskij, der Sachty-Prozeß und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2003). S. 176–189. Zum Verhältnis von Terror und Utopie siehe Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937. München: Hanser 2008.

146 Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalinscher Terror. Eine Forschungsbilanz. Berlin: BasisDruck 2002.

Welt sollte diese Verfassung das Wunder des „*siegreichen Sozialismus*", des Gemeineigentums an Produktionsmitteln, der Industrialisierung und Kollektivierung, kostenloser Bildungsstätten auf allen Ebenen, der Gesundheitsfürsorge und der alles krönenden „*sozialistischen Demokratie*" aufzeigen (Dok. 395) – als Gegenstück zu der nur formellen „*bürgerlichen Demokratie*". Dies fand Ausdruck in der Einführung allgemeiner Wahlen mit geheimer Abstimmung auf allen Ebenen der Staats- und Selbstverwaltung der Gemeinden. Der Weg dorthin war durch die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse" und aller anderen „nichtwerktätigen Elemente" vorbereitet. Die volle Erhaltung des Einparteiensystems, der Zensur des geschriebenen Wortes und der Presse waren bestimmende Merkmale der offiziell begründeten „Diktatur der Arbeiterklasse". Dem folgte in der Verfassung die pathetische Deklaration von bestens abgesicherten Grundrechten und -pflichten als erhabene und erkämpfte Freiheiten für alle sowjetischen Staatsbürger.[147]

Dieses mächtige Reklameschild sollte vor allem die Zwangsarbeit und das Massenelend des Volks vor der Innen- und insbesondere der Außenwelt verdecken. Dieses Schild war indes mehrdeutig und beinhaltete gegensätzliche Tendenzen. Trotz der absoluten Unvergleichbarkeit gab es eine gewisse, durchaus teuflische Ähnlichkeit mit der Rolle der viel später errichteten Berliner Mauer. Seine Wirkung war doppelseitig: es sollte zugleich aussondern und schmücken. Die erste internationale Auswirkung bestand darin, dass der Stoff für enthusiastische Aussagen bekannter westlicher demokratischer Künstler geliefert wurde – von Henri Barbusse und Romain Rolland bis Lion Feuchtwanger (Dok. 397, 403), Emil Ludwig, Heinrich und Thomas Mann u. v. a.. Auch Wissenschaftler und Humanisten vom Schlage Albert Einsteins und Albert Schweitzers wurden gewissermaßen unsicher in ihren Einschätzungen. Dabei standen im Hintergrund von Sympathie und Zustimmung zumeist Erwägungen außenpolitischen Charakters: in Stalins Figur eines mächtigen und erfahrenen Staatsmanns wünschte man sich einen Gegenspieler zu Hitler sehen zu wollen. So oder auch anders motiviert, erwuchsen daraus die konstruktiven Bestandteile eines weiter anwachsenden Systems des Stalinschen Personenkults. Der Diktator wurde nun überall im Land millionenfach in Stein und Bronze, in Druck und Bild präsentiert und bejubelt. Als geliebter „Führer" aller Völker und Staaten trat er immer mehr als Anhänger des „Sozialismus in einem Lande", weniger als „Weltrevolutionär" auf.

Vom Standpunkt der Wandlung dieser Revolutionsidee ausgehend, war das Interview Stalins mit dem amerikanischen Journalisten Roy Howard im März 1936 bemerkenswert. Auf die direkt gestellte Frage, ob die Sowjetunion sich nun von ihren Plänen der Weltrevolution distanziert habe, antwortete Stalin ohne seine Augen abzuwenden: „Solche Pläne und Absichten hatten wir nie".

– *Howard:* Sie verstehen aber, Herr Stalin, dass fast die ganze Welt lange Zeit eine andere Vorstellung hatte.

– *Stalin:* Das war die Folge eines Missverständnisses.

---

147 Maria P. Kareva: Die Verfassung der UdSSR. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1950.

– *Howard:* Eines tragischen Missverständnisses?

– *Stalin:* Nein, eines komischen oder vielleicht eines tragikomischen (...) Revolutionsexport ist ein Unsinn. Jedes Land, wenn es das will, erzeugt seine Revolution selbst, wenn es aber nicht will, dann wird es keine Revolution geben.[148]

Einer der Vordenker der Weltrevolution, Lev Trotzki, der buchstäblich bis zu seinem letzten Atemzug dieser Idee treu geblieben war, vermerkte in seinem Kommentar, dass der Interviewer, der jedoch an gewisse Grenzen seiner legitimen Wissbegierde gestoßen sei, Stalin noch hätte fragen können, wozu denn in diesem Fall die Internationale dann noch existiere. Und Trotzki weiter: „Stalin würde auf seinen Gesprächspartner einen überzeugenderen Eindruck gemacht haben, hätte er, statt die Vergangenheit zu verleumden, die Politik des Thermidor offen der Politik des Oktober gegenübergestellt. (...) ‚Ihr tragikkomisches Mißverständnis', so hätte Stalin enden können, ‚besteht darin, dass Sie uns für die Fortsetzer des Bolschewismus halten, während wir doch seine Totengräber sind'."[149]

Als Spitze des Stalinschen Staatsterrorismus bezeichnet man meistens das Jahr 1937. Kurz vor dem Jahresende, am 10. Dezember schrieb das ehemalige Mitglied des Leninschen Politbüro Nikolaj Bucharin aus der Zelle im Lubjanka-Gefängnis, wo er schon Monate verbrachte, einen Privatbrief an Stalin: „Koba, wozu brauchst Du meinen Tod? (...) Am Rande des Abgrunds stehend, von dem es kein Zurück gibt, gebe ich dir mein allerletztes Ehrenwort, dass ich die Verbrechen, die ich während der Untersuchung zugegeben habe, nicht begangen habe...".[150] Am 13. März 1938 wurde er auf dem größten Schauprozess mit mehreren anderen ehemaligen Prominenten der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Abend erschossen. Der Alleinherrschaft Stalins stand nichts mehr im Wege.

Anwachsende Kriegsgefahr

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war die antifaschistische Aktivität der Komintern und ihrer Parteien bedeutend angewachsen. Ihre Tätigkeit stand in voller Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Wirken der sowjetischen Regierung, insoweit diese sich in der immer komplizierter werdenden internationalen Situation auf die Erhaltung des Friedens konzentrierte. Das war umso wichtiger, dass die meisten weltpolitischen Faktoren immer mehr in Richtung steigender Kriegsgefahr wirkten.

Die Wunden des Ersten Weltkriegs waren noch lange nicht geheilt, als der Imperialismus seine wachsende Neigung zur neuen militärischen Kraftprobe offenbarte.

148 Pravda, 5.3.1936.
149 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie? (1936). Vorwort von Jean-Jacques Marie. Dortmund: Dröge 1979. S. 199.
150 Zit. nach Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus. Hrsg. v. Helmut Ettinger. 3 vols., hier: Vol. II. Berlin: Dietz 199. S. 61.

NS-Deutschland hatte die allgemeine Wehrpflicht sowie den jugendlichen Arbeitsdienst eingeführt und in den Nürnberger Gesetzen den Rassismus an die Banner geschrieben. Eine offene Remilitarisierung des Landes schritt schnell voran, verbunden mit der Rückkehr der besetzten Rheinlandgebiete ins „Dritte Reich". Europa stand am Abgrund eines neuen, Zweiten Weltkriegs, der noch grenzenloser als der Erste sein sollte.[151] Der zunehmenden Aggressivität der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands und faschistischen Italiens schloss sich die des imperialistischen Japans an. Sie näherten sich einander auch auf diplomatischer Ebene durch den Abschluss eines Dreierpakts. Die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erstreckte sich auf alle Kontinente und trat immer offener dem Versailles-Washingtoner System und den es tragenden „alten" Großmächten direkt entgegen. Jedoch blieb die politische Gegenwehr der demokratischen Staaten mehr auf die Suche defensiver, diplomatischer Kombinationen und Kompromisse konzentriert und auf die Kanalisierung der Aggression in Richtung der Sowjetunion gerichtet.

Die Grundinteressen der UdSSR lagen nach jahrelangem Bürgerkrieg, der imperialistischen Blockade und militärischen Invasionen auf der Ebene wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Aufrichtung, auf dem inneren Aufbau sowie auf der Modernisierung und Mobilisierung des eigenen Landes. Ihre Außenpolitik war auf Erhaltung und Stärkung des in der kapitalistischen Umkreisung entstandenen, immer noch nicht ausgewogenen neuen sozial-ökonomischen und politischen Systems gerichtet. Die friedliche Koexistenz mit den Ländern anderer Ordnungen blieb dabei lebenswichtig. Nachdem die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Randstaaten mehr oder weniger geordnet waren, hatten auch die Großmächte durch diplomatische Anerkennung und Handelsverträge verschiedener Art ihre Beziehungen zur Sowjetunion einigermaßen normalisiert. Die Diplomaten aller Länder diskutierten lebhaft den mühsam erwirkten, fast gleichzeitigen Eintritt der UdSSR und Deutschlands in den Völkerbund.

Durch schlechte Erfahrungen belehrt, war die Sowjetunion um stete Wachsamkeit vor Überfällen auf ihren langen Landes- und Meeresgrenzen, im Ausbau der Roten Armee und Flotte, ihrer Rüstung und Kampfbereitschaft sehr bemüht. Den offiziell geordneten sowjetisch-deutschen Beziehungen schlossen sich dann auch die teils geheimen, teils demonstrativen Verbindungen der Reichswehr mit der Roten Armee an, deren Umfang nur viel später Gegenstand der Forschungen und Publikationen in vielen Ländern werden konnte[152]. Dem italienischen Überfall 1934 auf Abessinien folgte 1936 der militärische Putsch des Generals Franco gegen die Republik in

---

151 Kurt Pätzold, Erika Schwarz (Hrsg.): Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935. Eine nicht genutzte Chance. Mit Beiträgen von Friedrich-Martin Balzer [u. a.]. Köln: Papyrossa 2005.

152 Zu der außerhalb der Wissenschaft stehenden Publizistik gehört neben mehreren Publikationen von Victor Suvorov (Rezun) auch der Band von Jurij L. Djakov, Tat'jana S. Bušueva: Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i rejchsver. Tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty. Moskva: Sovetskaja Rossija 1992.

Spanien und ein heftiger Bürgerkrieg, der durch das bewaffnete Eingreifen Deutschlands und Italiens immens verschärft wurde. Die Kämpfe um Madrid und an mehreren Fronten sowie der erfolgreiche Vormarsch der Internationalen Brigaden schufen eine Art antifaschistischer demokratischer Front in Europa und verstärkten den politischen Einfluss der Sowjetunion wie der Komintern in der Welt.[153] Als demonstrativ-symbolisches Wahrzeichen einer direkten Gegenüberstellung der sich der Demokratie zugewandten, zum Frieden strebenden Sowjetunion und des kriegerisch gestimmten, nationalsozialistischen „Dritten Reichs“ wurden in der Pariser Weltausstellung 1936 die zwei Pavillons vorgestellt: den einen krönte die glänzende Skulptur des Arbeiters und der Bäuerin mit Hammer und Sichel, den anderen der schwarze gierige Geier.

Die Appeasementpolitik der Westmächte, ihr langes Zögern defensive militärische Vereinbarungen mit der Sowjetunion abzuschließen, ermunterte Hitler zu weiteren Aktivitäten in Europa. Das Münchner Abkommen 1938, welches der Tschechoslowakei wichtige Gebiete entriss, glich einem Zurückweichen der Demokratien vor dem frech gewordenen Aggressor. Indem sich die Atmosphäre der Kriegsgefahr in Europa immer mehr verdichtete, wurden seit Anfang 1939 auf Beschluss des Politbüros mehrere Hundert ehemalige Spanienkämpfer und ihre Kinder sowie sudetendeutsche Emigranten für mehrere Jahre in Sowjetrussland freundlich aufgenommen (Dok. 445).

* * *

Bei weitem nicht von allen sowjetischen Bürgern im Inland und noch weniger von den Menschen im Ausland wurde erkannt, dass die mehrspurige Stalinsche Politik von einer gewissen Umkehrung der offiziellen sowjetischen Ideologie und Propaganda begleitet war. Jedoch wurde der demonstrativ hochgestapelte Internationalismus zunehmend von den wieder auferstehenden Traditionen der alten russischen Großmachtideologie und des Nationalismus zurückgedrängt. Das kam besonders in dem 1938 erschienenen, von Stalin korrigierten (teilweise auch selbst verfassten) Lehrbuch der Parteigeschichte zum Ausdruck.[154] Von der Gründung und Wirkung der Komintern war dort nur vorübergehend und flüchtig die Rede. Ihr VII. und letzter Weltkongress blieb überhaupt unerwähnt.

Noch weitgehender wurde mit der Idee der Weltrevolution manipuliert. Im Gegensatz zu früheren Ansichten der Marxisten und im Widerspruch zu historischen Tatsachen wurde die sog. Leninsche „*neue*, abgeschlossene Theorie der sozialistischen Revolution“ in die „*Theorie des Sozialismus in einzeln genommenen Ländern*“ umgewandelt. Der Begriff der internationalen, der *Weltrevolution* fand hier nur im Zusam-

153 S. P. Pozarskaja, A. I. Saplin (Hrsg.): Komintern i grazdanskaja vojna v Ispanii. Dokumenty. Moskva: Nauka 2001.
154 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang [1938]. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland 1946.

menhang mit den, wie man nun behauptete, „parteifeindlichen" Ansichten einmal der „linken Kommunisten", dann der Trotzkisten Erwähnung. Die im Schlusswort des Lehrbuchs gestellte rhetorische Frage „Was lehrt uns die Geschichte der VKP(B)?" wurde in dem Sinne beantwortet, dass die Bolschewiki genötigt waren, alle kleinbürgerlichen Parteien, wie auch alle „Volksfeinde" und „Schädlinge" zu zerschlagen und zu vernichten. Obwohl alle „Lehren" solcher Art sich nur auf „sowjetische Erfahrung" stützen konnten, war das Lehrbuch in Millionenauflage in den meisten Weltsprachen erschienen und sollte als „Tresor der Weisheit" den Kommunisten aller Welt dienen.

Die systematische Verdrängung des Internationalismus durch seine Unterordnung unter die Interessen der tagtäglichen Politik des Sowjetstaates äußerte sich immer mehr auch in den gemeinsamen parteistaatlichen Beschlüssen, sei es über den Geschichtsunterricht in den Mittel- und Hochschulen oder in der Bestellung, den Fachhistorikern eilig eine dreibändige sowjetische „Diplomatie-Geschichte" zu komponieren. Der jahrelang verfolgte, als „Nicht-Marxist" abgestempelte Historiker Eugen Tarlé konnte seinen Roman „Napoléon" veröffentlichen. Die „Gedanken und Erinnerungen" Fürst Otto von Bismarcks erschienen neben den sechs Bänden der französischen liberal-bürgerlichen Historiker Lavisse und Rambaud zur Geschichte des 19. Jahrhunderts in russischer Übersetzung und sollten das sowjetische Volk über die Wichtigkeit der diplomatischen Künste belehren.

Der moralisch-psychologische Einfluss der auf solche Art vorgespielten Öffnung und Demokratisierung des sowjetischen Staatssystems spiegelte sich auch in den vielen paternalistisch geformten „Ratschlägen" wider, die Stalin persönlich den Schriftstellern und Filmregisseuren erteilte. Dabei hatten auch bestellte Kritiken, die Dichter und Musiker „belehren" sollten, nicht fehlen dürfen. Noch bevor Stalin zum „größten Feldherrn aller Zeiten und Völker" erhoben wurde, dünkte er sich selbst als einen allen Zeitgenossen überlegenen Diplomaten, Historiker, Philosophen, Ökonomen und Politiker. Stalins der Vergötterung gleichkommender Personenkult führte aber zur Entstehung großer Fehleinschätzungen, die, wie sich nachher herausstellte, durch außerordentlichen Heldenmut der sowjetischen Völker überwunden und mit blutigem Opferzoll bezahlt werden mussten.

* * *

Mitte 1939 lag die Führung der Komintern größtenteils in den Händen Stalins und des ihm hörigen Politbüro des ZK der VKP(B). Grundsätzlich stimmten beide Instanzen darin überein, dass der Hauptanstifter des nahenden Weltkriegs der Hitlerfaschismus sei. Im Rundschreiben des EKKI vom 15. Juli 1939 zum 25. Jahrestag des Ersten Weltkriegs, das an alle Kommunistischen Parteien gerichtet war, wurde zum Kampf gegen faschistische Aggressoren und englisch-französische „Kapitulanten" aufgerufen. Diesen Zeichen der Zeit folgend, zeichnete die KPD noch Anfang des Jahres im Beschluss ihrer sog. „Berner Konferenz" (sie fand in Draveil, Frankreich, statt und

wurde später als 14. Parteitag bezeichnet) den Weg zum Sturz Hitlers und zur Schaffung einer neuen deutschen demokratischen Republik vor.

Das EKKI-Sekretariat hat seinerseits im Beschluss vom 22. August 1939 die schwierig und zögerlich verlaufenden diplomatischen Verhandlungen zwischen den westeuropäischen Großmächten und der UdSSR über gemeinsame politische und militärische Handlungen zum Schutz des Friedens kritisiert. Zum Beispiel verließen die Militärdelegationen Englands und Frankreichs Moskau. Alle Kommunistischen Parteien wurden ausdrücklich „darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen die Aggressoren, besonders gegen den deutschen Faschismus, mit gesteigertem Einsatz fortgesetzt werden muss" (Dok. 456).

Paradoxerweise wurde dieser Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen und namentlich für das persönliche Verhältnis zwischen Stalin und Hitler besonders markant. Erst die viel spätere Veröffentlichung wichtiger, streng geheimer Dokumente klärte den Gang der Ereignisse und die Rolle der Teilnehmer eines herannahenden riesigen internationalen Eklats. Auf dem XVIII. Parteitag der VKP(B) im März 1939 fühlte sich Stalin fest im Sattel sitzend und die Delegierten sahen sich bereits in der Kriegszeit. Die Säuberungen im Land und in der Armee schienen die Alleinherrschaft des Stalinschen Politbüros in Ökonomie und Politik gefestigt zu haben, die Mobilmachung des Volkes und die Neuaufrüstung der Streitkräfte hatten gerade erst begonnen. Dass die Sowjetunion, obwohl sie keine Angriffspläne Deutschland gegenüber hegte, früher oder später von ihm angegriffen werde, stand nicht in Zweifel. Doch wie konnte man Zeit gewinnen und dazu noch möglichst günstige Verbündete? Obwohl Stalin in der internationalen Diplomatie kaum über Kenntnisse und Erfahrung verfügte, vertraute er auf sein eigenes, wie er dachte, einmaliges (vielleicht nur Nicolo Machiavelli ähnliches) diplomatisches Geschick. Er glaubte, dass die Hauptsache darin bestehe, alle seine und seines Landes Gegner voneinander zu trennen, auseinander zu dividieren und gegenseitig auszuspielen.

Interessanterweise war auch Hitler ganz ähnlicher Meinung hinsichtlich seiner eigenen Fähigkeiten, die er, seinem Temperament entsprechend, viel emotionaler als sein Gegenspieler zum Ausdruck brachte. Genau am Abend des 22. August teilte er in Obersalzberg mit, dass er Ribbentrop beauftragt habe, in seinem Flugzeug nach Moskau zu fliegen, um unverzüglich mit Stalin einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen. Dazu erklärte er zynisch: „Im Grunde nur drei große Staatsmänner auf der Welt, Stalin, ich und Mussolini. (...) Stalin und ich die Einzigen, die nur die Zukunft sehen. So werde ich in einigen Wochen Stalin an der gemeinsamen deutsch-russischen Grenze die Hand reichen und mit ihm eine Neuverteilung der Welt vornehmen. (...) Die armseligen Würmer Daladier und Chamberlain habe ich in München erlebt. Sie werden zu feige sein, um anzugreifen. Sie werden nicht über die Blockade hinausgehen. Dagegen haben wir unsere Autarkie und die russischen Rohstoffe. (...) Nach

Stalins Tod, er ist ein schwerkranker Mann, zerbrechen wir die Sowjetunion. Dann dämmert die deutsche Erdherrschaft herauf."[155]

Am Spätabend des 23. August 1939 platzte die Bombe: Ribbentrop und Molotov hatten unter Stalins wohlwollendem Lächeln einen deutsch-sowjetischen Vertrag unterzeichnet. Wie sich später herausstellte, war der Akt bereits Wochen im Voraus in einer geheimen Sitzung des sowjetischen Politbüros besprochen, beschlossen und auch das Geheimprotokoll erdacht worden.[156] Im in der Weltpresse sofort veröffentlichten Vertragstext gab es keinerlei Andeutung auf irgendwelche dazugehörenden geheimen Vereinbarungen. Noch mehr: Das Bestehen eines solchen Protokolls wurde danach über 50 Jahre lang von sowjetischer Seite kategorisch bestritten. Erst 1991 wurde es mit anderen dazugehörenden Dokumenten im geheimen Stalin-Archiv im Kreml „entdeckt", im nächsten Jahr anerkannt und letztlich offiziell veröffentlicht.[157]

Im Zweiten Weltkrieg

Dasselbe galt auch für den „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag", der etwas über ein Monat später, am 29. September 1939, in Moskau von Ribbentrop und Molotov unterzeichnet wurde. Dazwischen lag Deutschlands Überfall auf Polen und somit der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Wie der erste Vertrag enthielt er ein streng geheim gehaltenes Zusatzprotokoll, das eine konkrete Teilung Polens vorsah und das Schicksal der drei Baltischen Staaten wie der Länder westlich des Bugs bestimmte.

Schon das erste Vertragsprotokoll, auch bei Unkenntnis der Anlage, erschütterte die Position der Komintern und der Kommunistischen Parteien aller Länder, vor allem aber der KPD, grundlegend. Im Westen begann eine wütende antisowjetische und antikommunistische Hetzkampagne mit Presseverboten und Verhaftungen. Dessen ungeachtet schickte Dimitrov an Stalin, Molotov und Ždanov eine Materialiensammlung, in der die meisten Sektionen der Komintern die beiden Pakte als Erfolg der sowjetischen Friedenspolitik priesen und Moskaus aktive Handlungen begrüßten. Nur die Parteien Frankreichs und Belgiens erhoben ihre Stimmen für die Weiterführung des antifaschistischen Krieges; die Haltung der Parteien Englands und USA war ambivalent.

---

155 Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), 1918–1945. Serie D: 1937–1945. Bd. VII. Baden-Baden: Imprimerie Nationale 1956. S. 171f., (Dok. aus: British Documents. Serie 3. Bd. VII. Nr. 314. Anlage).

156 Siehe hierzu Besymenski, Stalin und Hitler, S. 213ff.

157 Den deutschen Text siehe Gerhard Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation. Berlin: Dietz 1990. S. 199–205; ADAP, 1918–1945. Serie D. Bd. VII. S. 206f. Dazu Lew Besymenski, Stalin und Hitler, S. 17f., 217ff., 245ff.

Am 7. September hat Stalin im Gespräch mit Dimitrov und in Anwesenheit von Ždanov und Molotov offen erklärt: Der Charakter des Weltkriegs habe sich verändert, er werde nun zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt und „wir haben nichts dagegen, dass sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen (…) Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen".[158] Nun müsse sich die Komintern vom Standpunkt der Beschlüsse ihres VII. Kongresses, der den Hitlerfaschismus als Hauptquelle der Aggression ansah, distanzieren. Auch die Parole der Volksfront sei zurückzuziehen, da es im Krieg nun um die Weltherrschaft gehe und die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische „ihren bisherigen Sinn verloren" habe.[159]

Das EKKI-Sekretariat war ebenso wie sein Generalsekretär hörig. Schon am nächsten Tag wurden Richtlinien angenommen, welche die neuen Weisungen Stalins wiederholten: Der Krieg wurde als „imperialistischer", von beiden Seiten „ungerechter" charakterisiert, die Bourgeoisie aller den Krieg führenden Länder dafür gleichsam schuldig erklärt. Den Kommunistischen Parteien wurde vorgeschrieben, nicht nur gegen diesen Krieg, sondern zugleich gegen die „verräterische Politik der Sozialdemokratie" aufzutreten. Die Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens und der USA wurden direkt angewiesen, ihre politische Linie entsprechend zu revidieren. Doch auch für Dimitrov war es nicht einfach diese „Sonnenwende" allen Kommunisten in der Welt plausibel darzulegen. An den Thesen arbeitete er mit Manuil'skij und Kuusinen so lange, dass Ždanov ihn von Stalins Datscha aus anrief und ironisch darauf hinwies, „in dieser Zeit hätte Gen. Stalin ein ganzes Buch geschrieben!"[160]

Dimitrov schickte bald seinen Artikel „*Der Krieg und die Arbeiterklasse kapitalistischer Länder*" an Stalin mit der Bitte um Rat und Hilfe. Am 25. Oktober teilte er in Anwesenheit von Ždanov dem Verfasser seine Bemerkungen mit. Stalin, der vor kurzem den „Freundschaftspakt" mit Hitler geschlossen hatte, versuchte nun die revolutionären Bestrebungen europäischer Arbeiter zu dämpfen. Dem von Ulbricht an Manuil'skij geschickten Entwurf eines Aufrufs zur „Volksrevolution" gegen die Naziherrschaft in Deutschland widersprach nun Stalins Forderung, nicht „vorauszueilen".

Dimitrov nahm nicht nur alle Korrekturen Stalins an, auch andere Schritte der Sowjetunion – einschließlich der militärischen Besetzung der Baltischen Staaten, der Gebiete westlich des Bugs, auch des „Winterkriegs" gegen Finnland – wurden von allen Sektionen gutgeheißen. Ein lauter persönlicher Protest wurde deutscherseits von Willi Münzenberg formuliert. 1933 hatte er Dimitrov als einen Helden im Reichstagsbrandprozess gepriesen und stand mit ihm in gutem Kontakt auch während des Moskaubesuchs 1936. Jedoch 1937 geriet Münzenberg in schweren Konflikt mit der

158 Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 273.
159 Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 273.
160 Bayerlein, Dimitroff Tagebücher, S. 277.

Komintern und Stalin und klagte u. a. am 14. Juli 1938 Ulbricht an, sich gegen ihn verschworen zu haben (Dok. 418). Im September 1939, unter dem direktem Eindruck des „Stalin-Hitler-Freundschaftspaktes“ und des Kriegsbeginns, brandmarkte Münzenberg dann in seinem in Frankreich erschienenen Artikel „Der russische Dolchstoß“ Stalin als „Verräter“ (Dok. 458).[161] Bereits vorher hatte der namhafte Publizist seine Zusammenarbeit mit der Komintern aufgekündigt (Dok. 425, 427, 432, 435, 443, 446).

Kurz zuvor war indes auch von russischer Seite scharfer Protest, diesmal gegen die innere Politik des Stalinismus, laut geworden. Die Pariser Zeitung „Novaja Rossija“ und die Havas-Presseagentur (später auch die „Neue Volkszeitung“, New York, und „Die Zukunft“, Paris) publizierten einen „Offenen Brief an Stalin“ von Fedor Raskol’nikov.[162] Dieser war aktiver Teilnehmer der Oktoberrevolution 1917 und des Bürgerkriegs, Kommandant der Roten Kriegsmarine und später Mitarbeiter der Komintern und sowjetischer Botschafter, zuletzt in Bulgarien, gewesen und wurde 1937/1938 aufgefordert, nach Moskau zurückzukehren. Er kannte jedoch die Schicksale vieler Diplomaten, Staatsmänner und Marschalle. Auf die Verweigerung folgten seine Absetzung und Erklärung zum „Volksfeind“. In seinem Brief vom 17. August 1939 zeichnete er ein detailliertes Bild der Herrschaft Stalins im Land. Dem Brief war als Motto die Strophe Shakespeares vorangestellt: „Ich werde über Dich Wahrheiten sagen, fürchterlicher, als es irgendwelche Lügen sein könnten!“ Im Folgenden nur einige Auszüge:

„Du hast mich für ausserhalb des Gesetzes stehend erklärt, Stalin! Da du das tatest, hast Du mich auf die gleiche Stufe mit Dir gestellt, auf die Stufe, auf der alle Sowjet-Bürger stehen, die unter Deiner Herrschaft gezwungen sind ‚ausserhalb des Gesetzes’ zu leben. Ich will Dir erwidern! Ich gebe Dir das Billet für Dein Königreich des ‚Sozialismus’ zurück und ich breche mit Deinem Regime! Dein ‚Sozialismus’, der seine ursprünglichen Schöpfer längst hinter die Gitter der Gefängnisse gebracht hat, ist ebenso weit vom wirklichen Sozialismus entfernt, wie Deine persönliche und willkürliche Diktatur von der Diktatur des Proletariats. (…) Du hast das ganze Land durch Deinen Terror zusammengeschweißt. Auch der Mutigste würde es heute nicht wagen, offen vor Dir zu sprechen! (…) Du hast Lenins alte Kampfgefährten verleumdet, entehrt und ermordet: Kamenev, Sinowjew, Bucharin, Rykov und andere, deren Unschuld Dir wohl bewusst war. Bevor sie starben, zwangst Du sie noch, Verbrechen einzugestehen, die sie natürlich niemals begangen hatten. Du zwangst sie, sich selbst vom Kopf bis zu den Füssen mit Jauche zu begiessen. (…) Du hast diejenigen, die Dir noch folgen, gezwungen – gequält und angewidert – in den Blutlachen ihrer Freunde

161 Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“. Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit v. Natal’ja Lebedeva, Michail Narinskij und Gleb Albert. Mit einem Zeitzeugenbericht v. Wolfgang Leonhard. Vorwort v. Hermann Weber. Berlin 2008 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4).
162 Fedor Raskol’nikov: Otkritoe Pismo Staliny, 17.8.1939. In: Novaya Rossya, Paris, 1.10.1939; Siehe auch Feodor Raskolnikoff: Offener Brief an Stalin. In: Neue Volkszeitung, New York, 30.3.1940; Ebenfalls in: Die Zukunft, Paris, 26.4.1940.

und Genossen von gestern zu waten. In der gefälschten Geschichte der Partei, die auf Deinen Befehl hin geschrieben werden musste, hast Du an den Toten Diebstahl begangen. Du hast Dich mit Verdiensten geschmückt, die allen den von Dir Ermordeten und Entehrten zukommen.

Du hast Lenins Partei zerstört und um ihr Skelett eine neue Partei geschaffen, die ‚Lenin-Stalin-Partei'. Sie dient Dir einzig und allein als bequemer Apparat für Dein Ein-Mann-Regime. (...) Du folgtest dem Beispiele Hitlers und hast die mittelalterlichen Buchverbrennungen auferstehen lassen (...) Du bliebst kalt angesichts des Schicksals der jüdischen Arbeiter, Intelligenz und Handwerker, die vor der faschistischen Barbarei fliehen mussten. Du schliesst die Türen Deines Landes, das in seiner unendlichen Ausdehnung mit Leichtigkeit Tausende von Flüchtlingen unterbringen könnte."

Raskol'nikovs begründete und temperamentvolle Abrechnung mit Stalin schloss mit einer harten Prognose: „Dein wahnsinniges Bacchanal kann nicht mehr lange dauern. Die Liste Deiner Verbrechen ist endlos. Endlos ist auch die Liste Deiner Opfer. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen. Früher oder später wird Dich das Volk Sowjetrusslands auf die Anklagebank setzen und es wird Dich beschuldigen, ein Verräter des Sozialismus und der Revolution zu sein, der Hauptsaboteur, der wahre Feind, der Organisator von Hunger und Meineid!"[163]

Kaum einen Monat später starb der Autor im Krankenhaus Nizza plötzlich (nach einer unbestätigten Version wurde er ermordet). Im Oktober 1940 wurde die Leiche des erhängten Münzenberg im Wald von Caugnet, Isère (ein weiteres Mordopfer?) aufgefunden. Das allerwichtigste bestand darin, dass diese und andere Entlarvungen des Stalinismus vom Führungspersonal der Komintern und der Kommunistischen Länderparteien vollständig ignoriert und negiert wurden.

Je stärker sich jedoch die kommunistischen Funktionäre Stalin unterordneten, desto weniger schätzte der Diktator ihren Beistand und desto mehr verlagerte er das Schwergewicht seiner Aktivität auf die militärische Aufrüstung der Sowjetunion, was selbstverständlich berechtigt war. So kam er etwa im April 1941 auf den Gedanken, um die Verbindungen mit Hitlerdeutschland in eigenem politischen Interesse zu nutzen, die Komintern als solche einfach aufzulösen. Vor diesem Hintergrund beurteilte er auch die Mimikrie der KP der USA positiv, als diese ihre „Unabhängigkeit" von Moskau vorspielte. Er liebäugelte sogar mit der Möglichkeit des Anschlusses der Sowjetunion an den Dreimächtepakt Deutschlands, Italiens und Japans, obwohl dieser von den Begründern unverhohlen „Antikominternpakt" genannt wurde.

Hitler ließ sich jedoch nicht mehr auf „freundschaftliche" Verbindungen mit Stalin ein. Seine Pläne gingen immer offener in eine ganz andere Richtung, die seiner ureigenen politischen Einstellung entsprach. Beim Generalstab der Wehrmacht

163 Die Zitate sind der deutschen Übersetzung in Die Zukunft, Paris, 26.4.1940, entnommen. Siehe auch Nedelja, Moskva (1988), Nr. 26; N. V. Popov (Hrsg.): Otkryvaja novye stranicy ... Meždunarodnye voprosy. Sobytija i ljudi. Moskva: Izdatelstvo Političeskoj Literatury 1989. S. 313–323.

lagen für die Weiterführung des Weltkriegs zwei große Angriffspläne bereit, die um die Gunst des Führers warben: „Fall Seelöwe" gegen England und „Fall Barbarossa" gegen die Sowjetunion. Der oberste Kriegsherr des „Dritten Reichs" neigte mehr zum abenteuerlichen Ostfeldzug.

Andererseits hielt der Generalsekretär des EKKI, Dimitrov, den Vorschlag Stalins, die Komintern aufzulösen, für ernst gemeint und schon durch frühere Erwägungen über die erweiterte Selbstständigkeit aller Kommunistischen Parteien begründet. So notierte Dimitrov in seinem Tagebuch am 20. April 1941 alle Details eines nächtlichen Gesprächs in der Loge des Politbüros nach einem Festkonzert im Bolschoi-Theater. Auch auf Dimitrovs Gesundheit wurde dort getrunken und Stalin war ungewöhnlich gesprächig: „man sollte, – sagte er seinem vis-a-vis – die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken".[164]

Handelte es sich dabei um einen im Rausch entstandenen Anfall der „Selbstkritik" (die Stalin zur Bewegungskraft der sowjetischen Gesellschaft, anstelle des Klassenkampfes, erhob)? Oder war es vielmehr eine Art ernst-schlauer Überlegungen über weitere Perspektiven der Kommunisten? Es folgten Worte, die vorher nur den ärgsten Feinden des Marxismus-Leninismus in den Mund gelegt werden konnten: Sobald die kommunistischen Parteien, fuhr Stalin fort, „auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wieder herstellen. Die Internationale wurde zu Marx` Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet. Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken *nationale* Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Dass jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis (...) Halten sie sich nicht an dem fest, was *gestern* war, berücksichtigen sie konsequent die neuentstandenen *Bedingungen* (...) Vom Standpunkt des *Behörden*interesses [der KI] mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlaggebend!"[165]

Dimitrov resümierte für sich, dass hier von Stalin „die Frage der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter den Bedingungen des Weltkrieges klar und deutlich gestellt worden" sei.[166] An den folgenden Tagen wurden von Dimitrov bei seinen Gesprächen mit Manuil'skij und Ždanov, Togliatti und Thorez die Argumente für und gegen Verwendung anderer Organisationsformen und Arbeitsmethoden nochmals

164 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374.
165 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374f.
166 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 374f.

abgewogen. Man überlegte nun auch – statt des EKKI – die Schaffung eines Organs *„zur Information und zur ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien“*, die in ihren Ländern ja verschiedene nationale Aufgaben zu erfüllen hatten.[167]

Doch Mitte Mai 1941 wurden alle diese Erwägungen und Gespräche prompt abgebrochen. Es bleibt allerdings offen, in welchem Maße eine Vorahnung von der heranrückenden radikalen Änderung der gesamten weltpolitischen Lage daran mitwirkte. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits halb Europa unter nationalsozialistischer Kontrolle. Dessen ungeachtet hatten die Aufgaben des *antifaschistischen Widerstands* immer noch keine Priorität im Wirken der Komintern erreicht. Die außenpolitischen Rechnungen Stalins, namentlich die Ausrichtung auf eine eventuelle Fortsetzung seiner Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland, drängten ihn zur Geringschätzung der faschistischen Gefahr, auch für die Sowjetunion. Trotz der sich häufenden Anzeichen glaubte er, darauf hoffen zu können, dass er Hitler überlisten und dadurch noch geraume Zeit für die Grenzsicherung seines Landes gewinnen würde. Man dürfe sich nur nicht provozieren lassen und die Taktik der Komintern vorrangig gegen den „imperialistischen Krieg der Westdemokratien“ ausrichten.

Solch eine falsche Einstellung verlangsamte den organisierten internationalen Widerstand gegen den nazistischen Aggressor. Aber handelten die führenden Politiker der Westmächte in und nach München, als sie Hitlers Angriff nach Osten kanalisieren suchten, etwa klüger? Waren denn die Politiker Polens umsichtiger, als sie das militärische Zusammenwirken der UdSSR mit Frankreich blockierten? Die Weltlage war damals äußerst kompliziert und man sollte sie auch heute noch von allen Seiten betrachten und überprüfen, um keinen einseitigen Antikommunismus zu beleben. Es hat ja in der Komintern und in den Kommunistischen Länderparteien nie ein „Verbot“ antifaschistischer militärischer und politischer Betätigung der Kommunisten gegeben. Auch die heute noch gebrauchte These vom „Bruch mit dem Antifaschismus“ oder einer „Beendigung der Ära des Antifaschismus der Kommunisten“ ist offensichtlich überspitzt. Meines Erachtens würde es vollkommen genügen, kritisch festzustellen, dass die Komintern, – aufgrund Stalins falscher, zurückhaltender Einstellung gegenüber dem Erzfeind der Menschheit, – sich erst sehr verspätet der weitgehenden Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe in den von Deutschland und seinen Vasallen besetzten Ländern Europas zuwandte.[168] Dies galt gewissermaßen auch für die generelle Linie der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR, vor allem für die Frage, wann und wie die beiden Diktatoren ihre gespielte „Freundschaft“ und eines gemeinsamen Handelns aufgeben würden? Und weiter: Wer konnte denn daran zweifeln, dass angesichts Hitlers wachsender Aggressivität ein gewaltiger Zusammenprall dieser militärisch stärksten Staaten früher oder später unabwendbar

167 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 375.
168 Siehe Kirill K. Širinja: Strategija i taktika Kominterna v borbe protiv fašizma i vojny. 1934–1939 gg. Moskva: Izd. Političeskoj Literatury 1979.

bevorstand? Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour wurde noch deutlicher, dass der Zweite Weltkrieg immer stärker einen globalen Charakter annehmen würde.[169]

Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion

Trotz zahlreicher aus verschiedenen Quellen stammenden Warnungen, dass Deutschland gewaltige Truppenmengen an die sowjetische Grenze herangeführt habe, wurden diese Meldungen von Stalin als provokatorische Gerüchte abgewertet. Wie alle sowjetischen Bürger und Behörden wurde auch das EKKI am Sonntag, dem 22. Juni 1941, vom deutschen militärischen Überfall vollständig überrascht. Noch einen Tag zuvor hatte Dimitrov besorgt bei Molotov angerufen, bekam aber nur eine ausweichende und eher irreführende Antwort: „Die Lage ist unklar. *Es wird ein großes Spiel gespielt*. Nicht alles hängt von uns ab. Ich werde mit J[ossif] W[issarionowitsch] reden. Wenn es irgendetwas Besonderes gibt, rufe ich an!“[170]

Am frühen Morgen jedoch wurde Dimitrov eilig in den Kreml bestellt. In Stalins Arbeitszimmer, wo die höchste Führungsspitze versammeln war, erfuhr er von der militärischen Katastrophe an der gesamten Staatsgrenze und dem Vormarsch deutscher Truppen. Der Krieg hat nun auch die Sowjetunion erfasst. Anders als einige Zeitzeugen notierte Dimitrov in seinem Tagebuch: „Erstaunlich sind die Ruhe, Festigkeit und Zuversicht Stalins und aller anderen“.[171] Stalin äußerte ihm gegenüber: „Nur die Kommunisten können die Faschisten besiegen“, zugleich aber sollte „die Komintern (...) vorerst nicht öffentlich auftreten“. „Das sowjetische Volk führt einen vaterländischen Krieg (...)“ und „Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen“.[172] Auf der Extrasitzung des EKKI-Sekretariats am selben Tag informierte Dimitrov die Versammelten über die Lage, die politische Orientierung und die Aufgaben der Komintern. Alle an die Kommunistischen Parteien von nun an gerichteten chiffrierten Telegramme wiederholten die vorgegebene gemeinsame Eingangsformel: „Der treubrüchige Überfall Deutschlands auf die UdSSR ist ein Schlag nicht nur gegen das Land des Sozialismus, sondern auch gegen die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker. Verteidigung des Sowjetvolkes ist zugleich die Verteidigung aller

169 Raymond James Sontag, James Stuart Beddie, Eber M. Carroll (Hrsg.): Nazi-Soviet Relations 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office. Washington: Department of State 1948; German L. Rozanov: Stalin-Gitler. Dokumental’nyj očerk sovetsko-germanskich diplomatičeskich otnošenij. 1939–1941 gg.. Moskva: Meždunarodnye otnošenie 1991; Jurij V. Basistov: Stalin-Gitler. Ot pakta do vojny, Sankt-Peterburg: Russko-Baltijskij informacionnyj centr BLIC 2001.
170 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 392.
171 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 392.
172 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393; Siehe ebenfalls RGASPI, Moskau, 495/18/1355, 6; Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 97.

vom Hitlerfaschismus unterdrückten Völker".[173] Das EKKI wies auf kardinale Änderungen der Losungen hin: die gestrigen Kriegsanstifter – westdemokratische Länder – wurden potenzielle Verbündete, der kurzfristige Partner Hitler erneut zum Erzfeind der Menschheit erklärt. Dimitrov fügte dem hinzu, dass der begonnene Krieg schwer sein werde. Zur operativen Leitung des EKKI wurden neben ihn nun auch noch Manuil'skij und Togliatti gestellt.[174]

Als Mitte Oktober 1941, fast vier Monate der wüste Krieg tobte, nun auf dem Boden der Sowjetunion, die deutschen Truppen vor den Toren Moskaus standen und die sowjetischen Behörden bereits begannen, ihre Archive zu verbrennen, wurde erstmalig das enorme Ausmaß der erlittenen militärischen Niederlage erfasst. Alle westlichen und mehrere zentrale Gebiete des riesigen Landes, vom blockierten Leningrad bis vor Moskau und dem Schwarzen Meer, waren in Feindeshand. Millionen Kämpfer waren tot oder gingen als Kriegsgefangene und Schwerverwundete verloren. Hitler und seine Generäle bereiteten zum 7. November eine Siegesparade auf dem Roten Platz vor. Doch die Front stand schon fest und der Blitzkrieg war vorbei. Am 14. Oktober wurde in Moskau ein Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk und das deutsche Heer verfasst und sofort an Molotov geschickt. Die NS-Lüge vom Präventivkrieg wurde darin widerlegt und das deutsche Volk aufgefordert, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, Hitler und dem Krieg ein Ende zu machen sowie ein Deutschland des Friedens und der Freiheit zu erkämpfen (Dok. 499). Am nächsten Tag lobte Stalin den Aufruf und schlug Dimitrov vor, ihn per Presse und Radio, angeblich als „ein Dokument, das bei dem gefallenen Unteroffizier Stolz gefunden wurde", zu veröffentlichen.[175]

In den folgenden Tagen musste wegen der direkten Bedrohung Moskaus ein bedeutender Teil der sowjetischen Regierungsbehörden in Richtung Osten evakuiert werden. Das EKKI mit Dimitrov an der Spitze fanden in Ufa und Kujbyšev Unterkunft, wo sie fast ein halbes Jahr verblieben. Die praktischen Arbeitsmöglichkeiten des Sekretariats wurden eingeschränkt. Erst der Erfolg der schweren Winterschlacht bei Moskau und im Frühling 1942 der große Sieg der Roten Armee im Kampf um Stalingrad brachten den Umbruch. Die Kapitulation des Feldmarschalls von Paulus sowie die Gefangennahme vieler Generäle, Offiziere und Tausender Soldaten aktivierten die sowjetische Propaganda über die Front hinaus und unter den Kriegsgefangenen. Von deutscher Seite aus wurde eine Kommission durch Walter Ulbricht gebildet. In mehreren „Antifaschulen" nahe der Front und in den Lagern begann eine politisch-ideologische Umschulung mehr oder weniger nazistisch gesinnter deutscher Soldaten und Offiziere. Aus Kriegsgefangenen und Emigranten entstand erst das „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'", danach der ihm angeschlossene „Bund deutscher Offiziere". Schon im März 1942 konnten einige EKKI-Sekretäre und auf direkte Anweisung Stalins

173 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393.
174 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 393.
175 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 394.

auch Dimitrov mit einer Gruppe deutscher Mitarbeiter nach Moskau zurückkehren, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen.[176]

Nach dem Eintritt der USA in den Weltkrieg brachte die Antihitlerkoalition der Sowjetunion, die viele Monate in erster Reihe gegen die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten gekämpft und große Verluste ertragen hatte, wesentliche militärische und wirtschaftliche Hilfe durch den nördlichen „Konvoi“ und „Landlies“. Britische Truppen wirkten nun aktiver im Mittelmeerraum. Die immer heftiger werdenden, Tag und Nacht andauernden anglo-amerikanischen Bombardierungen wichtiger deutscher Industrieanlagen, Transportknotenpunkte und Städte beeinflussten den Kriegsverlauf zunehmend. Der heldenhafte Kampf der Sowjetvölker ermutigte auch den antifaschistischen Widerstand in aller Welt und führte zur Erstarkung Kommunistischer Parteien in vielen Ländern. Das EKKI half bei der Propaganda, wie auch beim Wiederaufbau der angeschlagenen oder zerstörten illegalen Organisationen in Italien, Frankreich, Jugoslawien und selbst in Deutschland. Die Bedingungen und dementsprechend die Aufgaben waren verschieden. Mal wurde zum Partisanenkampf, zur Sabotage und zu Diversionen aufgerufen und ermuntert, mal empfahl man voreilige revolutionäre Aktivität zu bremsen.

Trotzdem war das Zusammenwirken in der Antihitlerkoalition alles andere als einfach. Die Parole Stalins und des EKKI „1942 soll das Jahr der Vernichtung des Hitlerfaschismus werden!“[177] blieb ein Leerschuss. Die vorher verabredete Eröffnung der „Zweiten Front“ in Westeuropa wurde auch noch im Frühjahr 1943 von England und den USA in Frage gestellt. Churchill und Roosevelt planten diese bei ihrer Zusammenkunft in Washington Mitte Mai ernsthaft zu besprechen. Doch inzwischen hatte sich das Verhältnis beider Verbündeten zur Sowjetunion bedeutend verschlechtert. Vor allem die Streitigkeiten in und um Polen, in der KPP und mit der polnischen Exilregierung in England führten im April zum Abbruch diplomatischer Beziehungen der Sowjetunion mit der polnischen Regierung Sikorski, zur direkter Konfrontation zwischen der „Armija Ludowa“ und der „Armija Krajowa“. Es folgte ein scharfer Briefwechsel zwischen Churchill und Stalin über die Verlegung nach England des in der Sowjetunion aufgestellten und bewaffneten polnischen Andersen-Corps. Auch erfahrene sowjetische Botschafter, wie Maksim Litvinov in Washington und Ivan Maiskij in London, wurden abberufen. War das eine Krise der Antihitlerkoalition?

Zu diesem Zeitpunkt wurde von deutscher Seite versucht, die Koalition zu sprengen. Es wurde nämlich aufgedeckt und in der NS-Presse erklärt, dass das vor drei Jahren begangene „Verbrechen von Katyn“ von sowjetischen Organen verübt worden war. Es ging um die Schuld für das tragische Schicksal von tausenden polnischen kriegsgefangenen Offizieren, Polizisten und Zivilisten in sowjetischen Lagern. Stalin war hierfür persönlich verantwortlich gewesen. Konnte dies seine Stellung bei den

---

176 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 494ff.

177 Protokoll der Sitzung des EKKI-Sekretariats, 18.4.1942. In: Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 208.

Verbündeten bedeutend verschlechtern?[178] Später wurde dokumentarisch nachgewiesen, dass sie auf Beschluss des Politbüros vom 5. März 1940 im April, also lange vor dem deutschen Einmarsch, erschossen und ihre Leichen in Massengräbern verscharrt wurden.

Das Ende der Komintern

Am 6. Mai 1943 benachrichtigte der US-Präsident Roosevelt Stalin über seine bevorstehende Konferenz mit Churchill. Der Brief traf zwei Tage später in Moskau ein und war es bloßer Zufall, dass genau am Spätabend dieses 8. Mai Dimitrov und Manuil'skij eilig in den Kreml bestellt wurden? Molotov teilte ihnen die nun feste Meinung Stalins mit, „daß die Komintern als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbstständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben" geworden sei. Die Alliierten wurden dabei nicht erwähnt. Stattdessen wurde unverzüglich beschlossen, sofort ein Schriftstück über die Auflösung der Kommunistischen Internationale vorzubereiten.

Manuil'skij und der an Grippe erkrankte Dimitrov waren schon am 11. Mai mit dem Entwurf eines Beschlusses des EKKI-Präsidiums fertig und schickten diesen an Stalin und Molotov. Noch am selben Abend billigte ihn Stalin. Das Papier sollte, als Vorschlag des Präsidiums, allen Sektionen mitgeteilt und nur nach ihrem Einverständnis veröffentlicht werden. Dimitrov und Malenkov sollten genau eruieren, „welche Funktionen [der Komintern] in welcher Form weitergeführt werden" sollten und dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.[179]

Stalin räsonierte: „Die Erfahrung hat gezeigt, dass man kein internationales Führungszentrum für alle Staaten haben kann. Das ist zu Zeiten von Marx, zu Zeiten Lenins und auch in der Gegenwart deutlich geworden. Vielleicht muss man zu regionalen Vereinigungen übergehen."[180] Trotzdem wurde beschlossen, dass auch nach der offiziellen Auflösung der Komintern ihre Tätigkeit, freilich in einem anderen Format, weitergeführt werden sollte. Am 13. Mai fand eine geschlossene Sitzung des EKKI-Präsidiums statt, an der auch zahlreiche Mitglieder und Kandidaten des EKKI sowie einige Vertreter verschiedener Parteien beteiligt waren. Noch vorher erhielt Dimitrov jedoch eine scheinbar labile Anweisung Stalins: „Überstürzen Sie in dieser Angelegenheit nichts. Stellen Sie den Entwurf zur Diskussion (…). Den Entwurf

178 Wie es erst Jahrzehnte später dokumentarisch nachgewiesen wurde, waren diese auf Beschluss des Politbüros vom 5.3.1940 im April, also lange vor dem deutschen Einmarsch, erschossen und ihre Leichen in Massengräbern verscharrt worden. Vgl. dazu Gerhard Kaiser, Andrzej Leszek Szczesniak: Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren. Berlin: Ch. Links 1991; Natal'ja S. Lebedeva: Katyn'. Prestuplenie protiv čelovečestva. Moskva 1994.

179 RGASPI, Moskau, 495/73/174, 1; Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 688.

180 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 689.

vorerst nicht ins Ausland schicken (...). Nicht den Eindruck vermitteln, dass wir die führenden ausländischen Genossen einfach davonjagen wollen".[181]

Nach dem Referat Dimitrovs wurde lange diskutiert. Die Redner, die die Idee der Auflösung ernst genommen hatten und die sich daraus ergebenden Vorzüge für die Einigung aller antifaschistischen Kräfte in den nationalen Fronten erkannten, stimmten zu. Matyas Rákosi sagte, es sei nicht leicht die Komintern aufzulösen, aber es sei der richtige Weg. Lenin hätte es auch nicht leicht gehabt. Maurice Thorez zeigte sich vollständig einverstanden: „Uns, den Kommunisten, ist es ja nicht gelungen die Sozialdemokratie zu zerschlagen, die Faschisten daran zu hindern, in einigen Ländern zur Macht zu gelangen, wie auch den Raubkrieg zu entfesseln. Die alte Form der internationalen Vereinigung der Arbeiter hat sich überlebt, ähnlich dem, wie es einmal der Marxschen Internationale erging, hat sie sich nicht gerechtfertigt. Die Entwicklung ging einen anderen Weg".[182]

Wilhelm Pieck gab zu, dass er, von Dimitrov am Vortag informiert, zunächst Zweifel geäußert habe, ob es im Moment günstig sei, die Komintern aufzulösen. Deutschland würde offensichtlich den Krieg verlieren und ob es sich lohne, gerade in der Zeit innerer Aufrüttelungen die Komintern einfach zu liquidieren, sei fraglich, und ebenso, ob alle Kommunistischen Parteien bereits reif genug dafür seien, ihre Aufgaben selbstständig zu lösen. Er meinte deswegen, dass die deutsche Partei auch weiterhin einer ideellen Hilfe seitens der erfahrenen sowjetischen Freunde bedürfe. Der Bulgare Vasil Kolarov, eines der ältesten EKKI-Mitglieder, sprach sich für die Auflösung aus, da das EKKI „schon längst" aufgehört habe, ein führendes Organ zu sein. Die Komintern wurde zum Zeitpunkt des revolutionären Sturmes geboren, doch die Hoffnungen auf eine schnelle Weltrevolution hätten getäuscht, die Entwicklung nahm einen anderen Weg und die Lage habe sich verändert. Mit der UdSSR existiere ein neuer Faktor von einer so riesigen Kraft, dass die Komintern daneben als Anachronismus erscheine. Für die Auflösung der Komintern sprachen sich ebenfalls Dolores Ibarruri, André Marty, Jan Šverma, Ana Pauker, Johann Koplenig, Walter Ulbricht u. v. a. aus.[183]

Auf der zweiten Sitzung des EKKI-Präsidiums am 17. Mai wurde der Entwurf nochmals Punkt für Punkt diskutiert; einige Korrekturen wurden angenommen, andere abgelehnt. In der Nacht zum 20. Mai behauptete Stalin in der Beratung mit den Mitgliedern des Politbüros zwar, dass mehrere Sektionen der Komintern während des Krieges bereits die Auflösung der Komintern vorgeschlagen hätten. Dies traf jedoch nicht zu, da, wie aufgezeigt, nur er allein im April 1941 den Versuch wagte, diese Karte auszuspielen.[184] Nun jedoch, zwei Jahre später, im Mai 1943, tat er einen weiteren Schritt, diesmal nicht zugunsten einer Anbiederung an Hitler, sondern im Gegenteil

181 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 690f.
182 RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 78ff.
183 RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 80ff.
184 Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 65.

zur Festigung seines ernsthaft gefährdeten Bündnisses mit Churchill und Roosevelt, von dem die Eröffnung einer „Zweiten Front“ und somit die siegreiche Beendigung des Krieges abhing (Dok. 522, 523).

* * *

Die weiteren Funktionen des ehemaligen EKKI-Apparats sowie seine Formen und Methoden wurden von Dimitrov im Gespräch mit Stalin und anderen sowjetischen Leitern am 12. Juni 1943 geregelt. Im ZK der VKP(b) wurde eine Abteilung „*Internationale Information*“ gegründet und ihr „die Führung der Antifakomitees, der illegalen nationalen Rundfunksendungen, Verbindungen mit dem Ausland, der Telegrafenagentur und des Verlages für fremdsprachige Literatur“[185] anvertraut. An die Spitze der Organisation wurde Aleksander Ščerbakov gestellt, Dimitrov und Manuil’skij wurden zu seinen Stellvertretern ernannt. Bald darauf wurde Dimitrov jedoch als „Leiter der Auslandsabteilung des ZK der VKP(b)“ bestätigt. Fast die gesamte Struktur des ehemaligen EKKI war nun ihm unterstellt und als wissenschaftliche „Institute Nr. 99, 100, 205“ aufgebaut. Alle konspirativen Verbindungen mit Kommunistischen Parteien und anderen auswärtigen Organisationen blieben vollständig erhalten. Die wichtigsten Entscheidungen über international zentrale Probleme wurden, wie bereits vorher, von Dimitrov direkt mit Molotov oder auch mit Stalin abgesprochen.

Doch hatte diese Transformation bei weitem nicht nur formellen Charakter. Nach 25 Jahren bestanden nun keine nationalen Sektionen der Komintern mehr, die den Richtlinien und Anweisungen einer mehr oder weniger machtvollen Zentrale hätten folgen müssen. Die selbstständig gewordenen Kommunistischen Parteien konnten sich des Verdachts blinder Unterstellung unter den Willen eines fremden Staates erwehren, ihre eigene Politik im Großen und Kleinen souverän bestimmen und auch ihre Namen ändern, was jedoch nur wenige unmittelbar taten.

Je näher sich die Rote Armee bei ihrem Vormarsch durch Europa dem Deutschen Reich näherte, desto größere Aufmerksamkeit wurde wiederum der KPD zu teil, darunter auch der Tätigkeit der deutschen Parteischule in Moskau, des „Nationalkomitees ‚*Freies Deutschland*‘“ und des ihm angeschlossenen „Bundes deutscher Offiziere“. Ende November 1944 führte Dimitrov eine ausführliche Besprechung mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Anton Ackermann über die weitere Zusammenarbeit auf der Parteienebene sowie die Nachkriegsordnung in Deutschland.[186] Vor allem wurden jedoch Fragen des bevorstehenden Einmarsches sowjetischer Truppen auf deutschem Boden beraten. Bevor die Antihitlerkoalition jedoch ihren Endsieg erreichen sollte, lagen noch fast zwei Jahre schwerster und opferreichster Endkämpfe vor Europa. Doch als Staatshymne der UdSSR wurde bereits seit Ende 1943 nicht mehr

185 Bayerlein, Dimitroff-Tagebücher, S. 708.
186 Lebedeva, Narinskij (Hrsg.), Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, S. 82.

die seit Jahrzehnten gewohnte „*Internationale*“, sondern „*Sojuz nerušimyj respublik svobodnych*“ *[„Die unzerbrechliche Union der freien Republiken“]* angestimmt.

Nochmals zur Idee und Praxis

Nun möge sich der Leser daran erinnern, dass die Idee der *Weltrevolution* von ihrem Ursprung her nicht als unabhängiges Ziel der Zerstörung und des Umsturzes des Alten in den Staats- und Gesellschaftssystemen zugunsten des Neuen erdacht wurde. Im Schoße der internationalen Arbeiterbewegung galt sie – neben Reformen sowie örtlichen oder partiellen Veränderungen – als ein mögliches und berechtigtes Mittel zur Begründung einer *sozialistischen* (oder *kommunistischen*) anstelle der krisen- und kriegsgeschüttelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf dieser Welt – eben als radikales Mittel für den Notfall, dass alle übrigen Mittel dieser gewaltigen Aufgabe nicht genügen konnten.

Die Idee der Weltrevolution, die 70 Jahre älter war als die Komintern, ging jedoch nicht mit der für viele unerwarteten und eigentlich kläglichen Auflösung einer der größten internationalen Organisationen unter. Zwar verlagerte die kommunistische Bewegung selbst nach dem VII. Weltkongress der Komintern diese Idee auf die zweite Ebene, doch blieb ihr Kern insofern erhalten, als die Wiedergeburt einer „objektiven revolutionären Situation“ in verschiedenen Ländern, Regionen und eventuell auch im Weltrahmen erfolgen konnte. Nach dem Kriegsende 1945 wurde bekanntlich ein zweites, namentlich sozialistisches Weltsystem errichtet und die „Dritte Welt“ schien dem nachzufolgen. Trotz zahlreicher Erfolge scheiterte jedoch das Experiment, allerdings erst viele Jahrzehnte nach dem Niedergang der Komintern.

Ist die Idee auch heute tot oder aber bleibt sie immer noch aktuell? Zu dieser Frage möchte ich als Historiker noch kurz einige eigene Erwägungen ergänzen, damit das Geschichtsbild sich nicht völlig vor dem Fortschritt der Menschheit und des Individuums verschließt.[187] Der bekannte russisch-deutsche Denker, Widerstandskämpfer, Historiker und Publizist Lev Kopelev wandte sich, als er vor einigen Jahren an die Zukunft dachte, der „*russischen Idee des 3. Jahrtausends*“ zu. Der große Physiker und Menschenrechtler Andrej Sacharov formulierte in seinem geistigen Vermächtnis diese Idee als die letzte Hoffnung. Ihr Sinn bestehe, wie er meinte, kurzgefasst darin, dass die Menschheit vor ihrem Untergang heute nur noch durch eine wirkliche „*Dreieinigkeit von Wissenschaft, Politik und Moral*“ gerettet werden könnte.[188]

Eigentlich hatte Marx seine Zeitgenossen dazu aufgerufen, dafür einzutreten, die „einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatper-

---

187 Siehe dazu Jakov S. Drabkin: Revoljucija kak naučnaja problema. In: Germanija i Rossija v sud'be istorika. Sbornik statej k 90-letiju J. S. Drabkina. Hrsg. v. Marija B. Korčagina u. Vadim L. Telicyn. Moskva: Sobranie 2008. S. 47–69.

188 Lev Kopelev: Buduščee uže načinaetsja. Moskva: Dva veka 1993. S. 220f.

sonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen".[189] Auch Dostoevskij wünschte sich, dass „die Wahrheit für einen Menschen auch Wahrheit für die gesamte Nation werden" solle.[190] Kopelev stellte die Frage, ob es noch möglich sei, ein neues Verständnis in der Politik zu erreichen. Die Antwort, dass es heute weder siegreiche Kriege, noch gewalttätige Revolutionen geben könne, sei unbegründet. Im aufrüttelnden Schluss ging er einen Schritt weiter: „Möglicherweise besteht nur eine unwiderlegbare, obgleich schwankende Hoffnung: die schädlichen Kräfte werden durch die des gesunden Verstandes überflügelt – eben jenes elementaren Verstandes, der alle Lehren der Geschichte, unabhängig von Weltanschauungen, Religionen, Ideologien beinhaltet."[191]

Es besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass gewaltfreie, unblutige, durchdachte und klug berechnete soziale Transformationen (man möge die tiefsten und umfassendsten von ihnen auch weiter *Revolutionen* nennen !) sicherlich über den zahlreichen zerstörerischen, spontanen Ausbrüchen in früheren Zeiten stehen. Allerdings bleiben dabei die „ewigen Fragen" unbeantwortet: Wie lassen sich die Millionenmassen zu solchen Handlungen mobilisieren und heranführen? Wie lässt sich die wachgerüttelte und geballte elementare Energie in einem gewaltfreien Rahmen halten?

Denn auch im dritten Jahrtausend unserer Zeitrechnung bleibt in der Welt die *Gewalt* vorherrschend. Mehr noch: Der Terrorismus „von unten" wie „von oben" ist im Anwachsen begriffen. Und wie lässt er sich anders bändigen, als mit einer höchst organisierten Gegenwehr? Bis eine generelle Bedrohung des Friedens und selbst des Menschenlebens nicht überwunden ist, darf solange den Völkern und der Einzelperson der Gebrauch des allerheiligsten Rechts auf Selbstschutz, darunter auch auf revolutionäre Abwehr der Gewaltanwendung, genommen werden? In diesem Kontext sei der Leser nochmals daran erinnert, dass der Streit um *Gewaltanwendung* oder *gewaltfreie Handlungen* bereits sehr lange existiert und in seiner Dimension *international, global, ja planetarisch* ist. Vor etwa 100 Jahren führten ihn unter anderem die großen russischen Dichter und Denker Lev Tolstoj und Vladimir Korolenko, die sich dabei beide auf uralte Legenden, Parabeln und Erzählungen im Stile der Evangelisten beriefen.

Rosa Luxemburg, die weltbekannte Anhängerin der Revolution und der Demokratie, erinnerte sich in ihrer letzten, im Gefängnis verfassten Schrift, an eine von Korolenko erzählte Legende, die „Legende vom Florus". Sie stammte aus der Zeit, als in Judäa die Römer herrschten und schloss mit den Worten: „Man löscht nicht Feuer

---

189 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, 28.9.1864. In: Werke. Hrsg. v. Karl Marx u. Friedrich Engels. Bd. XVI. Berlin: Dietz 1975. S. 5–13, hier: S. 13.

190 Fedor M. Dostoevskij: Dnevnik pisatelja za 1877 god. Fevral' Glava vtoraja. Bd. IV: Metternichi i donkichoty. In: Ders.: Sobranie sočinenij. Vol. XXV. Leningrad: Nauka 1983. S. 47–51, hier: S. 50. Das Zitat ist nicht in der deutschen Ausgabe enthalten.

191 Kopelev, Buduščee uže načinaetsja, S. 230f.

mit Feuer und trocknet nicht Wasser mit Wasser, doch den Stein zerschmettert man mit dem Stein, den Stahl wehrt man mit dem Stahl ab und Gewalt mit Gewalt. (...) Lass uns nie die Worte sprechen: Retten wir uns selber und überlassen wir die Schwachen ihrem Schicksal". Und schließlich: „Verschwinden wird Gewalt und Unterdrückung, die Völker werden zum Fest der Verbrüderung zusammenströmen und nie mehr wird Menschenblut von Menschenhand vergossen werden."[192]

Die Idee der *Weltrevolution* wird als Symbol und als ein gerechtfertigter Bestandteil der weitergehenden globalen Entwicklung sowie der neuen Transformationen der menschlichen Gesellschaft fortdauern. Goethe hatte seinerzeit als der „Weisheit letzten Schluss" den dynamischen Sinn des Fortschritts auf den Punkt gebracht: *„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss!"*[193] Chancen bieten sich nur den Gehenden und Suchenden, den Strebenden und Streitenden.

192 Rosa Luxemburg: Einleitung. In: Die Geschichte meines Zeitgenossen. Hrsg. v. Wladimir Korolenko. Aus dem Russischen übersetzt und mit einer Einleitung versehen von Rosa Luxemburg. In: Gesammelte Werke. Vol. IV. S. 302–331, hier: S. 328.
193 Goethe: Faust II, Vers 11574ff.

Bernhard H. Bayerlein

Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943

Neue Dokumente zur Konzeptualisierung einer verbundenen Geschichte

> „Les obstacles à la compréhension, surtout peut-être quand il s'agit de choses sociales, se situent moins, comme l'observe Wittgensein, du côté de l'entendement que du côté de la volonté." (Pierre Bourdieu: Méditations pascaliennes).

> „Denn obwohl meine Geschichte die Wahrheit wiedergibt, gibt sie nicht die Substanz der Wahrheit (…). Um die Wahrheit in ihrer ganzen Substanz zu erzählen, muß man Ruhe haben und einen bequemen Stuhl fern von jeder Ablenkung, und ein Fenster, durch das man schauen kann; und dann die Fertigkeit, Wellen zu sehen, wenn man Felder vor Augen hat, und die tropische Sonne zu spüren, wenn es kalt ist; und an den Fingerspitzen die Worte, um mit ihnen die Vision festzuhalten, bevor sie entschwindet." (J. M. Coetzee: Mr. Cruso, Mrs. Barton und Mr. Foe. Roman. Aus dem Englischen von Wulf Teichmann. München/Wien: Hanser 1986. S. 61).

Die vorliegende Edition liefert größtenteils neues empirisches Material zur Konzeptualisierung der Geschichte des deutschen Kommunismus in der Zwischenkriegszeit und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen Beziehungen, der Entwicklung der Sowjetunion, des Stalinismus und der Geschichte des internationalen Kommunismus in der Komintern-Epoche von 1918 bis 1943. Unter Heranziehung neuer, seit der Archivrevolution zugänglich gewordener Dokumente aus den unterschiedlichen Provenienzen sollen im folgenden Text neue und alte, auch strittige Fragestellungen erörtert, Themenfelder neu umrissen und problematisiert, Forschungspfade neu aufgezeigt sowie Thesen und Hypothesen entwickelt werden. Die hier vorgeschlagenen Interpretationen und Methoden zeigen auf, was das neue Material nicht zuletzt gegenüber der orthodoxen und traditionellen Forschung hergeben kann. Der vorstehende Text ist insofern als *ein* Beitrag zur notwendigen neuen Theoriebildung auf breiter Front zu verstehen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Stalinismus, KPD, deutsch-sowjetische Beziehungen und „Deutschland-Russland-Komplex“ 1929–1943

Das Thema „Deutschland, Russland und Komintern 1918–1943“ macht es erforderlich, multiple Aspekte der internationalen kommunistischen Bewegung und der Geschichte der Sowjetunion neu auszutarieren. Das heißt vor allem, anhand der neuen empirischen Belege nicht nur die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Rolle des Kommunismus als internationaler Bewegung mit seinem „Sonnensystem“ (Otto Kuusinen) internationaler Organisationen zu komplettieren und neu zu analysieren, sondern auch ein um die Transnationalität erweitertes Bild des Stalinismus zu entwerfen. Diese Aufgabe, die für die Teildisziplinen osteuropäische Geschichte, Außenpolitik der Sowjetunion oder für die Kominternforschung etc. aktuell diskutiert wird, ist nur im Rahmen der transnationalen und verbundenen Geschichte von Komintern, Kommunistischer Partei der Sowjetunion und ihrer Führungsorgane, dem Politbüro und der Führungsspitze Stalin, den internationalen Kommunistischen Parteien im Verbund der Komintern und darunter der Rolle der KPD zu leisten.[1]

Die nach Recherchen in Russland, Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz neu eruierten Dokumente illustrieren erstmals die Wirkungsweise eines nicht in nationalen Grenzen zu fassenden, von drei Einheiten und Kräften bestimmten Parallelogramms, den Kommunistischen Parteien, der Komintern und der RKP(b)/VKP(b) als Machtzentrum der Sowjetunion. Die drei Kräfte wirkten international, stellten globale Bewegungen dar und bildeten globale Momente heraus, „(…) die zum Referenzpunkt für Akteure in verschiedenen Regionen wurden.“[2] Im Mittelpunkt dieses Textes steht die Frage nach der Funktions- und Wirkungsweise dieser vor allem durch die handelnden internationalen Organisationen vermittelten transnationalen Beziehungs-, Bewegungs- und Transfergeschichte, zu deren *global moments* die „Stalinisierung“ des Kommunismus, die deutsche und europäische Katastrophe 1933, der im Namen des Sozialismus verübte Terror in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und die erneute europäische Katastrophe zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gehören. Gerade aufgrund der mangelnden vergleichenden Gesamtperspektive, war es bislang schwierig, die Geschichte des deutschen Kommunismus im Spannungsfeld zwischen kommunistischer Weltbewegung und sowjetischer Politik in einem Gesamtentwurf modellartig zu beschreiben. Erst durch die globalgeschichtliche und vergleichende Sicht, die die *unterschiedlichen Wirkungsebenen* in Bezug zueinander setzt, lassen sich auch die unterschiedlichen nationalen und subnationalen Artikulationen des Kommunismus zu einem Gesamtbild formen.[3] Während dies für die 1920er Jahre dank

---

1 Siehe zum Konzept der Transnationalität Margrit Pernau: Transnationale Geschichte. Göttingen: Vandenhoek & Ruprecht 2011 (Grundkurs Neue Geschichte).

2 Pernau, Transnationale Geschichte, S. 83f.

3 Auch hier leisteten Pioniere wie Franz Borkenau, Ruth Fischer und bsw. Richard Löwenthal wichtige Beiträge, trotz einiger subjektiv geprägten Einschätzungen, vgl. Franz Borkenau: European

des von Hermann Weber entwickelten Stalinisierungsparadigmas – das gleichwohl noch transnational und vergleichend unterfüttert werden muss – weitgehend gelungen ist, konnte dieser operative Ansatz bisher weder für die 1930er Jahre, noch für die gesamte Kominternperiode von der Kommunismus- oder der Sowjetunionforschung systematisch umgesetzt werden.[4] Einer Ausdifferenzierung der internen und externen Faktoren stehen die höchst unterschiedlichen und mäandrischen Stalinismusanalysen entgegen, die globale, transnationale Theorie- und Interpretationsansätze erschweren. Seit Öffnung der Archive sind sie größtenteils entweder kulturalistisch orientiert und deswegen an System- und Transitionsfragen uninteressiert oder auf die Gewaltgeschichte des Stalinismus in der Sowjetunion konzentriert.

Je weniger die gleichzeitig wirkenden Kräfte in einem Parallelogramm auseinandergehen, desto stärker ist die Resultante als Gesamtwirkung. Betrachtet man den Stalinismus als globales Phänomen, lassen sich starke zentrifugale Kräfte festmachen, die letztlich im Scheitern und der Zerstörung des offiziellen deutschen Parteikommunismus und der Auflösung der Komintern endeten. Die neuen Dokumente ermöglichen der Forschung eine präzisere und innovative Kontextualisierung nicht nur der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, sondern auch der Kommunistischen Internationale und der deutsch-sowjetischen bzw. sowjetisch-deutschen Beziehungen.[5] Kommunistische Parteien, Komintern und VKP(b) verfolgten dabei zunächst unterschiedliche Aufgabenstellungen und formten eine Globalität unterschiedlicher transnationaler Artikulationen. Heute lässt sich empi-

Communism. London: Faber & Faber 1953. S. 228; Ruth Fischer: Stalin and German Communism. Cambridge MA: Harvard University Press 1948. Zu den neueren transnationalen Ansätzen siehe Immanuel Wallerstein: Social Science and the Communist Interlude, or Interpretations of Contemporary History (ISA Regional Colloquium, „Building Open Society and Perspectives of Sociology in East-Central Europe". Krakow, Poland. 15.–17.9.1996), http://www2.binghamton.edu/fbc/archive/iwpoland.htm (1.9.2013); Gleb Albert: From „World Soviet" to „Fatherland of All Proletarians". Anticipated World Society and Global Thinking in Early Soviet Russia. In: InterDisciplines. Journal of History and Sociology, 1 (2012). S. 85–119; Vgl. meine Beiträge: „Communism as international Movement" und „The Communist International". In: Encyclopedia of Global Studies. Hrsg. v. Helmut Anheier u. Mark Juergensmeyer, Victor Faessel [u. a.]. 5 Bde. Thousands Oaks, CA/London: SAGE 2012. Bd. 1. S. 234–241; Id.: In: Ibid. S. 242f.

4 Siehe hierzu Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1969; Vgl. Hermann Webers einleitende Überblicksdarstellung der KPD-Geschichte im vorliegenden Band. Zur Stalinisierungsthese neuerdings Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley [u. a.]: Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Basingstoke/New York 2008; Hermann Weber: Die Stalinisierung der KPD. Alte und neue Einschätzungen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007). S. 221–244; Ders.: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. In Zusammenarbeit mit Johann Wachtler. Düsseldorf: Droste 1981 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. III. Reihe. 6).

5 Hierzu immer noch zielführend als Gesamtüberblick ist Dietrich Geyer: Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte XXIV (1976). H. 1. S. 2–37.

risch nachvollziehen, wie im Stalinismus die unterschiedlichen Kräfte und Ebenen gebündelt und entweder substituiert oder als unterschiedliche Kanäle im zentralen Machtzentrum der Sowjetunion zentralisiert oder zumindest austariert wurden. Die zunehmende innere Zersetzung und Schwächung der internationalen kommunistischen Bewegung der Zwischenkriegsperiode ist Resultante des globalen Stalinismus, dessen Existenz in der nächstfolgenden Weltkriegsperiode nur aufgrund einer barbarischen Kraftanstrengung gerettet werden konnte. Mit Hilfe des globalen Stalinismusmodells lassen sich eine Vielzahl neuer und alter Themenfelder, Problemkreise und Forschungsprobleme, die seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bereits mehrere Forschergenerationen beschäftigt haben, einer historischen Auflösung zuführen. In Teil 1 werden deswegen einige Ausführungen zu Forschungsstand und Phänomenologie des Stalinismus als transnationalem Phänomen gemacht und dabei Bausteine für eine kritische Theorie des Stalinismus entwickelt.

Die neuen Kontextualisierungen, Hypothesen und Synthesen für die Forschung, die am Schluss der folgenden Darstellung zusammengefasst werden, beleuchten die Wirkungsgeschichte des Stalinismus der 1930er und 1940er Jahre nicht nur in ihren Auswirkungen auf den deutschen Parteikommunismus, sondern unter dem Aspekt des Deutschland-Russland-Komplexes und der Veränderungen des Weltsystems im 20. Jahrhundert.

Eine neue Phase der Kommunismus- und Stalinismusforschung

Seit 1989/1991 ermöglicht der neue Dokumentenzugang nicht nur eine produktive Entfaltung der Stalinismusforschung, sondern schuf mit der Implosion der poststalinistischen Regime und der existentiellen Krise der Kommunistischen Parteien auch gute Voraussetzungen für eine quellengestützte transnationale Aufarbeitung der internationalen kommunistischen Bewegung. Die vorliegende Edition bietet reichhaltige Ansatzpunkte und Bausteine für die immer noch ausstehende quellenkritische Theorie des Stalinismus als globalem Phänomen. Auch wenn sich die Stalinismusforschung seit der Umbruchsperiode ausgangs des 20. Jahrhunderts in sozial-, kultur-, mental-, gesellschaftswissenschaftliche und anthropologische Fragestellungen diversifizierte, wurde die Systemfrage in erster Linie mit dem einseitig auf dem Gewaltsyndrom aufbauenden Totalitarismus-Ansatz beantwortet.[6] Hier spielte das „Schwarzbuch des Kommunismus“ eine bedeutende Rolle, während die neue postmodern-kulturalistische Forschung die Systemfrage nicht stellte.

Das Wesen des Stalinismus wurde in der transnationalen Einordnung des „realen Sozialismus“ richtigerweise als Übergangsgesellschaft, in der politischen Wissenschaft auch als Übergangs- bzw. Transitions- oder Transformationsphänomen ana-

---

6 Siehe hierzu Alter L. Litvin, John L. H. Keep: Stalinism. Russian and Western Views at the Turn of the Millenium. Abingdon/UK/New York: Routledge 2005.

lysiert.[7] Verfolgt man die Stalinismusanalysen bis auf ihre linken Wurzeln zurück, wurde ihr Ursprung im Gefolge der theoretischen Überlegungen Preobraženskijs, Korschs, Trotzkis und der antistalinistischen kommunistischen Oppositionen der 1920er und 1930er Jahre etwa durch Moshe Lewin und Stephen F. Cohen in der „Bürokratisierung einer Gesellschaft im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus" gesehen,[8] die ein Ergebnis der Verschmelzung der Staats- und Parteibürokratien mit der bürokratischen Wirtschaftsverwaltung in der Sowjetunion war. Von der obersten Herrschaftsebene aus betrachtet, beruhte der Modus der Bürokratisierung in der Sowjetunion auf personellen Netzwerken. Dabei vertraten die unterschiedlich geprägten bürokratischen und zu einem großen Teil neu rekrutierten Schichten nicht die allgemeinen Interessen – auch nicht die des Sozialismus, sondern nur die allgemeine Zielrichtung der tautologisch im Rahmen des „Sozialismus in einem Lande" begründeten staatlichen Hypertrophierung, wie es bereits die frühe Stalinismusforschung festhielt, zu der neben Boris Souvarine und Lev Trotzki auch Karl Korsch und Karl August Wittfogel gehören.[9] Die Übernahme der nationalen Prinzipien auf der internationalen Ebene erfolgte unter den Leitvorstellungen der „Nationalen Fronten" und der „Volksdemokratie" als Affirmation des nationalen Prinzips durch die Kommunistischen Parteien als entscheidende Blaupause für die kommunistische Weltbewegung.

Zur theoretischen und typologischen Einfassung des Systems (bis ca. 1956) zog Moshe Lewin als Pionier der Sozialgeschichte des Stalinismus den Begriff des „bürokratischen Absolutismus" heran, der nur für sich selbst existierte und dessen Funktionsweise Mitte der 1930er Jahre in eine „systemische Paranoia" umschlug.[10] Die „kapriziöse, paranoide, ungehinderte Tyrannei Stalins als Person" vergrößerte durch forcierte Industrialisierung, Zwangskollektivierung und Terror die Abstände

7 Moshe Lewin (siehe im Folgenden); Stephen F. Cohen: Bolchevism and Stalinism. In: Stalinism. Essays in Historical Interpretation. Hrsg. v. Robert C. Tucker. New York: Princeton University Press 1977. S. 3–29. Ein Vorreiter war die Stalin-Biographie von Boris Souvarine aus dem Jahre 1935 (Boris Souvarine: Staline. Aperçu du bolchévisme. Paris: Gérard Lebovici 1935; deutsch: Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus. München: Bernhard & Graefe 1980). Zur Weiterführung des bürokratiekritischen Ansatzes vgl. Ernest Mandel: Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie. Übersetzt aus dem Englischen v. Björn Krüger. Köln: Neuer ISP Verlag 2000. S. 42.

8 Mandel, Macht und Geld, S. 42.

9 Historiographische Arbeiten zur frühen Stalinismusanalyse sind selten. Zum Stalin-Biographen Souvarine siehe Jean-Louis Panné: Boris Souvarine. Le Premier désenchanté du communisme. Paris: Robert Laffont 1993. Die grundlegende Stalinismusanalyse Trotzkis, als einer der wichtigsten Akteure und politischen Denker zugleich wichtigster Theoretiker des internationalen revolutionären Marxismus im 20. Jahrhundert, wird in der Forschung bis heute kaum herangezogen. Zu den Ausnahmen gehören Baruch Knei-Paz: The Social and Political Thought of Leon Trotsky. Oxford: Clarendon Press 1978; Helmut Dahmer, Isaac Deutscher, George Novack [u. a.]: Leo Trotzki. Denkzettel. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolutiion. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1981; Pierre Broué: Trotzki. Eine politische Biographie. 2 Bde. Köln: ISP 2003.

10 Hierzu auch im Folgenden Moshe Lewin: The Soviet Century. London/New York: Verso 2005.

zur vorhergehenden Leninschen Epoche.[11] Lewin hob als den Stalinismus dominierende Bewegungsmodi modernisierungstheoretisch den industriellen „catch-up" des Westens und herrschaftssoziologisch den Aufbau eines starken Staates in direkter Kontinuität des Zarismus hervor. Das Totalitarismusparadigma kennzeichnet zwar instrumentell die Herrschaftsmethoden, ist jedoch weder in der Lage, die multiplen sozialen Transformationen, noch umgekehrt die der Stalinschen Herrschaft inhärente Unsicherheit, Schwäche und Bedrohung für die Existenz der Sowjetunion hinreichend zu erhellen. Auch der Terror und seine Rationale müssten – so Moshe Lewin – differenziert betrachtet werden: Bei aller Entschiedenheit und Brutalität habe es der Stalinismus selbst durch umfassende Repression nicht vermocht, die latente Unzufriedenheit und Kritik in der Gesellschaft zu beseitigen. Als zentraler Mechanismus wirkte hierbei die „Depolitisierung" der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch die Kontrolle einer sich als beherrschende Macht konstituierenden, in Staat und Produktion verwurzelten Bürokratie.[12]

Trotz vielfacher Ausdifferenzierung der Forschung haben sich in der Systemfrage große Teile der Historiographie nicht weiterentwickelt. Aufgrund der antikommunistischen Linse und dem „irreführenden Rahmen des Totalitarismus" wurden die fundamentalen Unterschiede zwischen dem ursprünglichen „bolschewistischen System" und dem „agrarischen Despotismus" des Stalinismus wie die „dramatischen Veränderungen von unten" immer weniger wahrgenommen.[13] Überhaupt wurde der „Stalinismus" erst spät zum Konzept von Historiographie und Erinnerungskultur, vielfach erst durch die Aufarbeitungsdynamik nach 1989 befördert. Vorher wurde der Stalinismusbegriff vielfach als antikommunistische trotzkistische Konterpropaganda und damit als für den Diskurs nicht legitim abgetan. Progressive Intellektuelle und Denker, die ihn seit den 1930er Jahren benutzten,[14] wurden als Antikommunisten abgeschoben. Doch kaum war er als Bestandteil des Diskurses legitimiert, wurde er im Sinne der Totalitarismusthese ungerechtfertigt als *pars pro toto* Kommunismus und Sozialismus als ganzem übergestülpt. Die klassische Stalinismusforschung reicht bis in die 1920er und 1930er Jahre zurück. Ihre Wurzeln lagen in der politischen Kultur und der theoretischen Tradition der linken antistalinistischen Oppositionellen in der

11 Bernhard H. Bayerlein: Moshe Lewin (Vilnius 1921–Paris 2010). In: The International Newsletter of Communist Studies. Bd. XVII (2011). Nr. 24. S. 46f.

12 Empirisch belegte er dies anhand der Untersuchung der Wirtschaftsbürokraten und Administratoren der Organe der Planwirtschaft als Träger einer (insgesamt gescheiterten) Modernisierung.

13 So Robert Lengvold in seiner Rezension von Moshe Lewins „Soviet Century": „Our original lens, fashioned from anticommunism and the misleading frame of totalitarianism, failed us by blurring the fundamental difference between the original Bolshevik order and the ‚agrarian despotism' of Stalinism, and by distorting the dramatic change underway from below." Robert Legvold: The Soviet Century. In: Foreign Affairs (1.5.2005). http://www.foreignaffairs.com/articles/60738/robert-legvold/the-soviet-century (1.9.2013).

14 Exemplarisch dazu die Surrealisten um André Breton, Ex-Kommunisten und zugleich herausragende Intellektuelle wie Boris Souvarine oder später George Orwell.

Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung, die den trotzkistischen und weiteren parallelen linkskommunistischen und linkssozialistischen Strömungen angehörten, – eine Kontinuität, an die bis heute in der akademischen Forschung nicht mehr angeknüpft oder die sogar verdrängt wird.

Der dem globalen Stalinismus zugrundeliegende Grundwiderspruch bestand darin, dass der Stalinismus trotz aller Renationalisierungstendenzen über die Außenpolitik und die *Cultural Diplomacy* hinaus nicht auf den Einsatz der Kommunistischen Parteien und bis 1943 auch der Komintern als transnationale Instrumente verzichtete. Der Stalinismus ist als transnationales, ja globales Phänomen, bisher kaum konzeptualisiert worden.

Auch der bis zum Genozid reichende Terror, der sich wie die Forschung erwiesen hat, als umfassender und in seinen Folgen schwerwiegender erweist als lange Zeit angenommen, gehört zu den transnationalen Wesensmerkmalen des Stalinismus. Zunächst einmal weisen, was den stalinistischen Terror angeht, die im Band vorgelegten Dokumente über den sowjetischen Horizont hinaus. Sie zeigen auch den Terror als ein transnationales Phänomen. Sie konkretisieren und präzisieren Methodik, Ergebnisse sowie mentale und lebensweltliche Folgen für die Komintern, die KPD als Institution sowie für zahlreiche internationale Akteure, besonders für die deutschen Kommunisten und bezogen auf ihre Situation in der Sowjetunion.

Auch hier lassen sich jedoch, insbesondere seit Beginn des Hochstalinismus 1929/1930, auch für die Komintern im Kriegsgefahrsyndrom, in der Kriminalisierung und der Ausübung von Gewalt gegen Kommunisten Vorläufersyndrome erkennen, die dann im „großen Terror" in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre als „systemische Paranoia" vollends zum Ausdruck kommen.[15] Die selbst vom Volkskommissar für Äusseres, Čičerin scharf als Unfug kritisierte Kriegsgefahr-Kampagne der Komintern (siehe Dok. 212) bauschte vorhandene Krisen wie den Überfall auf die sowjetische Botschaft in Peking, die Ermordung des Sowjetbotschafters Vojkov in Warschau oder die Chamberlain-Note wie auch krasse eigene Fehler in der China- und Englandpolitik manipulativ auf bzw. deutete sie bewusst um, nicht zuletzt mit der Absicht, die Opposition zu diskreditieren (vgl. Dok. 151).[16]

15 Zur Funktion und Artikulation des Kriegsgefahrsyndroms siehe auch im Beitrag von Hermann Weber. Vgl. Adam B. Ulam: Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy, 1917–67. London: Secker & Warburg 1968. S. 165, 183; Manfred von Boetticher: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und ‚äußere Bedrohung'. Düsseldorf: Droste 1979; Alfred G. Meyer: The War Scare of 1927. In: Soviet Union/Union Soviétique 5 (1978). 1. S. 1–25.

16 Im neueren Buch von David Stone wird die Einschätzung Meyers anhand der neugeöffneten Militärarchive der Sowjetunion auch empirisch widerlegt. Die Kriegsgefahr-Kampagne führte nicht einmal zur Intensivierung der Bewaffnungs-Anstrengungen. Die Verteidigungskampagnen in der Roten Armee liefen schon viel früher an, die reale Waffenproduktion entsprach dabei keineswegs Anforderungen eines Krieges (siehe David Stone: Hammer and Rifle. The Militarization of the Soviet Union 1926–1933. Lawrence: University Press of Kansas 2000. S. 43f., 50f. u. a.)

KPD, Komintern und RKP(b)/VKP(b) im Kräftedreieck

Die vergleichende Sicht auf den Terror im Rahmen der sowjetischen Geschichte einerseits und der Kominterngeschichte andererseits erbringt hier neue Erkenntnisse. Er entfaltete sich in drei Wellen: Zunächst als Auslöschung der alten, die revolutionären und internationalistischen Traditionen verkörpernden bolschewistischen Eliten ab Ende 1935, dann ab 1937 das Übergreifen des Terrors auf die gesamte Gesellschaft (Massenterror) und schließlich von 1938 an die als „nationale Aktionen" verbrämte kollektive Bestrafung, Zwangsdeportation und/oder Auslöschung gesamter Bevölkerungen nichtrussischer nationaler Minderheiten wie Georgier, Ukrainer, Russlanddeutsche, Tataren oder fernöstliche nationale Gruppen, was den grundlegenden Prinzipen der Komintern zuwiderlief und keinerlei Raum mehr für das *Affirmative Action Empire* ließ (Terry Martin).[17]
Erst der Blick auf die Internationale und die Kommunistischen Parteien vervollständigt das Tableau. Der Terror des globalen Stalinismus schloss nicht nur die bekannten politischen Repressionen und Prozesse hinter den Linien des Spanischen Bürgerkriegs und die Ermordung großer Teile der kommunistischen Emigration in der Sowjetunion ein, sondern betraf politische Morde unliebsamer „Dissidenten" in Europa und Übersee durch die Kommandos des NKVD oder den Einsatz großflächiger manipulativer Techniken zur Beeinflussung der öffentlichen Weltmeinung, einschließlich des Aufkaufs liberaler Pressemedien. Es unterstreicht, dass bei aller Verschiedenheit der Opfer- und Tätergruppen die unterschiedlichen Phänomene in einem Gesamtbild zusammengefasst und erklärt werden können.

Die hier veröffentlichten Dokumente stellen einen Link zwischen der Kommandoebene und den unterschiedlichen Facetten des gerade gegen deutsche Kommunisten ausgeübten Terrors her. Ausführlich dokumentiert wird das schockierend deutliche, zynische Desinteresse des russischen Politbüros an der politischen Repression, ja dem Hinschlachten der deutschen Kommunisten, dem Zehntausende KPD-Mitglieder zum Opfer fielen. Deutlich werden die abstoßende Asylpraxis der Sowjetunion, die Antifaschisten an NS-Deutschland auszuliefern, die Zerschlagung des Militärapparates der KPD von innen heraus, die verhinderte Befreiung des KPD-Führers Thälmanns, die sein Schicksal besiegelte und – nicht zuletzt – der meuchlerische Mord an der Mehrheit der deutschen Kommunisten, die im „Vaterland der Werktätigen" eine letzte Zuflucht gesucht hatten. Die herausragende Rolle der polnischen und deutschen Kommunisten als Terroropfer sollte vor dem Hintergrund neu untersucht werden, dass sowohl die KP Polens als auch die KPD ein vorrangiges Hindernis für

17 Terry Martin: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939. Ithaca: Cornell University Press 2001 (Wilder House Series in Politics, History & Culture). Hier wird das Ende des „Affirmative Action Empire" bereits mit dem Anfang der 1930er Jahre festgemacht. Zu einem Überblick der Deportationen siehe Jean-Jacques Marie: Les peuples déportés d'Union Soviétique. Bruxelles: Editions Complexe 1995 (Questions au XXe Siècle).

den Fall darstellten, dass der Weg zu einer großen Allianz der Stalinschen Sowjetunion mit Hitlerdeutschland eingeschlagen würde. Es steht außer Zweifel, dass die Parteimitglieder unter normalen Bedingungen eine solche Entwicklung nicht mitgetragen hätten.

Die Kommunistischen Parteien – Zentrum und Peripherie

Was die Geschichte des deutschen Kommunismus angeht, sind erstaunlicherweise die 1930er Jahre seit der Öffnung der Archive als Ganzes kaum systematisch erforscht worden. Dabei geht es nicht mehr um die Anfang der 1930er Jahre weitgehend abgeschlossene Stalinisierung, die sich in der Folge Hermann Webers als Paradigma in der Forschung weitgehend durchgesetzt hat, sondern gerade darum, welche (möglicherweise neue) Rolle der KPD und dem deutschen Kommunismus im neuen Koordinatensystem des vollendeten Stalinismus attribuiert war und welche Rolle sie tatsächlich spielten. Eine Schwierigkeit liegt bis heute darin, dass mit dem Stalinismus ein Prozess der Entwurzelung, Umdeutung und Zerstörung der historischen Erinnerung erfolgte, der die eigene Parteigeschichte zu einem „Buch mit sieben Siegeln“ machte. Der Substitutionalismus kennzeichnete auch die Führungsgruppen der meisten Kommunistischen Parteien. Das Stalinisierungsparadigma, das von Hermann Weber für das Beispiel der KPD entwickelt wurde, ist mittlerweile auch als transnationales Modell breit akzeptiert,[18] wobei Durchsetzungsprozesse in den Kommunistischen Parteien durchaus variierten. Gegen eine statische Sicht spricht bereits der Übergangscharakter der Stalinisierung als einer Symbiose von organisatorischer Angleichung und ideologischer Konsekration des „Marxismus-Leninismus“ in den Parteien.

In den Kommunistischen Parteien ergaben sich unterschiedliche Verläufe – man vergleiche nur die KPD mit der KP Englands – und es liegt in der Natur der Sache, dass dieser Prozess nie in toto abgeschlossen wurde. Im Falle der KPD ging es zunächst um die Beseitigung der eigenständigen Wurzeln und Traditionen des deutschen Sozialismus und Kommunismus, ein Prozess der ideologisch auf den „Marxismus-Leninismus“ abgestützten Entwurzelung durch den globalen Stalinismus, ob es sich dabei um den Kampf gegen den „Luxemburgismus“ oder den „westlichen Marxismus“ handelte.

Als Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie betrachtet, beinhaltete der globale Stalinismus einen kontinuierlichen Prozess der „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien als Grundtendenz, bei gleichzeitiger Anpassung an die Sowjetunion. Die erste Phase umfasste die Kommunistischen Parteien der Jahre 1919 bis 1928, deren Bindung an das Zentrum von 1921 an verfestigt wurde, gefolgt von einer

18 Weber, Die Wandlung; Siehe hierzu neuerdings Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley (Hrsg.): Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization. 1917–53. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008.

zweiten Welle der „Bolschewisierung“ ab 1924. Die zweite Phase betraf die stalinisierten Kommunistischen Parteien von 1929 bis 1939/1941, die, der sowjetischen Politik folgend, das nationale Prinzip als strategische Grundlage übernahmen. Im globalen Stalinismus spielten Deutschland und die KPD eine zentrale Rolle. Der Stalinismus wirkte sich zunächst als Funktionalisierung der KPD im Rahmen des seit 1927 verstärkt proklamierten künstlichen Kriegsgefahrsyndroms aus, die wie alle Kommunistischen Parteien die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr als operative und strategische Hauptaktivität zu übernehmen hatte.

KPD, Komintern und RKP(b)/VKP(b) im Weltsystem

Über das Studium der nationalen Akteure, der unterschiedlichen Perzeptionen und der kulturellen Transfers hinaus bilden Komintern und Kommunistische Parteien als historisch bisher letztes Beispiel die Matrix einer revolutionären, durch globale Networks verbundenen Institution und ihrer Transition im Stalinismus und des neu beförderten russischen Nationalismus, und damit als Grundmuster des 20. Jahrhunderts den Aufstieg und die lange Agonie des offiziellen Parteikommunismus.[19] Trotz der Archivrevolution birgt die Analyse des Kommunismus und seines Doppelcharakters als Bestandteil der zentralen Herrschaftsprozesse des modernen, sich seit dem 15. Jahrhundert herausgebildeten Weltsystems noch eine Reihe theoretischer Defizite. Der vorliegende Text soll auf der Grundlage des neuen empirischen Materials neue sozialwissenschaftliche Lösungsansätze zur Erlangung eines „organisations- und herrschaftstheoretischen Verständnisses“ des Kommunismus und seiner sozial-, wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Einordnung in das moderne Weltsystem skizzieren.[20] Dies bedeutet, prioritär die Veränderungen und Transformationen bzw. Transformationsperioden des Weltsystems in den Blick zu nehmen.

Während sich die junge Sowjetunion bewusst über das hegemoniale Konzept der Nation hinwegsetzte, entsprach der „Nationalisierungsprozess“ der Kommunistischen Parteien im Stalinismus einem De-Internationalisierungsprozess der Komintern, die ihre Eigenständigkeit als globaler Akteur vollends aufgab. Anhand der Dokumente lässt sich nachvollziehen, wie die auf die globalisierte Befreiung des Proletariats und auf die Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems orientierten Politiken von Komintern und KP Russlands im Stalinismus zur alleinigen Unterstützung der nachholenden Entwicklung der Sowjetunion funktionalisiert und die

19 Vgl. hierzu David Priestland: The Red Flag. Communism and the Making oft he Modern World. London: Lane 2009.

20 Unter Rückgriff auf die unterschiedlichen soziologischen und politikwissenschaftlichen Welstsystem-Ansätze hat Armin Stickler dies für die NGO’s nach 1945 untersucht. Siehe Armin Stickler : Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine kritische Bestandsaufnahme. Bielefeld: Transcript 2005.

internationalen Netzwerke und Kommunikationsnetze darauf ausgerichtet wurden. Dabei ließ der Stalinismus, nicht zuletzt dank der Komintern, als intermediäre, sowjetisch dominierte und zunehmend auf die reine formale Organisierung ausgerichtete Institution „emanzipatorische Alternativen auf globaler Ebene" (Stickler) ins Leere laufen oder sogar unterdrücken. Mit der Chimäre des „Sozialismus in einem Lande" getarnt, wurde der Aufbau eines neuen großrussischen Staates nicht mehr international und revolutionär, sondern nur noch als Export des sowjetischen Modells vermittelt, falls erforderlich, auch gewaltsam durch die Rote Armee.[21] Insofern ging es bei der hier dokumentierten Ausschaltung der zumeist links stehenden Opposition nicht ausschließlich – wie Gleb Albert ausführt – um Parteiführungs- bzw. Nachfolgeprobleme, sondern um die Theorie und Praxis der internationalen Revolution und um „die von der Sowjetunion im internationalen Kontext einzunehmende Position".[22] Trotz dieses fundamentalen Wandels gelang es dem Stalinismus, große Teile der internationalen Weltmeinung für das als reales Modell der idealen Weltgesellschaft präsentierte Modell der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen" zu gewinnen und dabei mit einer weltumspannenden „cultural diplomacy" zu umgarnen bzw. zu blenden.

Globale, progressive antifaschistische oder antikolonialistische Bewegungen, die in der orthodoxen Sichtweise der Historiker häufig als konsequente Produkte und Instrumente der sowjetischen Politik angesehen wurden, bspw. der feste Wille, gemeinsam mit den Westmächten eine starke Anti-Hitler-Koalition zu schmieden, oder selbstständige nationale Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu unterstützen, wurden dabei ideologisch kompatibel gemacht und instrumentalisiert. Der Rückzug vom originären bolschewistischen Projekt erfolgte parallel für die kapitalistischen Zentren und die mit „Baku-Perspektive" verknüpften Ziele in der großen Peripherie.[23] Wie das Beispiel der 1926 auf Initiative von Willi Münzenberg konstituierten Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit (LAI) zeigt, wurde die antikoloniale und antiimperialistische Aufbruchsstimmung Anfang der 1920er Jahre, als Lenin, nicht Wilson, weltweit zum Vorreiter und Meinungsführer des „antikolonialen Nationalismus" und des Prinzips der nationalen Selbstbestim-

21 Siehe hierzu Albert: From World Soviet to Fatherland of All Proletarians; Jan Foitzik: Der proletarische Internationalismus des sozialistischen Weltsystems. Die Mythologisierung des sowjetischen Führungsanspruchs. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007). Nr. 1. S. 115–124.

22 Vgl. hierzu die zitierten ökonomischen Debatten in der Kommunistischen Akademie im Herbst 1926. Albert, From World Soviet to Fatherland of All Proletarians, S. 109.

23 Vom 1.–8.9.1920 fand in Baku „Der Erste Kongress der Kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens statt, siehe John Riddell (Hrsg.): To See the Dawn. Baku 1920. First Congress of the Peoples of the East. New York: Pathfinder 1993 (The Communist International in Lenin's Time). Wallerstein sieht Baku als zweiten Wendepunkt der Einordnung des internationalen Kommunismus in das Weltsystem. Nach dem Wiederzusammenbau („reassembling") des russischen Empires sei diese die Verlagerung der revolutionären Schwerpunkte von den Zentren in die Peripherien und Semiperipherien gewesen, siehe Wallerstein: Social Science and the Communist Interlude.

mung wurde, nicht weiter gefördert.[24] Der Aufbau einer revolutionären antikolonialistischen Internationale stand nicht (mehr) auf der Tagesordnung. Diese Transition vollzog sich im Stalinismus auf globaler Ebene in zwei Stufen, zunächst durch die Einhegung im Sinne der „formalen Organisierung" („Bolschewisierung" etc.) und dann durch eine zunehmend schärfere Kontrolle und schließlich Liquidierung der internationalen Kommunikationskanäle. Dieser Prozess gipfelte in der durch Terror beförderten Auflösung der transnationalen Verbindungsstrukturen und zugleich in den eher horizontal und „demokratischer" ausgerichteten internationalen Massenorganisationen, dem „Sonnnensystem" der Komintern (Otto Kuusinen).

Nach dem Scheitern der Sozialdemokratie bedeutete dies innerhalb nur eines Vierteljahrhunderts den definitiven Kollaps des „Arbeiterbewegungsmarxismus", der sich fortan auf die „juristische und politische ‚Anerkennung'" im Rahmen der Nationalstaaten reduzierte.[25] Die sozialdemokratische, kommunistische und regional auch die anarchistische Internationale bildeten die historisch bisher massivsten Bewegungen gegen das geschlossene kapitalistische Weltsystem und die von ihm produzierten Krisen, sowohl in den Zentren als auch in den (Semi-) Peripherien.[26] Walter Benjamin diagnostizierte nach dem Stalin-Hitler-Pakt ein doppeltes Scheitern als national begründetes Zurückweichen der Sozialdemokratie und als inneren Verrat seitens des Stalinismus.[27] Entsprechend des Funktionswandels der Kommunistischen Parteien sollten diese neben der kommunikativen Sprachrohrfunktion nun zuvörderst entsprechend der vermeintlichen sowjetischen Interessen der Einflussnahme auf die nationalen Regierungsapparate bzw. – in den kolonialen Ländern – die nationalen Befreiungsbewegungen dienen. In normative Vorgaben umgesetzt, bedeutete dieser Paradigmenwechsel freilich noch lange nicht, dass die Parteimitglieder dies auch „schluckten" bzw. mitvollzogen. Neue Oppositionen und Resistenzen innerhalb und außerhalb der Parteiapparate begleiteten auch den Stalinismus.

Trotz der welthistorischen Niederlage gegenüber dem Nationalsozialismus im Jahre 1933 diente die deutsch-russische Achse dem Stalinismus weiterhin als vermeintlich erfolgreiches Mittel der nachholenden Modernisierung der Sowjetunion;

---

24 Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford: University Press Oxford 2007. S. 7f.

25 Robert Kurz: A nova simultaneidade histórica. O fim da modernizaçcão e o começo de uma outra história mundial. In: Folha de São Paulo (25.1.2004).

26 Zur Weltsystemtheorie Braudels und Wallersteins siehe Immanuel Wallerstein: The Modern World System. 4 Bde. New York/San Francisco/London: Academic Press 1974–2011.

27 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte (1940). In: W. Benjamin: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser. Frankfurt/M. 1991. Bd. I, 2. S. 691–704, bes. S. 698f.; Vgl. dazu meinen Essay: Innerer Verrat als Prinzip der Herrschaft. Die internationale kommunistische Bewegung und der Zweite Weltkrieg vom Stalin-Hitler-Pakt zum „Fall Barbarossa". In: Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!". Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit von Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij u. Gleb Albert. Mit einem Zeitzeugenbericht von Wolfgang Leonhard. Vorwort v. Hermann Weber. Berlin: Aufbau 2008 (Archive des Kommunismus – Pfade des 20. Jahrhunderts. IV). S. 54–102.

wie Gerd Koenen und Jan Foitzik betonen, blieb der Deutschland-Russland-Komplex also weiterhin zentral,[28] nur nicht mehr auf revolutionärer Grundlage. Deutschland galt nicht mehr, wie in der Leninschen Ära, als Epizentrum der Revolution, für die jeder russische Kommunist sein Leben opfern würde. Neue Schlachtfelder der Komintern wurden China, Indien und später Lateinamerika. Zu keinem Zeitpunkt in den 1930er Jahren stufte die Komintern die Situation in Deutschland als revolutionär, nicht einmal als vorrevolutionär ein. In gewissem Sinne war die katastrophale Niederlage in Deutschland 1933 der Beleg dafür, dass die KPD, wenn überhaupt, für die sowjetische und die Kominternführung nur noch eine Hilfsfunktion im Weltsystem erfüllte.

Je mehr neue Dokumente zum Vorschein kommen, desto stärker wird die notwendige herrschaftskritische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus gefördert, desto stärker werden orthodoxe und traditionalistische Sichtweisen der Stalinismusforschung, die bspw. das taktische Geschick oder die antifaschistische Zielsetzung des Stalinismus hervorheben, unterminiert. Stattdessen trugen der Stalinismus – und mit ihm die Kommunistischen Parteien – in erheblichem Maße zu den Katastrophen des Weltsystems im 20. Jahrhundert bei. Mit Blick auf neue Forschungen erweist sich Stalin, wie Teddy J. Uldricks bilanziert, nur allzu oft als Alleinherrscher, „der andere politische Führer missverstand, die internationale Situation völlig falsch einschätzte, irrige Politiken in die Wege leitete und vielversprechende Gelegenheiten verpasste".[29]

„Nationalisierung" der Parteien implizierte zugleich eine Neudefinition der Aufgaben und Pflichten der Mitglieder. Seit Ende der 1920er Jahre wurde im Rahmen der sog. „Betriebsberichterstattung" oder zumindest teilweise auch der „Arbeiterkorrespondenten" die nachrichtendienstliche Tätigkeit für die Sowjetunion, also ein den Traditionen der Arbeiterbewegung als Massenbewegung fremder Typus von Aktivität, zur legitimen Artikulation von Militanz.[30] Der sog. „*Internationale Briefwechsel der Zellen*" wurde, ähnlich wie die *Internationale Arbeiterkorrespondentenbewegung*,

28 Zum Deutschland-Russlandkomplex vgl. Gerd Koenen (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924. München: Fink 1998 (West-Östliche Spiegelungen. A 5); Gerd Koenen (Hrsg.): Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945. München: Beck 2005; Jan Fotzik: Der deutsche Rußland-Komplex 1945–47: Ostorientierung und Befreiungsambition". Unveröff. Ms., demnächst in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Berlin/Moskau.

29 Teddy J. Uldricks: Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues. Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660, hier: S. 660.

30 Zur Betriebsberichterstattung („BB-Arbeit") siehe Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione. Berlin: Dietz 2008; Zur Arbeiterkorrespondenten-Bewegung siehe Christa Hempel-Küter: Die Kommunistische Presse und Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung". Frankfurt/M./Bern/N.Y.: Peter Lang 1989 (Phil. Diss., Hamburg 1987) (Hamburger Beiträge zur Germanistik. 11).

unmittelbar von einer Kommission beim Zentralkomitee der VKP(b) angeleitet.[31] Dieser fundamentale Paradigmenwechsel wurde zunächst antifaschistisch mit der Notwendigkeit von Informationsbeschaffung über die Rüstungsproduktion u. a. des Deutschen Reiches legitimiert. Anfang der 1930er Jahre wurde dann die „Nationalisierung" kommunistischer Strategie und Taktik auch in Deutschland ideologisch vorangetrieben, wie es 1931 das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung" der KPD oder das Konzept der „Volksrevolution" (1932) unter der Anleitung des Gegenführers Ernst Thälmann demonstrierten.[32]

Eine Leitfragestellung ist, ob die „Nationalisierung" der KPD einer Orientierung Stalins auf ein dauerhaftes Bündnis mit dem Deutschen Reich entsprach. Die Orientierung der KPD auf die nationalistischen, NS- oder faschistischen Bewegungen erreichte Anfang 1936 – also kurz nach dem VII. Weltkongress der Komintern – ihren Kulminationspunkt mit dem sog. „Versöhnungsaufruf" an die nationalsozialistischen „Volksgenossen". Als Folge des von der Thälmann-Führung hinterlassenen Desasters wurde die KPD zunächst Opfer des von Hitler organisierten „Politizids". Die offizielle Sowjetunion, die dem Blutbad kritiklos zusah, führte dies später auf ihre Art weiter, indem sie einen Großteil der sich auf ihrem Territorium befindlichen KPD-Emigranten umbringen ließ. Die Einheit der Partei, einschließlich ihres breiten kulturellen Umfelds, und damit die Verteidigung der Organisation als kognitives Skript, wurde nur noch von einer Strömung innerhalb der Partei verfolgt, die von allen Seiten als „Versöhnler" diffamiert und deren aktivste Teile ausgeschlossen wurden. Gerade im Fall der KPD zeigte sich innerhalb von nur zehn Jahren eine extreme Hybridität, ein Wandel von der revolutionären Massenpartei über die Thälmannsche Führerpartei, den Rollentausch zur Arbeitslosenpartei bis hin zur – durch eigenes Fehlverhalten und brutale NS-Repression potenzierten – Reduzierung auf eine vom geographischen Ursprung völlig isolierte Kaderkonzentration.

Die Kommunistische Internationale

Als internationaler Leitungs- und Hilfsapparat der kommunistischen Bewegung erfüllte die Komintern die Funktion einer kulturellen Transferinstitution. Sie bildete die institutionellen und kognitiven Skripts des Internationalismus aus. Ihre Strahlkraft, die sich aus anfänglich progressiven Praktiken und Strukturen speiste, wurde im Stalinismus im Sinne eines mit diktatorischen Gewaltmethoden umgesetzten kul-

31 Beschluß des Plenums des ZK der VKP(b) über die innerparteiliche Lage im Zusammenhang mit der Fraktionsarbeit und der Verletzung der Parteidisziplin durch eine Reihe von Mitgliedern des ZK (23.–26.10.1926). In: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen. VI. S. 146f.

32 Man war nicht mehr weit vom Konzept der „Volksdemokratie" entfernt. Vgl. Fernando Claudín: The Communist Movement; Serge Wolikow: Le Front populaire en France. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire. Dijon: EUD 1998.

turellen Transfers genutzt, der zur Mystifizierung und Ritualisierung der Sprache und zentraler Begriffe führte, wie bsw. *Internationale Solidarität, Antifaschismus, Kriegsgefahr, Antiimperialismus, Kampf für den Frieden*. In den unterschiedlichen Parteien entwickelten die Mitglieder eine homogene, identitäre Sprache, mit entsprechenden Parolen, Symbolen und Matrizen für den Alltag (Folklore, Lieder), die den Austausch von Delegationen und die Pflege von Kontakten formalisierte. Doch trotz des Stalinismus und gefördert durch eine antifaschistische Grundhaltung einerseits und die propagandistisch verstärkte Russophilie andererseits, blieb selbst der sterile Partei-Kommunismus in den Augen vieler attraktiv und wurde, unterstützt durch liberale Intellektuelle, von der Weltöffentlichkeit positiv wahrgenommen. Der Einbruch erfolgte erst nach anhaltendem Terror und mit weltweiter Aufdeckung der Manipulationen der öffentlichen Meinung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre.

Als die Komintern ihre Eigenständigkeit als globaler Akteur aufgab und sich insofern trotz aller Kampagnen zur Unterstützung der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen" – obwohl ihr Leitdiskurs gerade dies bis 1935/1936 vorgab – nicht mehr für eine revolutionär vermittelte nachholende Modernisierung Russlands einsetzte, wurde sie kontinuierlich in ein selbstlegitimiertes Sprachrohr eines neuen, großrussischen Staates umgewandelt, welches der unterschiedlichen Einflussnahme auf nationale Regierungen dienen sollte. Das von innen künstlich dekretierte und nicht durch äußere Gefahr gerechtfertigte Kriegsszenario wurde als Bedrohung des neuen Stalinschen Imperiums auf die Kommunistischen Parteien übertragen.

In den 1930er Jahren führten die „Großen Säuberungen" beinahe zur Vernichtung der Komintern. Antifaschistischen Initiativen (Frankreich, Spanien, Chile) wurde durch zunehmende Kontrolle und Unterdrückung radikaler sozialer Bewegungen ebenso entgegengewirkt wie durch individuellen Terror, Caudillismus, Stegreifrevolutionen (Brasilien 1935) und durch Spionageaktivitäten für die Sowjetunion auf allen Gebieten. Diese repressive Transformation gebar eine Anzahl oppositioneller kommunistischer Strömungen mit der Linken Opposition, der „Ultralinken", der „Rechten Opposition" als wichtigsten Ausprägungen. Sie bemühten sich um die Schaffung eines transnationalen oder gar internationalen Zentrums, wie die Gründung einer *IV. Internationale*, die von trotzkistischen Strömungen vorbereitet wurde und sich gegen die Degenerierung des revolutionären Gedankens und die Korrumpierung des internationalen Kommunismus richtete. Der Stalin-Hitler-Pakt von 1939 markierte als strategischer Pakt zur Schaffung einer neuen Weltordnung und nicht einer rein taktischen Maßnahme zum Zeitgewinn, wie es der Mainstream der Forschung suggeriert,[33]

33 Die Frage nach den „offensiven" und „kriegerischen Absichten und Plänen Stalins, die die Historiographie gleichwohl stärker beschäftigt, ist dem nachgeordnet. Sie ist eindeutig gegen die Präventivkriegsthese entschieden, siehe Bianca Pietrow-Ennker (Hrsg.): Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Frankfurt/M.: Fischer 2000; Vgl. neuerdings Teddy J. Uldricks: Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues. In: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660. Dass auch westeuropäische kommunistische Führer zeitweise von einem neuen eurasischen Weltreich unter der Herrschaft Hitlers und Stalins träumten,

das Ende der linken Solidarität und des Antifaschismus. Die Liquidierung, ja aktive Bekämpfung des Antifaschismus durch die Komintern konnte zwischenzeitlich empirisch nachgewiesen werden.[34] Erneut änderte sich dies durch den Überfall Deutschlands 1941, der ein starkes kommunistisches Engagement innerhalb der europäischen Widerstandsbewegungen und den Sieg der Sowjetunion zur Folge hatte. Die Auflösung der Komintern diente zur Beruhigung der Alliierten und sollte den Kommunistischen Parteien mehr Spielraum im Rahmen der Nachkriegsordnung ermöglichen.

Als wichtigste äußere Klammer und zugleich Inhalt des kulturellen Transfers entwickelte die stalinisierte Komintern seit 1927 das gegen die Sowjetunion gerichtete Kriegsgefahrsyndrom, das die Kommunistischen Parteien und an herausragender Stelle die KPD funktionalisierte. Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr als, wie es die neuere Forschung aufdeckte, Beschwörung einer wahren Kriegshysterie und künstlichen Feindidentifizierung wurde zum operativen und strategischen Hauptinhalt der Kominternpolitik. Die Umsetzung erfolgte selbst dann, wenn es sich, wie der amtierende sowjetische Außenkommissar Georgi Čičerin kommentierte, um eine Chimäre handelte (Dok. 212 u. a.).

Der Deutschland-Russland-Komplex – ein neues, erweitertes Bild des Stalinismus

Die Außenpolitik der Sowjetunion, die bilateralen staatlichen Beziehungen und die Rolle der VKP(b) können, gerade was das sowjetisch-deutsche Verhältnis angeht, neu gewichtet werden. So können die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros als empirische Belege dafür herangezogen werden, dass seit dem nationalsozialistischen Machtantritt eine Massenpropaganda gegen Hitlerdeutschland in der Sowjetunion tatsächlich nicht existierte und dass darüber hinaus die sowjetische Presse die Bevölkerung über den realen Charakter des Regimes und die Situation in Deutschland bewusst nicht informierte. Der russische Historiker Besymenskij vermutete, dass eine Kritik an Hitlerdeutschland die mit den laufenden Annäherungsversuchen verbundenen Schachzüge durchkreuzt hätte.[35] Jedenfalls war das Verhältnis von Stalinismus und Faschismus von 1933 bis 1941 nicht von Inkompatibilität geprägt. Münzenberg lag richtig, als er Ähnliches auch der Kominternpolitik gegenüber Deutschland im Jahre 1933 bescheinigte. Allerdings beging er den Fehler, sich mit seiner Fundamentalkritik und seiner Empörung ausgerechnet an Stalin selbst zu wenden.

---

ist neuerdings belegt, siehe Jean-Pierre Besse, Claude Pennetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine/Paris: Les Éditions de l'Atelier/Editions Ouvrières 2006.

34 Siehe hierzu Bayerlein, Verräter, S. 120f.

35 Hierzu Lew Besymenski: Stalin und Hitler: Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau 2002. S. 78, hierzu: AWPRF Fond 5, Opis 15, Mappe 113, Delo 123, Bl. 152–154, 4.12.1936).

Neue Dokumente aus dem Stalin-Archiv und den Hinterlassenschaften seiner engsten Mitarbeiter stellen die antifaschistische Ausrichtung der Sowjetunion in Frage. Aus der Sicht der sowjetischen Spitzen erschien der Antifaschismus gar als Vorwand („Pretexto“), wie es der italienische oppositionelle Kommunist und Intellektuelle Pietro Tresso bereits frühzeitig formulierte. Nach außen erschien Stalin als der überzeugteste Hitler-Gegner, doch die stalinistische Sowjetunion funktionierte nicht nach der Dichotomie Faschismus/Antifaschismus, sondern nur nach derjenigen von Freund und Feind. Für die sowjetische Führungsgruppe, die nicht einmal mit dem Politbüro gleichzusetzen war, sondern aus einer jeweils von Stalin zusammengesetzten Viererbis Neunergruppe bestand,[36] waren kollektive Sicherheit, demokratische Verfassung oder Volksfront, später auch die Antikriegspolitik instrumentelle Hüllen, die in erster Linie zur Selektion, zur Aussonderung von Freund und Feind herangezogen wurden.

Die Widersprüche der sowjetischen Politik lassen sich am besten durch netzwerktheoretisches Vorgehen auflösen, personelle Netzwerke einerseits sowie institutionelle Netzwerke in Form multipler „Linien“ und „Kanäle“ andererseits. Beschränkt man sich auf eine vergleichende Sicht des Außenkommissariats und der Komintern, lässt sich für Mitte der dreißiger Jahre besonders für die Komintern der antifaschistische Impuls zwar nicht verleugnen; allerdings folgten beide Apparate dabei einer „gewissen Eigendynamik“.[37] Wurden bestimmte Maßstäbe überschritten, wurden beide auch – vor allem die Außenpolitik betreffend – von Stalin heftigst kritisiert und häufiger auch zurückgepfiffen.[38] Die These von der Komintern als Erfüllungsgehilfin der sowjetischen Außenpolitik ist zwar im allgemeinen, normativen Sinne richtig, trifft jedoch in der historischen Wirklichkeit und politischen Praxis nur bedingt zu, nicht zuletzt deswegen, weil es neben der öffentlichen Ausrichtung immer auch eine verborgene außenpolitische gab. Darüber hinaus war Stalins persönliche Unsicherheit und „Unentschiedenheit in Angelegenheit der Außenpolitik“ notorisch, wie es der englische Historiker Jonathan Haslam formulierte.[39] Außenpolitik und Komintern konnten dabei auch stärker divergieren. Das Umspuren auf die Perspektiven der sowjetischen Führungsgruppe brauchte nicht unbedingt eine Instrumentalisierung im Sinne der Außenpolitik zu bedeuten, sondern war eher prophylaktisch im Sinne

36 Hierzu Yoram Gorlizki, Oleg V. Khlevniuk: Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953. Oxford: Oxford University Press 2004.

37 Bianca Pietrow: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der Sowjetischen Aussenpolitik 1933–1941. Melsungen: Schwartz 1983 (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Horst Lademacher. 2).

38 Stichworte sind die kollektive Sicherheitspolitik sowie die Antikriegs- und antifaschistischen Kampagnen im Rahmen der Volksfrontpolitik.

39 Jonathan Haslam: The Soviet Union and the Struggle for Collective Security 1933–1939., New York, St. Martin’s Press, 1984. Gleichwohl sieht der Autor bei Stalin ein ernsthaftes Engagement für die kollektive Sicherheitspolitik. Die gegenteilige Auffassung findet sich u. a. bei Jiri Hochman: The Soviet Union and the Failure of Collective Security. 1934–1938. Ithaca/New York: Cornell University Press 1984 (Cornell Studies in Security Studies).

einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zu treffenden, noch gar nicht durchschaubaren und insofern verborgenen Ausrichtung. Auch ein Hinweis auf den Stalinschen Terror ist hier angebracht, mit dem es sich vermutlich nicht grundsätzlich anders verhielt: Er war präventiv vor allem gegen diejenigen ausgerichtet, die kommenden (den Akteuren in den meisten Fällen noch gar nicht bekannten) Kurswechseln der sowjetischen Politik nicht bedingungslos folgen würden, darunter nicht zuletzt das Bündnis des Stalinismus mit Hitler. Ein solches mit Mussolini bestand de facto bereits seit Ende der 1920er Jahre; es ging bis zu Stalins abwiegelnder Haltung vor dem italienischen Angriff auf Abessinien, als er Volkskommissar Litvinov und den Kritikern der italienischen Kriegsvorbereitungen vorwarf, sie verstünden die internationale Situation nicht und es ginge gar nicht um den Konflikt zwischen Italien und Abessinien, sondern den zwischen Italien und Frankreich.[40]

Da der Stalinismus keinerlei theoretisches System entwickelte, ließ sich, wenn überhaupt, das strategische Axiom der Stalinschen Außenpolitik als Instrumentalisierung zwischenstaatlicher Widersprüche definieren, wobei die Staaten und Staatenbündnisse im (vermeintlichen) Interesse der Sowjetunion nach Kräften gegeneinandergehetzt und ausgespielt werden sollten. Dabei war zwar, wie in den internationalen Beziehungen fast aller Regierungen üblich, das jeweilige politische System nicht oberstes Bewertungsgremium, die besondere Behandlung der totalitären faschistischen Regime durch die Sowjetunion – so die guten Beziehungen der Sowjetunion zum Mussolini-Faschismus – verdient gleichwohl eine besondere Aufmerksamkeit. Die Historiographie ist sich dabei weiter uneins, sowohl über die inhaltliche Tragweite, als auch über die in Frage kommenden Zeiträume.[41] Was im Falle Italiens vorexerziert wurde, wiederholte sich in gewisser Weise gegenüber dem NS-Regime, wobei das Ausmaß bzw. die geostrategische Bedeutung noch umstritten sind.

Die Barbarei des Zweiten Weltkriegs ließ dann die Solidarität der Linken, die trotz aller Feindschaften und Spaltungen als kulturelles Erbe bis in die Mitte der dreißiger Jahre – zumindest in Europa – Bestand gehabt hatte, zur Chimäre werden. Der Stalinsche Terror und der Spanische Bürgerkrieg, die in den letzten Jahren dank der „Archivrevolution" intensiv erforscht wurden, haben diesen Prozess beschleunigt. Welche unrühmliche, ja unheilvolle Rolle der internationale Kommunismus, die Komintern und die KPD gerade angesichts der Verbrechen der Nationalsozialisten vom Abschluss des Stalin-Hitler-Pakts über den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und den Untergang eines demokratischen Frankreichs bis zum Existenzkampf der

40 RGASPI, Moskau 558/11/89, 2, 20b; Zit. in Robert William Davies: The Stalin-Kaganovič Correspondence, 1931–36. New Haven: Yale University Press 2003. S. 293.

41 Siehe eine Zusammenfassung der beiderseitigen Argumentationen in Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: C.H. Beck 1998. S. 585.

Sowjetunion gegen die vor Moskau stehende Wehrmacht spielten, konnte erst mehr als fast achtzig Jahre danach anhand von Originalquellen rekonstruiert werden.[42]

Der Deutschland-Russland-Komplex ist einerseits eine Umschreibung der besonderen Bedeutung der bilateralen Beziehungen, andererseits ist er für den globalen Stalinismus konstitutiv. Bis heute werden Grundlagen und Motivationen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Forschung höchst unterschiedlich diskutiert. Die Fragen nach Stalins früherer oder späterer Ausrichtung auf ein Bündnis mit Hitlerdeutschland und nach seiner Abkehr von der KPD sind weiterhin umstritten, zu denen jedoch neue Hypothesen mittlerer Reichweite vorgelegt werden können. Weit über die deutsch-russischen Beziehungen hinaus berührt dies auch die Mitverantwortung Stalins für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.[43] Neuere Forschungen russischer Historiker, darunter von Sergej Sluč und Lev Besymenskij, bestätigen die Vermutungen von Historikern aus den 1960er Jahren, die auf der „Krivitsky-These" aufbauten,[44]

---

42 Siehe Bayerlein, Der Verräter.

43 Die massgeblich bereits 1940, kurz nach Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes, von Krivitsky formulierte These der frühen Orientierung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler traf auf breite Ablehnung und wurde in der Forschung zunächst nicht weiter vertieft. Siehe Walter G. Krivitsky: Ich war Stalins Agent. Hrsg. v. Hellmut G. Haasis. Grafenau-Döffingen: Trotzdem Verlag 1990 (Erstausg. Amsterdam: Albert de Lange 1940). Die „Krivitsky-These" erhellt auch die Hintergründe der sowjetischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg als einem mit der Weltsystem-Theorie kompatiblen Versuch, gegen das Übergreifen einer Revolution in Westeuropa eine gewisse Kontrolle zu sichern. Sie wurde später in der Forschung wieder aufgegriffen, so von George F. Kennan: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart: Steingruben 1961. S. 395–399 (hier wird 1936 als Wendepunkt in der Orientierung Stalins angesehen); Vgl. auch: Robert M. Slusser, Xenia Joukoff Eudin: Soviet foreign policy 1928–1934. Documents and Materials. University Park: PSUP 1968; Sven Allard: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik. 1930–1941. Bern/München: Francke 1974. S. 21ff., 52ff.; Mikhail Heller, Aleksandr M. Nekrich: Utopia in Power, Summit. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present. New York: Summit 1986. S. 254ff. Krivitskis Auffassung teilten neben dem spanischen Sozialisten und Publizisten Luís Araquistáin auch die ehemaligen, in sowjetischen Diensten stehenden Funktionäre E. Gnedin (ursprünglicher Name: Gel'fand, Sohn des russisch-deutschen Sozialdemokraten Alexander Parvus-Helphand) sowie Vladimir Petrov: Iz istorii otnošenij meždu SSSR I fašistskoj Germaniej. Dokumenty i sovremennye kommentarii. New York: Chronika 1970; E. A. Gnedin-Gel'fand: Katastrofa i vtoroe roždenie. Memuarnye zapiski. Amsterdam: Fond Imeni Gercena 1977 (Serija Biblioteka Samizdata. 8). S. 103ff. Zu den Argumenten gegen die „Krivitzky-These" siehe Jean-François Fayet: Karl Radek. 1885–1939. Biographie politique. Bern [u. a.]: Peter Lang 2004 (L'Europe et les Europes. 4). S. 682–690; Vgl. P. D. Raymond: Witness and Chronicler of Nazi-Soviet Relations: The Testemony of Evgeny Gnedin (Parvus). In: The Russian Review XLIV (1985), S. 379–395.

44 Der 1936 aus sowjetischen Diensten geflohene ehemalige NKVD-Verantwortliche für Westeuropa, Walter G. Krivitsky, der am 10.2.1941 in einem Washingtoner Hotel nach angeblichem Selbstmord tot aufgefunden wurde, schrieb in seinem Hauptwerk: „Stalins ganze internationale Politik während der letzten sechs Jahre stellt eine Reihe von Manövern dar zu dem einen Zweck, die für ein Abkommen mit Hitler möglichst günstige Lage zu erreichen. Als er dem Völkerbund beitrat, als er das System der kollektiven Sicherheit propagierte, als er Frankreichs Freundschaft suchte, mit Polen flirtete, England den Hof machte, in Spanien intervenierte – bei jedem Zug schielte das eine Auge nach Berlin. Er hoffte eine solche Stellung zu gewinnen, das Hitler es vorteilhaft finden mußte, seinen Avancen entgegenzukommen." (Krivitsky, Ich war Stalins Agent, S. 19f.).

dass die sowjetische Außenpolitik bereits seit 1933 – und nicht erst seit 1938/1939 oder den „großen Säuberungen" 1936/1938 – die Zusammenarbeit mit Deutschland als lange Linie verfolgte. Aus diesem Blickwinkel des allgemein als glaubwürdig eingeschätzten ehemaligen NKVD-Verantwortlichen für Westeuropa erscheint auch der Stalin-Hitler-Pakt nicht mehr als radikaler Bruch, sondern eher als Endpunkt einer – wenn auch nicht linear verlaufenden – Entwicklung, wie sie in den enigmatischen Worten zum Ausdruck kam, die von Radek überliefert sind: „Nur Dummköpfe können denken, dass wir irgendwann mit Deutschland brechen werden."[45] Auch die russischen Historiker Heller und Nekrich nahmen zentrale Elemente der Thesen Krivitskys auf, darunter Stalins Desinteresse an einer Revolution, besonders in Deutschland, sowie die grundsätzlich immer zu treffende Unterscheidung von „public line" und „behind-the-scenes policy" in der Stalinschen Außenpolitik.[46] Dass im Herbst 1933 die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingestellt wurde, die für beiden Partner nicht mehr die erhofften Ergebnisse erbrachte, stellt diese Forschungshypothese nicht grundsätzlich in Frage.[47] Jedenfalls kann der Blick über die bereits seit den 1960er Jahren von Hermann Weber, Siegfried Bahne und Osip K. Flechtheim aufgearbeitete krasse „Fehleinschätzung des Faschismus" hinaus[48] auf die Komintern und das Machtzentrum der Sowjetunion selbst gerichtet werden.[49]

Welche Bestimmung dem nationalsozialistischen Deutschland und den anderen faschistischen bzw. korporatistisch-autoritären Regimen in der Konzeption der sowjetischen Politik zukam, konnte bisher noch nicht eindeutig beantwortet werden. Widersprüchliche Aussagen Stalins sowie die – zumindest bis 1938/1939 antifaschistische Grundausrichtung der Komintern ergaben ein noch zu diffuses Bild. Während neuerdings in der Historiographie differenzierte Ansätze von einer gerade aufgrund der neuen Dokumente deutlich zum Vorschein kommenden Doppelgleisigkeit der Komintern und der VKP(b) ausgehen, scheint ebenfalls eine deutliche und frühe Zielrichtung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler nicht mehr ausgeschlossen. Während

45 Zit. in Heller, Nekrich: Geschichte der Sowjetunion. Königstein: Athenaeum 1981. Bd. 2. S. 13. Zum Pakt siehe ausführlicher weiter unten.
46 Mikhail Heller, Aleksandr M. Nekrich: Utopia in Power, Summit. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present. New York: Summit 1986. S. 254ff.
47 Sergej Slutsch: Deutschland und die UdSSR 1918–1939: Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen. Eine neue russische Perspektive. In: Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1945. Hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen. Baden-Baden 1995. S. 28–90; Ders.: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml. In: Stalin und die Deutschen: Neue Beiträge der Forschung. Hrsg. v. Jürgen Zarusky. München 2006. S. 59–88; Besymenski, Stalin und Hitler, S. 74ff.
48 Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History X (1965). S. 211–245.
49 Stephen Kochs polemische Annahme, auch antifaschistische Leitfiguren wie Willi Münzenberg oder André Malraux seien nur bloße Werkzeuge Stalins gewesen, ist gerade im Hinblick auf die neuen Belege zur sowjetischen Politik fragwürdig, siehe Stephen Koch: Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals. London: HarperCollins1995. S. 123–125 u. a.

der Mainstream der Forschung noch die antifaschistische Ausrichtung als Prämisse ansieht, gewinnt, angeregt von russischen Historikern wie Sluč und Narinskij, die Annahme einer längerfristigen Vorbereitung Stalins auf ein Bündnis mit Hitler an Boden. Stalin und die Sowjetunion waren prinzipiell weder gegen das nationalsozialistische Deutschland noch gegen das faschistische Italien ausgerichtet. Jedenfalls legen die neuen Dokumente eine Neubewertung der sowjetischen Politik in den 1930er und Anfang der 1940er Jahre nahe, was eine neue Sicht auf die Geschichte der Komintern und die Kommunistischen Parteien ermöglicht und eine Überprüfung der Forschung und ihrer Ergebnisse erfordert.

KPD, Komintern und VKP(b) bis zur „Machtergreifung“ 1933

Der Kampf gegen die „Versöhnler“ und das Narrativ der Parteieinheit

Das Schlüsselereignis für die Stalinisierung des deutschen, in gewissem Ausmaß auch des internationalen Kommunismus, bildete die sog. „Wittorf-Affäre“ in der KPD, die eigentlich eine „Thälmann-Affäre“ war. Der wegen der Deckung eines Unterschlagungsfalls in der Hamburger KPD 1928 ins Zwielicht geratene „Führer der Arbeiterklasse“ wurde, nachdem er mehrheitlich durch das ZK abgewählt worden war, auf Druck Stalins durch eine Kette von bisher in der Geschichte der Komintern einmaligen bürokratischen Entscheidungen unter Anleitung von Molotov, Stalin und der Kominternführung um Pjatnickij, vollständig rehabilitiert und wieder als Parteiführer installiert.[50] Das Roll-Back-Verfahren endete mit dem offenen Brief des EKKI-Präsidiums vom 19. Dezember 1928, nun gab es offiziell nicht nur für die „Rechten“, sondern auch für die sog. „Versöhnler“ in der Komintern keinen Platz mehr, die die langersehnte Gelegenheit zur Abwahl Thälmanns beim Schopfe ergriffen hatten. Versöhnlertum sei „feiger Opportunismus“, so Stalin (Dok. 204).[51] Die „linken Oppositionellen“

50 Siehe Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. Berlin: Aufbau-Verlag 2003 (Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts. 2).

51 Zu Geschichte und Bewertung der „Versöhnler“ siehe Bernhard H. Bayerlein: Die unbekannte Geschichte der „Versöhnler“ in der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung. In: The crisis of the social ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek. Hrsg. v. A. Lesnik. Ljubljana: Faculty of Arts in Ljubljana, Department of Sociology 1996. S. 321–340; Ders.: „‘Résistants’ contre Staline. ‘Conciliateurs’ communistes et diffamateurs des libertés contre André Gide“. In: Ders. : Archives de Jules Humbert-Droz, IV, De l’engagement pour l’Internationale Communiste à la répression terroriste au nom du communisme. Hrsg. v. André Lasserre. Zürich: Chronos 2001. S. 17–78; Vgl. Reinhard Müller: Menschenfalle

waren ohnehin bereits vorher, bis spätestens zur Jahreswende 1927/1928 weitgehend eliminiert worden, die „rechten Oppositionellen" folgten, nach dem Beispiel des russischen „pravij uklon", ebenfalls dem Drehbuch Stalins bis 1929/1930, zusammen mit den „Versöhnlern". Als eine Art Verpflichtung für erwiesene Dienste forderte Stalin in einem persönlichen Brief von Thälmann nun nachdrücklich eine Verstärkung des Kampfes gegen die „Rechten und Versöhnler" (Dok. 197).

Was den Kreis der in den zwanziger Jahren entstandenen und zum größten Teil aus der KPD ausgeschlossenen kommunistischen Oppositions- und „Zwischengruppen" betrifft, über die Hermann Weber in seiner Einleitung ausführlich geschrieben hat,[52] galt die Aufmerksamkeit der Historiker stärker der linken bzw. „ultralinken" sowie der sog. „rechten" Opposition und weniger den letzten, in den dreißiger Jahren noch innerhalb und außerhalb der Partei aktiven Oppositionsströmungen, den sogenannten „Versöhnlern". Zusammen mit der ebenfalls gegen das Thälmannsche ZK opponierenden Gruppe um Hermann Remmele und Heinz Neumann, die sich gegenüber der Thälmanngruppe als linke Strömung im Stalinismus charakterisieren lässt, belegt die Geschichte der „Versöhnler" als bedingungslose Verfechter der Einheit der KPD („Einheitskommunisten" nach Pierre Broué), dass auch im Stalinismus keine umfassende Einheitlichkeit herrschen konnte, es sowohl in der stalinisierten KPD als auch in vielen anderen Kommunistischen Parteien weiterhin zu Brüchen kam. Sowohl die „Versöhnler" als auch die linke stalinistische Strömung – nach Margarete Buber-Neumann auch die „jungen Wölfe" – spielten in den dreißiger Jahren eine große Rolle. Sie belegten einerseits die Kontinuität der Stalinismuskritik und wurden andererseits als Blaupausen der stalinistischen Kriminalisierungs- und Stigmatisierungsdrehbücher übernommen, die nicht nur reine phantasiegeschwängerte Machinationen, sondern durchaus auf einen realen Kern zurückzuführen waren.

Von 1928 an bildete der Kampf der Thälmannschen Parteiführung gegen „Rechte und Versöhnler" und später die „Linkssektierer" die zentrale Narrative der KPD-Geschichte. Als dritte große Gruppe von Parteimitgliedern wurden sie wie bereits vorher zahlreiche Linksoppositionelle („Trotzkisten") und „Rechtsoppositionelle" zu Opfern des Stalinschen Vernichtungsfeldzugs gegen deutsche Kommunisten. Ihre oppositionellen und antistalinistischen Texte wurden bisher kaum näher untersucht. Auch ihre Rolle in der KPD wurde trotz einiger Ansätze[53] wurde noch nicht ausrei-

---

Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg: Hamburger Ed. 2001. S. 290 u. a.; Neuerdings auch ders., Heinrich Blücher: Hannah Arendts „Wunder-Rabbi". Revision eines Lebenslaufs. In: Gesellschaft. Gewalt. Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. Ulrich Bielefeld, Heinz Bude u. Bernd Greiner. Hamburg: Hamburger Edition 2012. S. 375–400.

52 Siehe den Beitrag von Hermann Weber in diesem Band.

53 Letztmals wurde das Interesse durch die Bearbeitung des 4. Bandes der Archives de Jules Humbert-Droz auf die Geschichte dieser internen oppositionellen Strömung des internationalen Kommunismus gelenkt, die von Pierre Broué zutreffend als „Kommunisten der Einheit" charakterisert wurde, siehe Bernhard H. Bayerlein: „Opposition politique et système de terreur. Jules Humbert-Droz, les

chend aufgearbeitet.[54] Bisher waren nur Ausschnitte dieser dramatischen Geschichte bekannt, darunter die Lebensschicksale ihrer zentralen Akteure wie Ernst Meyer,[55] Arthur Ewert,[56] Gerhart Eisler[57] sowie einige Episoden aus der politischen Tätigkeit. Doch vieles blieb im Dunkeln, besonders aus den dreißiger Jahren, als die Versöhnler nach der Sprachregelung der Komintern eigentlich gar nicht mehr existieren durften.

Kurz vor der Wittorf-Thälmann-Affäre hatte in Moskau der Sechste Weltkongress der Komintern stattgefunden (siehe Einleitung Hermann Weber, S. 65f.). Die neuen Narrative und ihre ideologische Absicherung verlangten eine Neu- und Rückinterpretation des Kongresses und die Identifizierung eines Sündenbocks, wozu sich eben die Gruppe der „Versöhnler“ hervorragend eignete. Die Opposition gegen die „Klasse-gegen-Klasse-Politik“ der Komintern und die Umorientierung in der Gewerkschaftspolitik machte es der Stalinschen Mehrheit leicht, sie als verbindendes Element zu den „Rechten“ zu stigmatisieren. Den Ausschlag für ihre bürokratische Verdrängung gab dann ihre offensive Rolle gegen den in eine Korruptionsaffäre verstrickten Parteiführer Thälmann im September 1928.[58] Der Offene Brief des EKKI-Präsidiums vom Dezember 1928 bildete, gestützt auf entsprechende Beschlüsse des Politbüros der VKP(b) eine historische Zäsur (Politbüro 13.12.1928): „Die ganze bisherige Tätigkeit der Gruppe Ewert-Meyer bis in die letzte Zeit war ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß sie nicht nur die „festeste Stütze“ der deutschen Kommunistischen Partei im Kampfe gegen die Brandlerianer, im Kampf für die Durchführung der leninistischen Linie der Profintern und Komintern waren, sondern umgekehrt alles getan haben, um diesen Kampf zu verhindern. Deshalb stellt der ‚offene Brief‘ des Präsidiums des EKKI der deutschen Kommunistischen Partei als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ‚einen systematischen Kampf zur Überwindung des Versöhnlertums, das den Kampf gegen die Rechten hemmt.‘“[59] Wie dünn allerdings die inhaltliche Grundlage war, zeigte der gleichzeitig mit dem „Offenen Brief“ versandte „geschlossene Brief“ an die Parteiführung, der der Parteimitgliederschaft nicht zur Kenntnis gebracht wurde.[60]

„conciliateurs dans le Komintern et le PC d’Allemagne et le cas Laszlo-Gide. Une leçon de morale politique dans l’entre-deux-guerres“. In: Lasserre, Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz. IV. S. 17–78.

54 Siehe Bayerlein, Die unbekannte Geschichte; Vgl. Müller, Menschenfalle Moskau.

55 Zu Ernst Meyer wurde in der Zwischenzeit eine Dissertation vorgelegt, die für die Edition nicht mehr berücksichtigt werden konnte, siehe Florian Wilde: Ernst Meyer (1887–1930). Vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie. Diss. Universität Hamburg 2011.

56 Siehe David P. Hornstein: Arthur Ewert. A Life for the Comintern. Lanham/Maryland/London: University Press of America 1993.

57 Siehe die über weite Strecken unkritische Biographien v. Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie. Berlin: edition ost 2007.

58 Siehe hierzu Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

59 „Die Komintern über die Rechte Gefahr in der KPD“. In: Die Kommunistische Internationale X (1929). 1. S. 1–12, hier: S. 11.

60 Veröffentlicht in Archives de Jules Humbert-Droz. Siehe auch „Aus dem Kominternarchiv. Geschlossener Brief des Politsekretariats des EKKI an das ZK der KP Deutschlands, 20.12.1928“. In: The

Durch die seit 1928/1929 folgenden weiteren Parteiausschlüsse und erneuten politischen Abschwörungen, Parteistrafen, Umsetzungen usw. ergaben sich Differenzierungen in der „Versöhnlergruppe". Während Ernst Meyer noch kurz vor seinem Tod im Februar 1930 gegen die von Moskau und vom Politbüro geforderten individuellen Unterwerfungserklärungen („Kapitulationen") als Abschwörungen und Unterwerfungen unter die Parteilinie eintrat, ordneten sich andere – so Ewert in einer Erklärung vom 23. Februar 1930[61] – öffentlich der Parteilinie unter.[62] Als ein Beispiel unter vielen wurde die Erklärung Hugo Eberleins in den Band aufgenommen, der die KPD auf dem Gründungskongress der Komintern zehn Jahre zuvor vertreten hatte und für den Presseapparat der KPD zuständig war (Dok. 237). Die aus der Führung verdrängten „Versöhnler" – Ewert und Eisler wurden nach Moskau abgeschoben, Süsskind, Eberlein und Ende ihrer Funktionen enthoben – bildeten ab 1930 keine unmittelbare Gefahr mehr.[63] Ernst Meyer, der als einziges Politbüromitglied verblieben war, wurde von wichtigen Entscheidungen ferngehalten und starb bereits im Februar 1932 in Potsdam. Süsskind arbeitete bis 1933 in unteren Parteifunktionen weiter. Auch der Schweizer Komintern-Funktionär Humbert-Droz wurde im EKKI-Apparat zurückgesetzt, bis Anfang 1931 wurde er zwar noch in Moskau geduldet, jedoch seitens der russischen Parteimehrheit in der Komintern einer ständigen Kontrolle unterworfen.[64] Der Historiker und Literaturwissenschaftler Karl Schmückle, KPD-Mitglied seit 1919 und Student bei Karl Korsch in Jena, erhielt im Jahre 1929 wegen „versöhnlerischer Ansichten" (in Moskau) eine Parteirüge,[65] auch der politische Sekretär des Unterbezirks Berlin-Mitte, Karl Frank, „Thälmanns Füllfederhalter" Paul Dietrich sowie der frühere Herausgeber des Neuen Deutschen Verlags, Hans Holm, waren von nun an stigmatisiert. Gerade mit letzterem standen zahlreiche Schriftsteller, Publizisten und Literaten im Umkreis der KPD in Kontakt.

Abwehr des Nationalsozialismus als Sekundärphänomen

Begleitet von maßgeblichen Interventionen Stalins und seiner engsten Entourage wurde in der Komintern und besonders der KPD ein Zickzackkurs implementiert,

International Newsletter of Historical Studies on Comintern. Communism and Stalinism I (1992/1993). S. 1f., 19–21.

61 Weber, Die Wandlung, S. 236ff.

62 Weber, Die Wandlung, S. 294ff. (Erklärung Meyer-Ewert).

63 Weber, Die Wandlung, S. 222ff.

64 Siehe hierzu Casto del Amo, Siegfried Bahne, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz, III. Les Partis Communistes et l'Internationale Communiste dans les années 1928–1932. Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers 1988. S. XIII u. a.

65 Reinhard Müller (Hrsg.), Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf [u. a.]: Die Säuberung. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinbek bei Hamburg 1991. S. 76, 154ff.

der sich einerseits in revolutionspolitischen Übersteigerungen (Berliner Blutmai 1929, Antikriegsdemonstrationen am 1. August u. a. m.), andererseits in der Übernahme nationaler Diskurse, z. B. „Nationale und Soziale Befreiung des deutschen Volkes“ äußerte. Von 1930 bis 1933 war der Abwehrkampf gegen den Faschismus nicht nur für Stalin und die VKP(b), sondern auch für die Komintern und die KPD sekundär. Hauptfeind blieb die als „Sozialfaschismus“ diffamierte Sozialdemokratie. Umgekehrt verharmlosten VKP(b) und Komintern in Sprache und Programmatik den Nationalsozialismus als „Nationalfaschismus“, also als nationale „Sonderart“ des „Sozialfaschismus“.[66] Der antifaschistische Ansatz wurde dadurch entwertet, dass bereits seit 1930 faktisch jede deutsche Regierung als „faschistische Diktatur“ bezeichnet wurde.[67] Dabei wurde nach der Stalinschen Vorgabe in „Nationalfaschismus“ und (zur Bezeichnung der Sozialdemokratie) „Sozialfaschismus“ unterschieden. Die inflationäre Nutzung des Faschismusbegriffs ging auch in der Sowjetunion so weit, dass das NKVD 1934 eine „nationalfaschistische jüdische Literaturorganisation“ in Weißrussland herbeibeschwören konnte.[68]

Wie bereits zur Vertuschung des Thälmann-Wittorf-Skandals im Herbst 1928[69] hielt die Komintern auf Druck Stalins sowohl am kommunistischen „Führer“ als auch der schematisch gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik fest. Zusätzlich wurden diejenigen aus der Parteiführung entfernt, die, wie Heinz Neumann, Hermann Remmele und Willi Münzenberg – hier durchaus mit Affinitäten zu den linken und „rechten“ Zwischengruppen und den realistischen Faschismusanalysen August Thalheimers und Lev Trotzkis – ein konsequenteres antifaschistisches Engagement, eine revolutionäre Ausrichtung und nicht zuletzt eine „Einheitsfrontpolitik“ einforderten. Der fähigste antifaschistische Propagandist, den die Komintern besaß, schrieb an den „Lieben Freund“ (vermutlich Stalin) bereits am 20. Juli 1933: „Ich fühlte, dass, wenn man mir nicht Steine in den Weg geschmissen hätte, mir die Freiheiten in meinen Reihen gegeben hätte, die die nationalsozialistischen Propagandisten in ihren Reihen haben, ich mich jeden Tag mit ihnen gemessen hätte und bereit bin, mich morgen mit ihnen zu messen.“ (Dok. 330). Neumann und Remmele kamen im Stalinschen Terror um. Münzenberg selbst starb 1940 unter noch nicht aufgeklärten Umständen, kurz bevor ein NKVD-Agent Trotzki ermordete.[70]

An Initiativen fehlte es nicht, doch waren sie, wie beispielsweise die *Antifaschistische Front,* weder parteiübergreifend, noch beruhten sie auf einer effektiven Massenpropaganda. KPD und Komintern schätzten die Bedrohung durch den Nationalsozia-

66 Grant M. Adibekov, Kirill M. Anderson, Kirill K. Širinja, Larissa A. Rogovaja (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty. Moskva: ROSSPEN 2004. S. 626–629.

67 „Die faschistische Diktatur droht nicht mehr, sondern sie ist bereits da.“ In: Die Rote Fahne (2.12.1930).

68 Andrej Artizov, Oleg Naumov (Hrsg.): Vlast’ i chudožestvennaja intelligencija: Dokumenty CK RKP(b)-VKP(b), VČK-OGPU-NKVD o kul’turnoj politike 1917–1953 gg. Moskva: ROSSPEN 2002. S. 225.

69 Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

70 Für Münzenberg fehlt noch ein empirischer Beleg für diese Annahme.

lismus im Unterschied zu zahlreichen anderen Kominternsektionen nicht nur falsch ein, sondern verharmlosten sie. Zum Jahreswechsel 1932/1933 galt die Gefahr praktisch als überwunden, wohingegen Stalin bereits seit Mitte 1932 „mit einer baldigen Regierungsbeteiligung der NSDAP rechnete". Damit lässt sich möglicherweise auch ein früher Zeitpunkt für seinen Entschluss festmachen, auch mit einem nationalsozialistischen Deutschland ein gutes Verhältnis aufzubauen.[71] Im Juli 1932 erklärte Stalin, bei dem alle Fäden zusammenliefen, mögliche defensive und (halb-) parlamentarische Kompromisslösungen zur Lösung der Krise in Deutschland für obsolet, womit selbst eine zaghafte Verteidigung sozialdemokratischer Landesregierungen gegen nationalsozialistische Provokationen oder gegen andere institutionelle Positionen der Linken hinfällig wurden. Zugleich wurde ein partielles Zusammengehen mit den Nationalsozialisten nicht mehr ausgeschlossen.

Die Dokumente enthüllen, dass sich in der Parteispitze der KPD die Reaktion auf das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung zu einer Kraftprobe entwickelte, die ihre innere Spaltung weiterhin vertiefte und sie im Handeln schwächte. Stalins gefährliches außenpolitisches Kalkül kommt in einem (allerdings nur indirekt überlieferten) Diktum an Heinz Neumann zum Ausdruck, zu dem er Ende 1932 gesagt haben soll: *„Glauben Sie nicht auch, dass, falls in Deutschland die Nationalisten zur Macht kommen sollten, sie so ausschließlich mit dem Westen beschäftigt sein würden, dass wir in Ruhe den Sozialismus aufbauen könnten?"*[72] Auch hier gebrauchte Stalin die verharmlosende Bezeichnung „Nationalisten" statt „Nationalsozialisten" oder gar „Faschisten". Mit dem deutschen Nationalismus konnte und wollte er offensichtlich leben. Gleichzeitig wurde die Sozialdemokratie als „sozialfaschistischer" Hauptfeind benannt, während die Nationalsozialisten von der Komintern als „Nationalfaschisten" und von Stalin schlicht als „Nationalisten" bezeichnet wurden. Auf einer anderen Welle bewegten sich noch Anfang 1933 die leitenden Mitglieder der Komintern-Exekutive; sie zeigten sich davon überzeugt, dass Reichskanzler von Schleicher die Situation meistern würde.[73]

Nationale Wendung der Sowjetunion, pseudonationaler Kurs der KPD und Kampf gegen die SPD

Häufiger wird übersehen, dass noch vor der formalen Anerkennung des Status Quo mit den westlichen Demokratien durch die Sowjetunion im Herbst/Winter 1934/1935

---

71 Bei Hoppe wird dies zutreffend als „vorauseilende Appeasement-Politik" interpretiert, siehe Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München: Oldenbourg 2007. S. 311f.
72 Zit. nach Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1957. S. 283f.
73 So der Vorwurf der KPD-Opposition. Siehe Das Auslandskomitee der Berliner Opposition (Hrsg.): „Für Kommunistische Konzentration." In: Kommunistische Information. Hrsg. v. A. K. der Berliner Opposition. Für die Mitglieder der KPD. 3. Juni 1938. S. 1–3.

auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen die Renationalisierung der Sowjetunion mit guten, gar exzellenten Beziehungen zu nationalkonservativen, faschistischen bzw. nationalsozialistischen Staaten und Regierungen einherging (Beispiele sind Italien, Deutschland oder die chinesische Kuomintang)[74]. Das erste, spektakuläre Erscheinen des Nationalismus auf der Agenda der internationalen kommunistischen Bewegung während der Stalin-Ära fiel zeitlich mit der sog. „Rechts-Links-Wendung" der Kommunistischen Internationale und der Politik gegenüber Deutschland zu Beginn der dreißiger Jahre zusammen. Neues Material aus russischen Archiven unterstützt die Vermutung, dass der *national turn* der deutschen Kommunisten – bisweilen als „national-populistisch" bezeichnet[75] – als Parallele oder auch Begleitmusik zu den Annäherungsversuchen der sowjetischen Führung und der deutschen Rechtsopposition bzw. der nationalsozialistischen Bewegung gesehen werden kann. Auf seine Weise setzte Stalin nun das um, was er anlässlich der kurzzeitigen taktischen Erprobung der „Schlageter-Linie" Anfang der 1920er Jahre und einer partiellen Zusammenarbeit mit den Nationalisten gegen die französische Rheinland- und Ruhrbesetzung für eine Marotte Radeks gehalten hatte.[76]

Seit 1930 konzentrierte sich der Parteidiskurs der KPD zudem auf eine pseudonationalistische Rhetorik der Anpassung an die NS-Diskurse („Nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes", „Unser Führer Ernst Thälmann", „Volksrevolution für Deutschland"),[77] als die KPD, angeleitet durch die Komintern und in konsequenter Anwendung der Vorschläge Stalins, ihr „Programm der Nationalen und Sozialen Befreiung des deutschen Volkes" zu den Reichstagswahlen am 24. August 1930 lancierte. Diese politische und linguistische Angleichung an den Nationalsozialismus wurde zu Beginn des Jahres 1931 bisweilen sogar von antisemitischen Themen begleitet.[78] Die taktische Anpassung der „Schlageter-Linie" fast zehn Jahre zuvor wurde nun zum Hauptnarrativ.

---

74 Die Kuomintang erhielt sogar Mitgliederstatus in der Kommunistischen Internationale.

75 Siehe auch für das Folgende Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 181–197.

76 Zum kurzzeitigen, auf Karl Radek zurückgehenden „Schlageter-Kurs" Anfang 1923 siehe im Beitrag von Hermann Weber, S. 46f.

77 Siehe Beitrag von Hermann Weber, S. 82f.

78 Zumindest Desinteresse am Unverständnis des Antisemitismus, der als „Sozialismus der dummen Kerls" (Der Begriff geht auf die Österreicher Ferdinand Kronawetter oder Engelbert Pernerstorfer im 19. Jahrhundert zurück, wurde jedoch auch von Bebel und Kautsky gebraucht) verharmlost und wie die gesamte NS-Bewegung eher als vorübergehendes Symptom angesehen wurde. Hierzu Karl Retzlaw: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. Frankfurt/M.: Neue Kritik 1985. S. 320ff. Vgl. Olaf Kistenmacher: „Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda". Antifaschismus und antisemitische Stereotype in der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Roten Fahne, am Ende der Weimarer Republik, 1928–1933. In: Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa. Hrsg. v. Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann u. Julius H. Schoeps. Hildesheim/New York/Zürich: Georg Olms 2010. S. 97–112; Ders.: Vom „Judas" zum „Judenkapital". Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik,

Spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1932 gab sich Stalin der illusionären Taktik hin, die prosowjetische „national-revolutionäre" Minderheit innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung (von Reventlow, Niedermayer) entscheidend stärken zu können. Durch seine eigenen nationalistischen Ambitionen beeinflusst, glaubte er an einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten, wie er schon mit den italienischen Faschisten erreicht worden war.[79] Da die Komintern und die Kommunistischen Parteien dies keinesfalls akzeptiert hätten, wurde mit Thälmann als Symbol ein Diversifizierungsprozess mit nationaler Ausrichtung, ein – allerdings autoritär gesteuerter – Prozess der „Nationalisierung" der Parteien und des Hervorkehrens eigener, nationaler Faktoren vorangetrieben, um eine Diversifizierung der Kommunistischen Parteien zu erreichen.

Der „Rote Volksentscheid" 1931: Neue Forschungsergebnisse, neue Sichtweisen

Die äußerst umstrittene Entscheidung der KPD für die Organisierung eines „Roten Volksentscheids" war eine erste Nagelprobe. Sie hatte ihren Ursprung darin, dass im Januar 1931 Rechtsparteien und Nationalsozialisten ein Plebiszit zur Auflösung des Landtags und zur Absetzung der als „marxistisch" verteufelten SPD-Koalitionsregierung in Preußen forderten. Nach Abhaltung eines erfolgreichen Volksbegehrens legte der Reichstag den Volksentscheid durch Mehrheitsentscheidung auf den 9. August 1931 fest.[80] Im historischen Kontext betrachtet, war die Kampagne eine Reaktion auf die als Bankenkrise (Zusammenbruch der Danat-Bank) auf Deutschland übergreifende Weltwirtschaftskrise und die Radikalisierung der breiten Volksschichten. Entscheidend für eine solche last-minute „Offensive der Verzweiflung" (Thomas Weingartner) war[81], dass die wichtigste Kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion gemeinsam mit den Nationalsozialisten agierte, um eine sozialdemokratische Regierung aus dem Amt zu werfen.[82] Dieser zweite nationalistische „turn" war ebenfalls die Konsequenz eines „Ratschlags" Stalins.

1919–1933. In: Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Hrsg. v. Matthias Brosch [u. a.]. Berlin: Metropol 2007. S. 69–86.

79 Siehe Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

80 Bezüglich des „Roten Referendums" gegen die verfassungsgemäße preußische Regierung (9.8.1931) siehe auch Martin Mevius: „New Documents and New Evidences on the 'Red Referendum' against Prussia, August 9, 1931." In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism III (1996). Nr. 7/8. S. 72–82.

81 Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Berlin: De Gruyter & Co. 1970.

82 Zur fundamentalen Kritik siehe Leo Trotzki: Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „Roten" Volksentscheids (25.8.1931). In: Leo Trotzki. Schriften über Deutschland. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Bd. 1. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. S. 113–137.

Beim Volksbegehren hatte sich die KPD zunächst äußerst zurückgehalten; die Komintern wurde nicht in einen Meinungsbildungsprozess über die Haltung der Partei einbezogen. Auf Druck der Komintern und Stalins gegen das komplette Politbüro der KPD nahm die KPD dann unter dem Signum des „Roten Volksentscheids“ gemeinsam mit den Nationalsozialisten an der Kampagne teil. Letztendlich scheiterte der Volksentscheid, für den nur 9,8 der erforderlichen 13,4 Millionen Stimmen abgegeben wurden. Wie nun belegt werden kann, ging entgegen der Thälmannschen Version der Ereignisse die Initiative für eine Teilnahme nicht von der Komintern und/oder Stalin, sondern zunächst von den beiden Politbüro-Mitgliedern Remmele und Neumann aus. Zwar sollte ebenfalls die Sozialdemokratie bekämpft werden, konstitutiv für den Beschluss war jedoch das antifaschistische Moment, eben durch eine „Offensive der Verzweiflung“ (Weingartner) der Rechten das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen. Eine Schwierigkeit der Historiographie, die dies höchst unterschiedlich beurteilte, bestand bislang darin, das Zusammenspiel unterschiedlicher Motivationen und Kräfte auszudifferenzieren.[83] Die nun vorgelegten Dokumente der Hauptakteure aus den Reihen der KPD Neumann, Pieck und Remmele erlauben eine verfeinerte Sichtweise (siehe Dok. 264ff.).

Zwei Jahre nach den Ereignissen schilderte Remmele („Herzen“) gegenüber der Kommission zur Untersuchung seiner „Fraktionsarbeit“ in der KPD die Hintergründe der Volksentscheidskampagne. Dabei deckte das Mitglied des Politbüros endgültig auf, dass der ursprüngliche Beschluss über den Volksentscheid vom inneren Streit in der KPD-Führung einerseits und der Interessenlage in Komintern und VKP(b) andererseits überlagert gewesen war. Thälmann und die Mehrheit im Politbüro waren überwiegend und grundsätzlich gegen eine KPD-Beteiligung. In dieser Situation setzte nun eine dreistufige Entscheidungskette ein. Ein erster Vorschlag Remmeles, vermutlich bereits während des Referendums, zielte dann grundsätzlich darauf ab, dem NS-Volksbegehren zuvorzukommen. Ein zweiter, maßgeblich von Neumann vertretener Vorschlag zielte auf eine Beteiligung. Die Argumente fasste er in seinem „Sekretariatsbrief“ an Pieck vom 15. Juli 1931 zusammen (Dok. 264), von denen die meisten bereits in einem Zirkularbrief des ZK, einem anonymen Artikel im Zentralorgan der Komintern[84] sowie in einem fraktionellen Brief Neumanns an Flieg vom Mai 1931 enthalten waren. Gezielt wurde dabei auf Thälmanns Passivität, nicht nur in dieser Frage. Gerade angesichts des Widerstands des Parteiführers musste jedoch das

83 Hier kann auf die Arbeiten von Weber, Bahne, Weingartner, Mevius sowie die intensiven Achivrecherchen von Bert Hoppe in Moskau aufgebaut werden. Siehe Hermann Weber: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. In Zusammenarbeit mit Johann Wachtler. Düsseldorf: Droste 1981 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, III. 6); Siegfried Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935. New York/Frankfurt/M.: Campus 1976 (Studium Sozialgeschichte); Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

84 Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD. Die Hauptaufgaben des gegenwärtigen Moments. In: Die Kommunistische Internationale (7.7.1931). H. 25/26. S. 1141–1157.

Votum der Politbüro-Mitglieder abgewartet und dazu zunächst die Stimmungslage in Moskau sondiert werden.

Zu den neuen Erkenntnissen gehört unter anderem, dass Wilhelm Pieck daraufhin der Kominternführung in Moskau den Erhalt eines Telegramms des ZK der KPD mitteilte, in dem er – natürlich in „voller Übereinstimmung mit Eurer Auffassung“ – die linke Sozialdemokratie als den gefährlichsten unter den zu bekämpfenden Feinden deklarierte (Dok. 265). Damit lenkte er die Aufmerksamkeit von der ursprünglichen strategischen Absicht weg, den Volksentscheid im Fall eines zu erwartenden Einbruchs der Nationalsozialisten zu nutzen, und zielte auf die Sozialdemokratie, die implizit nur gemeinsam mit den Nationalsozialisten zu bekämpfen war. Die Mitglieder des Politbüros lehnten jedoch weiterhin eine Beteiligung ab. Wenige Tage später traf, von Pieck vermittelt, beim ZK-Sekretariat der KPD die Information ein, dass Stalin und die Kominternführung „einmütig“ und unter Bekräftigung der Argumentation des „Sekretariatsbriefes“ die Teilnahme am Volksentscheid befürworteten (Dok. 266). Dieser Umschwung muss wie eine Keule gewirkt haben, denn Thälmann warf nun Neumann vor, sein Vertrauen missbraucht und sich nicht an die Absprache gehalten zu haben, das Thema nicht anzusprechen, solange das Politbüro keine Entscheidung getroffen habe.

Wie Pieck es befürchtet hatte, stellte sich die Niederlage der KPD am 9. August als eine doppelte heraus: Die erforderlichen 13 Millionen Stimmen für eine Neuwahl des Landtags kamen nicht zustande, der erwartete positive „Effekt“ für die KPD, sich als unabhängige Kraft zu präsentieren, blieb aus. Gleichwohl feierte das Politsekretariat der Komintern das Ergebnis, das zum endgültigen Zerwürfnis zwischen Thälmann und Neumann in der KPD-Führung führte, als „bedeutenden Erfolg der KPD“ (Dok. 269).

Angesichts der hier vorgelegten Dokumente greift die in der Historiographie vorherrschende Auffassung über die rot-braune Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu kurz. Perzeptionsgeschichtlich relevant ist dabei, dass ein maßgeblicher Teil der KPD-Führung, darunter Thälmann selbst, zwar gegen die Sozialdemokratie hetzte und nationalistisch angehauchte Kampagnen durchführte, nicht jedoch über eine alternatives Konzept für die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten verfügte. Die sich in der Volksentscheidskampagne herauskristallisierende Opposition um Neumann, Remmele, Flieg, Münzenberg und andere dürfte versucht haben, diesem Defizit durch eigene Initiativen entgegenzusteuern, darunter der Beteiligung am Volksentscheid. Zwar wurde dabei über das Ziel hinausschossen, doch die Motivation zur Teilnahme war bei Remmele und Neumann nicht das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten, sondern die perzeptive Manifestation der Entschlossenheit ihnen zuvorzukommen, den Volksentscheid aktiv mitzugestalten und damit das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Die These eines intendierten rot-braunen Zusammengehens passt hingegen eher auf die Handlungsweise der sowjetischen Staats- und Parteiführung. Diesbezüglich ist die These Weingartners weiterhin plausibel, nach der die Volksentscheidkampagne Stalins außenpolitischem Interesse inso-

fern entgegenkam, als damit Bestrebungen seitens der Brüning-Regierung auf eine Verständigung mit Frankreich konterkariert werden konnten.[85]

Verkennung der nationalsozialistischen Gefahr und Pendelpolitik der Sowjetunion

Die Verkennung der nationalsozialistischen Gefahr betraf in stärkerem Masse die sowjetische und weniger die KPD-Seite. Die sowjetische (Außen-)politik wird häufiger mit den Begriffen „Dualität" oder auch „Pendelpolitik" umschrieben. Moskau habe, so der russische Historiker Oleg Chlevnjuk – die Situation beobachtet und es dabei vorgezogen, zwischen den verschiedenen Kräften in Europa zu balancieren.[86] Allerdings verstärkten sich im Zuge der „Archivrevolution" die empirischen Anhaltspunkte dafür, dass Stalin bereits sehr früh, seit dem Machtantritt Hitlers oder vielleicht sogar bereits seit Beginn der dreißiger Jahre, neben der offiziellen Außenpolitik eine zweite, zunächst auf geheimen Wegen weiterverfolgte strategische Ebene miteinbezogen hatte. Der angestrebte modus vivendi mit dem konservativen (und später nationalsozialistischen) Deutschland entsprach dabei – so die bis heute umstrittene Hypothese – einer qualitativen Wende der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit den 1920er Jahren. Der Grund dafür ist einleuchtend: Geht man jedoch von dieser Hypothese aus, müssen nicht nur die Sicht auf die sowjetische Politik, sondern auch die Geschichte der Komintern und der Kommunistischen Parteien neu kontextualisiert werden.

Die neuen Dokumente bestätigen, dass der „Weg in die Katastrophe" (Winkler) durch Stalins Taktik, der nationalsozialistischen Bewegung Handlungsraum zuzugestehen, mit Deutschland als politischem und ökonomischem Hauptpartner zu kooperieren und sogar der Machtübernahme der Nationalsozialisten gegenüber einer SPD-Regierung den Vorzug zu geben, vorgezeichnet war. Eine Anerkennung des nationalen Prinzips in den Beziehungen zu Deutschland war bereits durch Krestinskij am 16. April 1930 formuliert worden, als er dem Außenminister der Weimarer Republik Curtius gegenüber geäußert hatte, dass die Repressionsmaßnahmen gegen die deutschen Kommunisten als innere Angelegenheit Deutschlands betrachtet würden und Deutschland seitens der Sowjetunion diesbezüglich keinerlei Beschwerden zu

85 Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 85ff.; Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn: J. H. W. Dietz Nachfolger 1987 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. III). S. 385–391.
86 Oleg Chlevnjuk: 1930–1933 gg. In: Politbjuro CK RKP(b) - VKP(b) i Evropa. Rešenija „Osoboj Papki" 1923–1939. Hrsg. v. Grant Adibekov, Anna Di Biagio, Francesca Gori, Elena Dundovic [u. a.]. Moskva: ROSSPEN 2001. S. 209–215.

erwarten hätte.[87] Die Gültigkeit dieses Prinzips wurde nach Hitlers Machtübernahme erneuert, als Botschaftssekretär Boris Vinogradov die Behandlung der Anti-Hitleropposition als inneres Problem des Reiches bezeichnete und zugleich Hitler gegenüber dem sowjetischen Botschafter Chinčuk bestätigte, dass die gemeinsamen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion über den ideologischen Differenzen einzuordnen seien.[88]

Gegenüber Thälmann erklärte Stalin noch im November 1932 eine Machteroberung Hitlers für undenkbar. Auch die in europäischen Angelegenheiten nicht unerfahrenen Mitglieder der Komintern-Exekutive zeigten sich davon überzeugt, dass Reichskanzler von Schleicher die Situation meistern würde (Dok. 303). Gleichzeitig wurde die Perspektive einer deutschen Revolution nicht einmal mehr sprachlich fixiert, in ihrer strategischen Grundeinschätzung schloss die Komintern das Vorhandensein einer vorrevolutionären – oder gar revolutionären – Situation für Deutschland strikt aus. Die verheerende Hauptorientierung von VKP(b), Komintern und KPD gegen Sozialdemokratie, „Trotzkismus" sowie die „Rechte und Versöhnler" machte jede Chance einer gemeinsamen aktiven linken Solidarität zur Verhinderung der braunen Flut unmöglich. Das starre Festhalten an dieser Linie gründete sich nicht zuletzt auf personelle Faktoren als Wesensmerkmale des Stalinismus, wie das offenbar blinde Vertrauen Stalins in den KPD-„Führer" Thälmann. Im Stalinismus hatten die persönlichen Beziehungen die institutionell-personellen Komintern-Netzwerke überlagert bzw. ersetzt. Die für die Sowjetunion existentielle nationalsozialistische Gefahr wurde von den Spitzen der kommunistischen Bewegung kaum wahrgenommen, für die KPD, die Komintern und die VKP(b) ergaben sich jeweils unterschiedliche Perzeptionen.

Die „Versöhnler" bis zur deutschen Katastrophe 1933: Einheit gegen die Thälmann-Führung und Einheitsfront gegen den Faschismus

Seit Jahresbeginn 1930 waren die „Versöhnler" offiziell nicht mehr existent. Sie blieben jedoch als geheime Gruppe inner- und außerhalb der KPD aktiv, wobei sie gegen die Sozialfaschismus-Politik auftraten und seitens des von Stalin unterstützten Thälmann-ZK weiterhin starken Druck ausübten. Laut Anweisungen des Sekretariats der KPD vom 21. Februar 1930 durfte von nun an selbst ein Schweigen der Betreffenden – die meisten von ihnen hatten Unterwerfungserklärungen unter die Parteilinie

87 Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Serie B. 1925–1933. XIV: 1. Januar bis 30. April 1930. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980. S. 507.
88 Dokumenty vnešnej politiki SSSR. XVI. Moskva: MID SSSR 1970. S. 271.

abgegeben – nicht mehr hingenommen werden.[89] Der Kampf gegen das „Versöhnlertum" sollte verschärft werden:[90] Dies spiegelte sich in der Unterwerfungserklärung Arthur Ewerts wider, einem der fähigsten Köpfe der KPD, der nach seiner Verdrängung später zu einem Himmelfahrtskommando nach Brasilien abkommandiert wurde und nach dem gescheiterten Militärputsch von General Luis Carlos Prestes im Jahre 1935 die erlittene Folter durch die brasilianische Polizei nur in geistiger Umnachtung überlebte. In der hier veröffentlichten Treueerklärung mit dem Titel „Der Bankrott des Versöhnlertums" forderte er eine vollständige Unterwerfung als Entscheidung für Thälmann und gegen den schon längst von Stalin aufs Abstellgleis geschobenen Bucharin.[91]

Die Rolle der in der KPD illegal wirkenden „Versöhnler"[92] war in den dreißiger Jahren tatsächlich bedeutsamer, als dies bisher angenommen wurde,[93] bei gleichzeitiger innerer Diversifizierung und Fragmentierung der Strömung in ihren Hochburgen Hamburg und Berlin. Nach einer Charakteristik der Hamburger Gruppe bestand die Strömung in den Hauptkomponenten aus den bereits ausgeschlossenen Parteimitgliedern, den „kritischen Leuten" in der Partei und drittens aus den Verbindungsleuten und Informanten in den Parteiapparaten, deren Einfluss sich bis in die Partei- und Kominternführung erstreckte. In der Partei stimmte man notfalls sogar für einen Ausschluss der eigenen Leute, um unentdeckt zu bleiben. Ein solches, streng konspiratives Vorgehen lag im Fall der sog. Hamburger „Puffergruppe" vor, die von Hans Westermann, Hermann Wendt und Karl Grunert geleitet wurde.[94] Bis Ende 1932 befand sich die Zentrale der „Versöhnler" in Berlin, die nach Ernst Meyer von Arthur

89 „Aufgrund der Beschlüsse des Weddinger Parteitags ist für das Versöhnlertum in der Kommunistischen Partei kein Platz. Die ‚Versöhnler' stehen also vor der Frage: Entweder Anerkennung ihrer Fehler im einzelnen, vorbehaltlose Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitags und des Zentralkomitees und der Bezirksleitung und offene Anerkennung, daß ihr bisheriges Schweigen eine Unterstützung des Opportunismus bedeutet, oder die Partei muß die organisatorischen Konsequenzen ziehen. Einige ‚Versöhnler' haben Erklärungen abgegeben, die meist unzulänglich waren. In dem Fall, wo ‚Versöhnler' ausreichende Erklärungen abgaben, hat das Sekretariat des ZK die Erklärung zur Kenntnis genommen und sie darauf hingewiesen, daß es darauf ankommt, daß der betreffende Genosse in der Tat beweist, daß er die Beschlüsse des Zentralkomitees überzeugt und diszipliniert durchführt. Papierne Erklärungen allein haben in einer Situation, wo die Ereignisse die Auffassungen der ‚Versöhnler' (zur Analyse der Lage, in der Gewerkschaftsfrage, Betriebsrätetaktik, Sozialfaschismus usw.) restlos widerlegt haben, keine große Bedeutung." (Weber, Die Generallinie, S. 119).

90 Weber, Die Generallinie, S. 118.

91 Die Rote Fahne (23.2.1930).

92 Weber, Die Generallinie, S. LXXVIII.

93 Hierzu auch die Diskussion in Günter Reimann, New York, and Pierre Broué, Grenoble, about the soviet spring of the year 1932. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. I (1992/1993). Nr. 3–4. S. 35–40; II (1994/1995), Nr. 5–6. S. 83–86; Günter Reimann: Bemerkungen zum Dokument „Versöhnlermaterial" im „Newsletter". In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism. (1996). Nr. 7/8. S. 105f.

94 „Die Sogenannte Versöhnlergruppe, 12.[19]32". In: Leon Trotskys Exile Papers. Trotsky Archives. Harvard University: Cambridge MA., 16271/G129.

Ewert, Ernst Becker und dem Österreicher Karl Voss geleitet worden sein soll. Zerfallserscheinungen ergaben sich vermutlich infolge der Loyalitätserklärungen Ewerts und anderer sowie der Inaktivität des Reichstagsabgeordneten Karl Becker. Nach 1932 arbeitete Eduard Wald als Sekretär der Fraktion; Illegale Rundschreiben waren das Hauptkommunikationsmittel. Die Berliner Gruppe wurde vom ausgeschlossenen Karl Volk geleitet, während Max Frenzel und Georg Krausz weiterhin wichtige Positionen in der KPD bekleideten.[95] In Hamburg waren Westermann und Stephan seit ihrem Ausschluss im Februar 1930 weiter außerhalb der Partei tätig.[96] Etwa im Mai 1932 soll die Zentrale nach Hamburg verlegt worden sein und sich in den Jahren 1931 und 1932 sogar mit zwei Schreiben direkt an die Komintern gewendet haben (siehe Dok. 424).[97] Wie die „Berliner Opposition“ später verlautbarte, hatten die meisten der früheren Führer der Fraktion, wie Ewert, Eisler, Schröter und Süsskind, bereits vor 1932 mit ihr gebrochen. Andere sahen sich aufgrund von „Feigheit“ oder „Prinzipienlosigkeit“ mit dem Ausschluss konfrontiert. In einem Rechtfertigungsbericht gegenüber der Komintern behauptete Humbert-Droz später, dass Süsskind aus der Fraktion in Deutschland ausgeschlossen worden sei (Dok. 434). Dagegen habe sich der in Kominterndiensten stehende Eberlein noch im Umkreis der „Versöhnler“ bewegt, Volk habe ihn jedoch als „korrumpiert und wenig zuverlässig“ eingestuft.

Im August/September 1932 standen die „Versöhnler“ auch als internationale Strömung auf dem XII. EKKI-Plenum im Zentrum der Angriffe der stalinisierten Komintern. Neben der Kritik an der KPD wurden die KP Polens und die KP der Tschechoslowakei bezichtigt, eine internationale „Versöhnlerplattform“ vorgelegt zu haben. Ein von Humbert-Droz im Namen des ZK der KP der Schweiz vorgelegtes Dokument, das als eines der wenigen differenzierteren, umfassenden, transnationalen politischen Analysen der internationalen Situation gelten kann, wurde mit dem Bannstrahl belegt.[98] Der Schweizer wurde daraufhin aus der dortigen Parteiführung entfernt, nachdem er bereits 1931 als eine Art international vorgeschobener Posten der „Versöhnler“ aus der Leitungsarbeit des EKKI gedrängt worden war. Die „Versöhnler“ hatten nicht nur eine gegen die „Dritte Periode“ und den „Sozialfaschismus“ gerichtete differenzierte Analyse der Situation in Deutschland, sondern auch eine auf die Gesamtgesellschaft bezogene Faschismusanalyse vorgelegt. Im Unterschied zur Parteiführung wurde der Februar 1932 als Höhepunkt der gesellschaftlichen Polarisierung und Auseinandersetzung angesehen. Seitdem wurde sogar ein Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung attestiert, der auf neue Differenzierungen auch innerhalb der unterschied-

---

95 Weber, Die Generallinie, S. LXXVIII: „Die Berliner Versöhnlergruppe bildete die Berliner Opposition und gaben unter Karl Volk und Georg Krausz bis 1938 in der Emigration die Zeitschrift Funke heraus“.

96 Weber, Wandlung, S. 237.

97 Die Recherchen im Kominternarchiv blieben ohne Erfolg.

98 Siehe hierzu „Feu bolchévik sur l'opportunisme“. In: L'Internationale Communiste (15.9.1932). Moskau. Publ. in Lasserre, Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz. IV. S. 213–219.

lichen Kapitalfraktionen in Deutschland zurückgeführt wurde.[99] Bis 1933 bildete die Eroberung von Positionen im Apparat und die Schaffung von Stützpunkten eine Priorität der Aktivitäten. Korrekturen an der politischen Linie der KPD hielt man nur noch von oben für durchsetzbar. Daher beschränkte man sich weitgehend auf organisatorische Kritik am Parteiregime und vermied eine politische Fundamentalkritik. Dafür forderte man eine strikte Einhaltung der Parteibeschlüsse, selbst wenn diese der eigenen Analyse entgegenstanden. Diskussionen mit Parteimitgliedern sollten vermieden werden, ebenso Aktionen außerhalb der Partei.[100] Bestenfalls hielt man eine Heranziehung individueller Kontakte, zumeist auf Kaderebene, für möglich, die dann durch organisatorische Kritik und weitergehende Schulung mittels „illegaler“ Informationsmaterialien unterstützt wurden.

Der Antifaschismus der Komintern: Diskurse und Realität

Während der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre gehörte der Antifaschismus zum strategischen Fundament der Komintern, allerdings in unterschiedlicher Ausformung und Intensität. Trotz positiver Ansätze erfolgte keine grundlegende theoretische Analyse seitens der offiziellen kommunistischen Bewegung. Die Fehleinschätzung Hitlers durch die Komintern lässt sich auch auf die Abnutzung des Faschismusbegriffs im KPD-Diskurs in den Jahren vor 1933 zurückführen. Ihre *ideological power* wurde nicht nur durch die „Sozialfaschismus“-Politik geschwächt, tatsächlich wurde jede deutsche Regierung seit Beginn der 1930er Jahre als „faschistisch“ bezeichnet! Als nach Brüning, Schleicher und von Papen schließlich Hitler an die Macht kam, repräsentierte dies für die KPD eben einen „Faschismus“ unter vielen, mehr nicht. Konsequenterweise wurde dieser auch linguistisch dem sozialdemokratischen „Sozialfaschismus“ nachgeordnet. Als lexikalische Besonderheit wurde dazu der verharmlosende Begriff „Nationalfaschismus“ zur Bezeichnung des Nationalsozialismus eingeführt. Während letzterer Begriff in der KPD gebräuchlich war, ersetzte ihn Stalin selbst häufiger durch die apologetische oder verharmlosende Bezeichnung „Nationalismus“.

Seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre legten oppositionelle Kommunisten Faschismusanalysen vor, die an Prägnanz und Analyse bis heute nicht an Bedeutung verloren haben, darunter besonders die Texte Trotzkis, Thalheimers und auch Münzenbergs.[101] Gegenüber dem „Zyklus der Entwicklung zum Faschismus“, der „Krise

99 Die sogenannte Versöhnlergruppe.

100 Hierin ist ein Grund dafür zu suchen, dass die Analysen der Versöhnler bisher in der Historiographie kaum eine Rolle spielten.

101 Einige der prägnantesten Faschismusanalysen Trotzkis sind abgedruckt in L. D. Trotzki: Schriften über Deutschland. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Eingeleitet v. Ernest Mandel. 2 Bde. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971 (L. Trotzki, Gesammelte Werke, I–II). Hierin siehe bes. Lev Trotzki: „Portrait des Nationalsozialismus“. In: Trotzki: Schriften über Deutschland. Bd. 2. S. 571–580; Lev Trotzki:

des deutschen Kapitalismus“ und der „Tragödie des deutschen Proletariats“ bedeutete – so Trotzki – der Nationalsozialismus als „gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus – die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur – (...) die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht. Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution.“[102] Im Einvernehmen mit den Analysen Gramscis und gegen die innerhalb der Komintern herrschenden, verschwommenen Vorstellungen – die besondere Radikalität und emotionale Aggressivität des Faschismus wurde zwar registriert, nicht jedoch als Erscheinungsform einer tiefergehenden Funktion verstanden – richtete Trotzki sein Hauptaugenmerk auf die soziale Funktion des Faschismus innerhalb des Kräfteverhältnisses der Klassen: Das faschistische ‚Massenphänomen‘ beschrieb er später als die ‚plebejische Lösung‘ der Konterrevolution, den Rassismus und Antisemitismus als Kulminationspunkt der ahistorischen Komponente faschistischer Ideologie, der in Richtung auf die Massen als eine Art „zoologisches Pendant“ zum Materialismus und von Seiten der Bourgeoisie als Dissimulierung des ökonomischen Liberalismus gebraucht würde. Überhaupt habe Hitler im Vergleich zu Mussolini – ein Bezug, der seitens der Komintern vollkommen fehlte – die „Methodologie des italienischen Faschismus in die Sprache der deutschen Mystik übersetzt“.[103]

Seitens der sowjetischen Staats- und Außenpolitik wurde der Antifaschismus als Grundausrichtung der kommunistischen Bewegung durch die guten Beziehungen zum Mussolini-Regime in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erstmals durchbrochen, obwohl breite Parteikreise dagegen opponierten und in der Komintern bsw. auch der für die romanischen Länder Europas und Südamerikas zuständige „lateinische“ Sekretär des EKKI, Jules Humbert-Droz, dagegen protestierte.[104] Im Falle des

---

Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats. In: Trotzki: Schriften über Deutschland, Bd., 1, S. 180–307. Vgl. zu weiteren Faschismusanalysen bes. August Thalheimer: Über den Faschismus. In: Faschismus und Kapitalismus. Hrsg. v. Otto Bauer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg [u. a.]. Frankfurt/M./Wien: Europäische Verlagsanstalt und Europaverlag 1967. S. 19–38 (Politische Texte). Zu Trotzkis Faschismusanalyse siehe auch Bernhard H. Bayerlein: L. Trockij und seine Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Grundlagen und methodischer Zugang. In: Pensiero e Azione politica di Lev Trockij. Atti del convegno Internazionale per il quarantesimo anniversario della morte promosso dalla Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Hrsg. v. Francesca Gori. II. Firenze 1982. S. 667–692.

102 Trotzki, „Portrait des Nationalsozialismus“, S. 579.

103 Trotzki, „Portrait des Nationalsozialismus“, S. 574.

104 Der italienische Fall macht frühe Formen der Doppelgleisigkeit von Komintern- und sowjetischer Politik sichtbar. So hatte die KP Italiens zusammen mit dem Lateinischen Sekretariat der Komintern Anfang 1927 eine internationale Boykottkampagne des faschistischen Italiens gefordert. Doch die Ablehnung durch Stalin und auch Bucharin zeigte die Dominanz der russischen Interessen. Ein Boykott seitens der Sowjetunion hätte die „(...) internationale politische Aufmerksamkeit, die auf China und die Sowjetunion konzentriert sein muss, auf Italien abgelenkt“ – so stellte Humbert-Droz wohl die offizielle

Deutschen Reiches wurde auf prophylaktische staatspolitische oder operativ militärische Maßnahmen gegen die Machteroberung Hitlers als geostrategische negative Wende der Kräftebalance in Europa zu Ungunsten der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung jedenfalls verzichtet. Die hier veröffentlichten Beschlüsse des sowjetischen Politbüros lassen den Schluss zu, dass die staatlichen Organe der Sowjetunion nicht einmal defensive Maßnahmen im Vorfeld einleiteten, obwohl mit Hitler erklärtermaßen das Prinzip der Zerstörung der Sowjetunion und der Liquidierung der internationalen kommunistischen Bewegung zur Macht gelangt war. Die Komintern ließ sich insofern in dieses Handlungsschema integrieren und verzichtete auf eine gemeinsame Abwehrstrategie der Arbeiterbewegung gegen Hitler, ja verdammte sogar eine solche als konterrevolutionäres Teufelszeug.[105]

Am 28. Januar 1933, zwei Tage vor der „Machtergreifung", berichtete die *Pravda* über die Krise der Regierung Schleicher. Dabei gestand sie den „Nationalfaschisten", in Abkehr vom geltenden Sprachgebrauch, auch die voll ausgeschriebene Bezeichnung „National-Sozialisten" zu, während die Sozialdemokraten nach wie vor als „Soz[ial]-Faschisten" diffamiert wurden.[106] An gleicher Stelle ist von der „Liquidierung einer konterrevolutionären trotzkistischen Gruppe in Deutschland" die Rede, auch dies ein Hinweis darauf, dass die innerkommunistische Opposition selbst, also der reale und imaginierte Trotzkismus, neben der Sozialdemokratie weiterhin als eigentlicher Hauptfeind angesehen wurde. Noch eine Woche nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler veröffentlichte die *Pravda* einen Artikel mit der Überschrift „Angriff des polnischen Faschismus auf die Werktätigen" (!)[107] – womit den historischen Vorgängen in Deutschland ihre Singularität genommen wurde. Am 1. Februar 1933 wurde auf der Titelseite ein Hitler-Vertrauter mit einer Voraussage scharfer Repressionen gegen die KPD zitiert, daneben prangerte eine Notiz die „Sozialfaschisten" an, sie würden zur „Unterwerfung unter die Hitler-Regierung" aufrufen. Die *Pravda*-Artikel suggerierten, dass es sich bei den faschistischen Regimen um eine Art europäische Normalität handelte.

Die fatale, zwischen *laisser faire*, krassen Fehleinschätzungen, falschen Einordnungen („Sozialfaschismus") und vorsätzlichem Appeasement gegenüber dem

Haltung dar. „La chose viendra au Présidium mercredi, mais après cette position des Russes, il est bien difficile d'insister. Les interêts de l'URSS, à l'heure actuelle où l'Angleterre menace de rompre, sont certainement au-dessus de tout." (Brief von Jules Humbert-Droz an Palmiro Togliatti, Moskau, 26.2.1927, in: Archives de Jules Humbert-Droz. Les partis communistes des pays latins et l'internationale communiste dans les années 1923–1927. Hrsg. Von Siegfried Bahne, Bernhard Bayerlein, Eugen Kretschmann und Reiner Tosstorff, Dordrecht-Boston-London, D. Reidel Publishers, 1983, S. 376–379, hier S. 378.)

105 Siehe als extremes Beispiel den Artikel von Willi Münzenberg: Trotzkis faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD. In: Der Rote Aufbau, 15.2.1932.

106 Der Titel lautete: Germanskoe pravitel'stvo nastaivaet na ramorospuske rejchstaga. Ot našego special'nogo korrespondenta. In: Pravda, 28.1.1933. Zur „trotzkistischen Gruppe" lautete der Titel: „Likvidacija kontrrevoljucionnoj trockistskoj gruppy v Germanii".

107 Nastuplenie pol'skogo fašizma na trudjaščichsja. In: Pravda, 8.2.1933.

Nationalsozialismus anzusiedelnde Strategie der KPD und der Komintern erwies sich auf dem Hintergrund von Stalins Machtkalkül in den Jahren 1931 bis 1933 als selbstzerstörerisch. Nicht nur die kommunistische Opposition und die SPD, sondern auch Teile der Komintern und die Parteiführung beklagten Passivität und den Verzicht auf eine nachhaltige Widerstandsstrategie vor und unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers. Die Dramatik einer welthistorischen Situation, die in der Katastrophe endete, wird hier durch interne Analysen und Prognosen von Eugen Varga, von Emissären der Komintern wie Lájos Mad'jar oder auch durch teilweise entwaffnend offene Briefe Thälmanns, die bisher dem interessierten Leser unbekannt waren, anschaulich greifbar.

Schicksalsjahr 1933. KPD, Komintern und VKP(b) von der „Machtergreifung" Hitlers bis zum Reichstagsbrandprozess

KPD und „Machtergreifung": Unverständnis und Verwirrung

Eine abschließende Bewertung der Haltung und Beweggründe von Komintern und sowjetischer Führung zur „Machtergreifung" – die KPD befand sich im Januar/Februar 1933 im Schockzustand – ist immer noch schwierig. Eine Vielzahl relevanter Dokumente befindet sich noch immer in den russischen Archiven unter Verschluss. Während bsw. die sowjetisch-französischen Beziehungen durch die Veröffentlichung der Politbüro-Protokolle weitgehend abgedeckt wurden, fehlen selbst in den Politbüro-„Sondermappen" Hinweise auf die geheimen Kontakte Stalins mit NS-Deutschland durch Emissäre wie Karl Radek (1933/1934), David Kandelaki (1935–1937) und Sergej Bessonov (1935/1937).[108] Dafür lässt sich die Zurückhaltung hinreichend nachweisen, mit der die sowjetische Führungsgruppe auf diese katastrophale Niederlage reagierte, die nicht unbedingt einen „Wendepunkt in der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen" bedeutete.[109] Zwar erfolgte im Herbst 1933 die Beendigung der deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit, in eine Krise gerieten die politischen Beziehungen jedoch erst in den Jahren Ende 1934/Anfang 1935.

Seitens der Komintern und der KPD herrschte angesichts der „Machtergreifung" gleichermaßen Realitätsverlust, Ungläubigkeit und Mehrstimmigkeit vor. Der historische Einschnitt wurde auch deswegen von den Spitzen nicht wahrgenommen, weil

---

108 Michail Narinskij: 1934–1939. In: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa. Hrsg. v. Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.]. S. 298–304, hier: S. 303, Fn. 17; Jonathan Haslam: The Soviet Union and the Struggle for Collective Security 1933–1939. New York 1991.
109 Slutsch, Stalin und Hitler, S. 59.

die Komintern mit einem raschen Ende des Hitlerregimes rechnete.[110] Bezeichnenderweise machte nicht die Komintern, sondern die Sozialistische Arbeiter-Internationale am 19. Februar 1933 ein erstes Einheitsfront-Angebot an die III. Internationale, die dabei von Teilen der SPD, darunter Vorwärts-Chefredakteur Friedrich Stampfer, unterstützt wurde (siehe Dok. 307). Die Dokumente decken in diesem Fall unerwarteter Weise auf, dass in den entscheidenden sechs Wochen nach der „Machtergreifung" bis einige Zeit nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27./ 28. März 1933 die direkte Kommunikation der KPD-Führung mit der Komintern in Moskau offenbar vollkommen ausgefallen war. Der hier erstmals veröffentlichte Thälmann-Brief ist auf zwei Tage vor dem Reichstagsbrand (den 27.2.1933) datiert (siehe Dok. 308) und ist der letzte (zudem gescheiterte) nachweisbare Versuch einer Kontaktaufnahme mit der Kominternspitze in Moskau nach dem Machtantritt Hitlers und vor der eigenen Verhaftung. Ein Vergleich der Eingangs- und Ausgangsdaten auf dem Dokument macht deutlich, dass er, in Ermangelung eines Boten, erst am 9. März 1933 abgeschickt wurde – vermutlich über die diplomatische Post der sowjetischen Botschaft (!).

In der Literatur wird der Antifaschismusbegriff häufig auf den Widerstand gegen das bereits etablierte NS-System begrenzt. Zunächst sollte jedoch die Rolle von KPD, Komintern und stalinistischer Sowjetunion *beim Aufstieg* und der „Machtergreifung" des Nationalsozialismus in Deutschland erörtert werden. Die weitestgehend kampflose Niederlage der stärksten Arbeiterbewegung in Europa und der stärksten Kommunistischen Partei nach der KP der Sowjetunion besiegelte das Versagen von KPD und Komintern gegenüber dem Nationalsozialismus in einer welthistorischen, für das 20. Jahrhundert entscheidenden Situation (Heinrich August Winkler). Es begann damit jedoch auch eine spannende, noch kaum aufgearbeitete Debatte. Die linke Kritik wurde am konsequentesten von Trotzki geäußert, der den 30. Januar 1933 in Analogie zur Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und dem „Burgfrieden" der sozialistischen Parteien der Zweiten Internationale vom 4. August 1914 zum historischen Wendedebakel erklärte. Damit sei der revolutionäre Pfad von KPD und III. Internationale definitiv beendet, was den Aufbau einer neuen Arbeiterinternationale erforderlich mache.[111] Angesichts der einsetzenden Verfolgungswelle und der Illegalität sah sich die KPD gezwungen, auf alte Kader zurückzugreifen, die häufig oppositionell zur Parteiführung eingestellt waren.[112] In einem hier veröffentlichten Flugblatt aus Berlin-Weißensee über die Hintergründe der „Machtergreifung" wurde scharf mit der Parteiführung abgerechnet (Dok. 303). Noch am 22. Januar 1933 habe die Arbeiterbewegung in einer machtvollen Demonstration als Antwort auf den Aufruf der Nationalsozialisten auf dem Bülowplatz am Karl-Liebknecht-Haus ihren Willen zum

110 RGASPI, Moskau, 495/2/200, S. 1–22 (neu: S. 5–27). Zit. in Kirill K. Širinja: Komintern v 1933 godu, Moskva: Ekslibris-Press 2006, S. 151.
111 Leo Trotzki: „Man muß von neuem Kommunistische Parteien und eine Kommunistische Internationale aufbauen." In: Ders.: Schriften über Deutschland, II, S. 603–612.
112 Cf. H. West: „Der Verfall der KPD". In: Sozialistische Tribüne (1938). Nr. 3. S. 910ff.

Widerstand manifestiert. Zwar habe es niemals zuvor eine derart massive, auf eine Massenbasis gestützte konterrevolutionäre Diktatur in Deutschland gegeben, doch ebenso habe es niemals zuvor eine revolutionäre Arbeiterpartei gegeben, die fünf Millionen Anhänger rekrutieren konnte. Die Machteroberung sei zwar nicht mehr zu verhindern und die der Arbeiter unwahrscheinlich gewesen, die Stabilisierung der faschistischen Diktatur in ihrer definitiven und totalitären Form hätte jedoch verhindert werden können. Karl Volk bekräftigte als einer der Wortführer in seiner späteren, hier abgedruckten Erklärung gegen seinen Parteiausschluss, dass „bei einer richtigen Politik des ZK durch die Entfesselung großer Massenkämpfe die nationalsozialistische Form der faschistischen Diktatur verhindert oder zumindest äußerst erschwert worden wäre". (Dok. 348).

Die Botschaft aus Ziegenhals und der Mythos einer letzten Thälmann-Rede

Während der Bearbeitung der Edition ergab sich ein besonderes Quellenproblem, als ein Auszug aus Thälmanns berühmter „Ziegenhals-Rede" vom 7. Februar 1933 in den Band aufgenommen werden sollte. Diese Rede auf der sog. „illegalen Tagung des ZK" in einem Sporthaus im Südosten Berlins war zugleich seine letzte vor der Verhaftung am 25. Februar 1933; sie wurde später in der DDR als letzter Beleg für die Kontinuität des antifaschistischen Widerstandes hochstilisiert und erhielt einen quasi-mythologischen Status. In der vorliegenden Edition sollte dies durch den (vermutlich) letzten Brief Thälmanns nach Moskau vor seiner Verhaftung, der im Kominternarchiv entdeckt wurde, ergänzt werden (Dok. 308). Während der Bearbeitung entstanden jedoch erhebliche Zweifel an der Echtheit des Ziegenhals-Dokuments und verstärkten die in der Literatur teilweise bereits geäußerten Zweifel in dieser Richtung.[113] Angesichts der festgestellten Unstimmigkeiten zwischen dem Thälmann-Brief und seiner Rede in Ziegenhals dürfte es sich auch und gerade wegen einer nicht gesicherten Überlieferung des Dokuments um eine beschönigende Überlieferung von Zeitzeugen handeln, die später von den von der politischen Führung verpflichteten und auf den Thälmann-Mythos eingeschworenen DDR-Historikern „vervollkommnet" wurde.

Bei der Bearbeitung fiel zunächst die unterschiedliche Wortwahl der beiden Dokumente auf. In der „Ziegenhals-Rede" ist von einer „offen faschistischen Diktatur" die Rede, während im Brief nach Moskau fast drei Wochen später nur von der „faschis-

113 Zur falschen Bezeichnung der Konferenz siehe Henryk Skrzypczak: „Vertrauliche Verschlußsache". Zur angeblichen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933. Ein quellenkritischer Exkurs. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung XXIX (1993). Nr. 3. S. 294–322. Zur offiziellen Darstellung und Publikation der Rede Günter Hortzschansky, Stefan Weber (Hrsg.): Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. 5. überarb. u. erw. Aufl.. Berlin (Ost): Dietz 1988.

tischen Diktatur“, zumeist jedoch nur von der „Hitler-Regierung“ gesprochen wird. Das quellenmäßig unspezifische Ziegenhals-Redeprotokoll sollte möglicherweise die Realität übertünchen und einen konsequenten Kurs gegen die nationalsozialistische Machtübernahme seitens der KPD mit Thälmann an der Spitze vorspiegeln. Tatsächlich erbat Thälmann selbst noch über zwei Wochen nach der Rede fast flehentlich Moskau um Handlungsanleitungen und Perspektiven für die Ausrichtung der KPD. Höchst erstaunlich bleibt die sich aus dem Thälmann-Brief ergebende Erkenntnis, dass in den entscheidenden Wochen vom 30. Januar bis zum Reichstagsbrand offenbar keine Verbindung zwischen der deutschen Parteiführung und Moskau bestand. Bei dem Referat Thälmanns auf der sog. ZK-Tagung handelt es sich vermutlich nicht um eine komplette Fälschung, eher wurde in zentralen Teilen „nachgebessert“. Dass es zudem gar nicht um die in der offiziellen DDR-Literatur titulierte ZK-Sitzung ging, wurde bereits in einer rezeptionsgeschichtlichen Aufarbeitung nachgewiesen.[114] Nach der von Thälmann selbst in seinem Brief gebrauchten Bezeichnung handelte es sich um eine „Reichskonferenz [vor] allen Polsekretären, Abteilungsleitern und Leitern der Reichsfraktionen der Massenorganisationen“ (Dok. 308, 309). Anderswo finden sich auch Hinweise auf eine „Funktionärskonferenz“ von Polleitern sämtlicher Bezirke, Abteilungsleitern und Instrukteuren.[115]

Die Auflösung des Thälmann-Ziegenhals-Rätsels muss mit der Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte des Protokolls zusammenhängen. Nach Angaben des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML/ZPA) beruhte das Dokument lediglich auf „Auszügen (...), die von der Nazijustiz in die Anklageschrift gegen Ernst Thälmann aufgenommen worden sind“ und von denen der inhaftierte Parteiführer selbst eine Abschrift angefertigt habe.[116] Von NS-Seite wurde die Rede tatsächlich für die Vorbereitung eines politischen Prozesses gegen Thälmann eingesetzt: Sie sollte vermutlich eine Anklage nach den §§ 85 (Herstellung hochverräterischer Druckschriften) und 86 (Vorbereitung zum Hochverrat) ermöglichen. Selbst wenn Thälmanns Aussagen, der sich gegen den Hochverratsverdacht wehren musste, dem Reichsanwalt gegenüber mit Vorsicht zu bewerten sind, ergibt sich aus einer Reihe von aus der Haft geschmuggelten Botschaften an die Führungsmitglieder, dass der Hauptinhalt der Konferenz (einschließlich der Thälmann-Rede selbst) die Vorbereitung der KPD auf die vom Reichspräsidenten auf den 5. März 1933 festgesetzten Reichstagswahlen war (vgl. Dok. 308, 309). Hier wurde die Konferenz als „Tagung zur Stellungnahme

114 Skrzypczak, „Vertrauliche Verschlußsache“. Der Berliner Historiker Ronald Sassning spricht von einer einer „umstrittene[n] Referatsüberlieferung“. Siehe Ronald Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns. Legenden und Wirklichkeit. Berlin: Helle Panke 1997. S. 25.

115 Tatsächlich schrieb Thälmann, der vier Stunden lang gesprochen haben soll, an anderer Stelle, wobei er zugleich den Bedeutungsverlust des fomell höchsten Leitungsorgans der KPD deutlich machte: „Die letzte ZK-Sitzung hat vor der Reichsparteiarbeiterkonferenz im Okt. 1932 stattgefunden und seitdem ist keine ZK-Sitzung mehr gewesen.“

116 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933. Berlin: Dietz 1973. S. 209.

der Wahlen mit unserer strategischen Taktik“ eingeordnet.[117] Schließlich betonte Thälmann selbst in einem Brief Ende September 1934 an die Parteileitung, in dem er offen schrieb : „Zu dieser Tagung und dem Inhalt meines Referates ist noch zu sagen, dass diese Tagung eine spezielle Wahltagung war“. Die Teilnehmer sollten „in der Linie des strategischen Ziels des Wahlkampfes ungefähr orientiert sein“.[118] Thälmann stellte dabei ausdrücklich die Echtheit der überlieferten Redefassung, die der Anklagebehörde in Form von 20–25 Seiten maschinenschriftlich vorlagen, in Frage. Sie stelle – so Thälmann – „keine Wiederholung meiner damaligen Ausführungen dar.“

Eine (so) nicht gehaltene Rede und der Gründungsmythos der DDR

Die politische Brisanz des Ziegenhals-Dokuments ergibt sich nicht nur aus der NS-Verfolgungsstrategie gegen den KPD-Führer, sondern zugleich aus der äußerst defensiven, vorsichtigen Haltung und Unbeholfenheit, mit der die KPD-Führung in den ersten Wochen der NS-Diktatur begegnete und die nicht unbedingt dem Duktus der überlieferten Rede entsprach. Als Schlüsseldokument im Strafprozess gegen Thälmann sollte es den Tatbestand des intendierten gewaltsamen Sturzes des Regimes belegen. Das NS-Regime hatte sichtlich Probleme, Thälmann und der KPD die Absicht des gewaltsamen Sturzes des Nationalsozialismus im Januar/Februar 1933 hieb- und stichfest nachzuweisen. Auf Anweisung Hitlers wurde der Prozess gegen Thälmann eingestellt, man befürchtete offensichtlich, dass infolge des Mangels an Beweisen lediglich eine Höchststrafe von 15 Jahren ausgesprochen werden könne. Trotz der Eingabe Thälmanns, Zeugen vorzuladen, konnten anscheinend keine stichhaltigen Aussagen für die inkriminierten Behauptungen zusammengebracht werden. Die später veröffentlichte (Teil-) Fassung der Rede erscheint insofern auch von NS-Seite „montiert“. Mutmaßungen über die Formulierung eines „schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden[en]“ Sturzes der faschistischen Diktatur und der proletarischen Revolution in Deutschland in einer Thälmann-Rede eine Woche nach der „Machtergreifung“ und ohne vorherige Konsultation mit der Kominternführung in Moskau erscheinen zumindest zu diesem Zeitpunkt als eher unwahrscheinlich.

Dass die Rede seitens der DDR-Führung als Beleg im Sinne der ursprünglich von den Nazis intendierten Anklage des gewaltsamen Sturzes der NS-Diktatur für bare Münze genommen wurde, entbehrt nicht der Ironie. Die Intentionen der Nationalsozialisten trafen sich hier ungewollt mit denen der parteioffiziellen DDR-Geschichte und ihrer Historiker: Von DDR-Seite war das Ziegenhals-Dokument zentraler Beleg für die

117 Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I und II. Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur 1998. Hier: I, S. 8.
118 Sassning, Die Verhaftung, I, S. 8.

Kontinuität und Entschlossenheit des Kampfes der KPD unter Führung Thälmanns zum Sturze des Faschismus und einer korrekten Faschismusanalyse. Da beides nicht der historischen Wirklichkeit entsprach, sollten die offensichtlichen Schwächen, Fehleinschätzungen sowie das Scheitern der Parteiführung und der Kommunistischen Internationale ummantelt werden. Die offizielle DDR-Sicht vollzog damit auf nahezu mythologische Weise das, was die Nationalsozialisten intendierten, um Thälmann wegen Hochverrats in einem großen KPD-Prozess abzuurteilen. Den Nationalsozialisten ging es darum, die Rede mit dem Umsturzparagraphen 85/86 kompatibel zu machen. Thälmann selbst wollte sich darüber hinaus gegen den Verdacht eines geplanten gewaltsamen Sturzes der NS-Regierung juristisch absichern und in Ermangelung von Direktiven der Komintern stellte er seine Äußerungen und Handlungen unmittelbar nach der Machtergreifung durchaus realistisch als in erster Linie defensiv und auf die Reichstagswahlen im März zentriert dar.

Installierung der NS-Diktatur im Februar/März 1933: Apathie und Zeitverlust

Als erster Emissär aus Moskau überhaupt traf erst im März 1933 der Referent für deutsche Fragen im Mitteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern (MELS), Sepp Schwab, in Berlin ein. Erich Mielke, Fritz Heilmann, Kurt Bürger und einige Org-Instrukteure aus der Kominternschule folgten später.[119] Der KPD-„Führer" saß jedoch seit dem 3. März 1933 in Haft, während die Komintern zentral damit befasst war, Teile ihres in Berlin angesiedelten Apparates nach Paris zu transferieren, darunter auch die antifaschistischen und kulturellen Massenorganisationen unter Münzenberg. Die Reaktionen der Komintern auf die „Machtergreifung" waren kontrafaktisch angesichts der neuen Realitäten. Trotz der verheerenden Folgen des Reichstagsbrandes meinte ihr seinerzeit wichtigster Mann, Manuil'skij, auf einer außerordentlichen Sitzung des Präsidiums des EKKI über die Einheitsfront in Deutschland, die Situation sei so günstig wie lange nicht mehr (!), ja sie passe sich in den „revolutionären Aufschwung" ein. Einziges Mittel, den Faschismus zu stürzen, sei die Verwirklichung der „kommunistischen Einheitsfront mit der Arbeiterklasse". „Innerhalb der Sozialdemokratie" sollten nun „Minen gelegt werden", um sie definitiv zu zerstören (Dok. 310).

In einem verspäteten Gegenaufruf der Komintern an die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI) wurde zwar pro Forma die „Einstellung gegenseitiger Angriffe" zugestanden, dies jedoch gleich an mehrere Bedingungen geknüpft (Dok. 311). Eine

119 Schwab ist es jedoch nicht gelungen, ein für Thälmann bestimmtes Schriftstück zu übergeben. Er sollte einen unter dem Eindruck des Reichstagsbrandes vom EKKI ausgearbeiteten Brief an die Sozialdemokratie übergeben. Das Schreiben habe „im Prinzip" dem Aufruf des EKKI vom 5.3.1933 entsprochen, so Sassning.

Ablehnung des Angebots seitens der Sozialdemokraten war Bestandteil des Kalküls (siehe Dok. 310). Daraufhin war es für die SAI wiederum ein leichtes, die sozialistischen und sozialdemokratischen Mitgliedsparteien weltweit darauf zu verpflichten, den Aufruf der Komintern an die Arbeiter aller Länder zur Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront abzulehnen. Wie neue Dokumente belegen, bestand abgesehen vom Inhalt ein weiteres Problem darin, dass der Aufruf nicht einmal im Kreise der KPD-Funktionäre bekannt war. „Wenn aber die Funktionäre es nicht wissen – so die Frage des sudetendeutschen EKKI-Mitarbeiters Bruno Köhlers auf einer Sitzung der Politkommission des EKKI – wie können sie unter den sozialdemokratischen Arbeitern damit Agitation treiben?" (Dok. 314). Wohl selten in der Geschichte der gescheiterten Revolutionen hatte ein Diktator so leichtes Spiel.

Am 5. März 1933 fanden die Reichstagswahlen statt, die trotz erheblicher Einschränkung der demokratischen Freiheiten und der Verfolgung von KPD, SPD und der gesamten Linken noch 4,8 Millionen Stimmen für die KPD und 7,2 Millionen Stimmen für die SPD ergaben. Die NSDAP erhielt 17,2 Millionen Stimmen. Damit war jedoch die in Ziegenhals festgelegte, auf die Wahlen orientierte, defensive Stoßrichtung der KPD gescheitert. Die von der Komintern zumindest rhetorisch formulierte revolutionäre Alternative schien noch nicht bis nach Berlin vorgedrungen zu sein, während die abwartende und defensive Haltung Thälmanns das Wiedererstarken einer fundamentalen Opposition mit Remmele und Neumann an der Spitze erklärte. Angesichts der welthistorischen Niederlage und der Politik Thälmanns in Deutschland müsse sofort gegenüber der Komintern protestiert und in Moskau berichtet werden, so Neumann am 7. März 1933 in seinem häufig zitierten, jedoch hier erstmals vollständig publizierten Brief an Remmele (Dok. 312). Dass am 9. März 1933 aufgrund der Denunziation eines Kellners im Restaurant und Vergnügungstempel Bayernhof in Berlin-Charlottenburg mit Dimitrov, Popov und Tanev auch die operative Spitze des Westeuropäischen Büros der Komintern festgenommen wurde, versinnbildlicht das Scheitern von KPD und Kommunistischer Internationale. Am 11. März wurde Haftbefehl erlassen, Dimitrov begann seine Tagebuchaufzeichnungen im Gefängnis und die Voruntersuchung in Sachen Reichstagsbrand wurde eingeleitet.

Erst Mitte März publizierte die KPD mit viel zu großer Verzögerung ein Einheitsfrontangebot an die SPD auf der Linie des EKKI-Aufrufs vom 5. März 1933 unter Verweis auf die gemeinsamen Tausenden von Opfer des nach dem Reichstagsbrand verstärkten Terrors.[120] Ernsthaftere und systematischere Versuche einer Situationsanalyse für Deutschland erfolgten seitens der Komintern erstmals auf einer Sitzung des EKKI am 15. März 1933. Neben völlig realitätsfremden Einschätzungen, denen zufolge mit einem Massenterror gegen die KPD nicht zu rechnen sei (!), hoben Berichte die bittere Stimmungslage der Mitglieder hervor; die Rede war von offenem Zorn gegenüber der Parteiführung. Die Komintern nahm zunächst nur ungläubig die Nachrichten über eine weitgehende Passivität der breiten Massen in Deutschland auf. Manuil'skij for-

120 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (25.3.1933).

derte die Umstellung der Partei auf die Illegalität als dringendste Aufgabe und gab als Handlungsperspektive aus, „kleinere Kämpfe" zu implementieren (Dok. 314). Schock und Erschrecken waren dem gleichwohl anzumerken: „Hätte die deutsche Partei (nur) die Hälfte" der zusammen mit der Komintern verabschiedeten Beschlüsse durchgeführt, klagte Pjatnickij, „hätte ein solcher Zustand nicht kommen können!". Als wäre nichts grundsätzlich passiert, sandte die KPD-Führung am 16. März 1933 einen Finanzierungsplan mit der Bitte nach Moskau, einen höheren monatlichen Zuschussbetrag zu den laufenden Kosten zu gewähren, um u. a. die durch die Abnahme der zu kassierenden Mitglieder zu erwartenden Verluste auszugleichen (Dok. 315).

Verspätet und von Stalin persönlich umgearbeitet: Der erste Grundsatzbeschluss der Komintern zur KPD nach der Machtergreifung

Doch der Schockzustand schien sich nun von der KPD auf die Komintern zu übertragen. Wie viel Zeit man sich ließ (oder lassen musste), zeigt, dass erste Instruktionen an die KPD-Führung erst am 20. März 1933 an Stalin, Molotov und Kaganovič zur Durchsicht gesendet wurden. Der zunächst vorgesehene Brief wurde dann nach Vorschlägen Stalins zu einer Resolution des Präsidiums des EKKI umgearbeitet, die schließlich erst am 4. April 1933 durch einen Beschluss des sowjetischen Politbüros (!) für gültig erklärt wurde (siehe Dok. 316). Angesichts des übergreifenden NS-Terrors und des Glaubens an eine vorteilhafte Situation für die KPD belegt das Dokument eine grundsätzliche Fehleinschätzung der Lage. Die Massen, so hieß es, könnten nun konkret erkennen, dass die Kommunisten angesichts der Ablehnung „demokratischer Illusionen" Recht gehabt hätten. Der Nazi-Terror habe im Grunde eine positive Wirkung, da er das Herannahen der proletarischen Revolution beschleunige. Die KPD solle sich einerseits auf die Illegalität vorbereiten, andererseits Gewerkschaften und Parlamente infiltrieren (!). Was Stalin selbst am Brief an die KPD retuschiert hatte, lässt sich bisher nur indirekt durch einen Vergleich mit der Resolution des EKKI-Präsidiums vom 1. April 1933 rekonstruieren, als sich das oberste Kominterngremium überhaupt erstmals wieder mit der deutschen Situation befasste.[121] Die verabschiedete Resolution enthielt einen vertraulichen Teil über das (ansonsten bekannte) Referat von Heckert zu den Gründen der Niederlage und den Aufgaben der KPD, der hier erstmalig dem deutschen Leser vorgelegt wird (Dok. 317). Die neue Regierung wurde hierin als „Regierung der faschistischen Konterrevolution" zum „Kampf gegen Werktätige" charakterisiert. Heckert unterstellte dabei, „dass das Hitler-Regime nicht lange existieren kann". „Die immanenten Schwierigkeiten der Bourgeoisie" seien so gravierend, „dass andere Mittel vonnöten sind, um sie zu beheben." Während KPD

121 Bei Širinja, der auch hier irrte, auf der Sitzung vom 31.1.1933. Siehe Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 151.

und Komintern auf diese Weise die Machtübernahme verharmlosten, blieb das sowjetische Politbüro bei seiner keineswegs feindlichen Haltung gegenüber Hitlerdeutschland. Eine grundsätzliche Kritik erfolgte nicht, auch außenpolitische Widersprüche wurden nicht an den Tag gelegt. Ernsthafte Signale, wie die durch den KPD-Nachrichtendienst an die Komintern gelangte Mitschrift der Ansprache Hitlers vor Reichswehrgenerälen vom 3. Februar 1933, wurden kaum beachtet. Die dort verkündete „Ausrottung des Marxismus" sowie die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten" wurden als Wahlkampfgeplänkel abgetan, selbst seitens des seriösen Deutschlandkenners und stellvertretenden Außenkommissars Krestinskij.[122]

Während sich im offenen Teil das Präsidium mit der KPD solidarisierte, wurden im nicht publizierten Teil die Aufgaben der Partei festgelegt. Es sollte übergreifend auf eine Einheitsfront zur Beschleunigung des Sturzes der Hitler-Diktatur durch Streiks, Parlamentstribünen, Massenversammlungen etc. hingearbeitet werden. Die Redebeiträge Pjatnickijs zeigen auch, dass der rasch zu vollziehende Wechsel in die Illegalität und die Entwicklung von Basisinitiativen mit einer Reihe von Instruktionen zur Zersetzung der NS-Organisationen von innen heraus verbunden wurden. Die Massen müssten davon überzeugt werden, nicht in die NS-Betriebsorganisationen hineinzugehen und aus diesem Grunde sollten sie genauso wie die SA von den Kommunisten infiltriert werden. Insgesamt betrachtet sei die proletarische Revolution zwar unumgänglich, die Kommunisten als einzige Partei der Arbeiterklasse sollten die Losung des bewaffneten Aufstandes jedoch noch nicht ausgegeben, sondern den Kurs darauf aufnehmen (Dok. 319). In verschlüsselter Form wurde auch auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Schuldzuweisungen hingewiesen: „faschistischen Gerüchten", wonach Thälmann durch Neumann ausgetauscht worden sei, sollte öffentlich entgegengetreten werden. Nicht nur die Stoßrichtung gegen die Linke, auch die Disziplinierungspolitik gegen die „Rechte" wurde seitens der Komintern fortgesetzt. Noch am 9. April 1933 beschloss die Politkommission des EKKI den Ausschluss von Felix Wolf (d. i. Werner Rakow), Erich Wollenberg und anderen wegen „antiparteilicher Tätigkeit". Unter Vorwegnahme der grossen Säuberungen mutierten die Kritiker der mit den Märzwahlen 1933 besiegelten Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung später zur „konterrevolutionären, trotzkistisch-terroristischen" Organisation um Erich Wollenberg und Max Hoelz (!).

Ein bisher unveröffentlichter Brief Willi Münzenbergs an Stalin erhellt den Ursprung der antifaschistischen Kampagne, die unter den Losungen „Freiheit für Dimitrov und Thälmann", „Gegenprozess" und „Braunbuch" in die kollektive Erin-

122 Siehe Andreas Wirsching: „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001). H. 3. S. 517–550. Hoppe (In Stalins Gefolgschaft, S. 317) führt dazu einen Bericht Vinogradovs vom 28.2.1933 sowie einen Brief Krestinskijs an Chinčuk vom 5.3.1933 an, jeweils aus dem Archiv des russischen Außenministeriums. Zur kritischeren, jedoch nicht nach außen dringenden Haltung Litvinovs siehe u. a. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 202, Fn. 563.

nerung einging und der Komintern verspätet ein antifaschistisches Charisma verschaffte, das auf die Sowjetunion abfärbte (Dok. 330). In beiden Fällen war allerdings die Initiative weder der Komintern, noch der Sowjetunion geschuldet, sondern überwiegend dem persönlichen Geschick und Talent Willi Münzenbergs und seiner Mitstreiter Otto Katz („André Simone"), Louis Gibarti und der zahlreichen Intellektuellen und Schriftsteller wie Romain Rolland und Henri Barbusse. Er sicherte sich dabei nach oben bei Radek als Leiter der unmittelbar Stalin zuarbeitenden außenpolitischen Kommission des ZK ab (Dok. 325), um eine umfassende transnationale antifaschistische Kampagne zur Organisierung von Hilfsaktionen und Solidaritätskampagnen für die Freilassung von Thälmann, Torgler und Dimitrov zu organisieren, die die Veröffentlichung des „Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror" einschloss. Aus dem hier veröffentlichten zentralen Dokument geht hervor, dass diese charismatische Kampagne zumindest anfangs nicht von der Komintern abgedeckt war. Münzenberg selbst versicherte glaubhaft, dass „in der Frage der Massenpropaganda und der Mittel und Methoden einer solchen Propaganda" gegen den Faschismus eine Unterstützung seitens der Komintern bzw. der KPD nicht erfolgte. „Welche geradezu ungeheuerliche Schärfe dieser Kampf" angenommen habe und warum „diese Arbeit gegen den Widerspruch und die Erschwerung der offiziellen Partei und ihres Apparates" durchgeführt werden musste, gehe u. a. aus einem scharfen Brief des „radikalen (...) Schriftstellers" Bernhard von Brentano hervor.[123] Brentano hatte nicht nur über einen Versuch der deutschen „Versöhnler" berichtet, über den italienischen Schriftsteller Ignazio Silone die Literaturproduktion der KP an sich zu reißen (Dok. 330), sondern auch in einem Brief an Bertold Brecht vom 18. Juli 1933 seine grundsätzliche Ablehnung der sog. „Heckert-Resolution" über die Komintern-Politik 1933 mitgeteilt. In diesem Brief beklagte er, dass „wieder geschlossene Leute von uns fort[gehen] (sic)" und „der Menschenverbrauch" (...) „ entsetzlich" sei: „Aber darüber dürfen sich die Leute nicht wundern, die mit der SA zusammenarbeiten [und Trotzkisten, SAP usw., der Polizei anzeigen]. (...) aber ich wollte es nicht glauben. So ist nun also in Frankfurt verfahren [worden] und (...) die (...) Denunziation soll 4 guten tüchtigen Arbeitern – welche allerdings Trotzkisten waren – das Leben gekostet haben. Können Sie etwas tun?"[124]

Am 15. Mai 1933 erfolgte die Anweisung der Polit-Kommission des EKKI, dass ein Teil des Politbüros der KPD, und zwar Pieck, Dahlem und Florin, ins Ausland gehen sollte. Ulbricht, Scheer und Schubert sollten in Berlin bleiben. Stalin ließ sich derweil persönlich über die Lage des inhaftierten Thälmann informieren. In einer ihm zugeleiteten Botschaft teilte letzterer mit, dass es ihm relativ gut gehe; er sei bisher nicht geschlagen worden und ließe alle grüßen (Dok. 326). Während in Moskau in trium-

123 Nicht mehr ausgeschlossen werden kann, dass Münzenberg in dieser Angelegenheit von Radek bzw. Stalin selbst unterstützt wurde, auch an der Komintern vorbei (siehe Dok. 330 u. a.).
124 Gerhard Müller: „Warum schreiben Sie eigentlich nicht?" Bernhard von Brentano in seiner Korrespondenz mit Bertolt Brecht (1933–1940). In: Exil IX (1989). Nr. 2. S. 42–53, hier: S. 47. Schrecker war Redakteur der Roten Fahne.

phaler Weise am 25. Mai 1933 unter der Leitung von Arthur Pieck die Erste Olympiade des Internationalen Arbeiter-Theaters eröffnet wurde, setzte die Politkommission der Komintern am 15. Juni 1933 eine Untersuchungskommission unter Vorsitz von André Marty zum innerparteilichen Kampf in der KPD-Führungsspitze zum Fall Neumann und Remmele ein.

Am 20. Juni 1933 starb nach langer Krankheit die 76-jährige Clara Zetkin in Moskau. Die Frauenrechtlerin war zugleich diejenige, die 1922 erstmals den Faschismus als universelle Gefahr für die kommunistische Bewegung und rachsüchtige Antwort auf die Oktoberrevolution beschrieben hatte. Elf Jahre später wurden jedoch internationale Aufrufe sozialistischer, gewerkschaftlicher und jüdischer Organisationen zum wirtschaftlichen und politischen Boykott des NS-Regimes von der Kominternführung schroff abgelehnt. Bereits im April 1933 bügelte die Komintern einen vom World Jewish Council in den USA geforderten internationalen Warenboykott Deutschlands ab. In einer Instruktion an die KP der USA vom 16. April 1933 hieß es: „Wenn die Massen, empört von der Barbarei der Hitlerleute, den Boykott unterstützen, und ein Teil der amerikanischen Kapitalisten es auch durchführen will, dann – all right, denn es ist nicht unsere Sache, die Interessen der deutschen Faschisten zu unterstützen. Aber die KP selbst ruft jetzt keine Boykottlosung aus." (Dok. 333). Auch der sozialdemokratisch dominierte Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hatte, unterstützt von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, einen Wirtschaftsboykott Hitlerdeutschlands gefordert. Ein vom Brüsseler Kongress des IGB gegen das faschistische Deutschland verabschiedeter Aufruf wurde von Kominternseite als Betrug an den Arbeitermassen dargestellt (siehe Dok. 333).

Noch im September 1933, als vor dem Reichsgericht in Leipzig der Reichstagsbrandprozess gegen Dimitrov, Torgler, Popov, Tanev und Van der Lubbe begann, der bis zum 23. Dezember andauerte und in London der von Münzenberg organisierte Reichstagsbrand-Gegenprozess stattfand, der das *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror* veröffentlichte, verharrte die *éminence grise* der Komintern bei der Einschätzung, dass die Nationalsozialisten eine für den Klärungsprozess in der Arbeiterbewegung positive Rolle spielten. Pjatnickij legte am 19. September 1933 in einer der geheimen Sitzungen des Komintern-Sekretariats zur Frage der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft in Deutschland seine Sicht der Dinge nach der Zerschlagung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung dar. Ähnlich waren die Argumente des Profintern-Sekretärs Lozovskij (Dok. 328), der die Auflösung des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) als positiven Hilfsdienst der Nationalsozialisten für die Kommunisten einzuschätzen glaubte. Man müsse dafür sorgen, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaften für immer zerschlagen blieben. Diese Form von „Optimismus" wurde allerdings vom zuständigen EKKI-Sekretär Vil'gel'm Knorin schlagartig gedämpft, da er auf die Folgen der NS-Repression gegen die KPD hinwies. Sollten die Fehler der Partei nicht behoben werden, würde es in zwei bis drei Monaten keine älteren Genossen mehr geben (!). Damit hatte die Debatte auch auf die Leitungsgremien der Komintern übergegriffen.

Der Antisemitismus, mit dem man sich höchstens am Rande beschäftigte, wurde als eine Art künstliche NS-Übernahme des Klassenkampfes betrachtet. Die Nazis hätten Aktionen gegen jüdische Kleinbürger unternommen, um zu zeigen, dass sie eine Arbeiterpartei seien (!). Dass die Komintern nicht nur in der Faschismusfrage, sondern auch in der Einschätzung des Antisemitismus instrumentell argumentierte, zeigte u. a. die Annahme, dass Hitler in der Judenfrage sein Pulver bereits verschossen habe, dass der Antisemitismus dem Regime zwar zeitweise geholfen habe, dass jedoch die jüdischen Geschäfte selbstverständlich nach wie vor blühten und die antijüdischen Methoden bereits keine Wirkung mehr erzielten (!) (siehe Dok. 335).

‚Keine oppositionelle Richtung gegenüber den Deutschen': Stalin und der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

Dass die Komintern zunehmend handlungsunfähig war und sich offensichtlich selbst ausgehebelt hatte, zeigen weiter die Schwierigkeiten gegenüber dem am 14. Oktober 1933 von der NS-Regierung erklärten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eine klare Linie zu finden. Als deutliches Zeichen des Misstrauens gegenüber dem Westen, besonders Frankreich, sowie des Willens zur Aufrüstung verstärkte der Austritt zwar außenpolitisch die Isolierung des NS-Regimes, stabilisierte es jedoch innenpolitisch aufgrund der überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung. Sodass sich das Regime seiner Sache sicher war und mit der Ankündigung des Plebiszits über den Völkerbundsaustritt bzw. die Außenpolitik der Hitler-Regierung für den 12. November 1933 Neuwahlen des Reichstages ausgeschrieben wurden.

Als der sowjetische Außenkommissar Maksim Litvinov im September 1933 den Zeitpunkt gekommen sah, in prophylaktischer Absicht mit den Westmächten gegen NS-Deutschland gerichtete Bündnisse vorzubereiten, hielt Molotov als Politbüro-Mitglied und Vorsitzender des Rates der Volkskommissare eine schärfere Gangart „nicht für notwendig". Dabei forderte er kategorisch, „eine gegenüber den Deutschen oppositionelle Richtung (...) zu stoppen." (Dok. 338) Als das Außenkommissariat ein avisiertes Treffen des stellvertretenden Außenkommissars Nikolaj Krestinskij mit Hitler wegen des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund für nicht mehr opportun hielt und es absagen wollte, polterte Stalin in einem Telegramm vom 16. Oktober 1933 dagegen. Keinesfalls sei dies ein Grund, die Reise zu vergessen. Warum sollte man sich gegen Deutschland wenden, nur weil es den Völkerbund, mit dem man selbst nichts zu schaffen habe, beleidigt habe – meinte der „große Hausherr".[125] Tatsächlich beschloss das sowjetische Politbüro am 25. Oktober 1933 ein Treffen von Litvinov mit Konstantin von Neurath und (falls von deutscher Seite gewünscht) auch mit

125 Oleg V. Chlevnjuk (Hrsg.): Stalin i Kaganovič: Perepiska. 1931–1936 gg. Moskau: ROSSPEN 2001. S. 388f.

Hitler in Berlin.[126] Während Stalin weiter verdeckte, jedoch eindeutige Schritte auf Hitlerdeutschland zumachte, wurde die Kominternführung, die ursprünglich für eine Wahlenthaltung votiert hatte, ihrerseits dahingehend instruiert, in diesem Fall eine „antifaschistische" Option in Form einer aktiven, jedoch negativen Teilnahme der KPD an den Wahlen zu realisieren.[127]

Im ursprünglichen Entwurf der Komintern für eine Direktive an die KPD hatte Knorin im Namen des Mitteleuropäischen Ländersekretariats in abgehobener und illusorischer Weise eine breite Massenkampagne für die Diktatur des Proletariats gefordert, da angeblich angesichts des Ansteigens der revolutionären Stimmung Anzeichen für eine Schwächung der Hitler-Regierung festzustellen seien (Dok. 355). Die Direktive an die KPD bildete vermutlich die Grundlage für einen Presseartikel von Heckert, der unter dem Titel „Flucht aus dem Völkerbund und faschistischer Wahlschwindel", in der *Rundschau*[128] und anderen Kominternmedien veröffentlicht wurde. Hierin wurde das Referendum als Verzweiflungsschritt Hitlers gewertet, mit der Absicht, eine nationalistische Welle hervorzurufen. Zwar befänden sich 100.000 Kommunisten in den Konzentrationslagern, doch sowohl der Austritt aus dem Völkerbund als auch die Ankündigung der Reichstagswahlen seien ein Zeichen für die Schwäche der faschistischen Diktatur und als Versuch zu werten, ihre Position für den Kampf gegen eine sich entwickelnde neue Welle des revolutionären Aufschwungs in ganz Deutschland zu stärken. Falls eigene Listen der Arbeiter erlaubt seien, sollte man an den Wahlen teilnehmen, im umgekehrten Fall sollten die Wahlen durch die Perspektive des Sturzes der Diktatur bekämpft werden.

Am 25. Oktober 1933 schließlich wurde der große Stalin zur Taktik der KPD um Rat gebeten, nachdem sich Pjatnickij bereits am 23. Oktober 1933 an Molotov und Kaganovič gewandt hatte. In der KPD selbst gab es unterschiedliche Vorschläge seitens des ZK, das für eine Beteiligung eintrat, und der Auslandsleitung, die eine Boykotttaktik vorschlug. Mit „nein" abzustimmen, stellte sich dem Komintern-Sekretär insofern als Dilemma dar, als ja die KPD schon immer gegen den Versailler Vertrag gewesen sei. Folglich habe er sich der Auffassung angeschlossen, man müsse bei dem Referendum Enthaltung üben (Dok. 342). Stalin antwortete nur einen Tag später und sprach sich vehement gegen die von der Komintern vertretene Enthaltungstaktik aus. Da jedoch zugleich ein aktiver Boykott nicht möglich sei – so Stalin – sei eine Teilnahme an den Reichstagswahlen mit durchgestrichenem Stimmzettel erforderlich. Zum Referendum über die Außenpolitik und zum Völkerbundsaustritt, den er insgeheim zumindest nicht bedauerte, sei es hingegen notwendig, mit „nein" zu stimmen (Dok. 343). Trotz Manipulationen rund um die Abstimmungen fiel das Ergebnis des

126 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 295. Zum Hintergrund des Treffens Neurath-Litvinov siehe: Dokumenty vnešnej politiki SSSR. XVI. Moskva: MID SSSR 1973. S. 589–592.

127 Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 696f.

128 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (20.10.1933).

Plebiszits zumindest in einigen städtischen Zentren und Arbeiterhochburgen mit 25 bis 35 % Neinstimmen recht hoch aus. Letztlich hatten jedoch auch hier Komintern, KPD und sowjetische Führung die Entscheidung bürokratisch verschleppt und damit eine aktiv vorbereitende Kampagne zu den Wahlen unmöglich gemacht.

Stalins Sowjetunion auf dem Weg zu einem Modus Vivendi mit NS-Deutschland?

Die neuen Dokumente belegen eine besondere Hartnäckigkeit Stalins, das NS-Regime mit Kritik zu verschonen. Während die Komintern die Machtergreifung einfach nicht ernst nahm und hierin sogar strategische Vorteile für die KPD zu erkennen glaubte, soll Karl Radek als Leiter des außenpolitischen Think-Tanks Stalins Karl Wittfogel gegenüber in Moskau erklärt haben, dass die deutschen Arbeiter eben einige Jahre Hitler auf sich nehmen müssten.[129]

Von Seiten der Komintern gab es unmittelbar nach dem Januar 1933 tatsächlich keine gegen das NS-Regime gerichteten Aufrufe. Auch nach dem Machtantritt des NS-Regimes wurde die Ablehnung jegliches gemeinsamen Zusammengehens mit der Sozialdemokratie und den anderen Strömungen der Linken gerechtfertigt. Es erfolgte kein Eingeständnis einer Niederlage und man beharrte weiter auf der von Sowjetunion und Komintern verkündeten Maxime „Hauptfeind Sozialdemokratie“, dies trotz vielfältiger antifaschistischer Reflexe, Aktionen und Forderungen seitens der Parteimitgliedschaft, dem Drängen der linken Zwischengruppen und den eindringlichen Aufrufen und Schriften zentraler weltgeschichtlicher Akteure und Intellektueller. Die KPD forderte zunächst nicht den Sturz des Regimes, nach dem Erwachen aus einer Art Schockstarre konzentrierte man sich auf die nach der verfügten Auflösung des Reichstags einberufenen Reichstagswahlen vom 5. März 1933.

Auch die Sowjetunion bewegte sich nicht in das antifaschistische Lager, stattdessen blieb die Fokussierung auf die Sozialdemokratie als Hauptfeind auch nach dem 30. Januar 1933 Bestandteil sowjetischer Staatspolitik. Entscheidungen des Politbüros zur KPD, die noch Anfang der 1930er Jahre so häufig und detailliert gewesen waren, blieben aus.[130] Am 22. Februar 1933 fand ein denkwürdiges Gespräch des Sozialdemokraten Friedrich Stampfer, Chefredakteur des Vorwärts, und des österreichischen außenpolitischen Redakteurs Victor Schiff mit dem Sekretär der sowjetischen Botschaft in Deutschland, Boris Vinogradov, statt (Dok. 307). Die Einzelheiten des Gesprächs lassen sich aus einem Artikelmanuskript Schiffs aus dem Stampfer-Nachlass des Archivs der sozialen Demokratie entnehmen. Das nichtoffizielle Treffen sollte

129 Fritz J. Raddatz: Vom Versagen der Linken. Ein Zeit-Gespräch mit Karl August Wittfogel. In: Die Zeit (2.3.1979). Nr. 10.
130 Siehe hierzu die in Abstractform wiedergegebenen, fast 1000 Entscheidungen und Beschlüsse des sowjetischen Politbüros mit Deutschlandbezug in den Dokumentenbänden.

von Seiten der beiden Sozialdemokraten in allerletzter Minute die Möglichkeiten sondieren, doch noch eine antifaschistische, gemeinsame Front der beiden größten Parteien der Arbeiterbewegung gegen Hitler zu errichten. Der Schock war groß, als der Botschaftsvertreter dabei das Prinzip der Nichteinmischung der Sowjetunion in die inneren Verhältnisse Deutschlands als Maxime der russischen Politik anführte. Von SPD-Seite kritisch dazu befragt, erklärte der sowjetische Vertreter zwar, dies hieße jedoch nicht, „daß unsere Öffentlichkeit das [KPD-] Verbot und den weißen Terror unbemerkt lässt“.[131] Vinogradov soll jedoch deutlich gemacht haben, dass die Verfolgung der deutschen Kommunisten als innere Angelegenheit Deutschlands betrachtet würde und dass sich die UdSSR durch Hitlers Machtantritt den schnellen Untergang des deutschen Kapitalismus verspreche. Letzteres sei auch der Grund für die Nichteinmischung. Last but not least soll der Diplomat und NKVD-Offizier den beiden Redakteuren dringend angeraten haben, nichts über das Gespräch zu publizieren. Auf Nachfrage der sichtlich erschütterten Sozialdemokraten „bat“ der Botschaftssekretär darum, im „Vorwärts“ keinerlei Meldungen zu veröffentlichen, die bedeuten könnten, dass die Vernichtung der KPD seitens der Sowjetunion zu einer Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen führen würde.[132] Stampfer veröffentlichte erst im Herbst des Jahres im Neuen Vorwärts einen zudem viel stärker defensiv gehaltenen Artikel.

In der Folge wurde die Komintern auf Antikriegs-, nicht jedoch auf antifaschistische Kampagnen ausgerichtet. Münzenbergs flammender Appell an Stalin im April 1933, endlich mit einer effektiven Massenpropaganda gegen den Faschismus zu beginnen, war an den falschen Adressaten gerichtet. Die Mobilisierungskampagnen der Komintern nach dem Januar 1933 zielten auf einen sehr allgemein definierten Antikriegskampf, der in defensiver Weise auf den „Kampf für den Frieden“ beschränkt blieb (wie es später auch unter dem Stalin-Hitler-Pakt praktiziert wurde). Die Auffassung, dass die Friedenslosungen der Sowjetunion in eine revolutionäre Strategie eingebettet gewesen seien, ist nicht mehr haltbar.[133] Dem Nationalsozialismus als sich etablierendem politischen System und der nationalen und sozialen Demagogie der

131 AVPRF, Moskau, 082/17/78/9; Zit. in Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 151–153.

132 AVPRF, Moskau, 082/17/78/9; Zit. in Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 152f., mit ungenauer Quellenangabe.

133 Siehe hierzu u. a. das Leitmotiv in Pelts Geschichte der KP der Niederlande. Wim Pelt: Vrede door Revolutie. De CPN tijdens het Molotov-Ribbentrop Pact 1939–1941. Akademisch Proefschrift. Phil. Diss. Univ. Amsterdam. 's-Gravenhage: SDU uitgeverij 1990. In der Literatur findet sich vielfach noch die irrige These über eine revolutionäre Ausrichtung der stalinschen Politik, selbst noch nach 1945 und besonders in der semikolonialen und kolonialen Welt. So hält Andreas Hilger in einem neuen Sammelband die revolutionäre Perspektive „auf lange Sicht“ gerade am Beispiel des neuen Aufbruchs der Sowjetunion zur Südhalbkugel nach 1945 für gegeben (Andreas Hilger (Hrsg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatsozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991. München: Oldenbourg 2009. S. 7 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte)).

NSDAP wurde seitens der KPD kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Der Antifaschismus existierte als übergreifende, strategische Linie für die Komintern als Ganzes nicht.

Während die Komintern nach der eklatanten Niederlage, während Tausende KPD-Mitglieder verfolgt wurden, von einem nur kurzzeitigen Rückzug sprach, der den Sturz des Hitlerregimes nur beschleunigen könnte,[134] verlangte die Sowjetunion auf außenpolitischem Gebiet von Hitler ein Zeichen des guten Willens, das der Diktator auch aussandte. Im Gespräch mit Sowjetbotschafter Chinčuk sagte Hitler am 28. April 1933, dass „Unsere beiden Staaten (...) sozusagen die Unverrückbarkeit des Faktums der gegenseitigen Existenz für lange Zeit anerkennen und in ihren Handlungen davon ausgehen [müssen] (...)". „Unabhängig von der unterschiedlichen Weltanschauung beider Staaten" seien diese durch „gemeinsame Interessen" verbunden und „diese Verbindung [trage] einen dauerhaften Charakter".[135] Was 1931 nicht ratifiziert werden konnte, erfolgte so am 5. Mai 1933. Zeitgleich mit den Massenverhaftungen von KPD-Mitgliedern infolge der Notverordnungen ratifizierte der Reichstag an diesem Tag das Verlängerungsprotokoll des Berliner Vertrags zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1926, der auf den Vertrag von Rapallo gefolgt war. Es ist kaum verwunderlich, dass die guten Wirtschaftsbeziehungen unvermindert fortgesetzt wurden: U. a. beschloss die UdSSR am 8. März 1933 umfangreiche Käufe von U-Boot-Technik aus Deutschland (bei JVS) sowie von Schiffstechnik aus Italien.[136]

Deutschland-Berichterstattung in der Pravda: „Sozialfaschismus" als sowjetische Regierungspolitik

Aufgrund der neuen Quellen ist es nicht mehr überzeichnet, von einer wohlwollenden Neutralität der Sowjetunion gegenüber Hitlerdeutschland auszugehen,[137] die sich seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu einer strikten Nichteinmischungspolitik verpflichtet hatte. Stalin schonte die „Hitlerregierung" und richtete weiterhin den Angriff auf die Sozialdemokraten, Trotzkisten auf der Linken sowie „Rechte und Versöhnler" inner- und außerhalb der eigenen Reihen. Die Lektüre der *Pravda* in den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt bringt zum Vorschein, dass die Sozialfaschismus-Doktrin fester Bestandteil der sowjetischen Regierungspolitik blieb, die in der Forschung bisher zu stark auf die Komintern und die Kommunistischen Parteien, besonders die KPD, projiziert wurde. Während aufgrund einer selbst verordneten Nichteinmischungspolitik in die „inneren Angelegenheiten Deutschlands" die „Hit-

134 „Resolution des Präsidiums des EKKI zum Bericht des Gen. Heckert über die Lage in Deutschland" (1.4.1933). Moskau; RGASPI, Moskau, 495/2/203, 10–12.
135 Dokumenty vnesnej Politiki. S. 271.
136 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 79–80.
137 Gerd Koenen spricht in diesem Zusammenhang von einer „bemerkenswerten Neutralität" (Gerd Koenen: Die Russische Revolution. Ein Experiment. In: Spiegel Special Geschichte (2007). Nr. 4. S. 9).

lerregierung“ kaum kritisiert wurde, nahm auch die *Pravda*, wenn es darum ging, die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu verunglimpfen, kein Blatt vor den Mund: „Sozial-Faschisten rufen zur Unterordnung unter die Regierung Hitlers auf“, hieß es dort Anfang Februar 1933.[138]

Am 30. Januar 1933, dem Tag der „Machtergreifung“, waren Hitler und seine Bewegung für die Titelseite der *Pravda* kein Thema. Man berichtete lediglich von einer „Verschärfung der Lage“ in Deutschland und über Repressionsmaßnahmen gegen die KPD, für diese wurde allerdings u. a. der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig verantwortlich gemacht. Während die Komintern in völliger Verkennung der Tatsachen nun die These der „Zwillingsbrüder“ verstärkt anwandte und neben dem „Sozialfaschismus“ auch den sog. „Nationalfaschismus“ zum Gegner erklärte, verfestigte sich nach dem Januar 1933 für die Sowjetunion der Kampf gegen die Sozialdemokratie sogar zur strategischen Ausrichtung. Die Überschrift „Hitler ist Reichskanzler“ findet sich in der Ausgabe vom 31. Januar erst auf Seite sechs. Am 1. Februar wird auf der Titelseite ein Hitler-Vertrauter mit der Voraussage zitiert, es werde scharfe Repressionen gegen die KPD geben, daneben prangerte eine Notiz die „Sozialfaschisten“ an, die zur „Unterwerfung unter die Hitler-Regierung“ aufriefen. Am 2. Februar titelte die *Pravda* zur Selbstauflösung des ADGB: „Die Sozialfaschisten passen sich den Geschmäckern ihrer neuen Herren an.“ Erst am 6. März publiziert die *Pravda* den Aufruf der Komintern zur Einheitsfront, in dem erstmals von einer übergreifenden Schuldzuweisung an die Sozialdemokratie als Ganzes abgegangen wurde.

Seitens der Komintern wurde die Liquidierung der Sozialdemokratie in Deutschland als positiver Effekt genauso hervorgehoben, wie seitens der Sowjetunion die sich angeblich positiv auswirkende, mit den Ereignissen in Deutschland verbundene Vertiefung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten. Bereits 1933 war die (vermutlich von Stalin selbst stammende) instrumentelle Faschismusdefinition gültig, die 1935 vom VII. Weltkongress der Komintern für allgemeingültig erklärt wurde. Mittels der als „Dimitrovsche Formel“ in die Geschichte eingegangenen, rein instrumentellen Definition, die Generationen künftiger Kommunisten beeinflusste, wurde der Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals„ definiert. Das typischste Charakteristikum des Nationalsozialismus als (insofern unmittelbar mit dem Parteikommunismus konkurrierendem) Mobilisierungsregime blieb ausgespart.[139]

138 Pravda (1.2.1933 und 2.2.1933).

139 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: Ders.: Ausgewählte Schriften in drei Bänden. II. Berlin (Ost) 1958. S. 523–625, hier: S. 525.

Das Remmele-Memorandum: Anamnese eines weltgeschichtlichen Versagens

Neben dem seitens der KPD-Führung gemeinsam geführten innerparteilichen Kampf gegen die „Versöhnler" war der engere Zirkel um Thälmann in einen ständigen Kampf gegen den linksstalinistischen Flügel um Neumann und Remmele involviert. Dass gerade der Antifaschismus und die Haltung zur Faschisierung Deutschlands seitens der Thälmann-Führung vor und nach dem Januar 1933 im Zentrum der Auseinandersetzungen stand, belegt das hier publizierte Memorandum Remmeles, als Mitglied des Politbüros der KPD (Dok. 321). Es gehört ebenfalls zu den bisher kaum beachteten Grundlagendokumenten der KPD-Geschichte.

Bereits vor der „Machtergreifung" vermittelt ein erstes, für Pjatnickij und Stalin bestimmtes Memorandum Remmeles vom 25. Dezember 1932 tiefe Einblicke in eine angesichts des erfolgreichen Ansturms der Braunhemden innerlich wie äußerlich entwaffnete KPD-Führung. Hierbei warf Remmele Thälmann vor, einen aus personellen Motiven gespeisten Rachefeldzug auf Kosten der Partei und der bolschewistischen Linie zu führen. Die später von der Komintern erhobene Anklage, Remmele vertrete einen „westlichen Marxismus",[140] wird dem Inhalt dieser Auseinandersetzung nicht gerecht, genauso wenig wie das in der Forschung vorhandene Desinteresse an diesen Fraktionskämpfen. Zur Veranschaulichung der Führungskrise listete Remmele, der zwar kein Theoretiker, jedoch seit 1897 Mitglied der SPD und später als Arbeiter- und Gewerkschaftsführer in der Pfalz und in Baden Mitbegründer der USPD war, drei ideologische Hauptrichtungen innerhalb der KPD auf: eine orthodoxe Richtung mit Thälmann an der Spitze, die zu einer Lösung der Probleme nicht fähig sei, eine „spartakistisch-trotzkistische" sowie eine „bolschewistische Linke", zu der er sich zusammen mit Heinz Neumann u. a. zählte. Die Gruppe Thälmann, so versicherte er, führe die Partei durch Kompromisse in der Einheitsfrontfrage in einen „opportunistischen Sumpf", man müsse deswegen den Kampf gegen sie führen.[141] Warum die Kominternführung mit Knorin, Pjatnickij, Lozovskij, Manuil'skij und Kuusinen wenig später das Manifest als „Kapitulantentum von links" scharf verurteilte, wird hieraus erklärlich (Dok. 314).

Die große Abrechnung angesichts der Unfähigkeit der KPD im Zuge der Machtergreifung erfolgte parteiintern im April 1933. Auf den 12. April 1933 datiert, beschuldigte Remmele in einem hier erstmals auszugsweise abgedruckten 25-seitigen, eng beschriebenen Brandbrief an die Mitglieder des Politbüros diese nicht nur für die „größte[n] Niederlage des deutschen Proletariats seit 1914" verantwortlich zu sein. Sie habe sich nicht nur einer „ungeheuerliche[n] Unterschätzung des Ernstes der Lage für das deutsche und internationale Proletariat" schuldig gemacht, „der mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland entstanden ist", sondern ginge auch – „von

140 Siehe Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, 230f.
141 RGASPI, Moskau, 508/1/129, 5.

legalistischem Kretinismus befangen" –, einer Analyse der faschistischen Diktatur in Deutschland bewusst „aus dem Wege, (...) weil bei dieser Feststellung einige falsche Thesen des Parteiführers und der Parteiführung durch die Geschichte als unrichtig und falsch erwiesen wurden".[142] Zur Vorgeschichte des Dokuments gehört, dass einen Tag nach der Verhaftung Thälmanns Heinz Neumann in einem häufig zitierten, jedoch bisher unpublizierten „Geheimbrief" seinen Mitstreiter Remmele aufgefordert hatte, angesichts der „geradezu geschichtliche[n] Verantwortung" gegenüber den passiven und gegen die Vorgaben der Komintern verstoßenden Positionen der Thälmann-Führung die Initiative zu ergreifen und „die Rolle von Karl L[iebknecht]" zu übernehmen (Dok. 312). Die Situation erzwinge es, in Moskau gegen die Politik Thälmanns in Deutschland bei der Komintern zu protestieren und entsprechend zu berichten. Remmele solle nicht darauf hereinfallen, wenn die „[Thälmann]bande sich mit den 4,7 M[illionen der KPD-Stimmen bei der Reichstagswahl] ‚retten' wolle: Dies zeige nur, „wie glänzend die Masse ist, was man hätte tun *können* und was man noch tun *muß*." Den Stalinismus nun eindeutig hinter sich lassend, versuchte Remmele in diesem Moment tatsächlich, jene Rolle zu übernehmen, die ihm Neumann in seinem Geheimbrief zugewiesen hatte.[143] Die von „legalistischem Kretinismus befangen(e)" Parteiführung, die sich nun auch einer „gewaltsamen Unterdrückung der Kritik an der Politik der Partei" befleißige, habe Parteiverbot und Illegalität weder vorhergesehen, noch vorbereitet. Die „widerstandslose Hinnahme des scheußlichen Massenterrors in der Massenstimmung" versuchte Remmele damit zu erklären, dass ein „entschlossener Abwehrkampf" nicht geführt wurde. Hieran treffe die Mitglieder keine Schuld, „die unsere Ratschläge nicht befolgten, sondern vor allem sind wir selber schuld in der Führung, und das ohne Ausnahme, weil wir uns zu leichtfertigen Kraftmeiereien verleiten ließen, ohne jedoch eine schlagkräftige Armee geschaffen zu haben, indem

142 In der Historiographie wurde der Text sowohl von deutscher als auch von russischer Seite bisher kaum zur Kenntnis genommen. Auch bei R. Müller (Menschenfalle Moskau, S. 365) wird dies nicht weiter vertieft. Vermerkt wird, dass die betreffenden Dokumente erstmals auf einer Sitzung des Politbüros vom 3.9.1936 erörtert worden seien, zu der Wilde und Brückmann von der Kaderabteilung der Komintern hinzugezogen worden seien. Beim russischen Historiker Širinja (Komintern v 1933 gody, S. 226f.) findet sich die apologetische These, nach der die Komintern vorausschauend den Fraktionstreibereien Remmeles und Neumanns ein Ende bereitete habe.

143 Karl Liebknecht hatte im August 1914 als einziger SPD-Führer gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit gegen die „union sacrée", den „Burgfrieden", mit der nationalen Bourgeoisie gestimmt. Remmeles hier gezeigter Courage folgte später eine erneute Unterwerfung, obwohl diese ihn und seine Familie nicht vor dem Stalinschen Terror rettete, der bis in DDR-Zeiten andauerte. Trotz der verordneten radikalen Entmündigung ließ Stalin ihn umbringen, die DDR hielt sein antifaschistisches Memorandum weiter unter Verschluss. Der Bruder Remmeles, Adam Remmele, saß als Sozialdemokrat zeitweise im KZ. Er war Ende der zwanziger Jahre Staatspräsident von Baden, nach 1945 erhielt er die Ehrenbürgerwürde der Stadt Karlsruhe. Siehe das Schreiben des Leiters der 3. Abteilung des NKVD, Minaev vom 2.5.1937, mit der Aufforderung zur Verhaftung der deutschen Kommunisten Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland (Dok. 413).

wir die entscheidenden Positionen sicherten, von denen aus wir hätten zuschlagen können, und beweisen konnten, dass Deutschland nicht Italien ist." (Dok. 320)

Die durch den Führerkult um Ernst Thälmann beschleunigte und durch Zeitzeugnisse von Politbüro-Mitgliedern bestätigte innere Zersetzung der KPD erscheint nun deutlicher als Hauptursache für die Niederlage des Jahres 1933. Dabei bekräftigte der überzeugte Stalinanhänger Remmele auf seine Weise ungewollt die Niederlagentheorie Trotzkis, teilweise gibt es wörtliche Übereinstimmungen. Die Memoranden zeigen, dass nach den „Versöhnlern" auch die parteiinterne Opposition Heinz Neumanns und Hermann Remmeles in der Führungsspitze der KPD nicht mehr allein unter dem Aspekt einer „linken Abweichung" oder als Überdehnungsphänomen betrachtet werden kann. Vielmehr beinhaltete sie den Versuch, während und unmittelbar nach der Machtübernahme dem NS-Regime einen konsequenten Widerstand entgegenzusetzen, was ein großer Teil der Parteimitglieder mit gutem Grund Thälmann, Stalins Vertrauensperson in Deutschland, nicht mehr zutraute. Die Antwort der Kominternführung bestand darin, dass nicht zuletzt zur Vertuschung des eigenen Fehlverhaltens Remmeles Memoranden als Fraktionstreiberei verurteilt und im Juni 1933 in Moskau dazu eine Untersuchungskommission des EKKI eingerichtet wurde. Vier Monate später (!), am 27. Oktober 1933, wurde der Kommissionsbericht vorgelegt und Remmele musste sein Mandat im EKKI-Präsidium niederlegen. Außerdem sollte er durch das ZK aus der KPD-Führung entfernt und in Zukunft auch nicht mehr für die Kominternarbeit eingesetzt werden. Als VKP(b)-Mitglied sollte er in der Sowjetunion einer Arbeit nachgehen – die stalinistische Entlohnung für ein beachtenswertes Engagement.[144]

Der ausgebliebene Bruch der Sowjetunion mit Hitler – keine antifaschistische Massenpropaganda der Komintern

Die Verantwortung von VKP(b), Komintern und KPD für den Verzicht auf einen „entschlossenen Abwehrkampf" (Remmele) bzw. eine zielgerichtete Massenpropaganda gegen den ohne nennenswerten zentralen Widerstand erduldeten Machtantritt Hitlers sowie für den Verzicht auf die theoretische Analyse eines bisher einmaligen totalitären Unterdrückungssystems bildet einen zentralen Markstein der Stalinismus-

144 Wenige Tage vor Beginn des XIII. EKKI-Plenums im November/Dezember 1933, dem obersten Beschlussgremium des EKKI außerhalb der Weltkongresse der Komintern, wurde der Fall Remmele erneut auf die Tagesordnung des EKKI-Präsidiums gesetzt. Auch eine für den 25.11.1933 einberaumte außerordentliche Sitzung des EKKI kümmerte sich nicht etwa um die Probleme einer unter den Schlägen der Massenverfolgungen ächzenden KPD, sondern nach einem Bericht von Marty um die erneute (und definitive) Verurteilung Remmeles. Dieser hatte es gewagt, die deutsche Januarniederlage als das zu sehen, was sie war, ein „fundamentaler Systemwechsel" und die „größte Niederlage des Proletariats seit 1914".

forschung.[145] Als der „richtige Faschismus“ an die Macht gekommen war, nahm die Komintern zunächst seinen Charakter als qualitativ neuartiges und für die Arbeiterbewegung insgesamt äußerst bedrohliches politisches Mobilisierungsregime nicht wahr. Anfang April 1933 wurden die Kommunistischen Parteien angewiesen, ungeachtet der offiziellen Bekundungen für eine neue Einheitsfront den Kampf gegen die II. Internationale zu verstärken.[146] Leitende Funktionäre des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) äußerten sich auch in der 2. Hälfte des Jahres 1933 und Anfang 1934 noch positiv über die Liquidierung der Sozialdemokratie durch den NS-Terror, die ja nur eine Parallele zur – weitaus blutigeren – Verfolgung der Kommunisten selbst war: „[D]ie Sozialdemokraten [...] standen als chinesische Mauer und haben uns nicht zugelassen zu den Massen. [...] Aber jetzt ist diese Mauer eingefallen. Die Faschisten haben [für] uns diese Mauer zerbrochen [...] und von uns hängt es ab, diese Mauer so zu vernichten, dass auch kein Fundament für den neuen Aufbau besteht.“ – so Pjatnickij auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 19. September 1933 (Dok. 335). Der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale, Solomon Lozovskij, der bereits Kommunisten und Faschisten als Erben der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsbewegung gesehen hatte (Dok. 328), hob im Dezember 1933 die Zerschlagung der Sozialdemokratie durch die Nationalsozialisten als ein Ereignis von „riesige(r) historische(r) Bedeutung“ hervor (Dok. 344).

Willi Münzenberg gehörte nicht nur zu denjenigen Repräsentanten des internationalen Kommunismus, die Stalin am besten kannten, er war auch als Gründer und Leiter der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) der effektivste und herausragendste Propagandist der Komintern. Seine in diesem Band erstmals dem deutschen Leser vorgelegten Briefe werfen nicht nur ein neues Licht auf seine erstaunliche und für die kommunistischen Eliten des 20. Jahrhunderts paradigmatische Biographie. Sie legen auch die Vermutung nahe, dass es der Komintern unmittelbar nach der „Machtergreifung“ zunächst gar nicht um die Implementierung des Antifaschismus ging. Noch im April 1933 verzichtete sie auf die Implementierung einer antifaschistischen Massenpropaganda und setzte ihre antisozialdemokratische und nur allgemein gegen den Krieg – nicht gegen Hitler als Hauptfeind – orientierte Linie fort. Nicht nur am Kurs gegen die Sozialdemokratie wurde festgehalten, sondern noch Mitte 1933 bestand man auf einer scharfen Trennung zwischen Antikriegs- und antifaschistischen Aktivitäten zugunsten Ersterer.[147] So bestätigte einer der besten Kenner Stalins und als Politbüromitglied und Herausgeber des „Roten Aufbaus“ einer der schärfsten Widersacher Trotzkis gleichwohl dessen Fundamentalkritik. Darüber hinaus beklagte er sich bei Stalin in einem persönlichen Schreiben darüber, dass vor und nach dem Januar 1933 auf eine umfassende propagandistische Strategie und damit entschei-

145 Als Ausnahmen siehe Broué, Histoire de l'Internationale, S. 527ff.; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft.

146 Direktiventwurf an die kommunistischen Parteien, 7.4.1933; RGASPI, Moskau, 495/19/529, 55.

147 Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, S. 58ff., 68ff.

dende Wirkungsmöglichkeit der Propaganda gegen Hitler verzichtet worden sei (Dok. 330). Ohne dies freilich darauf zurückzuführen, dass es Stalin darum ging, eine revolutionäre Situation in Deutschland unter allen Umständen zu vermeiden, die Alternativen oder vielleicht schon bestehende geheime Pläne erschwert hätte.[148]

Umgekehrt wurden Kominternfunktionäre für individuelle Vorstöße mit antifaschistischer Ausrichtung sogar gemaßregelt. Ein solches Schicksal ereilte Alfred Kurella, den Sekretär des Weltkomitees gegen Faschismus und Krieg und späteren Sekretär Dimitrovs. Einige Ego-Dokumente aus dem Personenarchiv liefern indirekt „heiße" Informationen zu den wirklichen Absichten der Kominternführung, die sich auch im April 1933 gegen eine antifaschistische Massenagitation wandte. Noch im gleichen Monat wurde gegen ihn im Politsekretariat der Komintern eine mündliche Rüge ausgesprochen, weil er zugelassen hatte, dass der Vorsitzende des Weltkomitees gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, Henri Barbusse, Sozialdemokraten zu einer internationalen Konferenz eingeladen hatte, die der Sondierung gemeinsamer Hilfsaktionen für die deutschen Arbeiter dienen sollte. Der Kominternspitze schien die Zielsetzung auf international wirkungsvolle antifaschistische Aktionen nicht zu goutieren. Wie in der Personalakte überliefert, lehnte sie den eingebrachten Vorschlag zur „Verschmelzung der Antikriegs- und Antifabewegung" ausdrücklich ab (Dok. 322). Zum Zeitpunkt der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung entsprach dies den gültigen Direktiven des EKKI. Die Mobilisierungskampagnen der Komintern nach dem Januar 1933 zielten auf einen nur allgemein definierten Antikriegskampf, der defensiv auf den „Kampf für den Frieden" beschränkt blieb (wie es später auch unter dem Stalin-Hitler-Pakt praktiziert wurde). Dem Nationalsozialismus als politisches System und der nationalen und sozialen Demagogie der NSDAP wurde seitens der KPD kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Der Antifaschismus wurde „nationalisiert", als übergreifende, strategische Linie existierte er für die Komintern nicht.

Trotz des erhöhten Drucks seitens der Kommunistischen Parteien (so der KP Frankreichs) und der kommunistischen Fraktion des Weltkomitees gegen imperialistischen Krieg und Faschismus weigerten sich die Kominternspitze und ihr Emissär Karol'skij weiterhin, den Kampf gegen den Krieg und Hitlers strategische Ziele mit dem Kampf gegen den Faschismus zusammenzuführen. Es verging mehr als ein Jahr, bis dieser bürokratische Standpunkt aufgegeben wurde, der nur aus der offiziellen und geheimen Haltung der Sowjetunion gegenüber NS-Deutschland zu erklären war.[149] Auch nach dem Reichstagsbrand wurde das Konzept einer politisch-kulturell umfassenden Massenpropaganda gegen den Nationalsozialismus, wie es Willi Münzenberg vorschlug, abgelehnt. Die Auswertung der sowjetischen Politbürobeschlüsse ergibt,

148 Vgl. auch die vom NKVD abgefangene Aussage eines abtrünnigen deutschen Kommunisten, der bereits im März 1933 gesagt haben sollte, die sowjetische Regierung wünsche eine deutsche Revolution am allerwenigsten, müsse aber pro forma so tun (RGASPI, Moskau, 558/11/185, 85–96).
149 RGASPI, Moskau. Personalakte Alfred Kurella 495/205/6339, 373–376, hier: S. 355.

dass sich seit Januar 1933 ein explizit gegen das NS-Regime gerichteter Beschluss des obersten Sowjetorgans nicht nachweisen lässt (!). Am 15. August 1933 billigte das Politbüro zwar eine finanzielle Unterstützung für die „Vorschläge Münzenbergs", explizit hieß es jedoch, dass dies ausschließlich für eine internationale Kampagne gegen den Krieg gelte. Das NS-System wurde nicht einmal thematisiert. Auf die für die internationale Arbeiterbewegung sicherlich folgenreichste Zäsur im 20. Jahrhundert reagierte die Sowjetunion keineswegs mit einem Bruch, der eine nicht nur symbolische Bedeutung nach sich gezogen hätte, ja nicht einmal mit Protesten. Stalin schonte zwar die „Hitlerregierung", doch er schoss weiterhin gegen die Sozialdemokraten; die Sozialfaschismus-Doktrin blieb sowjetische Regierungspolitik.

Der Reichstagsbrand-Komplex: Brand, Prozess, Braunbuch und sowjetische Nichteinmischung in „innere Verhältnisse" Deutschlands

Die Debatte über die Urheberschaft des Brandes hat nach Jahrzehnten immer noch kein Ende gefunden. Weitergehende und umfassende Ebenen des Reichstagsbrandkomplexes, auch über die Schuldfrage hinaus, werden kaum mehr in den Blick genommen. Eine zweite, in der Forschung ebenfalls umstrittene Ebene betrifft die Einordnung und Konzeptualisierung des neuen, größtenteils von Münzenberg und seinen Helfern umgesetzten antifaschistischen Repertoires („Braunbuch", „Gegenprozess" u. a. m.) im Verhältnis zur Komintern und sowjetischen Außenpolitik. Als dritte Ebene wurden trotz einer Vielzahl von Publikationen und der andauernden Debatte auch die Hintergründe für die Freilassung bzw. die Transferierung Dimitrovs, Popovs und Tanevs in die Sowjetunion noch nicht vollständig aufgeklärt. Während die Urheberschaft der Nationalsozialisten für den Brand immer noch nicht belegt werden konnte, hängt die Auflösung von Cluster zwei und drei ursächlich mit der Haltung Stalins und der UdSSR und ihrer Vermittlung über die Komintern zusammen.

Für eine Neuaufnahme der Reichstagsbranddebatte reichen die präsentierten Dokumente nicht aus. Gleichwohl decken sich die Hinweise des ersten Gestapo-Chefs unter Hitler, Rudolf Diels, auf die Täterschaft der Nationalsozialisten bzw. der SA und der Rolle des Sonderbeauftragten für die Säuberung der preußischen Polizei, Adolf Daluege, teilweise mit den in Radeks hier erstmals veröffentlichtem Brief kurz nach dem Brand enthaltenen Vermutungen, die sich gegen die Einzeltäterthese zu Lasten von Van der Lubbe richten.[150] (Dok. 324A). Auch die Dimitrov-Tagebücher belegen, dass von kommunistischer Seite nur die Nationalsozialisten als Täter in Frage kamen, bevor aus taktischen Gründen auf Van der Lubbe als Mit- und Haupttäter umge-

150 Allerdings war Diels in dieser Frage unentschieden; kurz vor seinem Tod hielt er sowohl die SA als auch Van der Lubbe als Einzeltäter für denkbar (Klaus Wallbaum: Der Überläufer. Rudolf Diels (1900–1957). Der erste Gestapo-Chef des Hitler-Regimes. Frankfurt/M. [u. a.]: Peter Lang 2010. S. 103.

schwenkt wurde. Ob der hier erstmals publizierte Brief Radeks an Botschaftssekretär Vinogradov in Berlin jedoch als Schlüsselbeleg dafür herangezogen werden kann, dass die von Münzenberg koordinierte Gegenkampagne zum Reichstagsbrandprozess nur zur Camouflage einer Zusammenarbeit von Stalin und Hitler eingesetzt wurde und der Prozess insgesamt nur instrumentell der Diskreditierung der SA gedient haben soll, erscheint eher zweifelhaft.[151]

Dass seitens der Führung des deutschen Kommunismus ein zentraler Aufstandsplan für den Fall einer Machtergreifung tatsächlich nicht vorlag, erschwerte zumindest den Plan eines großangelegten NS-Prozesses gegen die KPD: „Die Politische Polizei war, vor allem durch Spitzelverbindungen bis in die engsten Führungskreise der KPD, über deren wahre Pläne und Absichten, und das heißt nach unbestrittener Erkenntnis über das Fehlen ernsthafter Putsch- und Revolutionspläne der KPD für den betreffenden Zeitraum, genauestens informiert. Ihre dauernden Meldungen und Behauptungen von einer unmittelbar drohenden Revolutionsgefahr insbesondere während der Monate Februar und März 1933 waren demnach weitgehend Zwecklügen, mit denen der Feldzug gegen den Kommunismus im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand beziehungsweise die Beschuldigung der Kommunisten als Urheber desselben propagandistisch vorbereitet und unterstützt wurde.“[152] So lenkten die Dispute um die Alleintäterschaft die schonende Behandlung Hitlers durch die offizielle Sowjetunion auch nach dem Reichstagsbrand in den Hintergrund. Bereits am 2. März 1933 hatte Stalin persönlich den Nachdruck eines in der *Herald Tribune* publizierten Artikels mit kompromittierendem Material zu Hermann Görings gewalttätiger Vergangenheit als Morphiumabhängiger untersagt.[153] Es begann eine Periode sowjetischer Nichteinmischungspolitk, die nicht nur implizit, sondern, wie die neuen Dokumente zeigen, auch explizit eine Tolerierung des NS-Terrors gegen deutsche Kommunisten beinhaltete. Bis heute schwer nachvollziehbar ist, dass das höchste Machtorgan der Sowjetunion gleichzeitig zu den politischen Verfolgungen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Linken, die durch die Reichstagsbrandprovokation legitimiert wurden, schwieg. Trotz der blutigen Kommunistenverfolgung überwog das „positive Interesse an einer Zusammenarbeit“ von beiden Seiten.[154] „Hitler ließ zwar Göring rüsten, doch für seine Person verließ er sich darauf, dass Stalin, der ein

151 Siehe Stephen Koch: Double Lives, S. 116f.. Die These von der „Dimitrov Conspiracy“ als längerfristige Vorbereitung der Zerschlagung der SA am 30.6.1934 („Nacht der langen Messer“, s. u.) ist bei Koch nicht ausreichend belegt. Botschaftssekretär Vinogradov wird hierbei durchweg als Radeks „Agent in Berlin“ bezeichnet.

152 Christoph Graf: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches. Mit einem Vorwort von Walter Hofer. Berlin: Colloquium 1983. S. 225.

153 Leonid V. Maksimenkov (Hrsg.): Bol’šaja cenzura. Pisateli i žurnalisty v strane sovetov 1917–1956. Moskva: MFD 2005. S. 277f.

154 Sven Allard: Stalin und Hitler. Die sowjetische Außenpolitik 1930–1941, Bern/München: Francke 1974. S. 22.

Sowjetdeutschland keinesfalls gewollt hatte, stillhielt und ihm freie Hand ließ gegen die deutschen Kommunisten, die vergeblich auf den Startschuss zum Losschlagen warteten."[155] Für die offizielle Sowjetunion waren auch die Konzentrationslager eine innere Angelegenheit Deutschlands.

Zur Kontextualisierung der Cluster zwei und drei liefern die Dokumente hingegen einiges Material, das die Gegenprozesskampagne in neuem Licht erscheinen lässt. Für die Nationalsozialisten stellte der Prozess eine doppelte Niederlage dar. Zur Einordnung der Vorgeschichte ist hervorzuheben, dass ursprünglich noch vor dem Prozess gegen Dimitrov, Popov und Tanev – im Juni 1933 – die Abhaltung eines politischen Strafprozesses gegen den im Februar verhafteten Ernst Thälmann vorgesehen war. Wegen des nicht ausreichenden Belastungsmaterials musste dieser jedoch abgeblasen werden, trotz aller NS-Bemühungen und trotz der als Umsturzpläne präsentierten „wichtigen Funde in Geheimräumen des Karl Liebknecht-Hauses", die gleichwohl niemals veröffentlicht wurden.[156] Interessanterweise sah der ursprüngliche Plan ebenfalls vor, nicht nur dem nationalen, sondern auch dem internationalen Kommunismus den Prozess zu machen.

Der Freispruch Dimitrovs und seiner Mitangeklagten im Reichstagsbrandprozess, der die katastrophale Niederlage von 1933 teilweise überstrahlte, wurde von der Komintern und unter Hervorhebung seines respekterheischenden persönlichen antifaschistischen Engagements als ein großartiger Sieg gegen den Nationalsozialismus propagandistisch umgesetzt, vor allem als Ohrfeige für Göring. Die in der öffentlichen Meinung breit rezipierte, von Paris und London aus gesteuerte internationale Kampagne gegen den Prozess machte den Reichstagsbrand zur Legende. Sie wurde von relativ autonomen, besonders engagierten Kräften konzipiert und realisiert, allen voran Willi Münzenberg und Otto Katz, in dessen Pariser Verlag das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror" erschien. Stark engagiert war auch Romain Rolland, auf dessen Initiative die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* zurückgeht. Um Intentionen und Hintergründe der Braunbuchkampagne wurde mit den Thesen Stephen Kochs in seinem Buch „Double Lives" eine Historikerdebatte ausgelöst.[157] Die hier erstmals veröffentlichten Dokumente scheinen zunächst die These des Columbia-Literaturwissenschaftlers zu stützen, nach der die russische Führung über Radek als Vermittler über die Kampagne informiert gewesen sei, wie es Münzenbergs Briefe für Radek und an Stalin zwei Monate später suggerierten (Dok. 330,

155 Rudolf Diels: Die Nacht der langen Messer … fand nicht statt. In: Der Siegel 2.6.1949 (www.spiegel.de/spiegel/print/d-4436660.html, 20.8.2013). Vgl. hierzu: Georg von Rauch: Stalin und die Machtergreifung Hitlers. In: Deutsch-Russische Beziehungen. Von Bismarck zur Gegenwart. Hrsg. v. Werner Markert, Dietrich Geyer, Richard Löwenthal, Georg von Rauch, Hans Ross [u. a.]. Stuttgart: W. Kohlhammer 1964. S. 117–140; Siehe auch Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Düsseldorf: Droste 1984 (Droste Taschenbücher Geschichte. 908).

156 Graf, Politische Polizei, S. 226.

157 Koch, Double Lives (2004), S. 97–145.

vgl. Dok. 324A), während die Mehrheit der KPD-Führung weiter versucht habe, die Kampagne zu hintertreiben. Unter dem Eindruck der Ereignisse schloss Radek aus nachvollziehbaren Gründen von vorn herein die (bis heute massiv vertretene) Alleinschuldthese Van der Lubbes aus,[158] in dem er ein Werkzeug der Nationalsozialisten sah. Der Berliner SS-Führer Kurt Daluege, nicht wie zunächst angenommen Georg Bell, habe den Brand organisiert und dafür Van der Lubbe gewonnen. „Wer die Sache außer Van der Lubbe ausgeführt hat, wie die Organisatoren Van der Lubbe für sich gewinnen konnten – das ist es, was herausgefunden werden muß", forderte Radek. Vor allem sollte dies in diskreten Gesprächen mit Niemayer und Grabowsky bzw. dem „Tat-Kreis" erkundet werden. Die Dokumente stützen nicht unbedingt die Sichtweise Kochs, nach der es sich um ein mit der russischen Führung und Stalin abgesprochenes und daraufhin von Münzenberg, Katz und Gibarti als sowjetischen Agenten nur zum Schein als Fassade durchgeführtes, im vorhinein zwischen den Geheimdiensten vereinbartes antifaschistisches Drehbuch gehandelt habe, mit dem Ziel, die wohlwollenden gegenseitigen Absichten sowie die Hintergründe für den Reichstagsprozess und die weitere positive Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu übertünchen. Die unterschiedlichen, weltweiten Initiativen gegen Hitler und sein Regime ausschließlich als „Propagandainitiativen der sowjetischen Regierung", als ein mit Hilfe der Geheimdienste konstruiertes antifaschistisches Blendwerk zu interpretieren, die zudem hinter einer „linksunabhängigen" Fassade verborgen worden seien und dementsprechend „von den sowjetischen Geheimdiensten koordiniert und von diesen penetriert" gewesen seien, stellen eine Überdehnung der These Krivitskys dar, der von einer frühen Orientierung Stalins auf ein Bündnis ausgeht.[159]

Eine unvoreingenommene Lektüre der Münzenberg-Korrespondenz lässt vielmehr ein konsequentes Engagement für eine effektive Massenpropaganda gegen den Faschismus hervortreten, das, ganz im Gegensatz zu den taktischen Intentionen Stalins und seines Helfers Radek in sich selbst bzw. seiner antifaschistischen und sozialistischen Überzeugung ruhte. Zwar hatte Münzenberg auf Beschluss des sowjetischen Politbüros am 21. Juni 1935 „zur Publikation von Antikriegsliteratur" eine finanzielle Zuwendung von 500.000 Francs erhalten, doch dies war der erste (und vermutlich auch letzte) Beschluss in dieser Richtung, der bereits in die Volksfrontperiode unter anderen Vorzeichen und mehr als zwei Jahre nach der Prozesskampagne fiel. Dass Münzenberg in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Geheimdiensten ein Blendwerk aufgezogen hätte, scheint auch aus weiteren Gründen nicht schlüssig. Beginnend in den zwanziger Jahren hatte es der gebürtige Thüringer längst geschafft,

158 Siehe zur Alleintäterthese Uwe Backes, Karl-Heinz Jansen, Eckhard Jesse, Henning Köhler, Hans Mommsen, Fritz Tobias: Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende. München/Zürich: Piper 1986.

159 Koch, Double Lives, S. 335ff., 349. Dass als zentraler empirischer Beleg die Tätigkeit der Abteilung für internationale Verbindungen herangezogen und diese als „Comintern Secret Service" (Geheimdienst der Komintern) entschlüsselt wird, verstärkt nur die Zweifel an dieser These.

mit seinen Peripherorganisationen ein internationales „Zwischenreich“ (Karl Schlögel), ein Zentrum des Antifaschismus in Europa zu schaffen, das sich nicht mehr einfach nach den Instruktionen der Komintern, geschweige denn nach denen der KPD richtete. Münzenberg handelte bereits weitgehend aus eigenem Antrieb, Dimitrov und die Komintern waren auf dieses Netzwerk angewiesen. Münzenbergs Verdrängung setzte erst ein, als Indiskretionen an die Öffentlichkeit gelangten, nach denen er Stalins Schauprozesse als Farce bezeichnet hatte.[160] Weiterhin konnte nun empirisch nachgewiesen werden, dass Münzenbergs Stellvertreter Otto Katz, Louis Gibarti und Louis Dolivet vom NKVD rekrutiert wurden, was umgekehrt belegt, dass er nicht in eine Verschwörung im Sinne Stalins geraten, sondern selbst zum zentralen Objekt der Überwachung geworden war. Dabei bleibt bemerkenswert, dass der Gegenprozess und das Braunbuch als international stark beachtetes, neues antifaschistisches Repertoire gegen starke Widerstände in der Komintern und a posteriori der VKP(b) erzwungen wurden.[161]

Seitens der offiziellen Sowjetunion blieb ein Protest gegen die Durchführung des als entwürdigender Schauprozess geplanten Verfahrens aus. Das sowjetische Politbüro wies während seines Verlaufs sogar die Regierungszeitung *Izvestija* an, den Abdruck jeglicher gegen einzelne Mitglieder der NS-Regierung gerichteter Meldungen und Artikel zu unterlassen.[162] Auch in den deutschsprachigen Rundfunksendungen über den Prozess sollten „die Mitglieder der Regierung“ Hitlers nicht angegriffen werden.[163] Konkret intervenierte die Sowjetunion nur auf diplomatischen Nebenschauplätzen – so in Form einer Protestnote, als sowjetischen Journalisten der Zutritt zum Prozess in Leipzig und Berlin verweigert wurde und es zu Verhaftungen und Durchsuchungen kam.[164] Nach Protesten des Bevollmächtigten Vertreters der Sow-

160 Unter Berufung auf das Presseorgan der Schweizer Trotzkisten „Trotz Alledem!“ veröffentlichte der Pressedienst der IV. Internationale am 22.2.1937 eine Meldung unter dem Titel „Münzenberg, der Geschäftsmann Stalins, gesteht die Fälschungen der Moskauer Prozesse ein“. Münzenberg habe, wie es darin hieß, in Paris erzählt, dass weder sein Freund, der Zürcher Arzt Fritz Brupbacher, noch er selbst, noch die beiden derzeitigen Führer der KP der Schweiz, Marino Bodenmann und Jules Humbert-Droz, das glaubten, was sie den Arbeitern über Trotzki erzählten (Contre-procès en Suisse. Münzenberg, homme d’affaire de Staline, avoue les faux des Procès de Moscou. In: Service d’information et de presse pour la Quatrième Internationale (22.2.1937). Paris. Publ. in Lasserre, Bayerlein, Engagements à travers le monde, S. 253f.).

161 Nahezu zur gleichen Zeit sprach sich die Komintern vehement gegen einen in den USA lancierten Handelsboykott gegen Hitlerdeutschland aus. Siehe Dok. 333; vgl. Širinja, Komintern v 1933 gody, S. 433.

162 Maksimenkov, Bol’šaja cenzura, S. 300f.

163 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/163/990, 208. In russischer Sprache publ. in Maksimenkov: Bol’saja cenzura, S. 300f. Vgl.: Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 293–295. Zur Note siehe RGASPI, Moskau, 17/162/15, 89–90.

164 Es wurde nicht darauf bestanden, den Konflikt weiter zu vertiefen. Siehe die Protestnote in Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u.a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 293, 296. Zum „Journalistenkonflikt“ auch Gennadij Bordjugov: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten aussenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933–1934. In: Zwischen Tradition und Revoluti-

jetunion, Lev Chinčuk, infolge eines Politbürobeschlusses vom 23. September 1933 wurden dann zwar Ausweisungen deutscher Pressevertreter aus der Sowjetunion angekündigt, es erfolgte jedoch eine diplomatische Einigung. Im gegenseitigen Einvernehmen bestand man nicht darauf den Konflikt weiter zu vertiefen, was sich auf die Gesamtheit der sowjetisch-deutschen Beziehungen erstreckte.[165]

Eine „Dimitrov Conspiracy"? Freispruch, Verbringung der Angeklagten in die Sowjetunion, Radeks Mutmaßungen und Münzenbergs Enthüllungen

Zu einem weiteren Forschungscluster um den Reichstagsbrandkomplex, und die Freilassung und Abschiebung Dimitrovs in die Sowjetunion nach seinem Freispruch lassen sich ebenfalls neue Hypothesen formulieren. Am 23. Dezember 1933 erfolgte das Urteil im Reichstagsbrandprozess. Dimitrov, Popov, Tanev und Torgler wurden freigesprochen, Van der Lubbe zum Tode verurteilt. Die neuen Belege zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen im betreffenden Zeitraum lassen die Hypothese nicht mehr als abwegig erscheinen, nach der die Freilassung Dimitrovs nicht nur seinem zweifellos respekterheischenden Auftreten, sondern letztlich Hitlers Absicht geschuldet war, Stalins Good-Will-Politik zu honorieren bzw. die Beziehungen zur Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Am weitgehendsten hat Stephen Koch im Rahmen der These von der „Dimitrov Conspiracy" eine frühe Übereinkunft der beiden Diktatoren und ihrer Geheimdienste als gegeben angenommen; und zwar als Vorbereitungsschritt für das Hitlerregime zur Abrechnung mit der SA. Tatsächlich spricht einiges für eine solche Übereinkunft, die von Koch gemutmaßten Hintergründe und Zusammenhänge sind jedoch ebenso fraglich wie seine weitergehende These, dass die von Münzenberg (über Radek als Kontaktperson) organisierte internationale antifaschistische Kampagne als eine Art Fassadenkulisse hierin integriert bzw. funktionalisiert worden sei. Anhand der teilweise auch hier vorgelegten Dokumente läßt sich dies nicht verifizieren.[166]

---

on. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941. Hrsg v. Ludmilla Thomas, Viktor Knoll. Stuttgart: Franz Steiner 2000. S. 371–398, hier: S. 377. Bordjugov diskutiert den Begriff der Zweigleisigigkeit der sowjetischen Außenpolitik, lehnt jedoch anhand der Auswertung der Politbüro-Entscheidungen die These einer Annäherung an Deutschland strikt ab und führt eine generelle Verminderung des sowjetischen Interesses für Europa an. Gnedin und die Radek-Geheimmissionen werden in Zweifel gezogen.

165 Adibekov, Di Biagio, Gori,Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 296.

166 Siehe Koch, Double Lives, S. 127–145. Hier heißt es, die „Dimitrov Conspiracy" sei die erste Bestätigung für die geheimen Verbindungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Unter Hinweis auf die von Semerdjiev besorgte Einleitung der bulgarischen Ausgabe der Memoiren des bulgarischen Mitangeklagten Blagoj Popov argumentiert Koch, dass man in den 1940/1950er Jahren vom Abschluss einer geheimen, von Wilhelm Pieck vermittelten Verabredung erfahren habe (Double Lives, S.112, 360, Fn. 23). Im besagten Titel ist jedoch auch in der Einleitung das Zitat von Koch nicht zu finden (siehe

Die Frage, ob bereits von Beginn des Reichstagsbrandprozesses an eine Übereinkunft über eine spätere Überstellung Dimitrovs nach Moskau bestand und Torgler (und Van der Lubbe als Alleintäter sowieso nicht) von dieser Regelung nicht profitieren sollte, lässt sich jedoch nicht einfach von der Hand weisen.[167] Von Zeitzeugen- und Historikerseite hielten Franz Borkenau, Ruth Fischer, Arthur Koestler, André Malraux, Babette Gross und Pet'r Semerdjiev bzw. Blagoj Popov einen Deal für möglich bis wahrscheinlich.[168] Der bulgarische Historiker Martin Pundeff stützt weder, noch widerlegt er die „Dimitroff-Conspiracy-These"; vielmehr beschreibt er lediglich das Austausch-Prozedere nach dem Freispruch vom 23. Dezember 1934, das am 27. Februar 1934 mit dem Flug nach Moskau endete.[169] Auch das von Dimitrov in seinen Tagebüchern selbst kolportierte Gespräch mit dem Gestapo-Leiter Rudolf Diels vom 27. Februar 1934 lässt sich in die angedeutete Richtung interpretieren: „Wir wollen gute Beziehungen mit S.U. Wenn das nicht der Fall wäre, hätten wir Sie nicht nach Moskau fortschaffen!" (sic), meinte der erste Leiter der Gestapo zu Dimitrov.[170]

Blagoj Popov: Za da ne se povtori nikoga vece. Paris: K. Péev 1981 (Za vasata biblioteca)); Das von Koch angegebene Erscheinungsjahr 1980 ist unzutreffend. In der neuen bulgarischen Ausgabe der Popov-Memoiren findet sich die Einleitung von Semerdjiev gar nicht erst (siehe Blagoj S. Popov: *Ot procesa v Lajpcig do lagerite v Sibir. Sofija: Izdatelstvo Christo Botev 1991*). Neben einer Vielzahl von indirekten Quellen aus der Sekundärliteratur und Zeitzeugeninterviews ist die von Koch herangezogene Dokumentengrundlage eher schmal. Zwar erscheint eine deutsch-sowjetische Abmachung um Dimitrov nicht ausgeschlossen und es spricht viel für eine konsequente Nichtbeachtung der Unterdrückung der deutschen Kommunisten (und der gesamten Linken). Doch die These, die antifaschistischen Aktivitäten Münzenbergs seien nur eine Fassade gewesen, während das eigentliche, mit dem Leipziger Prozess verbundene Ziel, nicht der Kampf gegen das NS-Regime, sondern das gemeinsame Interesse an der Diskreditierung der SA gewesen sei, erscheint nicht plausibel. Für Hitler – so Koch – sei dies der entscheidende Schritt gewesen, um die Reichswehr aufzuwerten, für Stalin, um ein Appeasement und schliesslich eine Allianz mit Hitler zu erreichen.

167 Am 1.3.1934 berichtet das Pariser Tageblatt über „zwei offizielle Demarchen der Sowjetregierung in Berlin". Sowohl bei Borkenau, als auch bei Ruth Fischer findet sich diese These, u. a. unter Berufung auf Diels (vgl. Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. I. Berlin: Akademie Verlag. S. 90, Fn. 84).

168 Während Borkenau von einem „secret arrangement of release secured for Dimitrov by the Narkomyndel" spricht (Franz Borkenau: European Communism. London: Faber & Faber 1953. S. 228), sah Ruth Fischer einen Link zwischen Außen- und Innenpolitik, der von der Annahme eines geheimen Deals zwischen GPU und Gestapo ausging. Dimitrov habe davon vor seinem Schlussplädoyer erfahren (Ruth Fischer: Stalin and German Communism. Cambridge MA: Harvard University Press 1948. Erw. Neuausg.: New Brunswick/NJ: Transaction Books 1982. S. 308–309. Deutsche Ausg. : Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. II. Berlin: Dietz 1990. S. 331f.). Auch Babette Gross ging in einem Interview nach Kochs Darstellung in diese Richtung (siehe auch Koch: The Dimitrov-Conspiracy. In: New York Times (22.1.1994); Zur Stellungnahme Malraux' siehe Jean Lacouture: André Malraux. Une vie dans le siècle. Paris: Seuil 1973. S. 175ff., 182.

169 Marin Pundeff: Dimitrov at Leipzig. Was There a Deal? In: Slavic Review (1986). Nr. 3. S. 545–549.

170 Siehe Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliewenz. 2 Bde. Bd. II: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein u. Wladislaw Hedeler

Gegenkräfte gab es jedenfalls. Diels führte später an, er selbst habe die Ausführung eines offensichtlich ohne Zustimmung Hitlers von Göring gegen Dimitrov ausgegebenen Mordbefehls an die SA zunächst verhindert, die Verbringung Dimitrovs in die Sowjetunion sei dann auf eine Entscheidung Hitlers gegen Göring erfolgt, die er ihm am 26. Februar 1934 mitgeteilt habe.[171]

Gegenüber der prinzipiell nicht hitlerfeindlichen sowjetischen Politik muss die Frage noch offen bleiben, inwieweit die fast in allen größeren europäischen Städten, in denen solches möglich war, durchgeführten Hilfsaktionen und antifaschistischen Solidaritätskampagnen, in Form von Versammlungen, Protestdelegationen, Masseneinsatz von Flugblättern u. a. m., der Komintern für die Freilassung Thälmanns, Torglers und Dimitrovs aus NS-Haft mit Moskau abgestimmt war.[172] Die Briefe Münzenbergs aus dem Zeitraum April/Mai 1933 (vgl. Dok. 325) könnten ein Hinweis darauf sein, dass Radek als Leiter des zentralen geheimen Informationsbüros für internationale Fragen beim ZK der VKP(b),[173] das Stalin zuarbeitete, über Botschaftssekretär Vinogradov grünes Licht für eine öffentliche, besonders über die europäischen Medien zu verbreitende Aufklärungskampagne zur Schuldfrage im Reichstagsbrandprozess gegeben hatte. Die Mitteilung Münzenbergs nach Moskau vom 15. Mai 1933, in der „auch die Mitteilung bezügl. der Kommission mit Rau an der Spitze" bestätigt wurde – bei dem es sich um Karl Radek gehandelt haben könnte –[174] könnte insofern auf andauernde Widerstände seitens der Komintern hinweisen und den späten Beginn der Kampagne erklären, genauso wie die aktive Rolle Münzenbergs in der Konzeptualisierung und Umsetzung der Gegenkampagne und nicht unbedingt eine leitende Rolle Radeks. Die hier veröffentlichten Dokumente lassen die Hypothese nicht mehr als abwegig erscheinen, dass Radek, nicht zuletzt aufgrund des wachsenden internationalen Drucks, im Auftrag Stalins an einer Kulisse arbeitete, die eine zweite, geheime Ebene der Annäherung an Hitler camouflieren sollte.[175] Nach dem Zeitzeugnis Evgenij Gnedins, dem Sohn Alexander Parvus-Helphands, der seinerzeit für die internationale Abteilung der *Izvestija* arbeitete, soll Radek im Oktober 1933 sogar direkt die deutsche Botschaft in Moskau kontaktiert haben, um der Hitler-Regierung die guten Absichten der Sowjetunion zu versichern.[176]

---

unter Mitarbeit von Birgit Schliewenz u. Maria Matschuk. Berlin: Aufbau-Verlag 2000. S. 89; In seinen (beschönigenden Memoiren) meinte Diels: „Hitler befand sich damals in der Phase eines besonders freundschaftlichen Standes mit den Russen." Rudolf Diels: Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1950. S. 371.

171 Diels, Lucifer ante Portas, S. 362–375.

172 Im Unterschied zu Koch, der diese Frage für beantwortet hält (Double Lives, 127ff. u. a.).

173 Das Informbüro wurde im April 1932 auf Initiative Stalins konstituiert und durch Politbürobeschluss vom 16.5.1932 bestätigt. Hierzu Fayet, Karl Radek, S. 661ff.

174 „Rau" vermutlich ein Schreibfehler.

175 Siehe Koch, Double Lives, S. 73 (franz. Ausg.). Münzenberg dürfte allerdings nicht vollständig von Radek bzw. Stalin gesteuert gewesen sein, die „Kulissenthese" ist deswegen zweifelhaft. Siehe Fayet, Karl Radek, S. 683f.

176 Gnedin, Iz istorij otnošenii SSR, bes. S. 22f.

Der Freispruch und das Auftreten Dimitrovs im Reichstagsbrandprozess, der in der Propaganda die Niederlage des 30. Januar teilweise vergessen ließ, wurde nun zum großartigen Sieg über den Nationalsozialismus erklärt und der vermeintlich als Triumphator aus dem Prozess hervorgehende Dimitrov später zum obersten Steuermann der Komintern auserkoren. Wie brüchig dieser Antifaschismus jedoch noch war, zeigte sich etwa daran, dass zeitgleich die Komintern weiterhin jede Boykottforderung gegenüber dem NS-System kategorisch zurückwies und einen in den USA lancierten Handelsboykott gegen Hitlerdeutschland scharf ablehnte.[177] Im Gegensatz dazu mobilisierte die hauptbetroffene KPD verstärkt Kräfte gegen das NS-Terrorregime, jedoch mit großer Unbedachtsamkeit und Nachlässigkeit im Aufbau illegaler Strukturen. Erst als bereits wertvolle Zeit vergangen war, intervenierte die Komintern stärker. Pjatnickij forderte ultimativ eine Stärkung der illegalen Struktur der KPD, doch zur Abwehr der NS-Terrorwelle war man nicht mehr in der Lage.

Die Züricher „Versöhnlerkonferenzen" und die Rolle einer „loyalen" KPD-Opposition

Im Herbst 1933 fanden in Zürich zwei als „internationale Versöhnlerkonferenzen" in die Stigmatisierungsgeschichte der kommunistischen Opposition eingegangene Treffen statt.[178] Aus diesem Anlass erfolgte die Trennung Süsskinds und anderer von der deutschen Gruppe.[179] Der radikalere und, was die Chancen eines einheitlichen Vorgehens gegen Stalin und Hitler anging, realistischere Teil um Karl Volk spaltete sich in der Folge vom Mainstream ab.[180] Für die offizielle, ständig nach Sündenböcken Ausschau haltende Komintern stand fest, dass hier die sog. „Plattform der Versöhnler" ausgearbeitet wurde. Während ein Teil der Versöhnler den Widerstand für undurchführbar hielt, sollen sich Frenzel und Westermann grundsätzlich für die illegale Arbeit mit der KPD gegen die Nazis ausgesprochen haben. Der aktive Kern bildete daraufhin die „Berliner Opposition", die die Zeitschrift *Funke* herausgab. Sie setze sich darüber hinaus aus einer „Reihe von leitenden Mitgliedern der Organisation in anderen Parteibezirken" zusammen, die „Klarheit" verlangten „über die Ursachen der Niederlage, die Fehler der Partei, die Lage, die nach dem faschistischen Umsturz

177 Širinja, Komintern v 1933 gody, S. 433.
178 Mündliche Auskunft von Hermann Weber nach einer Mitteilung von Eduard Wald. Humbert-Droz zufolge wurden zwei Konferenzen abgehalten, die erste in der Villa Mina Toblers, während die zweite in der Wohnung der Humbert-Droz' in der Albistraße stattgefunden haben soll.
179 Siehe Jules Humbert-Droz: Dix ans de lutte antifasciste. 1931–1941. Neuchâtel: La Baconnière 1972 (Mémoires de Jules Humbert-Droz. 3). S. 88ff.
180 Eine andere – allerdings unsichere – Quelle über die Züricher „Versöhnlerkonferenzen" ist die Aussage von J. R. Becher während der bereits erwähnten inquisitorischen Sitzung der deutschen Schriftsteller in Moskau Ende 1936. Der Schriftsteller scheint 1933 in Zürch gewesen zu sein und will hier auf Kläber, Ende, Kern und auch Volk gestoßen sein (Müller, Georg Lukacs, S. 133).

entstanden war und über die Voraussetzungen des Aufbaus einer illegalen Organisation.“ (Dok. 424)

Nach dem Zusammenbruch der offiziellen Berliner Bezirksorganisation unter der Repression arbeitete diese starke Gruppe bis Mitte 1935, ohne Kontakte zum ZK, in der Stadt weiter. Auch Georg Krausz, später hochdekorierter DDR-Journalist, soll trotz Abgabe einer Reueerklärung auch nach 1933 in Berlin illegal gearbeitet und sich dabei gegen eine Zusammenarbeit der „Versöhnler“ mit Ulbricht ausgesprochen haben.[181] In besonderer Weise beteiligte sich Herbert Wehner an der Verbreitung der schlimmsten Unterstellungen über die Zielsetzung der Konferenzen als „Komplott“, die später in das Grundraster der Beschuldigungen während des Massenterrors eingingen. Die Geschichte der „Versöhnler“ in der KPD lieferte somit einen wichtigen Teil des „Clones der Repression“.[182]

„Hitler arbeitet für uns!“: Das XIII. EKKI-Plenum und der Leichenschmaus von KPD und Komintern am Grabe der Sozialdemokratie

Die Unsicherheiten innerhalb der Komintern wurden nicht zuletzt in der Gewerkschaftspolitik deutlich. Als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse schien zunächst eine Rückkehr zum Prinzip der Klassengewerkschaften endlich das Ende der Spaltungspolitik der Gewerkschaften der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) einzuläuten. Am 5. Mai 1933 erfolgte eine entsprechende Resolution des Politsekretariats des EKKI zum Eintritt der RGO in die Gewerkschaften und zur Wiederherstellung von Klassengewerkschaften. Dabei wurde zwar überzogen von Massenkämpfen gegen die Nazis und einem von unten ausgehenden Massenwiderstand „ohne Verbindung mit oben“ ausgegangen, aber es wurde historisch zutreffend auf die „Wut der SPD-Arbeiter gegen den ADGB“ bzw. gegen die zur Kollaboration bereite Linie ihrer Gewerkschaftsführer hingewiesen, die zur Rettung der Strukturen eine Annäherung an die Nationalsozialisten vollzogen hatten, was sie wiederum nicht vor der Zerschlagung am 2. Mai 1933 rettete (Dok. 318). Seitens der Komintern wurden daraufhin Fragen der Gewerkschaftswahlen und -Beiträge sowie des Aufbaus illegaler Strukturen aufgeworfen (siehe Dok. 324).[183]

181 Krausz wurde 1936 von den Nationalsozialisten verhaftet. Er blieb auch 1945, unter russischer Verwaltung, im Speziallager Buchenwald inhaftiert (Weber, Die Wandlung, II, S. 195).

182 Siehe zum Begriff „Clone der Repression“ Bernhard H. Bayerlein: „Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? Ein erster Einblick in Mechanismen und Strukturen der Repression von Komintern und KPdSU im Kontext des stalinistischen Terrors anhand der Bestände im Moskauer Komintern-Archiv“. In: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Hrsg. v. Hermann Weber, Dietrich Staritz. Berlin: Akademie Verlag 1993. S. 103–124.

183 Die ohnehin nur vorübergehende Hinwendung zum Wiederaufbau der Gewerkschaften erfolgte erst, als es ohnehin zu spät war. Die Absicht zur Übernahme der Gewerkschaften nach der Verhaftung

Dass man sich nun jedoch von Kominternseite eher den Kuchen mit den Nationalsozialisten teilen wollte, so als ob die sozialdemokratischen Arbeiter, die das Gros der Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland stellten, nicht mehr vorhanden seien, verdeutlichte Solomon Lozovskij als Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale. Im Juni 1933 umriss er die Aufgaben der kommunistischen Gewerkschaften dahingehend, dass nun sowohl die Faschisten als auch die Kommunisten als „Erben" der zerschlagenen sozialdemokratischen Gewerkschaften angesehen werden müssten. Nun ginge es darum, sich das größte Stück dieser „Erbschaft", d. h. die Massen, anzueignen (Dok. 328). Auf diese zynische Art beklatschte die Komintern die am 2. Mai 1933 verhängte Zerschlagung des ADGB, die Besetzung seiner Häuser und die Beschlagnahme seines Vermögens, wobei ihr der Kurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung mit Theodor Leipart an der Spitze entgegenkam, die mit den Nationalsozialisten zusammenarbeitete. Die Strategie einer NS-kontrollierten Arbeiterbewegung wurde jedenfalls dadurch erheblich erleichtert, dass man sich seitens der Komintern höchst zufrieden darüber zeigte, dass, wie man fälschlicherweise annahm, nur die Sozialdemokraten sozusagen aus ihr „entfernt" wurden.

Vom 28. November 1933 bis zum 12. Dezember 1933 fand in Moskau das 13. Plenum des EKKI – das formell höchsten Gremium der Komintern zwischen den Weltkongressen – statt. Es war zugleich das letzte seiner Art bis zur Auflösung der Komintern im Jahre 1943 (!). Bei dieser Gelegenheit wurde die für den Aufstieg Hitlers mitverantwortliche Politik in allen Punkten gebilligt und bestätigt. Der Komintern-Vize Manuil'skij forderte zwar eine Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus, doch verweigerte er eine Änderung der Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Die geradezu selbstmörderische Handlungsperspektive blieb die unmittelbare Machteroberung zur Ablösung des Nationalsozialismus.[184] Kuusinen unterlegte dies auf der Sitzung der Politkommission des EKKI-Plenums ideologisch und sprach tatsächlich von einer objektiv feststellbaren Revolutionierung der Situation und forderte als Hauptaufgabe die Bekämpfung des Pessimismus der Sozialdemokratie.[185] Wenig später kam Lozovskij auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Profintern erneut auf die „riesige historische Bedeutung" dessen zu sprechen, was „in Verbindung mit der Errichtung der faschistischen Diktatur" geschehen sei – nämlich „die Zerstörung der deutschen Sozialdemokratie" als „unser Hauptfeind". Zugleich beklagte er allerdings die „Abbremsung der Tätigkeit unserer Organisationen" und forderte eine Untersuchung der Gründe (Dok. 344).[186]

---

der sozialdemokratischen Führer blieb unverkennbar. In einem über Kopenhagen gesendeten chiffrierten Telegramm forderten Komintern und Exekutivkomitee der Roten Gewerkschaftsinternationale am 16.6.1933 bereits wieder dazu auf, die Propaganda zum Wiederaufbau des ADGB einzustellen (RGASPI, Moskau, 495/184/13, 206; Zit. in Širinja, Komintern v 1933 godu, S. 237).

184 Siehe Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar, S. 58ff., 68ff.

185 RGASPI, Moskau, 495/171/285, 20–25.

186 Auf der folgenden Sitzung des EKKI-Präsidiums wurde die Situation in Deutschland bereits nicht mehr diskutiert.

Antifaschistischer Widerstand, NS-Terror, Zersetzung der KPD nach innen und Vorboten des Terrors (1933–1935)

Der Fall Westermann: Kriminalisierung nach innen

Die in der Behandlung der Opposition Neumanns und Remmeles sichtbaren Methoden von Komintern- und KPD-Führung, die „Versöhnlergruppe“ und weitere Oppositionsherde zu bekämpfen (siehe auch Dok. 348 zum Ausschluss Karl Volks) bildeten einen Vorgriff auf die großen Säuberungen und die Generalisierung krimineller und terroristischer Praxis. Der Fall Hans Westermann, eines Hamburger Kommunisten, Spartakus-Mitglieds und Mitgründers der KPD, ist ein denkwürdiger Meilenstein auf diesem Weg. Der Berliner Opposition zufolge wurde Westermann durch das ZK der KPD bereits 1933 unter öffentlicher Publizierung seines Klarnamens im Widerstand in der Parteipresse denunziert (Dok. 424) und daraufhin verhaftet. Nach seiner Freilassung wurde die Denunziationstaktik seitens der eigenen politischen Führung nochmals im Jahre 1935 angewendet, was mit seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten endete. Wilhelm Piecks Rolle in diesem Fall war zentral, abwiegelnd und zugleich denunzierend, noch bevor solche Praktiken zum stalinistischen Alltagsmuster wurden.[187]

Auch die Januar-Resolution des Politbüros der KPD aus dem Jahre 1935 ließ die kommenden Säuberungen erahnen. Gefordert wurden „schärfste organisatorische Maßnahmen“ gegen die „parteifeindlichen Versuche von Versöhnlern (…), die (…) durch die zersetzende Parole von der ‚Konzentration‘ aller Kräfte auf die Sprengung der unter Führung des Genossen Thälmann geschaffenen Parteiführung hinarbeiten.“[188] Von 1936 an wurde auch die Gangart aus Moskau verschärft, auf die Versöhnler prasselte ein Trommelfeuer absurdester Beschuldigungen nieder. So wurde die im Sommer 1936 stattfindende Verhaftungswelle von Kommunisten im Deutschen Reich von einer Verleumdungskampagne der KPD-Führung gegen eigene Mitglieder begleitet. Nicht mehr nur Einzelpersonen, die gesamte Berliner „Versöhnlergruppe“ wurde in einem Artikel der *Internationale* aus dem Jahre 1937 beschuldigt,[189] für die Gestapo gearbeitet zu haben. Von den Nachstellungen betroffen war ebenfalls die deutsche Schriftstellergruppe in Moskau. Hier war der Versöhnlervorwurf als inkriminierendes Narrativ ständig latent vorhanden, die im harmlosesten Fall als „Salonmarxisten“ apostrophiert wurden. Die Kampagne gegen KPD-nahe deutsche Exilschriftstel-

187 Karl Wolff wurde zwar posthum rehabilitiert. Sein Freund „G. J.“ wurde jedoch vom ZK der KPD öffentlich der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten beschuldigt.
188 Zit. nach Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972. S. 151.
189 Die Internationale (1936). H. 6/7. S. 71–79.

ler ist diesbezüglich noch nicht hinlänglich erforscht.[190] Es sollen über den Künstler John Heartfield Verbindungen verlaufen sein, der seit 1929 sogar einen eigenen „Versöhnlersalon" unterhalten haben soll. Zu den als „Versöhnler" und Sympathisanten denunzierten Personen, die entweder bereits verhaftet oder – zumeist durch Einträge in die Personalakten der Kaderabteilung der Komintern – stigmatisiert worden waren, gehörten eine ganze Reihe von Schriftstellern, Publizisten, Kulturschaffende, Intellektuelle und ihnen nahestehende Personen, neben den bereits erwähnten Parteifunktionären auch Samuel Glesel, Karl Schmückle, Heinrich Süsskind, Gustav Brand, David Schellenberg, Paul Dietrich, Alexander Emel, Abraham Brustawitzki, Joseph Schneider, Heinz Neumann, Raoul László (Lit. Ps.: A. Rudolf, Geburtsname: Richard Lengyel), Martha Moritz, Alice Abramowitch, Kurt Nixdorf, Hedi Gutmann, Hugo Eberlein, Willy Harzheim, Hans Knodt, Erich Müller, Maria Osten, Wolfgang Weiss, Helmut Weiss, Zensl Mühsam, Carola Neher, Anatol Becker, Ernst Mansfeld, Richard Greve, Otto Unger, Kurt Sauerland, Helmut Damerius, Gertrud und Kurt Meyer, Hans Drach, Ali Weiss, Hermann Remmele, Leo Roth, Fritz Schimanski, Bruno Schmidtsdorf, Hilde Löwen, Robert Hauschild, Martha und Fritz Globig.[191]

Sowjetische Nichteinmischungspolitk: Tolerierung des NS-Terrors gegen deutsche Kommunisten und innerer Verrat im Stalinismus

Das höchstes Machtorgan der Sowjetunion ließ die Unterdrückungs- und Verhaftungswelle, die mit dem Reichstagsbrand begann und mit ca. 60.000 Verhaftungen 1933/1934 in ein „Politizid" gegen die deutschen Kommunisten und die Linke insgesamt mündete, offenbar widerspruchslos geschehen. Man blieb passiv angesichts der Zerschlagung der größten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion und des historischen Zentrums linker Solidarität in Europa. Außer dem indirekten Zeugnis von Botschaftssekretär Vinogradov gibt es hierfür weitere empirische Hinweise aus der obersten sowjetischen Führungsriege: Noch im Sommer 1933 äußerte der Stalin-Vertraute Avel' Enukidze in Anwesenheit der stellvertretenden Außenkommissare Nikolaj Krestinskij und Lev Karachan gegenüber dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen, dass die „innenpolitische Gleichschaltung" (!) der Annäherung zwischen Deutschland und der Sowjetunion nutze. Die „führenden Vertreter der Sowjetunion" hätten – so Enukidze – „für die Entwicklung in Deutschland volles Verständnis."[192] Auch Molotovs Erklärung auf der Tagung des Moskauer Zentralen Exekutivkomitees im September 1933 ließ keinen Zweifel zu: Obwohl in Deutschland „viele Versuche im

190 Grundlegend hierzu R. Müller, Georg Lukacs, S. 10 u. a.
191 R. Müller, Georg Lukacs, S. 10 u. a.
192 Besymenski, Stalin und Hitler, S. 69f. Enukidze soll dabei wörtlich betont haben, dass „die nationalsozialistische Umgestaltung des deutschen Staates für die deutsch-sowjetischen Beziehungen günstige Folgen haben" könnte.

letzten Jahr gemacht wurden, die Beziehungen mit der Sowjetunion zu revidieren", sollte, wie es auch Außenkommissar Litvinov betonte, die Politik gegenüber Deutschland nicht geändert werden: „Die ganze Welt weiß, dass wir gute Beziehungen mit kapitalistischen Staaten jeder Gattung, einschließlich der faschistischen, aufrechterhalten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, ebenso wenig wie in diejenigen anderer Länder, und unsere Beziehungen zu ihm werden nicht durch seine innere, sondern durch seine Außenpolitik bestimmt."[193]

Für das oberste Machtorgan der Sowjetunion war das Problem der KPD damit entsorgt. In den Protokollen des Politbüros des ZK der VKP(b) ließ sich für die Jahre 1933 und 1934 folgerichtig nicht eine Erwähnung der KPD nachweisen. Bezeichnend ist, dass noch 1935 eine Fahnenübergabe deutscher Jungkommunisten an die Rote Armee, über die in der *Komsomol'skaja Pravda* berichtet wurde und die tatsächlich stattgefunden hatte, nach Protesten der deutschen Botschaft in Moskau vom sowjetischen Politbüro als „nicht der Realität entsprechend" kurzerhand abgestritten wurde.[194] Da im Unterschied zu den 1920er Jahren und zum Beginn der 1930er Jahre in den Politbüroentscheidungen der VKP(b) jegliche Beschlüsse zur KPD fehlen, während sie für das Jahr 1932 noch vorhanden waren, gewinnt die seinerzeit von Karl Volk geäußerte These an Plausibilität, nach der die deutschen Kommunisten auf dem Altar der Stalinschen Präferenzen für gute Beziehungen mit Hitlerdeutschland geopfert worden seien. Die stalinistische Dissimulationspraxis und Auslöschung der schriftlichen Überlieferungen machen hier weitere, oftmals mühsame Forschungen zur Verifizierung notwendig.

Aufgrund der hier vorgelegten Dokumente bedarf die bisherige Sicht auf den kommunistischen Widerstand gegen Hitler ebenfalls einer Überprüfung.[195] In der Verfolgungs- und Widerstandsgeschichte wurde die innere Zerrissenheit der Mitglieder angesichts des „inneren Verrats" bisher nicht ausreichend thematisiert. Dabei kann das antifaschistische Engagement der Kommunisten, großer Teile der Komintern und der Kommunistischen Parteien durch die Erkenntnisse über die verdeckten Absichten der sowjetischen Führung nicht in Zweifel gezogen werden. Der sowjetische Außenkommissar Litvinov selbst – der nicht Mitglied des Politbüros war – charakterisierte bereits 1935 die Haltung der eigenen, sowjetischen Presse gegenüber dem Nationalsozialismus als eine „geradezu tolstojanische Position der Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen" (Dok. 372). Der Opfermut und der antifaschistische Widerstand der zum ,,Abschaum der Erde" (Arthur Koestler) gewordenen, größtenteils vom „Vaterland der Werktätigen" im Stich gelassenen oder betrogenen Kommunisten in

193 Zit. in Dieter Posser: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1941. Frankfurt/M.: Stimme-Verlag 1963. S. 43f.
194 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 81.
195 Zur KPD-Widerstandsforschung vgl. Hermann Weber: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939. Berlin: Gedenkstätte Deutscher Widerstand 1988 (Beiträge zum Widerstand 1933–1945. 33); Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere" Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin: Lukas Verlag 2007.

Deutschland und in der Emigration, inner- und außerhalb der Gefängnisse sowie der Konzentrations- und Internierungslager in Deutschland, Italien, Spanien, Portugal, später auch in Frankreich, der Schweiz verdient gerade angesichts der Verantwortungslosigkeit der sowjetischen Politik eine noch größere Anerkennung.[196]

Die unterschiedlichen Perzeptionen zeigen, dass es sehr lange dauerte, bis auch die Kominternverantwortlichen das ganze Ausmaß des Scheiterns der KPD rezipiert hatten. Im Rückblick auf die Jahre 1934 bis 1936 klagte Dimitrov erst spät die KPD-Führung schärfer an und bezichtigte sie der Untätigkeit und Unfähigkeit. Klarstellungen in der Widerstandsgeschichte sind notwendig, wenn der Generalsekretär der Komintern sogar die Existenz der KPD-Führung in Frage stellte. Sichtbar wird, dass der bis zum Ende der DDR aufrechterhaltene Anspruch auf eine (zudem kontinuierliche) zentrale Steuerung des kommunistischen Widerstandes vom Generalsekretär der Komintern bereits 1937 in Frage gestellt und ad absurdum geführt wurde: *„Größter Fehler der Genossen im Ausland – 1934–35–36 nicht möglich, als bekannte Genossen im Land zu leben, aber jetzt sind die Verhältnisse anders. Aber Führer im Ausland, auf Linie des geringsten Widerstandes gegangen. Keine Diskussionen darüber, das ist Tatsache. (...) Keine organisierte Sorge für Familien, diese Aufgabe wurde vernachlässigt, in den Händen von den Feinden gelassen. Das ist ein Urteil über die Parteiführung (...)*“.[197]

Während zahlreiche KPD-Mitglieder von Hitlers Machtantritt bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 als „militante Antifaschisten“ ihr Leben ließen, trifft dies auf die Führungsriege und einige zentrale Kader, die (zumeist im sowjetischen Exil) von der NS-Repression verschont blieben, nicht zu.[198] Die Widerstandsgeschichte macht das ganze Debakel der oftmals noch verschärften Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion deutlich. In der Komintern verhinderten zunächst die unterschiedlichen Perzeptionen, die Realitäten zu erkennen. Die Lektüre der Dokumente Togliattis oder Dimitrovs vermitteln den Eindruck, dass sich die Verantwortlichen das Scheitern der Anleitungspraxis durch die KPD-Führung weder vorstellen, noch erklären konnten und wollten. Erst die „außergewöhnlich“ großen Verluste der KPD des Jahres 1935 schreckten die Komintern auf, nicht zuletzt durch Berichte wie der ihres Kaderbeauftragten Grigorij Smoljanskij, der in einer vergleichenden Analyse neben der mangelhaften Befolgung der Konspiration, die Struktur wie auch die Arbeitsmethoden der Parteiorganisationen sowie den Umgang mit den Kadern dafür verantwortlich machte (Dok. 376). Im Rahmen eines umfas-

196 Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 605ff. u.a.

197 Wilhelm Pieck: Handschriftliche Notizen, Abschrift der Handschrift. SAPMO-BArch, Berlin. Nachlaß Pieck. NY 4036/540. S. 166–172, hier: S. 167f., 171f. Teilweise publ. in Bayerlein, Der Verräter, S. 209.

198 Vgl. Manfred Wilke: Mythos Antifaschismus. Die KPD und die Durchsetzung einer „antifaschistisch-demokratischen Neuordnung“. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007). Nr. 1. S. 94–102, hier: S. 94. Die Eingangsaussage „Bis zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht (...) waren die Kommunisten militante Antifaschisten“ ist insofern zu relativieren.

senden Forderungskatalogs wurden erstmals strenge Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gefordert. Neben der illusorisch anmutenden ständigen Kontrolle der Konspiration durch das Politbüro betraf dies die Entfernung unsicherer Personen aus dem Apparat, eine verbesserte und auf den jeweiligen Kader abgestimmte Betreuung der geheimen Missionen ins Land, die „Versorgung der Gefangenen" bis hin zu einer besonderen Fürsorge gegenüber den „zentralen verhafteten Kadern" (Dok. 376). Was die KPD-Führer von dieser Fürsorgepflicht hielten, belegen negativ die seit 1939 in französische Internierungslager gesteckten Westemigranten, die von ihrer Parteiführung im Stich gelassen wurden (vgl. Dok. 482).

Der von den deutschen Kommunisten entrichtete Blutzoll war einer der bisher höchsten in der Geschichte der Arbeiterbewegung, mit Ausnahme der Abschlachtung der chinesischen Kommunisten durch die Kuomintang in den Jahren 1926/1927 und der Pariser Kommune, die allerdings durch reguläre Truppen bekämpft worden waren. Hermann Weber und Andreas Herbst haben die wichtigsten operativen Gründe für das Scheitern der Abwehrstrategie angeführt, vor allem den Zentralismus in der Leitung der illegalen Arbeit und die Abkoppelung der geheimen Aktivitäten (siehe hierzu den Beitrag Hermann Webers). Als Ergebnis der Verfolgung der KPD durch das NS-Regime wurden 1933/1934 ca. 60.000 Kommunisten verhaftet und 2.000 von ihnen ermordet. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurden allein auf Veranlassung von Diels 4.000 Personen aus dem linken Umkreis verhaftet, 1935 erfolgten 15.000 Festnahmen von Kommunisten. Von den 300.000 KPD-Mitgliedern aus dem Jahre 1932 befanden sich 150.000 mehr oder weniger lange in Haft.[199] Die Zahl der Todesopfer von 1933 bis 1945 wird auf 20.000 geschätzt.[200]

Noch vor dem definitiven Scheitern eines zentral angeleiteten KPD-Widerstandes im Jahre 1935 und der nachfolgenden Umorientierung auf kleinere Gruppen hatte das zwischenzeitlich verdrängte und in die Sowjetunion abgeschobene Politbüromitglied Remmele in entwaffnender Weise die bürokratische Haltung der Parteiführung als Hauptgrund für die Niederlage angeführt. Nicht die Parteimitglieder treffe die Schuld, „die unsere Ratschläge nicht befolgten, sondern vor allem sind wir selber schuld in der Führung, und das ohne Ausnahme, weil wir uns zu leichtfertigen Kraftmeiereien verleiten ließen, ohne jedoch eine schlagkräftige Armee geschaffen zu haben, indem wir die entscheidenden Positionen sicherten, von denen aus wir hätten zuschlagen können, und beweisen konnten, dass Deutschland nicht Italien ist." (Dok. 321).

---

199 Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 20; Andreas Herbst: Kommunistischer Widerstand 1933–1945. In: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Hrsg. v. Peter Steinbach u. Johannes Tuchel. Berlin: Lukas Verlag 2004. S. 33–55. www.ddr-biografien.de/00000095890f 9bc01/0000009589137ed 36.html (1.9.2013).

200 Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 20. Siehe auch Herbst, Kommunistischer Widerstand; Graf, Politische Polizei, S. 222.

Scheitern des KPD-Widerstands: Der Mythos von der Anleitung durch das Politbüro

Für die Widerstandsgeschichte bedeutet das Jahr 1935 eine Zäsur, nicht nur wegen der Verhaftung der letzten noch bestehenden illegalen KPD-Bezirksleitung in Berlin (siehe Dok. 359). Denn zugleich erfolgte ein gewichtiger, von der Forschung bisher vernachlässigter Paradigmenwechsel in der KPD-Politik. Der dem zugrunde liegende Umschwung in der deutschen Politik der Komintern erfolgte vermutlich schrittweise seit einer Sitzung des EKKI-Präsidiums am 8. Juli 1934, an der neben Pieck auch Schubert und Schulte teilnahmen (siehe Dok. 349). Offenbar waren Gespräche Stalins mit Dimitrov vorausgegangen, denn auf der folgenden ZK-Tagung der KPD äußerten sich Ulbricht und Pieck erstmals kritisch über das „Sozialfaschismus"-Konzept. Die nun als linke Abweichler abqualifizierten Politbüro-Mitglieder Schubert und Schulte wurden anfangs noch vom EKKI, im Politbüro auch von Dahlem und Florin unterstützt. Beide kamen 1937 in der Sowjetunion um.

Neue Forschungen belegen, dass von 1935 an der auf kleine Gruppen beschränkte Arbeiterwiderstand von unten maßgeblich durch die Berliner „Versöhnlergruppe" und die Zwischengruppen aufrechterhalten wurde.[201] Zwar wurden diese nun auch seitens der KPD-Führung verfolgt, zugleich erfolgte jedoch eine Wende durch die neue Verpflichtung für alle Kommunisten, in den NS-(Arbeiter-)Organisationen zu arbeiten. So führte die Krise des kommunistischen Widerstands in Deutschland zu einer (besonders von Ulbricht geforderten) Koppelung des Widerstands mit der Präsenz in den NS-Massenorganisationen, der zum „Widerstand gegen die 2000 Millionäre" wurde und nicht mehr auf das NS-System als solches abzielte (Dok. 402): „Die Erfahrung lehrt – so lautete die Begründung – dass die Organisierung von Streiks und Widerstandsbewegungen nur möglich ist, durch illegale Vorbereitung bei gleichzeitig legaler Vertretung der Arbeiter- und Angestellten-Interessen *in* den Massenorganisationen." (Dok. 363). Die von der Brüsseler Konferenz beschlossenen operativen Ziele waren einseitig auf eine neue Form der Kaderbildung im Rahmen der Arbeit in den NS-Massenorganisationen gerichtet. Dass die Komintern hiermit eine strategische Wende zu einer legalen Präsenz der Kommunisten im Hitlerreich vollzog, lässt sich aus der kryptischen Formulierung erahnen, dass die Konferenz „noch nicht die Frage nach einem neuen, aus den Tiefen der faschistischen Organisationen selbst hervorgehenden, Kadertyp aufgeworfen hatte" (Dok. 376). Der bereits erwähnte Kominternfunktionär Smoljanskij ging noch weiter: Neben dem Übergang zu „legalen" Leitungen (sic) forderte er die Kommandierung der aus den Konzentrationslagern entlassenen Kommunisten in die NS-Massenorganisationen (!) und ebenso der Mitglieder der aufgelösten Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Die bedeutungsschwere Wandlung wurde, was empirisch noch verifiziert werden muss, vom Gros der Mitglie-

201 Vgl. ein ähnliche Einschätzung bei Sandvoß, Die andere Reichshauptstadt, S. 269.

der allein schon aus praktischen Gründen der Umsetzung nicht mitvollzogen; auch hier scheint eine Neubewertung des noch verbliebenen Widerstands erforderlich.

Das oberste Parteigremium, das den Widerstand in der alten oder der neuen Form anleiten sollte, tappte, wie anfangs auch Pieck eingestand, im Dunkeln, da es aufgrund fehlender Kommunikation keine Informationen erhielt (Dok. 378). Darauf deutete ein denkwürdiges, zentrales Dokument der Komintern „zum Bericht des Politbüros der KPD über Lage und Aufgaben der Partei" vom März 1936 hin, in dem weder die NS-Unterdrückungspolitik, noch der Widerstand, noch der durch die Verhaftungen und Erschießungen von KPD-Mitgliedern und Funktionären erfolgte Aderlass der Partei thematisiert wurden. Selbst die Konzentrationslager blieben unerwähnt (Dok. 380). In einem (hier erstmals in deutscher Sprache publizierten) Schlüsseldokument klagte jedoch Willi Münzenberg die KPD-Führung, in erster Linie Ulbricht, wegen des nur zögerlichen und halbherzigen Widerstands gegen Hitler und die Kriegsvorbereitungen vehement an (Dok. 417).

Mit dem stalinistischen Terror gegen deutsche Kommunisten wurde seit 1937 auch die Kriminalisierung des durch die linken Zwischengruppen realiter geleisteten Widerstandes gesteigert. So denunzierte das Auslandssekretariat der KPD „Trotzkisten", „Versöhnler" und andere „Parteifeinde" wegen ihrer vermeintlichen „Wühlarbeit" u. a. m. in Deutschland, Spanien, der Tschechoslowakei und setzte sie mit der Gestapo gleich. Angeblich in diese Wühlarbeit involvierte, zumeist linke, aktiv im Widerstand stehende Personen wurden von nun an offen mit Klarnamen genannt, was ihre Verhaftung durch eben jene Gestapo erleichterte (Dok. 419). Als sich schließlich die Parteiführung im Herbst 1939, nach Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes dazu aufraffte, sich *„an die Leitungen und Funktionäre der K.P.D. im Lande über die Aufgaben der Partei"* zu wenden und die Hauptaufgabe darin sah, *„die Massen zu Widerstandsaktionen in den vielfältigsten Formen in Bewegung zu bringen"*, wurde sie von der Moskauer Führung zurückgepfiffen (Dok. 462).

Zersetzung nach innen und Gewaltfrage in der KPD: Die Zerschlagung des militärpolitischen Apparates

Die hier größtenteils bisher unveröffentlichten Dokumente über den militärpolitischen Apparat (MP) der KPD („Kippenberger-Apparat") belegen die Zerschlagung dieses noch 1935 von der Komintern als beispielhaft herausgestellten illegalen zentralen Apparates, der unter NS-Bedingungen von existentieller Bedeutung für die Gesamtpartei war.[202] Die Dokumente aus dem Archiv der Bundesbeauftragten für die

202 Die Begrifflichkeit ist häufig ungenau, man findet auch die Bezeichnungen „AM-Apparat" (Weber/Herbst), „M-Apparat" oder „Nachrichtendienst" als pars pro toto für den MP-Bereich (Bernd Kaufmann, Eckhard Reisener, Dieter Schwips, Henri Walther (Hrsg.): Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937. Berlin: Dietz 1993).

Stasi-Unterlagen (BStU) beleuchten einerseits seine Wirkungsgeschichte und andererseits auch die besonders von Ulbricht und der Moskauer Führung angewandten Mittel und Methoden zu seiner Liquidierung, die mit dem Tod der Verantwortlichen in der Sowjetunion endete. Sie belegen, dass es sich um eine weitere Zäsur der KPD-Geschichte handelte, die den Erosionsprozess infolge des NS-Terrors verstärkte, in dem die KPD-Führung die Arbeit der Gestapo übernahm und wertvolle, verdiente Funktionäre wie Kippenberger der stalinistischen Vernichtungsmaschinerie in der Sowjetunion überantwortete.

Bezeichnend ist, dass seit 1924 und für den gesamten Zeitraum bis 1936 Berichte und Einschätzungen von Kominternverantwortlichen wie Tuure Lehén, Boris Vasil'ev und Wilhelm Zaisser über die MP-Arbeit der KPD grundsätzlich positiv waren. Auf dem VII. Weltkongress kritisierte dann Vasil'ev erstmals in dieser Form die MP-Arbeit der KPD als rückständigsten Bereich der Parteiarbeit (siehe Dok. 365). Dem vorausgegangen war eine Fundamentalkritik von interessierter KPD-Seite, besonders Ulbrichts. Dabei wurde auch auf die Verantwortung der Komintern selbst hingewiesen. So sprach Zaisser in seinem Bericht vom Dezember 1935 angesichts der mangelhaften Anleitung der MP-Arbeit durch die zuständige Abteilung sogar von einem „Bankrott“ (Dok. 373).

Zur Durchführung des „Deutschen Oktober“ im Herbst 1923 wurde mit russischer Beteiligung ein starker MP-Apparat aufgebaut, der sich während der Stalinisierungsphase – als der „Deutsche Oktober“ selbst zum Nicht-Ereignis in der Parteigeschichte deklariert wurde – vom bewaffneten Kern zum bürokratischen Apparat entwickelte. Zu dieser Form von „Sterilisierung“[203] gehörte, dass die eigene Aufstandsgeschichte der KPD der Jahre 1919 bis 1923 als Geschichte einer gescheiterten Revolution unterdrückt und strikter Zensur bzw. Geheimhaltung unterworfen wurde. Selbst der „Hamburger Aufstand“ wurde mit wenigen Ausnahmen als Parteigeheimnis behandelt. Aus den Reihen der Parteimitglieder wurden kritische Fragen nicht mehr gestellt. Selbst Franz Feuchtwanger, einer der MP-Verantwortlichen befragte seinen Chef Kippenberger nicht mehr dazu. Die eigene Parteigeschichte blieb damit ein „Buch mit sieben Siegeln“, wohingegen die Geschichte der Bolschewiki seit der Illegalität in ihrer „stalinistischen Lesart“ in allen Einzelheiten zum normativen Grundwissen gehörte.

Die ersten Jahre der kommunistische Bewegung waren nicht von der Dichotomie Gewalt/Gegengewalt, sondern von theoretischen Überlegungen und praktischen Umsetzungsversuchen einer „besseren“, effektiveren Form der revolutionären Umwälzung geprägt. Statt der Gewaltfrage trat unter dem Einfluss der Bolschewiki bald das Problem der Militarisierung der Kommunistischen Parteien (Illegalität, militärischer Apparat etc.) in den Vordergrund. Die revolutionären Parteien sollten wie eine Armee organisiert werden, die gestützt auf die Arbeiterklasse das infolge des

203 Feuchtwanger: „Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen“. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1981). Nr. 4. S. 485–533, hier: S. 528.

Ersten Weltkriegs geschwächte imperialistische System stürzen sollte. Dieser sich auf die russische Erfahrung und den Kriegskommunismus aufbauende, in der Dokumentation präsente Urmythos bildete einen schreienden Gegensatz zur realen Situation der KPD (und den übrigen Kominternparteien).[204] Allerdings war die KPD insofern eine Ausnahme, als sie zwar die stärkste Sektion war, ihre hier dokumentierten zentralen militärisch-revolutionären Aktionen (1918/1919, 1921, 1923) jedoch jeweils in katastrophalen Niederlagen endeten. Diese illustrierten, dass die Bündnispartner in den übrigen gesellschaftlichen Gruppen, besonders im Militär und im Kleinbürgertum, fehlten.

Zunächst war die Gewaltfrage der revolutionären Strategie und Taktik nachgeordnet. Seit Mitte der zwanziger Jahre funktionierte die KPD-Militärpolitik zunehmend nach Vorgaben „die die russische Parteiführung nach eigenem Gutdünken traf."[205] Die Nationalsozialisten machten die undifferenzierte Gewalt zum Prinzip und den Militarismus zum Hauptbestandteil der Ideologie, während in der Folge auch der Stalinismus die Gesetzmäßigkeiten des sozialen Wandels auf die am wenigsten zurückgehaltenen Gesetzmäßigkeiten der Gewalt, letztlich des Krieges reduzierte.[206] Demgegenüber blieb die Militarisierung des deutschen Marxismus[207] – wie sie Brandler 1923 anvisierte – auf halbem Wege stecken. Als Teil des Apparats spielte die sog. T-Gruppe bzw. die Abteilung „Verschwörungen, Provokationen und individueller Terror" und ihre zwielichtigen Akteure, wie Felix Neumann, bis 1923 eine gewisse Rolle. Die Dokumente belegen jedoch ebenfalls, dass seinerzeit derartige terroristische Vorstöße insbesondere von russischer Seite (einschließlich der OGPU-Führung) liquidiert wurden. Insofern wurden der Militarisierungsbegriff und die militaristische Sichtweise zumindest anfänglich nicht mit unspezifischer Gewalt identifiziert. Undifferenzierter Terror wurde weiterhin nicht zentrales Instrument der KPD-Politik.

Obwohl die Kommunistischen Parteien seit 1926 in das Korsett der Verteidigung der Sowjetunion bzw. der „Bekämpfung der Kriegsgefahr gegen die UdSSR" gepresst wurden, entwickelten sie sich mit Ausnahme der KP Chinas nicht zu bewaffneten Kriegsverbänden. Die entstandene Kluft wurde dadurch überbrückt, dass die Sowjetunion mit ihren Spezialorganen der Roten Armee und des NKVD die Militärapparate der (wichtigsten) Kommunistischen Parteien unmittelbar in die Hand nahm. Diesbezüglich aufschlussreich ist eine Denkschrift des Referenten der Organisationsabteilung des EKKI, Karol Swierczewski, über die sog. Wehrkurse der Komintern in den Jahren 1931/1932 mit Einzelheiten zu Lehrkräften und Programmen, darunter Waffen-

204 Ein diesbezüglich aufschlussreiches Dokument ist der vom MP-Spezialisten Otto Steinfest in russischen Diensten erstellte Aufstandsplan für Berlin im denkwürdigen Herbst 1923. Siehe Dok. 94.
205 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 527.
206 Maurice Andreu: L'Internationale Communiste contre le Capital 1919–1924. Ou comment empoigner l'adversaire capitaliste? Paris: Puf 2003 (Actuel Marx. Confrontation. Série Histoire). S. 256f.
207 Maurice Andreu, L'Internationale Communiste, S. 256f.

training und Sprengstoffkursen (vgl. Dok. 371 u.a.). Auch hier wurde übrigens die MP-Struktur in Deutschland noch am besten bewertet.

Der geheime MP-Apparat: Strukturen und Tätigkeitsfelder

Der Aufbau des bis heute von Mythen umhüllten „Kippenberger-Apparates" erfolgte erst in der Stagnationsphase der Revolution, während der „relativen Stabilisierung" des kapitalistischen Weltsystems und des globalen Nachkriegssystems sowie des „Sozialismus in einem Lande". Die 1928/1929 unter der Leitung von Kippenberger neu konstituierte militärpolitische Abteilung (auch Abteilung Militärpolitik/AM) wurde als neuer Spezialapparat des ZK schlicht „der Apparat" genannt. Nach den hier vorgelegten Dokumenten seines Leiters war dieser laut Angaben für 1932/1933 in vier zentrale Aufgabenbereiche gegliedert: die *Anti(militärische)arbeit*, die *Abwehr* (Spitzelentlarvung, auch „Rachedienst"), die *Nachrichtenarbeit* mit der „*BB-Arbeit*" (Betriebsberichterstattung) als besonderem Sektor und der *Schulungsarbeit* mit Spezialkursen und -schulen.[208] Die *Antiarbeit* untergliederte sich noch einmal in die Tätigkeitsbereiche „Reichswehr-Antiarbeit", d. i. die antimilitärische Arbeit in der Armee (Heer und Flotte) (1), die entsprechende Tätigkeit in den militarisierten Polizeitruppen („Schupo-Antiarbeit") (2) und schließlich die *Antiarbeit* („C-Arbeit") in den faschistischen u. a. „militarisierten Formationen der Bourgeoisie" (SA – SS – Stahlhelm), aber auch dem sozialdemokratischen Reichsbanner (3).

Die *Abwehrarbeit* umfasste die gezielte Nachrichtenarbeit und den „organisierten *Rachedienst*", was alle Handlungsebenen der Bourgeoisie, sowohl „Spitzenverbindungen" als auch „Betriebs- und Stimmungsberichte" und besonders die Kontaktherstellung zu den gegnerischen Spitzeldiensten anging („offensive Abwehr"). Zum *Nachrichtendienst* gehörte die unter ausschließlicher russischer Kontrolle abgewickelte spezielle Betriebsberichterstattung („BB-Arbeit"),[209] die systematisch technische, wissenschaftliche oder ökonomische Daten aus den Betrieben beschaffte. Diese seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre und besonders im Stalinismus verstärkte Form und Methodologie der Spionage wurde offiziell mit der Notwendigkeit einer „Entlarvung der technischen und industriellen Kriegsvorbereitungen (Rüstungen) der Bourgeoisie" und der notwendigen „Unterstützung des Aufbaues des Sozialismus in der SU" begründet (Dok. 375A).[210]

208 Die von Kaufmann u. a. angegebene Ressortaufteilung weicht von der Kippenbergers ab (Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 179ff.).
209 Zur BB-Arbeit siehe Grundmann, Der Geheimapparat der KPD.
210 Zur ersten von der sowjetischen Militärspionage über die KPD-Zelle bei AEG in Berlin organisierten Industriespionage seit 1924/1925 siehe Sergej Shurawljow: Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Aus dem Russischen von Olha Kouvchinnikova u. Ingolf Hoppmann. Berlin: Ch. Links 2003. S. 12f.

Die militärpolitische Schulungsarbeit in der Gesamtpartei rundete in Form von MP-Kursen und Spezialschulen für die Funktionäre des Roten Frontkämpfer-Bunds (RFB) und der Antifa die Apparatestruktur ab. Leiter der betreffenden Ressorts unter Kippenberger, die in den Dokumenten der Kaderabteilung der Komintern beurteilt werden, waren Lucian Iltis („Willi"), Artur Heimburger („Arthur"), Franz Feuchtwanger („Schorsch"), Wilhelm Bahnik („Bernhardt") sowie Leo Roth („Victor") und Franz Schubert („Erwin") (Dok. 375A). Trotz der insgesamt positiven Einschätzung durch die Komintern hielt ihn Feuchtwanger als verantwortlicher Funktionär eher für schwach – wenn der russischen Seite daran gelegen wäre, hätte Sie den Aufbau stärker unterstützt.[211] Auch diesbezügliche Berichte des MP-Verantwortlichen der Komintern, Tuure Lehén, lassen dies als plausibel erscheinen (siehe Dok. 371). Was die Diversions- und Kadertätigkeit anging, lag die Kontrolle ohnehin bei Berzin als oberstem Leiter der sowjetischen Militäraufklärung (GRU). Weniger gut war man über die Aufklärungs- und Zersetzungstätigkeit informiert, wie auch über den RFB (Dok. 250 u.a.). 1932 beschwerte sich Lehén sogar über die Einmischung der OGPU in deutsche Parteiangelegenheiten (Dok. 300).

Was den russischen Einfluss anging, widersprechen sich die Erinnerungen der Protagonisten und Zeitzeugen. Während sich für Wollenberg der Apparat als Instrument der Sowjets seit 1928 „in immer stärkerem Maße" in „bloße Auslandsabteilungen des sowjetischen Geheimdienstes der Roten Armee und der GPU" verwandelt und „ausschließlich den Zielen des Sowjetstaates" gedient habe,[212] ließ Feuchtwanger dies nur für den Bereich der Industriespionage gelten. Die Antikriegs- und Nachrichtenarbeit bei der Reichswehr und dem Rüstungskomplex soll seit ca. 1928 unter Umgehung der KPD in direkter Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen Geheimdienst und dem von Bahnik geleiteten BB-Ressort erledigt worden sein.[213] Auch „die getarnte Aufrüstung der Reichswehr sei (...) angesichts der von der Roten Armee geleisteten Mithilfe praktisch zum Tabu erklärt worden.[214] So trug die russische Seite einerseits zum Aufbau der Reichswehr bei und kontrollierte andererseits die Tätigkeit der KPD in der Reichswehr. Die grundsätzliche, vom VI. Weltkongress der Komintern am 28. August 1928 angenommene „Instruktion zur Arbeit in der Armee", die von der Militärkommission als Addendum zur Geheimresolution über die antiimperialistische Arbeit der Kommunistischen Parteien angenommen worden war, betonte zwar die Unverzichtbarkeit dieser Arbeit und legte eine Reihe organisatorischer Maßnahmen fest, sie dürfte für die KPD jedoch nur partiell gegolten haben.[215]

211 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 531.
212 Erich Wollenberg: Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne. Hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1952. S. 14.
213 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 352f.
214 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 532.
215 RGASPI, Moskau, 493/1/531, 148–168. Die militärpolitischen Aktivitäten zielten, einer DDR-offiziellen Darstellung zufolge, dagegen „entsprechend der Beschlüsse der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern in der Hauptsache darauf (...), in der Wehrmacht ein Gegengewicht gegen die Naziführung

Zusätzlich wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre der Aktionsrahmen des Apparates als „Parteipolizei" auf den Kampf gegen Oppositionen und Abweichler ausgedehnt und angeblich bis Ende 1929 weitgehend „gelöst". Tatsächlich war die MP-Arbeit bis dahin stärker mit der allgemeinen Parteiarbeit verzahnt, die „Verflechtung von legalen und illegalen Aktivitäten (...) reichte ursprünglich bis in die unteren Organisationseinheiten".[216] Erst mit der Stalinisierungsphase ergaben sich weitere Aufsplitterungen und Verselbstständigungen. Gerade leitende Teile der Apparate verzichteten darauf, sich in taktischen Fragen ein eigenes Bild von der Lage und der notwendigen Konsequenzen zu machen. Die damit einhergehende „Selbstisolierung des Apparats" führte zusätzlich zu einer „Distanzierung gegenüber den Peripherorganisationen der Partei" (RFB, IAH als „Münzenbergladen" u. a.).[217]

Einübung des individuellen Terrors? Erich Mielke und das Bülowplatz-Attentat

Zu den nicht völlig geklärten Themen gehört sicherlich auch die These von einer terroristischen Entartung der KPD Anfang der dreißiger Jahre. Nach meinen Recherchen lässt sich zumindest bis 1936 eine Übertragung des Paradigmas einer individuellen terroristischen Gewalt als Handlungsmaxime des MP-Apparats der KPD allerdings nicht feststellen. Dies gilt auch für die angebliche Anweisung zum Polizistenmord auf dem Berliner Bülowplatz am 9. August 1931, in den Erich Mielke verwickelt war. Eine verbreitete These lautet, dass Mielke, der zusammen mit Erich Ziemer zwei Polizisten erschoss, vom Kippenberger-Apparat mit dem Mord beauftragt worden sei. Noch im Jahre 1992 (!) gab der ehemalige Stasi-Chef der DDR in seinem Prozess die Schuld an den von Ulbricht verratenen und auf Geheiß Stalins umgebrachten Hans Kippenberger weiter.[218] In dessen hier publizierten Bericht über den Parteiselbstschutz (PSS) vom 8. Februar 1936 werden Feuerüberfälle und andere terroristisch unterlegte Aktionen als „fraktionistische Machenschaften" der „Neumann'schen Klause/Quand-

und die hitlerhörigen Kräfte innerhalb der Streitkräfte selbst zu schaffen, die Soldatenmassen für den Kampf gegen den Krieg und für eine neue demokratische Republik an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen." (Paul Heider (Hrsg.): Geschichte der Militärpolitik der KPD 1918–1945. Berlin (Ost): Militärverlag der DDR 1987. S. 334).

216 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 529.

217 Feuchtwanger, Der Militärpolitische Apparat, S. 533.

218 Siehe bsw. Jens Inti Habermann: Doppelmord im Namen einer großen Sache, http://www.doku-medienproduktion.de/Texte/Mielke.htm (15.8.2013). Auch der Spiegel übernahm solche Narrative: „Und Deutschlands KP-Führung machte mit. Die Kommunistische Partei war, wie Lenin sich das einst gewünscht hatte, eine Agentenorganisation. Ihren militärischen Geheimapparat („M-Apparat") leitete Hans Kippenberger, der beispielsweise den Mord an zwei Polizisten auf dem Berliner Bülow-Platz arrangiert hatte." http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682818.html (1.9.2013).

Klique“ dargestellt, die von Parteiführer Thälmann zurückgewiesen worden seien.[219] Die Anweisung zum Berliner Polizistenmord dürfte allerdings weder von Kippenberger, noch von Neumann ausgegangen sein. Wegen terroraffiner Vorkommnisse war der Berliner Parteiselbstschutz bereits Anfang 1932 „als einheitliche Organisation“ liquidiert worden (Dok. 376A). Doch während die Verantwortlichen des MP-Apparats im großen Terror ermordet wurden, blieben Mielke und Ziemer in Moskau unbehelligt.[220]

Seitens der Komintern als auch der KPD lagen Grundsatzbeschlüsse gegen den Gebrauch des individuellen Terrorismus vor.[221] Gegen solche individuellen Anwendungen durch KPD-Mitglieder, wurde am 10. November 1931 sogar ein neuer, allgemeiner Beschluss des ZK herbeigeführt.[222] Das Verbot eines undifferenzierten Gewaltgebrauchs durch die stalinisierten Kommunistischen Parteien wurde umfassend erst im Zweiten Weltkrieg und der Proklamierung des „Grossen Vaterländischen Krieges“ durchbrochen.

Die historische Niederlage und die Folgen: Schuldzuweisungen an den Apparat

Die Dokumente widerlegen ebenfalls die in der Historiographie gängige These einer Zerschlagung des MP-Apparates durch die Gestapo im Jahre 1933, trotz der haarsträubenden Fehler und Verzögerungen besonders beim Übergang der Gesamtpartei in die Illegalität (Verhaftung Thälmanns u. a.). Vielmehr dürfte es gerade ein Verdienst Kippenbergers gewesen sein, die Existenz des zentralen Apparates der KPD überhaupt gerettet zu haben. Trotz einiger Einbrüche erfolgte die Zerschlagung erst 1935/1936 und zwar maßgeblich von innen heraus und angetrieben von Ulbricht. Zur Aufklärung der Verhaftung Thälmanns und der faktischen Lahmlegung der Parteiführung im Februar/März 1933 kommt der Berliner Historiker Ronald Sassning zu einem eben-

219 Der bei der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin angestellte Michael Klause leitete den Parteiselbstschutz in Berlin. Er wurde 1934 wegen des Polizistenmords vom 9.8.1931 zum Tode verurteilt. Nach „umfangreichen Aussagen“ wurde das Urteil in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt (Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 451).

220 Der Erstgenannte musste lediglich eine routinemäßige „Aussprache“ im Rahmen der Partei durchstehen. Neben Überheblichkeit warf man ihm „antisemitische Scherze“ vor (S. 53), was unter Stalin als läßliche Sünde galt, http://www.glasnost.de/autoren/behrend/rezen-mielke.html (15.8.2013).

221 Siehe Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongress am 1. September 1928 in Moskau. Anhang: Statuten der Kommunistischen Internationale. Hamburg/Berlin: Verlag Carl Hoym Nachf. 1928. Abs. VI.1.

222 „Die KPD gegen den individuellen Terror, für den revolutionären Massenkampf. Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931.“ In: Die Rote Fahne (13.11.1931). Zum Fall Mielke und dem Terrorismusproblem vgl.: Wilfriede Otto: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin: Dietz 2000. S. 27.

falls den Apparat exkulpierenden Schluss: „Als entscheidender Faktor für den Erfolg der Polizei gegen die Führungszentrale der KPD erwiesen sich die Pannen im Sicherheitssystem der Partei, so dass man von seinem totalen Versagen am 3. März 1933 sprechen muss. Die (…) Schwachstelle war das Nebeneinander und die mangelnde Koordinierung zwischen dem illegalen Verbindungswesen Herbert Wehners (…) und dem Nachrichtendienst unter Hans Kippenberger (…) So kam es, dass ausgerechnet am 3. März für das Stabsquartier Thälmanns kein Objekt- und Personenschutz gegeben war, auch nicht das einfachste Warn- und Fluchtsystem.“[223] 1933 bedeutet nicht primär ein Versagen des Apparates, sondern ein Versagen der Gesamtpartei, das auf die vorgegebene Parteilinie und ihre Umsetzung durch Thälmann und seine Gefolgsleute zurückgeführt werden muss.

Im April 1935 wurde seitens der KPD-Führung die offensive Bearbeitung der Gestapo zugunsten einer stärkeren Kontrolle der eigenen Kader aufgegeben. In Zukunft sollte das Schwergewicht auf die Kontrolle der Abwehrarbeit und die Überwachung der Partei gelegt werden. Damit vollzog der Apparat weitere Maßnahmen zur Überwachung und Abschottung der Partei, die mit der Repressionspolitik Stalins und schließlich ihrem weitgehenden Verschwinden endete.[224] In der hier abgedruckten geheimen militärpolitischen Resolution des VII. Kongresses der Komintern wurde es (im August 1935) jedem Kommunisten zur Pflicht gemacht, „(…) in allen militärischen und halbmilitärischen faschistischen Organisationen zu arbeiten und zu dieser Arbeit alle Kriegsgegner heranzuziehen, um die Mitglieder dieser Organisationen in den Kampf für den Frieden und gegen den Krieg miteinzubeziehen“ (siehe Dok. 366). Der Aufbau illegaler Zellen schloss nicht nur die Arbeit in den Armeen, sondern nun auch in den faschistischen militärischen Organisationen wie der SA ein, was bisher nicht der Parteilinie entsprochen hatte. Die Dokumente belegen auch, dass die Komintern offenbar nicht rechtzeitig über die Verdrängung Kippenbergers und die unmittelbar nach dem VII. Weltkongress einsetzende Zerschlagung des Apparates informiert wurde. Zwar wurde in der Kongressrede Vasil'evs vom 19. August 1935 die MP-Politik der KPD kritisiert, in einer Denkschrift seitens der Organisationsabteilung des EKKI „Zur Frage der Hilfe bei der militärischen Arbeit der Sektionen der KI“ vom Dezember 1935 wurde die KPD aber wiederum als einzige Partei positiv hervorgehoben. Sie habe nicht nur die Propaganda des bewaffneten Aufstandes vorangetrieben (Dok. 371). Der

223 Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner“. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I u. II. Berlin: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur 1998 (Pankower Vorträge. 11/1–2). S. 43ff. Das Zitat ebenfalls in: http://lexi-tv.de/themen/neuere_geschichte/widerstand/opfer_des_eigenen_mythos/2. Der Kippenberger-Bericht über die Verhaftung Thälmanns vom 22.2.1935 siehe digital: http://www.thaelmannreport.de/fileadmin/thaelmann/documents/zur-verhaftung.pdf.

224 Kippenberger führte im späteren Bericht an das EKKI vom Februar 1936 aus, dass die Bearbeitung der politischen Polizei (später der Gestapo) nur ungenügend erfolgt sei (SAPMO Barch, Berlin. ZPA I 2/3/18, I 2/705/4). Siehe auch Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 340f.

Häuserkampf-Experte, Komintern MP-Spezialist und spätere kommunistische Innenminister Finnlands, Lehén, bescheinigte in seinem Fazit über die „Militärarbeit" der Komintern-Sektionen der vergangenen Jahre der KPD eine erfolgreiche und im Unterschied zu den meisten der übrigen Kominternsektionen eine „vielseitigere" MP-Tätigkeit: *„Nicht nur die Arbeit in Armee, Polizei, Flotte, den faschistischen Organisationen, sondern auch die Nachrichtenarbeit in der s[ozial]-d[emokratischen] Partei, in den Betrieben, und sogar die ‚Abwehr', d. h. der Kampf gegen Provokationen*" wurden hervorgehoben. Dass dies ohne operative und logistische Unterstützung der Komintern geleistet wurde, geht indirekt aus der Selbstkritik hervor, dass die zuständige Militärabteilung der Komintern gescheitert sei. Sie habe sich „im Grunde genommen auf die Organisation und Führung der Erziehungsarbeit in Moskau beschränkt" und „keine lebendige Verbindung mit den Arbeiten der einzelnen Sektionen" hergestellt.[225] Frappierend ist, dass einen Monat nach Abfassung dieser Bilanz aufgrund des Berichts der nicht fachbezogenen Kaderabteilung der Komintern die Demontage dieses für die Weltorganisation vorbildlichen Apparates erfolgte (Dok. 375).

Auch die hier erstmals publizierte, allgemeiner gehaltene und für alle Kommunistischen Parteien geltende Denkschrift Wilhelm Zaissers über die wehrpolitischen Aufgaben der Kommunistischen Parteien, die er in seiner Funktion als Referent des EKKI für die Antikriegsarbeit verfasste, wertet die KPD nicht per se negativ (Dok. 373). Der später nach Spanien geschickte und sich dort durch Konsequenz und Tapferkeit auszeichnende Zaisser hob darin ausdrücklich hervor, dass für die vier zentralen Aufgabenbereiche der antimilitaristischen Arbeit, die nach faschistischen und demokratischen Ländern zu differenzieren seien, nicht ein Apparat, sondern die gesamte Partei zuständig sein müsse.[226] Die neue vorgenommene Einteilung der Tätigkeitsfelder der MP-Arbeit beinhaltete neben der antimilitaristischen Tätigkeit in Armee und Polizei, dem bewaffneten Kampf gegen Faschismus und Kapital (Kampfbünde, Waffen etc.) und der Beschaffung von Informationen als vierten Sektor auch die Erziehungs- und Bildungsarbeit.

225 Weiter führt Zaisser Vorschläge zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit an, wie bessere Untersuchung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ländern, Ausbau der Moskauer Kurse, Verarbeitung der Erfahrungen einzelner Sektionen sowie Schaffung eines Archivs entsprechender Literatur (Flugblätter, Zeitungen, Broschüren etc.).

226 Siehe hierzu Helmut Müller-Enbergs, Wilfriede Otto: Wilhelm Zaisser: Spanienkämpfer. MfS-Chef. Unperson. Berlin: Dietz (bisher nicht erschienen, Teile des Manuskripts wurden dem Autor von Wilfriede Otto zur Verfügung gestellt).

‚Verhängnisvoller Kulminationspunkt' für das Schicksal Thälmanns: Moskau stoppt Befreiungsaktion aus NS-Haft und schränkt das Asylrecht ein

Auch die Solidaritäts- und Befreiungskampagne der Komintern für Thälmann stand unter keinem guten Stern. Angeblich wurde sie bereits am 5. März 1933 gebilligt (Dok. 349), aber am 8. Juli 1934 folgten neue Direktiven an die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien, diesmal mit der klar formulierten Aufforderung, sich ohne Vorbedingungen mit Angeboten an die sozialdemokratischen Parteien zur Herstellung der Aktionseinheit zu richten. Mit Ausnahme der KP Frankreichs blieben diese Vorstöße erfolglos (Dok. 349). Nicht nur die regionalen Parteigliederungen, auch den Apparat trafen 1935 entscheidende Niederlagen. „Verhängnisvollster Kulminationspunkt" für das Schicksal E. Thälmanns war der Abbruch in diesem Jahr seiner logistisch gut vorbereiteten Flucht aus der NS-Haft.[227] Im gleichen Jahr wurden ca. 70 sog. „Betriebsspione" der KPD verhaftet, womit der Gestapo ein zentraler Einbruch in den unter russischer Kontrolle arbeitenden „BB-Apparat" gelang.

Nach umfassender Vorbereitung durch den KPD-Nachrichtendienst erfolgte im März 1935 „ein schroffes ‚Nein' aus Moskau", unter einem fadenscheinigen Vorwand.[228] Bereits im Laufe des Jahres 1934 hatte Franz Schubert zusammen mit Ernst Scholz und Wilhelm Tebarth einen operativen Befreiungsplan vorbereitet, der die anschließende Verbringung Thälmanns ins Ausland vorsah. Anfang 1935 wurde um Genehmigung in Moskau ersucht, nach mehrfacher Verschiebung der Aktion folgte im März 1935 ein Nein mit der Begründung, es bestünde ein zu hohes Sicherheitsrisiko, da bereits zu viele Personen in die Aktion eingeweiht seien. Moskau verhinderte damit die Flucht Thälmanns, möglicherweise auch auf Druck Stalins und/oder deutscher Politbüro-Mitglieder.[229] Wohl keineswegs zufällig erfolgte parallel zur Absage seiner Befreiung eine Neubelebung der internationalen Befreiungskampagne für Thälmann. Mit einem Beschluss der Politkommission des EKKI vom 21. März 1935, der zugleich das bisher existierende Thälmannkomitee als „in seiner bisherigen Zusammensetzung tatsächlich arbeitsunfähig" abqualifizierte, schien man angesichts der neuen Dimension der NS-Terrorwelle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland, diese Aufgabe endlich ernst zu nehmen. Zunächst sollte der bisherige Sekretär Gollmick abgelöst und die Leitung durch je einen Vertreter von IRH (Reul), der IAH (Münzenberg), der RGI (Deter),[230] des Weltkomitees (Bernard, d. i. Alfred

227 Ronald Sassning: Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen. Jena: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen 2006. S. 90f.

228 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 327ff.

229 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 329.

230 Adolf Deter (1900–1969) war Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter in Paris.

Kurella)[231] sowie der KPD (Daub)[232] ersetzt werden. Unter Beibehaltung seiner „formellen Selbständigkeit nach außen" sollte das Komitee beim Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus in Paris angesiedelt werden. Eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Solidaritätsaktionen wurde vorbereitet, darunter die Entsendung einer Delegation aus den USA, die als Reaktion auf die Äußerung Hitlers, dass es in Deutschland keinen Terror gebe, Thälmann, Carlo Mierendorff und Carl von Ossietzki im Gefängnis bzw. KZ besuchen sollte (Dok. 360).

Fast ein dreiviertel Jahr nach der Absage der Befreiung Thälmanns wurde seitens der Kaderabteilung der Komintern eine „Begründung" zu dem nun dritten Befreiungsplan (1933, 1934/1935 und 1936) vorgelegt. Der entsprechende Bericht von Grete Wilde („Mertens") wird hier erstmals publiziert (Dok. 375). Das Dokument sollte augenscheinlich vor allem Kippenberger und dem MP-Apparat die Verantwortung für das Scheitern übertragen. Tatsächlich besaß die Gestapo jedoch, im Gegensatz zu den Mutmaßungen der Kaderabteilung der Komintern, keine konkreten Informationen über den Plan. Auch nach der Auflösung des militärpolitischen Apparates setzte der Abwehrapparat die Planungen zur Befreiung fort. So habe Walter Trautzsch sich u.a. mit Harro Schulze-Boysen und KPD-Abwehrchef Nuding abgesprochen, um das Anliegen direkt an Stalin heranzutragen. Trotz mehrfacher Nachfragen Thälmanns, der sich immer wieder als persönlicher Freund Stalins darstellte, habe man vier bis sechs Wochen später kommentarlos die Antwort erhalten, dass dieses Unterfangen nicht möglich sei.[233] In diesen Zusammenhang passt, dass die mit der Betreuung Thälmanns und der Organisierung der Befreiungsversuche befassten KPD-Mitglieder später in der Sowjetunion den Säuberungen zum Opfer fielen.

Die stalinistische Sowjetunion schloss vorsorglich ihre Grenzen und schränkte die Aufnahme deutscher Kommunisten und anderer Hitlergegner ein. Das sowjetische Politbüro handelte damit ausdrücklich gegen das in der sowjetischen Verfassung von 1918 verankerte Recht auf Asyl bei politischer Verfolgung.[234] Noch verbliebene Kanäle für die Solidaritätsarbeit gegen politische Unterdrückung waren die Massen-, Hilfs- und Solidaritätsorganisationen der Komintern, wie die von der ehemaligen Sekretärin des ZK und Deutschlandkennerin Elena D. Stasova geleitete Internationale Rote Hilfe (IRH/MOPR). Bei über 100.000 Verfolgten fanden jedoch nur einige Tausend Kommunisten und sympathisierende Emigranten Aufnahme im „Vaterland der Werktätigen". Die Zahl der seit dem Ersten Fünfjahrplan in die Sowjetunion gekommenen Spezialisten und Facharbeiter (5–6.000) überstieg bei weitem die Anzahl der aufgenommenen Kommunisten. Auf diesem Hintergrund publizierte bereits im Juni 1933 die „Neue

231 „Bernard": Vermutlich Alfred Kurella, zu dieser Zeit rechte Hand von Henri Barbusse im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus (Siehe Dok. 392).

232 Philipp Daub war 1935 Abschnittsleiter West der KPD in Amsterdam.

233 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 331.

234 Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Bestimmungen des 5. Allrussischen Sowjetkongresses. Angenommen in der Tagung vom 10. Juli 1918. Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Wochenschrift „Die Aktion" 1918. S. 8.

Weltbühne“ im Exil einen Aufruf, der „im Namen des Ansehens und der Würde der Republik der Bauern, Arbeiter und Soldaten“ die Gewährung des Asylrechts einforderte.[235] Eine zeitweise Lockerung der restriktiven Praxis, bevor im stalinistischen Terror ohnehin das Gros der deutschen Kommunisten als „Schädlinge“ „gesäubert“ wurde, erfolgte ab März/April 1934 gegenüber den österreichischen „Schutzbündlern“ nach der Niederschlagung der Februarkämpfe in Wien – sowie Anfang 1935 zugunsten der (vor allem sozialistischen) Verfolgten nach dem gewaltsam niedergeschlagenen Bergarbeiteraufstand im nordspanischen Asturien im Herbst 1934.[236]

‚Doppelter Verrat‘: Die Zerschlagung des „Kippenberger-Apparates“ als Sündenbock

Die Untersuchung durch die Kaderabteilung der Komintern bedeutete das definitive aus für Kippenberger und seinen Apparat. Als Endpunkt des Kesseltreibens von Seiten Ulbrichts wurde dem MP-Apparat Verantwortungslosigkeit und ein zu weites Ausgreifen auf die Spionagearbeit zum Schaden der Parteiaktivität vorgeworfen.[237] Es wurde nicht darauf hingewiesen, dass es in erster Linie die Komintern und später vor allem der sowjetische Militärgeheimdienst waren, die die deutschen Kommunisten unter der Flagge des ‚Internationalismus‘ zur Militär- und Rüstungsspionage anstifteten, derartige Spionageaktivitäten nach 1933 noch forcierten und sie schließlich weitgehend in eigene Regie übernahmen.“[238] Die Auflösung des international stärksten und schlagkräftigsten illegalen Apparats einer kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion, wurde durch einen Beschluss des Politbüros der KPD vom 17. März 1936 zum *fait accompli*, der seine „restlose Liquidierung“ vorsah. Nur eine geringe Anzahl der früheren Mitarbeiter wurde in die neu formierte Abwehrabteilung aufgenommen.[239] Auch der fortbestehende Abwehrapparat wurde 1937, ebenfalls auf Initiative Ulbrichts, aufgelöst und durch Kaderorgane ersetzt, die die „Reinheit und Geschlossenheit“ der Partei darstellen sollten, de facto jedoch die „Vorherrschaft eines kleinen Führungszirkels (im Exil) abzusichern hatten“, auf den die KPD zusammengeschrumpft war.[240] Die Dokumente untermauern die von Kaufmann u. a. geäußerte These, nach der der „Geheimapparat (…) auf Betreiben Ulbrichts, dem sich Pieck anschloss, in Zusammenarbeit mit der Kaderabteilung der Komintern

235 Hierzu Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941. Frankfurt/M.: ISP 1990. S. 10f.
236 Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, S. 12ff.
237 Siehe den Bericht der Kaderabteilung (Dok. 375).
238 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 359.
239 Reinhard Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937. Hamburg: Hamburger Edition 2004. S. 298.
240 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 438.

aufgelöst [wurde]".[241] Der Wissenschaftshistoriker Grundmann bezeichnet den hier veröffentlichten „Bericht über die Untersuchung des mil. Pol. Apparats der KPD" der Kaderabteilung der Komintern (siehe Dok. 376B) nicht nur als „heuchlerisch und zynisch, sondern geradezu [als] infam".[242] Die Komintern habe den MP-Apparat als Sündenbock für „die vor, während und nach dem Machtantritt Hitlers verheerende Deutschlandpolitik der Komintern und der Sowjetunion, die von der KPD-Führung kritiklos übernommen wurde", vorgeschoben.[243] Man habe Kippenberger und seine Leute zu „doppelt verratenen Landesverrätern" gemacht:[244] „Die dort gezogene Bilanz der Arbeit des AM-Apparates, darunter auch von BB, war eine vernichtende. Eben jene Parteiführung [präziser: die 1936 von Ulbricht, Pieck und Co. geprägte Parteiführung], die mit einer verantwortungslosen Politik den Machtantritt der Nazis begünstigt und danach konzeptions- und schutzlos Hunderte Kommunisten preisgegeben hatte, unterstellte dem M-Apparat nun ‚direkt verantwortungslos' gehandelt zu haben (...)."[245]

Ulbrichts schmutzige Arbeit, der Verrat an seinen Leuten, der im Schatten des noch größeren Verrats Stalins erfolgte, kann dabei zugleich als ein weiterer Schritt zur Liquidierung der Parteilinken angesehen werden, aus der sich ein Gros der Mitarbeiter rekrutierte. Er erleichterte nicht nur der Gestapo ihr Werk, sondern auch den terroristischen Zugriff des Stalinismus auf die deutsche kommunistische Emigration in der Sowjetunion und weltweit. Kippenberger, Leo Roth u. a. wurden so an Stalin ausgeliefert. Trotz des für sie tödlichen fatalen Glaubens an den Stalinismus, in dem sie eine neue Welt zu erkennen glaubten, gehörten Kippenberger, wie auch Willi Münzenberg, Heinz Neumann und Hermann Remmele, die auf ihre Weise für ihre Überzeugung eintraten, zu den fähigsten Organisatoren und Propagandisten des deutschen Kommunismus, im Unterschied zur „Thälmannschen" Parteiführung um Ulbricht, Pieck u. a. m., die später die Parteispitze der DDR bilden sollten.

241 Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 9.
242 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 470; Kaufmann, Reisener, Schwips, Walther, Der Nachrichtendienst der KPD, S. 358f.
243 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 359.
244 Volker Müller: Doppelt verratene Hochverräter. In: Berliner Zeitung (10.2.2009).
245 Grundmann, Der Geheimapparat, S. 470.

Volksfronten und Terror 1934–1936: Verborgene Logiken des Antifaschismus der Komintern

Wege zur Volksfront: Multipler transnationaler Veränderungsdruck

Erst fast zwei Jahre nach der „Machtergreifung“ in Deutschland wurde seitens der Komintern die offizielle Antikriegs- und Antiimperialismus-Ideologie verstärkt und der Antifaschismus wieder hervorgeholt. Die Sowjetunion präsentierte sich weiterhin offiziell als neutral, als antifaschistisch bezeichnete sie sich nicht.[246] Taktische Veränderungen der sowjetischen Politik im Verhältnis zu Deutschland seit Dezember 1934 und der Handlungsdruck seitens der kommunistischen und sozialistischen Parteien und ihrer Mitglieder weltweit (besonders in Frankreich und Spanien) führten zur Abkehr der Komintern vom „Sozialfaschismus“. Den Parteien wurde nunmehr erlaubt, Allianzen mit allen antifaschistischen politischen Parteien und Strömungen einzugehen. Während die antifaschistische Grundhaltung der Komintern klar ersichtlich war, stellte das neue Konzept der „Volksfronten“ im Verhältnis zur sowjetischen Politik nicht zuletzt einen wichtigen Schritt in Richtung auf die „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien dar. In diesem Sinne symbolisierte es weniger ein Werkzeug des Antifaschismus, als vielmehr die formale Anerkennung der westlichen Demokratien und der Diversifizierung nationaler Bündnisperspektiven.

So entstand die neuartige, heute generell als authentisch angesehene Ausdrucksform eines charismatischen und über eine Massenpropaganda vermittelten Antifaschismus in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in Europa, den USA und Lateinamerika als verspätete Reaktion auf die NS-Herrschaft in Deutschland und weiterer Herausforderungen durch nationalistisch-chauvinistische, ultrarechte Kräfte in Österreich, Spanien und Frankreich in den Jahren 1934/1935. Wie die vorgelegten Dokumente belegen, propagierten zunächst nur besonders engagierte Kreise in der Komintern den Antifaschismus als Leitlinie – besonders der Münzenberg-Kreis, in dessen Pariser Verlag das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ erschien, Henri Barbusse oder auch Romain Rolland, auf dessen Initiative die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* zurückging. Erstmals überhaupt vollzog das sowjetische Politbüro Mitte 1935 einen Schritt in dieser Richtung. Auf den 21. Juni 1935 datiert ist der bisher einzige derartige in den Archiven eruierte Beschluss, für die Internationale Arbeiterhilfe (IAH/Mežrabpom) eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 10.000 Goldrubel zu bewil-

246 Der Begriff „Antifaschismus“ wurde Anfang der 1920er Jahre zur Bezeichnung der linken und republikanischen Gegner von Mussolinis „Kampfbünden“ geprägt. Nach dem Marsch auf Rom 1922 wurde er vor allem durch die Komintern mehrsprachig auf die neu entstehenden ultranationalistischen oder korporatistisch-autoritären Bewegungen in Europa übertragen, darunter auch auf den Nationalsozialismus. Im Rahmen dieses Repertoires wurden bereits 1923 transnationale antifaschistische Organisationen wie die „Antifaschistische Weltliga“ gegründet.

ligen – auch hier allerdings nicht für antifaschistische Aktivitäten, sondern nach der herrschenden Sprachregelung zur Publikation von Antikriegsliteratur.[247]

Um Jahre verspätet wurden seit Ende 1934, insbesondere in Frankreich und Spanien, die Kominternsektionen auf die Herstellung von Einheits- und Volksfrontbündnissen ausgerichtet, nachdem vornehmlich auf Betreiben linkssozialistischer und trotzkistischer Organisationen erste institutionalisierte Formen von Aktionseinheiten und Einheitsfrontbündnissen realisiert wurden; in Spanien bsw. die anfänglich noch schärfstens von der Kommunistischen Partei bekämpften „Alianzas Obreras" (Arbeiterallianzen) einige Tage vor dem Bergarbeiteraufstand in Asturien im Herbst 1934.[248] Am 10. Oktober 1934 war der Aufstand Thema im Politbüro der KP der Sowjetunion. Beschlossen wurde, den Aufruf der Komintern, der die Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse einforderte, zu billigen.[249] Ebenfalls nach einem Politbürobeschluss wurde in der Folge ein Aufruf der Roten Hilfe Spaniens zur Unterstützung der nach der Niederschlagung im nordspanischen Bergbaugebiet Verfolgten in den sowjetischen Zeitungen veröffentlicht und Geldsammlungen für die „Opfer der spanischen Bourgeoisie" durchgeführt.[250] Die sich daran anschließende Hilfskampagne machte den Paradigmenwechsel deutlich.

Die neue antifaschistische Orientierung der Komintern ließ sich zwar in die partielle Öffnung der Sowjetunion gegenüber Frankreich und England einpassen. Der neue Kurs war gleichwohl dem Handlungsdruck der sich transnational im antifaschistischen Sinne radikalisierenden Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der kommunistischen Parteibasis zu verdanken, die von ihren Führungen und der Komintern *verstärkt* einforderte, angesichts von Faschismus und Terror für die Einheit der Linken zu wirken. So ging auch das sowjetische Politbüro auf Hilfsangebote ein. Jeweils Ende März und Anfang Mai 1934 gab man grünes Licht für die Einreise von insgesamt 400 verfolgten österreichischen „Schutzbündlern" in die UdSSR[251] – allerdings mit der deklarierten Absicht, sie „im Geiste des Kommunismus" umzuerziehen.[252] Im Dezember 1934 wurde die Bereitstellung von Hilfsgeldern an die Verfolgten der „Comuna de Asturias" beschlossen.[253] In diese Zeit fiel nicht nur der Beschluss der Komintern zur Wiederauflage der Kampagne zur Befreiung Thälmanns (März 1935, Dok. 360),[254]

---

247 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 61. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 721.

248 Siehe Bernhard H. Bayerlein: „El Significado internacional de Octubre de 1934 en Asturias. La Comuna Asturiana y el Komintern". In: Octubre 1934. Cincuenta años para la reflexión. Hrsg. v. G. Jackson, P. Broué [u. a.]. Madrid: Siglo Veintiuno 1985. S. 19–40.

249 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 57. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 713.

250 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 86.

251 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 29, 50.

252 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 57, 60.

253 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 86.

254 Zur Begründung hieß es, dass das Thälmannkomitee beim Weltkongress gegen Krieg und Faschismus bisher arbeitsunfähig gewesen sei. Siehe Komolova [u. a.], Komintern protiv fašizma, S. 386–388.

sondern auch der Abbruch der von KPD-Seite operativ vorbereiteten Flucht Thälmanns aus dem Gefängnis (Dok. 375).[255] Nachdem sich die Sowjetunion zumindest formell für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem ausgesprochen hatte, das jedoch prinzipiell NS-Deutschland einschließen sollte – dass sie sich weiter darum bemühte, die Verbindungen zum Hitlerreich zu pflegen, drang kaum an die Öffentlichkeit –, wurde im Juli 1935 der Antifaschismus mit dem Aufruf des VII. Weltkongresses zur Gründung „antifaschistischer Volksfronten" zum neuen offiziellen Paradigma der *Komintern*.

Vom VII. Weltkongress der Komintern zur Brüsseler Konferenz: KPD, Volksfront und bürokratisches Ende des Gruppenkampfes

In seiner Rede auf der Sitzung der Kommission zur Vorbereitung zum 1. Tagesordnungspunkt des VII. Kongresses der Komintern waren von Manuil'skij im Juni 1934 erste (selbst-) kritische Töne zu hören gewesen (Dok. 347). Ein Hauptgrund für die als erstaunlich hervorgehobene Tatsache, dass die Faschisten die Arbeiter anführten und nicht die Kommunisten, sei in der Abstraktheit und dem Mangel an konkreten Losungen der KPD zu finden. Zu spät sei man zu der Erkenntnis gekommen, dass der Faschismus nicht etwa die Sozialdemokratie unterstütze, sondern sie zerstöre. Nicht zuletzt aufgrund der Zerschlagung der KPD setzte die Komintern nun stärker auf Frankreich und Spanien, darauf, dass die endgültige Entscheidung darüber, ob sich der Faschismus in Europa durchsetzen würde, in Frankreich und England fallen würde.

Noch vor dem VII. Weltkongress begann am 3. Januar 1935 im EKKI eine heftige Debatte über die KPD-Führung, zunächst mit scharfen Anklagen seitens der Kominternverantwortlichen. Das Politbüro sei gespalten, der KPD drohe Unfähigkeit gegenüber dem Faschismus, die Partei wehre sich nicht entschieden genug gegen Sektierertum und Dogmatismus, meinte bsw. Knorin. Togliatti warf der Partei „Emigrationsgeist" vor.[256] Mit einer Resolution des Politsekretariats des EKKI über die „sektiererischen Fehler" der Partei im Januar 1935 (die das Präsidium bestätigte) wurde zugleich der Kurswechsel der KPD zur antifaschistischen Volksfront, für die Volksrevolution sowie den Kampf gegen das Sektierertum und das sog. „linke Doktrinärstum" der Mehrheit des Politbüros der KPD (Richter u. a.) auch formell eingeleitet (Dok. 359). Einerseits hätten die „rechten Opportunisten" („Versöhnler") versucht, die Fehler führender Parteigenossen für ihre „parteifeindlichen" Zwecken auszunutzen, nun herrschten günstige Bedingungen für eine breite antifaschistische Volksbewe-

---

255 Laut Kaderabteilung der Komintern wegen „Mängel in der Erledigung des Auftrages Thälmann" (siehe Dok. 375).

256 Hierzu auch Heinz Kühnrich: „Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935." In: Neues Deutschland (7./8.8.1993).

gung gegen die faschistische Diktatur. Andererseits hätten sich seit den Ereignissen des 30. Juni 1934 und der „Enthauptung" der SA, die als Erschütterung der Diktatur interpretiert wurden die Forderungen nach Einheitsfront und Wiederherstellung der freien Gewerkschaften verstärkt. Der Kurswechsel bedeutete auch, dass von nun an die Kommunisten in allen NS-Massenorganisationen tätig sein mussten, in denen Arbeiter vorhanden waren. Weitere Beschlüsse galten der Neuordnung der Emigration. Der dezimierte und führungslose, auch ohne Parteibefehl fortgesetzte Widerstand der Kommunisten im Reich richtete sich kaum nach den neuen Richtlinien.

Als Folge der Moskauer Januarsitzungen zur deutschen Frage wurde im April 1935 im Mitteleuropäischen Ländersekretariat (MELS) ausgehend von den Bezirken und Zellen und nicht zuletzt zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses eine ausführliche Bestandsanalyse der Partei vorgenommen. Dabei wurde erstmals ungeschminkt die verzweifelte, ja ausweglose Situation der KPD verbalisiert und das Fehlen jeglicher Initiative für eine Massenarbeit seitens der Basisorgane konstatiert. Die Genossen dort seien „kaputt" und die übrig gebliebenen „werden auch [noch] kaputt gehen", meinte „Gen. Hermann" (d. i. Hermann Schubert) und stellte fest, dass infolge der Nichtveränderung der Arbeitsmethoden gegenüber der ersten Zeit der Illegalität die Partei „praktisch am Ende unserer alten Funktionärskader" angekommen sei (Dok. 361). Pieck musste eingestehen, dass „seit März-April des Jahres 1933 keine entscheidende selbständige Stellungnahme der Bezirksleitungen in Deutschland zu irgendwelchen politischen Fragen" erfolgt sei..

Unter solchen Vorzeichen nahm eine starke KPD-Delegation, die propagandistisch als Arbeiterdelegation aus den Betrieben aufgebauscht wurde, am VII. Weltkongress teil, der schließlich nach mehreren Verschiebungen vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau einberufen wurde.[257] Der Kongress war zugleich die Gelegenheit für eine große Abrechnung mit den noch verbliebenen Angehörigen des linken Flügels in der Komintern und den Kommunistischen Parteien, die doch die letzten Jahre über treu zur Moskauer Führung gestanden hatten und die nun die Rolle des Opferlamms spielen mussten. Neumann und Remmele waren bereits marginalisiert, für Béla Kun und Knorin war der Kongress die letzte Tribüne, bevor auch sie „gesäubert" wurden. In seiner Rede auf der Sitzung der EKKI-Kommission zur Vorbereitung des ersten Tagesordnungspunktes des Kongresses argumentierte Kun noch vehement gegen ein Abrücken von der revolutionären Perspektive und stellte sich gegen die von ihm unterschwellig als „Mainstream" entlarvte Auffassung von einem neuen Zeitalter des Faschismus (!). Die vorgelegten Thesen der Komintern kritisierte er als unannehmbar, vor allem wegen des definitiven Abrückens von einer revolutionären Perspektive sowie des Fehlens einer differenzierten Analyse der internationalen Kräfteverhältnisse (Dok. 350). Auch die Rede Knorins auf der Sitzung der Kommission des EKKI zur

257 Qua Beschluss vom 4.9.1934 wurde der ursprünglich für 1934 geplante VII. Weltkongress der Komintern auf März 1935 verschoben. RGASPI, Moskau, 17/162/17, 29, 33; Weitere Verschiebungen bewirkten, dass der Kongress letzendlich im Juli und August 1935 stattfand.

Vorbereitung des ersten Punktes der Tagesordnung ist in dieser Hinsicht ein wichtiges Zeitdokument (Dok. 352). Auch er verteidigte das Konzept einer revolutionären Offensive genauso wie selbstständige Klassenkämpfe und beklagte das Abrücken von dieser Position in den Thesen. Ein bemerkenswertes Novum stellte seine Forderung dar, eine praktische Solidarität mit allen vom Faschismus bedrohten Arbeiterorganisationen zu realisieren.

Kurz vorher, am 10. August 1935, hatte Molotov der Empfehlung Stalins zugestimmt, Georgij Dimitrov zum neuen Generalsekretär der Komintern zu ernennen. Dieser habe „revolutionäres Interesse" an der Durchführung der Einheitsfronttaktik, die er mit Hilfe der russischen Kommunisten durchführen sollte (Dok. 364). Zugleich schuf das sowjetische Politbüro Fakten und strukturierte die Komintern um. Das Politsekretariat des EKKI wurde liquidiert und die *éminence grise* der Komintern, Osip Pjatnickij, aus der Führung entfernt. Maßgebliche Kaderpositionen wurden neu bestimmt: Das EKKI-Sekretariat wurde mit Dimitrov, Togliatti, Manuil'skij, Pieck, Marty, Kuusinen und Gottwald als Vollmitglieder sowie Trilisser, Florin und Wan Min als Kandidaten neu zusammengesetzt. Seitens der VKP(b) sollten Manuil'skij, Stalin und NKVD-Trilisser in das Präsidium des EKKI eingeführt werden. Die Zusammensetzung des EKKI selbst wurde seitens der VKP(b) durch Stalin, Manuil'skij, Ždanov sowie die hohen NKVD-Funktionäre Ežov und Trilisser ergänzt, nicht zuletzt als personelle Reserve für die kommenden Säuberungen, die freilich auf dem Kongress kaum jemand vorhersah.[258] Von zahlreichen Zeitzeugen wurde der Kongress vielmehr als Rückkehr zu den Wurzeln der Einheitsfrontpolitik der 1920er Jahre oder auch als langweilige Fassadenveranstaltung bewertet. Im Oktober 1935 erfolgten unter der Ägide Dimitrovs weitreichende personelle Umstrukturierungen des Komintern-Apparats. Es ging dabei zunächst um die Abschaffung des Politsekretariats zugunsten einer Politkommission, die Reduzierung der Tätigkeit und Selbstständigkeit der Ländersekretariate und die Ausweitung der Kompetenz der Propagandaabteilung (Dok. 355).

Der überwiegend mit der Proklamierung der Volksfront- und der definitiven Beendigung der „Sozialfaschismus"-Politik konnotierte Kongress hatte für die deutschen Kommunisten eine bisher in der Forschung nicht ausreichend herausgestellte Neuorientierung zur Folge. Vor allem ging es um das neue Postulat, dass der „Kampf gegen die faschistische Diktatur von aussen" mit „dem Kampf um die Sprengung von innen, von den faschistischen Massenorganisationen aus" verbunden werden sollte. Für diese neue Programmatik fand man den Begriff des „Trojanischen Pferdes", der auf Dimitrov zurückging (Dok. 363).[259] Die Umsetzung der Volksfront für Deutschland und die sog. Überwindung des Sektierertums in der KPD waren demnach für Deutschland ursächlich mit einer Hinwendung zu den NS-Massenorganisationen verbunden.

258 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 110. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 722f.

259 Ulbricht sagte auf dem Kongress: „Genosse Dimitrov hat die entscheidende Methode unserer Massenarbeit im Beispiel mit dem Pferd von Troja erläutert." (Dok. 363).

Die Kommunisten sollten fortan sowohl in der Deutschen Arbeitsfront (DAF), als auch in der Hitlerjugend, den NS-Sportorganisationen, der „Kraft durch Freude“ (KdF) als NS-Freizeitorganisation oder auch in katholischen Vereinigungen, wie der katholischen Jugend, arbeiten. Der Weg zum Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland sollte im Bündnis mit allen antifaschistischen Kräften dahingehend verlaufen, dass auch für die kleinsten Belange der Werktätigen der Weg über die faschistischen Massenorganisationen erfolgen und so die „Volksregierung“ erkämpft werden müsse. Mit dieser in der Zukunft vom Volksfrontmythos übertönten Defensivstrategie läutete die Komintern definitiv das „Zeitalter des Faschismus“ ein.

Nach mehreren Verschiebungen seit Ende 1934, die vermutlich auf die Diskussionen im sowjetischen Politbüro zurückzuführen waren, legte der schließlich im Juli 1935 einberufene Kongress[260] die notorisch instrumentelle Definition des Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ vor, ohne dies jedoch weiter theoretisch zu vertiefen.[261] Nicht unbedingt die offizielle Sowjetunion, sondern in erster Linie die Komintern wurde auf den Kampf gegen Krieg und Faschismus eingeschworen. Die KPD interpretierte dies auf ihrer sog. „Brüsseler Konferenz“ (3.–15.10.1935) als einen „neuen Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur“ (Dok. 370). Dass die KPD abgesehen vom Aspekt eines möglichen Zusammengehens mit der SPD die Volksfrontpolitik übernommen habe – „von unten“ oder „von oben“ – kann aufgrund der vorgelegten Dokumente so in Zweifel gezogen werden. „Von unten“ zeigt der „Offene Brief der Berliner Opposition“, dass die Volksfrontpolitik höchst kritisch gesehen und in Deutschland von den noch aktiven KPD-Mitgliedern nicht umgesetzt wurde, „von oben“ trug Ulbricht selbst maßgeblich gerade zur Zersetzung des deutschen Volksfrontausschusses bei, der zumindest im Exil für die Volksfrontidee stand. Ein Jahr später, 1937, wurde ihr trauriges Schicksal insgesamt besiegelt, als im Sinne des neuen Konzepts der „Volksdemokratie“ Dimitrov die Volksfrontpolitik als ungeeignet für Deutschland verwarf.

Trotz der Vereinnahmung durch den Stalinismus und ungeachtet der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg wurde der Antifaschismus allerdings zu einer Leitideologie, ja zum „kulturellen Code“ einer sich weitgehend spontan konstituierenden transnationalen Massenbewegung.[262] Als Besonderheit dieser Bewegung erwies sich dabei allerdings die Blockade der sozialistischen und kommunistischen Internationale, sodass von einer effektiven revolutionären und internationalen Transformation kaum mehr etwas übrig blieb und kritische Stimmen in dieser historischen Welle kaum

---

260 Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 721.
261 Dimitroff, Ausgewählte Werke, II, S. 525.
262 Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, Bernd Giesen, The Construction of Collective Identity. In: Archives européennes de sociologie. 36 (1995). S. 72–102. Siehe auch für das Folgende meinen Aufsatz: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus. In: Osteuropa LIX (2009). Nr. 7–8. S. 125–148.

mehr zur Geltung kamen. Hellsichtig hatte Walter Benjamin bereits 1936 das Ausgreifen nach rechts und nicht den Antifaschismus als Quintessenz der Volksfrontpolitik kritisiert.[263] Erst neuerdings wird in der Forschung, auch seitens russischer Historiker, die These wieder aufgegriffen, dass es sich bei der Volksfront um ein „Top-Down-Konzept“ und zu einem gewissen Teil auch um ein instrumentelles Täuschungsmanöver gehandelt habe, eine Scheinöffnung und Scheinanpassung an westliche Standards, entsprechend der ungefähr gleichzeitig als demokratisches (Schein-) Modell gegenüber dem Westen präsentierten neuen sowjetischen Verfassung. Parallel zur Volksfrontpolitik der Komintern und zu den „großen Säuberungen“ hatte Stalin bis Juni 1936 die „demokratischste Verfassung der Welt“ ausarbeiten lassen, die als „Fassade“ vor allem den Westen beeindrucken sollte.[264] Durch die Komintern – so die Instruktionen Dimitrovs – sollte die Annahme der Verfassung durch den Sowjetkongress als „historisches Ereignis“ herausgestellt werden, das „so breit und geschickt ausgenutzt werden“ sollte, „dass die gesamte wildgewordene antisowjetische Kampagne tatsächlich auf Null reduziert wird.“ (Dok. 394). Eine umfassende Analyse steht hier noch aus.

Duplizität versus Dualismus? Sowjetunion und Komintern zwischen kollektiver Sicherheit und Avancen an Hitler (1934–1936)

Es verwundert nicht, dass in der Forschung Hintergründe und Tragweite des Umschwungs in Komintern und sowjetischer Politik Mitte der dreißiger Jahre noch umstritten sind.[265] Neue Dokumente enthüllen Ambivalenzen und bestätigen die

263 Die neu entstehende Kontingenz im Rahmen einer transnationalen sozialen Bewegung und Neubelebung der Arbeiterbewegung wurde jedoch strukturell seitens der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Kommunistischen Internationale blockiert. Siehe hierzu Gerd-Rainer Horn: European socialists respond to fascism. ideology, activism and contingency in the 1930s. New York/Oxford: Oxford University Press 1996; Broué, Historie de l’Internationale Communiste, S. 626ff. Zum Begriff des kulturellen Codes siehe Shmuel N. Eisenstadt, Bernd Giesen: The Construction of Collective Identity. In: *Archives européennes de sociologie* 36 (1995). S. 72–102; Vgl. für das Folgende auch meinen Aufsatz: Abschied von einem Mythos, S. 125–148.

264 Zum Zusammenhang zwischen Stalinscher Verfassung und Volksfront, wonach die Verfassung als eine besonders für westliche Intellektuelle „gewohnte“ Fassade installiert wurde, siehe Aleksandr V. Šubin: Narodnyj front. Izmenenie v strategii Stalina. In: Rossija i mir glazami drug druga. Iz istorii vzaimootnošenij. Vypusk četvertyj. Hrsg. v. A. V. Golubev. Moskva 2007. S. 106–126. Dagegen die positivere Wertung der Verfassungskampagne bei Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937. München: Carl Hanser 2008. S. 153ff.

265 Was die Interpretationslinien angeht, stehen in Russland selbst Anhänger der „Appeasement-These“ einer langfristigen Orientierung auf ein Bündnis mit Hitler, wie Sluč, Narinskij u. a., den Verfechtern der „Antifaschismus-These“, also einer frühen Wende der sowjetischen Außenpolitik im Sinne des Antifaschismus (Mel’tjuchov u. a.) gegenüber.

Zweifel sowohl am fundamentalen Charakter der taktischen Wende der sowjetischen Politik, als auch der Volksfrontpolitik der Komintern, der im Herbst/Winter 1934 seitens des Politbüros der VKP(b) und den Leitungsgremien der Komintern vollzogen wurde. Ob es sich bereits „im November 1933" um einen Umschwung des Politbüros als „Grundsatzbeschluß für eine Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik von Deutschland auf Frankreich" handelte, muss bezweifelt werden.[266] Sicher ist, dass es dabei um eine (allerdings unterschiedlich gewichtete) Synchronisierung von sowjetischer Außen- und Kominternpolitik ging. Die Volksfrontpolitik entsprach insofern einem Sekundäreffekt des Kurswechsels der sowjetischen Politik, der durch die aggressivere Politik der Nationalsozialisten sowie den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934 beschleunigt wurde und zum Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund im September 1934 sowie zum Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 führte. Die sowjetisch-deutschen Beziehungen waren 1934/1935 in die erste ernsthaftere Krise geraten. Ursache war Hitlers Weigerung, die Beziehungen des Deutschen Reichs zur UdSSR zu verbessern.[267] Ob jedoch die Sowjetunion tatsächlich auf eine konsequente, gegen die Expansionsabsichten des faschistischen Italiens und NS-Deutschlands gerichtete Politik der kollektiven Sicherheit umgeschwenkt war, wie es große Teile der Forschung bisher angenommen haben, muss bezweifelt werden. Die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros weisen nicht auf eine eindeutige Orientierung auf die westlichen Demokratien und auf ein neues System kollektiver Sicherheit hin.

Gerade für den Zeitraum von Herbst 1934 bis Frühjahr 1935 bringt hier die vergleichende Sicht von VKP(b) und Komintern neue Aufschlüsse. Am 31. August 1934 beschloss das Politbüro die Durchführung einer Reise des bevollmächtigten Vertreters Jakov Suric nach Deutschland und verschob zugleich den VII. Weltkongress der Komintern auf März 1935 (Politbüro VKP(b), 31.8.1934).[268] Im Dezember 1934 und erneut von Dezember 1936 bis Dezember 1937 setzte Stalin seinen Vertrauten David Kandelaki als bevollmächtigten Emissär für eine bedeutende Mission in Deutschland ein, bei der es „als Unterpfand für das Aufblühen beider Staaten"[269] um eine Vereinbarung über längerfristige Importkredite und Warenwerte von mehreren Hundert Millionen Mark zum Einkauf im NS-Staat ging.[270] Als dieses Anklopfen erfolglos

266 So Victor Iščenko: Vertrag über den gegenseitigen Beistand zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Frankreich, 2. Mai 1935. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=1000_dokumente_ru (15.8.2013).
267 Slutsch, Stalin und Hitler, S. 61.
268 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 29, 33.
269 So Hjalmar Schacht, siehe Dokumenty vnešnej politiki. Bd. 18. Moskva: MID SSSR 1973. S. 63, 47; Zit. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 72.
270 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 88–89, 157.

blieb[271] und nachdem Deutschland die Teilnahme an einem von sowjetischer Seite bevorzugten „Ostpakt", einem multilateralen Regionalpakt zur Verhinderung einer gegenseitigen Aggression unter Einschluss des Deutschen Reiches, abgelehnt hatte, machte die Sowjetunion Vorstöße in Richtung Frankreich und seiner Verbündeten.[272] Etwa gleichzeitig mit einem neuen Beschluss des Politbüros, Deutschland wegen der Ablehnung des vorgeschlagenen Handelsvolumens für 1936 mit Sanktionen zu belegen,[273] wurde der Weltkongress im März 1935 erneut, nun auf den 15. Juli 1935, verschoben (Politbüro VKP(b), 5.3.1935).[274]

Stalin und der Antifaschismus: Krise oder Wende in den sowjetisch-deutschen Beziehungen?

Der russische Historiker und Politikwissenschaftler Michail Narinskij ist der Auffassung, dass sich die Sowjetführung dabei nicht von antifaschistischem Denken leiten ließ und auch nicht aus Loyalität zur Idee der kollektiven Sicherheit handelte. Sie habe damit alleine die staatlichen Interessen der UdSSR verfolgt.[275] Die positive Erwartungshaltung gegenüber Deutschland blieb erhalten, während die Komintern den Antifaschismus praktizierte.

Wie kritisch dies intern auch in den sowjetischen Eliten gesehen wurde, zeigte Nikolaj Bucharin, der doch so häufig vor dem Diktator Stalin eingeknickt war, in einem hier erstmals veröffentlichten Dokument vom März 1936, in dem er mit dem offiziellen Antifaschismus abrechnete. Was Trotzki als Ambivalenzen und „intimere" Zwischentöne bezeichnete,[276] entschlüsselte Bucharin sogar als schleichende Anpassung an den Faschismus. In einem Brief an Stalin forderte er einen „entscheidenden Bruch", ein neues Denken über den Faschismus. Vor allem die Rassenideologie und das System der Konzentrationslager sollten endlich ernstgenommen und sogar als weitaus schrecklicher erkannt werden – so Bucharin – als die Verbannungen im russischen Zarenreich (Dok. 379). In Stalins mentaler Prädisposition hatte sich der zwei Jahre später zum Tode verurteilte ehemalige „Liebling der Partei" damit wohl definitiv in die Reihe der Schwächlinge und Panikmacher gestellt. Überhaupt ent-

271 Besymenski, Stalin und Hitler, S. 71ff.; Siehe auch Sergej Slučː Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt. In: Osteuropa LIX (2009). H. 7/8. S. 75–96.
272 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 318–327.
273 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 136–137.
274 Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 719f.
275 Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij (Hrsg.): Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I. Moskva: Pamjatniki istoričeskoj mysli 1994. S. 299.
276 Leo Trotzki: Rätsel UdSSR, Coyoacán, 21.6.1939. In: Ders.: Schriften. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. I, 2: 1936–1940. Hrsg. v. Helmut Dahmer, Rudolf Segall u. Reiner Tosstorff. Hamburg 1988. S. 1209–1223, hier: S. 1214f.; Digital: http://www.mlwerke.de/tr/1939/390621a.htm (15.8.2013).

schlüsselt der Brief Bucharins einen unterschwellig dem Verhältnis von Stalinismus und Faschismus zugrunde liegenden Topos. In Stalins Imaginarium wurde eine ungeschminkte Analyse und Darstellung der NS-Barbarei mit einer von Angst getriebenen Überbewertung des Faschismus gleichgesetzt, woraus sich möglicherweise auch der erstaunliche Verzicht der Komintern auf eine konsistente theoretische Faschismusanalyse erklären lässt.

Gerade weil auf dieser Ebene Mitschriften in der Überlieferung selten sind, ist das hier erstmals abgedruckte Gesprächsprotokoll Stalins mit Lion Feuchtwanger vom 8. Januar 1937 höchst aufschlussreich. Stalins vertrauensvolle Botschaft an den Schriftsteller, der zusammen mit Heinrich Mann Aushängeschild des deutschen Antifaschismus war, lautete, dass der Faschismus „Quatsch" und nur eine „zeitweilige Erscheinung" sei und nur Trotzkisten und Oppositionelle von Angst und Panik vor ihm ergriffen seien. Theoretische Durchdringung und umfassende antifaschistische Praxis passten insofern nicht in Stalins Horizont. Neben den linken oppositionellen Zwischengruppen hatte Willi Münzenberg in seiner gerade auch theoretisch zu Unrecht unbeachteten Abhandlung „Propaganda als Waffe", die er aus gutem Grunde nicht mit der KPD-Führung abgestimmt hatte, methodisch Formen und Inhalte von Massenpropaganda als Axiome für einen erfolgreichen Kampf gegen Hitlers System und damit zur Verhinderung des Zweiten Weltkrieges dargelegt.[277] So dekuvrieren die Dokumente eine Dimension des Stalinismus als letztlich selbst nationalistische Grundüberzeugung, die eine konsequente Bekämpfung des Nationalsozialismus verhinderte. Diese besondere Form einer nicht zuletzt von machohaften Elementen durchsetzten Zurückweisung und Sublimierung, den Faschismus ernst zu nehmen, führte schließlich zur Unterschätzung der Gefahr und zum von Münzenberg auch theoretisch hergeleiteten Verzicht auf eine „Propaganda als Waffe".

In den Jahren 1934/1935 holte Stalin die Karte der „kollektiven Sicherheit" hervor, verlor dabei das Ziel verbindlicher Abmachungen mit Hitlerdeutschland jedoch nicht aus den Augen.[278] Sein Helfer Radek hatte bereits im Januar 1934 trotz seiner eigenen Analyse, nach der die Wiederbewaffnung Deutschlands nur gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, versichert, dass die Sowjetunion nichts unternehmen würde, was die Rückkehr zu einer gemeinsamen Politik mit Deutschland ausschließen würde.[279] Zunächst wollte man jedoch von sowjetischer Seite aus Deutschland mit einem sog. „Ostpakt" einschließen, der sowohl seine West- also auch Ostgrenze festschreiben sollte. Hitler wollte jedoch zunächst die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen westlichen und östlichen Territorien Deutschlands sowie die ehemals

277 Willi Münzenberg: Propaganda als Waffe. Paris: Editions du Carrefour 1937, ebenfalls Basel: Universum-Buchgemeinschaft 1937. Neuaufl. siehe Ausgewählte Schriften 1919–1940. Hrsg. v. Til Schulz. Frankfurt/M.: März 1977.

278 Lebedeva, Narinskij, Komintern i Vtoraja mirovoja vojna, I, S. 303.

279 Der Botschafter in Moskau R. Nadolny an das Auswärtige Amt, Moskau, 10.1.1934. In: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie C: 1933–1937. Bd. I, 1: 14. Oktober 1933 bis 31. Januar 1934. Göttingen 1973. S. 325f.

österreichischen Gebiete mit deutscher Bevölkerungsmehrheit zurückerobern und auch die zwischenzeitlich ventilierte Perspektive, zwei getrennte „Ostpakte" abzuschließen, wurde von deutscher Seite im Herbst 1934 abgelehnt. Stalin verstand dies immer noch nicht als kategorische Absage Hitlers. Vielmehr gab er sich sicher, dass Deutschland eines Tages in das gemeinsame Boot zurückkommen würde und spielte auf Zeit. Die Deutschen versuchten zwar – so Stalin – „die Karten in Europa neu zu mischen", doch sie würden „vor uns nicht weglaufen", da sie einen „Vertrag mit uns" mehr bräuchten als die Sowjetunion.[280]

An die Adresse des Politbüros empfahl Stalin am 14. September 1934, die Deutschen nun für eine Weile im Ungewissen zu lassen und ihre Versuche, Misstrauen zwischen der Sowjetunion und Frankreich zu säen, zu konterkarieren. Nach den beiden Handelsverträgen mit Frankreich und Großbritannien im Jahre 1933 und am 18. September 1934 kam es am 2. Mai 1934 zum Vertragsabschluss über den gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und dem früheren Gegner Frankreich. Am 18. September 1934 folgte der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund. Die Ausrichtung auf ein kollektives Sicherheitssystem in Europa war taktischer Natur, einem fundamentalen Umschwung der sowjetischen Außenpolitik entsprach dies nicht, es ging eher um eine andere Akzentsetzung. Stalin legte nun eine Pause im Schönwettermachen mit Deutschland ein, wobei auch landwirtschaftliche Konzessionen des *Krupp*-Konzerns in der Sowjetunion nicht verlängert wurden.[281] Am 2. November 1934 beschloss das sowjetische Politbüro, die Vereinbarung über den „Ostpakt" auch ohne Beteiligung Deutschlands und Polens zu unterzeichnen.[282]

Das Außenkommissariat unter Litvinov setzte unterdessen den Grabenkampf gegen eine zumindest neutrale Grundausrichtung Stalins und seiner Gruppe im Politbüro gegenüber NS-Deutschland fort, allerdings ohne Erfolg. Den Vorschlag einer Protestnote gegen eine antisowjetische Hetzrede von Rudolf Heß vom 14. Mai 1935 lehnte das Politbüro ausdrücklich ab.[283] Heß hatte unter Verweis darauf, dass „Deutschland (…) näher am Bolschewismus [war], als die übrige Welt es ahnt oder wahrhaben will", vor der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft in Stockholm nicht nur über „bedrohliche" Wahlergebnisse der KPD referiert, sondern auch über „das Material" gesprochen, welches im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin nach der Machtergreifung in geheimen Kellern und Gängen vorgefunden worden sei, – ein „Propagandamaterial ungeheuerlichster Art, bereits in mehrere Sprachen übersetzt, um sofort nach der Aufrichtung des bolschewistischen Staates in Deutschland die intensive Bearbeitung anderer Staaten Europas von Deutschland aus vornehmen zu können."[284] Heß sprach

280 Telegramm Stalins an das ZK der VKP(b) zum Handelsvertrag mit den Deutschen, 14.9.1934; RGASPI, Moskau, 17/162/17, 49.
281 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 55.
282 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic (u. a.) (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 318–319.
283 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 1.
284 Rudolf Heß: Reden. München: Zentralverlag der NSDAP 1940. S. 99–119, hier: S. 105.

dabei von „detaillierten Anweisungen (...), wie die letzten Widerstände in Deutschland durch rücksichtslosen Terror gebrochen werden müssten, antibolschewistische Dörfer niederzubrennen und nichtgefügige Städte auszuhungern seien."[285] Die Ablehnung einer Reaktion seitens des sowjetischen Politbüros erfolgte trotz der als dringend eingestuften Anfrage Litvinovs für das sowjetische Außenkommissariat.

Sowjetische Außenpolitik und Komintern: Der Stalinismus als antirevolutionärer Nexus und die neue Zweigleisigkeit.

Die äußerst vorsichtige, passive Haltung der Sowjetunion zur brutalen kolonialen Aggression Mussolinis gegen Abessinien im Oktober 1935, die mit der definitiven Annexion des Landes im Mai 1936 endete, markierte zugleich das Ende einer prinzipiell antikolonialen und anti-imperialistischen Ausrichtung der Sowjetunion. Diese Transition war das bisher deutlichste Indiz für den neuen Typus der Zweigleisigkeit globaler kommunistischer Politik. Der italienische bewaffnete Überfall steht so für die Preisgabe des Antikolonialismus durch die Sowjetunion. Auf der Ebene der Komintern und der Massenorganisationen wurde dieser Prozess begleitet von der finanziellen und organisatorischen Austrocknung der von Münzenberg gegründeten „Liga gegen Imperialismus und für nationale Selbstbestimmung", der wichtigsten internationalen antikolonialen und antiimperialistischen Organisation der Zwischenkriegszeit, die 1937 aufgelöst wurde.[286] Die hier vorgelegten Dokumente belegen diesen Zusammenhang für die antifaschistischen und auch antikolonialistischen internationalen Solidaritätskampagnen der Komintern seit 1934, die sich jedoch unter den gegebenen Bedingungen nicht der sowjetischen Außenpolitik anschließen konnte. Im Folgejahr öffnete sich die Schere zwischen Komintern und sowjetischer Staats- und Realpolitik noch weiter, als Giftgasangriffe und Massaker der italienischen Truppen eine Welle internationaler Proteste hervorriefen, denen sich auch der Völkerbund anschloss. Mit der Begründung, man habe nicht genug Waffen und Instrukteure, wandte sich hingegen Stalin im Politbüro kategorisch gegen jede Hilfe und lehnte nicht nur die vom Roten Kreuz angemahnten Hilfslieferungen an die Bevölkerung,[287] sondern auch einen Handelsboykott gegen Italien ab, der im Völkerbund diskutiert und zunächst auch vom Außenkommissariat unter Litvinov intern unterstützt wurde.[288] Die Sowjetunion deckte in diesem Zeitraum ca. 40 % des italienischen Bedarfs an Erdöl. Mus-

285 Rudolf Heß, Reden, S. 106.
286 Siehe hierzu neuerdings Fredrik Petersson: „We Are Neither Visionaries Nor Utopian Dreamers". Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925–1933. Doctoral Thesis. General History Division for Arts, Education and Theology, History Department: Åbo Akademy 2013, http://doria17-kk.lib.helsinki.fi/bitstream/handle/10024/90023/petersson_fredrik.pdf?sequence=2 (15.9.2013).
287 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 13.
288 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 183, 188.

solini selbst sagte später, dass sich die italienischen Truppen bei einem Boykottbeschluss durch den Völkerbund nur noch acht Tage hätten halten können, was den Rückzug aus Abessinien bedeutet hätte.[289]

Wie die „abessinische", etwas später auch die „spanische Frage" und nicht zuletzt das Appeasement gegenüber NS-Deutschland, müssen Phänomene wie der Terror als Ausrottung der Revolutionäre und dezidierter Kommunisten, die Zerschlagung der internationalen Kommunikationsinstrumente der Komintern und die Liquidierung der internationalen Kultur- und Solidaritätsorganisationen als fundamentale transnationale Markierungen und Transitionen verstanden werden. Dazu gehört auch das jüngst aufgearbeitete Ende der „Cultural Diplomacy" zugunsten einer imaginierten „across-the-board Soviet superiority".[290] All diese nun empirisch nachweisbaren strategischen Weichenstellungen verweisen auf den Paradigmenwechsel sowjetischer Politik und den fundamentalen antirevolutionären Systemwandel des Stalinismus, wie er besonders für die Sowjetunion bereits seit den 1960er Jahren vielfach von Robert C. Tucker, Moshe Lewin, Stephen F. Cohen oder auch Heller und Nekrich methodisch herausgearbeitet wurde.[291] Dass bisweilen weiterhin in Frage gestellt wird und immer noch umstritten ist, ob Stalin (und seine Nachfolger) an einer weltrevolutionären Politik festhielten oder nicht,[292] zeigt, dass die zahlreichen Geschichtsmythen, die das Verhältnis von Stalin zur Revolution tausendfach im umgekehrten Sinne heroisieren sollten, nicht vollends dekonstruiert wurden. Dies lässt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass viele der genannten (und ungenannten) Historiker die Geschichte der Komintern nicht intensiv erforscht oder sie nicht ausreichend mit der Geschichte der Sowjetunion korreliert haben. Ausnahmen wie Franz Borkenau und später Pierre Broué sowie Fernando Claudín wurden von der Sowjetunionforschung kaum rezipiert.[293] Jedenfalls trägt der anhaltende Disput zur Verwirrung in der Zeitgeschichtsforschung des 20. Jahrhunderts bei.

289 Siehe hierzu Aleksandr V. Šubin: Mir na kraju bezdny: Ot global'noj katastrofy k mirovoj vojnje, 1929–1941 gody. Moskva: Veče 2004. S. 188.

290 Zu letzterem siehe Michael David-Fox: Showcasing the Great Experiment. Cultural Diplomacy and Western Visitors tot he Soviet Union, 1921–1941, Oxford [u.a.]. Oxford University Press 2011.

291 Robert C. Tucker, Moshe Lewin, Stephen F. Cohen: Bolshevism and Stalinism. In: Stalinism. Essays in Historical Interpretation. Hrsg. v. Robert C. Tucker. New York: Princeton University Press 1977. S. 3–29; „Stalin had no need for revolution, nor was he interested in such things as 'the emancipation of the working class'!" (Heller, Nekrich: Utopia in Power. New York: Summit 1986. S. 311).

292 Teilweise wird auch noch für die Periode nach 1945 eine weltrevolutionäre Perspektive des Stalinismus angenommen. Siehe: Andreas Hilger (Hrsg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991. München: Oldenbourg 2009. S. 7 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 99).

293 Borkenau, European Socialism. Zum spanischen Fall legte Broué eine Fallstudie vor, siehe Pierre Broué: Staline et la Révolution. Le cas espagnol (1936–1939). Paris: Fayard 1993; Vgl. Fernando Claudín: The Communist Movement. From Comintern to Cominform. 2 Bde. New York [u. a.]: Monthly Review Press 1975.

Im Gefolge der Ereignisse ließen sich die Widersprüche zwischen sowjetischer Außenpolitik und der Komintern nicht mehr verdecken. Im Gegensatz zur VKP(b) mobilisierte die Komintern die Kommunistischen Parteien gegen die italienische Aggression. Die neue Zweigleisigkeit dürfte im Kreml solange nicht als besonders störend empfunden worden sein, als die Komintern sich auf pazifistische und humanitäre Maßnahmen beschränkte und die Sowjetunion selbst nicht kritisierte. Das Auseinanderklaffen von Komintern und sowjetischer Staats- und Außenpolitik war als notwendige Folge des „Sozialismus in einem Lande" ein in der Geschichte des internationalen Kommunismus nicht mehr zu verhinderndes, signifikantes Phänomen. In seiner schematischen Übernahme der Leninschen Maxime eines negativen Gleichgewichts im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik ging Stalin grundsätzlich von der Notwendigkeit aus, die „feindlichen" Lager gegen- und aufeinander hetzen zu müssen – zum Wohle der Sowjetunion. 1935 wählte er eine Variante dieses Schemas, als er glaubte, von einem gegenseitigen Vernichtungskampf zwischen zwei Lagern einer neuen Entente – der Entente Italien/Frankreich gegen die Entente England/Deutschland – profitieren zu können. Im Interesse der Sowjetunion sollte dieser nun in die Länge gezogen werden.[294] Da die Sowjetunion offiziell eine neutrale Haltung einnahm, ist es gut möglich, dass auch aus diesem Grund nicht nur eine Kritik von Mussolinis Gewaltakt gegen Abessinien, sondern auch eine Reaktion auf die zunehmende antibolschewistische und antisemitische NS-Propaganda seitens des Politbüros abgelehnt wurde. Die sowjetische Zensur filterte sogar die Informationen aus Deutschland gegenüber der sowjetischen Bevölkerung.

Auf dem NSDAP-Parteitag im September 1935, der die „Rassengesetze" beschloss, erreichte die antibolschewistische Hetze des NS-Regimes ihren bisherigen Höhepunkt. Hitler sprach von der „Völkerverhetzung" durch „jüdische Elemente" der „bolschewistischen Internationale". Goebbels sekundierte ihm mit antikommunistischen Hetzparolen und Rosenberg mit seinen Lebensraumspekulationen im Osten. Molotov gab die Informationen über die Parteitagsreden an den Generalsekretär weiter, verbunden mit grassierenden Gerüchten über einen Bruch Deutschlands mit der Sowjetunion. In einem nicht für die Presse bestimmten TASS-Bulletin vom 13. September 1935 wurde die Rosenberg-Rede referiert, die ein Amalgam zwischen Marxismus, Judentum und Bolschewismus konstruierte; dabei verstieg Rosenberg sich in die Behauptung, dass diejenigen Kommunisten, die nicht Juden seien, nicht den Familien der europäischen Völker angehörten, „sondern Kinder der Steppe [seien], wie Lenin", „von den Juden, Kranken oder Halbverrückten angesteckt."[295]

Daraufhin mit der Notwendigkeit einer Stellungnahme konfrontiert, sah Stalin nicht nur keinen Anlass für einen Protest, sondern zeigte sogar ein gewisses Verständnis für die Hetze, für die er die Komintern verantwortlich machte. Die sowjetische Presse solle deswegen keinen „hysterischen Lärm (...) veranstalten", denn „Nürnberg

294 Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 545.
295 RGASPI, Moskau, 558/11/89, 127.

ist die Antwort auf den Kongress der KI. Die Hitleristen können nicht anders, als sich in Beleidigungen ergehen, wenn man bedenkt, daß der Kongress der KI sie mit Unrat bedeckt und durch den Schlamm gezogen hat.“, konstatierte Stalin.[296] Solche und ähnliche exkulpierende oder zumindest verharmlosende Äußerungen und Einschätzungen des NS-Systems und die (eigentlich viel zu spät erfolgte) Wende der Komintern zum Antifaschismus durch Stalin lassen auch die nächstfolgende Terrorperiode in neuem Licht erscheinen.

Volksfront als Hebel zur „Nationalisierung“ und Diversifizierung der internationalen kommunistischen Bewegung (1935–1938).

Mit Ausnahme des Spanischen Bürgerkrieges, in dem sich auch die Sowjetunion antifaschistisch engagierte, wenn auch in begrenzter und nicht ausreichender Weise, blieb der Kampf gegen den Faschismus eine Domäne der Komintern und wurde nicht zum Bestandteil sowjetischer Staatspolitik. Während von 1936 an ein Großteil der alten diplomatischen Garde des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, die die antifaschistische Taktik ernsthaft umsetzen wollte, den „großen Säuberungen“ zum Opfer fiel, verfolgten die Hardliner um Stalin und Kaganovič, wie die neuen Dokumente zeigen, ihren den Nationalstaat hypertrophierenden Kurs weiter, einschließlich der prodeutschen Erwartung, nach der Hitler an die Seite Russlands „zurückkehren“ würde. Für den taktischen Wandel kann jedenfalls die Gewissheit über die Kriegsabsichten Hitlers nicht als alleiniger Grund gesehen werden. Zusätzlich sollte der internationale Charakter der kommunistischen Bewegungen berücksichtigt und auf globale, transnationale Erklärungsversuche zurückgegriffen werden.

So kann aufgrund der in der Forschung (besonders von Bianca Pietrow-Ennker) nachgewiesenen inneren Dynamik[297] die 1934/1935 erfolgte Implementierung der Volksfronttaktik auch als Hebel zur Synchronisierung der verschiedenen Kommunikationskanäle und Netzwerke kommunistischer Politik gesehen werden. Parallel zur Affirmation des Nationalismus in der sowjetischen Politik fiel die alte und internationalistische Tradition verkörpernde Elite ebenfalls den Säuberungen zum Opfer. Auf der Ebene der Komintern entsprach dies einer zumindest ansatzweisen „Nationalisierung“ der Kommunistischen Parteien (im Rahmen der Bedürfnisse des stalinistischen Systems), die eine größere Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bei der Bildung nationaler Bündnisse „von unten“ wie auch „von oben“, nicht nur mit Sozialisten, sondern auch mit bürgerlich-liberalen Koalitionspartnern ermöglichen sollte. Der Pfad wurde geöffnet, um die Kommunistischen Parteien in Zukunft unmittelbar als Werkzeug zur Eroberung der nationalen Staatsapparate einzusetzen. Die Parteien stellten damit erstmals in diesem Rahmen einen ernstzunehmenden Faktor in der

296 Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 569.
297 Pietrow, Stalinismus, Sicherheit, Offensive.

jeweiligen nationalen Koalitionspolitik dar, wie die Beispiele Frankreich, Spanien und Chile zeigten.[298]

Die formelle „Parlamentarisierung" der Kommunistischen Parteien unter nationalen Vorzeichen in den demokratisch regierten Ländern diente gleichzeitig als Prophylaxe gegen linke Strömungen in der Sowjetunion und im internationalen Maßstab, die weiterhin eine revolutionäre und internationalistische Lösung einforderten.[299] Insofern hatte Stalin auch den Antifaschismus, sozusagen als taktisches Mittel vorübergehend akzeptiert, doch nur bezogen auf die Aktivitäten der Komintern und nicht als Partei- bzw. sowjetische Staatspolitik. Volksfront- und Volksdemokratiekonzepte förderten die spätere Umwandlung in die sog. „Nationalen Fronten" während des Zweiten Weltkriegs, wie es exemplarisch der Aufruf von Maurice Thorez für eine „Französische Front" (Front des français) belegt.[300]

Die Neuorientierung der KPD als taktischer Rückzug oder Anpassung an die NS-Strukturen?

In den autoritären und totalitären Staaten führte die „Nationalisierung" kommunistischer Politik zu einer stärkeren Anbindung der Parteien an die jeweilig herrschenden nationalen, korporatistischen oder totalitären Strukturen. Für die KPD erfolgte die Absegnung der neuen Linie auf der sog. Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935. In dem von ihr verabschiedeten Manifest „An das deutsche Volk!"[301] wurde ein „Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur" dargelegt, in dem zwar die Einheitsfront mit der SPD und der einheitliche Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, gleichzeitig jedoch die „breiteste Volksfront" gefordert wurde, also nicht nur mit der SPD, sondern auch „mit der Zentrumspartei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes" (Dok. 370). Bis zur Wortwahl wird die Angleichung der Narrative an den NS-Diskurs deutlich sowie die Tendenz zur Verwischung der Fronten am Schluss des Manifests, wo es heißt: „Werktätiges deutsches Volk! Wir rufen Dich auf! Nimm in allen Deinen Schichten Stellung zu diesem Programm gegen die Hitlerdikta-

---

298 Fernando Claudín: The Communist Movement. From Comintern to Cominform. 2 Bde. New York [u. a.]: Monthly Review Press 1975; Serge Wolikow: Le Front populaire en France. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire. Dijon: EUD 1998.

299 Aleksandr V. Šubin: Mir na kraju bezdny. Ot global'noj katastrofy k mirovoj vojnje, 1929–1941 gody. Moskva: Veče 2004. S. 209f.

300 Langkau-Alex, Deutsche Volksfront.

301 Das Manifest war neben der Resolution das zentrale Abschlussdokument der Brüsseler Konferenz. Die Resolution siehe Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935. In: Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf. Referat und Schlusswort auf der Brüssler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Strasbourg: Editions Prométhée 1935. S. 87–103; Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KP Deutschlands. In: Pieck, Der neue Weg, S. 104–108.

tur! Verständigen wir uns im Betrieb, in der Deutschen Arbeitsfront, in der NS-Hago,[302] in den Handwerker-Innungen, in den Organisationen des Reichsnährstandes,[303] in der NS-Volkswohlfahrt, im Deutschen Schriftstellerverband,[304] in allen übrigen Massenorganisationen über gemeinsame Kampfaktionen!"

Derweil wurden in Moskau die Diskussionen über die Situation in Deutschland fortgesetzt, ohne dass dies vorzeigbare praktische Folgen gezeitigt hätte. Trotz der Lage im Lande sei er kein Pessimist, meinte Pieck Anfang 1936, der „grosse Möglichkeiten der Auslösung sogar breiter Massenaktion im Lande trotz des Terrors" attestierte (Dok. 378). Zugleich musste er in entwaffnender Offenheit eingestehen: „es kommt darauf an, festzustellen, was tatsächlich im Lande ist. Das kann man aber nur durch Genossen, die aus dem Lande kommen, und die uns etwas Näheres über die Dinge sagen. Wir tappen leider hier etwas im Dunkeln"

Dass KPD- und Kominternführung nicht nur die praktischen, sondern auch die theoretischen Mittel fehlten, um typische Phänomene des Nationalsozialismus, wie die „innere Kolonialisierung", die Bindung der qualifizierten Arbeiter an das Regime, die Organisierung eines Netzwerks unterschiedlicher Hierarchien bis in die Organisierung des Alltags hinein und nicht zuletzt die Rassenideologie, zu berücksichtigen und einzuordnen, kann zu einem Gutteil – wie es Bucharin aufzeigte – auf das Desinteresse und die Ambivalenzen im Stalinismus zurückgeführt werden. Im März 1936 lieferte der in der Sowjetunion bereits seit langem isolierte ehemalige Leiter der Komintern und „Liebling der Partei" in seinem bisher unveröffentlichten Brief an Stalin aus Paris[305] ernüchternde Einblicke in das ideologische Elend der deutschen KP-Emigration und kritisierte die nur unzureichende Bekämpfung Hitlers und des deutschen Nationalsozialismus in der Sowjet- und Kominternpropaganda (Dok. 379). Man habe sich nicht nur sprachlich durch „altes Denken" dem Nationalsozialismus angepasst.

Bucharin war zum Ankauf des Marx-Engels-Nachlasses, der sich im Besitz des Exilvorstandes der SPD (Sopade) befand, zusammen mit Adorackij und Arosev abkommandiert worden. Sein Eindruck über die Lage in Westeuropa war vernichtend. In durchaus ähnlicher Form wie Münzenberg schrieb er – ausgerechnet – an Stalin, dass ein „entscheidender Bruch", ein neues Denken erforderlich sei, welches die Rassenideologie und eine konkrete Situationsanalyse nicht außer Acht lassen dürfe (Dok. 379). Am Beispiel der kommunistischen Jugend in der Prager Emigration beschrieb

---

302 „Hago": Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), seit 1933 NSDAP-Organisation für den gewerblichen Mittelstand.

303 Der Reichsnährstand war der 1933/1934 geschaffene Zwangsverband aller landwirtschaftlichen Organisationen. Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) sollte als Parteiorganisation 1932 und 1933 die Arbeiterwohlfahrt und freien Wohlfahrtsverbände zurückdrängen.

304 Deutscher Schriftstellerverband: Es handelt sich um den 1933 gegründeten „Reichsverband Deutscher Schriftsteller" innerhalb der Reichskulturkammer als neuer Zwangsorganisation nach Gleichschaltung des seit den 1920er Jahren bestehenden Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller (SDS).

305 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 27, 45, 138.

er einen Prozess sprachlicher und mentaler Anpassung an den Nationalsozialismus. „Die Hitlerleute“ – so Bucharin – hätten diesen beigebracht, „sich des Denkens zu entwöhnen und sich auf kurze Sprüche, Emotionen etc. zu beschränken.“ Die neuen internen und streng geheimen Dokumente von Bucharin, Münzenberg, teilweise auch von Radek weisen auf eine starke Gegenströmung zu Stalins Deutschlandpolitik hin, deren Wirkungskraft größtenteils im Terror unschädlich gemacht wurde.

Keine „Propaganda als Waffe“: Volksfront, Nationale Versöhnung und Volksdemokratie für Deutschland (1936–1939)

Die Münzenberg-Korrespondenz als Seismograph: Neues versus altes Denken über den Faschismus

Als Beitrag zur Historisierung des „Falles Münzenberg“[306] werden im Band einige neue Materialien und Korrespondenzen publiziert. Von herausragender Bedeutung ist dabei ein Brief Münzenbergs an Stalin vom Juli 1937 (Dok. 417) sowie ein 26-seitiges Rekursschreiben an die Komintern zu Händen ihres Generalsekretärs Dimitrov vom August 1938, in dem er minutiös die Machenschaften rekonstruierte, die zu seinem Ausschluss aus der KPD führten und dagegen Rekurs einlegte (Dok. 442A). Die Münzenberg-Korrespondenz beleuchtet die KPD-Politik in einem weiten Spannungsbogen von 1933 bis 1939, der von der Machtergreifung über die Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern, die Volksfrontpolitik – speziell die Deutsche Volksfront – und den Spanischen Bürgerkrieg bis hin zum Stalin-Hitler-Pakt, der offiziellen Freundschaft zwischen Hitlerdeutschland und der Stalinschen Sowjetunion und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs reicht.

Der „Fall Münzenberg“ lässt sich chronologisch in zwei Abschnitte aufteilen, deren erster seinen Austritt bzw. Ausschluss aus der KPD im März 1939 einschließt. Er umfasst die Demontage des Pariser Volksfrontausschusses im Jahre 1937 durch Ulbricht mit Hilfe von – so die Anklage Münzenbergs – Polizeispitzeln und politisch dubiosen Elementen gegen honorable und wertvolle KPD-Genossen. Den zweiten Abschnitt bilden die laufend verzögerten, sich bis in den Sommer des Jahres 1939 hinziehenden Untersuchungen der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zum „Fall Münzenberg“. Wie es die Dimitrov-Tagebücher enthüllten, wurde sein in Moskau bereits besiegeltes Schicksal nur noch pro forma verhandelt. Über ihn war bereits das Todesurteil gesprochen, spätestens im November 1937, als Stalin Dimitrov

306 Siehe zuletzt Langkau-Alex, Deutsche Volksfront.

aufforderte, ihn nach Moskau „zu locken“, um ihn unverzüglich verhaften zu lassen. Eine Einladung, der Münzenberg wohlweislich nicht nachkam.

Aufgrund eines schroffen Briefes von Dimitrov wies Münzenberg in einer zornigen telegraphischen Antwort auf sein Lebenswerk in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung hin (Dok. 425) („einzige Richtschnur Politik seit 1914 unwandelbare Treue Gruppe Lenin Stalin und gerade letzte Zeit an entscheidenden Stellen gewirkt stop mein einziger Stolz und Kraft gegen Jahrzehnte Hetze in und ausserhalb Partei restloses Vertrauen dortiger Freunde stop“). Für den Fall, dass Dimitrov jedoch seine Vorwürfe aufrechterhalten sollte, kündigte er die weitere Zusammenarbeit auf. Zu diesem Zeitpunkt hatte er wohl aufgrund der Nachrichten aus Moskau, seine Entscheidung, nicht zu fahren, längst getroffen.

Die Marginalisierung und Verdrängung des Meisters der antifaschistischen Massenpropaganda betraf zunächst die Demontage des weitgehend auf seine persönliche Initiative entstandenen Pariser Volksfrontausschusses. Sie vollzog sich vor dem Hintergrund der neuen nationalen Versöhnungsrhetorik der KPD und der „Politik des Trojanischen Pferdes“, einer schleichenden „volksdemokratischen“ Wandlung der KPD und schließlich der Kontrolle und Zerschlagung der internationalen antifaschistischen, antikolonialen und kulturellen Peripherorganisationen von innen heraus, durch die Komintern bzw. die KPD selbst. Im Frühjahr 1938 kolportierte die sozialdemokratische und linkskommunistische Presse eine Meldung, der zufolge Münzenberg dem Schweizer Arzt und Menschenrechtsaktivisten Brupbacher gegenüber im März d. J. nicht nur seine Kritik an den Moskauer Prozessen, sondern auch bedeutsame Veränderungen über seine formelle Zugehörigkeit weitergegeben habe, was auf einen Bruch mit der Komintern hinauslief.[307] Daraufhin wandte sich Ulbricht mit diesen Informationen an die Komintern, um den Ausschluss perfekt zu machen.

Nationalistische Versöhnungsrhetorik der KPD und „Politik des Trojanischen Pferdes“

In der Zwischenzeit wurde auf Betreiben der Komintern die Stoßrichtung der Einheits- und Volksfrontpolitik in Richtung auf die „Einheit und Versöhnung des Volkes“, d. h. auf die Gemeinsamkeit mit den „nationalsozialistischen Massen“ verstärkt.[308] In der Folge des Nürnberger Parteitages der NSDAP, nach vierjähriger NS-Herrschaft, ging es der KPD nicht mehr in erster Linie um den Kampf gegen Hitler, sondern um eine breite Bewegung auf dem Boden der NS-Massenorganisationen zur Versöhnung des Volkes und der Erhaltung des Friedens. Die Orientierung der KPD auf die nationalistischen, nationalsozialistischen oder faschistischen Massenbewegungen kulminierte

307 „Contre-procès en Suisse. Münzenberg, homme d’affaire de Staline, avoue les faux des Procès de Moscou.“ In: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 253–255.
308 Auf der Sitzung des KPD-Politbüros vom 23.4.1936.

zu Beginn des Jahre 1936 im sog. „Versöhnungsaufruf" an die NS-„Volksgenossen", den Ulbricht als Reaktion auf den Nürnberger Parteitag verfasst hatte.[309] In der Propaganda trat das NS-System als Hauptfeind zurück, der Kampf der KPD richtete sich fortan „gegen die 3.000 Millionäre" (Dok. 402 u. a.). Es erfolgte nun die Umsetzung der Moskauer Instruktionen vom März 1936, nachdem das Kominternsekretariat große Mängel in der Kaderpolitik der KPD, „ungenügende Wachsamkeit gegenüber feindlichen Elementen" sowie Sektierertum festgestellt und das Eindringen in die nazistischen Massenorganisationen als zentrale Aufgabe festgelegt hatte. Nur solche Verantwortlichen sollten fortan die neuen Leitungen im Land bilden, die „von der Notwendigkeit einer solchen Arbeitsmethode [überzeugt] und fähig sind, legale Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen zu erzielen." (Dok. 380). Im hierzu verabschiedeten Dokument wurde weder der durch die Unterdrückungspolitik des Nationalsozialismus, noch den antifaschistischen Widerstand, noch der durch die Verhaftungen, Konzentrationslager und Erschießungen von KPD-Mitgliedern und Funktionären erfolgte Aderlass der Partei thematisiert.

Pieck monierte im April im Präsidium des EKKI, man habe sich bisher zu sehr auf die innere Situation des sich festigenden Regimes, den Terror etc. konzentriert und zu wenig auf die Außenpolitik und die Kriegsvorbereitungen (Dok. 381). Auch diesbezüglich erfolgte nun eine Umstellung der Linie und zunehmend trat die außenpolitische Linie Hitlers in den Fokus. Angesichts dieses Kurswechsels, der mehr einer Inszenierung glich, ging es nur noch vordergründig um die Volksfront, tatsächlich jedoch um die Grundausrichtung und den Widerstand der KPD und ihr Verhältnis zum Hitlerregime. Funktionen und Ausrichtungen Kommunistischer Parteien in autoritären bzw. totalitären Regimen wurden neu bestimmt. Neben dem von Ulbricht verfassten

---

309 In diesem Appell wird der Kampf gegen Hitler und das NS-Regime nicht mehr verbalisiert. Stattdessen konnte man bsw. lesen: „Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz ist und nicht der Egoismus von 3.000 Millionären. Du, Nationalsozialist, Du, Sozialdemokrat, Du, Katholik, Du, Kommunist, Du, Arbeiter, Du, Bauer, Du, Handwerker, Du, Wissenschaftler – haben wir alle, Söhne des deutschen Volkes, nicht die gleiche Sehnsucht, nach einem Leben in Friede, Freude und Wohlstand? Haben wir heute nicht alle die gleichen Nöte? Schliessen wir treue Kameradschaft zur Verteidigung unserer Lebensinteressen und des Friedens, zur Verteidigung Deutschlands gegen die raffende Oberschicht von 3.000 Millionären!" (Walter Ulbricht: „Für die Versöhnung des deutschen Volkes". In: Deutsche Volkszeitung (18.10.1936). Prag); Siehe dazu Jörn Schütrumpf: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen. In: Utopie kreativ (1996). H. 71. S. 28–42 (enthält: Walter Ulbricht: Für die Versöhnung des deutschen Volkes. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: Für Deutschland, für unser Volk. Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD. Berlin Oktober 1936 (sic)). Wohlweislich wurden diese Texte in der Ausgabe der Schriften Walter Ulbrichts nicht aufgenommen, siehe Walter Ulbricht: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Berlin: Dietz 1979; Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 1: 1918–1933. Berlin: Dietz 1953; Bd. 2: 1933–1946. Zusatzbd. Berlin: Dietz 1966; Bd. 2, 2. Zusatzbd. Berlin: Dietz 1968 (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung/ Autorenkollektiv Walter Ulbricht, Horst Bartel, Lothar Berthold u. a.).

Aufruf des ZK der KPD zur „Versöhnung des deutschen Volkes" betraf dies die Aufforderung an die KPD-Mitglieder, statt des Kampfes für unabhängige Gewerkschaften, der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF) beizutreten. Die sprachliche Annäherung an die Nationalsozialisten und die Wendung zu den NS-Massenorganisationen waren nicht nur politisch bedenklich, sondern auch, wie in einem Stimmungsbericht aus dem Reich geschildert wurde, durchweg unglaubwürdig. Stimmen aus dem Land besagten, dass die KPD-Mitglieder „bis zuletzt die Parolen der Partei befolgt und (…) nicht in die faschistischen Organisationen gegangen [seien], während die anderen schon lange drin waren." (Dok. 433).

Während in Spanien Republikaner und Internationale Brigaden erstmals seit ihrer Gründung als eine ‚bewaffnete Komintern' gegen Franco und die Falange, die spanische Form des Faschismus, kämpften, gab mithin eben diese Komintern der KPD das Ziel einer „Versöhnung des deutschen Volkes" vor. Die Hypothese, nach der Moskau seine Annäherungsversuche an Hitler-Deutschland mit einer entsprechenden *Komintern*-Politik zu flankieren suchte, scheint hier nicht völlig aus der Luft gegriffen zu sein. Wie es Materialen zur deutschen Frage, die vom zuständigen Sekretär Togliatti für seine Kollegen, wie den für die Verbindungen zum NKVD zuständigen Moskvin, zusammengestellt wurden, nahelegen, ging es nicht mehr nur um das NS-Regime, sondern um die Entfaltung einer breiten Bewegung innerhalb der NS-Strukturen, um eine Verlagerung der Aktionsfelder kommunistischer Politik in die faschistischen Massenorganisationen zur „Versöhnung des deutschen Volkes" und der Erhaltung des Friedens gegen die „3.000 Millionäre". Gerade die Linie des „Trojanischen Pferdes" wurde ab Mitte 1936 verstärkt propagiert (Dok 383).[310] Nicht aufgrund einer Einzelinitiative Ulbrichts, sondern qua Beschluss der Komintern wurde Mitte Oktober 1936 ein (maßgeblich von Ulbricht verfasster) Aufruf der Auslandsleitung der KPD mit der neuen Versöhnungsbotschaft aus der stalinistischen Hexenküche veröffentlicht.[311] Die „Volksgenossen" (sic) wurden hierin zur „Ordnung und Sauberkeit in diesem Lande" und zur „*Versöhnung des Volkes* gegen die Macht der dreitausend Millionäre, gegen die Herrschaft der oberen Zehntausend!" aufgerufen.

Anfang 1937 versuchte die Kominternführung dann wieder, ein Stück zurückzurudern, nicht zuletzt aufgrund der Opposition aus der KPD. Das EKKI-Sekretariat warnte nun davor, „die Versöhnung des deutschen Volkes" als „Versöhnung mit der Nazi-Partei" zu verstehen.[312] Pieck kritisierte den Versöhnungsaufruf scharf, in dem „kein Wort vom Kampf gegen Hitler" stünde (Dok. 403D). Dass es sich jedoch nicht um eine Eintagsfliege handelte, zeigt das italienische Beispiel. In Deutschland gip-

310 Walter Ulbricht: „Die Taktik des trojanischen Pferdes". In: Die Internationale (1936). Nr. 6/7. S. 31–36.

311 „Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre!" In: Deutsche Volks-Zeitung (18.10.1936). Nr. 31; Siehe auch Schütrumpf, Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen; Vgl. Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, III, S. 155–163.

312 Komolova, Komintern protiv fascisma, S. 438–444.

felte die laut Münzenberg „verbrecherische“ Politik Ulbrichts in einer Erklärung des ZK vom Sommer 1937 darin, jeden aus der Partei zu entfernen, der Informationen über militärische Geschehnisse in Deutschland verbreite, da dies Hitler die Möglichkeit gebe, die KPD als antinational darzustellen.[313] Ulbricht habe überhaupt „durch offene Denunziationen versucht, eingeleitete Arbeiten zur Schwächung der Kriegsmaschine und der Wiederaufrüstung Hitlers zu durchkreuzen.“

Statt antifaschistischer Volksfront: Versöhnung mit den nationalsozialistischen Massen

In dem Maße, in dem die KPD in das Fadenkreuz des Terrors geriet, ließ sich auch Dimitrov nicht mehr von den Pieckschen Beschwichtigungen abspeisen. Am Beispiel Togliattis wird deutlich, dass auch seitens der Kominternführung die „Versöhnungspolitik“ gegen die „3.000 Millionäre“ auf Widerstand stieß (Dok. 403C). Dass Ulbricht sich damit nicht vollständig durchsetzen konnte, änderte nichts an einer grundsätzlichen Verlagerung der Taktik in die NS-Organisationen in Deutschland. Ein aus globaler Sicht klares Zeichen für Diversifikation und „Nationalisierung“ seitens der Komintern war die Übernahme unterschiedlicher und von der Volksfront abweichender Taktiken für faschistische, korporatistische und demokratische Systeme. Die Volksfront war kein normatives und universell gültiges Schema, für totalitäre und autoritäre Staaten wurde sie sogar als ungeeignet eingeschätzt, in denen ein Bündnis mit Sozialisten und Liberalen unattraktiv schien. Deshalb rieten Togliatti und Ulbricht zu einer speziellen Form der Einbeziehung der Faschisten.

Das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das autoritäre, korporatistische Portugal veranschaulichten die Archetypen einer solchen nationalen „Adaption“ der internationalen kommunistischen Bewegung. Bereits im Februar 1937 kam laut Dimitrov eine antifaschistische Volksfront für die deutschen Kommunisten nicht mehr in Frage (Dok. 403E). Insofern führte die Übernahme der Volksfronttaktik für Deutschland, Italien, Portugal und andere Länder über die Linie des „Trojanischen Pferdes“.[314] Während 1933, nach Hitlers Machtübernahme, dies seitens der Kominternführung noch als Notwendigkeit eines „maximalen Eindringen[s] revolutionärer Arbeiter in die legalen Massenorganisationen“ im Namen einer bevorstehenden proletarischen Revolution definiert worden war (Dok. 316), markierten die späteren Veränderungen eine weitergehende Modifizierung. Im Namen der sozialen Gerechtigkeit, der Eindämmung der unmittelbaren Kriegsgefahr (bei erstmaliger Anerkennung des Prinzips der nationalen Verteidigung) und der

313 Willi Münzenberg: Auszüge aus dem Brief an das Sekretariat der Kommunistischen Internationale z. Hd. des Genossen Dimitroff, 30.8.1938. Streng vertraulich RGASPI, Moskau 495/205/7000(3), 179. Münzenberg zufolge wurde dieser „verbrecherische Kurs (...) glücklicherweise liquidiert“.
314 Ulbricht, Die Taktik des trojanischen Pferdes, S. 31–36.

„Einheit und Versöhnung der Völker" wurde intendiert, eine gemeinsame Basis nach volksdemokratischen Vorstellungen mit den „nationalsozialistischen Massen" zu finden. Dieser Pfad der Nationalisierung bedeutete einen schweren Schlag gegen den Antifaschismus, wie bereits 1931 das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung" der KPD oder das Konzept einer „Volksrevolution" (1932) unter der Führung Thälmanns.

Was in Deutschland gemäß der neuen Taktik die „nationalsozialistischen Massen" und die „Söhne des deutschen Volkes" waren, stellten in Italien die „Brüder in den schwarzen Hemden" (italienisch: „Fratelli in camicia nera") dar, die in nationalistischen Sprachpirouetten zum gemeinsamen Kampf mit den italienischen Kommunisten zur Verwirklichung des faschistischen Programms von 1919 aufgerufen wurden (!).[315]

In der Forschung wurde bisher zu wenig beachtet, dass es sich nicht um spezifisch nationale Narrative als Sonderwege, sondern um eine allgemeine transnationale Taktik handelte, die der nationalistischen Anpassung als einer Art Synchronisierung zwischen der Komintern und der sowjetischen Realpolitik dienen sollte (selbst wenn diese von den unteren kommunistischen Kadern und Mitgliedern nur teilweise oder überhaupt nicht akzeptiert wurde). Eine Harmonisierung mit nationalen Strukturen beinhaltete des Weiteren die definitive Abkehr von unabhängigen (illegalen) Gewerkschaften, wie es noch 1933 von der KPD gefordert wurde (siehe Dok. 324). Im portugiesischen Fall sollten die Kommunisten unter den Bedingungen der Diktatur Salazars in den sog. nationalen Syndikaten, den korporatistischen Staatsgewerkschaften (*Sindicatos Nacionais*) für die Wahl „ehrenhafter Führungen" (portugiesisch: *direcções honradas)* kämpfen, die die Interessen der Arbeiter „auf ehrliche Weise" vertraten.[316] Noch deutlicher hatte sich nach der italienischen Annexion Abessiniens die KP Italiens im August 1936 dazu bereit erklärt, „Hand in Hand mit allen Faschisten" zu marschieren, „welchen Rang sie auch in der Hierarchie der Partei und des Staates einnehmen". Die konkretere Umsetzung des deutschen Parallelmodells scheint am Versagen

315 „Appello ai fratelli in camicia nera", August 1936. „Kämpfen wir für die Verwirklichung dieses Programms (...) Faschisten der alten Schule! Jugendliche Faschisten! Wir erklären hiermit, daß wir dazu bereit sind, mit Euch gemeinsam zu kämpfen (...)." „I comunisti fanno proprio il programma fascista del 1919, che è un programma di pace, di libertà, di difesa degli interessi dei lavoratori (...). Lottiamo uniti per la realizzazione di questo programma (...) Fascisti della vecchia guardi! Giovani fascisti! Noi proclamiamo che siamo disposti a combattere assieme a voi.", http://www.alessandracolla.net/?p=105> (15.7.2013). Siehe auch Pietro Neglie: Fratelli in camicia nera. Comunisti e fascisti dal corporativismo alla CGIL. 1928–1948. Bologna: Il Mulino 1996. S. 256.

316 Zum analogen portugiesischen Fall siehe Bernhard H. Bayerlein: O Movimento Sindical em Portugal 1920–1974. Uma tentativa de sistematização dos seus condicionamentos. Working-Paper, IIIrd International Meeting on Modern Portugal. Conference Group on Modern Portugal. University of New Hampshire: Durham N. H. 1984; Bernhard H. Bayerlein, Marcel van der Linden: Revolutionary Syndicalism in Portugal. In: Revolutionary Syndicalism. An International Perspective. Hrsg. v. Marcel van der Linden u. Wayne Thorpe. Aldershot [u. a.]: Scolar Press [u. a.] 1990. S. 155–166; Vgl. Fátima Patriarca: Sindicatos contra Salazar, 1930–1947. Lisboa: Imprensa de Ciências Sociais 2000.

einer Inlandsleitung und nicht zuletzt an der Resistenz der noch verbliebenen aktiven KPD-Mitglieder gescheitert zu sein, was jedoch von der Widerstandsforschung empirisch aufzuarbeiten wäre.

Die national gewendeten Inhalte fanden ihr Pendant in der Implementierung einer Reihe neuer organisatorischer und regulatorischer Grundsätze durch eine Restrukturierung der Komintern. So wurden die Ländersekretariate, die bisher als relativ autonome Think-tanks gearbeitet hatten, liquidiert und durch die unmittelbar einem EKKI-Sekretär unterstehenden sog. „Personalsekretariate“ ersetzt. Dies bedeutete zugleich das Ende einer seit über zehn Jahren bestehenden, regional bzw. geographisch orientierten Kominternstruktur und die definitive Durchsetzung des Prinzips „persönlicher Herrschaft“.

Die „Ulbricht-Verschwörung“: Demontage der „Deutschen Volksfront“ und Ausgreifen nach rechts

Die Politik des „Trojanischen Pferdes“, die bisher in der Forschung nicht entsprechend ihrer Bedeutung aufgearbeitet wurde, erfolgte in etwa zeitgleich mit der Lahmlegung des Ausschusses der deutschen Volksfront in Paris und der bürokratischen Zerschlagung des „Münzenberg-Imperiums“ vor allem da, wo es der Komintern nicht gelang, die personellen und institutionellen Netzwerke unter ihre Kontrolle zu bringen. Ulbrichts Interventionen im Pariser Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront sind in der Forschung weitgehend aufgearbeitet.[317] Sie führten dazu, dass der bisher hoffnungsvollste Ansatz einer Volksfront im Exil, der u. a. von Heinrich Mann und zentralen Persönlichkeiten der SPD unterstützt wurde, im Sommer/Herbst 1937 auseinanderbrach. Als Stalins Handlanger in Deutschland hatte Ulbricht gegen Münzenberg die Führung an sich gerissen.[318] In den hier erstmals dem deutschen Leser vorgelegten Dokumenten über diese bisher in der Forschung kaum wahrgenommene „Ulbricht-Verschwörung“ aus den Jahren 1936 bis 1938 ging es Münzenberg, der sich damit fatalerweise noch vertrauensvoll an Stalin und Dimitrov wandte, darum den de facto neuen Generalsekretär der KPD eines verschwörerischen Komplotts von der Spitze aus zu überführen, genauso wie der Aufgabe des Antifaschismus in Theorie und Praxis. Zu Ulbrichts Helfern zählten neben dem stellvertretenden Chefredakteur

---

317 Grundlegend dazu Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, II; Neuerdings Dirk Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht. Das Scheitern der Volksfront, Briefwechsel und Materialien. München: Wilhelm Fink 2012.

318 Bei Langkau-Alex wird die Charakterisierung Ulbrichts als „deutscher Stalin“ abgelehnt: „Bis zum Beweis des Gegenteils bezweifle ich jedoch, dass Ulbricht damals ein spezieller ‚Vertrauter' Stalins war, wie eine Reihe von Forschern meint, mindestens suggeriert. Wohl aber erscheint er, im Rahmen des als Exilant machtpolitisch außerordentlich beschränkten, vom EKKI und der IKK und wohl auch vom NKWD überwachten Möglichkeiten, Stalin adäquat.“ (Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, II, S. 349).

der Pariser Tagezeitung, Kurt Caro,[319] und dem österreichischen Schriftsteller Bruno Frei[320] auch Franz Dahlem, Paul Merker und Herbert Wehner als Mitglieder der Parteiführung.

Die angenommene „Verschwörung", zu der Münzenberg eine Vielzahl von Indizien lieferte und dabei mit politisch-kriminalistischem Gespür versuchte, das gegen ihn gestrickte personelle Netzwerk zu rekonstruieren, wurde bisher empirisch nicht aufgearbeitet. Ähnlich dem „Thälmann-Skandal" aus dem Jahre 1928 stellt er gleichwohl ein entscheidendes Kapitel der Parteigeschichte, ja einen weiteren Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus dar. Trotz sensationell anmutender Beweisführung gegen konkrete Personen blieb die Hauptmotivation eine politische: Münzenberg, der auch Rudolf Breitscheid für den Volksfrontausschuss gewonnen hatte, sammelte Belege dafür, dass die KPD von der Grundidee einer Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, als einzig realistischer Perspektive gegen Hitler, abgegangen war. Die Angriffe Ulbrichts erweisen sich tatsächlich als frontale Attacke gegen das Münzenbergsche Idearium eines gemeinsamen Vorgehens mit den Sozialdemokraten als Keimzelle einer künftigen Einheitsfront und weiterer, daraus erwachsenden Bündnisperspektiven.

Bereits seit Anfang 1936 hatte die operative Leitung des Politbüros der KPD unter Federführung Ulbrichts das Pariser Volksfrontabkommen als verfrüht und inkorrekt kritisiert, u. a. mit der Begründung, dass das Zentrum als dritte „der in Deutschland tätigen Organisationen" nicht in ihr vertreten sei.[321] Münzenberg attackierte Ulbricht umso schärfer, als dieser nach durchaus verheißungsvollen Anfänge im Rahmen des Pariser Volksfrontausschusses versuchte, mit Hilfe der sog. „Freundeskreise der deutschen Volksfont" eine politisch von ihm kontrollierte Organisation aufzubauen, besetzt mit eigenen „politisch und in jeder Beziehung ungeeignetsten" Leuten (Dok. 442A). Dass dabei Unsicherheiten über die sowjetische Außenpolitik die Vertrauensbasis innerhalb der Volksfront schwächten, geht aus Äußerungen des Chefredakteurs der *Pariser Tageszeitung*, Georg Bernhard, hervor (siehe Dok. 446). Ulbricht arbeitete seinerseits mit spektakulären „Enthüllungen", um Münzenberg mit dem Trotzkismus-Vorwurf zu überziehen. Der innerparteiliche Kampf endete mit der de-facto Auflö-

319 Kurt Cuno, „wichtigste prägende Persönlichkeit" des Pariser Tageblatts/der Pariser Tageszeitung (L. Maas), war bereits maßgeblich an der Intrige beteiligt, die zum Rücktritt Wladimir Poljakows, dem ersten Besitzer der Zeitung, führte.

320 Der antifaschistische Autor und Journalist Bruno Frei, ursprünglicher Name: Benedikt Freistadt, („Die Männer von Vernet" (1944), „Carl von Ossietzki" (1966)) war unter Münzenberg Herausgeber der „Welt am Morgen" und Anhänger bzw. Bewunderer Stalins. Noch in den siebziger Jahren wurde – besonders von anarchistischer Seite – der diffamierende Charakter zahlreicher Äußerungen bzw. Schriften Freis öffentlich kritisiert; Siehe Hans-Peter Duerr, Augustin Souchy: Stalinismus und Anarchismus in der spanischen Revolution oder Bruno Frei und die Methode der Denunziation. Berlin: Karin Kramer Verlag 1973.

321 Klaus Kinner, Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. II: Gegen Faschismus und Krieg, 1933 bis 1939. Berlin: Dietz 2005 (Geschichte des Kommunimus und Linkssozialismus. 5). S. 191f.

sung der deutschen Volksfront und dem Ausschluss Münzenbergs nach einer eigentlich im Sande verlaufenen „Untersuchung“ seines „Falles“ durch die Internationale Kontrollkommission der Komintern.

Den zweiten Abschnitt der „Münzenberg-Saga“ bilden die sich bis in den Sommer des Jahres 1939 hinziehenden Untersuchungen der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über den „Fall Münzenberg“. In einem Beschluss vom 5. Juli 1939, der als letztes Dokument das hier veröffentlichte „Münzenberg-Dossier“ abschließt, wurde Ulbricht von den Vorwürfen reingewaschen. Nur wenige Monate, bevor Stalin im August 1939 tatsächlich gemeinsame Sache mit Hitler machte, wurden dessen Vorstöße mit dem formellen Ausschluss Münzenbergs aus der KPD von Erfolg gekrönt. Nach den Enthüllungen der Dimitrov-Tagebücher war sein Schicksal bereits besiegelt, die Verhandlungen nur noch eine Formalie. Über Münzenberg war das Todesurteil gesprochen – spätestens im November 1937, als Stalin Dimitrov aufforderte, ihn nach Moskau „zu locken“, um ihn unverzüglich verhaften zu lassen. Einer „Einladung“, der er wohlweislich nicht nachkam.

Die neu erschlossenen Dokumente gestatten es, das von Hermann Weber für die 1920er Jahre exemplifizierte Stalinisierungskonzept als fortlaufenden Prozess auch auf die 1930er Jahre anzuwenden. Vor allem lässt sich die innere Zersetzung der antifaschistischen Kräftezentren der Komintern und ihrer internationalen Netzwerke, besonders des „Münzenberg-Imperiums“, im Schatten der Volksfront genauer nachvollziehen. Die Volksfront sollte dabei, wie es neuerdings auch Recherchen russischer Historiker nahelegen, der von den linken oppositionellen Strömungen kommunistischer oder linkssozialistischer Prägung ausgehenden Kontaminationsgefahr entgegenwirken.[322] Auch die bereits von Alexander Nekrich formulierte These, es könnte sich bei der Volksfrontpolitik um eine Art Rückzugsposition oder einen „Plan B“ des Diktators für den Fall einer gegen die Sowjetunion gerichteten außenpolitischen Wende NS-Deutschlands gehandelt haben, – die nationalsozialistische Ideologie und Praxis selbst beunruhigte Stalin weniger – wird nun empirisch gestützt.[323]

Terror und antifaschistischer Leitdiskurs verdeckten dabei, dass die Volksfrontkonzeption gleichzeitig grundlegend modifiziert wurde. Spätestens seit 1937 wurde sie mit dem Konzept der „Volksdemokratie“ als neuem strategischen Ordnungsrahmen verbunden, der im Spanischen Bürgerkrieg erprobt wurde und grundsätzlich gegen eine offensive Verknüpfung von Krieg und Revolution gerichtet war. Besonders die Hitlerregierung sowie die Mitglieder des Londoner Nicht-Interventionskomitees dürften diese Wandlung mit großem Interesse verfolgt haben. Während Stalin insgeheim weiter seine Fühler nach Deutschland ausstreckte[324] und die wichtigsten Generäle der Roten Armee – zumeist wegen angeblicher Konspiration mit Deutschland (!) – exekutieren ließ, dazu 70 % der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion

322 Šubin, Mir na kraju bezdny, S. 209f.
323 Heller, Nekrich, Utopia in Power, S. 254ff. u. a.
324 Besymenski, Hitler und Stalin, S. 99f.

umkamen und deutsche Arbeiter, Spezialisten und Russlanddeutsche deportiert sowie gefangene Antifaschisten der Gestapo übergeben wurden,[325] stufte Dimitrov als Generalsekretär der Komintern die „Volksfront als eine für Deutschland ungeeignete Form" ein (Dok. 409).[326]

Spanischer Bürgerkrieg und Internationale Brigaden: Befreiungsmoment vom stalinistischen Terror

Mit dem Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs ergaben sich für die Kreml-Führung Entwicklungen, die nicht mehr völlig planbar waren. Neue Handlungszwänge entstanden, da die negative Balancepolitik der Sowjetunion und vor allem die Annäherung an Deutschland durch die Konfrontation und nicht zuletzt die aufkeimende soziale Revolution in Spanien gefährdet waren. Es ist kaum verwunderlich, dass sich die Sowjetunion trotz ihres späteren Engagements in der entscheidenden ersten Phase des Bürgerkriegs keineswegs konsequent antifaschistisch, sondern eher defensiv verhielt und sich als Mitglied des Londoner Komitees der beschämenden Nicht-Interventionspolitik der westlichen Demokratien, Frankreichs und Großbritanniens, anschloss. Erst nach einem Politbürobeschluss vom 29. September 1936, in dem die Bereitstellung von Waffen und Personal für Spanien gebilligt wurde, erfolgten auf Beschluss des EKKI neben Material- und Waffenlieferungen die Entsendung von Freiwilligen nach Spanien und am 10. Oktober 1936 die Vorlage eines operativen Gesamtplans durch André Marty, woraus später, nach Verhandlungen mit der spanischen Regierung Largo Caballero, die Bildung der „Internationalen Brigaden" hervorging.[327]

Einträge in den Dimitrov-Tagebüchern lassen den Schluss zu, dass Stalin entweder zentrale Einwände gegen den Spanieneinsatz hatte oder ihn verkleinern und rasch wieder beenden wollte.[328] Die bisher weitgehendste antifaschistische Intervention, die von der bisherigen eher zurückhaltenden Politik abwich, – die ersten Waffen gelangten (erst) Mitte Oktober 1936 nach Spanien – war nicht zuletzt auf den innerparteilichen Druck in der mittleren und oberen Führungsebene der VKP(b) und der

325 Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo, S. 25–53; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. Münster: Lit verlag 1996 (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas. 3). S. 126f.

326 Exemplarisch für den antideutschen und gegen deutsche Kommunisten gerichteten Terror war der „Operative NKVD-Befehl Nr. 00439" über sog. Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion (Dok. 418), abgedruckt in Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror: Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn: Schöningh 1998. S. 165f.

327 Zur Geschichte der Internationalen Brigaden unter Heranziehung neuer Moskauer und spanischer Dokumente siehe Rémi Skoutelsky: 'Espoir guidait leurs pas. Les volontaire français dans les Brigades internationales. Préface d'Antoine Prost. Paris: Grasset 1998; Broué, Histoire de l'Internationale Communiste, S. 674–706.

328 Dimitroff, Tagebücher, S. 144, 154 u. a.

Komintern – etwa auch von Radek – zurückzuführen. Fast gleichzeitig mit der Intervention in Spanien fasste das sowjetische Politbüro den Beschluss, den in Hamburg zum Tode verurteilten Kommunisten Etgar André gegen in der UdSSR inhaftierte Deutsche auszutauschen. Dabei handelte es sich um den ersten und einzigen in den Archiven bisher nachweisbaren Beschluss des obersten Gremiums der Sowjetunion zum Schicksal eines inhaftierten KPD-Mitglieds seit dem Machtantritt Hitlers, der zugleich Fragen aufwirft, weil er nicht in das Schema der strikten Nichteinmischung passte (Politbüro VKP(b), 21.8.1936).[329]

Einige der Dokumente beleuchten den angedeutete Aspekt des Kampfes in Spanien als einen Gegensatz zum stalinschen Terror. Hierfür stehen die Emigranten, die sich durch die Abreise nach Spanien und ihre Inkorporierung in die Internationalen Brigaden den NKVD-Schergen, vor allem in der Sowjetunion, entziehen konnten.[330]

Im Oktober 1936 wurde die Schwächung der antifaschistischen Volksfront von innen heraus fortgesetzt. Im Auftrag der Komintern wurde damit begonnen, das von Willi Münzenberg errichtete antifaschistische Netzwerk der *Internationalen Arbeiterhilfe*, vor allem die antifaschistischen, antikolonialistischen und kulturellen Netzwerke, Massenorganisationen, Komitees und Exilverlage von innen heraus zu zersetzen und aufzulösen.

In der Deutschlandpolitik wiederholten sich im Moskauer Politbüro 1936 die Entwicklungen des Vorjahres. Erneut wurden die Vorschläge von Litvinov und Suric, die Sowjetunion solle die wirtschaftlichen Beziehungen mit Hitler-Deutschland einschränken, gegen die antisowjetische Hetze des Nürnberger NSDAP-Parteitags protestieren und in der Presse „mit regelmäßiger Konterpropaganda gegen den deutschen Faschismus“ beginnen, abgeschmettert.[331] Auch Hinweise Litvinovs, dass eine „starke Antwort die Zustimmung in einer Reihe von Staaten hervorrufen würde“, blieben unbeachtet.[332] Tatsächlich hätte ein solcher Schritt – so der russische Journalist und Historiker Besymenskij – „Stalins Schachzüge durchkreuzt.“ In diese Kontinuität

---

329 Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R.: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf: Droste 1994. S. 517; Möglicherweise gab es einen Bezug zu den von Botschafter Werner von der Schulenburg im Herbst 1936 geführten inoffiziellen Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Austausch des deutschen Ingenieurs Stickling. Im Falle Andrés soll trotz einer internationalen Kampagne zu seiner Freilassung Hitler persönlich auf die Vollstreckung des Todesurteils gedrängt haben. Die Hinrichtung erfolgte am 4.11.1936 in Hamburg.

330 Siehe entsprechende Hinweise im Memorandum von Dietrich (Paul Jäkel): „Bald wird kein KPD-Mitglied in Moskau übrigbleiben (...)“ (Dok. 439); Siehe auch Anne Hartmann: Traum und Trauma Sowjetunion. Deutsche Autoren über ihr Leben im sowjetischen Exil. In: Traum und Trauma. Russen und Deutsche im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Dagmar Herrmann und Astrid Volpert. München: Wilhelm Fink 2003. S. 143–200.

331 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341f.

332 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341; Besymenski, Stalin und Hitler, S. 78.

passt, dass nur vier Tage später Litvinov wegen seiner Vorschläge im Völkerbund zur Verteidigung Äthiopiens zusammengestaucht wurde. Er habe – so Stalin – entgegen der Instruktionen „für den Kampf um die Mandate der Delegierten des faktisch nicht existenten abessinischen Staates" Partei ergriffen.[333]

So kam es, dass, noch während deutsche Bomben auf Madrid fielen, das sowjetische Politbüro eine Einladung für ein Treffen am 14. Dezember 1936 von Botschafter Suric mit Luftwaffenminister Göring annahm. Letzterer soll sich bei dieser Gelegenheit damit gebrüstet haben, seit der Machtergreifung auf jegliche Angriffe auf die UdSSR und „ihre Führer" verzichtet zu haben. Dabei habe er auf die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland unter Bismarck verwiesen. Es sei gerade der Fehler Wilhelms II. gewesen, von diesem Vermächtnis abgerückt zu sein.[334] Nur einige Tage später, am 21. Dezember 1936, wandte sich Stalin demonstrativ an den spanischen sozialistischen Regierungschef Largo Caballero mit dem „Ratschlag", die revolutionären Umwälzungen der Besitzverhältnisse in Spanien zu beenden, da dies den Sieg der republikanischen Seite gefährden könnte.[335] Nicht nur die Position der Internationalen Brigaden wurde dadurch erschwert. Die ohnehin eher als ein – wenn auch starkes – Symbol für den „Solidaritätsbeitrag der internationalen Demokratie" konzipierten Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg konnten diesen Sieg nicht erbringen. In der Komintern galt bezeichnenderweise die Sprachregelung, dass es nicht Aufgabe der Brigaden sei, den Sieg zu erkämpfen.[336]

Volksfront ungeeignet für Deutschland: Ursprünge der Volksdemokratie als ‚Demokratie neuen Typs'

Die Briefe Münzenbergs dokumentieren ein konzeptionell grundsätzlich unterschiedliches Verständnis des Inhalts der Volksfrontpolitik seitens der beiden zentralen Protagonisten. Münzenbergs Konzept entsprach nicht der Kominterndefinition einer Ausdehnung des Bündnisses auf liberal-bürgerliche Kreise und Parteien, ihm war vielmehr das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten (die „Einheitsfront", wie er sie selbst nannte) als Lehre aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung vorrangig. Die (breitere) Volksfront stellte in diesem Konzept ein der Einheitsachse nachgeordnetes Ziel im Rahmen einer globalen und wirkungsvollen antifaschistischen Strategie unter Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter dar. Ulbrichts Angriffe gegen Münzenberg speisten sich hingegen aus einer nach der offi-

333 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 341; Dazu auch Chlevnjuk, Stalin i Kaganovič, S. 682.
334 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 346f.
335 Broué, Histoire de l'Internationale, S. 870.
336 Entsprechend wurde es in einem in Moskau vorgelegten Memorandum von „Raymond" (d. i. Raymond Guyot) vom 21.12.1936 über die spanischen Fragen formuliert; RGASPI, Moskau, 495/20/270, 147–159.

ziellen Lesart zu engen und damit falschen Vorstellung der Volksfront im Rahmen des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gegen den Nationalsozialismus. So hatte bereits Anfang 1936 die operative Leitung des Politbüros der KPD unter Federführung Ulbrichts das Pariser Volksfrontabkommen als verfrüht und unkorrekt kritisiert, u. a. weil das katholische Zentrum als dritte „der in Deutschland tätigen Organisationen" nicht vertreten gewesen sei.[337] Münzenberg war der Auffassung, dass Ulbricht die Taktik in der Einheits- und Volksfront vollständig geändert und damit die früher erzielten Erfolge zerschlagen habe. In seinen Briefen an Stalin und Dimitrov führte er Beispiele aus der Parteipraxis dafür an, wie Ulbricht mit seinen Helfern die „theoretische Arbeit der Partei auf den Hund gebracht haben, ihre politische Stoßkraft auf das schwerste geschwächt, und das Ansehen und die Autorität auf unüberbietbare Weise geschädigt haben." (siehe Dok. 442A).[338]

Doch er erkannte zu spät, dass die vom VII. Weltkongress verabschiedete Volksfrontpolitik in eine schleichende, in Spanien erprobte, volksdemokratische Entwicklung mündete, deren Ziel weder eine demokratische, noch eine sozialistische Republik nach dem Sturz Hitlers war. „Die Massen sollen wissen, in der nächsten Etappe steht nicht die Aufgabe der Errichtung der proletarischen Diktatur und unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus [an], sondern das muss man an dem Beispiel von Spanien zeigen – andere Aufgaben – so empfahl es Dimitrov der KPD (Dok. 410). Wie das zu verstehen war, mag aus einem Referat Dimitrovs im EKKI-Sekretariat vom 18. September 1936 hervorgehen, in dem es hieß: „Die Spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluß hat."[339] Semantik und Strategie der Volksdemokratie und die Politik des „Trojanischen Pferdes" als ihr Pendant finden sich hier klar vorformuliert, auch andere Wendungen wie „demokratische antifaschistische Republik" oder „neue demokratische Republik", lassen die neue Stoßrichtung erkennen, die grosso modo gegen eine Perspektive der sozialistischen Umwälzung gerichtet war.[340]

Die konkurrierenden Konzeptionen stießen auf der Volksfrontkonferenz im April 1937 offen gegeneinander. Ulbrichts Konzept, entsprechend der Kominternlinie einer

337 Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus, II, S. 191f.

338 Den 26-seitigen Brief an das Sekretariat der Komintern vom 30.8.1938 verfasste Münzenberg nach der vom ZK der KPD lancierten und bewusst irreführenden Veröffentlichung über seinen angeblichen Ausschluss aus der KPD in der Deutschen Volkszeitung und der Pariser Tageszeitung.

339 Die Dimitrov-Rede im Sekretariat des EKKI vom 18.9.1936 wird nach der Zeitschrift *Voprosy istorii KPSS*. Nr. 3. Moskau 1969. S. 13 zit. in Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2001, S. 58 (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. 8).

340 Siehe die Überblicksdarstellung von Hermann Weber in diesem Band. Vgl. die Resolution der „Berner Konferenz" der KPD im Januar/Februar 1939: Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik. Resolution der Berner Konferenz der KPD (30. Januar bis 1. Februar 1939). Paris: Imprimerie Coopérative Etoile 1939; Gekürzt in Weber, Der Deutsche Kommunismus, S. 331–338.

Volksfront von links bis ganz rechts (einschl. Strasser), war mit dem Münzenbergs nicht mehr kompatibel, dem es zunächst um eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zur strategischen Zusammenarbeit und Teilung der Macht im Falle eines Sturzes Hitlers vor Kriegsbeginn und erst in zweiter Hinsicht um eine Verbreiterung ging. Seitens der KPD-Führung war (im Unterschied zu Münzenbergs Position) von der Perspektive eines Sturzes des Hitlerregimes keine Rede mehr. Münzenberg hingegen schätzte angesichts der strategischen Rolle Deutschlands in der internationalen Politik die Bedeutung der KPD, trotz ihres offensichtlichen Scheiterns seit 1933 und ihrer momentanen Schwäche, immer noch als beträchtlich ein.

Auf den im Februar 1937 einberufenen Moskauer Sitzungen der deutschen Kommission der Komintern wurde der schleichende Transformationsprozess der Volksfrontpolitik deutlich. Worauf Bucharin bereits 1936 hingewiesen hatte und wie es linke Sozialdemokraten wie Otto Bauer befürchteten, wurde unter der Ägide Dimitrovs eine Revision der Volksfrontpolitik eingeleitet. Sich gegen den Schematismus der Deutschen wendend, verbalisierte Dimitrov in staunenswerten Redebeiträgen tatsächlich die Inkompatibilität der Volksfront für die deutschen Verhältnisse (Dok. 408, 410). Die politische Positionsbestimmung in Form einer Resolution des Sekretariats des EKKI definierte das Hauptziel der KPD als den Kampf gegen Faschismus und den Trotzkismus als „Hauptkriegstreiber" (!) und machte erneut die Arbeit in den NS-Organisationen zum Schwerpunkt (Dok. 410).

Zentrales Dokument der Anklage gegen Ulbricht und zur Analyse der KPD-Politik seit 1933 ist der dem deutschen Leser hier erstmals vorgelegte Brief Münzenbergs vom Juli 1937. In diesem (ausgerechnet an Stalin) gesandten Hilfsappell, fast ein Schrei um Aufmerksamkeit, stellte er seiner Partei ein Zeugnis des zögerlichen und nur halbherzigen antifaschistischen Widerstands aus (Dok. 417). Auf ca. 15 Seiten zählte er deswegen die Indizien dafür auf, dass in den letzten Jahren gegen die Volksfront- und Antikriegsbemühungen in der KPD Politik gemacht worden war. Er hob die entscheidende weltpolitische Notwendigkeit hervor, alles zu tun, um die Kriegspläne Hitlers zu verhindern und wies auf die Verantwortung „seiner" KPD hin. Er attestierte ihr ein Abrücken (unter Anleitung Ulbrichts) von den ursprünglichen Zielen des Antifaschismus und bekräftigte als wichtigste Aufgabe im In- und Ausland, Hitlers Ausweg des Krieges mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Sollte sich dies als nicht ausreichend erweisen, müsste innerhalb kürzester Zeit und unter äußerster Entfaltung aller Anti-Hitler-Kräfte nach einem Kriegsbeginn eine einheitliche revolutionäre Bewegung geschaffen werden, um das Hitler-Regime zu stürzen. In diesem Sinne sei jedoch nicht nur nichts unternommen, sondern sei dem entgegengehandelt worden. „Dieser Brief muß ein Appell zur Hilfe sein, ein Schrei um Ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr zu lenken (...) Um das zu erreichen, was ich von Ulbricht nicht erhielt: Die Tatsachen und Gründe für die verschiedenen persönlichen Divergenzen, die durch sichere und objektive Genossen festgestellt werden müssen." (Dok. 417).

Der Appell an Stalin blieb nicht nur ungehört, sondern in Moskau wurden daraufhin Vorbereitungen für seine Verhaftung getroffen. Man kann sich die traumati-

sche Enttäuschung Münzenbergs vorstellen, als Hitler den Zweiten Weltkrieg mit der Rückendeckung Stalins auslöste. Der „Fall Münzenberg“ ist ein weiteres Indiz für den schleichenden, verdeckten Übergangsprozess der sowjetischen Politik zum Pakt mit Hitler.

Demontage und Kontrolle nach innen: Die Zerschlagung des antifaschistischen Münzenberg-Imperiums

Eines der wichtigsten Signale, die Stalin zu dieser Zeit aussandte, um die Welt von der Ernsthaftigkeit seiner national orientierten und an der Auslösung und Unterstützung revolutionärer Prozesse desinteressierten Politik zu überzeugen, betraf neben dem Terror gegen Ausländer und Politemigranten in der Sowjetunion die von Münzenberg inspirierten „überparteilichen“ antifaschistischen Massenorganisationen, Komitees, Emigrationsverlage u. a. m. im Umkreis der Komintern. Diese versuchte nun, das „Münzenberg-Imperium“ unter ihre unmittelbare Kontrolle zu bekommen. Dabei ging es nicht alleine darum, Münzenberg das Imperium zu entreißen, sondern im Zuge von Terror und Renationalisierung zugleich die internationalen Organisationen offeneren Typus im Umkreis der Komintern weitgehend zu beseitigen. Tatsächlich wurden die Massen- und sympathisierenden Organisationen wie die Internationale Arbeiterhilfe mit ihren weitverzweigten kulturellen Aktivitäten weitgehend liquidiert, darunter neben der Internationalen Arbeiterhilfe, die Seeleute-Internationale sowie zahlreiche transnationale antikolonialistische und kulturell ausgerichtete Netzwerke.

Im Dezember 1936 wurde der aus der tschechischen Sozialdemokratie stammende und zum gefügigen Bürokraten gewordene Bohumír Šmeral im Auftrag der Komintern nach Paris geschickt, um dort die betreffenden Organisationen, Initiativen, Komitees und Verlage zu evaluieren, die nach Hitlers Machtantritt den Umzug von Berlin überstanden hatten (Dok. 396).[341] So wurde den Editions du Carrefour, die sich unter Münzenbergs Leitung zum wichtigsten deutschen Exilverlag entwickelt hatten, die finanzielle Unterstützung durch die Komintern entzogen, was ihr Ende bedeutete.[342] Dort wurde nicht nur das Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror publiziert,[343] sondern auch die Schriften des Welthilfskomitees für die Opfer des Faschismus, des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus sowie des Internati-

341 Einen weiteren Bericht Šmerals siehe in Reinhard Müller: Bericht des Komintern-Emissärs Bohumir Šmeral über seinen Pariser Aufenthalt 1937. In: Exilforschung 9 (1991). S. 236–261; Französisch in Stéfane Courtois: „Dossier Willi Münzenberg“. In: Communisme (1994). Nr. 38/39. S. 66ff.
342 Vgl. Simone Barck, Silvia Schlenstedt, Tanja Bürgel, Volker Giel, Dieter Schiller (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur: Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945. Unter Mitarbeit von Reinhard Hillich. Stuttgart/Weimar: Metzler 1994. S. 124–126.
343 Siehe Klaus Sohl: Entstehung und Verbreitung des Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror 1933/34. Mit drei bibliographischen Übersichten. In: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980). S. 289–327.

onalen Antifaschistischen Archivs verlegt. Dass dadurch die Herausgabe der gesamten deutschen antifaschistischen Literatur gefährdet wurde, geht exemplarisch aus einem Brief Johannes R. Bechers und des (gleichfalls einflussreichen) ungarischen, im Rahmen der KPD-Strukturen arbeitenden Schriftstellers Sándor (Alexander) Barta an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes hervor (Dok. 398).

Begleitet war der Terror von einer Abschottung und Verpuppung der Komintern, die ihr letztes Stadium einleitete. Mit bürokratischem Eifer erfolgte die partielle Liquidierung bzw. Umorientierung der internationalen antifaschistischen Netzwerke. Im März 1938 war dies jedoch noch nicht abgeschlossen, wie die hier erstmals abgedruckten Anweisungen Dimitrovs und Gottwalds deutlich machen (Dok. 435). Laut den Instruktionen sollte sich Šmeral zunächst vor seiner Abreise mit den deutschen Genossen abstimmen, um die eventuellen Schäden der „Liquidierung der Münzenberg-Frage" so gering wie möglich zu halten (siehe Dok. 396). Als Begleitmaßnahmen zur Zerschlagung der Peripherorganisationen schlug Šmeral u. a. vor, über die Vermittlung Aleksej Tolstojs Heinrich Mann einen Daueraufenthalt (in Paris?) zu ermöglichen sowie monatlich bis zu 20.000 französische Francs in Valuta zur Verfügung zu stellen, damit „denjenigen deutschen antifaschistischen Schriftstellern, die an größeren Werken arbeiten, eine regelmäßige Monatshilfe bis zu 2.000 Frc. gegeben werden könnte".[344]

Als „Kaderfragen" deklariert, wurde mit großer Präzision über das Schicksal zentraler, transnationaler Institutionen wie der Editions du Carrefour, der „Deutschen Informationen" und des „Deutschen Archivs", der verschiedenen antifaschistischen Komitees und der RUP-Bewegung entschieden und darüber hinaus der „internationalen Zentren für Negerarbeit, für Studentenarbeit", Jugendarbeit, der Gottlosenbewegung, des Europäischen Agrarinstituts, der Internationale der Seeleute oder der Solidaritätsarbeit mit China (Dok. 435).

Dass dabei Reibungsverluste eingeplant waren, zeigt ein Hinweis darauf, darüber mit zentralen Partnern wie Breitscheid, Gabrielle Duchêne und „Luis" (vermutlich der Argentinier Victorio Codovilla, der sich besonders der ebenfalls 1937 aufgelösten Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit „annahm") zu sprechen. Münzenberg wurde zum künstlichen Feindbild – schlimmer als Trotzki, wie Pieck meinte – um die transnationalen Netzwerke zu zerschlagen.[345] Der Generalsekretär der KP Frankreichs, Maurice Thorez, sollte Heinrich Mann, Leon Feuchtwanger, Paul Langevin, Francis Jourdan und evtl. auch Pierre Cot kontaktieren, „um sie über die Lage von Münzenberg zu informieren und sie in entsprechender Weise zu beeinflus-

344 Šmeral an Dimitrov, 13.6.1939; RGASPI, Moskau, 495/73/70, 94.

345 Kasper Braskén: „Hauptgefahr jetzt nicht Trotzkismus, sondern Münzenberg". East German Uses of Remembrance and the Contentious Case of Willi Münzenberg, CoWoPa. Comintern Working Paper 22/2011, Åbo Akademi University, https://www.abo.fi/sitebuilder/media/7957/cowopa22brasken.pdf (15.8.2013).

sen, damit die Liquidierung der Frage Münzenberg (...) keine, oder möglichst geringe Reibungen hervorrufe.“

Den übergreifenden Charakter dieser Maßnahmen unterlegt ein Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 26. März 1938, der die Existenz der Internationalen Lenin-Schule der Komintern beendete, die in zehn Jahren bereits zu einem Mythos geworden war. Alle Schüler sollten bis zum 1. Juni abgeschoben werden. Begründet wurde diese Zerlegung der Komintern als Renationalisierungs- und De-Internationalisierungsprozess damit, dass die Kader auch in ihren Heimatländern vorbereitet werden könnten.[346]

Inzwischen war auch der Mordbefehl Stalins bzw. die mündliche Anweisung an Dimitrov erteilt.[347] Zu seinem eigenen Glück entzog sich Münzenberg jedoch der „freundlichen“ Einladung nach Moskau. Am 11. Oktober 1937 schickte Dimitrov eine Direktive an Šmeral in Paris, nach der „allmählich alle mit W[illi Münzenberg] verbundenen Elemente entfernt werden“ sollten.[348] Was der in der Literatur auch als „red millionaire“ und zwielichtige, ja teuflische Gestalt dargestellte Münzenberg häufig im Alleingang und gegen die Parteibürokratie aufgebaut hatte, wurde nun bürokratisch inspiziert und seziert. Im März 1938 beauftragte Dimitrov den Tschechen Šmeral, der bereits vorher eine Rolle als „Auge Moskaus“ im Münzenberg-Imperium gespielt hatte, damit, Strukturen, Kompetenzen und Kontakte neu zu ordnen.

Netzwerkanalytisch war die Auflösung des antifaschistischen und antikolonialistischen „Münzenberg-Imperiums“ ein Muster für die Einschränkung der „Spaces of flows“ (Manuel Castells).[349] Der ausländerfeindliche Terror und die abenteuerlichen Anklagen der Moskauer Prozesse waren radikale Mittel, um transnationale Knoten im Netzwerk der Komintern zu „kappen“ oder in vertikale (und vollkommen autoritär strukturierte), eher nationale bzw. bilaterale, doch vor allem allein von der Sowjetunion kontrollierte Netze zu überführen. Während in den Jahren 1933 bis 1936 die Sowjetunion den NS-Terror und die Unterdrückung der deutschen Kommunisten weitgehend ohne Proteste hinnahm, übernahm sie es im „Großen Terror“ ab 1936/1937 sozusagen selbst, die sich auf sowjetischem Territorium im Exil befindlichen KPD-Mitglieder mit Repressionen zu überziehen (ca. 70 % wurden zu Opfern des Stalinschen Terrors). Durch die Auflösung der noch verbliebenen horizontalen Netzwerke wurden die Verbindungen zu den antifaschistisch eingestellten Massen, besonders in Frankreich, gekappt.

Seltsamerweise ist der Kern der Anklagen Münzenbergs gegen Ulbricht und seine Helfershelfer, zu denen er eine Untersuchung seitens der Komintern einforderte, in der Zeitgeschichts- und Exilforschung nicht weiter untersucht worden. Insofern ist

346 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 158; Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 765.

347 Dimitroff, Tagebücher, I, S. 163–165.

348 Direktive von Hel. [Dimitrov] an Flor. [Šmeral], 11.10.1937; RGASPI, Moskau, 495/73/76, 9.

349 Manuel Castells: The Rise of the Network Society. Cambridge: Blackwell 1996.

die Historiographie der Kominternpolitik gefolgt. Die eigentliche Untersuchung zu Münzenbergs Anklagen begann erst nach dessen Ausschluss und der Rehabilitierung Ulbrichts durch den Beschluss der IKK vom 5. Juli 1939 – vermutlich um sie dann im Sande verlaufen zu lassen. Bereits Anfang 1938 wurde in einem „Memorandum" der Parteiführung die „partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit" Münzenbergs, die er zur Durchsetzung seiner „Spaltungspolitik" angeblich entfaltete, ausgebreitet (Dok. 431).

Doch die KPD-Führer im Exil waren nun in den Augen der Komintern allesamt suspekt geworden, nicht zuletzt als Folge ihrer Isolierung: „Wegen ihrer früheren Führungsposition in der Partei und weil sie von der direkten politischen Arbeit in der deutschen Partei ausgeschlossen sind, stellen diese in der Sowjetunion lebenden Elemente ein Ärgernis dar, da sie sich weigern, sich der gegenwärtigen Situation anzupassen."

Praktiken des Stalinismus in der deutschen politischen Emigration: Der dreifache Skandal der Pariser Tageszeitung

Ein weitere Kette von Skandalen – und zugleich weitere Höhepunkte der „Münzenberg-Saga" verbinden sich mit dem *Pariser Tageblatt*. Die wichtigste Tageszeitung des deutschsprachigen antifaschistischen Exils war Aushängeschild und Paradepferd des deutschen Linksliberalismus und der deutschen „Volksfront". Im Juni 1936 wurde der Besitzer Wladimir Poljakow infolge einer maßgeblich von Kurt Caro (möglicherweise auch von Ulbricht selbst) gesteuerten Diffamierungskampagne, eines Putschs der Redakteure und eines Streiks der Setzer vertrieben.[350] Das Blatt erschien fortan unter dem Namen *Pariser Tageszeitung* und zu seinen Inhabern zählten zunächst neben Chefredakteur Georg Bernhard auch Willi Münzenberg. Die Affäre wühlte die linke deutschsprachige Intelligenz auf und in linken oppositionellen Kreisen vermutete man, dass die Zeitung „bereits seit längerem" von der Komintern „ausgehalten" würde.[351]

Der zweite, bis vor kurzem noch unbekannte Skandal um die *Pariser Tageszeitung* nach der Absetzung des Besitzers Wladimir Poljakow, lässt nun, 80 Jahre später, auch die seinerzeitigen Vermutungen über den „Verkauf" der ehemals linksunabhängigen Zeitschrift *Die Neue Weltbühne* an das KP-Umfeld nicht mehr als Spekulation erscheinen. Als der Terror in der Sowjetunion seinem Höhepunkt zustrebte, beschloss das

350 Willy Jasper: „Die Poliakov-Affäre und das Dilemma der deutschen Exil-Publizistik". In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1996). S. 117–131, hier: S. 123.
351 „Die Information in U[nser] W[ort] über Fischer Maslow ist ganz berechtigt. Die beiden haben in der Frage Pariser Tageblatt eine äusserst miese Rolle gespielt. Und dabei ist kein Zweifel, daß die Pariser Tageszeitung jetzt von den Stalinisten ausgehalten wird." Brief Walter Helds an Braun (d. i. Erwin Wolf), Oslo, 18.3.1937. Vereeken Papers, IISG, Amsterdam, 6/97.

Sekretariat des Exekutivkomitees der Komintern am 13. März 1937 unter Anwesenheit von Dimitrov, Moskvin, Togliatti, Ulbricht und Eberlein auf geheimem Wege und in verdeckter Weise für Komintern und KPD die *Pariser Tageszeitung* aufzukaufen (Dok. 411). Zu diesem Zweck wurden 500.000 Francs bewilligt. Die KPD erhielt den Auftrag, die Fortsetzung der Zeitung kommerziell und politisch als „demokratische deutsche Zeitung im Ausland" abzusichern. Wie bereits im Hamburger Thälmann-Skandal von 1928 wurde hier Mikrogeschichte zu Weltgeschichte. Der nun ans Tageslicht gelangte, leicht kryptische Beschluss, enthüllt nichtsdestoweniger unter dem Leitbild der „Volksfront"-Politik ein System großflächiger politischer, materieller und moralischer Korruption – vor allem der europäischen Intelligenz – durch die Komintern. Eine Überprüfung und Kontextualisierung der bisherigen Ergebnisse der Exilforschung erweist sich an dieser Stelle als erforderlich.[352]

Die Erforschung der Begleitumstände dieses „Coups" ergab Querverbindungen zum Fall Münzenberg. Tatsächlich wurde die *Pariser Tagezeitung* zu einem Hauptzankapfel zwischen Willi Münzenberg und Walter Ulbricht, dem Leiter der KPD-Führung im Exil. In diesem äußerst spannenden, verdeckten internen Kampf ging es de facto um Macht, Einfluss und schließlich um die politische Ausrichtung des deutschen Kommunismus und der linken intellektuellen Exilszene. Dabei konnte sich Münzenberg anfangs auf den prominenten linksliberalen Publizisten Georg Bernhard und den Schriftsteller Heinrich Mann stützen, der als „Gewissen der Emigration" fast schon eine Institution war. Die Skandalgeschichte des Blattes führte im Kontext der Debatte über den Terror in der Sowjetunion zu weiteren Aufspaltungen der Emigrantenkreise und zu inneren Rückzügen. Auch die Nationalsozialisten waren sich des propagandistischen Nutzens der Affäre in ihrem Sinne, die das Lager der antifaschistischen Emigranten insgesamt diskreditierte, wohl bewusst.[353]

Das Beispiel zeigt ebenfalls, dass das Engagement derjenigen, die sich dem linientreuen Mainstream und der bis in die Nachkriegszeit tradierten unkritischen Haltung gegenüber dem Bruch linker Solidarität im Parteikommunismus widersetzten, heute differenzierter nachgezeichnet werden kann.[354] Der Erbauer des Presse-

352 Siehe zu den Hintergründen Bernhard H. Bayerlein, Maria Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus? Georg Bernhard, Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Walter Ulbricht in der chronique scandaleuse des Pariser Tageblatts und der Pariser Tageszeitung. In: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Institut historique allemand/Deutsches Historisches Institut, Paris. XVII (2000). Nr. 3. S. 89–118; Ursula Langkau-Alex: „...von entscheidender Bedeutung ist, ob Münzenberg die Zeitung hat oder wir". Neues zur Instrumentalisierung der „Pariser Tageszeitung" in der Auseinandersetzung zwischen dem Sekretariat des ZK der KPD in Paris und Willi Münzenberg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 37 (2001). H. 1. S. 77–91.

353 Zur NS-Politik gegenüber dem Exil siehe allgemein Herbert E. Tutas: NS-Propaganda und deutsches Exil 1933–1939. Worms: Georg Heintz 1973.

354 Wie Claus Leggewie zurecht anmerkt, hat die Exilforschung gerade dies noch zu wenig in den Blick genommen; Siehe C. Leggewie: Zurück aus Sowjetrußland? Die Reiseberichte der radikalen Touristen André Gide und Lion Feuchtwanger 1936/237. In: André Gide und Deutschland/André Gide et

konzerns der Weimarer Republik, der allein dem Hugenbergschen Imperium gefährlich wurde, unterlag dem Stalinisten Ulbricht, der im Namen der Komintern liberale Blätter aufkaufen ließ. Zwei Jahre später verlor er auch den Kampf um sein Leben. Die Vermutung, Stalin und sowjetische Dienste hätten etwas mit seinem Tod zu tun gehabt, erhält nun neue Nahrung, genauso wie die Gerüchte über einen möglichen Ankauf der „Neuen Weltbühne" und möglicherweise weitere Exilmedien.

Der „Offene Brief der Berliner Opposition": Fundamentalkritik am Volksfrontkurs

Innerhalb der KPD wie an ihren Rändern hatte sich mittlerweile eine fundamentale Kritik der Volksfrontpolitik entwickelt. So vertrat die ehemalige „Versöhnlerfraktion" um Karl Volk, die sich nun „Berliner Opposition" nannte, die Auffassung, dass sich die Volksfrontkonzeption in der KPD nie durchgesetzt habe. Die „Versöhnler" machten sich ohnehin zu einem Hauptangriffspunkt der stalinistischen Parteiführung im „großen Terror". Durch die imaginäre Konstruktion eines antisowjetischen Terror-Netzwerks in den eigenen Reihen sollte der eigentliche Terror gegen Revolutionäre und parteitreue Kommunisten legitimiert werden (Dok. 424).

Unter dem neuen Namen „Berliner Opposition" traten die ehemaligen „Versöhnler" mit dem bereits zitierten ‚Offenen Brief' im September 1937 an die Öffentlichkeit und zielgerichtet an die KPD-Emigration heran. Unter dem Schlagwort „Kommunistische Konzentration!" wurden mit der expliziten Stoßrichtung gegen Stalinismus, Trotzkismus und Reformismus die dem Leninismus treu gebliebenen Mitglieder zum Zusammenschluss in den Kominternparteien zur Bildung von „Fraktionen und Gruppen" aufgerufen. Man ging dabei davon aus, dass sowohl in der Emigration als auch in der Illegalität der größte Teil der Organisation oppositionell eingestellt sei: *„Treue zur Partei heisst heute: Kampf für die Erhaltung des kommunistischen Kaders, die der Apparat gewissenlos und skrupellos zerstört"*.[355] Einem Moskauer Dossier aus dem Jahre 1937 zufolge verfügte die „Versöhnlergruppe" mit Karl Volk und Paul Graefe über eine eigene Organisation innerhalb der offiziellen Parteiorganisation sowie eine Inlands- und Auslandsvertretung.[356] Gegen die „Versöhnler" wie gegen jede Parteiopposition konstruierte die Parteiführung unablässig das inkriminierende Amalgam einer trotzkistischen Verbindung und des Verrats an die Gestapo.[357]

Die „Berliner Opposition" der KPD stellte einen nicht unbedeutenden Schritt im Prozess der inneren Ausdifferenzierung der kommunistischen Bewegung in Deutsch-

l'Allemagne. Hrsg. v. Hans T. Siepe u. Raimund Thais. Düsseldorf: Droste 1992 (Veröffentlichungen des Heinrich-Heine-Instituts Düsseldorf). S. 265–279, hier: S. 266f.

355 „Für Kommunistische Konzentration". In: Kommunistische Opposition (Juni 1938). Nr. 3.

356 Vgl. Müller, Georg Lukacs, S. 131.

357 „Die deutschen Trotzkisten und die Gestapo". In: Die Internationale (1937). Nr. 24 (Sondernr.).

land zu einem Zeitpunkt dar, da man generell nicht mehr unbedingt damit gerechnet hatte. Die für die offizielle KPD niederschmetternde Bilanz liegt darin, dass ab 1935/1936 eine Kommunistische Partei auch als Apparat nicht mehr bestand. Die „Leitungsorgane" waren ohne jeden Kontakt mit der im Widerstand stehenden, politisch zudem häufig oppositionell eingestellten Basis. Auch von Seiten der Kommunistischen Partei (Opposition) wurde diese Situationsanalyse bestätigt.[358] Der rapide Verfall und die Degenerierung der KPD seit 1935/1936 zeigte, dass das ZK kaum noch mit dem Kampf und dem Widerstand im Lande verbunden war.[359] Dass der neue Antifaschismus im Rahmen der „Volksfrontpolitik" vom größten Teil der verbliebenen KPD-Mitglieder im Deutschen Reich und bedeutenden Kräften des illegalen Widerstands abgelehnt wurde, stellt die traditionelle Sicht der Parteigeschichte auf den Kopf.[360] Das Moskauer Politbüro bediente sich zur Legitimation der Volksfront auch fingierter Berichte aus dem Lande. Gleichzeitig wurden die Gegner des Kurses ausgeschlossen. Dies könnte die Involvierung der KPD in die „Großen Säuberungen" zumindest zu einem Teil erklären.[361]

Niederschmetternde Widerstandsbilanz: Verfall und Atomisierung der KPD im Deutschen Reich

Nach dem VII. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935 setzte tatsächlich eine generelle Einschränkung der innerparteilichen Demokratie ein. Zum Vorschein kommt das Phänomen eines doppelten Widerstandes der deutschen Kommunisten, der sich gegen die NS-Herrschaft und zugleich gegen die offizielle Politik der Moskauer Parteiführung richtete. Dass die Volksfrontpolitik kein Mittel zur Aktivierung der Mitglieder gewesen war, dürfte der Kominternführung erhebliche Schwierigkeiten bereitet haben. Auch die Situation in der deutschen Emigration war diesbezüglich nicht grundsätzlich verschieden.[362] Aus den „Versöhnlermaterialien" ergibt sich weiterhin, dass die deutschen Kommunisten in ihrer Mehrheit die Moskauer Prozesse ablehnten und den Stalinschen Terror eben nicht „schluckten". Trotz aller Erniedrigungen wurde der Terror seitens einer immer noch widerborstigen Parteimitgliederschaft abgelehnt. Durch eine neue „Kaderpolitik" seit dem VII. Weltkongress der Komintern hätte ursprünglich die Emigration als eine Art „Hochschule des Klassenkampfs" ausgebaut werden sollen. Stattdessen zertrümmerte das Moskauer ZK geradezu die Grundsätze und ideologische Basis der Partei. Was der Faschismus

---

358 „Vier Jahre illegale Arbeit in Deutschland". In: Der Internationale Klassenkampf II (1.2.1937). Nr. 9–11.
359 H. West: „Der Verfall der KPD". In: Sozialistische Tribüne (1938). Nr. 3.
360 „Aus der illegalen Bewegung". In: Kommunistische Information (1938). Nr. 3.
361 „Länderberichte". In: Der Internationale Klassenkampf II (Februar 1937). Nr. 1.
362 West, Der Verfall der KPD.

nicht fertiggebracht habe, werde jetzt mit wirksameren Mitteln durch das eigene ZK nachgeholt, die Liquidierung der Partei: *„Es ist nicht überspitzt, über die heutige KP Deutschlands zu sagen: je demokratischer ihre Partei-Parole, desto undemokratischer, desto terroristischer das Regime innerhalb der Partei.“*[363] Der hohe Prozentsatz von sog. „Versöhnlern“, die zu Opfern des Stalinschen Terrors wurden, wird nun verständlich.

Die Stimmungsberichte aus Deutschland im Sommer/Herbst 1937 bestätigen die Kritik der verbliebenen KPD-Mitglieder und der in Fünfergruppen organisierten Berliner Gruppe „UBL“ am Konzept der Volksfrontregierung und der „Demokratischen Republik“. In einer Resolution, nach der es „noch nicht gelungen [sei], die gesamten Kader der Partei von dem revolutionären Zweck der Einheits- und Volksfrontpolitik zu überzeugen“, bestätigte dies die Parteiführung (Dok. 440). Die „Berliner Opposition“ warf die Frage auf, ob die Partei nun für ein „neues Weimar“ kämpfe (Dok. 433). Als einziges positives Element sah man den Einsatz der Internationalen Brigaden in Spanien, nicht zuletzt als Leitmodell für die tüchtigsten Kämpfer. Eine Neujahrs-Grußbotschaft deutscher Spanienkämpfer an ihre Angehörigen in der Sowjetunion unterstreicht auch die symbolische Bedeutung angesichts der Dauerkrise der kommunistischen Bewegung (Dok. 443A). Kritisch hingegen wurde die Arbeit in den NS-Organisationen gesehen. Sie sei zwar notwendig und entsprechende Positionen seien in den NS-Massenorganisationen auch bereits besetzt, doch darüber hinaus weigerten sich die gewerkschaftlich tätigen Gruppen im Widerstand, ihre Tätigkeit in die „Deutsche Arbeitsfront“ zu verlegen.

In einer beschönigenden, unmotivierten Resolution vom Mai 1938 lobte das Sekretariat der KPD den „grossen Heroismus und den eisernen Willen“ der „Kader der Partei im Lande“ in der Agitation, im Widerstand und im Kampf gegen das Hitlerregime. Für die Parteiführung war die Bilanz gleichwohl vernichtend. Sie habe die Kader im Lande nicht genügend unterstützt, es gebe keine „festen Stützpunkte“ im Lande, die Fortschritte in der Festigung und Verbindung mit dem Land seien „völlig ungenügend“, gerade angesichts der „gewaltsamen Unterjochung des österreichischen Volkes“ und der „Bedrohung der Tschechoslowakei durch den Hitlerfaschismus“ und der „durch die faschistische Kriegsprovokation hervorgerufenen akuten Gefahr eines neuen Weltkrieges“. Der umfangreiche Negativkatalog monierte weiter, fast im Sinne des ausgeschlossenen Münzenberg, das Fehlen einer rechtzeitigen politischen Initiative, die ungenügende politische Aktivität, die unverständliche und nicht überzeugende Sprache gegenüber den vom Faschismus angewandten Methoden des Massenbetruges und chauvinistischen und sozialdemagogischen Argumenten in der Propaganda (Dok. 440).

Eindeutig wurde nun die Verlegung der operativen Leitung ins Land gefordert, wobei zugleich die Einheits- und Volksfrontausschüsse im Ausland als Hilfsorgane

---

363 West, Der Verfall der KPD; Über die Opposition in der Emigration heißt es dort, diese sei zwar „kaum organisiert“, doch „sie sei da.“

entwertet wurden. Doch auch diese Beschlüsse standen letztlich nur auf dem Papier. KPD und Komintern scheiterten bis 1945 daran, eine Inlandsleitung aufzubauen. In der Praxis wurden beschlossene Maßnahmen gegen die Kriegsvorbereitungen Hitlers nicht umgesetzt. So plädierte Ulbricht in einem Brief an Manuil'skij und an die russische Delegation im EKKI dafür, die Nazipropaganda über angebliche Gräueltaten gegen Deutsche in Polen zu konterkarieren, die tatsächlich zum Instrumentarium der Kriegsvorbereitungen gehörte (Dok. 451). Seinen Vorschlag – ähnlich wie bereits im Fall der Tschechoslowakei – eine Kampagne gegen mögliche Provokationen zugunsten eines „faschistischen Krieges gegen Polen" durchzuführen, die wenig später den Überfall auf Polen „legitimierten", lehnte die Komintern jedoch ab. Im Zusammenhang mit dem Stalin-Hitler-Pakt wurde später das Narrativ einer Verteidigung Polens nicht mehr gebraucht und sogar antipolnisch verstärkt.

Deutscher Kommunismus und stalinistischer Terror 1935–1939

Terror transnational: Komintern, Verschwörungsszenarien und Existenzkrise. Einschränkung von Handlungsspielräumen und Liquidierung transnationaler Netzwerke

Die Dokumente aus sowjetischen Archiven belegen, dass Stalin vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Repressionswelle gegen internationale Kommunisten auslöste, sie als Spione verfolgen sowie blutige Säuberungen bis hinein in die Komintern-Schulen durchführen ließ. Der Blick auf das Kräfteparallelogramm VKP(b), Komintern und KPD unterstreicht, dass bei aller Verschiedenheit der betroffenen Gruppen und trotz zunehmender Undifferenziertheit der Terror einer gewissen Rationalität und Zielgerichtetheit folgte. Auf die Komintern bezogen, lassen sich nach den Vertrauten und Weggenossen Lenins und den Veteranen der Internationale als erster Zielgruppe folgende Hauptstoßrichtungen dieses einzigartigen „Massakers der kommunistischen Kader"[364] festmachen:

1. Institutionell war die Stoßrichtung auf die Liquidierung der Abteilung für internationale Verbindungen (OMS) bzw. des Verbindungsdienstes (SS) als Nervenzentrum der Komintern gerichtet; dazu wurden die noch verbliebenen transnationalen peripheren Netzwerke gekappt, die, wie die Internationale Arbeiterhilfe Münzenbergs, relativ autonom waren. Die Folge beider Maßnahmen war eine bis zur Existenzkrise reichende Isolierung der Komintern.

364 Hierzu und im Folgenden Broué, Histoire de l'Internationale, S. 715–733.

2. Die Säuberungsaktionen innerhalb der Kommunistischen Parteien waren am stärksten gegen die in der Sowjetunion exilierten Kader gerichtet. Sie begannen in der Regel mit der bürokratischen Registratur von „Abweichungen“ (Dissenz oder aktiver Opposition jeglicher Art) der Mitglieder seit Beginn der Aufzeichnungen bzw. seit Gründung der Partei, ein Prozess, der zentral seitens der Kaderabteilung der Komintern gesteuert wurde. Die Durchleuchtung der Parteimitglieder erfolgte nach den als Abweichungen vom „Marxismus-Leninismus“ definierten, als parteifeindlich eingestuften Strömungen („Trotzkismus“, „Rechtsopportunismus“, „Versöhnlertum“ u. a. m.). Der reale oder imaginierte Trotzkismus gab dabei deutlich den zusätzlich dämonisierten Hauptfeind ab. Im Kern zielte dies auf eine systematische Ausschaltung und Auslöschung der revolutionären, gegen Stalin gerichteten Akteure und Militants nicht nur in der VKP(b), sondern auch in der Komintern und den Kommunistischen Parteien.
3. Die Kommunistischen Parteien waren in höchst unterschiedlichem Ausmaß vom Terror betroffen. Deutlich erkennbar war die Stoßrichtung gegen polnische und deutsche Kommunisten da, wo man ihrer im internationalen und sowjetischen Umfeld habhaft werden konnte. Die sich im sowjetischen Exil befindlichen und/oder in ihren Ländern diktatorischen und autoritären Regimen unterworfenen Kommunisten waren stärker betroffen, als solche in demokratischen Ländern.[365] Zerschlagungsabsichten erscheinen offensichtlich. Stark betroffen waren neben der KP Polens und der KP Deutschlands die Kommunistischen Parteien der Türkei, Lettlands, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens und der ehemaligen jüdischen Mitglieder der KP Palästinas, gefolgt von der KP Rumäniens, Griechenlands, Finnlands, Estlands, Litauens und Italiens. Die Tötung einzelner Kader betraf die Mehrzahl der Parteien.[366]

Die neuen Dokumente erbringen weitere empirische Belege für die zunehmende Abschottung, ja Verpuppung der Komintern durch die Demontage der internationalen Verbindungen und Organisationen. Am 1. Dezember 1935 traf das sowjetische Politbüro eine Entscheidung zur sowjetischen Westgrenze. Alle „besonderen Grenzübergänge“ zu Polen, Weißrussland und der Westukraine sollten unverzüglich geschlossen werden. Die von der Internationalen Roten Hilfe und der Komintern aus-

365 Siehe zur deutschen KP-Emigration die zitierten Arbeiten von Reinhard Müller, Carola Tischler und Ursula Langkau-Alex. Beispielhaft veranschaulicht die von Müller edierte Parteiversammlung der deutschen Schrifsteller in Moskau aus dem Bestand aus der Agitprop-Abteilung des EKKI, dass bereits in der Periode vor dem Ersten Moskauer Prozess alle Merkmale der totalitären Vernichtungspolitik gegenüber Andersdenkenden vorhanden waren; Siehe Reinhard Müller (Hrsg.), Georg Lukács; Vgl. Carola Tischler, Flucht in die Verfolgung.

366 Siehe hierzu auch Branko Lazitch: „Le massacre des dirigeants communistes étrangers.“ In: The Comintern. Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents. Hrsg. v. Milorad M. Drachkovitch u.Branko Lazitch. New York/Washington/London: Praeger 1966 (Hoover Institution Publications). S. 139–174.

gegebenen Passierscheine aus Polen in die UdSSR sollten annulliert werden, was ebenfalls auf die KP Polens zielte. Die Kommunistischen Parteien der Ukraine und Weißrusslands wurden angewiesen, ohne Einwilligung Ežovs auf Empfehlung der polnischen Sektion der Komintern weitere Personen nicht mehr zu übernehmen.[367] Im Jahre 1937 erreichte nicht nur der Terror in der Sowjetunion einen Höhepunkt, er wurde zugleich verstärkt gegen die Komintern eingesetzt. Die *Ežovščina*, genannt nach Stalins „Bluthund" Ežov an der Spitze des NKVD, griff nach der Organisierung des Zweiten Moskauer Schauprozesses und der physischen Liquidierung eines Gutteils der alten Bolschewki auf die Gesamtgesellschaft über. Das hier gelieferte empirische Material zeigt, dass Komintern und KPD nicht nur marginal betroffen waren.[368]

Bei der Recherche nach einem dem Terror zugrunde liegenden Drehbuch stießen Historiker auf Planungen für einen Anti-Komintern Schauprozess, einem vierten Moskauer Prozess also, der sich gegen einen sog. „Antikominternblock" richten sollte. Man stieß ebenfalls auf Spuren eines umfassenden Oppositionsblocks in der Sowjetunion in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre, was den späteren Anklagen als Modellvorlage gedient haben könnte.[369] Neben den Vereinigungsbestrebungen der russischen antistalinistischen Oppositionen und ihren Hauptströmungen um Trotzki, Rjutin und Smirnov sind hierbei transnational auch die unterschiedlichen innerparteilichen oppositionellen Strömungen wie die deutschen „Versöhnler" und die Neumann-Remmele-„Gruppe" mit ihren Verbindungen zu polnischen und russischen Kommunisten (Lénski, Mad'jar , Knorin u. a.) als Zielgruppen einzubeziehen.

Klassische Autoren wie Conquest und Broué sehen die Schauprozesse und die „Säuberungen" im Kominternapparat als Präventivschlag Stalins gegen parteiinterne Gruppierungen, die trotz nach außen zur Schau gestellter Loyalität mit dem Gedanken auf dessen Absetzung und Rückkehr zu einem anderen innerparteilichen Regime spielten. Besonders Broué geht dabei davon aus, dass die Aufdeckung und Zerschlagung der Gruppe um M. N. Rjutin im Jahr 1932 Stalin und seine Kreise in Panik versetzt und sie in ihrer teils paranoiden, teils real begründbaren Furcht bestärkt habe,

---

367 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 4.

368 Siehe als Literaturbericht Brigitte Studer, Berthold Unfried: „At the Beginning of History. Visions of the Comintern after the Opening of the Archives". In: International Review of Social History 42 (1997). S. 419–446; Die ausführlichste neuere Geschichte der Komintern siehe Pierre Broué, Histoire de l'Internationale.

369 In der Forschung ist die Konstruktion des Antikominternblocks umstritten. Neben ausschließlich fiktiven Elementen, die in erster Linie die Verbindungen zu den Anklagen vor den drei Moskauer Prozessen herstellen sollten, wird auch auf reale Blockbildungen in der VKP(b) bzw. der Komintern hingewiesen. Siehe zu letzterem Pierre Broué: „Trotsky et le Bloc des oppositions de 1932". In: Cahiers Léon Trotsky (1980). Nr. 5. S. 5–37; Ders.: Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943. Paris: Fayard 1997. S. 711f., für das Folgende auch 713f.; Boris Starkov: The Trial that was not held. In: Europe-Asia Studies XLVI (1994). S. 1297–1315.; Dagegen wird die Blocktheorie vollständig als rein „Stalinsche(s) Block-Konstrukt" abgelehnt, siehe Müller, Menschenfalle Moskau, S. 287f.; Vgl. ders.: Der Fall des Antikomintern-Blocks. Ein vierter Moskauer Schauprozeß. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1996). S. 187–214, bes. S. 188ff.

dass die reumütigen ehemaligen Parteioppositionellen aus den Jahren 1925 bis 1931 lediglich auf eine Gelegenheit gewartet hätten, um ihre oppositionelle Tätigkeit fortzusetzen und ihn von der Machtposition zu verdrängen. Quellen in westlichen und östlichen Archiven (Harvard, Stanford, Moskau) bestätigen zumindest die Bedeutung der frühen dreißiger Jahre als Projektionsfläche des Terrors, der zentral lanciert und auch weitgehend zentral gesteuert wurde.[370]

Die in Verfolgungsbehörden umfunktionierten Kominternabteilungen und -kommissionen suchten zunächst ehemalige Oppositionelle aus den 1920er und 1930er Jahren. Die diversen oppositionellen Strömungen waren kein Phantasieprodukt; ehemalige Oppositionelle konnten nach wie vor vernetzt sein. Auch die Repression gegen deutsche Kommunisten war insofern nicht beliebig. Wie die Kaderabteilung die (zumeist ehemaligen) Oppositionellen ermittelte, verdeutlicht das Memorandum der Kaderabteilung der Komintern über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP" (Dok. 391).[371] Das Dokument liefert den empirischen Beleg für die Ausrichtung der Repression auf ehemalige linke und rechte Oppositionelle und antistalinistische Revolutionäre, Trotzkisten, „Ultralinke" und „Versöhnler" u. a. m., womit sich die Auffassung einer gewissen Beliebigkeit der Verfolgungen zumindest in der Anfangsphase der „großen Säuberungen" nicht mehr halten lässt.[372] Auffällig ist zudem das zielgerichtete Heraussieben von Kommunisten aus Polen, dem Baltikum und den „Grenzstaaten" Ost-Mitteleuropas und der Parteimitglieder jüdischer Herkunft. Erst im Laufe der Anklageerhebung und durch die häufig durch Folter erwirkte Präparierung der Betroffenen wurden die Anklagen phantasmorgisch gedreht, und zwar unter Zuhilfenahme des von Stalin und Ežov

370 Die zentrale Steuerung des Terrors lässt sich gerade auch für die Komintern und die Kommunistischen Parteien nachweisen. Zur zentralen Steuerung als konstitutivem Moment der Repression siehe Mark Junge, Gennadij Bordjugov, Rolf Binner: Vertikal' bol'šogo terrora. Istorija operacij po prikazu NKVD N° 00447. Moskva: Novyj Chronograf 2008. Die Vertikalistätsthese wird allerdings immer noch bestritten, siehe Arch Getty: „Excesses are not permitted". Mass Terror and Stalinist Governance in the Late 1930s. In: Russian Review 61 (2002). S. 113–138; Wendy Z. Goldman: Terror and Democracy in the Age of Stalin. The Social Dynamics of Repression. Cambridge: Cambridge University Press 2007).

371 Um das Muster und die Rationale der zentralen Steuerung des Terrors gegen die KPD und den Nachweis einer (realen) oppositionellen Tätigkeit als „Fundament" und die später darauf aufgesetzten fiktiven bzw. fiktionalen Momente im Rahmen einer weitergehenden Kriminalisierung zu verdeutlichen, wurden in den Anmerkungen zu dem in Band 6 abgedruckten Memorandum die biographischen Angaben aller genannten Terroropfer auf ihre frühere oppositionelle Tätigkeit überprüft und das Datum ihrer Verhaftung, der Inhalt der Anklage und (in den meisten Fällen) das Datum der Inhaftierung und Hinrichtung ausgewiesen, vgl. hierzu meine frühe Arbeit zum „Clone" der Repression: Vom Geflecht des Terrors.

372 Auch für die KPD-Emigration erweist sich das Moment der zentralen Steuerung der Repression als konstitutives. Das besonders von Reinhard Müller hervorgehobene Beliebigkeitsparadigma, ist, was den Terror angeht, jedoch erst durch einen Fiktionalisierungsprozess der Anklagen hergestellt worden. Es kann erst für eine spätere Etappe des Terrors Gültigkeit beanspruchen, in der es dann buchstäblich jeden traf; Siehe u. a. Müller, Menschenfalle Moskau, S. 18ff., 24ff.

entworfenen Drehbuches in Richtung auf die Zusammenarbeit mit der Gestapo, der Agententätigkeit für Deutschland und/oder Japan u. ä. mehr.[373]

Sowjetischer Nationalismus, „Großer Terror“ und Komintern

Neben weiteren transnationalen Dimensionen illustrieren die Dokumente die auf Deutschland bzw. den deutschen Kommunismus zielende Stoßrichtung. Seit den ersten Ankündigungen und Drohungen bereits vor der Ermordung Kirovs richteten sich Repression und Terror in besonderer Weise gegen die deutschen Kommunisten, zunächst innerhalb, dann auch außerhalb der Sowjetunion: In der Historiographie wurde diese Fokussierung bisher eher als Teilaspekt der gegen die Politemigration als Ganzes und weniger in ihren nationalen Konnotationen gesehen. Die jüngere Forschung fokussierte sich auf den Massenterror, dem gegenüber der nicht mehr eigens untersuchte sog. „Terror gegen die Eliten“ bzw. die kommunistischen Mandatsträger und Akteure selbst, obwohl er einen kausalen Nexus bildete, tendenziell aus dem Blickfeld verschwand.

Tatsächlich wurde die totalitäre Repression über ihre multiplen Erscheinungsformen in der Sowjetunion hinaus ebenfalls transnational auf unterschiedliche Ziele und Zielgruppen ausgerichtet. Näher bestimmen lassen sich darunter die Kommunistischen Parteien als Organisationen, die als feindlich bzw. vom Feind unterwandert aufgelöst wurden, sowie die Mitglieder trotzkistischer Organisationen und zumeist linken Oppositionellen, viele von ihnen mit einer notorisch revolutionären Vergangenheit, und andere, die teilweise mehrmals politische Unterwerfungserklärungen abgegeben hatten. Strukturelle „Säuberungen“ im Kominternapparat betrafen die für die Aufrechterhaltung der internationalen operativen Aufgaben sowie Verbindungen notwendigen Strukturteile und führten zur Einschränkung der Handlungsspielräume. Das Ergebnis war ein absurder Widerspruch in sich, denn für fast ein Jahr war

373 Wladislaw Hedeler wies die Existenz eines den Moskauer Prozessen zugrundeliegenden Ežovschen Drehbuchs nach, Peter Huber und Reinhard Müller lieferten zudem umfangreiches Material zur unheilvollen Verstrickung der Komintern, darunter Interventionen und Befehle des NKVD mit ihren Auswirkungen auf die deutsche Emigration in der Sowjetunion. Als Drehbuchvorlage des Terrors entpuppte sich ein Ežov-Manuskript unter dem Titel „Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution und zum Faschismus“, das er gemeinsam mit Stalin von Fall zu Fall auch ergänzte oder überschrieb. Siehe Wladislaw Hedeler: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch. Berlin: Akademie Verlag 2003; Ders.: Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozeß 1938. In: Mittelweg (1998). H. 2. S. 61–75; Pierre Broué: Les Procès de Moscou. Paris: Gallimard 1964 (Collection Archives. 9). Reinhard Müller (Hrsg.): „Wir kommen alle dran. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion 1934–1938“. In: Mittelweg (1997). H. 6. S. 20–45; Vgl. auch L. Babičenko: „Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase“. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism (1994/1995). Nr. 5/6. S. 35–39.

die Komintern von ihren internationalen Verbindungen und Netzwerken abgeschnitten.[374] Als weitere Zielgruppe waren die bereits erwähnten eher horizontal ausgerichteten Peripher- bzw. Massenorganisationen im Umkreis der Komintern betroffen, wie die sympathisierenden Organisationen, Massenorganisationen für spezielle Zwecke, antifaschistische Schriftsteller- und Kulturorganisationen und darunter besonders das sog. „Münzenberg-Imperium", weiterhin die politische Emigration in der Sowjetunion, mit unterschiedlicher „Behandlung" der verschiedenen nationalen Gruppen. Die Massenunterdrückung umfasste schließlich, wie es ein Politbürobeschluss beispielhaft belegt, die nichtrussischen Nationalitäten bzw. im Rahmen der sog. „nationalen Aktionen" die nationalen Minderheiten in der Sowjetunion selbst (siehe Dok. 431).

Der neue sowjetische Staatsnationalismus ging in den Jahren 1936/1937 verstärkt mit einem De-Internationalisierungsprozess der Komintern und der auf ihr aufbauenden internationalen Organisationen und Netzwerke einher. Die teilweise Auflösung der internationalen Kulturorganisationen und Netzwerke war ein deutliches Zeichen für die grassierende Renationalisierung, die die Kader, aber auch die gerade durch diese „Nicht-Regierungsorganisationen" erfassten Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler, Musiker, das Theater und die Filmkunst erfasste.[375] Die Antikriegsbewegungen wurden ihren antifaschistischen und internationalistischen Substraten und Zielen entfremdet und für die offiziellen Staatsinteressen der UdSSR instrumentalisiert, um dadurch Druck auf die internationale Diplomatie und den Völkerbund ausüben zu können.[376]

Der zeitgleich mit der Implementierung der Volksfronttaktik einsetzende „Große Terror" war Ausdruck und Voraussetzung für die weitere Renationalisierung des Kommunismus stalinistischer Prägung als internationale Bewegung. In seinem Brief an Stalin lieferte der leitende sowjetische Ökonom Eugen Varga am 28. März 1938 mit den Begriffen „einseitiger, beschränkter Nationalismus" und „Fremdenhaß" eine eindeutige Zustandsanalyse (Dok. 436).[377] Gegen die Spirale der ‚systemischen Paranoia' von Massenterror (Moshe Lewin) und großrussisch chauvinistischer Hetze richtete Varga als enger Mitarbeiter Stalins seinen Appell. Der Renationalisierungsprozess führte dazu, dass Kommunistische Parteien als potentiell verdächtig erschienen und

374 Siehe Bernhard H. Bayerlein: Weltüberwachung statt Weltrevolution. Zum Verhältnis von Terror und Rationalität in der Geschichte der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. In: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. v. Klaus Kinner u. Willi Beitz. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999. S. 42–65.

375 Rapport de l'émissaire du Komintern, Bohumír Šmeral, sur son séjour à Paris en 1937. In: Communisme (1994). nos. 38–39. S. 66–92.

376 Ursula Langkau-Alex: „Das Rassemblement Universel pour la Paix, die Sektion der deutschen Exilanten und der Weltfriedenskongreß in Brüssel 1936". In: Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Sigrid Bock, Wolfgang Klein u. Dietrich Scholze. Berlin 1989. S. 201–210, 330–332.

377 RGASPI, Moskau, 558/11/716, 18–21. Publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 766–770.

mit ihnen die gesamte Kommunistische Internationale. Nach dem Bucharin-Prozess im Jahre 1938 plante Stalin tatsächlich einen großen Scheinprozess gegen führende Kader der Kommunistischen Internationale, wie Togliatti, Mao Tse-Tung, Jacques Duclos und Walter Ulbricht, um sie der Kooperation mit dem Feind zu bezichtigen. Hitlers Forderungen nach der Bekämpfung der Kommunistischen Internationale bei Tolerierung, ja Akzeptierung des russischen Nationalismus nahm weitere Gestalt an.

Spurensuche: Der Deutschland-Russland-Komplex als Rationale des Terrors?

In der Forschung wurde bisher ein möglicher Nexus zwischen dem Terror gegen deutsche Kommunisten und den Stalinschen Annäherungsversuchen an NS-Deutschland nicht weiter verfolgt. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in dieser Phase liefern gleichwohl Material zu dieser Frage. Im Frühjahr 1937 war Stalin mit seinen Wiederannäherungsversuchen zunächst abgeblitzt. Im Reichstag ließ Hitler am 30. Januar 1937 „keinen Zweifel darüber (...), dass wir (...) im Bolschewismus eine unerträgliche Weltgefahr erblicken."[378] Dabei versteifte er sich fälschlicherweise immer noch darauf, dass Sowjetrussland das „Ziel eines engeren Militärbündnisses mit Frankreich" sowie „eine weitere Annäherung mit England" anstrebe.[379] Am 16. März 1937 setzte Göring die Akzente allerdings anders, als er im Gespräch mit Stalins geheimem Emissär Kandelaki das Scheitern der Verhandlungen erklärte. Das Hauptproblem der gegenseitigen Beziehungen liege – wie Göring ausführte – darin, „daß die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Komintern erkennen kann." Daher halte sie es „nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, da sie dafür keine Grundlage sieht".[380]

Geht man von der Ernsthaftigkeit der Pläne Stalins als Prämisse aus, bildeten sowohl der deutsche, als auch der polnische Kommunismus ein ursprüngliches Hindernis für die Realisierung einer umfassenden politischen Allianz zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Tatsächlich war die Zerschlagung der Kommunistischen Partei Polens zentrales Ziel Stalins, und zwar, wie es die Dimitrov-Tagebücher aufdeckten, bereits spätestens seit dem Jahr 1935. Auf einen Brief Dimitrovs vom 28. November 1937 über die (zwischenzeitlich erfolgte) Liquidierung der KP Polens notierte Stalin in seiner üblichen Weise handschriftlich: „Mit der Auflösung kommt ihr ca. zwei Jahre zu spät. Es muss aufgelöst werden, aber in der Presse veröffentlichen sollte man es meiner Meinung nach nicht."[381]

378 Slutsch, Stalin und Hitler, S. 73f.
379 Slutsch, Stalin und Hitler, S. 75.
380 Brief Kandelakis an Stalin, kurz nach dem 29.1.1937. Publ. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 86.
381 Ohne Angabe der Archivquelle publ. in Adibekov, Anderson, Širinja, Rogovaja, Politbjuro i Komintern, S. 757–760.

Die KPD ihrerseits, die von der Sowjetunion alleingelassen wurde, existierte infolge der NS-Verfolgungen bereits seit 1936, nach der Zerschlagung der letzten noch funktionierenden illegalen Regionalgliederungen, nicht mehr als strukturierte und aus dem Lande selbst angeleitete und zentralisierte kommunistische Parteiorganisation. Zusätzlich setzten gerade Ende 1935/Anfang 1936 gezielte Säuberungsaktionen gegen deutsche Kommunisten in der Sowjetunion ein, die zunächst gegen ehemalige Oppositionelle und „Versöhnler" gerichtet waren und schließlich auch die Leitungskader des militärpolitischen Apparates um Kippenberger sowie deutsche Kommunisten und sogar Sympathisanten erfassten, die auf irgendeine Weise in der über 15-jährigen Parteigeschichte Kontakte mit trotzkistischen und anderen oppositionellen Strömungen hatten. Die Repression erstreckte sich darüber hinaus auf ehemalige Mitglieder des Politbüros und wichtige Leitungskader, von denen ein großer Teil Vertrauenspersonen des in NS-Haft sitzenden KPD-Führers Thälmann waren, und schließlich auf die gesamte deutsche politische Emigration in der Sowjetunion, die fast gänzlich ausgelöscht wurde. Der Terror traf selbst die treuesten Kader, was eine gewisse Rationalität erkennen lässt. Bisherige, auf eher zufälligen und fiktiven Phänomenen aufbauende Thesen greifen zu kurz, dabei sollte der stalinistische Terror gegen deutsche Kommunisten stärker in seiner prophylaktischen Funktion und die Funktion der KPD eher als potentielles Hindernis für eine spätere Vereinbarung zwischen beiden Diktaturen in Betracht gezogen werden.

Komplottkonstruktionen, Zerschlagungsintentionen und Narrative: Rekonstruktionsversuche

Auch die empirische Rekonstruktion der einzelnen Repressionsmaßnahmen weist auf die Bedeutung des deutschen Faktors hin. Ausgangspunkt des Verschwörungskonstrukts war – entsprechend der stalinistischen Verfolgungslogik – die Bildung eines vermeintlichen „polnisch-deutschen Blocks" Anfang der dreißiger Jahre. Man findet auch Hinweise auf das XII. Plenum des EKKI durch „Gruppen" um Heinz Neumann und Lénski (d. i. Julian Leszczynski). Zu dieser Gruppe soll dann Knorin gestoßen sein, der als Leiter des Mitteleuropäischen Büros der Komintern auch für Polen zuständig war. Hiervon ausgehend sei die Bildung eines sog. (Anti-) Kominternblocks erfolgt, der auch als feindliche „Organisation im EKKI" bezeichnet wurde.

Auch das Verhörprotokoll des offensichtlich vor seiner Erschießung 1937 mit Folter überzogenen Leiters des internationalen Verbindungsdienstes der Komintern (OMS), Aleksandr Lazarevič Abramov-Mirov, gibt Hinweise auf ihre reale und imaginierte Struktur.[382] So wird die Bildung einer „Führung" der „Organisation im EKKI"

382 Siehe Bernhard H. Bayerlein, Peter Huber: Protokolle des Terrors. Teil II. A. L. Abramov-Mirov und V. G. Knorin in Verhörprotokollen des KGB. Aus dem Russischen übersetzt von Olaf Kirchner. In: Bayerlein, Entwaffnete Utopien, S. 216–229.

auf Ende 1932/Anfang 1933 datiert. Als leitende Gründungsmitglieder und Komintern-Funktionäre werden Pjatnickij, Knorin, Kun und Anton Pavlovič Kraevskij genannt, die drei Letztgenannten polnischen bzw. ungarischen Ursprungs. Um diese herum hätten sich jeweils weitere EKKI-Mitarbeiter gruppiert. Im Falle Pjatnickijs soll es sich dabei neben dem Leiter der Organisationsabteilung der Komintern, Boris Vasil'ev, um Michail Grol'man, Niilo Virtanen sowie Boris Iosif Idel'son als Instrukteure derselben gehandelt haben (die drei Letztgenannten finnischen bzw. baltischen Ursprungs), im Falle Knorins um Grigorij Smoljanskij, dem stellvertretenden Leiter des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern (MELS) unter der Leitung Knorin, Karol'skij, dem Pseudonym des ebenfalls polnischen Abraham Weissblum, und zusätzlich um einige deutsche Mitarbeiter des MELS. Um Béla Kun schließlich sollen sich der deutsche „Versöhnler" Heinrich Süsskind sowie einige weitere, von diesem entsandte Personen aus Mitteleuropa geschart haben. Von den leitenden Mitarbeitern der vermeintlichen (Antikomintern-) Organisation soll der Pjatnickij verbundene Ungar Lajos Milhofer (russifiziertes Pseudonym: Mad'jar) häufiger als andere nach Paris gereist sein;[383] dort soll er – neben Münzenberg, der ebenfalls Mitglied der Organisation gewesen sein soll (!) – in Kontakt mit dem Sekretariat Trotzkis und mit Unterstützung Val'ters (Walter), des stellvertretenden Leiters der Parteiabteilung für Internationale Verbindungen der Komintern, mit zahlreichen weiteren Mitgliedern der Organisation getreten sein, besonders aus der KPD.[384]

Sowohl die Konstruktion einer Art deutsch-polnischen Blocks von 1932, als auch die Verstrickungen polnischer oder für Polen zuständiger Kominternmitarbeiter ist als Vorbereitung einer von Stalin veranlassten Vernichtung der KP Polens zu sehen. Ein Jahr vor Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes befasste sich am 16. August 1938 das Präsidium des EKKI, wie es lapidar hieß, mit „organisatorischen Problemen der KP Polens". In Wirklichkeit handelte es sich dabei um eine der blutigsten Aktionen in der Geschichte der Arbeiterbewegung: der Auslöschung einer Kommunistischen Partei sozusagen von innen heraus, nicht durch den Klassenfeind, darunter besonders der Führung und der Leitungsapparate, die ca. 5.000 Opfer forderte. Wie es dazu lapidar im Protokoll hieß, hatte das Präsidium des EKKI die Entscheidung des Präsidiums der IKK über die Auflösung der KP Polens gebilligt.[385]

---

383 Was nicht erstaunt, denn Mad'jar war Instrukteur des EKKI für und in Deutschland in der ersten Hälfte der 1930er Jahre; Siehe die Ausschnitte aus seinen Berichten, Dok. 286, 289.

384 Bei „Walter" handelte es sich möglicherweise um Josip Broz (Ps.: Tito), der zu dieser Zeit in Paris für den EKKI-Apparat tätig war. Dies könnte bedeuten, dass auch Tito sich im Fadenkreuz des Terrors befunden hatte.

385 Das entsprechende Dokument wurde von Škirjatov aus der unmittelbaren Umgebung Stalins, im Namen der Kommission für Parteikontrolle beim ZK der VKP(b), dem Präsidium des EKKI zugeleitet, nicht von der IKK selbst. Soweit es eine erste Entzifferung im Kominternarchiv erlaubte, war die (nachträgliche) Zustimmung des Präsidiums des EKKI zur Ermordung der polnischen Kommunisten und ihrer Führungsspitze von Dimitrov, Manuil'skij, Moskvin (d. i. Trilisser), Kuusinen, Florin und Togliatti unterzeichnet worden.

Aus dem Verhörprotokoll Abramovs geht hervor, dass eine angebliche Verstrickung der OMS in dieses Komplott konstruiert wurde, um eine Handhabe für seine Liquidierung zu schaffen, was zugleich die Liquidierung des Nervenzentrums der Komintern bedeutete. Die Abteilung wurde als wichtigstes Organ der Komintern eingeschätzt: „In der letzten Zeit haben die Organe des NKVD eine Reihe von Volksfeinden aufgespürt und eine weitverzweigte Spionageorganisation im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders ‚ungesäubert' erwies sich die wichtigste Abteilung der Komintern: der Nachrichtendienst, der jetzt völlig aufgelöst werden muß. Die Neubildung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgewählte und überprüfte Mitarbeiter muß in Angriff genommen werden."[386] Im konkreten Fall führte der Terror zur de facto Übernahme des Verbindungsdienstes der Komintern durch das NKVD. Der dem zugrundeliegende eigentliche Grund erscheint in einem gemeinsamen Brief von Dimitrov und Manuil'skij an den Sekretär des ZK der VKP(b), A. Andreev. Die OMS mit ihren Verbindungsstellen („Punkte") im Ausland, besonders dem Kopenhagener Punkt, erwies sich in dieser Logik als Zentrum der Verschwörung gegen die Komintern. Die alten Verbindungen der „Organisation" sollen über „den internationalen Kanal", der OMS, aufrechterhalten worden sein. Dank der OMS-Kanäle gelang die seinerzeit höchste Form des Verrats: Der Kontakt zu Trotzki in Frankreich bzw. in Norwegen konnte hergestellt werden, und durch den Leiter des OMS war Trotzki und das Sekretariat der Vierten Internationale finanziert worden.

Als Vize der Komintern beklagte Manuil'skij, dass infolge der Liquidierung einer ausgedehnten Spionageorganisation die Komintern vollkommen vom Ausland abgeschnitten worden sei. Durch die Entlassung von ca. 100 Funktionären und Mitarbeitern, die überprüft und als nicht vertrauenswürdig befunden worden waren, sei der Apparat der Komintern im Grunde lahmgelegt worden. Gefordert wurde die Wiederauffüllung durch russische Mitarbeiter, da eine Reihe von Sektionen der Komintern in die Hände des Feindes gefallen seien. Einzelne Abteilungen, wie die wichtigste Abteilung, der „Nachrichtendienst", müssten vollkommen aufgehoben werden (Dok. 427). Eine grimmige Ironie ist dabei, dass der von der Spitze induzierte Chauvinismus und Fremdenhass in der Sowjetunion sogar in der Komintern dazu führte, dass alle ausländischen nicht-kommunistischen Zeitungen in den Sekretariaten und Abteilungen der „Weltpartei des Proletariats" seit August 1937 in geschlossenen Schränken aufbewahrt werden mussten (Dok. 420).

In den Aussagen gegenüber seinen Folterern in der Lubjanka hob Abramov ebenfalls die Bedeutung einer regulären Verbindung zur „Vierten Internationale" über den Pariser Punkt der OMS hervor, was erklären mag, warum viele der westlichen Mitarbeiter der OMS in Paris ihr Leben lassen mussten. Auch Knorin richtete in seinem Verhör die zentralen Anklagen gegen Abramov und die Kanäle der OMS. Er beschuldigte ihn, gemeinsam mit Münzenberg (!) Subventionen und diverse Zah-

386 Reinhard Müller: Der Antikomintern-Block. Prozeßstruktur und Opferperspektive. In: UTOPIE kreativ (Juli/August 1997). H. 81/82. S. 82–95, hier: S. 85.

lungen aus den Budgetreserven der Komintern entnommen (über die OMS erfolgten auch die Zahlungen an die Kommunistischen Parteien) und an zahlreiche oppositionelle Nebenorganisationen in Westeuropa (Antifaschistisches Komitee, die Zeitschrift *Monde* unter der Leitung von Barbusse u. a. m.) weitergegeben zu haben. Vor dem VII. Weltkongress soll Henrykowski (d. i. Saul Amsterdam) die Korrespondenz der „Organisation" aus Kopenhagen nach Moskau weitergeleitet haben, darunter nicht nur das in Paris herausgegebene *Bjull'eten Oppozicii*, des hauptsächlich von Trotzkis Sohn Leon Sedov betreuten „Bulletin der Opposition (Bolschewiki-Leninisten)", das von 1929 bis 1941 erschien, sondern auch zwei Briefe Trotzkis an Radek und Pjatnickij. Abramov will diese ungeöffnet den Adressaten übergeben haben. Eine weitere makabre Note erhielten die Beschuldigungen durch zahlreiche Hinweise nicht nur auf Radek, sondern auch auf Jagoda, des ersten „großen" bürokratischen Administrators des Stalinschen Terrors. Dabei soll Pjatnickij seinerseits den von Stalin abgesetzten Vorsitzenden des NKVD, dessen Prozess gerade vorbereitet wurde, „über die Lage mit der Verbindung zu Trotzki und zu den wichtigsten trotzkistischen Gruppen in Europa" regelmäßig informiert haben.

Transnationaler Terror als Präventivmassnahme

Anklagekonstrukte und „Drehbücher" lassen sich nicht allein als fiktionale, aus der Ästhetik der Diktaturen heraus entstandene Phänomene erklären. Vielmehr bilden sie eine Art Palimpseststruktur – so werden die mittelalterlichen Schriftrollen genannt, die einmal oder mehrmals überschrieben wurden – die zwar Veränderungen, Aufschmelzungen und Übertünchungen beinhalten, in denen jedoch durch Abtragen verschiedener übermalter Schichten ein gewisser Realitätsbezug erneut durchscheint. Offensichtlich ging es auch hier der Stalinschen Führung darum, zu verhindern, dass die realiter bestehenden politischen Dissenzen an die (Partei-) Öffentlichkeit gelangten, um nicht unfreiwillig eine Bresche für Protestbewegungen zu schlagen. Insofern sind die „Säuberungen" im Apparat der Komintern auch als Präventivschlag einer verunsicherten, nur noch auf das NKVD gestützten sowjetischen Führung gegen drohende Gefahren und vermutete potentielle Opponenten zu verstehen, nicht ausschließlich als blinder (und zumal dysfunktionaler) Terror.

Trotz einer abwegigen inhaltlichen „Beweisführung", was die Kontakte zu Trotzki und dem ominösen „Sekretariat der Vierten Internationale" anging, dürften Hinweise auf eine Involvierung der Verbindungsstrukturen der Komintern nicht reine Konstrukte gewesen sein.[387] Der Verbindungsdienst unterhielt ein weitverzweigtes, multidirektionales und multifunktionales, insgesamt nur schwer kontrollierbares

387 Der erklärende Hinweis bei Reinhard Müller auf die Produktion einer möglichst großen Anzahl von „Verbindungen" als (nach Hannah Arend) selbstreferentielle Eigenschaft totalitärer Diktaturen ist hilfreich. Im Falle der OMS, deren (insofern auch durchaus gelungene) Aufgabe explizit die Herstel-

transnationales Netzwerk. Trotz vorhandener Übertreibungen und falscher Selbstdarstellungen liefern die Komintern-Saga des Jan Valtin (Ps. Richard Krebs) oder die Erlebnisberichte über den gescheiterten brasilianischen Aufstand von „General" Prestes in Rio de Janeiro 1935 diesbezüglich anschauliche Belege.[388]

Die Indizien für eine „Übernahme" des Verbindungsdienstes der Komintern durch das NKVD sind eindeutig. Während einer ersten Phase stellten ausländische, nicht-russische Angestellte die Mehrheit der Mitarbeiter (65 bis 100 in Moskau). Nach den „großen Säuberungen" wurden diese durch jüngere sowjetische Apparatschiki aus dem NKVD oder der GRU ersetzt. Trilisser, der als Sekretär des EKKI von Juni 1937 bis November 1938 für den Dienst zuständig war, gelangte dorthin als Leiter des Internationalen Sektors der GPU. Auch der ausgetauschte neue Leiter des Verbindungsdienstes, K. P. Sucharev, kam vom NKVD. Infolge der Säuberungen gehörten ältere Mitarbeiter der OMS, wie Ja. Zys'man (Süssmann), A. A. Samoilov oder P. Ch. Mezis, zu den großen Ausnahmen. Ein Nebeneffekt der Russifizierung bis Anfang der vierziger Jahre war die Verjüngung des Personalbestandes in Moskau. Der Dienst wurde damit stärker von ausländischen Einflüssen abgeschottet, wobei über die Neuorganisation des weltweiten Netzes des Verbindungsdienstes und der Verbindungspunkte bisher nur wenige gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

Das Beispiel der OMS illustriert den fundamentalen Transformationsmechanismus der Leitungsstruktur der Komintern von einem internationalistisch orientierten (und in großen Teilen mit ausländischen Kommunisten besetzen) zu einem russischen, von den Organen der politischen Polizei bzw. den Diensten dominierten Apparat. Die Konsequenzen dieser Entwicklung reichten weit über die Komintern hinaus, die ohnehin bereits auf eine Initiative Stalins hin als letztes Geschenk an Hitler, um diesen zu erweichen und vom Angriffsplan abzuhalten, 1941 aufgelöst werden sollte, was schließlich unter anderen Bedingungen 1943 realisiert wurde.[389] Der russische Nationalkommunismus und seine staatlichen Unterdrückungsorgane sicherten fortan die Kontrolle über die nationalen kommunistischen Sektionen definitiv ab.

Analysiert man diese Konstrukte als historische Phänomene und betrachtet sie nicht nur als eine Art totalitäres Teufelswerk, ist frappierend, dass in den Beschuldigungen die aktuelle Situation und Politik sowohl der Komintern als auch der sowjetischen Führung weitgehend abwesend ist. Hinter den Akklamationsorgien des Parteiapparats verbarg sich bei allem ausgeübten Terror weiterhin ein Oppositions-

---

lung und Unterhaltung eines weltumspannenden illegalen Kontakt- und Kommunikationsnetzes für Informationen, Güter und Gelder war, schießt dies allerdings über das Ziel hinaus.

388 Siehe William Waack: Camaradas nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935. 5. Aufl. São Paulo: Companhia das Letras 2005; Vgl. Ders.: Die vergessenen Revolution: Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1994 (Aufbau-Taschenbücher: Dokument und Essay. 8013).

389 Der Auflösungsversuch im Jahre 1941 ist erstmals in den Dimitrov-Tagebüchern belegt, siehe Dimitroff, Tagebücher, I, S. 374f.

potential, das trotz Abschwörungen und Treuebekenntnissen den Bezug zur Revolution noch nicht gänzlich verloren hatte und vielleicht auch zu einer Absetzung Stalins bereit war. Der Terror hatte nicht nur eine zersetzende Wirkung, er war seinerseits Auslöser für erneute Resistenzen, die bisher kaum in den Blick genommen wurden. Pjatnickij, die *éminence grise* der Komintern, wurde verhaftet, nachdem er auf dem Juniplenum des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion 1937, das den Massenterror zum Prinzip erhob, diese Ausweitung als Problemlösung abgelehnt hatte. Auch die hier veröffentlichten kritischen Aufforderungen Münzenbergs, Bucharins, teilweise auch Litvinovs an Stalin bzw. das Politbüro, nun endlich deutliche und wirksame Maßnahmen gegen die zunehmenden NS-Provokationen einzuleiten, sind weitere Hinweise (Dok. 379 u. a.). Als weiteres, in diese Richtung weisendes Indiz hatten die beiden Hauptangeklagten des Zweiten Moskauer Prozesses, Radek und Pjatakov, gegen den von Stalin anfangs verfolgten Kurs der Nichteinmischung im Spanischen Bürgerkrieg ein stärkeres internationalistisches Engagement der Sowjetunion gegen den Faschismus gefordert.

Dass die Sowjetunion mit Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs im Juli 1936 zunächst (ähnlich wie gegenüber Deutschland) eine Politik der strikten Nichteinmischung verfolgte, wurde weitgehend aus der historischen Erinnerung verdrängt. Wie aus einem hier veröffentlichten sowjetischen Politbürobeschluss hervorgeht, wurde ein striktes Verbot von Munitions- und Fluggerätexporten nach Spanien erlassen, das in der *Pravda* vom 30. August 1936 amtlich dokumentiert wurde (Politbüro VKP(b), 29.8.1936). In Punkt 2 des Beschlusses wurde der Beitritt der Sowjetunion zum seitens internationaler linker und Menschenrechtsorganisationen heftig kritisierten Londoner Nichteinmischungskomitee verkündet, das von 27 Staaten auf Initiative Frankreichs einberufen worden war. Dass der sowjetische Nichteinmischungsbeschluss bereits im September/Oktober 1936 wieder umgestoßen wurde und die Sowjetunion unter dem Deckmantel der Komintern Waffen und Freiwillige nach Spanien schickte, kann somit nicht zuletzt auf die genannten Widerstände hoher sowjetischer Funktionäre gegen den Nichteinmischungskurs zurückgeführt werden.[390] Die darauf folgenden geheimsten Beschlüsse zur Entsendung von Waffen und Internationalen Brigaden nach Spanien einschließlich der Inempfangnahme der Goldreserven der spanischen Regierung „zur Aufbewahrung“ in der Sowjetunion werden hier in Politbürobeschlüssen nachgewiesen (Politbüro VKP(b), 11.10.1936 u.a.). Allerdings blieb die Sowjetunion formell auch Mitglied des Londoner Nichtinterventionskomitees. Die dort vollführte diplomatische Akrobatik kann anhand der neuen russischen Edition

390 Stephen Cohen mutmaßte, dass gerade die inner- und außersowjetische Opposition gegen den Stalinschen Kurs im Spanischen Bürgerkrieg eine Art Matritze für den zweiten Moskauer Prozess bildete. Broué verstärkt dieses Argument unter Hinweis auf einen Izvestija-Artikel Karl Radeks unter dem Titel „Die Kriegstifter bereiten die Intervention gegen die spanische Revolution vor“ (Izvestija, 4.8.1936), in dem er offen zur Unterstützung der spanischen Revolution aufforderte. Radek-Biograph Fayet wendet sich gegen diese Interpretation; Pierre Broué: Staline et la Révolution. Le cas espagnol. Paris: Fayard 1993. S. 134ff.; Fayet, Karl Radek, S. 699.

der Tagebücher Ivan Maiskijs, des sowjetischen Vertreters im Komitee, nachvollzogen werden.[391]

Die deutsche Politemigration in der Sowjetunion als Zielscheibe: Der Beginn der Repression

Nach einem hier veröffentlichten Bericht des Exekutivkomitees der Internationalen Roten Hilfe mit „Tatsachenmaterial" reisten von 1931 bis 1933 1.725 Emigranten in die Sowjetunion ein. 1933 kamen 35 % aller Emigranten aus Deutschland. Im Mai 1934 wurde seitens der IRH die mangelnde Bereitschaft der Sowjetorganisationen kritisiert, Politemigranten gebührend zu behandeln (Dok. 345). Einer Aufstellung vom Februar 1936 zufolge wurden seit 1920 insgesamt ca. 37.731 Politemigranten aus den diversen Kominternsektionen in der Sowjetunion aufgenommen und davon ca. 8.100 in die KPdSU(b) überführt (Dok. 377). Sog. „Wirtschaftsemigranten" und Politemigranten zusammengenommen hielten sich 5–6.000 Deutsche in dieser Phase in der Sowjetunion auf (Dok. 401). Nach anderen Zahlen wurden von insgesamt ca. 4.000 deutschen Politemigranten 2.600 in die KP der Sowjetunion überführt. Hier wurde sehr früh der Hebel angesetzt und Repressionsmaßnahmen erfolgten bereits im Herbst 1934. So beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion bereits am 9. August 1934 auf Anfrage des NKVD, sog. deutsche Mitglieder gleich zweier aufgedeckter „faschistischer Organisationen" – eine davon soll in der Redaktion der „Deutschen Zentral-Zeitung" entdeckt worden sein – aus der Sowjetunion abzuschieben. Dagegen sollten die russischen Angeklagten einer „Sonderberatung" des NKVD unterstellt werden.[392] Im Herbst 1934 erfolgte der (begrenzte) Umschwung in der sowjetischen Politik zugunsten von Vereinbarungen mit den westeuropäischen Demokratien, obwohl Stalin weiterhin Zeichen des guten Willens an die NS-Führung aussandte.

In einem Bericht für eine spezielle Sitzung im Sekretariat der Komintern kündigte der Leiter der Kaderabteilung der Komintern, Anton Kraevskij (d. i. Wladislaw Stein) bereits im Oktober 1934 eine Säuberung der deutschen Emigration in der Sowjetunion an. Dem Beispiel der ungarischen und jugoslawischen Emigration folgend, sollten eine Säuberung der KPD-Emigration und darüber hinaus auch der KP Polens durchgeführt und die Ergebnisse vor das ZK der VKP(b) gebracht werden (Dok. 356).[393] Neue

391 Aleksandr Chubarjan (Hrsg.): Ivan Michailovič Maiskij: Dnevnik diplomata. London 1934–1943. Bd. 1. Moskva: Nauka 2006 (Naučnoe nasledstvo. 33); Zu den Tagebüchern siehe Bernhard H. Bayerlein: L'histoire du communisme à travers les correspondences et les journaux de Georgi Dimitrov et d'Ivan Maiskij. In: Archives et histoire dans les sociétés postcommunistes. Hrsg. v. Sonia Combe. Paris: La Découverte/BDIC 2009. S. 67–92.
392 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 4.
393 Bericht des Leiters der Kaderabteilung der Komintern, Anton Kraevskij (Wladislaw Stein), mit der Ankündigung einer Säuberung der deutschen Emigration in der Sowjetunion, [Moskau], 25.10.1934; RGASPI, Moskau, 495/21/23, 16.

Töne ließen sich vernehmen, denn so beklagte Elena Stasova im Namen der Internationalen Roten Hilfe Chauvinismus bei deutschen Politemigranten (Dok. 370A). Der Lette Michael Avatin (Ps.: E. Lambert), der u. a. die internationalen Seemannsclubs überwachte, hatte entsprechende Meinungen kolportiert („Die deutschen Emigranten sind Faschisten ohne Hitler") und sich denunziatorisch dagegen gewandt, dass an der Spitze aller Organisationen der Roten Hilfe Deutsche mitarbeiteten, „welche die Gelder der Organisationen auf Kosten der Politemigranten anderer Nationalitäten sparen." Eine solche Lage sei unerträglich, da die Beteiligten nicht schwiegen. Sollten die Massen von solchen „Schweinereien" erfahren, würden sie sich von der Solidarität abwenden (Dok. 370A).

Exemplarischer für die schroffere Behandlung deutscher Kommunisten in der Sowjetunion bereits vor dem Beginn des großen Terrors ist der Fall des deutschen Kommunisten Kurt Nixdorf. Im September 1935 schrieb dieser bereits zum zweiten Mal an Molotov, dem er 1931 Deutschstunden gegeben hatte (Dok. 369). Der ehemalige stellvertretende Wirtschaftsredakteur der „Moskauer Rundschau" befand sich schon seit ca. Juli 1935 im Lager, u. a. weil er einer Studentin einen Roman von Ernst Jünger ausgeliehen hatte (!). Seine nun acht Monate andauernde Inhaftierung sah er als „politische Lehrstunde", in der er „mehr über die Verpflichtungen eines Sowjetbürgers" gelernt habe als in den fünf Jahren seiner Emigration. Er bat nun Molotov um Freilassung, um weiterhin für das Wohl der Sowjetunion wirken zu können, u. a. habe er bereits Material für eine deutschsprachige Puschkin-Biographie gesammelt.

Nixdorfs Gesuch an den VII. Weltkongress wurde jedoch abgelehnt. Er blieb im GULAG, aus dem er 1937 geholt wurde, um am 14. September auf dem Donskoe-Friedhof erschossen zu werden. Bereits im Herbst 1934 wurden sog. „Informationen" über eine „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern" (die Benennung stammt vermutlich aus 1936) mit an die Innenbehörde Narkomvnudel weitergegeben, der Emel, David, Olberg, Lipsič u. a. angehört haben sollen (Dok 386). Alle Genannten gehörten später zu den Angeklagten des 1. Moskauer Prozesses. Die Kominternbeschlüsse zur politischen Emigration kommentiert die Historikerin Carola Tischler: „Ziel war es, alle Emigranten, deren Verbleib in der Sowjetunion nicht unabdingbar war, aus der UdSSR zu entfernen. Auch Personen, die sich der Partei auf die eine oder andere Art verdächtig gemacht hatten – durch Probleme bei der Alltagsbewältigung, was als mangelnde Loyalität mit dem Land angesehen wurde, oder durch Zugehörigkeit zu früheren fraktionellen Gruppierungen – sollten die UdSSR verlassen."[394] Die Mehrheit der deutschen Emigranten in der Sowjetunion wurde nun überprüft. Verhaftungen und Ausweisungen von KPD-Emigranten betrafen ca. 3.000 der insgesamt 4.000, das Gros zwischen Oktober 1937 und März 1938. Die Kommandierung nach Spanien bewahrte viele vor der Verhaftung, wie der Fall Kurt Schwotzer (alias Karl Hess) exemplarisch zeigt.[395]

394 Tischler, Flucht in die Verfolgung, S. 96f.
395 Tischler, Flucht in die Verfolgung, S. 108f.

Per Mitglieder-Umfrage beschloss das russische Politbüro am 28. September 1935 die Einrichtung einer ständigen Kommission zur Überführung ausländischer Kommunisten in die VKP(b). Anfang 1936 verschärfte sich der Ton gegenüber den Politemigranten auch seitens der Komintern. Manuil'skij übernahm hierbei die Rolle des Einpeitschers, um Fakten zu schaffen. Im Januar wollte er mit Nikolaj Ežov über Maßnahmen gegen das „Einsickern von Spionen und Diversanten" aus dem Ausland sprechen (Dok. 374) und forderte die Schließung der „grünen Grenzen" für Politemigranten, d. h. die Begrenzung ihres Zuzugs in die UdSSR, sowie ihre Registrierung und Überprüfung, den Umbau der politischen und kulturellen Arbeit unter den Politemigranten und schließlich den Austausch der Führung der Internationalen Roten Hilfe. Das Politbüro der KP der Sowjetunion verfügte darüber hinaus, dass Mitarbeiter ausländischer Verlage sowie Mitglieder des EKKI nicht befugt seien, ohne Genehmigung Manuil'skijs Informationen über das Ausland an die Sowjetpresse weiterzuleiten.[396]

Allerdings gab es auch Gegenbewegungen. Am 5. Januar 1936 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Beschluss, das NKVD anzuhalten, Eingaben des Außenkommissariats für verhaftete Ausländer stärker zu beachten. In weniger schwerwiegenden Fällen sei die Abschiebung der Betreffenden der Überstellung an ein sowjetisches Gericht vorzuziehen. Nur im Falle „äußerster Notwendigkeit" sollte hinter geschlossenen Türen verhandelt und den Angeklagten eine Verteidigung vorenthalten werden(!). Das NKVD wurde angehalten, Verhaftungen ausländischer Staatsbürger künftig nur nach erfolgter Genehmigung durch Molotov oder das ZK-Sekretariat der VKP(b) vorzunehmen.[397]

Die Repression gegen deutsche Kommunisten: Narrative und Realität

Von 1936 an erfolgte die Repression gegen die deutschen Kommunisten zielgerichtet nach bestimmten Kriterien. Zunächst wurden die unterschiedlichen Personengruppen definiert und mittels der in der Kaderabteilung verfügbaren Akten beschrieben und charakterisiert, bevor die Verhaftungen einsetzten. Dabei wurde u. a. die frühere Umgebung Thälmanns selektiv gesäubert, wie es aus dem hier veröffentlichten Brief der Kaderabteilung über Thälmanns ehemaligen Sekretär Werner Hirsch hervorgeht (Dok. 384). Zusätzlich wurde gegen die vermeintliche „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern" mit Emel, David, Olberg, Lipsič u. a. vorgegangen (Dok. 386). Kurz vor Beginn des ersten Schauprozesses gegen Grigori Sinowjew, Lev Kamenev, Ivan Smirnov, Sergej Mratčkovskij und 12 andere Funktionäre (19.–24. August 1936) des „trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums" („Prozess der 16") wurden entsprechende Informationen an Ežov und Jagoda weiter-

396 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 116.
397 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 24.

gegeben. Interessanterweise wies man dabei daraufhin, dass diese bereits im Herbst 1934 an das Narkomvnudel weitergegeben worden und offensichtlich unbeachtet geblieben seien, ein Hinweis auf einen frühen Beginn der Säuberungsplanungen. Allenthalben wurden nun Verbindungen mit Sinowjew konstruiert und kolportiert, so auch im Falle Heinz Neumanns, der sich noch bei Dimitrov über eine in der Humanité als Beleg dafür publizierten Aussage von Rejngol'd beschwerte, dass er mit Sinowjew („diesem Gesindel“) verbunden gewesen sei (Dok. 389).[398]

Die deutsche Parteiführung, besonders Pieck, zollte den bereits 1935 einsetzenden Verhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion lebhaften Beifall. In einem Brief an die operative Leitung der KPD forderte er im Juli die „Ausrottung“ der Ursachen, die „vom Auslande eingeschleppt wurden.“ (Dok. 385). Florin gegenüber konstruierte er nun einen Nexus zwischen der Verhaftung von über 50 deutschen Kommunisten und einem angeblichen Verrat an die Gestapo, wenn „wir uns nur vergegenwärtigen, in welchem Umfange immer wieder Verhaftungen im Lande erfolgten und wir niemals ernstlich nachkontrollierten, auf welche Ursachen das zurückzuführen war.“ (siehe Dok. 387). Nach den Unterlagen der Kaderabteilung wurden 1935/1936 insgesamt 126 deutsche Kommunisten verhaftet, die in die drei Hauptgruppen „Trotzkisten“ (38), „Verbindung mit Gestapo und deutsches Konsulat“ (50) und „andere sowjetfeindliche Elemente“ (38) unterteilt wurden. Pieck blieb jedoch bald selbst nichts anderes mehr übrig, als sich in die allgemeine Selbstkritik einzubeziehen, vor allem nachdem sein ehemaliger Sekretär David „überführt“ wurde, geplant zu haben, auf dem VII. Weltkongress Stalin zu erschießen. Gute Mine zum bösen Spiel machend, forderte er nun, dass „dadurch endlich einmal diese Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt [wird], die sich in der hiesigen Emigration gebildet hat.“ (Dok. 387).

Auffälligerweise bezogen die Verfolgungen neben David eine Reihe jüdisch-deutscher Politemigranten ein, bei denen die Durchforschung ihrer Parteivergangenheit „typische“ „trotzkistische oder fraktionelle“ Tätigkeit erwiesen habe. In einem kurz darauf erfolgten Beschluss des EKKI und des Büros der IKK über die Kriterien für den Ausschluss von Kommunisten aus den Kommunistischen Parteien wurden die Parteimitglieder faktisch zu Vogelfreien erklärt (Dok. 388). Anfang September 1936 legte dann die Kaderabteilung der Komintern ein Memorandum über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“ vor, das eine Personencharakteristik von (31 + 8) verdächtigen „Trotzkisten und anderen feindlichen Elementen“ enthielt (Dok. 391). Ende dieses Monats fasste dann das sowjetische Politbüro einen Beschluss, ehemalige Oppositionelle kollektiv als „Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie in Europa“ einzustufen (Dok. 393).

398 Auf seine Nachfrage hin habe ihm Černin mitgeteilt, dass die Humanité den Artikel selbst fabriziert haben müsse, da entsprechendes weder über RUNA noch über TASS kommuniziert worden sei.

Vom 23. bis 30. Januar 1937 fand der gegen Georgij Pjatakov, Karl Radek, Grigorij Sokol'nikov, Nikolaj Muralov, Leonid Serebrjakov und 12 andere Funktionäre minuziös bis zur Reihenfolge des Aufrufens der Zeugen vorbereitete 2. Moskauer Schauprozess statt („Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“) (Dok. 400). Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger und sein dänischer Kollege Martin Andersen Nexø erhielten den Status von Prozessbeobachtern. Noch während des Ablaufs wurde die deutsche Politemigration kollektiv als durch Gestapo und anti-sowjetische Organisationen vergiftet bezeichnet (Dok. 401). Die „verdächtige“ Haltung zahlreicher früherer Mitarbeiter des KPD-Apparates wurde als aus ihrer Isolierung entstandener „Gefahrenpunkt“ charakterisiert. Die Konsequenzen für die auf besonderen Listen aufgeführten Parteimitglieder waren genauso tödlich, wie für die Mitarbeiter der Kaderabteilung der Komintern, die, wie Černomordik, Mertens und Müller, die Informationen zusammengetragen und jeweils in die passenden Narrative eingepasst hatten.

Sehr eindringlich kommt die Tragödie des unerklärten Krieges Stalins gegen eigene Landsleute und Ausländer, besonders gegen deutsche Kommunisten, Politemigranten und Russlanddeutsche, die selbst nach ihrem Tod nicht rehabilitiert wurden, in einem Bericht des Leiters der Kaderabteilung der deutschen Vertretung in der Komintern, Paul Jäkel („Dietrich“), vom 29. April 1938 zum Ausdruck (Dok. 439). Dem Bericht zufolge gab es Anfang 1937 noch ca. 1.300 Parteimitglieder, die ihre Beiträge in der deutschen Vertretung entrichteten, im Frühjahr 1938 taten dies nur noch 378 Personen, dazu 17, von denen man nicht wusste, ob sie noch lebten. Sollten die Verhaftungen in dem Umfang weitergehen würde, wie Jäkel weiter schrieb, innerhalb von drei Monaten kein deutsches Parteimitglied mehr übrig bleiben. Unter den Frauen der Verschwundenen häuften sich derweil Selbstmorde und der Hunger nehme zu, von dem auch Kinder betroffen seien. Täglich gingen erschütternde Briefe ein, einige Frauen hätten versucht, sich aus dem Fenster der deutschen Vertretung in Moskau zu stürzen. Gertrude Taube soll vorgehabt haben, ihr Kind vor eine Straßenbahn zu werfen und sich dann selbst umzubringen (Dok. 439).

Die Spirale: ‚Systemische Paranoia‘ und Massenterror

Die Verschärfung des Terrors gegen ausländische Kommunisten und „verdächtige“ Ausländer erfolgte parallel zur Ausweitung des Massenterrors in der Sowjetunion im ersten Halbjahr 1937. Die Komintern sollte nicht verschont werden, bezeichnenderweise war es Stalin selbst, der im Februar 1937, während in Moskau die deutsche Kommission tagte, Dimitrov und den Kominternverantwortlichen drohte: „Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände“ (Dok. 408). Auf diese Weise verschmolzen bis Mitte des Jahres die unterschiedlichen Zielrichtungen der Repression in einer sich beschleunigenden Spiralbewegung des „großen Terrors“. Auch die antideutsche Ausrichtung wurde verschärft; zwischen deutschen Emig-

ranten, Komintern-Mitarbeitern, deutschen Kommunisten, deutschen Arbeitern und Russlanddeutschen wurden Verhältnisse und Netzwerke konstruiert. In Saratov an der Wolga erfolgte die Aushebung einer vermeintlichen „konterrevolutionären trotzkistischen Organisation" unter der Leitung des ehemaligen Führers des RFB, Willy Leow (Hofman), sowie weiterer KPD-Mitglieder und Politemigranten, die als aktive Gestapo-Agenten „enttarnt" wurden (Dok. 399). Die Liste der Verhafteten umfasste 27 Personen. Der regionale Parteisekretär von Saratov, Aleksandr Krinickij, der kurze Zeit später selbst abgesetzt wurde, informierte Stalin persönlich über entlarvte „Faschisten", „Rechte" sowie „trotzkistisch-sinowjewistische Doppelzüngler" in den Partei- und Staatsorganen der Autonomen Republik der Wolgadeutschen. Dabei wurde explizit die Tätigkeit der „sogenannten Politemigranten" unter der Leitung des ehemaligen RFB-Leiters Willy Leow hervorgehoben. So weist nicht zuletzt die nationale Unterdrückung die Deutschen insgesamt als Hauptopfergruppe aus.[399]

Die neue Verhaftungswelle gegen deutsche Kommunisten rollte ab März/April 1937. Anfang Mai 1937 „bat" der Leiter der 3. Abteilung des NKVD, Minaev, um Genehmigung dafür, im Zusammenhang mit der Verhaftung Neumanns weitere deutsche Kommunisten aus „der von ihm geschaffenen antisowjetischen Gruppe" festnehmen zu können. Namentlich führte er Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland auf (Dok. 413). Damit erfolgte ein letzter Schlag gegen die noch verbliebenen linken Elemente aus der Parteiführung der KPD.

Währenddessen hatte die Kominternführung ihre Lektion gelernt und Stalins Kritik an der angeblich zu laschen Resolution vom Februar 1937 verinnerlicht. Mitte Mai verlangte das Präsidium der Komintern in einem Entwurf konkretere Maßnahmen zur Bekämpfung der Trotzkisten als „schuftiger, prinzipienloser Bande von Spionen, Diversanten, Terroristen und Schädlingen" (Dok. 414). Die Solidarität mit der „Entlarvung der gemeinen Spionage- und Schädlingsarbeit der Trotzkisten gegen den Sozialismus und die Sowjetmacht in der UdSSR für Gestapo und japanische Sicherheitsdienste" verlange konkrete Maßnahmen zur radikalen Bekämpfung ihrer Anhänger in den Reihen der Komintern. Verdächtige Elemente seien dabei anhand ihrer zweideutigen Antworten zu ihrem Verhältnis zur UdSSR, zur Führung der KPdSU, zu den „taktischen Einstellungen des VII. Weltkongresses", zur „Einheit der Arbeiterbewegung", zum „Faschismus und zur Politik der antifaschistischen Volksfront" zu erkennen und zu überführen.

Parallel dazu beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, alle aus der Partei ausgeschlossene „Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten, Schljapnikow-Anhänger und [Mitglieder| anderer antisowjetischen Formierungen (...) aus Moskau, Leningrad und Kiev administrativ in nichtindustrielle Bezirke der [Sowjet-] Union

---

399 Am 23.4.1937 wurde ein (bisher dokumentarisch nicht nachgewiesener) Vorschlag von Außenkommissar Litvinov im Zusammenhang mit der Ausweisung verhafteter Deutscher vom Politbüro der KP der Sowjetunion angenommen. Über den Beschluss konnte weiter nichts in Erfahrung gebracht werden; RGASPI, Moskau, 17/162/21, 29; siehe auch Politbüro VKP(b), 23.4.1937.

auszusiedeln und zur Ansiedlung an bestimmte Ortschaften zu binden.“ (Politbüro VKP(b), 23.5.1937). Auch sollten „alle Familien derjenigen Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten und Teilnehmer anderen antisowjetischer terroristischer und Spionageorganisationen, die erschossen oder zu Haftstrafen von 5 Jahren und höher verurteilt wurden“, aus den drei Großstädten in die nicht-industrielle Peripherie verbannt werden.

Wenig später beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, Politbüro-Kandidat Jan Rudzutak und den Marschall der Sowjetunion, General Michail Tuchačevskij, aufgrund ihrer angeblich erwiesenen Beteiligung an einem vermeintlichen „trotzkistisch-rechten Block“ sowie Spionage zugunsten Deutschlands (!) aus der Partei auszuschließen und dem NKVD zu überantworten. Aus der inoffiziellen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit wurden nun Geheimnisverrat und eine Verschwörung der Reichswehr konstruiert, mit der Führung der Roten Armee, Tuchačevskij, Jakir, Uborevič, an der Spitze. Mit dem am 25./26. Mai 1937 angenommenen „Vorschlag“ war der erste Schlag in der „Enthauptung der Roten Armee“ erfolgt. Während es in der Forschung der 1960er Jahre noch hieß, Stalin sei durch ein von der Gestapo gefälschtes Dokument, das über Beneš nach Moskau zugespielt wurde, getäuscht worden, gibt es neuere Hinweise, nach denen das NKVD selbst die deutsche Seite zur Herstellung solcher kompromittierender Dokumente über Tuchačevskij veranlasst hatte.[400] Der Marschall der Sowjetunion hatte Stalin nicht nur bereits 1932 vor Hitler gewarnt sowie 1935 in der *Pravda* einen Artikel über die „Kriegspläne des heutigen Deutschland“ veröffentlicht, sondern, auch wenn er für die russisch-deutsche Freundschaft plädierte und sich stark für die Zusammenarbeit mit der Reichswehr einsetzte, stets auf die fundamentalen politischen Unterschiede beider Regime hingewiesen.[401] Über seine Popularität hinaus steht zu vermuten, dass er trotz seiner militärischen Bewunderung für Preußen-Deutschland Stalins weitergehende Annäherung an Hitler nicht mitgetragen hätte.

Statt der Einleitung einer effektiven Massenpropaganda gegen Hitlers Kriegspläne seitens der Sowjetunion über alle verfügbaren Kanäle verfolgte das NKVD nun qua operativem Befehl „Agenten unter den deutschen Staatsangehörigen“ als vermeintliche Werkzeuge des deutsche Generalstabs und der Gestapo. Die blutige Jagd auf alle (antifaschistischen) Deutschen in der Sowjetunion war eröffnet (Dok. 418). Die KPD-Führung half bei diesem Unterfangen, wo sie konnte. Im Juli legte das Auslandssekretariat „Materialien“ gegen die „Wühlarbeit“ der „Banditen“ (Trotzkisten,

400 Den Beschluss siehe RGASPI, Moskau, 17/3/987, 79. Publ. in: Oleg B. Chlevnjuk, A. V. Kvasonkin, L. P. Koševeva, L. A. Rogovaja (Hrsg.): Stalinskoe Politbjuro v 30-e gody, Sbornik dokumentov. Moskva: AIRO XX 1995 (Dokumenty sovetskoj istorii). S. 156; Walter Laqueur: Stalin. The Glasnost Revelations. New York/Toronto: Charles Scribner's Sons, Collier Macmillan 1990. S. 105–110; Rudolf Ströbinger: Stalin enthauptet die Rote Armee. Der Fall Tuchatschewskij. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990; Gerd Treffer: Die Tuchatschewski-Saga. Eichstätt: Rolf Kaufmann 1990.

401 Olaf Gröhler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941. Berlin: Vision Verlag 1992. S. 73, 79 u. a.

„Versöhnler“, Gestapo u. a. Parteifeinde) in Deutschland, Spanien sowie der Tschechoslowakei vor (Dok. 419). Bei den angeblich involvierten „Fällen“ handelte es sich zumeist um Kommunisten, die im aktiven, illegalen Widerstand standen. Die Denunzierungsabsicht seitens der KPD-Führung war deutlich, die Betroffenen wurden offen mit ihren Klarnamen kommuniziert.

Ein Beispiel aus der großen Masse solcher zeittypischen Dokumente, in denen weitere Personen inkriminiert wurden, stellt der hier veröffentlichte Protokollauszug der Internationalen Kontrollkommission der Komintern vom 23. August 1937 dar (Dok. 423). Darunter finden sich ebenfalls Details zum Fall Leo Flieg, dem ehemaligen Politbüro-Mitglied und Angehörigen der Remmele-Neumann-Gruppe, der 1935 für ein bis zwei Monate ein intimes Verhältnis mit der „Gestapo-Agentin“ und Münzenberg-Mitarbeiterin Juliane Klein gehabt haben und mit ihr über seine spezielle Auslandsarbeit geplaudert haben soll. Darüber hinaus habe er in Moskau ein intimes Verhältnis mit der „verdächtigen Person“ M. Miller unterhalten. Zunächst wurde Flieg ein strenger Verweis „wegen grober Verletzung der Konspiration und leichtfertigen Umgang mit verdächtigen Frauen“ erteilt. Anfang 1938 wurde er verhaftet und 1939 nach schlimmsten Folterungen erschossen.

Während Stalin im November 1937 in Mafia-Manier einen Trinkspruch zur Auslöschung aller Staatsfeinde sowie ihrer Familien und Angehörigen ausbrachte und die Absicht bekräftigte „jeden dieser Feinde [zu] vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, (...) seine Sippe, seine Familie komplett [zu] vernichten“ (Dok. 430), erfolgte im Januar 1938 der Beschluss des sowjetischen Politbüros, die blutigen Säuberungen unter den sog. nationalen Gruppierungen, sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern, bis zum 15. April 1938 fortzusetzen (Politbüro VKP(b), 31.1.1938). Das NKVD wurde instruiert, sog. „Spionage-Diversions-Kontingente“ von Polen, Letten, Deutschen, Esten, Finnen, Griechen, Iranern, Charbinern,[402] Chinesen, Afghanen und Rumänen zu verhaften. Darüber hinaus sollten, wie es lapidar hieß, die Kader der Bulgaren und Mazedonier (sowohl Ausländer als auch sowjetische Staatsbürger) liquidiert werden (!).[403] Die „nationalen Aktionen“ gegen sog. „Spionage-Diversions-Kontingente“ bzw. nationale Minderheiten in der Sowjetunion entsprachen dabei stärker genozidalen Praktiken, die analytisch nicht mehr mit dem Begriff des „Politi-

402 „Charbiner“: Ehemalige Angestellte und Arbeiter der Chinesischen Ost-Eisenbahnlinie (KVŽD) sowie Remigranten aus der Mandschurei.

403 „Es wird festgestellt, daß ausländische Geheimdienste Spione in die UdSSR in Form von Überläufern einschleusen, die sich u. a. als politische Asylsuchende ausgeben. Deswegen sei jeder Überläufer zu internieren und strengstens zu verhören. Wenn es direkte oder indirekte Hinweise auf seine Spionagetätigkeit gibt, dann hat das Militärgericht ein Todesurteil zu fällen. Im Punkt 3 sind selbst die Fälle aller Überläufer, anläßlich derer festgestellt wird, daß sie nicht bösen Willens das Territorium der UdSSR beschritten haben, ebenfalls an das Sonderkollegium der NKVD zu überweisen, mit Anwendung des Strafmaßes 10 Jahre Gefängnishaft.“ Auszug aus dem Protokoll Nr. 57 der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(b). Beschluss vom 31.1.1938, publ. in Leonid Radzichovskij: „Bliznecy-bratja“. In: Stolica (1992). H. 26. S. 6f. (Politbüro VKP(b), 31.1.1938).

zids“ als Auslöschung einer bestimmten Gruppe/Fraktion von Mitgliedern einer Kommunistischen Partei u. a. zu fassen sind.[404] (Dok. 431).

Auf dem Höhepunkt der stalinistischen Barbarei wurde der 3. Moskauer Schauprozess gegen einen angeblichen „Block der Rechten und Trotzkisten“ eröffnet. Er fand vom 2. bis 13. März 1938 statt; Rykov, Bucharin, Krestinskij, Jagoda, Rakovskij, Ivanov waren die bekanntesten Angeklagten. Am 28. Februar 1938 beriet das Politbüro der KP der Sowjetunion über die Prozessvorbereitungen und legte die Zusammensetzung des Militärgerichtskollegiums, den Termin des Gerichtsbeginns sowie den Text der Anklageschrift zur Veröffentlichung fest. Vermutlich als Vorsichtsmaßnahme gegenüber den zwischenzeitlich international angewachsenen negativen Reaktionen sollten in der Anklage sämtliche Erwähnungen ausländischer Regierungen und ausländischer Repräsentanten in der UdSSR getilgt werden (Politbüro VKP(b), 28.2.1938).[405]

Ein denkwürdiger Appell: Der Brief Eugen Vargas gegen Ausländerhetze in der Sowjetunion und der Komintern

Eine unerwartete, eindringliche Warnung vor den Konsequenzen der „systemic paranoia“ (Moshe Lewin) für die Komintern und die Ausländer in der Sowjetunion lieferte auf dem Höhepunkt des Terrors Stalins Chefökonom Eugen Varga. Als einziger hoher sowjetischer Funktionär dürfte er sich einen derartig fundamentalen Protest zugetraut haben. In einem an Stalin gerichteten, hier erstmals in deutscher Sprache publizierten Brief beschrieb er im März 1938 (jeweils in Kopie an Dimitrov für die Komintern und Ežov für das NKVD), wie statt einer „richtigen Kombination aus Sowjetpatriotismus und Internationalismus“ der „einseitige beschränkte Nationalismus“ immer mehr an Boden gewonnen habe. Der wütende Ausländerhass habe zu einer ausweglosen Situation für die ausländischen Kommunisten in der Sowjetunion geführt. Varga forderte, dass im Besonderen die Stimmungslage in der Komintern verbessert und „der Prozess der schnellen Erschöpfung und Demoralisierung der Kader der Kommunistischen Parteien faschistischer Länder, auf die im kommenden Krieg eine sehr große Rolle zukommen müßte“, gestoppt werden müsse (Dok. 436). Konkret wurde die Demoralisierung und Dezimierung der ausländischen Kommunisten – wie im Fall der Ungarn – dargestellt, die sich in der heroischen Opferung des eigenen Lebens im Spanischen Bürgerkrieg, der ansteigenden Zahl der Verhaftungen in der Sowjetunion sowie der Demoralisierung der sich noch in Freiheit befindlichen Personen äußere. „Selbst der ehrlichste ausländische Revolutionär“ könne sich – so Varga – „seiner Freiheit nicht sicher sein.“ Gegenüber der Kriminalisierungspraxis forderte er u. a. eine systematische Überprüfung der ver-

404 Zur noch andauernden Diskussion über Stalins Terror als Genozid siehe Norman M. Naimark: Stalin und der Genozid. Berlin: Suhrkamp 2010.
405 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 141.

hafteten Ausländer unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Bedeutung für die Arbeit der Untergrundparteien gegen Hitler (Dok. 436).

Dass die Mehrheit der verbliebenen Kommunisten in Deutschland die Moskauer Prozesse entweder ablehnte oder zumindest mit Unverständnis reagierte, lässt sich nicht nur anhand von Zeitzeugnissen der Oppositionellen und „Versöhnler" erhärten. Auszüge aus „offiziellen" Berichten über Meinungen und Stimmungen von KPD-Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern im Deutschen Reich belegen die abstoßende Wirkung der Prozesse und Trotzkistenverfolgungen. „Bei Remmele und Neumann" könnten viele nicht begreifen, „dass das Lumpen geworden sind". Man frage sich generell, was in der Sowjetunion los sei, und hielt es für unglaubwürdig, dass sogar Tuchačevskij zum Verräter geworden sein solle (Dok. 433). Man frage sich ebenfalls, was in Spanien vor sich ginge – wobei die Internationalen Brigaden in Spanien weiterhin positiv als Leitmodell für die tüchtigsten Kämpfer angesehen wurden – und ordnete die Moskauer Prozesse als Zersetzungserscheinungen des Sozialismus ein.

Noch im Frühjahr 1938 konstruierte das NKVD ein weiteres Komplott mit der klaren Botschaft, die gegen deutsche Kommunisten, Emigranten u. a. m. gerichteten Repressionen zu verschärfen. Als Grundlage diente hierbei die fingierte Zeugenaussage eines NKVD-Mitarbeiters über eine angebliche Verschwörung deutscher Jugendlicher in der Sowjetunion unter dem Namen „Hitlerjugend". In der Folge wurden ca. 70 weitere Personen verhaftet, zumeist Kinder von deutschen Emigranten, Facharbeitern u. a. Dass nun der Höhepunkt des Terrors erreicht war und die Warnungen Vargas wenigstens teilweise Beachtung fanden, mag erklären, warum Pieck im April 1938 Dimitrov eine Liste von Verhafteten übermittelte, gegen die in der Kaderabteilung nichts Belastendes vorlag (Dok. 437). Nachdem die große Mehrheit der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion nicht mehr lebte, zeigte er sich nun davon überzeugt, dass 15 Personen, darunter P. Scherber (P. Schwenk), W. Kerff und W. Dittbender, keine Verbrechen gegen die Sowjetmacht begangen haben konnten und bat Dimitrov, ihre Freilassung zu erwirken. Die Stimmung unter den deutschen Kommunisten in der Sowjetunion schilderte derweil die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, Ella Henrion, die sich in einem Brief an Stalin wandte (!): „Jetzt ist die Stimmung unter den deutschen Genossen so: Sie stehen den vielen Verhaftungen völlig ratlos gegenüber. Sie sagen: Es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, daß alle Verschickten wirklich Spione, Konterrevolutionäre usw. sind. (…) Ganz offen sagen die Genossen: Es gibt keinen Zweifel, wir kommen alle dran".[406]

Derweil protestierte Komintern-Generalsekretär Dimitrov tatsächlich bei Andrej Ždanov gegen die deutsch- und ausländerfeindliche Hetze in der Moskauer Zeitschrift *Le Journal de Moscou*, die kurz und bündig formuliert hatte, dass „jeder im Ausland

406 Brief v. Ella Henrions, die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, an Stalin v. 29.10.1938. Ohne Archivangabe publ. in Müller, Menschenfalle Moskau, S. 144f.

lebende Japaner (...) ein Spion", genauso wie „jeder im Ausland lebende deutsche Staatsbürger ein Gestapo-Agent" sei. (Dok. 438). Fast gleichzeitig beschäftigte sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit einer Anfrage des Außenkommissariats zur Situation der Ausländer in der Sowjetunion (Politbüro VKP(b), 29.4.1938). Per Beschluss wurde das NKVD angehalten, das NKID über jede Verhaftung ausländischer Staatsbürger in Kenntnis zu setzen. Sollte das NKVD Zweifel an der ausländischen Staatsbürgerschaft aufkommen, seien dem Außenkommissariat entsprechende Belege vorzulegen. Auszuweisenden Ausländern, die länger in der UdSSR gewohnt hätten oder sogar in der Sowjetunion geboren seien, solle eine vernünftige Frist zur Klärung ihrer Angelegenheiten eingeräumt werden.[407]

Der Sekretär der Internationalen Kontrollkommission, Wilhelm Florin wandte sich mehrmals brieflich an Dimitrov; so in der Angelegenheit Franz Huber, der nach der Verhaftung seiner Frau Anna Etterer aus der Partei ausgeschlossen wurde (Dok. 444). Unter Anführung von Passagen aus ihren Briefen („Ich unterschrieb alles, obwohl ich nicht lesen konnte, weil ich den Glauben an die Sowjetmacht nicht verloren habe") forderte er eine Überprüfung. Dimitrov leitete den Brief an Berija weiter, woraufhin die Frau freigelassen wurde. Huber selbst kam später in den auch nach 1938 nie gänzlich eingestellten Säuberungen um. Auch in einem weiteren Dokument wird Ulbrichts Zynismus deutlich, in dem er schreibt: „Die Tatsache, dass jetzt weniger deutsche Genossen in Moskau zu betreuen sind, erlaubt meines Erachtens eine Vereinfachung des Apparats durch Uebergabe der Unterstützungsfragen und der Arbeitsvermittlung an die MOPR." (Dok. 442).

Auch die Verfolgungen von Nationalitäten bzw. nationalen Minderheiten in der Sowjetunion wurden fortgesetzt. Durch einen Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 26. Mai 1938 wurden die am 31. Januar 1938 beschlossenen (blutigen) Säuberungen unter den nichtrussischen nationalen Gruppen (sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern) unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Spionage-Diversions-Kontingente" noch einmal bis zum 1. August 1938 verlängert, einschließlich der Deutschen. Trotz Beendigung des Massenterrors wurde der selektive Terror unvermindert fortgesetzt. Am 15. Juni 1939 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, die Einstellung der „Deutschen Zeitung" zu veranlassen. Dabei handelte es sich um die ursprünglich für die Russlanddeutschen konzipierte *Deutsche Zentral-Zeitung (DZZ)*, deren letzte Ausgabe einen Monat später erschien.[408]

Am 24. November 1938 endete eine Phase des Terrors. An diesem Tag nahm das Politbüro den „freiwilligen" Rücktritt Nikolaj Ežovs von seinem Posten als Volkskommissar für Inneres an. Der gefürchtete NKVD-Chef wurde von Lavrentij Berija abgelöst und nach seiner Verhaftung im Februar 1940 erschossen.[409]

407 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 23.
408 RGASPI, Moskau, 17/3/1011, 42.
409 RGASPI, Moskau, 17/3/1003, 34, 82–84. Publ. in: Chlevnjuk, Kvašonkin, Koševela, Rogovaja, Stalinskoe Politbjuro, S. 168–171.

Gide, Feuchtwanger, Heinrich Mann: Internationale Schriftstellerdebatte und Liquidierung antifaschistischer Verlage und Medien

Auch zum Verhältnis deutscher antifaschistischer Schriftsteller im Exil zu KPD, Komintern und sowjetischen Behörden ermöglichen die Dokumente neue Einblicke. Auf welche Weise KPD-Schriftsteller den Terror antizipierten, ja geradezu beschwörten, beleuchtet eine Fundamentalkritik von Lothar Wolf und Berta Lask an die von Johannes R. Becher „angeleitete" Moskauer Schriftstellergruppe der KPD (Dok 29.8.1934). Eine große Zahl von Talenten sei so „an den Rand der Partei gedrängt worden und verloren gegangen." Weitere himmelschreiende Beispiele illustrierten, dass „ohne die Bechersche Literaturpolitik mit ihrer geheimnistuerischen Sektiererei, ihrer scheinmarxistischen „Linientreue", ihrer beschränkten Splitterrichterei, ihrer theatralischen „Leninretterei" – in Wahrheit mit ihrer brutalen Verfolgungswut gegen jede Konkurrenz (...) die deutsche revolutionäre Literatur heute viel stärker dastehen [würde]." (Dok. 351)

Wie zugespitzt die auf Verfolgung und Kriminalisierung ausgerichtete Aktivität auch auf „literarischem Gebiet" war, zeigt ein Tätigkeitsbericht von Alfred Kurella, der nach seiner Entfernung aus der Kominternarbeit Anfang 1935 an den zentralen kulturellen Projekten der Komintern beteiligt war. Darunter befanden sich der als Dimitrov-Film konzipierte Streifen „Kämpfer", die Übersetzung der Stalinbiographie von Barbusse, Malraux' Novelle „Die Zeit der Verachtung" und Aragons „Die Glocken von Basel".[410] Bezeichnenderweise wurden im Kurellas Bericht Tätigkeiten gegen „parteifeindliche Literatur", die Ausrichtung seiner bibliographischen Arbeit im wissenschaftlich-bibliographischen Sektor der Bibliothek der Komintern auf die „bessere Bedienung der Stachanov-Bewegung" und schließlich der Kampf gegen Parteifeinde bis hin zur Entfernung „parteifeindlicher konterrevolutionärer Werke" und „liberalistischer Haltungen" hervorgehoben (Dok. 392).

Neben neuen Einsichten in das Verhältnis deutscher antifaschistischer Schriftsteller im Exil zu KPD, Komintern und sowjetischen Behörden und die Liquidierungen antifaschistischer Verlage und Medien wird neues empirisches Material zur internationalen Debatte der renommierten Schriftsteller André Gide, Lion Feuchtwanger und Heinrich Mann als Hauptprotagonisten geliefert, in der seit 1936 das internati-

---

410 Siehe zum Film und den einzelnen Titeln genauer Dok. 392. Zur Stalin-Biographie von Barbusse, die Kurella entscheidend mitverfasst hatte, schreibt Brandenberger: „Released in early 1936, it was not only popular, but its unrelenting attacks on Trotsky even appeared to anticipate the party's renewed assault on the former left opposition during the first stages of the Great Terror." Allerdings sei das Buch nicht lange in Zirkulation gewesen, da darin zu viele „Volksfeinde" von 1937 bis 1938 (Rykov, Jakir, Knorin, Enukidze u. a.) positiv erwähnt worden seien. Das Schicksal des Buches soll dann 1938 besiegelt worden sein, als Steckij, der es kommissioniert und übersetzt hatte, verhaftet wurde. Siehe: David Brandenberger: Propaganda State in Crisis. Soviet Ideology, Indoctrination, and Terror under Stalin, 1927–1941. New Haven: Yale University Press 2011. S. 157f.

onale Renommee der Sowjetunion auf dem Spiel stand (Dok. 415 u. a.). Unter den Dokumenten befinden sich entlarvende Notizen des deutschen Schriftstellers Lion Feuchtwanger. Wie bekannt, nahm er nicht nur am 2. Moskauer Schauprozess teil, sondern wurde im Januar des Terrorjahres 1937 zu einem längeren Gespräch von Stalin empfangen, das hier wiedergegeben wird (Dok. 397).[411] Feuchtwanger bildete international die literarische Speerspitze gegen André Gide, dessen Renommee als „größter, in Europa lebender“ Schriftsteller (Klaus Mann) und Antifaschist zerstört werden sollte, weil er nach der Veröffentlichung seines kritischen Reiseberichtes „Retour de l'URSS“ (deutsch: „Zurück aus der UdSSR“) im Jahre 1936 nicht mehr in die stalintreue Phalanx passte. In einem während Feuchtwangers Moskauaufenthaltes von November 1936 bis Februar 1937 veröffentlichten *Pravda*-Artikel, der gegen Gide gerichtet war, verunglimpfte er den französischen „Ästheten in der Sowjetunion“.[412] Schriftsteller wie Arnold Zweig zeigten sich zutiefst abgestoßen von derartigen Argumenten. Die Gide-Feuchtwanger-Kontroverse entwickelte sich zum emblematischen Kampf um die öffentliche Meinung in Europa und besonders um das Ansehen der Sowjetunion innerhalb der politischen Emigration.[413]

Nach seinem Moskauaufenthalt wurde Feuchtwangers Buch „Moskau 1937“ im Sommer des Jahres als umstrittene Apologie der stalinistischen Sowjetunion und der Moskauer Prozesse publiziert; bis heute wird darüber gestritten, ob es sich um eine Auftragsarbeit handelte. Gide wiederum antwortete darauf mit seinem ergänzten Essay „Retouches à mon Retour en URSS“.[414] Neben überraschenden Einblicken in die politische Psyche Feuchtwangers enthält das hier abgedruckte Gesprächsprotokoll abstruse und gleichwohl bedeutungsschwere Äußerungen Stalins, die nicht nur zum Verständnis der gegen die Opposition vorgebrachten Anklagen, sondern auch zur Entschlüsselung der Narrative des Terrors insgesamt beitragen.[415]

Stalin, der den Faschismus kurzerhand als „Quatsch“ und „temporäre Erscheinung“ bezeichnete, unterstellte hierin, dass die Haltung der Trotzkisten so von Angst und Panikmache gegenüber dem Faschismus erfüllt gewesen sei, dass sie sogar zum Verkauf der UdSSR an die Faschisten bereit gewesen wären. Als Feuchtwanger darauf erwiderte, man müsse folglich solche Leute doch eher ins Irrenhaus bringen und

---

411 Siehe darüber hinaus die von Anne Hartmann gesammelten Aufzeichnungen der ihm während seines Moskaubesuches zugeteilten Sekretärin Dora Karavkina. Anne Hartmann: Lion Feuchtwangers Dolmetscherin. Die Rapporte der Dora Karawkina. In: Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse 30 (2010). S. 28–51; Vgl. dies.: Lost in translation. Lion Feuchtwanger bei Stalin, Moskau 1937. In: Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse 28 (2008). 2. S. 5–18).

412 Pravda (30.12.1936).

413 Claudie Villard: Moskau 1937. In: Autour du „Front populaire Allemand“. Einheitsfront – Volksfront. Etudes réunies par Michel Grunewald et Frithjof Trapp. Bern/Frankfurt/M.: Peter Lang 1990 (Contacts. Série 3. Etudes et documents. 9). S. 289–313.

414 André Gide: Retouches à mon Retour de l'URSS. 81. Ausg. Paris: Gallimard 1937; Deutsch: Retuschen zu meinem Russlandbuch. Zürich: Jean-Christophe-Verlag 1937.

415 Hierzu auch Hartmann, Lost in Translation.

nicht auf die Anklagebank setzen, insistierte Stalin auf der Gefährlichkeit solcher grundsätzlich feigen Individuen, die bereits bei der Oktoberrevolution sowie der Kollektivierung Panik verbreitet und nun eben Angst vor dem Faschismus hätten (Dok. 397). Beim Verlassen der Sowjetunion übersandte Feuchtwanger Stalin den Ausdruck seiner uneingeschränkten Hochachtung und Bewunderung und pries den in der Sowjetunion erreichten „ungeheuren Sieg" der menschlichen Vernunft (Dok. 403).

Stalins Narrative liefern einen Schlüssel für die Anklagekonstruktionen: Es ging dabei nicht mehr in erster Linie um die Verratskonstruktion in allen bekannten Varianten, sondern um den Nachweis persönlicher Feigheit und Panik vor dem Faschismus, also darum, der Opposition – im Gegensatz zur vermeintlich festen Front um Stalin – nachzuweisen, dass ihre Panik gegenüber dem Faschismus sie dazu brachte, sich diesem anzudienen und sich in seine Dienste zu stellen. Der stalinsche Topos, niemals Schwäche, sondern Furchtlosigkeit zu zeigen, gründete sich auf den von Männlichkeitswahn und falschem Heldenmut geprägten Habitus, den Faschismus als historisch temporäre, ja kurzfristige Erscheinung abzuqualifizieren und damit allen ernsthaft Besorgten den ursprünglichen bolschewistischen Willen abzusprechen.

Dass gerade die antifaschistische Kultur und Literatur zu einer Projektionsfläche des Terrors wurde, zeigte nicht nur die Liquidierung des Münzenbergschen „Sonnensystems", sondern auch das Ende der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion. Johannes R. Becher und Sándor Barta wandten sich mehrmals schriftlich an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands, Kirpotin, (Dok. 398). Auch wegen der hiermit verbundenen Alimentierung wiesen sie auf die Bedeutung der deutschen antifaschistischen Literatur hin. Bezogen auf die kritische Lage der Auslandsverlage, darunter Oprecht (Zürich), Querido (Amsterdam), A. Lange (Amsterdam) und Malik (Paris) schlugen sie die Gründung einer Abteilung für deutsche Literatur beim OGIZ, der Dachvereinigung der sowjetischen Buch- und Zeitschriftenverlage, vor.[416] Zu den terrorbegleitenden Maßnahmen gehörten Ausschlüsse aus dem Schriftstellerverband. Eines unter vielen Beispielen ist der deutsche Schriftsteller Samuel Glesel, der im April 1937 empört auf gegen ihn erhobene Beschuldigungen reagierte, er habe sich als 15-/16-jähriger Arbeiter in den Jahren 1925/1926 kurzzeitig der ultralinken Korsch-Gruppe in der KPD angeschlossen. Es habe damals noch gar keinen organisierten Trotzkismus gegeben. Informationen aus den Kaderakten der Komintern, die seinerzeit zu keinerlei Sanktionen geführt hätten, würden nun herangezogen, um ihn auszuschließen (Dok. 412).

Die Befürchtungen Bechers und Bartas sollten sich bestätigen, wie der im Band veröffentlichte Bericht Willi Bredels belegt, der im Juli 1939 den Zustand der antifaschistischen Literatur auch in der deutschsprachigen Emigration als alarmierend bezeichnete. In den letzten Jahren seien Gefahren für die deutsche Emigration entstanden, die „nicht nur auf den antifasch[istischen] Kampf zurückwirken, nicht nur

---

416 OGIZ (Abk.): Ob'edinenie gosudarstvennych knižno-žurnal'nych izdatel'stv („Vereinigung der staatlichen Buch- und Zeitschriftenverlage"), 1930–1949.

eine mühevolle jahrelange Arbeit zur Gewinnung bürgerlicher Schriftsteller illusorisch machen können, sondern sich unmittelbar in eine antibolschewistische Politik und Kulturpolitik auswirken." (Dok. 451A). Bredel beklagte, dass es nach dem Scheitern des Projekts „Verlag 10. Mai", das er selbst mit dem zwischenzeitlich „abgesetzten" Michail Kol'cov initiiert hatte, keinen einzigen „linken", d. h. linientreuen kommunistischen Verlag mehr im Westen gebe. KPD-Autoren seien gezwungen, für amerikanische und englische Verlage zu schreiben und deswegen Konzessionen zu machen. Nur durch eine koordinierte Strategie – darunter Honorarzahlungen in Valuta an deutsche Schriftsteller durch sowjetische Verlage – könne man der „Münzenbergschen Politik der Spaltung" und dessen „feindlicher Verlagstätigkeit" etwas entgegensetzen. Nach der Liquidierung der von Brecht, Feuchtwanger und Bredel redaktionell geleiteten Zeitschrift Das Wort in Moskau und seit Kol'covs Absetzung kontrollierten – so sein bitteres Fazit – von der „Volkszeitung" und der „Weltbühne" abgesehen, „Trotzkisten und Bürgerliche" Zeitungen und Zeitschriften in Paris (Dok. 451A).

Im Unterschied zu Münzenberg behielt dessen enger Weggefährte Heinrich Mann die Sympathie für das sowjetische System länger bei. Diese ging so weit, dass der Schriftsteller noch Mitte 1939 den Wunsch äußerte, in die Sowjetunion überzusiedeln, wenige Monate vor dem Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes, den er später in seinem Tagebuch ungewöhnlich scharf als doppelten Verrat brandmarkte. Wilhelm Pieck übermittelte den Wunsch an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands, Aleksandr Fadeev (Dok. 447), der das Ansinnen mit dem Argument ablehnte, dass der weltberühmte Schriftsteller im Ausland – besonders in den USA – der Sowjetunion bedeutend mehr nutzen könnte als in der Sowjetunion. Im Juli sandte Mann im Zusammenhang mit Honorarfragen zwei kurze Artikel für die russische Presse nach Moskau, die den absoluten defensiven Friedenswillen der Sowjetunion hervorhoben, was allerdings fast wie eine böse Vorahnung gelesen werden kann: „Das Beispiel der Sowjet-Union beweist, dass ein Staat, der seinen Bürgern gerecht werden will, nicht daran denkt, andere Staaten zu überfallen und von der Karte zu streichen. Angreifen, das tun nur volksfeindliche Regierungen; um sich zu halten, müssen sie die Gewalt, der ihre eigene Bevölkerung unterworfen ist, über die Grenzen tragen." (Dok. 454). Der Schluss liest sich wie eine sybillinische Beschwörung, in dem er darum bat, den Artikel nicht nur in der *Deutschen Zeitung*, sondern auch in der *Izvestija* abzudrucken: „Tut alles was in Eurer Macht steht, damit die Deutschen ihre Revolution bekommen! Um diesen Preis hat die Welt den Frieden."

Die „Ulbricht-Verschwörung" und das bürokratische Ende: Letzter Akt des Falles Münzenberg

Völlig problemlos verlief auch die letzte Etappe der parteioffiziellen „Bereinigung" des Problems Münzenberg nicht, die erst kurz vor Abschluss des Stalin-Hitler-Pak-

tes erfolgte. In einem formal unkorrekten Verfahren wurde Münzenberg bereits im Oktober 1937 aus der KPD ausgeschlossen, der Beschluss wurde jedoch (nicht nur von ihm selbst) nicht akzeptiert. Der eingeleitete Einspruch wurde erst Anfang 1939 von der Internationalen Kontrollkommission behandelt, sodass der gültige und definitive Ausschluss erst am 6. März 1939 vollzogen wurde,[417] und zwar wegen „prinzipienlosen und doppelzünglerischen Verhaltens, wegen seines Kampfes gegen die Einheitsfront, fortgesetzter Intrigen und desorganisatorischer Tätigkeit innerhalb der Volksfrontbewegung, bewusster Störung der Zusammenarbeit der Kommunisten mit anderen antifaschistischen Kräften, versuchten Betrugs gegenüber Anhängern der Volksfrontbewegung, Verbindung mit Trotzkisten und anderen Feinden der Arbeiterbewegung, was alles einem Verrat an der Partei und der Arbeiterbewegung gleichkommt." Um deutlich zu machen, dass er dieses Vorgehen nicht akzeptierte, hatte Münzenberg seinen Austritt der KPD erklärt.[418] Neben den phantasmagorischen Anklagen Ulbrichts trat Herbert Wehner auf der Sitzung in Moskau als Scharfmacher hervor. Er bezichtigte Münzenberg nicht nur der versuchten kalten Übernahme – gemeinsam mit Gerhart Eisler – der Parteiführung, sondern auch angeblicher dubioser Beziehungen zu amtlichen französischen Regierungsstellen. Auch die Regierung Largo Caballero in Spanien sollte ihn mit großen Summen unterstützt haben.[419]

Festzuhalten bleibt zunächst, dass Münzenberg vor dem Partei- und Kominterngericht die Vorlage einer Anklageschrift, wie es die Nationalsozialisten dem Angeklagten Dimitrov 1933 infolge des in der Hauptsache eben von demselben Münzenberg organisierten Gegenprozess zugestanden hatten, nicht gewährt wurde. Vergeblich hatte Münzenberg gefordert, Zeugen anzuhören, und zwar nicht nur seine Mitarbeiter Martha Stascheck, Hans Schulz, Fritz Granzow und Else Lange, sondern auch die angesehenen Nichtkommunisten und/oder Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Professor Marek, Emil J. Gumbel, Georg Bernhard und Max Braun (Dok. 443). Ulbrichts hier publizierte „Widerlegung" von Münzenbergs Anklagen Anfang 1939 unter dem Hauptvorwurf der „ideologischen Entartung" (!) sind ein Schlüsseldokument für Apparatelogik und Polizeistil der stalinistischen Parteijustiz (Dok. 446). Sie bilden die Grundlage für Münzenbergs definitiven Ausschluss, dem seine Auslöschung aus der historischen Erinnerung der internationalen kommunistischen und sozialistischen Bewegung folgte.

Doch die „Beweisführung" seitens der Internationalen Kontrollkommission der Komintern vom 20. Januar 1939 und 16. Februar 1939,[420] traf weiterhin auf eine gewisse Resistenz im eigenen Lager. Sogar der Leiter des sowjetischen Schriftsteller-

417 RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 276.

418 Seine Erklärung über den Parteiaustritt unter dem Titel „Alles für die Einheit" (nach SAPMO BArch, Berlin. Nachlass Pieck 36/515, 240–245) wurde bisher nur in französischer Übersetzung publiziert, siehe Les Kominterniens, 1. Dossier Willi Münzenberg. In: Communisme (1994). Nr. 38–39. S. 128–135. Eine Kurzfassung erschien in Die Zukunft (10.3.1939).

419 RGASPI, Moskau, 495/205/7000, Bd. 3, Bl. 260–262.

420 Beschluss der IKK im Fall Münzenberg, RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 230.

verbandes, Fadeev, forderte die Überprüfung der wilden Kritik der KPD-Führung an der antifaschistischen Veröffentlichung „Die neue heilige Allianz“ des deutschen historisierenden Schriftstellers Emil Ludwig.[421] 1936 hatte sich Goebbels über Ludwig dahingehend geäußert, dass „diese Judenpest (…) ausradiert werden [müsse]“.[422] Das KPD-Urteil seinerseits wurde im Ausschlussverfahren seitens der IKK belastend gegen Münzenberg verwendet, da Ludwig angeblich das „deutsche Volk herabgesetzt und beschimpft“ und „den Rassismus der National-Sozialisten anerkannt“ habe, woraufhin sich der Schriftsteller sogar persönlich bei der Komintern beschwerte.[423] Knapp zwei Monate später erfolgte die Entscheidung der Internationalen Kontrollkommission der Komintern; hierin wurde Ludwigs antifaschistische Broschüre nun tatsächlich als ein von Münzenberg verlegtes „trotzkistisches Buch“ bezeichnet, das „objektiv antihistorisch“ sei und „für die antifaschistische Bewegung schädliche Behauptungen“ enthielte (Dok. 451A). Das auf Verunglimpfung und Diffamierung Unschuldiger bauende Narrativ diente allein dem Ziel, sog. „Beweise“ gegen Münzenberg zu konstruieren.

Dass sich die Kaderabteilung der Komintern kurz darauf im Jahre 1939 auch mit Walter Ulbricht selbst beschäftigte, ist aufgrund seiner vielfältigen und nicht weiter verfolgten „Enthüllungen“ und fast pathologischen Angriffen, wie im Falle Münzenberg, verständlich, bleibt jedoch aufgrund seiner zentralen Rolle als Helfer Stalins erstaunlich. Auf Ersuchen der Kaderabteilung hatte Wilhelm Florin als Vorsitzender der Internationalen Kontrollkommission eine überraschend negative Beurteilung Ulbrichts abgegeben. Er führte dabei eine lange Liste seines Fehlverhaltens in der Kaderpolitik der KPD an, ohne allerdings auf die weitergehenden Beschuldigungen und die von Münzenberg angeführten Personen einzugehen. Seine Diagnose einer „gewissen Krankheit“ Ulbrichts war gleichwohl in ihrer Eindeutigkeit erstaunlich: „Starrheit, bürokratische Tendenzen, Kommandeurmethoden, krankhafter Ehrgeiz sind wohl die Grundursachen der mangelnden Wachsamkeit bei Genossen Ulbricht“ (Dok. 452).

Das vernichtende Fazit gab Münzenberg zumindest teilweise Recht: „Genosse Ulbricht hatte absolut kein richtiges Verständnis für eine bolschewistische Kaderpolitik, für eine Erziehung oder Umerziehung von Kadern und er war, wie das erwiesen ist, sehr blind gegenüber der Tätigkeit der Feinde.“ Angesichts dieses Verdikts muss angenommen werden, dass Ulbricht zu diesem Zeitpunkt selbst höchst gefährdet war, der vielleicht aus diesem Grunde auch noch nach dem Ausschluss Münzenbergs die IKK „gebeten“ hatte, dessen konkrete Anschuldigungen gegen ihn weiter untersuchen zu lassen. Tatsächlich wurde die eigentliche Untersuchung dazu erst nach der

421 Emil Ludwig: „Die neue heilige Allianz. Über Gründe und Abwehr des drohenden Krieges“. Strasbourg: Sebastian Brant 1938.
422 Vgl. zu Ludwig: „Eine Deutschland-Debatte in den USA“. In: Sozialistische Mitteilungen (1942). Nr. 43.
423 RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 230.

Rehabilitierung Ulbrichts durch einen Beschluss der IKK vom 5. Juli 1939 durchgeführt, die zugleich die „Ulbricht-Verschwörung“ gegen ihn abschließt.

Die IKK sah in den Anschuldigungen Münzenbergs gegen den Genossen Ulbricht keinen Grund, gegen den Genossen Ulbricht ein Verfahren einzuleiten (Dok. 453). Im gleichen Beschluss wurde das ZK der KPD jedoch aufgefordert, „einige Personen, die Münzenberg anschuldigt“, zu überprüfen, wie es hieß „im Interesse der antifaschistischen Bewegung“. So kam es auch, dass die IKK einen Monat vor Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes eine Überprüfung der Vorwürfe Münzenbergs (zumeist über Spitzeltätigkeit) gegen Bruno Salomon, Otto Katz, Lambert (Zuckermann), Rudolf Katz, Zienau, Caro, Fischer, Ast alias Strehl, Körber, Boskowitz und Dr. Bardasch forderte. Der Beschluss wurde jeweils durch die von Ulbricht zu den einzelnen Personen abgegebene schriftliche Charakteristik ergänzt. Für den Historiker ergibt sich hier ein weiterer Schlüsselskandal des „deutschen“ Stalinismus, der allerdings aufgrund der nachfolgenden Ereignisse und der immer stärker gegen den Pakt gerichteten propagandistischen und publizistischen Tätigkeit Münzenbergs im Rahmen der neuen Zeitschrift *Die Zukunft* nicht weiter verfolgt wurde.

Krise des Immobilismus: Vom Münchner Abkommen zum Stalin-Hitler-Pakt 1938–1939

Im Sommer 1939 intensivierte die Stalinsche Führung die Kontakte mit Berlin. „Sagen Sie“, meinte Ribbentrop am 2. August 1939 zu Georgij Astachov, dem Geschäftsträger der sowjetischen Vertretung in Berlin, bei einem Empfang in Berlin, „haben Sie nicht auch den Eindruck, daß das nationale Prinzip in ihrem Lande das internationale zu überwiegen beginnt? Das ist eine Frage, die den Führer brennend interessiert (…)“.[424] Stalin dürfte jedoch bereits vor dem Münchner Abkommen vom 30. September 1938, das nicht nur das Scheitern der westlichen Demokratien offenbarte, sondern auch eine schwere Niederlage für die sowjetische Außenpolitik war – die Sowjetunion wurde nicht zur Konferenz eingeladen –, ein Zusammengehen mit Hitler ins Auge gefasst haben.[425] Noch um den 20. September 1938 herum hatte die UdSSR dem tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš zugesichert, dass sie im Falle einer deutschen Aggression dem Lande helfen würde, falls Frankreich dies auch tue oder falls sich die Tschechoslowakei an den Völkerbund wenden sollte.[426] Nach der Besetzung der „Rest-Tschechei“ im März 1939 reagierte die Sowjetunion jedoch nur halbherzig und erkannte recht schnell auch auf diplomatischer Ebene die von Hitlerdeutschland in Mitteleuropa und auf dem Baltikum gewaltsam geschaffenen Realitäten an,

424 Besymenski, Stalin und Hitler, S. 209, der gesamte Brief: S. 205–209.
425 So auch in einer italienischen Togliatti-Biographie, siehe Aldo Agosti: Palmiro Togliatti. Torino 1996. S. 245.
426 Adibekov, Di Biagio, Gori, Dundovic [u. a.] (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Evropa, S. 363.

während neue Vorschläge für Lieferungen aus Deutschland für das sowjetische Rüstungsprogramm ausgearbeitet wurden.[427] Der von Stalin zur Fühlungnahme mit Hitler eingesetzte Astachov, ein Pionier der Annäherung, wurde bald darauf verhaftet und nach schrecklichen Torturen umgebracht, wie auch sein Vorgänger in Deutschland, David Kandelaki.[428] Zugleich trug die sich abzeichnende Niederlage der republikanischen und stalinschen Politik im Spanischen Bürgerkrieg weiter zur Demoralisierung der Komintern bei. Im Frühjahr 1938 versuchte man zwar, einen breiteren propagandistischen und antifaschistischen Volksfrontkurs wieder aufzunehmen. Die in der Emigration neu zu schaffenden Einheits- und Volksfrontausschüsse sollten jedoch ausdrücklich nicht mit Leitungskompetenzen ausgestattet werden.

Was die KPD anging, ist der bereits erwähnte Beschluss des Sekretariats des EKKI zum Bericht über die Lage in der KPD und die Situation in Deutschland vom Mai 1938 hier abgedruckt (siehe Dok. 440). Die Kominternführung erkannte hierin einen „grossen Heroismus und den eisernen Willen" der „Kader der Partei im Lande", ihrer Agitation für den Widerstand und im Kampf gegen das Hitlerregime. Die Kritik gegenüber der Parteiführung war jedoch vernichtend, die „völlig ungenügend" angesichts der „gewaltsamen Unterjochung des österreichischen Volkes" und der „Bedrohung der Tschechoslowakei durch den Hitlerfaschismus" sowie der „durch die faschistische Kriegsprovokation hervorgerufenen akuten Gefahr eines neuen Weltkrieges" reagiert und die Kader im Lande nicht genügend unterstützt habe. Ein typischer Zug des Stalinismus, die kritischen Ansätze der innerparteilichen Gegner, nachdem sie zunächst politisch ausgeschaltet und dann physisch liquidiert waren, bis zu einem gewissen Grade doch zu übernehmen, kam hier zur Geltung. So urteilte das EKKI-Sekretariat in einer Kritik der KPD-Führung fast im Münzenbergschen Duktus: „Den vom Faschismus angewandten Methoden des Massenbetruges, den von ihm angewandten chauvinistischen und sozialdemagogischen Argumenten wurde in der Propaganda nicht in einer den Massen genügend verständlichen und überzeugenden Sprache und Argumentation entgegengetreten." (Dok. 440). Besonders entlarvend war die Feststellung, dass es noch nicht gelungen sei, „die gesamten Kader der Partei von dem revolutionären Zweck der Einheits- und Volksfrontpolitik" zu überzeugen und keine „festen Stützpunkte" im Lande geschaffen zu haben. Die Komintern hielt nun dringend eine Reorganisierung der Parteileitung sowie die Verlegung der operativen Leitung ins Land für notwendig, wohingegen die Einheits- und Volksfrontausschüsse in der Emigration weiterhin nur als Hilfsorgane anzusehen seien.

Während Il'ja Erenburg in der *Pravda* den spanischen Falangisten als „spanische Patrioten" symbolisch seine „versöhnliche Hand" reichte,[429] wurde im Juli 1938 die Vereinbarung über den Rückzug der Internationalen Brigaden aus Spanien beschlos-

427 Lev Besymenski: „Die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939. Neue Dokumente". In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1998). Nr. 2. S. 77–108.

428 Besymenski, Stalin und Hitler, S. 210.

429 Siehe Pravda (17.6.1938).

sen – trotz einer ungewöhnlich scharfen Kritik Palmiro Togliattis, immerhin der Nr. 3 der Komintern. Eine Reaktion auf den „Anschluss" Österreichs seit Hitlers Einmarsch im März 1938 erfolgte verspätet. Im Herbst des Jahres formulierte die Komintern zwar eine Antwort auf die antijüdische Reichspogromnacht in Deutschland vom 9. auf den 10. November 1938, bezeichnete es allerdings parallel dazu in einem Funkspruch für Friedrich Geminder als vorrangiges Ziel, Instruktionen dahingehend nach Paris zu übermitteln, „wie die jüngsten jüdischen Pogrome (sic) in Deutschland für die allseitige Verstärkung der Kampagne gegen die profaschistische und kapitulantenhafte Politik der bürgerlichen Regierungen Westeuropas gegenüber dem deutschen Faschismus zu nutzen" seien.[430]

Die in Deutschland als Partei nicht mehr existente KPD bekräftigte hingegen auf ihrer „Berner Konferenz" (30.1.–1.2.1939), die in Draveil in der Nähe von Paris stattfand, zwar noch einmal die Gültigkeit der Volksfront und verabschiedete ein Manifest für „eine breite Volkserhebung" zum Sturz Hitlers, in dem die Errichtung der „revolutionär-demokratischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern" gefordert wurde. In Moskau hieß es dazu jedoch drei Monate später seitens der Parteileitung, dass es besser sei, das Dokument vorerst nicht zu veröffentlichen.[431] Die Entscheidung erfolgte an dem Tag, an dem Litvinov als Außenkommissar durch Molotov ersetzt wurde und Stalin eine Säuberung des Volkskommissariats für äußere Politik befahl. Hitler und Goebbels konnten in der Übernahme des Amtes durch den Nichtjuden Molotov einen weiteren Hinweis auf die Ernsthaftigkeit von Stalins Absichten erkennen. Offiziell wurde Litvinov als charismatischer Außenkommissar, der in den dreißiger Jahren auf der internationalen diplomatischen Bühne das personifizierte antifaschistische Gewissen der Sowjetunion dargestellt hatte, wegen „illoyalen Verhaltens" abgesetzt.[432] Als er wohl letztmals am 15. April 1939 dem Politbüro den dringenden Vorschlag machte, ein breites Bündnis mit den Westmächten zur Verhinderung eines Krieges einzugehen, hatte Stalin erneut ablehnend reagiert – ein Hinweis darauf, dass er auf ein Zeichen Deutschlands wartete.[433] Ohne die geheimen, zum Abschluss des Paktes führenden Kontakte zu kennen, erkannte Trotzki im mexikanischen Exil frühzeitig einen Paradigmenwechsel, nach dem infolge des Münchner Abkommens die These vom Krieg der Demokratien gegen den Faschismus – die zugleich die the-

430 Dimitroff, Tagebücher, S. 224. Es wurde berichtet, dass KPD-Widerstandsgruppen zur Verurteilung der Pogrome eine illegale Ausgabe der „Roten Fahne" herausgaben.
431 Wilhelm Pieck: Chronik. Eintrag vom 3.5.1939 (SAPMO/BArch).
432 Sabine Dullin: „Le rôle de Maxime Litvinov dans les années trente." In: Communisme (1995). Nr. 42/43/44. S. 7–93, hier: S. 83ff.
433 Brief des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. Litvinov, an den Generalsekretär des CK der VKP (b) I.V. Stalin, 15. April 1939. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), http://mdzx.bib-bvb.de/cocoon/1000dok/dok_0024_lit.html (20.8.2013).

oretische Grundlage der Volksfronten bildete – obsolet geworden sei und Stalin nun unmittelbar eine Allianz mit Hitler anstrebe.[434]

Ausblick: Vom Stalin-Hitler-Pakt bis zur Auflösung der Komintern (1939–1943)

Liquidierung des Antifaschismus, Preisgabe der linken Solidarität und Legalisierungswahn der KPD im Hitlerreich

Die nächstfolgende Etappe unter der Ägide des Stalin-Hitler-Paktes bedeutete eine durch einen plakativen Antiimperialismus nur teilweise verdeckte, weitgehende Umkehrung der Werte im Rahmen des Kräftedreiecks von KPD, Komintern und VKP(b). Dieser Umwertung entsprach die Liquidierung des Antifaschismus, die Preisgabe der Grundprinzipien linker Solidarität wie auch die illusorische Erwartung der KPD-Führung auf eine Legalisierung der Partei im Hitlerreich (!).[435] Am 2. August 1939 kündigte das bereits erwähnte Gespräch des sowjetischen Gesandten in Berlin, Georgij Astachov, mit Ernst von Weizsäcker und Reichsaußenminister Ribbentrop das folgende politische Erdbeben an: „Offenbar in dem Bestreben, etwas Freundliches zu sagen, bemerkte er [Ribbentrop], er kenne unser Land zwar nicht, habe aber in den Ländern der sogenannten westlichen Demokratien viele Jahre verbracht. Daher scheine es ihm, dass die Deutschen mit den Russen ungeachtet aller Unterschiede in den Ideologien leichter sprechen könnten. Zudem hätten er und der Führer den Eindruck, dass sich das nationale Element in der UdSSR in den letzten Jahren im Vergleich zum internationalen verstärke. Wenn das so sei, wäre dies günstig für eine Annäherung der UdSSR und Deutschlands."[436]

Die offizielle, mit den beiden Pakten vom 23. August 1939 („Nichtangriffsvertrag") bzw. 29. September 1939 („Grenz- und Freundschaftsvertrag") und den jeweiligen geheimen Zusatzprotokollen zur Aufteilung Ostmitteleuropas besiegelte Freundschaft zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus zwang die kommunistische Bewegung zum Unfassbaren: Zur Absage an Antifaschismus, Internationalismus und

434 Leo Trotzki: „Hitler und Stalin" (6.3.1939). In: Ders., Schriften, 1.2., S. 1155–1160.
435 Die weitere Entwicklung wird hier nur kursorisch wiedergegeben, da zwischenzeitlich im Rahmen der Komintern-Sektion der Deutsch-Russischen Geschichtskommission eine den Zeitraum umfassende thematische Edition erschienen ist. Siehe Bayerlein, Der Verräter; Vgl. zusätzlich K. Kinner [u. a.] (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. III: Im Krieg. 1939–1945. Berlin: Karl Dietz 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. VIII).
436 Aus einer Aufzeichnung des sowjetischen Gesandten Georgij Astachov mit Weizsäcker und Ribbentrop in Berlin, AVPRF, Moskau, 3/64/673/49–52, 53–59; In russischer Sprache publ. in Dokumenty vnešnej politiki XXII.1. S. 566–569; In deutscher Sprache publ. in Besymenski, Stalin und Hitler, S. 205–209.

Solidarität. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen, das Stalin und Hitler sich wie eine Beute teilten, erklärte die Komintern den „französisch-englischen Imperialismus“ zum Hauptfeind. Die gleichgeschalteten Kommunistischen Parteien verteidigten nun das Bündnis zwischen Sowjetunion und Deutschland als neu entstandenes globales Lager des Weltfriedens oder vertraten einen neutralen Anti-Imperialismus, in dem Hitler nicht mehr der Feind war, ohne das Bündnis zu kritisieren oder etwa in Frage zu stellen. Wer dies in Frage stellte, galt als „Konterrevolutionär“ und „Feind des Friedens“. Die *Izvestija* erklärte, Zuneigung oder Ablehnung des „Hitlerismus“ sei eine „Frage des Geschmacks“, ein Krieg zu seiner Vernichtung aber eine „verbrecherische Dummheit“.[437]

Während die deutschen Kommunisten in der Emigration weiterhin antifaschistisch dachten und wie Franz Dahlem[438] an der Seite Frankreichs mit der Waffe in der Hand gegen Hitler kämpften – was ihnen unverzüglich von der Komintern untersagt wurde –, kommentierte die sowjetische Führung den blutigen Vormarsch Hitlers in Europa zunächst positiv.[439] Im Sommer 1940 verhandelten kommunistische Parteiführungen in Frankreich, Belgien und anderswo mit den deutschen Besatzungsbehörden, um eine legale Presse einzufordern oder – wie in Belgien – sogar die Arbeiter zur Erhöhung der Produktion zu mobilisieren.[440] Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht spekulierten bereits auf eine legale Betätigung im Hitlerreich.[441] Der französische kommunistische Parteiführer Jacques Duclos träumte gar von einer gemeinsamen Aufteilung Eurasiens und einer neuen Weltherrschaft unter der Vorherrschaft Stalins und Hitlers.

Exilierte und (noch) im Ausland inhaftierte Kommunisten wurden nach Deutschland zurückbeordert. Der in den Geschichtsbüchern der DDR behauptete Neubeginn des antifaschistischen Widerstands in dieser Periode war in Wahrheit eine Anpassung an Nazideutschland. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941, den Stalin nicht erwartet hatte, ließ die Komintern erneut eine Wendung um 180 Grad vollziehen, die jedoch nicht vollständig war, da bestimmte Elemente aus der Paktperiode übernommen wurden. Der zweifellos heroische transnationale Widerstand der Kommunisten im NS-unterjochten Europa und im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs steht auf einem anderen Blatt, doch nach Abschluss des Paktes bejubelten im Winter 1939 zunächst Komintern und kommunistische Parteiführungen Stalins Krieg gegen Finnland (1939–1940), genauso wie das als Befreiungsaktion camouflierte sowjetische

437 *Izvestija*, 9.10.1939. Die zitierten Äußerungen wurden von Stalin selbst der wesentlich weniger konkreten Ursprungsfassung des Artikels hinzugefügt. Siehe: Maksimenkov: Bol'šaja cenzura [Fn. 36], S. 515.

438 Ulrich Pfeil: „Das Pariser Auslandssekretariat der KPD im August/September 1939. Ein neuralgischer Punkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus“. in: Anne Saint Sauveur Henn (Hrsg.): Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin, Metropol, 2002, S. 137–152.

439 Bayerlein, Der Verräter, S. 264ff.

440 Bayerlein, Der Verräter, S. 272.

441 Bayerlein, Der Verräter, S. 208ff.

Vordringen in Ostmitteleuropa. Derweil wurden Thälmann und andere Kommunisten in NS-Haft im Stich gelassen und unangepasste Intellektuelle sowie linke Verlage, die schockiert auf den Bruch der linken Solidarität reagierten, von der Komintern diffamiert. Ulbricht forderte, das Wort „Nazi" aus dem Wortschatz der KPD zu streichen: „Ich halte diese Terminologie für falsch, weil dadurch eine Gleichsetzung der faschistischen Führer und der nationalsozialistischen Werktätigen erfolgt."[442]

Proteste gegen die NS-Herrschaft blieben nunmehr aus; französische Kommunisten träumten von einer „friedlichen" Zukunft Europas unter Hitler und Stalin; Komintern und KPD-Führung schwiegen weitgehend zu KZs und Judenverfolgung; Versuche, das Schicksal Tausender Internierter oder verhafteter Kommunisten zu verbessern oder sie gar zu retten, wurden bestenfalls nur noch selektiv unternommen. Meistenteils überließ man die eigenen Genossen ihrem Schicksal, wie der Fall des in Frankreich internierten Dahlem zeigt, oder – insoweit sie nicht bereits den blutigen Säuberungen Stalins in der Sowjetunion zum Opfer gefallen waren – lieferte sie an die Gestapo aus. Noch zwei Monate vor dem längst beschlossenen Angriff Hitlers leitete der „betrogene Betrüger" Stalin (Heinrich Mann) Maßnahmen ein, um die Komintern aufzulösen, vermutlich, um den anderen Betrüger doch noch von seinen Angriffsabsichten abzubringen. Die Offerte wurde jedoch nicht mehr angenommen. Dass Stalin Warnungen seiner Geheimdienste und der Komintern vor einem bestehenden deutschen Angriff weitgehend missachtete, ist mittlerweile vielfach belegt.[443]

Die neue Wende infolge des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 war keine Wende im Sinne des klassischen Antifaschismus. Vielmehr mobilisierte eine Symbiose von Sowjetpatriotismus und Antifaschismus weltweit Kräfte zur bedingungslosen Unterstützung der Sowjetunion. Widerstand und Heroismus im Kampf gegen Hitler konnten den „Verrat an der eigenen Sache" jedoch nicht völlig ungeschehen machen. Gerade unter dem Deckmantel dieses neuen Antifaschismus wurde das weiterhin offiziell propagierte Selbstbestimmungsrecht den Völkern und Nationen besonders in Ostmitteleuropa verwehrt.

Der Stalin-Hitler-Pakt als nationalistische Wende: Die definitive Liquidierung des Antifaschismus

Bis zum heutigen Tag nimmt der Zweite Weltkrieg den wichtigsten Platz im historischen Gedächtnis Russlands ein. Die vom Sieg gekrönten Bemühungen der Sowjetunion während des Krieges wiegen im historischen Diskurs stärker als die Erinnerungen an die „dunklen Jahre" der Kooperation der Diktatoren während des

---

442 Stellungnahme Ulbrichts v. 6.2.1940. Zit. in Bayerlein, Der Verräter, S. 216f., Fn. 15.
443 Entsprechende Dokumente siehe V. A. Gavrilov (Hrsg.): Voennaja razvedka informiruet. Dokumenty Razvedupravlenija Krasnoj Armii, janvar' 1939 – ijun' 1941 g.. Moskau 2008; Bayerlein, Der Verräter, S. 354–363.

deutsch-russischen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes von 1939 bis 1941. Bei Ausgang des Krieges bezeichnete George Orwell das Verschwinden des Paktes aus Schulbüchern und kollektivem Gedächtnis als Musterbeispiel für die rasche Auslöschung eines historischen Ereignisses aus der historischen Erinnerung als Folge einer nationalistischen Manipulation von Geschichte.[444]

Andererseits erfüllte die Paktperiode zwischen 1939 und 1941 eine Schlüsselfunktion für die zentralen Wendungen und Transmutationen in den Nationalisierungsprozessen des stalinistischen Kommunismus als internationale Bewegung, der „Nationalen Fronten" oder der „Volksdemokratien", die als Zentralmomente der Nachkriegsgeschichte ohne ihre Entstehungsgeschichte nicht gänzlich verstanden werden können.[445] Unter der Guideline des Paktes wurden neue Erzählungen gültig und neue Orientierungen umgesetzt. Für die deutschen Kommunisten bedeutete dies beispielsweise eine neue Vorliebe für „nationale" Schriftsteller, gegen das Exil,[446] den Rückgriff auf das nationale Prinzip in der Musik (wie Richard Wagner)[447] und insgesamt eine affirmative Bejahung des großrussischen nationalen Historizismus. Während ein solcher Zugang nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 der KPD verwehrt wurde, erfolgte im Verlauf des Zweiten Weltkrieges seine Ausdehnung auf weitere Kommunistische Parteien, speziell der Anti-Hitler-Koalition. Nach dem Krieg erfolgte dann im Rahmen der sog. „nationalen Geschichtsbetrachtung" in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Generalisierung dieses Zugangs.[448]

Die 1938 von Eugen Varga als gefährlich beschriebene Entwicklung erscheint nun als folgerichtiger Teil der Annäherung Stalins an Hitlerdeutschland. Dieser trug zur schnellen Zermürbung und Demoralisierung der Kader Kommunistischer Parteien in den faschistischen Ländern bei, die für den zukünftigen Krieg von zentraler Bedeutung gewesen wären. Die Paktperiode verdeutlicht auf beispielhafte Weise die politi-

---

444 George Orwell: Notes on Nationalism. London 1945. Online auch http://www.orwell.ru/library/essays/nationalism/english/e_nat (10.7.2013).

445 Bis zur Implosion der Sowjetunion war der Stalin-Hitler-Pakt ein Tabu in der gesamten sowjetisch beeinflußten Welt, einschließlich der Hauptopferstaaten Polen und der baltischen Länder. Selbst nach der Veröffentlichung der Dokumente des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und des Freundschaftspaktes wurden die folgenden Jahre bis zum deutschen Überfall kaum systematisch erforscht. Siehe hierzu Aleksandr O. Chubaryan: Kanun tragedii. Stalin i meždunarodnyj krizis, sentiabr' 1939–ijun' 1941 goda. Moskva: Nauka 2008.

446 „Es hat sich erwiesen, daß einige Schriftsteller in der Emigration, die als fortschrittlich galten, sich mehr oder weniger auf die Seite der englisch-französischen Reaktion gestellt haben, während andererseits in Deutschland manche Schriftsteller tätig sind, die als fortschrittlich bezeichnet werden können, oder die sich in fortschrittlichem Sinne entwickeln können. (Notizen von U[lbricht?] an Dimitrov „Zum weiteren Auftreten der mit uns sympathisierenden deutschen Schriftsteller", 24.1.1940; SAPMO-BArch, Berlin. RY 5/I 6/3/290, 7–9. Publ. in Bayerlein, Der Verräter, S. 227f.

447 Wagner's „Walküre" wurde im Moskauer Bolschoi-Theater im November 1940 gegeben. Siehe Wladislaw Hedeler, Nadja Rosenblum: 1940. Stalins glückliches Jahr. Berlin: BasisDruck 2001. S. 199.

448 Siehe für die DDR Martin Sabrow: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969. München: Oldenbourg 2001.

schen Mechanismen, Propaganda, Strategien, Umdeutungen, chaotischen Wendungen und rhetorischen Verschleierungen, die im Namen des Kommunismus verwendet wurden, um den allgemeinen antifaschistischen Konsens der Linken aufzubrechen und den Antifaschismus ebenso wie die linke Solidarität zu zersetzen, um schließlich das nationale Prinzip endgültig zu etablieren. Zur selben Zeit wurden Konzepte wie die „Volksrepublik", welche ihre volle Bedeutung erst nach dem Krieg erlangten, nach den Vorgaben aus der Paktperiode entwickelt. Stalins abstruse Doppelstrategie, von der aktiven Kooperation mit dem Nazi-Regime beim Aufbau einer neuen Weltordnung zu profitieren und die internationalen kommunistischen Strukturen diesem Zweck anzupassen, brach dann jedoch infolge der „Operation Barbarossa" im Juni 1941 in sich zusammen.

Den Kommunistischen Parteien kam während der Paktperiode die Aufgabe zu, propagandistische Anstrengungen, im Sinne eines höchst nebulösen Antiimperialismus und eines abstrakten Protestes gegen den Krieg an sich, zu unternehmen und dabei jede fundamentale Kritik am nationalsozialistischen System zu vermeiden. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, ausgelöst durch Hitlers Überfall auf Polen, erklärte die Komintern den „französisch-englischen Imperialismus" zum Hauptfeind und nicht den Aggressor Hitlerdeutschland. Der blutige Vormarsch der Wehrmacht in Westeuropa wurde von Stalin und Molotov hingenommen und gerechtfertigt, implizit oder *expressis verbis*. Die Kommunistischen Parteien besetzter Länder wie Frankreich oder Belgien versuchten nach entsprechenden Instruktionen aus Moskau sogar mit den deutschen Besatzungsbehörden zu verhandeln, um ihre Legalität und die Herausgabe der Parteipresse zu erreichen. Stalins Winterkrieg gegen Finnland 1939/1940 und der Vormarsch der Roten Armee in Mittelosteuropa wurden von ihnen bejubelt, während Ernst Thälmann und tausende andere Kommunisten in den Konzentrationslagern litten und starben. Intellektuelle, Verleger und linke Buchklubs, die dem neuen nationalen Kurs nicht folgten oder das Hitlerregime als gemeinsamen Feind betrachteten, wurden dämonisiert und weiterhin als „Trotzkisten" gebrandmarkt.[449] Walter Ulbricht forderte nicht nur die Streichung des diffamierenden Wortes „Nazi" aus dem Vokabular der Kommunistischen Partei, sondern auch die Legalisierung der deutschen Kommunisten in Deutschland und rief die exilierten Kommunisten, die sich in benachbarten Ländern verbargen oder in Haft befanden, dazu auf, nach Deutschland zurückzukehren und sich an der Parteiarbeit im Reich zu beteiligen (!).[450] Ebenso wie die Komintern schwiegen viele Kommunistische Parteien in der Periode von 1939 bis 1940 gegenüber den sich nun verstärkenden Verfolgungen der Juden.

449 Ein solcher Fall war der britische „Left Book Club", der Schriften von linken Intellektuellen wie George Orwell und Arthur Koestler veröffentlichte. Die Komintern führte eine Dämonisierungskampagne gegen den Buchklub durch, dem er antikommunistische Veröffentlichungen vorwarf. Siehe Bayerlein, Der Verräter, S. 259.

450 Hierzu auch die bisher einzige Edition chiffrierter Telegramme der Komintern: Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): Moscou-Paris-Berlin. Télégrammes chiffrés du Komintern 1939–1941. Paris: Tallandier 2003. S. 264 (Direction éditoriale: Denis Peschanski).

Auch wenn es während der Paktperiode keinen allgemeinen Widerstand gegen das Hitlerregime geben durfte, wurde die „neutrale" Haltung der Kommunistischen Parteien freilich nicht im kompletten Zeitraum aufrechterhalten. Dies war einerseits auf den zunehmenden Druck einer weiterhin antifaschistisch eingestellten Mitgliederschaft, andererseits auf die zunehmende Verhärtung der deutsch-russischen Beziehungen nach dem Molotov-Besuch in Berlin im November 1939 und zu Beginn des Jahres 1940 zurückzuführen. Weniger bekannt war bisher, dass die Komintern nach der Veränderung der internationalen Situation im Sommer 1940 die Kommunistischen Parteien in den besetzten Ländern instruierte, den deutschen Vormarsch zumindest propagandistisch zu verurteilen und – so seit Sommer 1940 – die nationale Selbstbestimmung für die besetzten Länder zu fordern. Offensichtlich hatte die sowjetische Führung die Niederlage Frankreichs, für die sie gleichwohl Hitler beglückwünscht hatte, samt ihrer desaströsen Konsequenzen nicht vorhergesehen und versuchte nun, im begrenzten Umfang zu reagieren und gegenzusteuern.[451] Dies änderte jedoch nichts an den weiterhin guten Beziehungen mit NS-Deutschland auf bilateralem Niveau, während den Kommunistischen Parteien weiterhin untersagt blieb, Kontakte zu den politischen und militärischen Bewegungen des Widerstandes oder den antifaschistischen Strömungen in den Exilländern aufzunehmen.[452]

Deutscher „Überfall" und „Großer Vaterländische Krieg": Nationale Dynamiken und Auflösung der Kommunistischen Internationale (1941–1943)

Hinsichtlich der letzten Phase der Kominterngeschichte bis zu ihrer Auflösung im Mai/Juni 1943 und der zunehmend nationalen Ausrichtung der Kommunistischen Parteien im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde die Gesamtheit der Aktionen, Artikulationen und besonders auch der militärische Beitrag der Kommunistischen Internationale seit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 noch nicht vollständig aufgearbeitet und ausgewertet. Die Dimitrov-Tagebücher zeigen, dass internationalistische Konzepte, wie bsw. eine militärische Beteiligung der Komintern an der Abwehr der deutschen Invasion (vergleichbar mit den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg), verworfen wurden und dem Konzept des (nationalen) „Großen Vaterländischen Krieges" untergeordnet wurden[453] und dies, obwohl nicht nur unter den Kommunisten weltweit eine hohe Bereitschaft existierte, die Sowjetunion auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Stattdessen wurden

451 Bayerlein, Der Verräter, S. 284ff.

452 Dieser Kurs wurde erst von Januar 1941 an wieder graduell geändert. Siehe Bayerlein, Narinski, Studer, Wolikow, Moscou-Paris-Berlin, S. 370f.

453 Zu Stalins und Molotovs Herleitung des nationalen Charakters des Krieges siehe Dimitroff, Tagebücher, S. 393.

die Kommunisten aufgefordert, sich in die heimischen, nationalen Widerstandsstrukturen zu integrieren, die jedoch nur bedingt von der Sowjetunion unterstützt wurden. So erhielten die jugoslawischen Partisanen in den ersten entscheidenden Kriegsjahren keine finanzielle und logistische Unterstützung aus Moskau, trotz des Drängens Dimitrovs als Generalsekretär der Komintern.[454] Insgesamt führte dies zu der paradoxen Situation, dass die Kommunistische Internationale, obwohl sie für Propaganda und Spionage sowie die Kriegsgefangenenarbeit reaktiviert wurde, nicht mehr öffentlich in Erscheinung treten durfte, ein Prozess des allmählichen Abtauchens der Kommunistischen Internationale, der unter dem Signum des Paktes begonnen hatte. Alle Betätigungen dieser Art wurden begrenzt oder gar völlig geheim gehalten, auch, aber nicht nur wegen der Evakuierungen hinter den Ural ab Oktober 1941, als Moskau durch den deutschen Vormarsch bedroht wurde.

Von sowjetischer Seite wurde die nationale und partiell nationalistische Komponente des Vaterländischen Krieges seit August 1941 nicht nur als „internationalistisches" Ziel umgedeutet und gerechtfertigt, sondern auch durch die Wiederbelebung des Panslawismus unterlegt.[455] Dabei wurde der Krieg Russlands gegen Napoléon von 1812 als „vaterländischer Krieg" nicht zufällig evoziert. Die Gründung einer allslawistischen Bewegung erfolgte unter Beteiligung einiger der prominentesten Mitglieder der russischen Intelligenzia, darunter Dmitrij Dmitrievič Šostakovič, und Aleksej Tolstoj, die in der Periode des Paktes 1939 bis 1941 gegen England und den „Imperialismus" ausgerichtet wurde und nun, zwischen 1941 und 1945, eine antideutsche Stoßrichtung erhielt. Kurz vor der Auflösung der Komintern 1943 wurde ein spezielles allslawisches internationales Netzwerk unter sowjetischer Führung ins Leben gerufen, das auch die slawischstämmige Bevölkerung in angelsächsischen und lateinamerikanischen Ländern mit einbeziehen sollte. Dimitrov selbst nahm als Generalsekretär der Komintern an einigen Sitzungen dieser slavophilen Internationale teil. Parallel dazu wurden die innersowjetischen nichtslawischen Minderheiten „gesäubert", mit der Liquidierung der deutschen und muslimischen autonomen Republiken als herausragenden Beispielen.

Als eine intendierte Reaktion auf die deutsche Invasion transformierte sich die prodeutsche Ausrichtung des Stalinismus in einen slawischen Nationalismus. Damit waren neue Probleme verbunden, die nicht zuletzt die deutschen Kommunisten betrafen, was zu paradoxen Situationen führte. So kam es dazu, dass sich im Herbst 1941 Ulbricht bei Togliatti, dem für Deutschland zuständigen Komintern-Sekretär, über die Zensur der deutschen Sendungen im internationalen Rundfunk der Sowjetunion beschwerte. Weiterhin wurde Klage darüber geführt, dass jegliche sozialisti-

454 Zu den drängenden Versuchen Dimitrovs, doch noch eine Unterstützung zu erreichen, siehe Dimitroff, Tagebücher, Einträge vom 12.9.1941, 19.12.1941 u. a.

455 Siehe neben den Dimitrov-Tagebüchern Lebedeva, Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovoja vojna, II, S. 106f.; Mit einigen Fehlern ebenfalls in Ju. S. Girenko: Stalin-Tito. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1991. S. 95f.

sche Propaganda verboten worden sei, dass rechtsgerichtete politische Kräfte, wie die preußischen Junker, nicht mehr als „reaktionär" bezeichnet werden dürften, dass jegliche demokratisch gesinnte Propaganda verboten worden sei, ebenso wie Anspielungen auf die früheren guten Beziehungen und den gemeinsamen Kampf deutscher und russischer Kommunisten gegen das System von Versailles und die Nachkriegsordnung, die auf den Ersten Weltkrieg folgte.[456] Die chauvinistische, antideutsche Kampagne wurde auf die deutschen Kommunisten ausgeweitet, von anderen Kommunistischen Parteien übernommen und schließlich auch zum Thema in der Propaganda der Widerstandsbewegungen.

Proteste wie die Vargas', der argumentierte, dass diese Kampagnen antidialektisch seien und nicht mit dem Marxismus in Einklang stünden, zeigten zwar, dass die These von der Kollektivschuld nicht von der Gesamtheit der sowjetischen Kommunistischen Partei mitgetragen wurde, doch führte dies bsw. in der französischen KP zu chauvinistischen Ausfällen. So sprach man vom „unreinen Blut der Besatzer", das „vergossen werden muß", um den „Haß des Volkes" zu befriedigen.[457] Das patriotische und nationalistische sowjetische Kriegsbias verstärkte die Ausrichtung der Komintern, von revolutionären Projekten Abstand zu nehmen. In einigen Fällen sollte sogar der Begriff „Kommunist" vermieden werden. Nachfolger alter kommunistischer Parteien wurden umbenannt und mussten sich (nationale) „Volks-" oder „Arbeiterpartei" nennen (bsw. Arbeiterpartei in Polen, Tudeh-Partei im Iran). Die einzige existierende revolutionäre Mission erfülle nun, wie es Stalin zu Dimitrov sagte, die Rote Armee. Die Wiederbelebung des Antifaschismus erfolgte nun ohne die archetypischen antifaschistischen Protagonisten. Ihre Rolle nahmen nun die Helden der Zarenzeit ein: Michail Kutusov, Aleksandr Suvorov, selbst Peter der Große und sogar Ivan IV. („der Schreckliche").[458] Der neue Antifaschismus mit nationalistischen Einsprengseln löste sich von der Idee der internationalen Solidarität – aus Sicht des klassischen Antifaschismus ein unmöglicher Gedanke.[459]

Weitere spezifische Antworten auf die deutsche Invasion und den sie begleitenden Terror während des Zweiten Weltkrieges können hier nur angedeutet werden. So waren die Kommunistischen Parteien auf ihrem weiteren Weg, spätestens seit Stalins Rede vom 3. Juli 1941, gezwungen, neben umfassender Spionage und Subversion hinter den Linien den individuellen Terror als vermeintlich neue Waffe und Not-

456 SAPMO-BArch, Berlin. RY 5/I 6/3/287, 20; Publ. in Bayerlein, Der Verräter, S. 400f.
457 Jenö Varga: Unveröffentlichtes Manuskript [Politisches Testament], Moskau, 1963/1964. In: Gerhard Duda: Jenö Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik. Zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Auslandsanalyse. Berlin: Akademie-Verlag, 1993. S. 359–447, hier: S. 408f.
458 Eigentlich: „Der Strenge". Zu dieser ideologischen und geschichtspolitischen Wende vgl. Ilja Ehrenburg: Menschen. Jahre. Leben. Autobiographie. II. München 1965. S. 331.
459 Siehe u. a. eine Bilanz in David Brandenberger: „From proletarian internationalism to populist russocentrism. Thinking about ideology in the 1930s as more than just a „Great Retreat", http://nationalism.org/library/science/ideology/brandenberger/brandenberger-havighurst.pdf (15.7.2013).

wendigkeit zur Verteidigung der Sowjetunion einzusetzen.[460] Die Ausbreitung einer solchen Taktik über ganz Europa zählte keineswegs traditionell zum Methodenarsenal der Komintern und nicht zu den Grundkonzepten, was sich in der Ablehnung jeglicher individueller Terrormaßnahmen in den dreißiger Jahren äußerte. Scheinbar diente dies der Schaffung eines imaginierten Monopols auf den bewaffneten Widerstand und zugleich als Identifizierungsmoment mit der Gesamtheit aller politischen Maßnahmen a posteriori (Pierre Broué). Damit änderten die Kommunistischen Parteien, zum dritten Mal seit der Gründung der Kommunistischen Internationale 1919, grundsätzlich ihren *Modus operandi*. Ein allgemeiner Diversifizierungsprozess führte innerhalb der kommunistischen Bewegung zu neuen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen „Nationalen Fronten“ und Kriegsbündnisse, zu deren Abstimmung mit den Kriegsallianzen sowie zur vorbereitenden Anpassung an die neue Rolle der Sowjetunion im Europa der Nachkriegszeit.

Ein höchst spektakuläres Beispiel der „Nationalen Front“, die einen Paradigmenwechsel anzeigte und auch „neue“ Kommunistische Parteien hervorbrachte, war die mit Hilfe Stalins und Togliattis im April 1944 erwirkte, unter dem Schlagwort „Wende von Salerno“ bekannt gewordene Einbindung der PCI in die nationale Koalition, die den Marschall Pietro Badoglio, Herzog von Addis Abeba (!), und die Monarchie einschloss („La svolta di Salerno“).[461] Auch in anderen Ländern sollten die Arbeiter der mit der UdSSR verbündeten Nationen von einer Art modifizierten Neuauflage des „Burgfriedens“ unter Beteiligung der nationalen politischen Führung überzeugt werden, was durch die außergewöhnlichen Notwendigkeiten zur Verteidigung des „Sozialistischen Vaterlandes“ legitimiert wurde. Bis zu einem gewissen Grad wurde dabei nicht nur der Antifaschismus, sondern auch der Antiimperialismus aufgegeben, sofern es den Interessen der Sowjetunion diente. Der europäische Widerstand und die Partisanenbewegung – generell als Bewegungen „zur nationalen Befreiung“ bezeichnet – trugen ihrerseits zur Diversifizierung, sowohl bezüglich ihres normativen Handlungsrahmens, als auch der finanziellen und logistischen Unterstützung durch Sowjetunion oder Komintern bei. Die Diversifizierung betraf ebenfalls die koloniale und halbkoloniale Welt, die die Sowjetunion in ihre Kriegspolitik einband. Besonders dramatisch wurde dies in den Instruktionen der Komintern an die britischen, niederländischen, portugiesischen, indischen, indochinesischen oder ceylonesischen Kommunisten, den Kampf für eine völlige Unabhängigkeit der Kolonien

460 Der renommierte Mathematiker und Sekretär Trotzkis, Jan van Heijenoort, bezeichnete in einem der wenigen analytischen Artikel zum Thema die neue Taktik als „vulgären chauvinistischen Opportunismus“. Siehe Marc Loris (i. e. Jean van Heijenoort): Revolutionary Tasks under the Iron Heel. In: Fourth International (November 1942). S. 333–338.

461 Siehe Michail M. Narinskij: „Togliatti, Stalin e la svolta di salerno“. In: Studi Storici XXXV (1994). Nr. 3. S. 657–666; Eher im Sinne von Togliattis Standpunkt: Aldo Agosti: Palmiro Togliatti. Torino: UTET 1996. S. 275f.

nicht mehr zu unterstützen.[462] Nachdem die abessinische Krise Mitte der 1930er Jahre bereits die Abkehr der offiziellen Sowjetunion von den Prinzipien des Antikolonialismus und der Unterstützung unterdrückter Nationen offenbart hatte (siehe Politbüro VKP(b), 4.10.1935), kam dies einer grossen nationalistisch motivierten Welle des Verzichts auf Antikolonialismus und den traditionellen anti-imperialistischen Zielen der kommunistischen Bewegung gleich, hier zugunsten einer Zusammenarbeit mit den alliierten Kolonialmächten im vermeintlichen Interesse der Sowjetunion. Dass zwischenzeitlich auch die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit aufgelöst wurde, erscheint nur folgerichtig.

Statt einer Bilanz:
Für einen neuen Diskurs über Geschichte

Je mehr neue Dokumente zum Vorschein kommen, desto stärker werden orthodoxe und traditionalistische Sichtweisen, die beispielsweise das taktische Geschick oder die antifaschistische Zielsetzung des Stalinismus hervorheben, zugunsten eines transnationalen und zugleich herrschaftskritischen Ansatzes der Stalinismusforschung unterminiert. Der Stalinismus – und mit ihm die Komintern und die Kommunistischen Parteien – trugen in erheblichem Maße zu den Katastrophen des Weltsystems im 20. Jahrhundert bei. Mit Blick auf neue Forschungen erweist sich der Nachfolger Lenins gerade als das Gegenteil eines internationalen Revolutionärs, nur allzu oft als Alleinherrscher, „der andere politische Führer nicht verstand, die internationale Situation völlig falsch einschätzte, irrige Politiken in die Wege leitete und vielversprechende Gelegenheiten verpasste".[463] Über die tragische Wirkungsgeschichte seines Regimes in der Sowjetunion hinaus sind die transnationalen Auswirkungen des Stalinismus und seine strategische Rolle im Weltsystem, darunter nicht zuletzt seine ebenfalls transnational maßgeblichen, zur Entwertung und Diskreditierung von Menschheitszielen beitragenden kulturellen Praktiken, stärker in die Forschung einzubeziehen.

462 Zu den Konsequenzen der nationalen Wendung für den Antikolonialismus der Komintern siehe Sobhanlal Datta Gupta: Comintern and the Destiny of Communism in India 1919–1943. Dialectics of Real and a Possible History. Bakhrahat: Seribaan 2006. S. 205–234; Demnächst Fredrik Petersson: Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern. 1925–1933. 2 Bde. Lewiston/ New York: Edwin Mellen Press 2013 (Doctoral Thesis. Åbo Academy University).
463 Teddy J. Uldricks: Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues. Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 11 (2010). Nr. 3. S. 649–660, hier: S. 660.

Sowjetunion und Komintern im Weltsystem

Internationalismus, Solidaritätsbewegungen und auch der Kommunismus waren Kennzeichen der klassischen Moderne. Nicht zuletzt als Reaktion auf den Zusammenprall der imperialistischen Nationen und dem daraus entstandenen Schlachtfeld der Völker im Ersten Weltkrieg setzte sich die junge Sowjetunion zunächst bewusst über das hegemoniale Konzept der Nation hinweg. Auch allgemein wurde der „globale Bezugsrahmen“ des imperialistischen Staatensystems als zu eng empfunden, das Ziel war die Ausweitung und Überwindung der Dichotomie zwischen Nationalstaat und Weltsystem (Wallerstein) oder zwischen Nationalökonomie und Weltmarkt.[464] Dies erforderte einerseits, die Weltgesellschaft zu antizipieren, andererseits im nationalen Rahmen wirkende Modernisierungsprozesse anzustoßen.[465] Die Ziele reichten vom Hineinwachsen in die bürgerliche Moderne bis zur Realisierung des weltweiten Sozialismus und Kommunismus als Idealform. Die Quellen waren die bürgerlichen Reformbewegungen und die Arbeiterbewegung des XIX. Jahrhunderts in reformerischer, liberaler und revolutionärer Ausprägung, die sich jeweils an die politisch-/philosophischen Hauptströmungen anlehnten. Mit dem großen Zulauf und den Erfolgen dieser Organisationen baute sich seit den zwanziger Jahren darüber hinaus ein national und international unterschiedlich ausgeprägtes kulturell-ästhetisches, lebensweltliches und weithin mentalitätsprägendes „Zwischenreich“ (Karl Schlögel) auf, das sozusagen nach der globalen Überwindung des Weltsystems lechzte.

Der ab Mitte der 1920er Jahre vor allem unter Stalin und Bucharin begonnene Nationalisierungsprozess färbte zeitverzögert auch auf die Kommunistischen Parteien ab und führte dann im Rahmen des hier dokumentierten, äußerst spannenden historischen Prozesses jedoch zur De-Internationalisierung der Komintern, die jegliche Eigenständigkeit als Akteur verlor. Die auf die globale Befreiung des Proletariats und die Durchbrechung des kapitalistischen Weltsystems orientierte Komintern wurde im Stalinismus zur alleinigen Unterstützung der nachholenden Entwicklung der Sowjetunion umfunktionalisiert und ihre internationalen Netzwerke und Kommunikationsnetze wurden darauf ausgerichtet. Intermediäre, zunehmend sowjetisch dominierte und zunehmend auf die reine formale Organisierung fokussierte Institutionen wie die Kommunistischen Parteien und „emanzipatorische Alternativen auf globaler Ebene“ (Stickler)[466] ließ man ins Leere laufen oder sogar unterdrücken. Mit der Chimäre des „Sozialismus in einem Lande“ getarnt, wurde der Aufbau eines neuen großrussischen Staates nicht mehr international und revolutionär, sondern nur noch als Export des sowjetischen Modells vermittelt, falls erforderlich, auch gewaltsam

464 Siehe auch zur historischen Entwicklung des Weltsystems Robert Kurz: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin: Edition Tiamat 2005.

465 Siehe Wallerstein, Social Science and the Communist Interlude.

466 Hierzu heranzuziehen Stickler, Nichtregierungsorganisationen.

durch die Rote Armee.[467] Insofern ging es bei der Ausschaltung der zumeist internationalistisch sozialisierten und positionierten Oppositionellen nicht ausschließlich um Parteiführungs- bzw. Nachfolgeprobleme, sondern um die Theorie und Praxis der internationalen Revolution und um die Rolle und Position der Sowjetunion im internationalen Kontext und in den internationalen Beziehungen. Trotz dieses fundamentalen Wandels gelang es im Stalinismus, große Teile der internationalen Weltmeinung für das als Sinnbild der idealen Weltgesellschaft präsentierte Modell der Industrialisierung des „Vaterlands der Werktätigen" zu gewinnen und dabei mit einer weltumspannenden „cultural diplomacy" zu umgarnen bzw. zu blenden.

Kommunistische Parteien und nationale Unabhängigkeitsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika wurden dabei ideologisch kompatibel gemacht und instrumentalisiert. Der Rückzug vom originären bolschewistischen Projekt erfolgte parallel für die kapitalistischen Zentren und die mit der „Baku-Perspektive" verknüpften Ziele in der großen Peripherie.[468] Die antikoloniale und antiimperialistische Aufbruchsstimmung Anfang der 1920er Jahre, als Lenin, nicht Wilson, weltweit zum Meinungsführer des „antikolonialen Nationalismus" und des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung aufstieg, wurde nur noch als Hülle befördert.[469] Diese Transition vollzog sich zunächst durch die Einhegung im Sinne rein formaler Organisierung (Stichwort: „Bolschewisierung" etc.) und im zweiten Schritt durch eine zunehmend schärfere bürokratische Kontrolle, den Einsatz von Terror und schließlich die Liquidierung der internationalen Kommunikationskanäle, Verbindungsstrukturen, ganzer kommunistischer Parteien und der eher horizontal und „demokratischer" ausgerichteten internationalen Massenorganisationen. Das „Sonnensystem der Kommunistischen Internationale" (Kuusinen) als zentraler Träger einer neuen Massenkultur stürzte wie ein Kartenhaus zusammen. Die „dream houses of the collective" (Walter Benjamin) entpuppten sich als „Potemkinsche Dörfer" (Lev Trotzki).

Der Funktionswandel reduzierte die Kommunistischen Parteien neben der kommunikativen Sprachrohrfunktion auf eine Hilfsfunktion im Ausnutzen der interimperialistischen Widersprüche, letztlich als Druckmittel auf die nationalen Regierungs-

467 Siehe hierzu Albert, From World Soviet to Fatherland of All Proletarians; Jan Foitzik: Der proletarische Internationalismus des sozialistischen Weltsystems. Die Mythologisierung des sowjetischen Führungsanspruchs. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007). Nr. 1. S. 115–124.

468 Vom 1.–8.9.1920 fand in Baku der „Erste Kongress der Kommunistischen und revolutionären Organisationen des Fernen Ostens" statt, siehe John Riddell, John (Hrsg.): To See the Dawn. Baku 1920. First Congress of the Peoples of the East. New York: Pathfinder 1993 (The Communist International in Lenin's Time). Wallerstein sieht Baku verfrüht als zweiten Wendepunkt der Integration des internationalen Kommunismus in das Weltsystem. Nach dem Wiederzusammenbau („reassembling") des russischen Empires sei damit die Verlagerung der revolutionären Schwerpunkte von den Zentren in die Peripherien und Semiperipherien erfolgt, siehe dazu Wallerstein, Social Science and the Communist Interlude.

469 Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism. Oxford: University Press Oxford 2007. S. 7f.

apparate in den Zentren bzw. die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in den (semi-)kolonialen Ländern. Allerdings bewirkte der Paradigmenwechsel noch lange nicht, dass die Parteimitglieder dies auch „schluckten“ bzw. mitvollzogen. Neue Oppositionen und Resistenzen innerhalb und außerhalb der Parteiapparate waren ständige Begleiter auch des Stalinismus.

Stalinismus und Deutschland-Russland-Komplex

Trotz der welthistorischen Niederlage gegenüber dem Nationalsozialismus im Jahre 1933, die das Weltsystem komplett neu ausrichtete, diente die deutsch-russische Achse dem Stalinismus weiterhin als vermeintlich auch langfristig ökonomisch und politisch erfolgreiches Mittel zur nachholenden Modernisierung der Sowjetunion. Der Deutschland-Russland-Komplex blieb weiterhin zentral,[470] fußte nur nicht mehr auf revolutionärer Grundlage. Deutschland galt nicht länger, wie noch in der Leninschen Ära, als Epizentrum der Revolution, für die jeder russische Kommunist sein Leben opfern würde. Anfang der 1930er Jahre wurde die „Nationalisierung“ kommunistischer Strategie und Taktik auch in Deutschland durch Konzepte wie das „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ oder der „Volksrevolution“ (1932) vorangetrieben.[471] Zu keinem Zeitpunkt in den 1930er Jahren stufte die Komintern die Situation in Deutschland als revolutionär, nicht einmal als vorrevolutionär ein. Die katastrophale Niederlage in Deutschland 1933 war der Beleg dafür, dass die KPD, wenn überhaupt, für die sowjetische und die Kominternführung nur noch eine Hilfsfunktion im Weltsystem erfüllte. Mehr noch: Die Kommunisten in den diktatorischen Regimen von Portugal über Spanien und Italien bis nach Deutschland wurden verpflichtet, in die faschistischen Strukturen vorzudringen und dort zu arbeiten. So implizierte „Nationalisierung“ der Parteien zugleich eine Neudefinition der Pflichten der Mitglieder. Über die Arbeit in den faschistischen Organisationen hinaus wurde die den Traditionen der Arbeiterbewegung völlig fremde nachrichtendienstliche Tätigkeit, hier für die Sowjetunion, zur legitimen Artikulation von Militanz.[472]

---

470 Zum Deutschland-Russlandkomplex vgl. Gerd Koenen (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924. München: Fink 1998 (West-Östliche Spiegelungen. A 5); Ders.: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945. München: Beck 2005; Jan Fotzik: Der deutsche Rußland-Komplex 1945–47: Ostorientierung und Befreiungsambition. Unveröff. Ms., demnächst in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Berlin/Moskau.
471 Man war nicht mehr weit vom Konzept der „Volksdemokratie“ entfernt. Vgl. Claudín, The Communist Movement; Serge Wolikow: Le Front populaire en France. Bruxelles: Editions Complexe 1996; Serge Wolikow, Annie Bleton-Ruget (Hrsg.): Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire. Dijon: EUD 1998.
472 Beispiele sind die „Betriebsberichterstattung“, die „Arbeiterkorrespondenten“ oder auch die sog. „Freundschaftsorganisationen“.

Die neuen Komintern- und VKP(b)-Dokumente erfordern eine Korrektur in den Betrachtungen der bilateralen staatlichen Beziehungen und der Rolle der VKP(b) für das sowjetisch-deutsche Verhältnis bis 1941. Die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros belegen, dass die Sowjetunion in den 1930er Jahren nicht antifaschistisch ausgerichtet war, dem politischen Massenmord an den deutschen Kommunisten und Linken insgesamt gleichgültig bis wohlwollend gegenüberstand und seit dem nationalsozialistischen Machtantritt eine Massenpropaganda gegen Hitlerdeutschland tatsächlich nicht existierte (man vergleiche nur die sowjetische Kampagne für die deutsche Revolution 1923!), ja die sowjetische Presse die Bevölkerung über die strategischen Absichten und den realen Charakter des NS-Regimes nicht informierte. Der russische Historiker Besymenskij vermutete, dass eine Kritik an Hitlerdeutschland die mit den laufenden Annäherungsversuchen verbundenen Schachzüge durchkreuzt hätte.[473] Münzenberg lag richtig, als er ähnliches auch der Kominternpolitik gegenüber Deutschland im Jahre 1933 bescheinigte. Allerdings beging er, wie viele seiner Genossen, den Fehler, sich mit seiner Fundamentalkritik und seiner Empörung ausgerechnet an Stalin selbst zu wenden.

Selbst die bisher freigegebenen Dokumente aus dem Stalin-Archiv stellen die antifaschistische Ausrichtung der Sowjetunion in Frage. Auch das notorisch doppeldeutige Engagement im Spanischen Bürgerkrieg vermag diese These nicht fundamental zu falsifizieren. Antifaschistische Bekenntnisse waren nur vorgeschoben, wie es der Mitbegründer der KP Italiens, Pietro Tresso, darlegte. Während Stalin nach außen als der überzeugteste Hitler-Gegner galt, funktionierte die stalinistische Sowjetunion nicht nach der Dichotomie Faschismus/Antifaschismus, sondern ausschließlich nach derjenigen von Freund und Feind. Kollektive Sicherheit, demokratische Verfassung, Volksfront, später auch die Antikriegspolitik waren mit unterschiedlichen ideologischen Inhalten gefüllte, in die Sprache des „Marxismus-Leninismus" transliterierte instrumentelle Hüllen, die in erster Linie zur Selektion, zur Aussonderung herangezogen wurden.

Wie bereits zur Vertuschung des Thälmann-Wittorf-Skandals im Herbst 1928[474] hielt die Komintern auf Druck Stalins sowohl am kommunistischen „Führer" als auch 1933 an der schematisch gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politik fest. Zusätzlich wurden diejenigen aus der Parteiführung entfernt, die, wie Heinz Neumann, Hermann Remmele und Willi Münzenberg – hier durchaus affin zu den realistischen Faschismusanalysen August Thalheimers und Lev Trotzkis – ein konsequenteres antifaschistisches Engagement, eine revolutionäre Ausrichtung und nicht zuletzt eine „Einheitsfrontpolitik" einforderten. Der fähigste antifaschistische Propagandist, den die Komintern besaß, schrieb als erklärter Hauptfeind von Hitler und Goebbels an den „Lieben Freund" (vermutlich Stalin) am 20. Juli 1933: „Ich fühlte, dass, wenn man mir nicht Steine in den Weg geschmissen hätte, mir die Freiheiten in meinen Reihen gegeben hätte, die die nationalsozialistischen Propagandisten in ihren Reihen haben,

473 Lew Besymenski: Stalin und Hitler: Das Pokerspiel der Diktatoren. Berlin: Aufbau 2002. S. 78.
474 Siehe hierzu Weber, Bayerlein, Der Thälmann-Skandal.

ich mich jeden Tag mit ihnen gemessen hätte und bereit bin, mich morgen mit ihnen zu messen." (Dok. 330). Neumann und Remmele kamen im Stalinschen Terror um. Münzenberg selbst starb 1940 unter noch nicht aufgeklärten Umständen, kurz bevor ein NKVD-Agent Trotzki ermordete. Doch die Erfolgsgeschichte der Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs überstrahlte bisher, dass Stalin maßgeblich zur Realisierung von Hitlers strategischen Plänen beitrug, die KPD zu zerstören und den Einfluss der Kommunistischen Internationale sowohl transnational als auch als Instrument sowjetischer Politik definitiv zurückzudrängen.

Für den Kulturphilosophen Walter Benjamin, der sich ebenfalls 1940 auf der Flucht zwischen Pyrenäen und Mittelmeer, dort vielleicht, wo Europa am schönsten ist, das Leben nahm, war mit dem Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes im Sommer/Herbst 1939 tatsächlich die Situation eingetreten, in der „die Politiker, auf die die Gegner des Faschismus gehofft hatten, am Boden liegen und ihre Niederlage mit dem Verrat an der eigenen Sache bekräftigen". Und Benjamin fährt fort: „Die Betrachtung geht davon aus, dass der sture Fortschrittsglaube dieser Politiker, ihr Vertrauen in ihre ‚Massenbasis' und schließlich ihre servile Einordnung in einen unkontrollierbaren Apparat drei Seiten derselben Sache gewesen sind. Sie sucht einen Begriff davon zu geben, wie teuer unser gewohntes Denken eine Vorstellung von Geschichte zu stehen kommt, die jede Komplizität mit der vermeidet, an der diese Politiker weiter festhalten."[475] Benjamins aufrüttelnder Aufruf an das „politische Weltkind" – seine Generation –, zwischen dem Kampf gegen den Faschismus, der Idee des Kommunismus und der sowjetischen Realität definitiv zu unterscheiden, bleibt weiterhin aktuell, nicht zuletzt für die Geschichtswissenschaft.

475 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte (1940). In: Ders.: Gesammelte Schriften. Hrsg. von R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser. Frankfurt/M. 1991. Bd. I, 2. S. 691–704, hier: S. 698.

Alexander Galkin

Über einige Entstehungsphasen der internationalen Arbeiterbewegung[1]

Die objektive Kenntnis von Ereignissen und Prozessen der Vergangenheit setzt eine gedankliche Rekonstruktion der damaligen historischen Situation, ihrer Voraussetzungen und Gesetzmäßigkeiten voraus. Anderenfalls ergibt sich eine ungewollte Modernisierung, in deren Rahmen die Vorstellungen von der Vergangenheit und die heutige Wertorientierung das wirkliche Verständnis und die Beschreibung tatsächlicher Vorgänge zu dominieren beginnen.

Eben diese Überlegung hat den Autor dazu veranlasst, den Materialien und publizierten Dokumenten, die die Tätigkeit der Komintern betrachten und kommentieren, eine kurze Skizze der Ereignisse und eine Einordnung ihres konkreten Handlungsrahmens vorauszuschicken. Die Skizze liefert eine Vorstellung von Prozessen und Ereignissen, die der Gründung der Komintern vorausgehen und ihre Orientierung in vielerlei Hinsicht vorbestimmt haben.

Die Dynamik der Lohnarbeit

An der Schwelle des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts näherte sich die Menschheit der Wende, die den Abschluss einer wichtigen Etappe kennzeichnete. Es zeigten sich die Grundlinien der Situation, die sich zu dieser Zeit in den hochentwickelten Ländern herausbildete. Einerseits entwickelten sich neue industrielle und wissenschaftliche Produktivkräfte, andererseits wurden die Anzeichen eines ernsthaften Niedergangs offensichtlich. Mit bedeutend größerer Klarheit als jemals zuvor zeigte sich die ganze Widersprüchlichkeit des Fortschritts. Die Maschinen, die über die Fähigkeit verfügten, die menschliche Arbeit zu verkürzen und ihre Produktivität zu erhöhen, brachten den Menschen Hunger und Erschöpfung. Das gesellschaftliche Bedürfnis nach grundlegenden sozialen und politischen Veränderungen wurde zunehmend greifbarer und unbestreitbarer. Eine neue gewaltige soziale Kraft bildete sich heraus, erstarkte und wurde sich der eigenen Möglichkeiten bewusst, die sich als eigene Interessen und Zielsetzungen immer eindringlicher äußerten – die Lohnarbeiter.

Diese hatten in den industriell entwickelten Ländern bis dato einen langwierigen und schwierigen Weg zurückgelegt, in dessen Folge sie sich in einen wichtigen gesellschaftlichen Faktor verwandelten. Entstanden in einem Milieu des städtischen und ländlichen Plebs, die einen Bestandteil des sog. dritten Standes darstellte, vergrößerte sich die Anzahl der Lohnarbeiter. Damit zeichnete sich die Entwicklung

1 Aus dem Russischen übersetzt von Nadine Kriwoplas, Bernhard H. Bayerlein und Gleb Albert.

der Arbeiterschicht zu einer bedeutenden Kategorie ab. Ihr Wachstum wurde zum Merkmal der industriellen Entwicklung der unterschiedlichen Staaten. Neben den quantitativen veränderten sich auch die qualitativen Charakteristika. In einem Entwicklungsprozess der gesellschaftlichen Verhältnisse legten die Arbeitnehmer eine beträchtliche Strecke einer sozialen Gruppe, die vorwiegend in der Landwirtschaft und der Handwerksproduktion tätig war, von Lohnarbeitern in der Manufaktur zum industriellen Proletariat zurück. Allerdings war der Grad des Fortschreitens diverser nationaler Größenverhältnisse und Arbeitergruppen ungleich. Das unterschiedliche Entwicklungsniveau einzelner Staaten, das sich auf die Anzahl der Arbeitnehmer auswirkte, prägte ihre qualitative Eigenart, die in vielerlei Hinsicht durch die ungleichmäßige Entwicklung in einzelnen Bereichen gesellschaftlicher Produktion bedingt war. Die durch diese Ungleichmäßigkeit erzeugte parallele Existenz der Fabrikindustrie, unterschiedlicher Manufakturtypen sowie der klein- und halbhandwerklichen Produktion bestimmte die relative Persistenz der Gruppen von Arbeitern, die nicht so sehr ihre Zukunft, als vielmehr ihre Vergangenheit verkörperten. Deutlich zeigte sich dies gerade dort, wo die Arbeiter bereits eine große Bevölkerungsgruppe darstellten.[2]

Bedeutende Dimensionen gewann dann die auffällige Formierung der Lohnarbeiter als eine selbstständige gesellschaftliche Kraft. Den wichtigsten Teil dieses Prozesses bildete die soziale, politische und ideologische Differenzierung von der Bourgeoisie. Als soziale Kraft, die durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht worden war, waren die Industriearbeiter mit ihr durch grundlegende Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden. Jegliche, selbst kleinere Veränderungen der Formen der Kapitalfunktion und der Betriebsorganisation wirkten sich auf ihre Situation aus. Zugleich erwuchs aus ihrer objektiven Position als Verkäufer der Ware Arbeitskraft ein Interessenkonflikt hinsichtlich des personifizierten Kapitals.

Darüber hinaus wurde dieser Prozess durch eine Reihe von Faktoren gebremst. Einer davon war die zahlenmäßige Zunahme der Arbeiterklasse. Diese war zuerst hauptsächlich das Resultat von Veränderungen im sozialen Status ehemaliger Handwerker – Meister und Gesellen. Daraufhin spielte die Abdeckung des gestiegenen Arbeitskräftebedarfs aufgrund der Wanderbewegung derjenigen aus den Dörfern in die Städte, die im Zuge der Auswirkungen des Kapitalismus auf die Landwirtschaft in den Ruin getrieben wurden, eine immer größere Rolle. Oft blieb dabei der soziale Statuswechsel unvollständig: in zahlreichen Übergangsformen waren Elemente der alten und der neuen sozialen Stellung noch vorhanden. Gleichzeitig wurden die Familienbande bewahrt, die die neuen Arbeiter weiterhin mit ihrem bisherigen sozialen Niveau verbanden. Die Fabrikarbeiter der Generation, die sich in den Betriebsbedingungen des neuen Typs und dem durch ihn bedingten System sozialer Bindungen formten, stellten in der Struktur der Arbeiterklasse aller Länder eine unbedeutende Minderheit dar.

2 Vgl. bsw. Ira Katznelson, Aristide Zolberg (Hrsg.): Working-Class Formation. Ninteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States. Princeton/N.J.: Princeton University Press 1986.

Dabei war bedeutsam, dass unter den Bedingungen, in denen sich die neuen Produktionsverhältnisse weder in der politischen noch in der sozialen Struktur widerspiegelten, der große Umfang der Aufgaben des Kampfes gegen die Fesseln des Feudalismus, die die normale Entwicklung der Gesellschaft verhinderten, eine Interessenübereinstimmung von Arbeitern, Kleinbesitzern und unterschiedlichen Kapitalistenfraktionen erzeugte. Trotz der Erreichung von Zwischenzielen des Kampfes und der Untergrabung von Hauptpfeilern des feudalen Systems wurden immer häufiger die Inkonsequenz der Bourgeoisie im Kampf gegen die feudalen, absolutistischen Regime aufgedeckt wie auch ihre Unfähigkeit, Rücksicht auf die Interessen und Bedürfnisse ihres eigenen Verbündeten zu nehmen. Um dies zu erkennen, brauchten die unterschiedlichen Lohnarbeitergruppen viel Zeit und Erfahrung. In diesem Prozess zeichneten, sich die unterschiedlichen Funktionen der Arbeiter und der Bourgeoisie ab, sich in einen zentralen Faktor für die soziale und politische Kräfteverteilung in den entwickelten Ländern zu verwandeln.

Der Formierungsprozess der Lohnarbeiter als selbstständige gesellschaftliche Kraft hatte noch eine andere Seite. Gleichzeitig erfolgte ihre soziale, politische und ideologische Trennung von den deklassierten Bevölkerungsgruppen, deren Anzahl überaus beachtlich war und eine Tendenz zur Steigerung aufwies. Es handelte sich darum, dass die Zerstörung der alten Gesellschaftsstrukturen auf eine schmerzhafte Weise ausgeführt und vom Ruin der sozial schwachen Schichten begleitet wurde. Infolgedessen entstand in den von der Industriellen Revolution erfassten Ländern eine grosse, relativ widerstandsfähige Gruppe, die außerhalb der Industrie existierte. Gleichzeitig stellte diese Gruppe als Außenstehende gegenüber dem gesellschaftlichen Beziehungssystem nur eine Summe von Individuen dar, die sich beispielsweise von reaktionären, politischen Kräften leicht beeinflussen ließen.

Diese vermischte Masse, die die Bezeichnung „Lumpenproletarier“ erhielt, war ihrem sozialen Wesen nach den Lohnarbeitern entgegengesetzt. Im realen Leben jedoch konnte ihre klare Ausdifferenzierung nur die Folge eines langwierigen, vielfältigen und widersprüchlichen Prozesses sein. Als Hindernis für die Formierung der Arbeiter aus der Masse der armen Bevölkerung heraus wirkten nicht nur die gemeinsame historische Entstehungsphase, sondern auch die anhaltende Unbeständigkeit der ökonomischen Situation. In ihrer Folge wurden nicht nur einzelne pauperisierte Gruppen von der Industrie absorbiert, sondern im Gegensatz dazu auch ganze Arbeiterschichten, die in den absterbenden Zweigen vorwiegend handwerklichen und halbhandwerklichen Typus' tätig waren, aus der Produktion in die Reihen der deklassierten Elemente hineingestoßen wurden. Große Bedeutung hatte dabei auch der Umstand, dass die Existenzbedingungen der Mehrheit der Lohnarbeiter besonders am Anfang der Industriellen Revolution sich nicht sonderlich von denen der pauperisierten Bevölkerung unterschieden. Dies schuf die Illusion einer Übereinstimmung ihrer sozialen Interessen, die durch die gemeinsame Beteiligung an Aufständen verstärkt wurde, sowie an politischen Bewegungen, die von der Bourgeoisie geleitet und gelenkt wurden.

Die Zunahme der sozialen Reife der Lohnarbeiter wird besonders durch eine Analyse der Entwicklung von Formen und Methoden ihres Kampfes deutlich. Ursprünglich unterschied sich ihr sozialer Protest seinem äußerlichen Ausdruck nach nur wenig von den Auftritten der Bauern und des städtischen Subproletariats. Vor allem war dies der spontane Aufstand, der sich gegen die extremsten Zuspitzungen der sozialökonomischen Widersprüche der entstehenden neuen Formation und gegen den Missbrauch durch einzelne Vertreter der Bourgeoisie richtete.[3]

Als eine immanente Begleiterscheinung der Industriellen Revolution nahm der Protest gegen Massenarmut bisweilen auch die Form des Kampfes gegen die neue Technik und Technologie an (Luddismus). Ungeachtet seiner relativen Verbreitung war jedoch eine solche Ausrichtung des Protestes, die die sozialpsychologische Einstellung nicht der Lohnarbeiter in den Fabriken, sondern der des manufaktur-handwerklichen Typus' widerspiegelte, nur vorübergehend. Die Lohnarbeiter entdeckten sehr früh Methoden zur kollektiven Gegenwehr wie die organisierte Arbeitseinstellung (Streik) für sich und setzten diese im größeren Rahmen um. Im Verlauf des gesamten, hier betrachteten Zeitraums, stellte der Streikkampf in seinen unterschiedlichen Ausformungen bereits den Kern der Mehrzahl der Aktionen der Lohnarbeiter dar. In dem Maße wie sich dieser (der Streik) behauptete, wurden einige Haupttendenzen deutlich. Vor allem verdichtete sich der Organisierungsgrad der Streikbewegungen. Spontane, impulsiv geprägte Einstellungen der Arbeit als Reaktion auf die Ungerechtigkeit seitens der Unternehmer, der Eigentümer oder der Verwaltung wurden durch überlegte, geplante und vorbereitete Aktionen ergänzt.

Natürlich wurde dies nicht überall und nicht mit gleicher Intensität realisiert. Selbst gegen Ende diese Zeitraums bestimmten solche Streiks noch nicht die allgemeine Form der Bewegung. Nichtsdestoweniger sind, wenn man die neu entstandene Situation mit derjenigen vergleicht, die zu Beginn der Arbeiterbewegung existierte, die Veränderungen unverkennbar. Nicht weniger deutlich kam auch die Tendenz zur Steigerung des Streikkampfes als Massenerscheinung zum Ausdruck. Die Anzahl der an den einzelnen Streiks Beteiligten vergrößerte sich von Phase zu Phase, wie auch die Anzahl der Streiks als solcher und dadurch das Ausmaß der Streikbewegung insgesamt.

Natürlich war die Entwicklung fortlaufend. Durch den Einfluss der konkreten ökonomischen und politischen Situationen erlebten die Streikkämpfe Höhen und Tiefen. Quantitativ waren diese sogar in den Perioden der Hochkonjunktur von den darauffolgenden Massenausschreitungen zu unterscheiden. Gleichwohl stellte die Streikbewegung in dieser Zeit einen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Faktor dar. Insgesamt zeichnete sich eine Steigerung und Reifung des proletarischen Gemeinschaftsgefühls ab. Unter den Bedingungen der damaligen Zeit – dem relativ niedrigen Organisationsgrad der Arbeiterklasse und dem völligen Mangel an den not-

3 Vgl. Eric John Hobsbawm: Primitive Rebels. Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries. Manchester: Manchester United Press 1959.

wendigen Mitteln, die für die Durchführung von Streiks genutzt werden konnten – war die Herausbildung eines solchen Solidaritätsgefühls ein wirksames Mittel und diente der Unterstützung von Aktionen. Bereits zu Beginn der Entwicklung der Streikbewegung entstanden Streiks aus Solidarität, die die Wirkung der Kampfmaßnahmen erhöhten und sich gleichzeitig als Schule des Kampfes erwiesen, deren Schüler so außerhalb des Rahmens wirtschaftlicher Konflikte in Privatangelegenheiten gestellt wurden. Die Unterstützung durch solche Solidaritätsaktionen beschränkte sich nicht auf einzelne Bezirke oder Staatsgebiete, sondern nahm mit der Zeit internationale Züge an. Wenn auch die Streikbewegung als Reaktion auf die Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen und das Alltagsleben der Lohnarbeiter zu verschlechtern, anfänglich vorwiegend defensiv ausgerichtet war, so wurde doch im Zuge der Verfestigung und Entwicklung dieser Kampfform die Tendenz zur Steigerung ihres offensiven Charakters sichtbar. Die Arbeiterbelegschaft agierte als aktive Kraft, die den Zeitrahmen des Arbeitskonflikts und den Forderungsumfang zur Verbesserung der bestehenden Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmte.

Auch die Forderungen erfuhren einen Wandel. Entsprechend dem Entwicklungsgrad der Lohnarbeit spiegelten diese eine Summe primärer materieller Bedürfnisse wider, die vor allem mit dem Einkommen, der Art der Lohnauszahlung, den Arbeitsbedingungen im Unternehmen, der Arbeitszeitdauer, dem minimalen Kündigungsschutz usw. verbunden waren. Doch mit der Entfaltung des Kampfes traten andere Forderungen zum Vorschein: So erfuhr die Idee einer rechtlichen Regelung von Verhältnissen in den Unternehmen in der Form umfassender industrieller Gesetzgebungen eine weite Verbreitung. Später wandelte sich diese Idee in das Streben nach Gründung des staatlichen und gruppengesellschaftlichen Unternehmertums. Der Illusionscharakter der Erwartungen, die in ihrer Mehrheit mit der Forderungsverwirklichung verbunden waren, minderte die positive Bedeutung nicht, die sie ihrerseits auf der Entwicklungslinie vom rein ökonomischen Kampf zu den Aufständen des viel höheren sozialen und allgemeinpolitischen Niveaus hatten.

Eine ähnliche Bedeutung hatte die allmähliche Übertragung des Kampfobjekts von einem „schlechten Unternehmer“ auf die Gesamtheit der Kapitalisten, die als feindliche soziale Macht wahrgenommen wurde. Für die Mehrheit der Lohnarbeiter blieben dabei die tatsächlichen Aufgaben des Staates unklar. Gleichwohl wurde in den entwickelten Ländern die sich abzeichnende Bedeutungsverlagerung des Kampfes vom individuellen Industriellen auf eine politische Ebene bereits zur aktuellen Aufgabe.

Der Einfluss auf den Mechanismus des Staates wurde vor allem durch seinen Typus, den Grad der Überwindung der mit den veralteten feudalen Verhältnissen verbundenen Regierung sowie die Anpassung der politischen Ordnung an die Bedürfnisse der Entwicklung des Kapitalismus bestimmt. In Ländern, in denen diese Umwandlung im Zuge der Bürgeraufstände ein bedeutendes Ausmaß erreichte, wurde der Kampf mit der Absicht weitergeführt, die bürgerlich-parlamentarischen Mechanismen auszunutzen. Dort, wo dieser Anpassungsprozess gebremst oder aufgrund

gegenrevolutionärer Entwicklungen umgedreht wurde, wandelte sich der Kampf um die Reglementierung der Verhältnisse in der Industrie auf staatlicher Ebene in einer Reihe von Fällen in eine gewaltsame Konfrontation mit dem herrschenden politischen System. In Wirklichkeit verflochten sich jedoch unterschiedliche Kampfformen miteinander. Die politischen Aktionen enthielten ebenfalls wirtschaftliche Forderungen und die Streiks dienten dem Zweck der Einflussnahme auf das politische System. Bewegungen, deren politische Ziele ursprünglich begrenzt waren, schlugen pauschal in Kämpfe gegen das politische System um. Und umgekehrt wurden nicht selten politische Aktionen, die sich nach außen hin gegen die Grundsätze des staatlichen Mechanismus richteten, letztlich aufgrund des Mangels an objektiven Voraussetzungen in den Kampf um ökonomische Zugeständnisse transformiert. Der von den Lohnarbeitern geführte Kampf setzte die Notwendigkeit zur organisierten Gestaltung auf die Tagesordnung, die seine Effektivität zu gewährleisten vermochte. Die Grundlage dafür lieferte die Entwicklung der Industrie selbst.

Aus den Bedürfnissen nach einer einfachen und später komplexen Zusammenarbeit entstand die Notwendigkeit einer funktionalen und territorialen Konzentration der Lohnarbeiter. Die Zusammenballung der großen Menschenmassen in einzelnen Industriezentren an sich förderte unter den Arbeitern die Entstehung eines neuen, schwierigen Systems privater und sozialer Kontakte. Doch auch die organisatorischen Auswirkungen der Industrie endeten damit nicht. Die Besonderheiten der Verwertung des Kapitals führten unweigerlich zur Nivellierung der Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft und führten die Lebensbedingungen und -weisen der Lohnarbeiter zusammen. Ein Wesenszug der neuen Produktionskräfte, die entsprechend ihrer Entwicklung die Steigerung der Organisation der Produktionsprozesse förderten, brachte seinerseits ein Element der Ordnung in die Masse der zerstreuten Produzenten hinein, die aus dem früheren System ökonomischer und sozialer Beziehungen herausgefallen waren. Dieser Prozess zeigte sich zunächst nur in Form einer Tendenz. Die eigenartige Verflechtung neuer und archaischer Formen der Industrie, die für die frühe Phase der Entwicklung des Kapitalismus charakteristisch war, machte die organisierenden Tendenzen der kapitalistischen Produktion in Bezug auf einen beträchtlichen Teil der Arbeitskraft in einer Reihe von Fällen zunichte. Nichtsdestoweniger entstanden objektive Bedingungen, die die primäre Organisation der Lohnarbeiter förderten, und eine beachtliche Entwicklung vollzogen. Eine Folge war natürlich, dass in diese Phase ebenso die relativ schnelle Verbreitung proletarischer Organisationen des ursprünglichen Typus fiel (Unterstützungskassen, Berufsverbände usw.).

Wenn anfangs die Bedürfnisse der Lohnarbeiter von den allgemeinen Konditionen des Verkaufs der Arbeitskraft an einen Unternehmer bestimmt wurden, so waren die ersten Organisationen dazu berufen, solche Vertragsbedingungen zu erkämpfen, um sie aus der Situation „einfacher Sklaven“ zu befreien. So entstanden die Gewerkschaf-

ten, die später zur Basis einer breiten Bewegung wurden.[4] Die ursprünglichen Arbeiterorganisationen besaßen jedoch einige Schwächen, die zum Teil durch die Art ihres Entstehens, zum Teil durch das reale Bewusstseinsniveau der Masse der Lohnarbeiter bedingt waren. Entstanden aus den Trümmern der Gesellenvereinigungen, übernahmen die Gewerkschaften nicht nur deren besondere Formen, die einen symbolischen und rituellen Charakter besaßen. Sie übernahmen ebenfalls die Traditionen der ständischen Abgeschlossenheit innerhalb einer Branche, die ein Heraustreten ihrer Organisationen aus dem eng gesteckten beruflichen Rahmen behinderten. Daraus folgte eine Zersplitterung der Berufsvereinigungen, eine notorische Zurückhaltung bei den von ihnen aufgestellten Forderungen sowie die relativ seltene Anwendung starker Druckmittel auf die Unternehmer. Viele dieser Schwächen wurden auch bis zum Ende des hier thematisierten Zeitraums nicht überwunden. Dennoch vollzogen die Gewerkschaften, zumindest in den Ländern Westeuropas und in den USA, einen bedeutenden Schrift zur Umwandlung in Massenorganisationen. Mit der Zunahme der Bedürfnisse der Lohnarbeiter und entsprechend ihrer Bewusstwerdung über ihre tatsächlichen Interessen erweiterte sich der Aufgabenbereich der Arbeiterorganisationen. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Gewerkschaften in ihren Aktivitäten überwiegend auf die Verbesserung des Verkaufs von Arbeitskräften konzentrierten, entwickelten sich weitere, diverse Vereinigungsformen, die auf die kollektive Tätigkeit über ihren unmittelbaren Geltungsbereich hinaus angelegt waren. Eine davon wurde zum Genossenschaftswesen. Im Rahmen dieser Bewegung nahm die Entstehung der Gemeinschaftsunternehmen einen besonderen Platz ein. Die Arbeiterbildungsvereine erwiesen sich ebenfalls als verhältnismäßig verbreitet und dauerhaft, deren Tätigkeit die Folgen der extremsten Formen der als schmerzhaft empfundenen geistigen Diskriminierung der Lohnarbeiter zu einem gewissen Grad milderte. Derartige Organisationen konnten nicht (und wurden es auch tatsächlich nicht) zu einer Massenerscheinung werden, obwohl sie in einigen Ländern (England, Deutschland, Schweiz) in bestimmten Zeitabschnitten recht populär waren. Trotzdem spielten jene Organisationen in der Geschichte der organisatorischen Entwicklung der Arbeiter eine große Rolle, die die Einbeziehung ihrer Avantgarde in das geistige Leben förderten und die personellen Kräfte für die wachsende Arbeiterbewegung vorbereiteten.

So entstanden in kurzer Zeit nacheinander die ersten politischen Arbeiterparteien. Ihre Entstehung war eine Folge des gewachsenen Bedürfnisses nach politischer Aktivität der Lohnarbeiter als einem Mittel zur Verteidigung ihrer allgemeinen und langfristigen Interessen. Gemessen an ihrer Organisationsfähigkeit, ideologischen Einheitlichkeit, und dem politischen Masseneinfluss in der Gesellschaft stellten diese Organisationen lediglich den Anfang der Strecke dar, die es zu beschreiten galt. Gleichwohl waren bereits damals in ihnen die Grundlagen angelegt, die jene

4 Sidney u. Beatrice Webb: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine. Vol. 1. 2. Aufl. Stuttgart: Dietz 1906.

Rolle bestimmten, die sie in der Folge für die globale Entwicklung übernahmen.[5] Die Steigerung der Organisationsfähigkeit der Lohnarbeiter, die Weiterentwicklung der Formen und Methoden zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen mussten sich auch auf ihre Lebensbedingungen auswirken. In dieser Phase war ihr Einfluss auf den Wert der Arbeitskraft angesichts des verhältnismäßig geringen Maßes an Organisationsgrad und -fähigkeit der Lohnarbeiter jedoch nur gering. Nur einzelnen Berufsgruppen gelang es – bisweilen in einer günstigen Marktsituation und politischen Lage (z. B. unter Bedingungen revolutionären Aufschwungs) – im Zuge des beharrlichen Kampfes eine gewisse Wertsteigerung der Arbeitskraft zu erreichen. Jedoch erwiesen sich diese Errungenschaften in der Regel als vorübergehend und wurden bei der ersten sich bietenden Gelegenheit auf die eine oder andere Art rückgängig gemacht.

Die Erste Internationale

Für die Entstehung der Arbeiterbewegung in der damaligen Zeitperiode war die Bildung der Internationalen Arbeiterassoziation von besonderer Bedeutung, die als „Erste Internationale" in die Geschichte einging.[6] Initiator für ihre Entstehung war der Londoner Rat der Trade Unions, dessen Vertreter auf einem Treffen mit einer französischen Arbeiterdelegation in Juli 1863 über die Bildung einer internationalen Arbeiterorganisation verhandelt und eine solche vereinbart hatten. Die erste Maßnahme war die in London ein paar Monate später von der englischen Seite vorbereitete Adresse „An die Arbeiter Frankreichs", die davon handelte, dass brüderliche Beziehungen der Proletarier eine wichtige Bedingung für den erfolgreichen Kampf um Lohnerhöhung und ebenso für die Verhinderung des Einsatzes ausländischer Arbeiter durch die Fabrikbesitzer zur Verhinderung von Streiks spielten. Zum Ziel des vorgeschlagenen Zusammenschlusses wurde die Liquidierung der Tyrannei und die Besetzung der Regierung durch „ehrliche und vernünftige Menschen" erklärt, die Gesetze nicht zum Schutz der Privilegien einer Minderheit, sondern der Rechte der Mehrheit erlassen würden. Bald schlossen sich den Verhandlungen über den Zusammenschluss die sich in London befindenden, zahlreich emigrierten Arbeiter und demokratischen Organisationen an, darunter eine den Anhängern von Giuseppe Mazzini nahestehende

5 Vgl. bsw. K. Oberman [d. i. Karl Obermann]: K istorii rannego perioda nemeckogo rabočego dvizhenija. Rabočee dviženie v novoe vremja (1833–1836)". Moskva 1964; A. L. Morton, Dž. Tajt [d. i. George Tate]: Istorija anglijskogo rabočego dviženija 1770–1920. Moskva: Izdat. Inostrannoj Literatury 1959; N. A. Erofeev: Očerki po istorii Anglii 1815–1917 gg. Moskva: Institut mezhdunarodnykh otnosheniaei 1959. Siehe auch Čartitskoe dviženie. Moskva 1961; M. I. Michajlov: Istorija Sojuza kommunistov. Moskva: Nauka 1968; F. Foner [d. i. Philip Sheldon], M. Nečaeva, A. Poletaev: Istorija rabočego dviženija SŠA ot kolonial'nyx vremen do 80-ych gg. XIX v.. Moskva: Izdatel'stvo Inostrannoj Literatury 1949.

6 Vgl. N. K. Lebedev: K istorii Internacionala. K istorii internacionala. Etapy meždunarodnogo ob"edinenija trudejaščichsja. Peterburg i t.d.: Golos Truda" 1921 (Neuaufl. Moskva: Librokom 2010).

Gesellschaft für den allgemeinen Fortschritt sowie der Londoner Arbeiterbildungsverein deutscher Arbeiter.

Die Gründungsversammlung der Internationalen Arbeiterassoziation fand am 28. September 1864 in London statt. Anfangs trugen die Beschlüsse einen äußerst allgemeinen und verschwommenen Charakter. Doch dann wurden, unter aktiver Mitwirkung von Karl Marx, die grundlegenden Dokumente der Arbeiterassoziation (Gründungsmanifest und Satzung) ausgearbeitet und verabschiedet, die Ziele und Aufgaben der Organisation genauer definierten. Diesen Dokumenten lag die Idee zugrunde, laut der die Interessen der Arbeiter solange nicht realisiert werden könnten, solange sich die politische Macht in den Händen von Land- und Kapitalmagnaten befände, da diese von letzteren nur zur Verewigung ihrer privilegierten Lage genutzt würde. Deswegen setzte sich der Gedanke von der Notwendigkeit des Aufbaus politischer Arbeiterparteien in deutlicher Weise durch. Die Notwendigkeit internationaler Solidarität der Arbeiterklasse wurde dabei besonders unterstrichen. Ebenso wurden die Organisationsformen und die Grundsätze für die Führung der Arbeiterassoziation bestimmt, der die laufende Organisationstätigkeit anvertraut wurde. In der Satzung wurde das Verhältnis der Rechte der nationalen Verbände zur erforderlichen Zentralisierung festgelegt, das die Einigkeit bei Aktionen der Proletarier auf der internationalen Ebene sicherte. Die Führung der Assoziation lag in den Händen des Generalrats, der vom Kongress gewählt wurde.[7] In jedem Land stützte sich die Internationale Arbeiterassoziation auf bereits existierende Arbeiterorganisationen oder auf neu gebildete Sektionen. Faktisch lenkte Karl Marx die Arbeit des Generalrats, der die Funktion des Sekretärs sowie die des Berichterstatters für Deutschland und einige andere Länder inne hatte.

Die Aktivität des Generalrats war von Anfang an auf die Einbeziehung von Arbeitern verschiedener Länder in die Assoziation, die Organisierung solidarischer Aktionen und Streiks der Arbeiter und die Entwicklung der Arbeiterpresse gerichtet.[8] Die Erste Internationale avancierte zum Organisator politischer Manifestationen (z. B. des Kampfes für eine demokratische Wahlreform in Großbritannien) und des Widerstands gegen die Eroberungspolitik der herrschenden Klassen der Großmächte in der damaligen Zeit. Auf den Kongressen der Internationalen Arbeiterassoziation wurden die grundsätzlichen strategischen und taktischen Probleme der Arbeiterbewegung erörtert.

---

7 Vgl. Pervyj Internacional. č. 1: (1864–1870), č. 2: (1870–1876), č. 3: Pervyj Internacional v istoričeskoj nauke. Moskva: Mysl' 1964, 1965, 1968. Meine Recherche hat ergeben, dass es sich bei dem Autor um J. A. Bach handelt; Jacques Freymond, Henri Burgelin (Hrsg.): La Première Internationale. Recueil de documents. Vol. III: Les conflits au sein de l'internationale 1872–1873. Textes établis et annotés par Bert Andréas [u. a.]. vol. IV: Les congrès et les conférences de l'Internationale, 1873–1877. Genève: Droz 1962–1971 (Publications de l'Institut universitaire de hautes études internationales).

8 Vgl. V. G. Mosolov, I. A. Bach (Hrsg.): Protokoly General'nogo Soveta Pervogo Internacionala. 5 vols.. Moskva: Institut marksisma-leninisma pri CK KPSS, Izdatel'stvo social'no-ekonomičeskoj literatury Mysl' 1961–1965.

Der erste Kongress fand vom 3. bis 8. September 1866 in Genf statt. Es nahmen 60 Delegierte teil, die 25 Sektionen und elf Arbeitervereinigungen vertraten. Hier wurden Beschlüsse zur gesetzlichen Regelung des Achtstunden-Arbeitstages für alle Arbeiter, des Frauen- und Kinderarbeitsschutzes, der obligatorischen Berufsbildung, der Abschaffung des ständigen Kriegsdienstes u. a. m. gefasst. Besondere Bedeutung hatte die Resolution über die Gewerkschaften, die sowohl gegen diejenigen gerichtet war, die die Notwendigkeit von Gewerkschaften abstritten oder eine solche ablehnten, als auch gegen jene, die die Tätigkeit der Trade Unions auf einen rein ökonomischen Kampf gegen das bestehende System reduzierten. Der Kongress hatte auch eine erzieherische Komponente, denn er zeigte den Arbeitern die Möglichkeiten einer neuen Arbeitsorganisation auf, die jedoch erst nach dem Übergang der Macht in ihre Hände realisierbar sei.

Der zweite Kongress fand vom 2. bis 8. September 1867 in Lausanne (Schweiz) statt. An ihm nahmen über 60 Delegierte teil. Sie fassten den Beschluss, die politische Freiheit als unerlässliche Bedingung für die soziale Befreiung des Proletariats zu proklamieren. Auf dem dritten Kongress (6.–13.9.1868 in Brüssel), an dem 100 Delegierte zusammenkamen, wurde eine Übereinkunft über die Notwendigkeit einer Vergesellschaftung von Grundbesitz, Eisenbahnen und Bergwerken erzielt. Zu dieser Zeit zeichnete sich in einzelnen Ländern eine Tendenz zur Bildung von ersten eigenständigen Arbeiterparteien ab, die die von der Ersten Internationale verteidigten Standpunkte vertraten. Der Anfang wurde in Deutschland gemacht. Im September 1968 fand in Nürnberg eine Tagung der Arbeiterbildungsvereine statt, die 14.000 Arbeiter vertraten. Man beschloss, sich dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation inhaltlich anzuschliessen. Auf einer Tagung im August 1869 in Eisenach wurde daraufhin die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) gegründet.

Die Beschlüsse des vierten Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation (6.–11.9.1869 mit 78 Delegierten in Basel, Schweiz), die die Brüsseler Beschlüsse zur Vergesellschaftung des Grundbesitzes bestätigten, spielten eine große Rolle für die Entwicklung des Agrarprogramms der Ersten Internationale, zu dessen Grundlage das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern wurde.[9] Im Winter 1869/1870 betrieben die Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation eine aktive Propaganda für die Beschlüsse des Kongresses über die Agrarfrage. In Großbritannien wurde unter Mitwirkung von Vertretern des Generalrats die Land and Labour League gegründet. Neben der Verstaatlichung des Landes zählte auch der Aufruf zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Programm. Genfer Sektionen der Ersten Internationale gaben das „Manifest an die landwirtschaftliche Bevölkerung“ heraus, das in Deutschland und in Österreich-Ungarn weite Verbreitung fand und auch ins Russische übersetzt wurde.

---

9 Vgl. I. Bach, M. M. Zorkij: Bazel'skij kongress Pervogo Internacionala. Moskva/Leningrad: Partizdat 1934.

Der Deutsch-Französische Krieg (1870–1871) verhinderte die Abhaltung des (alljährlichen) 5. Kongresses, der im September 1870 in Mainz stattfinden sollte. In Aufrufen vom 23. Juli und 8. September 1870, die im Namen des Generalrats herausgegeben wurden, wurde der Charakter des Krieges einer Analyse unterzogen. Dementsprechend wurde die Taktik der europäischen Arbeiterbewegung festgelegt. In den Aufrufen wurden dem Chauvinismus der herrschenden Klassen die internationale Einigkeit und Brüderlichkeit der deutschen und französischen Arbeiter gegenübergestellt. Auffallend war, dass in dieser Periode erstmals in der Geschichte beider Länder massenhafte Antikriegsveranstaltungen stattfanden. Ein Beispiel für authentischen Internationalismus demonstrierte die SPD (Eisenacher Richtung). Während der Sitzung des Reichstags am 21. Juli 1870 weigerten sich die Abgeordneten der Sozialdemokraten, Wilhelm Liebknecht und Ferdinand August Bebel, für die Kriegskredite zu stimmen. Am 5. September des gleichen Jahres, am Tag nach der Niederlage des Zweiten Kaiserreichs in Frankreich, brachte das Zentralkomitee der Eisenacher Partei das „Braunschweiger Manifest" heraus, in dem der sofortige Friedensschluss mit der Republik Frankreich ohne Annektierung und Reparationen gefordert wurde.

Die französischen Sektionen der Ersten Internationale waren damals hinsichtlich ihrer Theorien und Organisationen zu schwach, um sich an die Spitze der Arbeiterbewegung ihres Landes zu stellen. Dennoch steigerten sie ihre Aktivität, die im Zuge der Revolution vom 18. März 1871 in Paris (Pariser Kommune) ihren Ausdruck fand. Die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation (Paul Verlaine, L. Frankel, Ja. Dombrowski, E. L. Dmitrieva u. a.) spielten eine herausragende Rolle in der Kommune. Viele von ihnen starben auf den Barrikaden. Eine aktive Rolle bei der Unterstützung der Kommune nahm der Generalrat der Ersten Internationale ein, indem er die Arbeiter aller Länder über die Bedeutung der Pariser Ereignisse aufklärte und zur moralischen und materiellen Unterstützung der Kommunarden aufrief. Im Auftrag des Generalrats verfasste Karl Marx den „Appell an alle Vertreter der Assoziation in Europa und in den USA", in dem er das Wesen der Kommune aufdeckte, ihre Fehler und die Gründe der Niederlage analysierte und eine theoretische Zusammenfassung ihrer Lehren lieferte.[10]

Die Aktivitäten und Kampagnen der Internationalen Abeiterassoziation gegen die staatliche Vergeltung und Abrechnung mit der Pariser Kommune sowie die Massenrepressalien, die die gefangenen Kommunarden und die beteiligten Bürger von Paris trafen, machten die Arbeiterassoziation ausnahmslos zum Objekt des Hasses seitens Regierungen. Die Erste Internationale wurde de facto außerhalb des Gesetzes gestellt. Im Großteil der europäischen Länder wurden die Mitgliedschaft in einer ihrer Sektionen oder auch sporadische Kontakte mit ihnen zu Staatsverbrechen erklärt, was Strafverfolgungen nach sich zog. Diese Situation dauerte mehrere Jahre an und setzte sich auch nach ihrer Selbstauflösung fort.

10 Vgl. I. A. Bach, B. A. Kameneckij (Hrsg.): Pervyj Internacional i Parižskaja Kommuna. Dokumenty i materialy. Moskva, Izd. Kniga, 1971.

Vom 17. bis 23. September 1871 fand die Londoner Delegiertenkonferenz der Ersten Internationale statt, in der die Schlussfolgerungen aus den Lehren der Pariser Kommune gezogen wurden. In den Mittelpunkt rückten entsprechend die Fragen des politischen Kampfes der Arbeiter und ihrer Organisationen. Auf der Konferenz wurde erneut die Notwendigkeit selbstständiger Arbeiterparteien als entscheidende Voraussetzung für die Realisierung ihrer Interessen unterstrichen. Die Sektionen wurden diesbezüglich aufgefordert, die Arbeit in den Gewerkschaften, unter den Frauen, sowie auf dem Lande zu verstärken.[11] Die großen Unterschiede bei der Wahrnehmung der eigenen Interessen und der Möglichkeit sozialer Kraftentfaltung bei den Arbeitern verschiedener Länder und Produktionszweige wirkten sich, wie bereits anfänglich erwähnt, auf die Internationale Arbeiterassoziation und ihre Sektionstätigkeiten negativ aus. Bereits zu Beginn existierten in der Ersten Internationale Strömungen, die sich in ihrer Einstellung von der Mehrheit auch in wesentlichen Fragen der Bewegung unterschieden.

Mit der Festigung der Internationalen Arbeiterassoziation und des Wachstums ihrer Sektionen bildete sich ein Kern heraus, der die sozialdemokratischen, vorrangig marxistischen Anschauungen vertrat. Ihm standen einerseits die „Gemäßigten" (Trade-Unionisten, Proudhonisten, Possibilisten, Lassalleaner) und andererseits die Radikalen (Blanquisten und Anarchisten) gegenüber, deren Einfluss und Gewicht zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ausgeprägt waren. Zunächst wurde auf die sozialdemokratischen Marxisten überwiegend seitens der „Gemäßigten" Druck ausgeübt. Später, besonders nach der Niederlage der Pariser Kommune, erhoben die Radikalen, vor allem die Anarchisten, ihre Ansprüche. Ihr Einfluss rührte nicht nur daher, dass sie von einflussreichen Sektionen der Ersten Internationale, vor allem in Italien und Spanien, unterstützt wurden, sondern kann auch auf die schillernde und einflussreiche Persönlichkeit von M. A. Bakunin als Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, zurückgeführt werden.

Die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten, die marxistische Anschauungen vertraten, und den anarchistischen Bakunin-Anhängern äußerten sich anfänglich in scheinbar sekundären Fragen, die in vielen Fällen während der Diskussionen und Verhandlungen in den Hintergrund rückten. Dennoch verschärften sich mit der Zeit die Differenzen. Als Antwort auf die Beschlüsse der Londoner Konferenz riefen die Anhänger Bakunins am 12. November 1871 einen eigenen Sonderkongress in Sonvillier (Schweiz) zusammen, auf dem das „Zirkular von Sonvillier" verabschiedet wurde, in dem die Abschaffung des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation gefordert und die völlige Autonomie der Sektionen proklamiert wurden. Am 5. März 1872 bestätigte der Generalrat das von Karl Marx und Friedrich Engels verfasste Zirkular „Die angeblichen Spaltungen in der Internationale", das die Intrigen von Bakunin und seinen Befürwortern aufdeckte. Der erbitterte Kampf zwischen den

11 V. A. Adorackij: Londonskaja konferencija pervogo internacionala. 17–23 sentjabrja 1871 g., Moskva: Partizdat CK CKP(b) 1936.

Sozialdemokraten, den Anhängern von Karl Marx und den Bakunisten-Anarchisten wurde auf dem Kongress der Ersten Internationalen in Den Haag fortgesetzt, der vom 2. bis 7. September 1872 stattfand. Der Kongress bestätigte die Beschlüsse der Londoner Konferenz über den politischen Charakter des Widerstands der Arbeiterklasse und nahm einen entsprechenden Punkt in die Satzung auf. Bakunin wurde aus der Internationalen Arbeiterassoziation ausgeschlossen. Der Kongress beschloss, den Bericht des Generalrats zu den Untersuchungen über geheime Aktivitäten der Bakunisten publik zu machen.[12]

Im Zusammenhang mit der ungünstigen Situation auf dem Kontinent und aufgrund der Gefahr, dass die Blanquisten die Leitung des Generalrats an sich reissen könnten, wurde sein Sitz nach New York verlegt. Den Kern des erneuerten Generalrats bildeten die Führer der Nordamerikanischen Föderation. Der Generalrat stellte die Organisationen der Anhänger Bakunins sowie deren Unterstützer, die sich auf die Seite der Sabotage der Haagschen Beschlüsse und die Spaltung stellten, außerhalb der Arbeiterassoziation. Offiziell wurde die Erste Internationale durch den Beschluss der Konferenz in Philadelphia im Jahr 1876 aufgelöst. Die ausgeschlossenen Sektionen bildeten eine parallele Internationale Arbeiterassoziation, die formal noch einige Jahrzehnte existierte und auch als „antiautoritäre" Internationale bekannt wurde.

Aus der historischen Distanz heraus ist offensichtlich, dass die Internationale Arbeiterassoziation (die Erste Internationale) ihre Aufgaben aufgrund des durch innere Zerwürfnisse hervorgerufenen Abbruchs ihrer Tätigkeit nur teilweise erfüllte. Dennoch ist die Rolle der Internationale für die Formierung der Arbeiterbewegung nicht zu unterschätzen. Sie leistete einen wesentlichen Beitrag für das Heranreifen einer neuen, aussichtsreichen sozialen Kraft zur Herausbildung des kollektiven Bewusstseins. Diese förderte die Festigung der internationalen Solidarität unter den unterdrückten Bevölkerungsschichten als Methode zur Realisierung ihrer Lebensinteressen ebenso, wie die Ausarbeitung von Taktik und Strategie für die Realisierung sozialer und politischer Transformationen und führte vielerorts zur Entstehung von politischen Organisationen (Parteien).[13]

---

12 Gaagskij kongress Pervogo Internacionala. Protokoly i dokumenty. Moskva: Izdat. Političeskoj Literatury 1970.

13 Vgl. Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz 1964; A. Gonsales [d. i. A. Gonzalez] Istorija ispanskich sekcij Meždunarodnogo tovariščestva rabočich. 1868–1873. Moskva: Nauka 1964; I. V. Grigor'eva: Rabočee i socialističeskoe dviženie v Italii v ėpochu Pervogo Internacionala. Moskva: Izdatel'stvo Moskovskogo universiteta 1966; B. P. Kuz'min: Russkaja sekcija Pervogo Internacionala. Moskva: Izdatel'stvo Akademii Nauk SSSR 1957.

Belebung und Aufstieg der Arbeiterbewegung

In der Zwischenzeit setzte sich die Entstehung und das Heranreifen der Lohnarbeiterklasse zu einer einflussreichen sozialen Macht in beschleunigtem Tempo fort. An der Wende vom 19. in das 20. Jahrhundert betrug die Anzahl der Industriearbeiter in Europa und den USA nicht weniger als 40 Millionen. Zählt man die Landwirtschaft und andere Zweige der Arbeitsarmee in den führenden kapitalistischen Ländern hinzu, so stieg ihre Anzahl auf fast das Doppelte an.

Nicht weniger wichtig waren die strukturellen Verschiebungen. Der Anteil der Fabrikarbeiter stieg an und mit ihnen die Anzahl der Beschäftigten in der Produktion von Produktionsmitteln. Während im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts die Mehrheit der Industriearbeiter in Textilunternehmen beschäftigt waren, überwog nun der Anteil der Maschinenbauer, Metaller und Eisenbahner. Besonders in Großbritannien und in Deutschland war dieser Prozess auffällig. Er fand jedoch auch im rückständigen Russland statt. Der Anteil der Fabrikarbeiter stieg hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Vergleich zum Jahr 1865 auf das Dreifache, in der Großindustrie sogar auf das Vierfache. Die Konzentrationssteigerung in der Produktion führte dazu, dass sich die Industriearbeiter in den Großunternehmen mit bis zu Tausend Beschäftigten und weit darüber hinaus konzentrierten. Gemäß Angaben für die 1890er Jahre gab es 430 solcher Betriebe in Deutschland und 313 in Frankreich. 1903 existierten in Russland 238 Fabriken und Betriebe mit mehr als Tausend Arbeitern. Sie beschäftigten über eine halbe Million Menschen – etwa ein Drittel aller Fabrikarbeiter. Dabei war die Mehrheit der Arbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt, vor allem in der Produktion von Bekleidung, Schuhen, Möbeln und Haushaltswaren. Auch in der industriellen Produktion gab es zahlreiche kleine Handwerksbetriebe. In vielen Ländern und Branchen – besonders dort, wo sich die Industrie stark entwickelte – verbreitete sich die Frauenarbeit, besonders in der Textil- und Nähproduktion. Trotz der Einführung von Beschränkungen war auch Kinderarbeit weit verbreitet.

Wichtige Veränderungen zeichneten sich auch in der Qualifikation der Lohnarbeiter ab. Am Anfang der Umwälzung der Produktion war das Aufkommen von Textilfabriken vom Verdrängen der kunstvollen Handarbeit begleitet. Nun aber veränderte sich die Situation. Die Einführung von Maschinen in die Prozesse der Metallverarbeitung und in die Produktion von Produktionsmitteln steigerte den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. In einigen Branchen wuchs ihr Anteil beträchtlich. So betrug der Anteil der qualifizierten Arbeiter (Facharbeiter) im englischen Schiffsbau 50 bis 60 %, im Maschinenbau bis zu 70 bis 75 %. In den USA betrug der Anteil der qualifizierten und halbqualifizierten Arbeiter im Verhältnis zu Industriearbeitern fast eins zu 2/5. Laut der Volkszählung von 1895 gehörten in Deutschland 56 % der Arbeitskräfte zur Kategorie der ausgebildeten Arbeiter in der Produktion, im Handwerk und im Baugewerbe. Besonders unter Berücksichtigung der Landwirtschaft stellten die ausgebildeten Arbeiter allerdings immer noch eine kleine Minderheit dar.

Über eine höhere Qualifikation und Bildung verfügten im Vergleich zur Gesamtheit der Industriearbeiter die Büro-, Handels- und technischen Angestellten. Gerade in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden diese Berufsgruppen im Zusammenhang mit der beschleunigten konzentrierten Produktion und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie durch die Zunahme der Zirkulationssphäre erstmals zur Massenerscheinung. In den Jahren 1882 bis 1907 vervierfachte sich die Gesamtzahl der Angestellten, in der Produktion vergrößerte sie sich um das Sieben-, im Maschinenbau um das Dreizehnfache. De facto waren es die Angestellten, die nicht eine körperliche, sondern eine geistige Arbeit verrichteten. Bezüglich der Lebensweise waren sie besser gestellt als die Mehrheit der Lohnarbeiter. Aber im gesamtgesellschaftlichen Beziehungsgefüge unterschieden sie sich von ihnen kaum. Dies veranlasste eine Reihe von Theoretikern der Arbeiterbewegung, über das Problem der Formierung dieser neuen Form der Lohnarbeiter nachzudenken.

Obwohl sich die Lage der meisten Lohnarbeiter in den entwickelten Ländern in der damaligen Zeit relativ verbesserte, blieb sie dennoch schwierig. Das Leben eines Arbeiters spielte sich an der Arbeitsstelle ab oder auf der Suche nach Arbeit. Von den Jugendjahren an und bis zum Ende seiner Tage war er an die schwere, stumpfsinnige und erschöpfende Arbeit gebunden. Ihr Wesen bestimmte mit den Arbeitsbedingungen die Lebensweise, den Rhythmus, den Lebensstandard und den Konsum – all das, was den Lohnarbeiter von den Vertretern vieler anderer gesellschaftlichen Kategorien unterschied. Die Dauer des Arbeitstags betrug überall mehr als zehn Stunden. In vielen Ländern und Branchen lag sie noch beträchtlich darüber. Freie Tage und bezahlter Urlaub waren damals eine unerfüllbare Träumerei. Enge Räume und Schmutz in den Betrieben machten die Arbeit zu einer Qual. Die entwürdigende Behandlung durch die Unternehmer in Bezug auf den Arbeitsschutz brachte das Leben und die Gesundheit der Arbeiter ständig in Gefahr. Jährlich starben Tausende von Menschen als Folge von Betriebsunfällen, Zehntausende wurden zu Krüppeln. Besonders erschreckend waren die Zustände in den Erz- und Kohlebergwerken, in den Metallwerken und im Bahnwesen. Der Arbeitslohn, der häufig die für das Leben notwendigen Ausgaben der Familie eines Arbeiters nicht deckte, wurde dabei nicht selten durch ein raffiniertes System von Abzügen und Strafen weiter reduziert.

Außerhalb der Fabrik, des Bergwerkes oder der Baustellen war der Arbeiter in einem ärmlichen Alltagsleben gefangen. Schwere Arbeit, mangelhafte Ernährung und Krankheiten zerstörten ihn physisch und psychisch. Die Masse der Arbeiter besaß keinen Zugang zu den kulturellen Werten der Menschheit. Unter diesen Voraussetzungen lösten sich die Familienbande auf; der Arbeiter suchte die Unterhaltung und „Entladung" außerhalb der Familie, häufig auf der Straße oder in der Gastwirtschaft. Auf die Lebensbedingungen der Arbeiter wirkte sich auch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert und an dessen Anfang in dramatischer und schmerzhafter Weise weiterhin ihre ungesicherte Existenz negativ aus. Sogar in den Jahren der Hochkonjunktur betrug die Zahl der Arbeitslosen in den als entwickelt geltenden Ländern 3 bis 5 %.

Ein Teil der Industriearbeiter war von saisonaler Arbeitslosigkeit betroffen, die sich in den Wintermonaten verstärkte.

Unheilvoll wurden die Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Depressionen, die zu dieser Zeit einen dauerhaften und schmerzlichen Charakter erhielten. Mit dem Aufkommen der Krise mussten plötzlich Hunderttausende von Arbeitern die Unternehmen verlassen. Die, die keine Ersparnisse hatten (und dies war die Mehrheit), verloren sofort und auf lange Sicht den Lebensunterhalt. Besonders hart von der Krise getroffen wurden die Arbeiter in den kleinen Werkstätten der Heimindustrie. Unter den qualifizierten Fabrikarbeitern lag die Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt. Die Krise wirkte sich nicht nur auf die Industriearbeiter aus, sondern auch auf die übrigen Gruppen der Lohnarbeiter und ebenfalls auf die Angestellten im Handel.[14]

Dies alles führte nicht nur zu Unzufriedenheit, sondern auch zunehmend zu der Bereitschaft gegen diejenigen Mächte Widerstand zu leisten, die das Wirtschaftswachstum bestimmten und die durch die politischen Institutionen protegiert wurden. Zum Indikator dieser Bereitschaft wurde der allgemeine Anstieg der Streikbewegungen. Der Streik war nicht länger eine Ausnahme, ein Ausdruck der Verzweiflung, der durch die höchst untragbare Situation hervorgerufen wurde. Man nahm ihn zunehmend als allgemeine Form der Manifestationen der Lohnarbeiter zum Schutz eigener Interessen, als wesentlicher Bestandteil in den schwierigen Beziehungen zwischen Verkäufer und Käufer der Ware Arbeitskraft wahr. Zum charakteristischen Merkmal der Streiks in dieser Periode wurden ihr bisher unerreichter Umfang und ihre Dauer von Wochen und Monaten. Die Mehrzahl der Streiks trug in der Regel wirtschaftlichen Charakter. Ökonomisch waren auch die Forderungen, die von den Streikenden gestellt wurden. Sie verlangten die Erhöhung der Löhne, die Reduzierung des Arbeitstags – zuerst auf zehn, dann auf acht Stunden – die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung, verbindlichen Arbeitsschutz, die Haftung der Unternehmer für Arbeitsunfälle, die Abschaffung von Lohnabzugssystem und Strafabzügen, die Begrenzung der Frauen- und Kinderarbeit u. a. m. Die Intervention der Regierungen, die in der Regel den Unternehmern zu Hilfe eilte, um die Streiks zu liquidieren, und dabei häufig Gewalt anwendete, verlieh den Streiks eine politische Färbung. Auch rein politisch motivierte Streiks waren in diesem Zeitraum üblich. Doch häufig blieben die Streiks ohne den gewünschten Erfolg. Gewöhnlich wirkte sich das Kräfteverhältnis nicht für die streikenden Arbeiter aus. Doch bereits die Teilnahme an solchen Streiks diente als

14 Vgl. Ju. Kučinskij [d. i. Jürgen Kuczynski]: Istorija položenija rabočego klassa pri kapitalizme. Mirovoj obzor. Moskva: Progress 1970; G. Neuhaus (Hrsg.): Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlungen im letzten Vierteljahrhundert. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907. Bd. I: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes, München-Gladbach: Volksvereins-Verlag 1911; Carl von Tyszka: Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den bedeutenderen Industriestaaten. England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Vereinigten Staaten von America. Jena: G. Fischer 1912; F. A. Rotštejn [später Theodore Rothstein]: Očerki po istorii rabočego dviženija v Anglii. Moskva/Leningrad: Gosizdat 1925; L. M. Ivanov, M. S. Volin [u. a.] (Hrsg.): Istorija rabočego klassa Rossii 1861–1900. Moskva: Nauka 1972.

Schule, die die Erfahrung vermittelte, die für die folgenden Entwicklungsphasen eine große Rolle spielte.

Neben den Streiks verbesserten sich unter ihrem Einfluss auch die organisatorischen Grundlagen der Arbeiterbewegung. Teile der vorher isolierten Arbeiter entwickelten sich zu großen und einflussreichen Berufsvereinigungen weiter – zu Gewerkschaften, mit denen die Arbeiter ein mächtiges Werkzeug erhielten, das ihnen Erfolge im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich brachte.

In den 1890er Jahren bildeten sich in der Mehrheit der europäischen Staaten und in den USA bereits nationale Vereinigungen der berufsständischen Organisationen heraus. Unter dem Druck dieser Organisationen wurden Gesetze verabschiedet, die minimale Rechte gewährten, wenn auch für deren Einhaltung in der Praxis ein ständiger Kampf geführt werden musste. Ungefähr zu dieser Zeit wurden auch zahlreiche Versuche unternommen, um die internationalen Verbindungen unter den Gewerkschaften zu festigen. Noch im November 1888 wurde auf Initiative der englischen Trade-Unionisten eine internationale Konferenz in London einberufen, an der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen aus Frankreich, Holland, Dänemark und Belgien teilnahmen. Die Leitung der Trade-Unions zählte darauf, dass sie in der Leitungsposition der internationalen Gewerkschaftsbewegung gefestigt werden würde. Doch eine Mehrheit der ausländischen Delegierten nahm in vielen Fragen eine Position ein, die sich wesentlich von der ihrer britischen Kollegen unterschied. Unter anderem wurde auf der Konferenz eine Resolution über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Dauer des Arbeitstages sowie der Arbeitsbedingungen beschlossen, die der Position der englischen Gewerkschaftsführung widersprach. Gegen letztere wurde auch die Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiter hin zu eigenständigen politischen Parteien manifestiert. Wichtig war daran, dass damit der Beginn des Auftretens der Arbeitersolidarität auf internationaler Ebene erfolgte.

In den folgenden Jahren wurden mehrere internationale Konferenzen der Vertreter der Fachverbände abgehalten – von Druckern, Bergarbeitern etc. Um die Formierung selbstständiger Arbeiterorganisationen zu verhindern, scheuten die Unternehmer keine Mühe, um eine Alternative in Form „zahmer" Gewerkschaften zu ermöglichen. Als Beispiel solcher Bemühungen ist die Entstehung der sog. „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine" in Deutschland zu nennen. Ähnliche Versuche fanden in einigen anderen Ländern statt, brachten jedoch keine ernsthaften Resultate. Als bedeutend erfolgreicher erwiesen sich jedoch aus Sicht der herrschenden Klassen die Bemühungen, die in dieser Richtung seitens der Katholischen Kirche erfolgten. Die durch sie gegründeten „christlichen Gewerkschaften" in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien und der Schweiz sicherten sich einen gewissen Einfluss. Um Mitglieder warben sie hauptsächlich im Bereich der Angestellten, kleinen Handwerker, Kleinhändler und den Produktionszweigen der Heimindustrie.

Das massive Ausgreifen der Arbeiterbewegung wurde trotz der Repressalien größtenteils durch die weiter anwachsende Zahl der politischen Arbeiterparteien geför-

dert, die weitgehend sozialistische Positionen einnahmen. Vorrangig waren hier nach wie vor die deutschen Sozialdemokraten.[15]

1875 fand auf dem Gothaer Kongress die Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) statt. Dadurch wurden die Voraussetzungen für eine qualitative Verstärkung der Position dieser Partei in der deutschen Gesellschaft geschaffen, was zu den erhofften Resultaten führte. Von Jahr zu Jahr stieg die Unterstützung der Partei seitens der Bevölkerung. Der damalige Reichskanzler Bismarck, der den wachsenden Einfluss der Partei zu untergraben versuchte, erließ im Oktober 1878 ein „Ausnahmegesetz" gegen die Sozialdemokraten. Gemäß diesem Gesetz wurde die Tätigkeit aller Organisationen verboten, „deren sozial-demokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Sturz der existierenden Staats- und Gesellschaftsordnung zum Ziel haben". Die Partei erhielt faktisch einen illegalen Status: Ihre Organisationen wurden aufgelöst, fast alle ihre Zeitungen und anderen Veröffentlichungen wurden verboten, genauso wie die Durchführung von Versammlungen. Die aktivsten Mitgestalter der Bewegung wurden aus den Großstädten verbannt, einige von ihnen verhaftet. Vielen von ihnen wurde damit der Lebensunterhalt entzogen und sie waren gezwungen, das Land zu verlassen. Die Einführung des „Sozialistengesetzes" stellte für die junge Partei eine schwere Prüfung dar. Dennoch, wie die folgenden Ereignisse zeigten, verlor sie nicht nur ihre früheren Positionen, sondern festigte umgekehrt ihren Einfluss und gewann Millionen von Anhängern. Im Endeffekt musste die Regierung das Gesetz wieder abschaffen. Während der Reichstagswahlen des Jahres 1898 stimmten für die SPD 2.107.000, 1903 bereits 3.011.000 Wähler, die der Partei 81 Mandate im deutschen Parlament einbrachten.

Kein einfacher Prozess war die Entstehung der Arbeiterpartei in Frankreich.[16] Im Laufe der Jahre wurde sie durch erhebliche Differenzen zwischen unterschiedlichen Strömungen in der französischen Arbeiterbewegung gehemmt. Dies hatte zur Folge, dass in der politischen Arena des Landes Ende der 1890er Jahre acht sozialistische Organisationen präsent waren. Später führten die Bemühungen um einen Zusammenschluss, die durch die realen Probleme der Arbeiterbewegung unterstützt wurden und im Endeffekt deren Annäherung förderte, zu einer Reihe von Fusionen und Zusammenlegungen. In den Jahren 1901/1902 bildeten sich zwei relativ große politische Arbeiterorganisationen: die Parti Socialiste Français, der die Föderation unabhängiger Sozialisten, die Föderation sozialistischer Arbeiter sowie einige kleine Vereinigungen beitraten, und die Parti socialiste (France), der sich die Französische Arbeiterpartei, die Revolutionäre Sozialistische Partei, die Kommunistische Allianz und einige regionale Vereinigungen anschlossen.

15 Hierzu und im Folgenden siehe Dieter Fricke: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1890. Ihre Organisation und Tätigkeit. Leipzig: VEB Verlag Leipzig 1964.

16 Vgl. K. Villar [d. i. Claude Willard]: Socialističeskoe dviženie vo Francii 1893–1905. Sbornik statej. Aus dem Französischen. Moskva: Progress 1969.

Ähnliche Prozesse ergaben sich in zahlreichen anderen Ländern.[17] 1877 nahm die Portugiesische Sozialistische Partei ihre definitive organisatorische Form an. Infolge der Vereinigung der kurz zuvor entstandenen kleinen Sozialistischen Partei Belgiens mit einer Anzahl von Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen nahm 1885 die Belgische Arbeiterpartei ihre Tätigkeit auf. 1887 entstand die Norwegische Arbeiterpartei, 1888 wurde die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet. Im gleichen Jahr fand der Kongress der den Untergrund hinter sich lassenden Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens statt. Ende der 1880er Jahre bildete sich schließlich die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, 1889 fand der Gründungskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens statt. Nach einer langen Periode innerer Auseinandersetzungen wurde auf dem Kongress von Hainfeld (30.12.1888–1.1.1889) die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs beschlossen, die später eine beachtliche Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung spielen sollte. Im gleichen Jahr wurde auf dem Vereinigungskongress von Genua die Partei der italienischen Arbeiter gegründet, die drei Jahre später in Sozialistische Partei Italiens umbenannt wurde. Nach scharfen Diskussionen und darauf folgenden Vereinigungen und Abspaltungen wurde 1894 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande gegründet. Einige kleinere Parteien und Organisationen, die mit der Arbeiterbewegung verbunden waren oder sich an ihr orientierten, entstanden in Großbritannien und in den USA. Dazu zählten die Social Democratic Federation, Socialist League, Independent Labour Party (Großbritannien), Socialist Labor Party und die Sozialdemokratische Partei der USA.

Anfang der 1980er Jahre wurden erste Schritte zur Bildung sozialistischer Organisationen in Polen unternommen. 1882 entstand im polnischen Königreich die erste politische Partei polnischer Arbeiter, die die Bezeichnung „Proletariat" erhielt. Aufgrund von massenhaften Verhaftungen existierte die Partei jedoch nur bis 1883. Das gleiche Schicksal traf die sozialdemokratische Organisation, die 1888 unter dem Namen „Das Zweite Proletariat" in Warschau entstand, sowie den ein Jahr später gegründeten Bund polnischer Arbeiter. Im November 1892 wurde in Paris die Gründung der Polnischen Sozialistischen Partei (PSP) angekündigt, die sich schließlich ein Jahr später formierte. Fast gleichzeitig bildete sich auf der Basis der noch existierenden Kreise des „Zweiten Proletariats" und des Bundes polnischer Arbeiter die Polnische Sozialdemokratie, die später die Bezeichnung Sozialdemokratie des Polnischen Königreichs erhielt. 1892 bildete sich in dem Teil Polens, der Österreich-Ungarn unterstand, die Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens, die polnische und ukrainische Arbeiter verband. Im folgenden Jahr wurde auch in den westlichen polnischen Gebieten unter der Kontrolle des Deutschen Kaiserreichs eine sozialistische Partei gegründet.

17 Julius Braunthal: Viktor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1965.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Beziehungen entstanden Arbeiterparteien auch auf dem Balkan. Der erste Schritt wurde in Bulgarien unternommen. Auf einer illegalen Konferenz der Vertreter sozialistischer Gruppen und Zirkel im August 1891 wurde die Gründung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei proklamiert. Eine endgültige Form nahm sie 1893 mit einem eigenen Programm und Statuten an. In Rumänien wurde auf einem im März desselben Jahres stattfindenden Kongress die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. 1894 entstand die Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens. Auf einem Kongress in Ljubljana wurde 1896 die Bildung der Jugoslawischen sozialdemokratischen Partei als Bestandteil der österreichischen Sozialdemokratie angekündigt.

Ungeachtet der vor allem durch den Mangel an legalen Möglichkeiten bedingten Schwierigkeiten, entstanden in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre die ersten politischen Arbeiterorganisationen in Russland.[18] Nur während einiger Monate existierte der „Südrussischer Arbeiterbund", der in der zweiten Hälfte 1875 entstand und durch die Polizei zerschlagen wurde. Dennoch hinterließ der Bund tiefe Spuren in der Geschichte der russischen sozialen Bewegung, denn zum ersten Mal formulierte er die Ziele der Organisation der Lohnarbeiter für den Kampf gegen die Regierung und für politische Freiheiten. Das Streben der aktiven Arbeiter Russlands nach Gründung einer selbstständigen Organisation und nach politischer Freiheit schlug sich in den Aktivitäten des 1876 gegründeten „Nordbunds der Russischen Arbeiter" nieder. Das Programm des Bundes sah die Zusammenarbeit mit den Arbeitern der ganzen Welt vor. Es enthielt die Forderung nach Abschaffung der Standesprivilegien, der Gründung der Volkspolizei, der Einführung des normierten Arbeitstages, des Rechts auf Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Im Programm des „Nordbunds" ging es nicht nur um den Kampf gegen die ungerechte soziale Ordnung, sondern auch für den Sturz des bestehenden Systems.

Im Frühjahr 1880 wurde in Kiew der „Südrussische Arbeiterbund" gegründet. Sein Programm verfolgte sozialistische Ziele, doch akzeptierte er nur den Terror als Kampfmethode. Anfang 1881 wurde der Verein durch die Polizei zerschlagen. Einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Russland stellte die Gründung der Gruppe „Befreiung der Arbeit" durch die in der Emigration lebenden Georgij Plechanov, Vera Zasulič und ihre Mitkämpfer dar, die den Auftakt für die marxistische Richtung in der russischen Öffentlichkeit bildete. Diese Gruppe spielte eine herausragende Rolle für die Propagierung des Marxismus unter den russischen Revolutionären. Ungefähr seit Mitte der 1880er Jahre bildeten sich marxistische Zirkel in den größten Industriestädten Russlands heraus.

Zum entscheidenden Schritt für die Entstehung der Sozialdemokratie in Russland wurde die Gründung einer Vereinigung im Dezember 1895, die als Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist und in der von Anfang an Vladimir Lenin eine führende Rolle

18 Vgl. Rabočee dviženie v Rossii v XIX veke. vol. 2. Moskva 1950.

spielte. Der Bund war keine lokale Organisation im eigentlichen Sinne. Lokale Interessen und Aufgaben hinderten ihn nicht daran, sich auf Problemlösungen im gesamtrussischen Rahmen zu orientieren. In der Tätigkeit des „Kampfbundes" ließen sich von Anfang an zahlreiche Züge beobachten, die diesen als einen Keim der Russischen Sozialdemokratischen Partei auswiesen.[19] Er stellte den engen Kontakt mit den Sozialdemokraten aus Moskau, der zentralen Industrieregion, des Urals, der Wolgaregion, aus Kiev, Charkov, Weißrussland, Transkaukasien und den Baltischen Staaten ebenso wie mit einflussreichen Theoretikern der Gruppe „Befreiung der Arbeit" im Ausland und ausländischen sozialdemokratischen Organisationen her. Intensiv arbeitete er mit Kollektiven großer Unternehmen aus Petersburg und Umgebung zusammen, nahm an der Erstellung des Parteiprogramms teil, organisierte die Produktion allgemeinrussischer Veröffentlichungen und bilanzierte übergreifend die Ergebnisse der Organisations- und Agitationstätigkeit. In die Arbeit des Bundes floss die Erfahrung der deutschen Sozialdemokraten und ihrer theoretischen und praktischen Werke ein, darunter das unter den russischen Sozialdemokraten ziemlich populäre „Kapital" von Karl Marx ebenso wie die Arbeiten von Friedrich Engels, Karl Kautsky, Eduard Bernstein oder auch das Erfurter Programm der SPD.

Die Tätigkeit des Petersburger „Kampfbunds zur Befreiung der Arbeiterklasse" hatte großen Einfluss auf die Bildung ähnlicher Vereinigungen in den Städten Russlands. Im März 1898 wurden auf dem Kongress in Minsk unter Teilnahme von Delegierten der Kampfbünde aus Petersburg, Moskau, Kiev und Ekaterinburg, Vertretern der Gruppe „Arbeiterzeitung" und des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes von Litauen, Polen und Russland („Der Bund") die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) proklamiert, ihr Zentralkomitee gewählt und die Grundprinzipien der organisatorischen Struktur festgelegt.[20]

Die Bedeutung des 1. Kongresses der SDAPR war vor allem dadurch bestimmt, dass in dem in seinem Namen veröffentlichten Manifest die Tendenz zur Konsolidierung russischer Sozialdemokraten und zur Verwandlung dieser zur politischen Avantgarde der Arbeiterklasse offiziell fixiert wurde. Indem es die revolutionäre Ausrichtung der sozialdemokratischen Bewegung bestätigte, verkündete das Manifest den Kampf zum Sturz der Autokratie, für politische Freiheit als Grundvoraussetzung für die fortschreitende Entwicklung der Arbeiter, für den Erfolg partieller Verbesserung und ihre Befreiung. Betrachtet man das Erreichen der politischen Freiheit als eine der Hauptaufgaben der SDAPR, so kennzeichnet das Manifest diese als ersten Schritt „zur Verwirklichung der großen historischen Mission des Proletariats – zur Bildung einer solchen Gesellschaftsordnung, in der es keinen Platz für die Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen geben wird". Die Benennung der Partei hatte eben-

19 Vgl. Doklad, predstavlennyj delegaciej russkoj social-demokratii Meždunarodnomu rabočemu socialističeskomu kongressu v Londone v 1896 godu. Genève: Izd. „Sojuza russkich social'demokratov" 1898.
20 Vgl. Pervyj s''ezd RSDAP. Mart 1898 goda. Dokumenty i materialy. Moskva: Gospolitizdat 1958.

falls eine große Bedeutung. Die wörtliche Benennung „Russländisch" stand dafür, dass die Partei sich auf Prinzipien des Internationalismus berief und die Lohnarbeiter aller Nationalitäten Russlands in sich zu vereinen suchte. In den Kongressbeschlüssen wurde ebenfalls das Recht jeder Nationalität auf Selbstbestimmung fixiert. Allerdings war es auf dem Kongress nicht möglich, eine tatsächliche Einheit der Partei zu sichern. Das Programm wurde nicht beschlossen und die Entscheidungen über Organisationsfragen trugen nur allgemeinen Charakter und entsprachen nicht der eigentlichen Notwendigkeit einer Unterordnung aller lokalen Tätigkeiten unter die zentralen Aufgaben der sozialdemokratischen und Arbeiterbewegung als Ganzes. Dazu schufen neue Repressalien, die bald die sozialdemokratischen Organisationen trafen, ein ernsthaftes Hindernis für die weitere Entwicklung der Partei: Sie förderten das Wachstum opportunistischer Strömungen in den sozialdemokratischen Kreisen, die organische Zerstrittenheit sowie die Neubelebung der Zirkeltradition. Wie die folgenden Ereignisse aufzeigten, waren diese und ähnliche Schwierigkeiten jedoch nur vorübergehender Natur.

Die Zweite Internationale

Die Schwierigkeit der Aufgaben, vor denen die nationalen Gruppen und Branchen der Lohnarbeiter standen, sowie die Vielfalt der neu entstandenen beruflichen und politischen Organisationen verstärkten das Bedürfnis nach Anbahnung internationaler Kontakte, Festigung der Solidarität und Durchführung gemeinsamer Aktionen bei der Lösung ähnlich gelagerter Situationen. Die anfänglich nur sporadischen Aktionen nahmen einen festen Charakter an. Aktivisten der Arbeiterbewegung aus unterschiedlichen Ländern nahmen Kontakte auf. Dabei wurden Spendensammlungen für die materielle Unterstützung streikender Arbeiter in anderen Ländern, für die Durchführung von Wahlkampagnen, bald zur Gewohnheit. In der sozialistischen Presse nahm die Information über die Arbeiterbewegung in anderen Ländern einen immer größeren Platz ein. Zu einer gemeinsamen Angelegenheit der Arbeiter unterschiedlicher Nationalitäten wurde der Kampf gegen Militarismus. Immer häufiger wurden gemeinsame Aufrufe und Erklärungen im Zusammenhang mit der Bedrohung durch militärische Konfrontationen publiziert.

Gegen Ende der 1880er Jahre wurden in der Arbeiterpresse, auf den zahlreichen Parteikongressen der neu entstandenen sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaftskongressen die Stimmen immer lauter, die die Gründung einer neuen internationalen Vereinigung forderten. Ein ernsthaftes Hindernis dafür blieben allerdings die konträren Vorstellungen über die zu verfolgenden Ziele sowie die Mittel zu ihrer Erreichung in der Arbeiterbewegung, die die ideologischen Strömungen spiegelten. Dennoch wurden Verschiebungen zugunsten der Gründung transnationaler Arbeiterorganisation sichtbar. Am 14. Juli 1889 wurde in Paris der Internationale Kon-

gress eröffnet, auf dem ca. 390 Delegierte aus 20 Ländern anwesend waren. Dies war die repräsentativste aller Versammlungen der vorangegangenen Jahre.[21] Die überwiegende Mehrheit der Kongressteilnehmer wurde von den Parteien mit sozialistischer Orientierung delegiert. Die Mehrheit der anarchistischen und „gemäßigten" Organisationen, darunter die Vertreter einer Reihe von Gewerkschaften, beteiligten sich nicht am Kongress. Mehr noch, die französischen „Gemäßigten" (Possibilisten) organisierten zum gleichen Zeitpunkt einen alternativen Kongress. Wie sich später zeigte, gelang es ihm nicht, auf internationaler Eben eine ernstzunehmende internationale Stärke zu erlangen.

In den Beschlüssen des Pariser Kongresses und vor allem in der angenommenen Resolution zur Arbeitsgesetzgebung und zum Arbeitsschutz wurde ein breites Kampfprogramm für die elementaren Interessen der Arbeiter aufgestellt. Das Programm fasste die Forderungen zusammen, die im Zuge der Streikkämpfe zwar bereits gestellt wurden, nicht jedoch in verallgemeinerter Form, sondern in Bezug auf die jeweiligen konkreten Bedingungen. Nach den Resolutionen der Genfer und Brüsseler Kongresse der Ersten Internationale gehört dieses Programm zu den ersten Grundlagendokumenten der internationalen Arbeiterbewegung, die in systematischer Form die unmittelbaren Forderungen des Proletariats im Bereich der Ökonomie ausführten. In der Resolution wurde hervorgehoben, dass die Umsetzung dieser Forderungen unbedingt in allen kapitalistischen Ländern erforderlich sei, um den zerstörerischen Einflüssen der bestehenden ökonomischen Ordnung entgegenzuwirken.

Den Leitgedanken der Ersten Internationale folgend, forderte der Kongress eine gesetzliche Beschränkung des Arbeitstags auf acht Stunden, das Verbot von Kinderarbeit und die Begrenzung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen, Sonderbestimmungen für Nachtarbeit und gesundheitsschädliche Produktion, die Einführung eines obligatorischen freien Wochentages, das Verbot der Lohnauszahlung durch Naturalien oder aus unternehmenseigenen Geschäften, die Schaffung einer staatlichen Institution zur Fabrikinspektion usw. Ein Sonderpunkt der Resolution forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit für beide Geschlechter und unterschiedliche Nationalitäten ebenso wie das „uneingeschränkte, völlig freie Recht auf Vereinigung und Koalitionen". Diese Beschlüsse des Pariser Kongresses bildeten eine Zeit lang eine programmatische Grundlage für den Kampf des internationalen Proletariats für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Für die Festigung der internationalen Beziehungen und der internationalen Solidarität waren die Redebeiträge der Delegierten aller auf dem Kongress vertretenen Länder über die Situation der Lohnarbeiter und den Zustand der Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. In der entsprechenden, in diesem Zusammenhang verabschiedeten Resolution wurde vermerkt, dass die Beiträge der Delegierten einen Mangel an einfacher wirtschaftlicher

21 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung. Mit einem Vorwort von Wilhelm Liebknecht. Nürnberg: Wörlein & Comp. 1890.

Arbeitsorganisation (Gewerkschaften und ähnliche Vereinigungen) für die Befreiung der Arbeiterklasse deutlich machten. In der Resolution wurden daher die Arbeiter zur Eroberung der politischen Macht aufgerufen.

Der Kongress oktroyierte keinen Beschluss zur Gründung einer neuen internationalen Vereinigung. Dennoch bestand weder bei den Teilnehmern, noch bei anderen aktiven Funktionären der Bewegung ein Zweifel daran, dass in der Geschichte der internationalen proletarischen Beziehungen eine neue Zeit angebrochen war. Indem er die Notwendigkeit der Einberufung des folgenden internationalen Kongresses hervorhob und den Ort festlegte (Schweiz oder Belgien), stipulierte der Kongress diese Form der internationalen Beziehungen als die Zweckmäßigste. Obwohl sie erst später als solche bezeichnet wurde, legte der Internationale sozialistische Arbeiterkongress von 1889 im Grunde das Fundament für die „Zweite Internationale", in Form „periodischer internationaler Konferenzen".[22]

Wie intensiv das Streben des kämpfenden Proletariats nach Handlungseinheit auf der internationalen Ebene war, zeigte der Enthusiasmus, mit dem international die Resolution über die gleichzeitige Durchführung von Demonstrationen in allen Ländern am 1. Mai 1890 aufgenommen wurde – als Erinnerung an das tapfere und tragische Auftreten der Arbeiter in Chicago. Im Laufe der 1890er Jahre fanden drei Kongresse der neuen internationalen Vereinigung statt: In Brüssel (1891), Zürich (1893) und London (1896).[23] Dadurch wurden diese mehr oder weniger zur regelmäßigen Einrichtung, doch ein dem Generalrat der ersten Internationale ähnliches Gremium wurde anfänglich nicht geschaffen. Wie bereits die erste widmeten diese Tagungen den Bedingungen des Kampfes für die alltäglichen Interessen von Arbeitern eine gesteigerte Aufmerksamkeit. Die Lösung dieser Frage ließ sich in der Regel mit dem Kampf für die Endziele verbinden.[24] So wurde in der Resolution des Brüsseler Kongresses zumindest teilweise konstatiert, dass man „auf der Grundlage des Klassenkampfes" stehe und davon überzeugt sei, „dass die Befreiung der Arbeiterklasse ohne die Liquidierung der Klassenherrschaft unmöglich" sei. In der Resolution wurden die

22 Vgl. Istorija Vtorogo Internacionala. 2 vols. Moskva: Akademija nauk SSSR. Institut istorii, Nauka 1965–1966; G. V. Plechanov: Mysli i zametki o II Internazionale. Moskva 1923; Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. 2 vols. Hannover: J. H. W. Dietz, 1961–1963; G. D. Cole: History of Socialist Thought. Bd. III: The Second International 1889–1914. London-New-York: Macmillan 1956; I. M. Krivoguz: Vtoroj Internacional 1889–1914. Moskva, Mysl', 1964.

23 Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Bruessel (16. bis 22. August 1891). Berlin: Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt 1893; Protokoll des internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongresses. In der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893. Zürich: Buchhandlung des Schweizerischen Gruetlivereins 1894; Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896. Berlin: Vorwärts 1896.

24 Vgl. Friedrich Engels: Schlußrede auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongreß in Zürich. In: Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893. Zürich 1894 (abgedr. in Karl Marx, Friedrich Engels: Werke. Bd. 22. Berlin: Dietz 1963. S. 408f.).

Arbeiter in aller Welt dazu aufgerufen, ihre „eigenen Bemühungen gegen die Herrschaft kapitalistischer Parteien zu vereinen“ und überall dort, wo Arbeiter über politische Rechte verfügten, diese zu nutzen, um sich von der Lohnsklaverei zu befreien. In der Resolution des Züricher Kongresses wurde dieser Gedanke durch Formulierungen über die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterklasse für die Erreichung des revolutionären Ziels sozialistischer Bewegung ergänzt, letztlich die völlige Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft in wirtschaftlicher, politischer und moralisch-ethischer Beziehung. Dieselbe Richtung wurde in der Entscheidung des Londoner Kongresses in Bezug auf wirtschaftlichen Kampf eingeschlagen: Ohne die Erlangung der politischen Macht und die Verstaatlichung der Produktionsmittel könne das Proletariat die Ausbeutung nur abmildern, sie jedoch nicht abschaffen.

Natürlich war die Betrachtung der Probleme nicht auf die allgemeine Aufstellung von Forderungen beschränkt. Auf den Kongressen wurden die konkreten, unmittelbaren Forderungen des internationalen Proletariats ausführlich diskutiert, dessen Programm auf dem Pariser Kongress ausgearbeitet und angenommen worden war. Dabei wurde es präzisiert und erweitert, neue Forderungen wurden eingebracht, die sich auf das Lohnsystem, den Schutz der Frauen usw. bezogen. Die Resolution des Brüsseler Kongresses hob die Notwendigkeit besonders hervor, alle Propaganda- und Agitationsmittel durch das Proletariat zu nutzen, um die bereits in einigen Ländern eingeführten Arbeitsschutzgesetze in die Tat umzusetzen. Breite Diskussionen gab es bei der Besprechung der Taktik der sozialistischen Parteien. Große Aufmerksamkeit wurde der Arbeit in den Parlamenten wie auch den Möglichkeiten und Bedingungen von Übereinkommen mit bürgerlichen Parteien gewidmet. In den Entscheidungen der Zürcher und Londoner Kongresse wurde auf die Unzulässigkeit solcher Kompromisse hingewiesen, die die „Prinzipien oder Unabhängigkeit sozialistischer Parteien verletzen“.

Auf allen genannten Kongressen wurde dem antimilitaristischen Kampf eine grosse Aufmerksamkeit gewidmet. Vor dem Hintergrund, dass in Europa mit der Herausbildung der Nationalstaaten verbundene Kriege überwiegend der Vergangenheit angehörten und neue kriegerische Auseinandersetzungen der großen Mächte vor allem durch ihre hemmungslose Expansion entstanden, konnte laut den Dokumenten der Kongresse nur die Arbeiterklasse zur realen Kraft werden, die die Entfesselung der Kriege zu verhindern im Stande war. In einer breiten Form wurden die Aufgaben des Kampfes gegen Militarismus und Kriegsgefahr auf dem Brüsseler Kongress erörtert. Dies wurde dadurch hervorgerufen, dass sich zu dieser Zeit zwei Hauptgruppierungen europäischer Staaten bildeten, deren Aufeinanderprallen mehr als zwei Jahrzehnte später in den Ersten Weltkrieg mündete. Die Gefahr, dass ein solcher Zusammenstoß größere Maßstäbe annehmen und den Völkern, in erster Linie der arbeitenden Bevölkerung, große Verluste zumuten könnte, wurde bereits damals wiederholt betont.

Die Resolution wies auf die direkte Verbindung zwischen Militarismus und kapitalistischem System hin, enthüllte ihre Ursprünge und rief das internationale Proletariat dazu auf, „unermüdlich und tatkräftig zu protestieren und gegen alle kriegerischen Bestrebungen und den dazu dienenden Abkommen zu kämpfen“. Auf dem Zürcher Kongress wurden diese Aufrufe durch konkrete Empfehlungen ergänzt: den sozialistischen Parlamentsabgeordneten wurde empfohlen, prinzipiell gegen die Militärkredite zu stimmen, die Kosten für die Armeen zu minimieren und ihre allmähliche Abschaffung zu erwirken. Einen weiteren Schritt machte der Londoner Kongress, als er Forderungen zum Schiedsverfahren für die friedliche Konfliktlösung zwischen den Völkern aufstellte. Im Falle der Ablehnung der Regierungen, sich einem solchem Gerichtsverfahren zu beugen, so die Forderung, sollte die Lösung der Frage über Krieg und Frieden dem Volk selbst überlassen werden.

Natürlich spiegelte die Tätigkeit der ersten internationalen Kongresse, die dann zur Zweiten Internationale wurden, den tatsächlichen Stand der Arbeiterbewegung im Ganzen wider. An den Kongressen nahmen neben der sozialistischen Mehrheit (hauptsächlich Anhänger von Karl Marx) die Vertreter der Gewerkschaften teil, darunter auch diejenigen, die an der Lösung von pragmatischen, alltäglichen Existenzproblemen der Lohnarbeiter interessiert waren, sowie, neben anderen, Vertreter weiterer Organisationen wie der possibilistischen Föderation sozialistischer Arbeiter Frankreichs (1891). Die starke Vermischung barg eine gewisse Gefahr. Bereits auf den Kongressen der 1890er Jahre zeigte sich, dass innerhalb der neuen Internationale eine Tendenz aufkam, die dazu bereit war, auf die grundlegenden Ziele der Bewegung zugunsten kurzfristiger Erfolge zu verzichten, sich mit partiellen Reformen zufrieden zu geben, und insgesamt dazu neigte, Wahlerfolge und parlamentarische Kampfmittel zu verabsolutieren. Anfänglich zeigten die Auftritte ihrer Vertreter diesen Charakter noch nicht deutlich auf, sodass es nahegelegen hätte, der Frage der Inkompatibilität ihrer Ansichten mit der Zugehörigkeit zur internationalen Arbeiterorganisation nachzugehen.

Negativ bestellt war es um die Gruppen der Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten innerhalb der Organisation. Der Zürcher Kongress missbilligte entschieden die Taktik der Anarchisten und traf eine Entscheidung, nach der nur die Arbeiterparteien in die Reihen der Zweiten Internationale aufgenommen werden sollten, die den politischen Kampf anerkannten. Auf dem folgenden Londoner Kongress wurden Anarchisten, die noch in der Internationale verblieben waren, endgültig aus ihr ausgeschlossen.

Die Arbeiten des Londoner Kongresses beendeten die erste Phase der Aktivität der Zweiten Internationale, ihrer Existenz und Arbeit unter verhältnismäßig friedlichen Entwicklungen. Wie bereits erwähnt, begünstigte dies die Entstehung neuer sozialistischer Parteien im großen Maßstab, den Anstieg der Mitglieder, den Einfluss in Gewerkschaften und Genossenschaften, ihre Wahlerfolge sowie die Entwicklung programmatischer und taktischer Grundsätze für den wirtschaftlichen und politi-

schen Kampf. Positive Veränderungen erfolgten ebenfalls im Bereich der Entfaltung der proletarischen Frauen- und Jugendbewegung.

Der Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnete die zweite Phase der Zweiten Internationale, die viele Neuerungen und damit Probleme mit sich brachte. Einerseits vergrößerten sich die Chancen und Möglichkeiten der Parteien, die ihr angehörten, einen großen Einfluss auf die politischen Prozesse in unterschiedlichen Weltregionen auszuüben. Andererseits spaltete sich ihre überwiegend marxistisch orientierte Mehrheit in marxistische Traditionalisten und reformorientierte Modernisierer, die später als „Revisionisten" bezeichnet wurden. Erstere gingen davon aus, dass sich die in der Struktur der Gesellschaft und in sozialen Systemen entwickelter Länder im Ganzen ergebenden Veränderungen den Ausgangspunkt der marxistischen Theorie nur bestätigten und die Notwendigkeit einer Umgestaltung auf sozialistischer Basis auf die Tagesordnung setzten. Die zweite Strömung setzte den Akzent darauf, dass diese Veränderungen auch das Wesen der kapitalistischen Ordnung transformierten und damit eine Orientierung an der allmählichen Umgestaltung im Rahmen des bestehenden Systems sinnvoll, wenn nicht sogar erforderlich machte. Nach außen sah dies vorwiegend wie eine theoretische Auseinandersetzung über die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. In Wirklichkeit versteckten sich hinter diesen Diskrepanzen unvereinbare Auffassungen über die praktischen Aufgaben der Arbeiterbewegung, ihrer Ziele und Methoden.

Die Spaltung erschwerte die Arbeit der Zweiten Internationale erheblich. Nur mit großer Mühe konnten die für die Sozialdemokratie äußerst bedeutenden Resolutionen verabschiedet werden, nach scharfen und nicht selten unsachlichen Diskussionen.[25] Einige Parteien, die den Kern der Zweiten Internationale bildeten, standen am Rande der Spaltung. Dennoch war die Zweite Internationale noch einige Zeit lang aktiv und hatte insgesamt eine positive Wirkung in den einzelnen Ländern und weltweit. Während der zweiten Phase der Tätigkeit der Zweiten Internationale fanden nur fünf Kongresse statt: in Paris (1900), Amsterdam (1904), Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912).

Zum ersten Mal manifestierten sich die Revisionisten auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens auf dem Kongress in Paris. Ihre Position unterstützte die Mehrheit der österreichischen, belgischen, dänischen, schwedischen, schweizerischen und niederländischen Delegierten. Ein Teil der Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Englands und auch einige Delegierte aus den USA, Italien und Polen schlossen sich ihnen an. Eine der auf diesem Kongress diskutierten Hauptfragen war die Einschätzung der Parole des allgemeinen politischen Streiks. Eine besondere Schärfe verliehen dem Meinungsaustausch die sich vor Kurzem in Frankreich ereigneten Ereignisse um den „Fall Millerand". Im Wesen der Sache bestand er darin, dass der französische Sozialist Millerand sein Einverständnis zum Eintritt in die reaktionäre

25 V. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung. Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur 1954 (ders. in Sobranie Sočinenij. 5. Ausg. Bd. 20. S. 62–69).

bürgerliche Regierung gegeben hatte, ohne diesen Schritt mit der Partei abzusprechen. Das Verhalten rief unter den Parteien der Zweiten Internationale Empörung hervor. Viele forderten eine exemplarische Strafe für den Abtrünnigen. Die Mehrheit der Revisionisten betrachtete jedoch das mit diesem Ereignis verbundene Aufsehen als unbegründet, andere sogar als in die richtige Richtung weisenden Präzedensfall. Um die Situation nicht ausufern zu lassen, schlug Karl Kautsky, der zu dieser Zeit unbestrittene Autorität genoss, eine Kompromissresolution vor, die für die Mehrheit mehr oder weniger annehmbar war. Letztlich wurde diese angenommen und der Zwischenfall wurde ad acta gelegt.

Das Feld des Kongresses beschränkte sich jedoch nicht nur darauf. Unter anderem erfolgte ein Beschluss über Trusts, in dem es zur Begründung hieß, ihre Entstehung verstärke nur die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Ein weiterer wurde über die Notwendigkeit einer Verstärkung der Bewegung für das allgemeine Wahlrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk verabschiedet, was als Voraussetzung für die Erziehung und die Methode der Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf und ihre Vorbereitung zur Eroberung der politischen Macht betrachtet wurde. Der Kongress traf darüber hinaus eine perspektivisch wichtige Entscheidung für die Bildung eines Internationalen Sozialistischen Büros als Leitungsorgan der Zweiten Internationale. Die Satzung des Büros wurde später auf dem Stuttgarter Kongress 1907 bestätigt.

Überaus inhaltsreich war der Kongress in Amsterdam.[26] Er verurteilte den damals begonnenen russisch-japanischen Krieg als ungerecht und als beidseitigen Eroberungskrieg. Die Kongressteilnehmer begrüßten in herzlicher Form den brüderlichen Händedruck zwischen dem Vertreter der japanischen Sozialisten, Sen Katayama, und dem anerkannten Führer der russischen Sozialdemokraten, G. V. Plechanov, der zu einem Symbol der internationalen Solidarität der Arbeiter Japans und Russlands wurde. Zugleich wurden die internationalen Regeln für die sozialistische Taktik und die Einheit der sozial-demokratischen Parteien, Fragen der allgemeinen Streiks, der Kolonialpolitik und einige andere diskutiert. Nach langen und scharfen Diskussionen wurde eine Resolution verabschiedet, die den Revisionismus und den Ministerialismus verurteilte. Allerdings wirkten sich die verschärften Differenzen zwischen Orthodoxen und Revisionisten auf den Inhalt einiger Dokumente aus, die in vielerlei Hinsicht ihre frühere Eindeutigkeit verloren.

Die verschärfte internationale Situation veranlasste die Delegierten des folgenden Stuttgarter Kongresses, sich erneut dem Problem der Kriegsgefahr zuzuwenden und – obschon nicht ohne Diskussionen – die von August Bebel vorgeschlagene antimilitaristische Resolution anzunehmen, die die Mitgliedsparteien der Internationale zur Durchführung von Antikriegspropaganda aufrief, die Verpflichtung für die sozia-

26 Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907. Berlin: Expedition der Buchhandlung Vorwärts 1907; Internationaler Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen. 28. August bis 3. September 1910. Berlin: Verlag Buchhandlung Vorwärts 1910.

listischen Delegierten bestätigte, gegen Kriegskredite zu stimmen und darüber hinaus auch die Forderung nach der Ersetzung der ständigen Armee durch eine Volksmiliz enthielt. Neu war für die Zweite Internationale notgedrungen die Anerkennung der vollzogenen Spaltung der russischen Sozialdemokratie, die auf dem Kongress erstmalig durch zwei Parteien repräsentiert war: die Linken (Orthodoxen) – Bolschewiki – und die Rechten (Revisionisten) – Menschewiki.

Auf dem Kopenhagener Kongress wurde der nationale Befreiungskampf der Völker Asiens begrüßt. Im Wesentlichen wurden auch die Beschlüsse der vorangegangenen Kongresse über den Kampf gegen den Militarismus und die Gewerkschaftseinheit bestätigt. Darüber hinaus wurde eine Kompromissresolution beschlossen, die eine Vereinigung aller auf nationaler Ebene vertretenen sozialistischen Strömungen verlangte.

Unterdessen nahte der Große Krieg, der später die Bezeichnung „Erster Weltkrieg" erhielt. Sein unmittelbares Vorzeichen war der vielfältige kriegerische Konflikt auf dem Balkan. In dieser äußerst gefährlichen Situation entschied die Leitung der Zweiten Internationale, einen außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongress einzuberufen. Er fand im November 1812 in Basel statt, auf dem Höhepunkt der seit Beginn des 20. Jahrhunderts größten Welle der massenhaften Antikriegsbewegungen.[27] Ihr Einfluss schlug sich auf die Stimmung der Kongressteilnehmer und auf die Resultate seiner Tätigkeit nieder. Auf dem Kongress dominierten die Bestrebungen, eine machtvolle Demonstration der Einheit und der Bereitschaft der gesamten Internationale zu organisieren und gegen die Anstifter des Krieges vorzugehen. Eine Einheit zur Abwendung des Krieges bildete sich jedoch nicht heraus. Dies kam zwei Jahre später in tragischer Weise zum Ausdruck.

Scharfe Diskussionen kamen auf der Versammlung nicht auf. Dennoch gingen bestimmte Auftritte von Vertretern der unterschiedlichen Lager in verschiedene Richtungen. August Bebel und Clara Zetkin (Deutschland) verbanden dabei die Friedensbewegung mit dem Sturz der Bourgeoisie. Für die Notwendigkeit entschlossener Massenbewegungen der Arbeiter setzte sich Édouard Vaillant (Frankreich) ein. Im anarchistisch-syndikalistischen und radikal-pazifistischen Geiste trat James Keir Hardie (England) auf, der vorschlug, bei Ausbruch des Krieges einen weltweiten Streik zu veranstalten. Zugleich wurden Versuche unternommen, eine mittlere Linie zu finden. Ungeachtet dessen war der Großteil der Delegierten allem Anschein nach konsequent und kämpferisch eingestellt. Auf der Grundlage von 13 vorgelegten Entwürfen bereitete ein besonderer Ausschuss den Text eines Manifestes vor, das unter Einbeziehung neuer Vorschläge seitens einiger Arbeiterparteien im Sinne der Stuttgarter Resolution gehalten war. Das Dokument war entsprechend der besten Traditionen der Zweiten Internationale formuliert. Der naherückende Erste Weltkrieg wurde als Raubkrieg und den Interessen der Arbeiter entgegengesetzter Krieg cha-

27 Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912. Berlin: Vorwärts 1912.

rakterisiert. Die Imperialisten wurden als Kriegshetzer entlarvt. Zugleich wurde auf die schweren Folgen des Wettrüstens und des Krieges selbst für die arbeitende Bevölkerung hingewiesen. So wurde gesagt, dass es die Arbeiter als Verbrechen ansehen, sich gegenseitig zu erschießen. „Der kapitalistischen Welt der Ausbeutung, der Ausrottung der Massen" stellten die Sozialisten – wie es im Manifest hieß – die „proletarische Welt der Eintracht und der Einheit der Völker" entgegen. Das Manifest ging davon aus, dass man den Weltkrieg abwenden könnte. Es rief dazu auf, in dieser Richtung alle Kräfte zu mobilisieren, alle Mittel zu nutzen und die internationale Einheit zu stärken. Das Internationale Sozialistische Büro wurde damit beauftragt, die Antikriegsdemonstrationen in den verschiedenen Ländern zu koordinieren.

Das Manifest enthielt ein Verzeichnis der anstehenden, gegen den Krieg gerichteten Aufgaben und Ziele der Arbeiterparteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Österreich-Ungarns, Russlands und der Balkanländer. Was die Umsetzung anging, sollte jede einzelne von ihnen die geeigneten Mittel selbst bestimmen und den Zeitpunkt ihres Einsatzes festlegen. In das Manifest wurde auch die wichtigste Anweisung des Stuttgarter Kongresses aufgenommen, dass im Falle des Zustandekommens eines Krieges die Sozialisten dazu verpflichtet seien, die durch Krieg hervorgerufene Krise für den beschleunigten Sturz des Kapitalismus zu nutzen.

Die Veröffentlichung dieses Dokuments erzeugte den Eindruck, dass die Zweite Internationale in ihrer Reaktion auf die schwierige und gefährliche Lage neue Kräfte sammelte und sich ihrer hohen historischen Bestimmung annäherte. Wie es jedoch die folgenden Ereignisse zeigten, erwies sich der Eindruck als falsch. Dennoch darf diese Phase der internationalen Arbeiterbewegung nicht unterschätzt werden. Trotz der tiefliegenden Diskrepanzen in grundsätzlichen Fragen haben die Kongresse der Zweiten Internationale eine Reihe wichtiger Entscheidungen herbeigeführt. Ausgearbeitet wurde eine neue Herangehensweise zur Stärkung der internationalen Einheit der Arbeiterbewegung sowie der Arbeiterorganisationen und ihrer Kontakte zu den Arbeiterparteien, zum Schutz der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und zum Kampf gegen Kolonialpolitik, Militarismus und Raubkriege.

Das tragische Ende der Zweiten Internationale

Der durch chauvinistische Stimmungen begleitete Eintritt der Großmächte und ihrer Verbündeten in den Krieg trug zur Verwirrung in den Führungskreisen der sozialdemokratischen Parteien bei. Nicht wenige wurden von einer Welle nationalistischer Vorurteile ergriffen. Für einen Moment wurden die vor Kurzem auf den Kongressen erfolgten Schwüre und feierlichen Erklärungen des Baseler Manifests vergessen. In Russland trat die SDAPR-Fraktion in der Staatsduma (dem Parlament) auf Anweisung der Führung als Initiator einer Antikriegserklärung auf und weigerte sich, die Kriegskredite zu bewilligen und nahm später eine illegale Antikriegsarbeit auf. Ähnlich ver-

hielt sich der linke Flügel der polnischen Arbeiterbewegung. Gegen den sich anbahnenden Krieg traten noch vor seinem Ausbruch die Sozialdemokraten Serbiens auf. Und dies trotz der Tatsache, dass Serbien damals das einzige Land war, für das der Krieg keinen imperialistischen, sondern einen nationalen Befreiungscharakter besaß. Eine feste Antikriegshaltung nahm auch die Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Tesnjaki; wörtlich: engherzige, im engeren Sinne) ein. Mit der Ausrichtung, ein neutraler Staat zu bleiben, meldeten sich die Sozialdemokraten Rumäniens in einem Manifest zu Wort.

Dies alles stellte jedoch eine Ausnahme dar. Als sie für Kriegskredite stimmte, begründete die SPD-Fraktion im Reichstag die von ihr eingenommene Position mit der Notwendigkeit einer Verstärkung der Verteidigungsanstrengungen gegen reaktionäre Staaten, wie das russische Zarenreich, und des Schutzes der Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse. Die damalige Parteileitung rief die Arbeiter dazu auf, den politischen und wirtschaftlichen Kampf für die Dauer des Krieges einzustellen. Einzelne Persönlichkeiten, wie etwa Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erklärten sich mit dieser Position nicht einverstanden.

Eine ähnliche Haltung nahm die Führung der einflussreichsten Französischen sozialistischen Partei (SFIO; Section française de l'Internationale ouvrière) ein. Die sozialistische Parlamentsfraktion begrüßte einstimmig die Kriegsbewilligungen. Bald darauf traten die Parteiführer Jules Guesde und Marcel Sembat, später auch Albert Thomas, in die Regierung ein. Zum Minister seiner Regierung wurde auch der Führer der belgischen Arbeiterpartei und Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Büros, Émile Vandervelde. In Großbritannien nahm das Exekutivkomitee der Labour Party Abstand vom politischen Kampf gegen die regierende Partei, ihr Parteiführer Arthur Henderson wurde Mitglied der Regierung. Als Einheitsfront zusammen mit den führenden Kreisen traten die Spitzen österreichischer und ungarischer Sozialdemokraten auf.

Dieses gesamte Geschehen bestimmte das Schicksal der Zweiten Internationale. Die als unerschütterlich geltende Basis bröckelte und die Internationale brach zusammen. Das Internationale Sozialistische Büro – also ihr faktisches Führungsorgan – stellte seine Zusammenkünfte ein. Von neuen internationalen Kongressen war keine Rede mehr. Einzelne Versuche, die abgebrochenen Kontakte wiederherzustellen, blieben ohne Erfolg. Als eine Art „Armesünderglocke" für den Niedergang der Zweiten Internationale wurde ein Aufruf zum „Krieg bis zum Sieg" publiziert, der auf den Konferenzen der Sozialisten der Entente-Länder in London (Februar 1915) und eines deutsch-österreichischen Treffens in Wien (April 1915) verkündet wurde.[28]

---

28 Georges Haupt: Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International. Oxford: Clarendon Press 1972.

Jahre verschärfter Gegenwehr

Die Haltung gegenüber dem Ersten Weltkrieg war äußerst wichtig, in vielerlei Hinsicht war sie jedoch nicht der Hauptgrund für die Gegenwehr, die zunächst die Hauptströmungen, die aus der damaligen Arbeiterbewegung erwuchsen, trennte und später diese in scharfer Opposition konfrontierte. Eine entscheidende Rolle spielte dabei, wie es sich später erwies, die Tatsache, dass sich im Innern ihrer sozialen Basis in den seinerzeit entwickelten Ländern ein unterschiedliches Kräfteverhältnis zur bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung gebildet und ausgeformt hatte. Für die einen erwiesen sich diese als mehr oder minder annehmbar, bedurften jedoch einer konsequenten Verbesserung. Für die anderen, die entscheidende Transformationen forderten, war dies völlig unzulässig. Dies warf ein Licht auf die entstandenen ernsthaften Differenzen bezüglich der Verhaltensformen und der Bewertung. Die Schärfe der Diskussionen, die in dieser Hinsicht in den unterschiedlichen Foren der Arbeiterorganisationen geführt wurden, war trotz ihres Anspruchs auf Wissenschaftlichkeit nur der theoretische Ausdruck der realen Situation. Eine zusätzliche Härte ergab sich dadurch, dass in vielen Fällen die unversöhnlichen Opponenten vor nicht allzu langer Zeit noch Gleichgesinnte, Mitkämpfer und nicht selten auch Freunde gewesen waren.

Aus diesem Grund brachten auch zahlreiche Kompromissversuche keinen Erfolg, die die entstehenden Brüche zu stoppen im Stande gewesen wären, die sich gegen Ende des Ersten Weltkrieges und nach dessen Ende vertieften. Einerseits brachen linke sozialdemokratische Organisationen und kleinere Gruppen von Sozialdemokraten in den Ländern, die in den Krieg involviert oder auch nicht beteiligt waren, ihre Kontakte zu den ihnen früher nahestehenden Parteien ab und proklamierten sich als Kommunisten. Andererseits wurden verbreitet Bemühungen intensiviert, die auf das Wiederaufleben – wenn auch in modernisierter Form – einer vereinten internationalen Gemeinschaft der Arbeiter gerichtet waren. Eine aktive Mitwirkung in diese Richtung wurde vom Vorsitzenden des offiziell noch nicht aufgelösten Internationalen Sozialistischen Büros, Émile Vandervelde, und seinem Sekretär, Joris-Karl Huysmans, geleistet.[29] Ende 1918 versuchte der Parteiführer der Labour, Arthur Henderson, in Großbritannien eine internationale sozialistische Konferenz einzuberufen, auf der die Fragen des möglichen Wiederauflebens der Zweiten Internationale erörtert werden sollten. Dieser Versuch wurde jedoch von der Mehrheit der nationalen Organisationen nicht unterstützt.

Schließlich gelang es erst im Februar 1919 in Bern, erneut zusammenzukommen, wobei die linken Sozialdemokraten auf die Teilnahme konsequent verzichteten. Auf dem Berner Treffen wurde eine Kommission gebildet, die mit der Aufgabe der Vorbereitung einer neuen Konferenz oder eines internationalen Kongresses betraut wurde.

29 Vgl. S. A. Mogilevskij: Vosstanovlenie II Internacionala. Leningrad: Izdatel'stvo Leningradskogo Universiteta 1963.

Joris-Karl Huysmans kommentierte diese Entscheidung wie folgt: „Die Internationale ist wieder am Leben!" Doch dies war eine Übertreibung. Die Bereitschaft zu einer Vereinigung auf den alten Grundlagen äusserte nur der Teil der Sozialdemokraten, der reformistisch eingestellt war.

Gleichzeitig verwirklichten linke Sozialdemokraten, die sich als Kommunisten proklamierten, oder diesen Schritt noch nicht gewagt hatten, ihre Vorstellung von internationaler Einheit. Am 2. März 1919 wurde in der von der Revolution erfassten Russlands Hauptstadt Moskau eine internationale kommunistische Konferenz eröffnet. Von den vertretenen Organisationen aus betrachtet war diese bescheidener als die Berner Konferenz. Ungeachtet der Schwierigkeiten, mit denen damals die Anreise in das in den Bürgerkrieg involvierte Russland verbunden war, nahmen an der Konferenz Delegierte von 35 Organisationen aus insgesamt 21 Ländern teil; unter ihnen Österreich, Bulgarien, Großbritannien, Ungarn, Deutschland, China, Iran, Korea, der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben, die Niederlande, Norwegen, Polen, Rumänien, USA, Türkei, Finnland, Frankreich, Tschechoslowakei, Schweiz und Schweden. An der Arbeit der Konferenz nahmen ebenso Vertreter der kommunistischen Parteien aus den Ländern und Gebieten teil, die vor der Revolution zum russischen Reich gehörten: Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Lettland, Litauen, Weißrussland, Wolgadeutsche, die RSFSR, Turkestan, Ukraine und Estland. Am 4. März konstituierte sich die Konferenz als Erster (Gründungs-) Kongress der Kommunistischen Internationale.

Dass es sich dabei nicht um einen künstlich erzeugten, marginalen Einfall handelte, wie es seinerzeit (und auch später) von Missgünstigen behauptet wurde, bezeugten das nachfolgende rasche Wachstum und der Einfluss dieser internationalen Organisation. Einige Zeit später fand im Juli 1920 der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale statt, an dem bereits 217 Delegierte von 67 Organisationen aus 37 Ländern teilnahmen. Unter ihnen waren Vertreter der beiden für die damalige Zeit sehr großen sozialdemokratischen Parteien der politischen Mitte – die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO).

Unterdessen bemühte sich auch eine Reihe sozialdemokratischer Organisationen darum, eine internationale Vereinigung zu gründen, die ihren Auffassungen entsprach. Ungefähr zu dieser Zeit (31.7.–6.8.1920) fand ein Treffen in Genf statt, das als Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale in die Geschichte der Arbeiterbewegung einging. Hier waren 17 sozialistische und sozialdemokratische Parteien aus Australien, Belgien, Großbritannien, Ungarn, Deutschland, Dänemark, Italien, Neuseeland, Polen, Rumänien, Frankreich, Schweden und der Schweiz vertreten, sowie die regionale Moslempartei der Musavatisten Aserbaidschans und die Menschewiki Georgiens, Litauens und Russlands – insgesamt zehn Staaten weniger als anderthalb Jahre zuvor während der Berner Konferenz. Vertreter von fünf Ländern erklärten, dass sie ausschließlich zum Zwecke der Informierung an der Konferenz teilnehmen. Zehn Delegationen vertraten nur eine Fraktion der Arbeiterbewegung ihrer Länder, während die übrigen die Kontakte mit den Teilen abbrachen, die die Zweite Interna-

tionale wiederzubeleben versuchten. Nach der Diskussion über die schwierige Situation fasste der Kongress einen Beschluss „zum Wiederaufbau der Internationale" und verkündete hoffnungsvoll, dass „vom Wege abgekommene Schafe" letztlich zurückkehren würden. Auf die Haltung der sozialdemokratischen Parteien, die auf eine Teilnahme am Kongress verzichtet hatten, besaß dies jedoch keinen Einfluss. So entstand noch eine weitere internationale Organisation, die (nach dem Sitz ihrer Zentralorgane) als Londoner Internationale bekannt wurde.

Schließlich wurde darüber hinaus ein weiterer Versuch, die Differenzen zwischen verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung beizulegen, durch seinerzeit führende, einflussreiche Kräfte der politischen Mitte der Arbeiterbewegung (also vor allem der USPD und der SFIO) unternommen. In diesem Milieu reifte die Idee heran, ein allgemeingültiges Programm auszuarbeiten, das die breitesten Forderungen der Arbeiter aufnehmen und dementsprechend zur Grundlage einer Annäherung zwischen den Arbeiterparteien unterschiedlichster Ausrichtungen werden könnte. Diese Vorstellung wurde im Frühling und Sommer 1920 auf Treffen von USPD und SFIO mit einflussreichen Führungsmitgliedern der Sozialdemokraten der Schweiz, Großbritanniens und Australiens erörtert.

Ende Oktober 1920 schlugen die englische Independent Labour Party (ILP), die USPD und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vor, eine internationale Konferenz jener Arbeiterparteien einzuberufen, die außerhalb der Londoner und der Kommunistischen Internationale standen. Im November schlossen sich die österreichischen Sozialdemokraten diesem Vorschlag an. Auf der Grundlage dieses Vorschlags fand dann im Dezember 1920 in Bern eine vorläufige Konferenz statt, an der außer den oben genannten auch die SFIO, die Deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei sowie die russischen Menschewiki teilnahmen. Die Teilnehmer der Berner Konferenz distanzierten sich sowohl von der Londoner, als auch von der Kommunistischen Internationale und arbeiteten eine Reihe von Vorschlägen aus, die ihrer Ansicht nach als Basis einer Vereinigung aller sozialistischen Kräfte dienen könnten. Daraufhin wurde Ende Februar 1920 in Wien die Gründungsversammlung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien einberufen, an der außer den genannten sieben Parteien, die den Berner Aufruf unterzeichneten, Vertreter der russischen Linken Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten Ungarns, Lettlands, Litauens, Rumäniens und Jugoslawiens sowie des „Poale Zion", teilnahmen. Die auf der Wiener Konferenz verabschiedeten Resolutionen besagten, dass die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien die Bildung einer Internationale vorbereiten solle, die das revolutionäre Proletariat in sich vereinen würde. Tatsächlich führte dies, wie die folgenden Ereignisse zeigten, zur Bildung einer weiteren internationalen Arbeiterorganisation, die später als Wiener Internationale bekannt wurde.

Auf diese Weise entstanden drei Internationalen: die Londoner, die Wiener und die Kommunistische (Komintern).[30] Der nachfolgende widersprüchliche historische Prozess in der Zwischenkriegszeit korrigierte dann die Kräfteverteilung in der Arbeiterbewegung wieder. Nach einigen Jahren büßte die Wiener Internationale ihre Position ein und wurde von der Londoner Internationale übernommen. Zugleich verschärfte sich das Verhältnis zwischen Londoner Internationale und Komintern weiter. Die von einer unterschiedlichen Bewertung der Ereignisse genährte gegenseitige Feindseligkeit in den einzelnen Ländern wie auch weltweit erreichte Anfang der 1930er Jahre einen Höhepunkt und dauerte auch danach in vielerlei Hinsicht an. Ungeachtet dessen vertrat sowohl die eine als auch die andere Seite die Interessen der Gesamtheit der Lohnarbeiter, jedenfalls in der Weise, in der sie dies verstanden. Natürlich war das für die Arbeiterbewegung und vor allem den sozialen Fortschritt keineswegs förderlich.

Diese historische Situation sollte bei der Lektüre der Dokumente und der sie begleitenden Aufsätze dieses Buches immer im Auge behalten werden.

30 Vgl. Meždunarodnaja socialističeskaja konferencija. Stenografičeskij otčet. Moskva 1922; Vgl. Protokoll der Internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Hrsg. v. Neunerkomitee der Konferenz. Wien: Verlag des Neunerkomitees 1922.

Verzeichnis der im II. Teil publizierten Dokumente

(Archive des Kommunismus 6/1 und 6/2)[1]

Teil 1: 1918–1923. Deutschland und Sowjetrussland als Protagonisten der europäischen Revolution: Idee und Wirklichkeit. Die ersten fünf Jahre der Komintern bis zum Scheitern des „Deutschen Oktober“

	1918	
1	05.09.1918	Brief des sowjetrussischen Vertreters in Deutschland, Adol'f Ioffe, an Lenin über die Unfähigkeit der deutschen Linkssozialisten zur Revolution.
2	16.09.1918	Bericht des Emissärs Pēteris Stučka an Lenin über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und ihre schwierige Beziehung zu den Bolschewiki.
3	28.09.1918	Beschluß der KP Rußlands über die Schaffung eines zentralen internationalen Büros im Ausland vor der Gründung der Komintern.
4	01.10.1918	„Alle werden wir dafür sterben, um den deutschen Arbeitern zu helfen“. Anweisungen Lenins an Trotzki und den Generalsekretär der KP Russlands, Jakov Sverdlov zur Novemberrevolution.
5	13.10.1918	Brief Adol'f Ioffes an Lenin über die bevorstehende deutsche Revolution, die Schwäche der Linken und das deutsch-russische Verhältnis in der Bürgerkriegszeit.
7	28.12.1918	Kritische Fragen des sowjetischen Außenkommissars Georgi Čičerin an Lenin zur Gründung der Komintern und zu den deutschen Spartakisten.

	1919	
8	01.01.1919	„Auf, Proletarier! Zum Kampf!“. Aus dem von Rosa Luxemburg verfaßten ersten Programm der KPD (Spartakusbund).
9	09.01.1919	Brief Karl Radeks an die KPD-Zentrale zum Vezicht auf den Januaraufstand 1919.
10	11.01.1919	Letzter Brief Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin über die Entwicklung der jungen KPD.
11	24.01.1919	Brief Karl Radeks an Lenin, Čičerin und Sverdlov über die Lage in Deutschland nach den Januarkämpfen.
12	04.02.1919	Brief von Leo Jogiches („Tyszka“) an Lenin über die Lage der KPD nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.
13	05.03.1919	Brief von Adol'f Ioffe an Lenin über die Bayerische Räterepublik und ihre Protagonisten.
14	06.05.1919	Die KPD und die Gründung der Kommunistischen Internationale. Zeitzeugenbericht von Hugo Eberlein.

1 Für den Zeitraum 1918–1924 wird die offizielle Bezeichnung „Kommunistische Partei Rußlands“ benutzt, von 1925 an „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (eigentlich: „All-Unions Kommunistische Partei“/VKP).

15	06.05.1919	„Genosse Ludwig“ (Eduard Alexander) an „James“ (Iakov Reich) über das Phlegma der Revolution und die Politik der KPD-Führung.
16	22.07.1919	Abkommandierung von Alfred Kurella zur Überbringung von Gegenständen im Wert von 300.000 Rubel an die KPD und die KP Österreichs
17	18.08.1919	Aus der Kostenaufstellung der Exekutive der Komintern für die kommunistischen Parteien und sympathisierende Bewegungen in einzelnen Ländern von April bis August 1919.
18	18.08.1919	Brief des Komintern-Sekretärs Gustav Klinger an Elena Stasova über den Schmuggel von Schmuck und Juwelen nach Westeuropa.
19	28.08.1919	Notiz von Jan Berzin an Sinowjew zur Finanzierung der kommunistischen Parteien durch Sowjetrussland.
20	29.10.1919	Empfangsbestätigung des Kuriers Leontij Osipov über Schmuck und Juwelen für die KPD.
	1920	
21	17.03.1920	Telegramm Lenins an Stalin zur Unterstützung der deutschen Arbeiter durch die Rote Armee.
22	02.06.1920	Geheimer Bericht von Ernst Meyer an die Komintern über den Streit in der KPD-Zentrale während des Kapp-Putschs.
23	12.06.1920	Sowjetdeutschland und die Sowjetunion als Konföderation unabhängiger Staaten: Brief Stalins an Lenin zur nationalen und kolonialen Frage.
24	18.06.1920	Die traurigen Fehler des ZK: Diskussionsbeitrag Karl Radeks über die KPD während des „Kapp-Putschs“.
25	01.07.1920	Die Zuschüsse der Komintern als Haupteinnahmequelle: Finanzbericht der Zentrale der KPD (S) für den Zeitraum 1918–1920.
26	23.07.1920	Telegram Lenins an Stalin über die Revolution in Italien und die Gefahren einer deutschen Lumpenproletarierarmee.
27	07.08.1920	Der russische Einfluss im Kleinen Büro und die Opposition Paul Levis: Aus der Diskussion in der Komintern.
28	08.08.1920	Diskussion über die Verteilung von Komintern-Geldern: Aus den Berichten in der Komintern-Exekutive.
29	11.08.1920	Beschluß der Komintern über die finanzielle Unterstützung der deutschen linken Parteien und der Hinterbliebenen von Karl Liebknecht und Eugen Leviné durch die Komintern.
30	19.08.1920	Chiffretelegramm von Iosif Unšlicht an Trotzki über Waffenankäufe in Thüringen für Enver Pascha.
31	29.08.1920	Mitteilung des „Genossen Thomas“ (d.i. Iakov Reich) über die Auflösung der europäischen Sekretariate und Büros der Komintern.
32	22.09.1920	Bericht Lenins über die Revolutionserwartung in Deutschland, den Versailler Vertrag und den sowjetisch-polnischen Krieg
33	26.09.1920	Die Parteibuchhandlung der KPD als „russische Filiale“: Bericht des „Genossen Thomas“ (Iakov Reich) über die Folgen der Finanzpolitik der Komintern.
	1921	
34	26.03.1921	Putschstimmung und Sabotage: Telegramm von „Spanier“ (Béla Kun) über den Beginn des mitteldeutschen Aufstands („Märzaktion“).

75a	[5.11.1922]	„Die K.P.D. zwischen dem III. und IV. Weltkongress“: Tätigkeitsbericht zum IV. Weltkongreß der Komintern.
75b	18.11.1922	Vorschlag Lenins an Trotzki zur Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik gegen die KPD-Linke
75c	[20.11.1922]	Das Präsidium des IV. Weltkongresses zur Frage der Programme der Kommunistischen Parteien.
	1923	
76	01.01.1923	Empfehlung des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik („Büro Varga“/ Berlin) für die Einheitsfront als „Sammelparole zur Verteidigung der Arbeiterrechte“.
77	16.02.1923	Instruktion der Komintern an die KPD für ein gemeinsames Vorgehen mit der KP Frankreichs im Sinne der Einheitsfrontpolitik.
78	04.05.1923	Brief Stalins an Zinov'ev über die Eroberung der politischen Macht durch die kommunistischen Parteien.
79	26.05.1923	Tätigkeitsbericht der Kommission für illegale Arbeit der Komintern von Januar bis Mai 1923.
80	19.07.1923	Empfehlung Radeks an Heinrich Brandler zur Absage der Demonstrationen am „antifaschistischen Tag“ in Deutschland.
81	27.07.1923	Brief Stalins an Zinov'ev, in dem Einverständnis zur Absage des „antifaschistischen Tages“.
82	31.07.1923	Sinowiew an Stalin über die Krise in Deutschland, die Bekämpfung Trotzkis und des „kleinen Schwätzers“ Radek.
83	01.08.1923	Arbeitsplan für die Vertreter der Internationalen Verbindungsabteilung (OMS) und der Budgetkommission der Komintern in Deutschland.
84	07.08.1923	Brief Stalins an Zinov'ev zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: ‚Die Faschisten zuerst losschlagen zu lassen‘.
85	08.08.1923	Denkschrift des für Militärpolitik zuständigen KPD-Funktionärs „Gerhard Schott“ (Karl Volk) zum Stand der Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg.
86	20.09.1923	Beschwerde des Komintern-Sekretärs für die lateinischen Länder, Jules Humbert-Droz über den „nationalistischen Schlageter-Kurs“ der KPD im Namen der KP Frankreichs.
87	30.09.1923	Das Schicksal Polens besiegeln und einen Korridor durch die Tschechoslowakei schlagen: Vorschläge Sergej Gusevs zur deutschen Revolution und Replik Stalins.
88	01.10.1923	Brief Karl Radeks an Trockij über die Festlegung eines Zeitrahmens für den kommenden Aufstand in Deutschland.
89	05.10.1923	Plan des ZK-Sekretariats der KP Rußlands zur Agitation und Propaganda für die deutsche Revolution in der Sowjetunion.
90	09.10.1923	Zirkular des Sekretariats des ZK der KP Rußlands (Molotov) über die Vorbereitungen auf die deutsche Revolution.
91	12.10.1923	Kritische Stellungnahme Georgi Čičerins zu einen Brief Stalins an die KPD über die bevorstehende deutsche Revolution.
92	17.10.1923	Persönlicher Brief eines Vertrauten Molotovs (von Ivan Majskij?) über die Lage in Sachsen und die Szenarien für ein künftiges Sowjetdeutschland
93	18.10.1923	Bericht der MP-Abteilung („Abteilung Bibliothek“) der KPD („Robert“) über den Stand der militärpolitischen Vorbereitungen in Deutschland.

94	20.10.1923	Der Plan zum Aufstand in Berlin, vorgelegt von Otto Steinfest („Fuchs“), und den Aufstandsvorbereitungen in Deutschland
95	22.10.1923	Geheime telegrafische Instruktionen des ZK der KP Rußlands an die nationalen ZKs und die Gebiets- und Bezirkskomitees zum Jahrestag der Oktoberrevolution
96	29.10.1923	Brief Radeks und Jurij Pjatakov zur Lage in Berlin und die Untätigkeit der KPD vor dem Aufstand.
96a	30.10.1923	Brief des Konsuls der UdSSR in Hamburg, Grigorij Šklovskij („Babuškin“) über den Hamburger Aufstand.
97	08.11.1923	Brief Stalins an Pjatakov und an die „Verergruppe“ in Deutschland für eine prinzipielle Frontstellung gegen die linke Sozialdemokratie.
98	09.11.1923	Bericht des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik zum „Hitlerputsch“ in München.
99	10.11.1923	Die deutsche Revolution und die Streiks im ukrainischen Kohlebecken Donbass. Brief des Gouvernementssekretärs Boris Magidov an Stalin
100	15.11.1923	Kritischer Bericht des militärischen Leiters des deutschen Oktober an die Komintern über die Arbeit des illegalen Apparats der KPD.
101	27.11.1923	Denkschrift des Leiters der Aufklärungsabteilung der Roten Armee, Jan Berzin zur Kritik Radeks an der unzureichenden Konspiration in Deutschland.
101a	23.12.1923	Brief des militärischen Leiters beim ZK der KPD, Petr Skoblevskij, zur Absage der deutschen Revolution und den weiteren Aufgaben des Militärapparats.
102	28.12.1923	Brief Solomon Losovskis an das Politbüro der ZK der KP Rußlands zum Verhältnis von sowjetischer Regierung und Komintern.

Teil 2: Januar 1924–Juli 1929. Proklamierung des „Sozialismus in einem Lande“, Machtkämpfe in der KPD und Anbruch des Hochstalinismus

	1924	
103	18.01.1924	Memorandum Radeks nach der Absage der deutschen Revolution.
104	04.02.1924	Begleitbrief „Karl Friedbergs“ (d. i. Karl Gröhl, später Retzlaw) zum Militärprogramm der KPD.
105	11.02.1924	Bericht des sowjetischen Militärexperten beim ZK der KPD, Aleksej Štrodach, an die Komintern über künftige revolutionäre Perspektiven für Deutschland.
106	02.03.1924	Bericht des früheren Leiters der operativen Abteilung der KPD Gruppe West, V. Karpov, über die militärischen Strukturen und die allgemeine Situation in der KPD.
107	31.03.1924	Brief Sinowjews an Arkadij Maslow und Ruth Fischer zur Haltung der Komintern gegenüber einer künftigen linken KPD-Führung.
108	03.04.1924	Brief Vargas an Zinov’ev zur Analyse der Oktoberereignisse und der Situation in der KPD.
108A	24.04.1924	Brief Grigori Sinowjews an Aleksandr Martynov über die Lage in der KPD.

109	13.05.1924	Bericht des Sekretärs der Militärkommission des ZK der KPD, Wilhelm Kress, über die Terrorgruppe Felix Neumann.
110	15.05.1924	Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der GPU, Iosif Unslicht, an die Komintern-Exekutive über die Terrorgruppe Felix Neumann.
112	05.07.1924	Thesen von Erich Wollenberg über die militärischen Fehler in der deutschen Revolution von 1923.
113	14.07.1924	Beschluß des Politbüros der KP Rußlands zur drastischen Kürzung der Zuweisung von Geldmitteln an die KPD.
114	04.11.1924	Bericht von „Franz“ (Franz Feuchtwanger?) über die Aufdeckung des Berliner „Paßbüros“ und die Fehler des illegalen Apparats der KPD.
115	27.11.1924	Brief Stalins an Zinov’ev zu einem historischen Artikel Otto Kuusinens über die gescheiterte deutschen Revolution.
116	17.12.1924	Aufforderung der Abteilung I der Hamburger KPD, die Veröffentlichung von Larissa Reisners „Hamburg auf den Barrikaden“ zurückzuhalten
117	18.12.1924	Antwort der sowjetischen Regierung auf den Protest von Reichsaußenminister Stresemann gegen einen Brief des ZK der RKP(b) an die KPD zu den Reichstagswahlen.
118	20.12.1924	„Grundlegende Angaben über den Zustand der Wehrorganisation der KPD“: Aus der Denkschrift des Leiters der Wehrabteilung des ZK.
119	24.12.1924	Beschluß des Politbüros der KP Rußlands zur Finanzierung der kommunistischen Parteien.
	1925	
120	17.01.1925	Protokollauszug zur Strategie gegen die anstehenden Prozesse KPD-Prozesse („Urbahnsprozeß“, „Tschekaprozeß“, „Zentrale-prozeß“).
121	12.02.1925	Kostenaufstellung an die Komintern für antimilitaristische Tätigkeit unter den französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen in Deutschland.
122	12.02.1925	Beschluß des Politbüros der KP der Sowjetunion über die in der Sowjetunion verhafteten deutschen Studenten.
123	20.02.1925	Brief des inhaftierten Arkadij Maslows über die Situation der KPD nach der Absetzung Brandlers.
124	20.02.1925	Informationen von Čičerin an den GPU-Vorsitzenden, Feliks Dzeržinskij, über das Gespräch mit dem deutschen Botschafter Ulrich von Brockdorff-Rantzau.
125	25.02.1925	Beschluss und Instruktionen des sowjetischen Politbüros der KP Rußlands über die Einstellung der „aktiven Aufklärung“ in Mitteleuropa.
126	05.03.1925	Beschluß des Politbüros der RKP(b) über die Verhaftung der deutschen Studenten und die Vorgaben für die KPD.
126a	18.03.1925	Brief Josef Eisenbergers an die Kontrollkommission der Komintern über seine Auseinandersetzung mit August Thalheimer.
127	17.04.1925	Bitte Elena Stasovas an Molotov, in Deutschland verbleiben zu können.
127a	07.05.1925	Brief Willi Münzenbergs an Sinowjew über die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe.
127b	29.06.1925	Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer.
128	03.07.1925	Entwurf des Politbüros der KP der Sowjetunion (Čičerin) für einen Vertrag mit Deutschland.

129	22.07.1925	Aus einem Brief Nikolaj Bucharins an Stalin über die Situation in der KPD-Führung.
130	22.07.1925	Brief Dmitri Manuil'skijs an Stalin über Situation der KPD.
131	23.07.1925	Chiffretelegramm Stalins an das ZK der KP der Sowjetunion, Nikolaj Bucharin und Dmitri Manuil'skij zur Situation in der KPD.
132	24.07.1925	Brief Bucharins, Manuil'skijs, Pjatnickijs und Kuusinens an Stalin und Zinov'ev über die Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau.
133	25.07.1925	Brief Stalins an Bucharin für die Unterstützung Thälmanns gegen Fischer und Maslow und einer schärferen Gangart gegenüber der Regierung Stresemann.
134	30.07.1925	Chiffretelegramm Pjatnickijs an Stalin und Zinov'ev über den Verlauf der Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau.
135	16.09.1925	Mitteilung des Moskauer Parteichefs der RKG(b) Nikolaj Uglanovs an Stalin mit der Forderung der Absetzung Ruth Fischers.
136	29.09.1925	Brief der KPD-Anwälte zur Bilanz der Verteidigung im Prozess gegen Maslow („Zentrale-Prozeß“, u.a.).
137	09.10.1925	Schriftliche Bitte Clara Zetkins an Stalin mit der Bitte um Audienz für ein KPD-Mitglied.
138	10.10.1925	Antwortbrief Stalins an Clara Zetkin über sein Interesse an den Vorgängen in der KPD.
139	19.10.1925	Referat eines sowjetischen Militärspezialisten über den Zustand und die Aufgaben der kommunistischen Militärorganisation in Deutschland.
140	03.11.1925	Bericht an die Komintern über die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der „Linken“ und der „Rechten“ auf der Parteikonferenz der KPD.
140a	27.11.1925	Brief der KPD-Führung an Sinowjew über den Verbleib von Ruth Fischer in Moskau.
	1926	
141	01.01.1926	Brief Kujbyševs an das Politbüro der RKP(b) über den Vorschlag Thälmanns zur Entsendung deutscher Spezialisten.
142	23.01.1926	Leitlinien der Komintern zur Unterstützung des KPD-Volksbegehrens zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser und zur Regierungskrise der Weimarer Republik.
143	21.02.1926	Persönlicher Brief Ernst Thälmanns an Stalin zur Kritik am Kominternvorsitzenden Sinowjew.
144	16.03.1926	Nachfragen Stalins an Pjatnickij zur Personalpolitik, Säuberung und Gelderverteilung in Komintern-Angelegenheiten.
145	20.03.1926	Antwort des Schatzmeisters der Komintern auf die Anfrage Stalins zur Verteilung der Gelder an die kommunistischen Parteien.
146	30.03.1926	Brief Stalins an Clara Zetkin über die Abschiebung Ruth Fischers.
147	05.04.1926	Brief Clara Zetkins an Stalin über den finanziellen Bankrott der Internationalen Arbeiterhilfe.
148	13.04.1926	Brief Heinz Neumanns an Stalin über Hugo Urbahns und die Verfolgung der linken Oppositionellen in Rußland.
149	29.04.1926	Beschluß der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über das Verhalten von Maslow vor dem deutschen Gericht.
150	08.05.1926	Brief Stalins zum Artikel Manuil'skijs über die „Ultralinken“ in Deutschland.

151	26.05.1926	Internes Rundschreiben der Komintern an die Zentralkomitees gegen die antisowjetische Presse-Kampagne aus Anlass der Auseinandersetzung mit der Parteiopposition.
152	01.06.1926	Anfrage des Schatzmeisters der Komintern zur Finanzierung Fürstenenteignungskampagne der KPD.
153	01.06.1926	Geheimer Beschluß der Komintern zur „parteilosen Verlagstätigkeit" und zum Vertrieb der Literatur im nichtkommunistischen Umfeld.
154	02.06.1926	Rundschreiben der Komintern über den Aufbau von kommunistischen Fraktionen in den „sympathisierenden Massenorganisationen" sowie den nichtkommunistischen Organisationen.
155	02.06.1926	Interne Leitsätze der Komintern über pazifistische, antikolonialistische und andere Organisationen. (Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Freunde der Sowjetunion).
156	03.06.1926	Brief Molotovs an Stalin mit Informationen über den Aufenthalt Ernst Thälmanns in Moskau.
157	01.07.1926	Beschluß des Politbüros der RKP(b) über die Vorschläge der Firma „Junkers" zur Lieferung von Bombern an die Sowjetunion.
158	20.08.1926	Brief Stalins an Heinz Neumann gegen eine Veröffentlichung der Erklärung der russischen Linken Opposition in Deutschland.
159	01.09.1926	Erklärung von 700 KPD-Mitgliedern zur russischen Frage und gegen die Verfolgung der Linken Opposition in der Sowjetunion („Brief der 700").
160	14.09.1926	Mitteilung Neumanns an den Verbindungsdienst der Komintern und sowjetische Stellen über den Transport von Materialien der russischen Opposition nach Deutschland..
161	14.09.1926	Persönlicher Brief Neumanns an Stalin über Aktivitäten und innerparteiliche Kämpfe der KPD
162	02.11.1926	Rüge Georgi Čičerin an Stalin betreffs seiner Wortwahl über das Verhältnis zu anderen Staaten.
163	21.12.1926	Schreiben von Jenö Varga für die Erteilung einheitlicher Direktiven an die kommunistischen Parteien in der „Granaten-Affäre".
164	22.12.1926	Geheimbeschluß der russischen Delegation in der Komintern über den Kurswechsel der KPD.
	1927	
166	24.01.1927	Vortrag Nikolaj Bucharins im Präsidium der Komintern über die internationale Kriegsgefahr als Hauptgefahr.
167	25.02.1927	Instruktionen des Politsekretariats der Komintern zur Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution.
168	27.03.1927	Brief des Emissärs in Deutschland „Albert" (Vissarion Lominadze) an Stalin über die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern in Berlin..
169	11.04.1927	Eindrücke des Emissärs Lominadze an Stalin von einer Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast..
170	25.05.1927	Aus dem Geheimprotokoll der Sitzung der russischen und deutschen Delegation des 8. EKKI-Plenums zur Festlegung der KPD-Politik.
171	26.05.1927	Brief Jakob Walchers an Bucharin über die Politikunfähigkeit der KPD.
172	31.07.1927	Brief Arthur Ewerts an Bucharin über die Krisenerscheinungen in der KPD.
173	11.09.1927	„Drecksbrief" Clara Zetkins Cliquenwirtschaft unter Thälmann in der KPD.

173A	Mitte September 1927	Vertrauliche Materialien der Informationsabteilung der Komintern über die Oppositionsgruppen im Umkreis der KPD.
174	15.09.1927	Brief Dmitri Manuil'skijs an Nikolaj Bucharin und Stalin über den erfolgreichen Deutschland-Aufenthalt und die „äußerst einmütige Arbeit unter Führung von Teddy“.
175	19.09.1927	Schreiben des Sekretariats der KPD an die Komintern zum Verhalten der Angeklagten im bevorstehenden „Zentrale-Prozeß“.
176	23.10.1927	Brief Ernst Thälmanns an Stalin über die Lage in der KPD-Führung.
176A	09.12.1927	Chiffriertes Telegramm des Emissärs Heinz Neumann aus China, sofort mit dem Aufstand in Kanton zu beginnen.
	1928	
177	13.02.1928	Schreiben des Organisationssekretärs der Komintern, Mauno Heimo, über die Schulden der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ).
178	29.02.1928	Geheime Vereinbarung („Geheimabkommen“) der russischen und deutschen Delegationen im EKKI über die Zukunft der KPD.
179	08.03.1928	Beschluß des Politbüros der KP der Sowjetunion über die in Verbindung mit dem „Sachty-Prozess“ zutreffenden Maßnahmen“.
180	24.03.1928	Brief Stalins an Nikolaj Bucharin, Aleksei Rykov und Molotov mit kritischen Bemerkungen zum Programmentwurf der Komintern.
181	05.04.1928	Beschwerde des ZK der KPD über die Informationspolitik der Sowjetunion und der Komintern zum Šachty-Prozess.
182	11.04.1928	Beschwerde Hermann Remmeles an die Komintern über schikanöse Kontrollen im Hotel Lux.
183	12.04.1928	Vorschlag Brandlers und August Thalheimers, sich im „Zentraleprozeß“ gegen die KPD dem Gericht zu stellen.
184	10.05.1928	Beschluß des Politbüros der KP der Sowjetunion zur Öffentlichkeitsstrategie im Šachty-Prozeß und einem Treffen mit Botschafter Rantzau.
185	30.06.1928	Aus einem Brief Hermann Remmeles an Leo Flieg über die Lage in der KP der Sowjetunion.
186	05.07.1928	Aus dem Referat Nikolaj Bucharins auf dem Plenum des ZK der KP der Sowjetunion über den Programmenwurf der Komintern.
187	05.07.1928	Aus einer Rede Stalins über den russischen Charakter des Programms der Komintern.
188	16.07.1928	Vorschläge von Josef Gutsche, August Mayer und Gerhard Schott zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit der KPD.
189	20.08.1928	Personelle Vorstöße Stalins zum VI. Kominternkongress zur KPD und zur Person Thälmanns.
190	15.09.1928	Telegrafische Bewilligung der Komintern zur Abhaltung der Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD.
191	01.10.1928	Chiffrierte telegraphische Stellungnahme Stalins an Molotov über den „Thälmann-Skandal“.
192	02.10.1928	Protokoll der beim Komintern-Kommission zur Untersuchung der Unterschlagungen im Hamburger KPD-Bezirk.
193	02.10.1928	Anweisung der Komintern an die KPD, den ZK-Beschluß der KPD zur Absetzung Thälmanns nicht bekanntzugeben.
194	06.10.1928	Nicht zur Veröffentlichung bestimmter Teil des Präsidiumsbeschlusses der Komintern zur Rehabilitierung Thälmanns.

Teil 3: August 1929–Februar 1933.
„Sozialfaschismus“-Politik, letzte KPD-Fraktionskämpfe, Machtantritt Hitlers und Reichstagsbrand

257	10.01.1931	Brief von Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern (Vil'gel'm Knorin/Sokolik) über die Einschätzung des Faschismus in der „Roten Fahne“ und die antifaschistische Demonstration in Berlin.
258	18.01.1931	Nicht abgegeschickte Instruktionen der Politkommission der Komintern zur antifaschistischen Ausrichtung der Betriebsrätewahlen in Deutschland.
259	31.01.1931	Denunziatorischer Bericht Remmeles über eine Begegnung mit Bucharin im Frisiersalon des Hotels „Metropol“ in Moskau.
261	26.03.1931	Rede Manuil'skijs auf dem XI. EKKI-Plenum gegen das Vorhandensein einer revolutionären Situation in Deutschland und für die Zerschlagung der Sozialdemokratie als „Massenbasis“ des Faschismus.
262	06.04.1931	Rede Manuil'skijs auf der Sitzung der Politkommission des XI. Plenums des EKKI zum Konzept der „Volksrevolution“ für Deutschland.
263	15.07.1931	Beschlußprotokoll der Sitzung der Politkommission der Komintern über die Lage in Deutschland und den verschärften Kampf gegen die SPD-Linke.
264	15.07.1931	„Sekretariatsbrief“ Neumanns an Pieck über die Teilnahme der KPD am „roten Referendum“ für den Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags.
265	17.07.1931	Brief Piecks an Pjatnickij über die Haltung der KPD zur linken Sozialdemokratie.
266	20.07.1931	Brief Wilhelm Piecks an das ZK-Sekretariat der KPD zur Übermittlung der Instruktion seitens führender russischer Genossen zur unbedingten Teilnahme am preußischen Volksentscheid.
267	28.07.1931	Aus einem Brief Remmeles („Herzen“) an die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der KPD über die Hintergründe des Volksentscheids gegen die preußische Regierung.
268	28.07.1931	Geheimer Maßnahmenkatalog der Komintern über die Konspiration und den Kampf „gegen Provokation und Verrätertum“.
269	16.09.1931	Resolution der Komintern zur Absegnung des „Roten Volksentscheids“ in Deutschland.
270	25.09.1931	Beschluß des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Vorschläge des preußischen Innenministers Severing zur Aufhebung des Verbots der KPD-Presse.
271	16.10.1931	Instruktionen des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an die KPD zur Verstärkung der Erwerbslosenarbeit.
272	28.10.1931	Bericht maßgeblicher Komintern-Funktionäre an Stalin und Molotov über „Einmischungen“ in Angelegenheiten der KPD seitens der sowjetischen Delegation in der Komintern im Jahre 1931.
273	28.10.1931	Protestschreiben von KPD-Arbeitern an die Komintern, die aus den Druckereibetrieben der Partei entlassen wurden.
274	26.11.1931	Beschwerde an den Presseleiter der Komintern über den Umgang mit dem deutschen Archiv beim Lenin-Institut, Moskau.
275	01.12.1931	Rede Manuil'skijs im Politsekretariat der Komintern über die „Volksrevolution“ und den antifaschistischen Kampf.
276	14.12.1931	Entwurf eines Briefes der Politkommission der Komintern an alle Sektionen zur Gedächniskampagne für Lenin, Liebknecht und Luxemburg.

	1932	
279	02.01.1932	Instruktion der Politkommission der Komintern an die KPD zur neuen Rosa Luxemburg-Interpretation nach den Vorgaben Stalins.
280	03.01.1932	Notiz eines Referenten der Organisationsabteilung der Komintern über die Darstellung der Militärpolitik in der KPD-Presse.
281	05.01.1932	Vorschlag Lozovskijs an die sowjetische Delegation im EKKI zur Einrichtung einer westeuropäischen Vertretung der Komintern angesichts der Kriegsgefahr.
282	20.02.1932	Resolution des ZK-Plenums der KPD: Kampf gegen den Hitlerfaschismus und Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie.
283	13.03.1932	Brief Wilhelm Piecks an Ernst Thälmann mit der Aufforderung, in der „Roten Fahne“ den Kult um seine Person einzuschränken.
284	15.03.1932	Vertrauliche Stellungnahme Pjatnickijs gegenüber der Komintern zu den Ergebnissen des ersten Durchgangs der Reichspräsidentenwahl.
285	25.03.1932	Rede Aleksandr Martynovs in der vorbereitenden Kommission des XII. Plenums des EKKI zur Kritik des Antifaschismus der KPD.
286	06.04.1932	Brief des Komintern-Emissärs, Lajos Mad’jar, an Kun über Hitlers Pläne zur Vernichtung des Bolschewismus und der Sowjetunion.
287	10.04.1932	Heinz Neumann über den Personenkult Ernst Thälmanns und seine Auswirkungen auf den Kampf gegen den Faschismus.
288	17.04.1932	Rede Manuil’skijs zur Vorbereitung des XII. EKKI-Plenums: Angesichts ihres Schematismus müsse die KPD dem Faschismus unterliegen.
289	09.05.1932	Brief „Ludwigs“ (Lajos Mad’jar) über den Einbruch der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse und die Perspektiven eines deutschen Italien.
290	10.05.1932	Anschreiben Pjatnitzkis an Stalin zu Informationsberichten über die Lage in der KPD.
293	05.06.1932	Brief Stalins an Lazar’ Kaganovic gegen die kritische Berichterstattung der sowjetischen Presse über die neue deutsche Papen-Regierung..
294	18.06.1932	Brief Ernst Thälmanns an Wilhelm Florin über die Taktik zur Verhinderung der Wahl eines NS-Präsidenten im Preußischen Landtag.
295	20.06.1932	Brief Pjatnickijs, Knorins, Gusevs und Lozovskijs zur Wahl des preußischen Landtagspräsidenten (an Molotov und Kaganovič).
296	10.07.1932	Anfrage von Knorin und Pjatnickij für die Komintern zum Angebot der sozialdemokratischen Reichsbannerführung im Sinne einer gemeinsamen Abwehrstrategie (an Kaganovic und Stalin).
297	26.07.1932	Brief Heinz Neumanns an „den lieben Freund“ über seine Gespräche mit Stalin zu den Perspektiven in Deutschland.
298	27.07.1932	Kritische Rede Knorins zur Einordnung Deutschland als nachgeordnetes revolutionäres Land durch die Komintern.
299	21.08.1932	„Die Krise der Komintern“: Aus der oppositionellen Plattform des „Bundes der Marxisten-Leninisten“ der Sowjetunion (Rjutin-Gruppe).
300	19.11.1932	Brief von „Alfred“ [Tuure Lehén] an M. [Michael?] über die militärpolitische Arbeit in Deutschland.
301	25.12.1932	„Remmele-Memorandum“ an Pjatnickij als Obmann der sowjetischen Delegation in der Komintern, und „den Führer der KPdSU“ Stalin über den Thälmann-Kurs in der KPD.

	1933	
303	22.01.1933	Flugblatt der „Versöhnlerfraktion“ über die KPD und den Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland.
304	04.02.1933	Notiz zur Selbstkritik auf der Sitzung der engeren KPD-Leitung hinsichtlich der „Machtergreifung“.
305	07.02.1933	Rede Thälmanns auf der Reichskonferenz der Polsekretäre u.a. der KPD-Bezirke in Ziegenhals bei Zeuten („Ziegenhalser Rede“).
306	17.02.1933	Denkschrift des Referenten der Organisationsabteilung, Karol Sverčevskij, über die Wehrkurse der Komintern.
307	22.02.1933	„Moskau und der deutsche Faschismus“: Artikelmanuskript über das Treffen der Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Victor Schiff mit dem sowjetischen Botschaftssekretär Vinogradov in Berlin kurz vor dem Reichstagsbrand.

Teil 4: Februar 1933–August 1939. NS-Unterdrückung, Volksfront-Politik und Großer Terror

308	25.02.1933	Brief Ernst Thälmanns an die Kominternführung über die Ereignisse in Deutschland nach dem 30. Januar.
309	[25.02.1933] 04.10.1933	Brief Ernst Thälmanns an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts über Revolutionserwartung, Aufstandsvorbereitung und Aktionsplanung der KPD.
310	28.02.1933	Bericht Manuil’skijs über die Einheitsfront auf der außerordentlichen Sitzung des Komintern-Präsidiums und die „günstige Situation“ in Deutschland.
310B	02.03.1933	Vermerk Stalins in der sowjetischen Presse nichts über die Drogenvergangenheit Hermann Görings verlauten zu lassen.
311	06.03.1933	Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern zur Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur.
312	07.03.1933	Geheimbrief von Neumann an Remmele über die „Thälmann-Bande“.
312A	07.03.1933	Brief von Hoelz an Pjatnitckij mit der Bitte um seine Abkommandierung nach Deutschland.
313	11.03.1933	Instruktion der Komintern an das ZK der KPD zum Verhalten der Reichstagsabgeordneten bei der Reichstagseröffnung.
314	15.03.1933	Redebeiträge von Sepp Schwab, Bruno Köhler, Manuil’ski und Pjatnickij zur Lage der KPD nach dem Reichstagsbrand.
315	16.03.1933	Telegramm des ZK der KPD an Pjatnickij über Finanzfragen.
316	20.03.1933	Briefentwurf der Komintern an das ZK der KPD über die Lage in Deutschland, zur Begutachtung an Stalin, Molotov, Kaganovič.
317	01.04.1933	Vertraulicher Teil der Resolution des Präsidiums der Komintern zum Referat Heckerts über die Gründe der Niederlage der KPD und die neuen Aufgaben.
318	02.04.1933	An „Michael“ (Osip Pjatnickij): Bericht aus Berlin für die Kominternführung über die Lage in Deutschland.
319	11.04.1933	Stenogramm der Rede Osip Pjatnickijs auf der Sitzung des Komintern-Präsidiums über die Aufgaben der KPD.

341	22.10.1933	Chiffretelegramm Molotovs und Kaganovičs an Stalin über einen Besuch Litvinovs in Berlin.
342	25.10.1933	Anfrage des Politsekretariats der Komintern an Stalin zur Taktik der KPD gegenüber dem Referendum zum Völkerbundsaustritt.
343	26.10.1933	Antwort Stalins zur KPD-Taktik bei den Reichstagswahlen und dem Referendum der Hitler-Regierung.
344	17.12.1933	Rede Lozovskijs in der Roten Gewerkschafts-Internationale über die „riesige historische Bedeutung“ der Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie.
	1934	
344A	14.01.1934	Bekenntnis Neumanns zu seinen politischen Fehlern mit Anschreiben an Pjatnickij.
345	08.05.1934	„Tatsachenmaterial“ zum Bericht der Internationalen Roten Hilfe über die Aufnahme von Politemigranten in der UdSSR.
346	22.05.1934	Brief Ludwigs (Lajos Madyar?) an Michail (Osip Pjatnickij) über seine Mission in Deutschland.
347	14.06.1934	Aus einer Rede Manuil’skijs zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern über die falsche Einschätzungen des Faschismus.
348	16.06.1934	Beschwerde Volks an die Komintern über seinen Ausschluß aus der KPD und die Haltung der „Versöhnler“.
349	08.07.1934	Beschluß des Präsidiums der Komintern über die internationale Kampagne zur Befreiung Thälmanns aus NS-Haft.
350	22.08.1934	Redebeitrag Kuns zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern gegen ein Abrücken von der revolutionären Strategie.
351	28.08.1934	Brief des Schriftstellers Lothar Wolf an Wilhelm Pieck und Fritz Heckert.
352	29.08.1934	Brief der Schriftstellerin Berta Lask an die KPD-Führung gegen die Schikanen in Moskau.
353	29.08.1934	Kritik Knorins an einer Preisgabe der revolutionären Perspektive in den Thesen des VII. Kominternkongresses.
354	14.09.1934	Telegramm Stalins an das Politbüro der KP der Sowjetunion zum Abschluß des Handelsvertrags mit Deutschland.
355	15.10.1934	Vorschlag Dimitrovs an Stalin zur Reorganisation des Leitungsapparats der Komintern.
356	25.10.1934	Bericht des Leiters der Kaderabteilung der Komintern, Antoni Krajewski zur Ankündigung einer „Säuberung“ der deutschen Emigranten in der Sowjetunion.
357	13.11.1934	Brief Kuns an Dimitrov und Knorin über die Propagandaarbeit im Saarland.
	1935	
359	19.01.1935	Beschluß der Komintern über die „sektiererischen Fehler“ der KPD, für die antifaschistische Volksfront und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen.
359A	19.01.1935	Beschluß der Komintern über die „sektiererischen Fehler“ der KPD, für die antifaschistische Volksfront und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen.
359B	07.03.1935	Brief Ulbrichts an den „lieben Freund“ zur Fundamentalkritik am militärpolitischen Apparat der KPD

377	19.02.1936	Tabellarische Aufstellung zur Überführung der kommunistischen Politemigranten aus den verschiedenen Kominternsektionen in die KP der Sowjetunion (1920–1936).
378	26.02.1936	Referat Piecks über die Lage in Deutschland im zuständigen Komintern-Sekretariat von Palmiro Togliatti.
379	01.03.1936	Brief Bucharins aus Paris an Stalin über seine Mission und Beobachtungen über die unzureichende Sowjet- und Kominternpropaganda zur Bekämpfung des Nationalsozialismus.
380	17.03.1936	Aus dem Beschluss des Kominternsekretariats zum Bericht des Politbüros der KPD über Lage und Aufgaben der Partei.
381	01.04.1936	Ansprache Wilhelm Piecks auf der Sitzung des Kominternpräsidiums zur Frage von Einheitsfront und Krieg.
383	01.06.1936	Walter Ulbricht: Die Taktik des trojanischen Pferdes.
384	02.07.1936	Brief des Leiters der Kaderabteilung der Komintern, Moisej Černomordik, an Dimitrov mit angeblichen Beweisen gegen Werner Hirsch.
385	27.07.1936	Brief Piecks an die operative Leitung der KPD zur internationalen Lage, dem Strategiewechsel in China, dem Franco-Putsch in Spanien und den Verhaftungen von deutschen Kommunisten in der Sowjetunion.
386	01.08.1936	Briefentwurf des Sekretariats der Komintern an Ežov und Genrich Jagoda über die „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern“ Emel, David, Olberg, Lipšic u.a.
387	23.08.1936	Brief Piecks an Wilhelm Florin zum Ergebnis des Moskauer Prozesses und der angenommenen verbrecherischen Tätigkeit von KPD-Mitgliedern.
388	25.08.1936	Beschluß des Kominternpräsidiums und des Büros der Internationalen Kontrollkommission zur Verschärfung der Parteidisziplin.
389	31.08.1936	Brief Neumanns an Dimitrov gegen offensichtliche Falschmeldungen in der französischen Presse.
391	02.09.1936	Memorandum der Kaderabteilung der Komintern mit biographischen Charakteristiken über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“.
392	18.09.1936	Alfred Kurella über die „literarische“ Tätigkeit nach seiner Entfernung aus der Kominternarbeit.
393	29.09.1936	Beschluß des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur Stigmatisierung ehemaliger Oppositioneller als „Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie“.
394	01.10.1936	Vermerk Dimitrovs an Togliatti über „sofortige Maßnahmen“ für die bestmögliche Erkundung der tatsächlichen Lage in Deutschland.
395	01.10.1936	Notiz Dimitrovs an Michail Trilisser („Moskvin“) über die Stalinsche Verfassung der UdSSR.
396	17.12.1936	Bohumir Šmeral über seine Ankunft in Paris zur Abwicklung der Organisationen und Verlagen im Umkreis von Münzenberg im Auftrag der Komintern.
	1937	
397	08.01.1937	Aus der Mitschrift des Gesprächs zwischen Stalins und dem deutschen Schriftsteller Lion Feuchtwanger über die laufenden Prozesse und die Situation der UdSSR.

418	25.07.1937	Operativer Befehl des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Sowjetunion über sog. Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion.
419	31.07.1937	Rundschreiben des Auslandssekretariats der KPD über die angebliche „Wühlarbeit“ der Banditen und Verräter in Deutschland, Spanien, der Tschechoslowakei u. a. m.
420	01.08.1937	Beschluß des Kominternsekretariats über die Aufbewahrung ausländischer Zeitungen im Gebäude der Komintern.
422	21.08.1937	Brief Dimitrovs an Stalin über angeblich defätistische Stimmungen bei Thälmann im Gefängnis.
423	23.08.1937	Protokoll der Sitzung des Kollegiums der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zum leichtfertigen intimen Umgang von Leo Flieg und anderen „Fällen“.
424	01.09.1937	Offener Brief der „Berliner Opposition“ der KPD als „leidenschaftlicher Protest gegen die politischen und moralischen Auffassungen der Bürokratie“ von KPdSU, Komintern und KPD.
425	08.10.1937	Telegramm Münzenbergs an Dimitrov zur geplanten Moskaureise.
426	10.10.1937	Alarmbrief der Kominternführer an das ZK der VKP(b) über die, in Folge des Terrors entstandene Krise der Handlungsfähigkeit der Komintern.
427	10.10.1937	Aufforderung Georgij Dimitrovs an Willi Münzenberg, sofort nach Moskau zu kommen.
428	11.10.1937	Anfrage Dimitrovs an Ezov zur Überlassung der Archive der Verurteilten Zinov’ev, Radek, Kun u.a.
429	29.10.1937	„Vielleicht ist alles entsetzliches Missverständnis“: Brief Münzenbergs an Dimitrov zu seiner persönlichen Rechtfertigung.
430	07.11.1937	„Jeden werden wir erbarmungslos vernichten“: Trinkspruch Stalins zur Auslöschung aller Staatsfeinde, ihrer Familien und Angehörigen.
	1938	
431	31.01.1938	Beschluß des Politbüros der KP der Sowjetunion, die blutigen Säuberungen unter nationalen Gruppen, sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern, fortzusetzen.
432	31.01.1938	Memorandum des Sekretariats des ZK der KPD über die „partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit Münzenbergs“.
433	04.03.1938	Auszüge aus Berichten über Meinungen und Stimmungen von KPD-Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern in Deutschland.
434	19.03.1938	Rechtfertigungsbericht von Jules Humbert-Droz über seine „Beziehungen zur Gruppe der Rechten und der ‚Versöhnler‘“.
435	20.03.1938	Anweisungen an den Komintern-Beauftragten Šmeral zur Liquidierung der Münzenberg-Unternehmungen im Auftrag der Komintern.
436	28.03.1938	„Demoralisierung“ und „Gefühl völliger Hilflosigkeit“ Brief Vargas an Stalin über die Situation der ausländischen Kommunisten und den Fremdenhaß in der Sowjetunion.
437	23.04.1938	Bitte Piecks an Dimitrov, sich für die Freilassung von fünfzehn verhafteten deutschen Kommunisten einzusetzen.
438	26.04.1938	„Jeder im Ausland lebende Deutsche ein Gestapo-Agent“: Brief von Dimitrov an Andrej Ždanov gegen die ausländerfeindlichen Hetze in im „Journal de Moscou“.

Teil 5: August 1939–August 1943. Stalin-Hitler-Pakt, Angriff auf die Sowjetunion und Neuausrichtung von Komintern und KPD im 2. Weltkrieg

501	30.12.1941	Brief Pavel Fitins an Dimitrov über den erfolgreichen Vollzug des Geldtransfers für die KPD in Stockholm.
	1942	
502	09.01.1942	Beschluß der Komintern für eine Kampagne gegen die Greuel der Wehrmacht in der Sowjetunion.
503	10.01.1942	Beschluß der Komintern über die inhaltliche Ausrichtung der internationalen Radiopropaganda gegenüber Deutschland.
504	23.01.1942	Brief des Komintern-Verlagsleiters Konstantin Kasradze an Dimitrov über Flugblätter und antifaschistische Literatur.
505	06.03.1942	Mitteilung Grigorij Sorkins an Dimitrov über die Verhaftung von Herbert Wehner.
506	18.04.1942	Beschluß der Komintern über die Kampagne zum 1. Mai 1942.
507	01.05.1942	Beschluß der Komintern zur KPD und zur Anti-Hitler-Propaganda.
508	15.05.1942	Gesuch Walter Ulbrichts an die Kaderabteilung zur Befreiung von KPD-Mitgliedern aus Arbeitslagern.
509	24.05.1942	Internes Bulletin des EKKI mit Informationen über die Lage der KPD in Deutschland.
510	05.06.1942	Beschluß der Komintern zur Kriegssituation in Deutschland aus Anlaß der Bombardierungen deutscher Städte.
511	07.06.1942	Beschluß der Komintern zur Neuausrichtung der Propaganda nach dem Scheitern von Hitlers Frühjahrsoffensive.
512	11.06.1942	Brief Manuil'skijs an Stalin zur nichtöffentlichen Würdigung des bevorstehenden 60. Geburtstags Dimitrovs.
513	15.06.1942	Brief Piecks an Dimitrov über Beanstandungen an den deutschen Sendungen des INO-Radios.
514	13.08.1942	Bericht über eine gemeinsame Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den nationalen Radioredaktionen.
515	25.08.1942	Beschluß der Komintern über die Antifa-Schulen.
516	01.09.1942	Schreiben Dimitrovs an Pantelejmon Ponomarenko über die Bestellung von Sprengstoff und Zubehör für die Komintern.
517	18.09.1942	Aus einem Bericht Friedrichs (Bedrich Geminder) an Dimitrov über die Behandlung der Sabotagethematik in den deutschen Komintern-Sendern.
518	15.12.1942	Beschluß der Komintern zur Kritik an der Arbeit der verantwortlichen deutschen Kommunisten.
	1943	
519	13.01.1943	Brief von Pieck an Willi Keller (Wilhelm Kropp) über Deutschlands Zukunft und die Aufgaben der KPD.
520	10.02.1943	Beschluß der Komintern über die Propagandaaufgaben nach der Schlacht von Stalingrad und die siegreichen Vorstößen der Roten Armee.
521	18.02.1943	Beschwerde von L. Kuz'min (Zeitschriftenabteilung) an Georgij Aleksandrov (Agitprop ZK VKP(b)) über das Zentralorgan „Die Kommunistische Internationale".
522	21.05.1943	Aufzeichnungen Dimitrovs zu Stalins Begründung für die Auflösung der Komintern im sowjetischen Politbüro.
522a	22.05.1943	„Vorschlag" des Komintern-Präsidiums zur Auflösung der Kommunistischen Internationale.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
Agitprop	Agitation und Propaganda
AIZ	Allgemeine Illustrierte Zeitung
AM	Abteilung Militärpolitik
AM-Apparat	Antimilitärischer Apparat
Anti-Arbeit	Antimilitärische Arbeit
Antifa	Antifaschistisch
APRF	Archiv Presidenta Rossijskoj Federacii (Russisch, Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau)
AVPRF	Archiv Vnešneij Politiki Rossijskoi Federacii (Russisch, Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau)
BArch	Bundesarchiv
BB -Arbeit	Betriebs-Berichterstattung
Bund	Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland
C-Arbeit	Antiarbeit
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Italienisch, Allgemeine Italienische Konföderation der Arbeit)
CK	Centralnij Komitet (Russisch, Zentralkomitee)
CSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
ČK	Chresvičajnaja komissija po borbe s kontrrevoljuciej (Russisch: Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution)
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
EK der KI	Exekutivkomitee
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistische Internationale
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FES-Archiv	Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gosudarst'vennoe Političeskoe Upravlenie (Russisch, Staatliche Politische Hauptverwaltung, UdSSR)
GRU	Glavnoe Rasvedovatel'noe Upravlenie (Russisch, Hauptverwaltung Aufklärung [der Roten Armee], UdSSR)
GULag	Glavnoe Upravlenie Lagerej NKVD SSSR (Russisch, Hauptverwaltung Lager des NKVD der UdSSR)
HStA	Hauptstaatsarchiv
IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
IAZ	Illustrierte Arbeiter-Zeitung
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
INCOMKA	International Committee fort he Computerization of the Comintern Archives
INCS	The International Newsletter of Communist Studies
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
INO-Radio	Inostrannoe Radio (Russisch, Auslandsrundfunk der UdSSR)

ISB	Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JhK	Jahrbuch für historische Kommunismusforschung
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland
KI	Kommunistische Internationale (Komintern)
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(S)	Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPO	Kommunistische Partei (Opposition)
KPR	Kommunistische Partei Rußlands
Kuomintang	Guómíndǎng (Chinesisch, Nationale Volkspartei Chinas)
KVZD	(Russisch, Ostchinesische Eisenbahn)
M-Apparat	Militärischer Apparat
MdL	Mitglied des Landtags
MP-Apparat	Militärpolitischer Apparat
NEP	*Novaja ekonomiceskaja politika (Russisch, Neue Ökonomische Politik)*
NKWD	Narodnyj Kommissariat Vnutrennich Del (Russisch, Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NS	Nationalsozialist/isch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OGPU	Objedinjonnoje Gosudarst'vennoe Politiceskoe Upravlenie (Russisch, Staatliche Politische Hauptverwaltung, UdSSR)
OMS	Otdel Meždunarodnoj Svazi (Russisch, Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern)
Orgabteilung	Organisationsabteilung
Orgesch	Organisation Escherich
PB	Politbüro
Politkommission	Politische Kommission
Politsekretariat	Poltisches Sekretariat
Polleiter	Politischer Leiter
Profintern	Krasnij Internacional Profsojuzov (Russisch: Rote Gewerkschaftsinternationale)
PSP	Polnische Sozialistische Partei
PSS	Parteiselbstschutz
RFB	Roter Frontkämpfer-Bund
RGASPI	Rossijskij Gosudarst'venny Archiv Social'no-Političeskoi Istorii (Russisch: Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte)
RGO	Rote Gewerkschafts-Internationale
RKP (b)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'sevikov) (Russisch: Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russisch: Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
RUNA	Rundschau Nachrichten-Agentur

SA	Sturmabteilung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schupo	Schutzpolizei
SD.	Sicherheitsdienst (des Reichsführers SS)
SDAPR	Rossijnskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija (Russisch: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands).
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière (Französisch: Französische Sektion der Arbeiterinternationale)
SMAD	Sovetskaja Vojennaja Administracija (v Germanii). Russisch, Sowjetische Militäradministration in Deutschland)
Sozintern	Sozialistische Internationale
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSSR	Sojus Sovjet'skich Socialističeskich Respublik SSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
SU	Sowjetunion
T (-Arbeit)	Terror
TASS	Telegrafnoe Agenstvo Sovetskovo Sojuza (Russisch: Telegraphen-agentur der Sowjetunion)
Tscheka, Wetscheka, ČK	Vserossijskaja chresvicajnaja komissija po borbe s kontrrevoljuciej (Russisch: Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution)
UBL	Unterbezirksleitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VCK	Siehe: Tscheka
VKP(b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov) (Allunions-Kommunistische Partei (Bolschewiki)
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WEB	Westeuropäisches Büro
WES	Westeuropäisches Sekretariat
ZA	Zentralausschuß
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Zu den Autoren

Prof. Dr. Dr. h.c., Hermann Weber, 1928 in Mannheim geboren. 1943/44 Lehrerbildungsanstalt. Trat 1945 der KPD bei und studierte von 1947–1949 an der SED-Parteihochschule Karl Marx. Anschließend mit seiner Frau Gerda in der Bundesrepublik, wo er weiter für die FDJ arbeitete; 1954 Ausschluss aus der KPD; seit 1955 Mitglied der SPD. Nach seinem Bruch mit der SED begann er sich als einer der wenigen deutschen Wissenschaftler, mit der KPD-Geschichte, dem Kommunismus und seinen diktatorischen Ausformungen in der DDR auseinanderzusetzen. 1964–1968 Studium in Marburg und Mannheim; seit 1973 Professor, 1975–1993 Ordinarius an der Universität Mannheim bis zur Emeritierung 1993. 1992–1998 Sachverständiges Mitglied der Enquêtekommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; seit 1981 Leiter des DDR-Forschungsschwerpunkts in Mannheim; Begründer und bis 2008 Mithg. des Jahrbuchs für historische Kommunismusforschung (JhK); bis 2011 Mitglied des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Hermann Weber ist seit ihrer Gründung 1998 Mitglied und heute Ehrenmitglied der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen („Deutsch-russische Historikerkommission"), Leiter des Kominternschwerpunktes. Autor/Mithg./Hg. von u.a.: *Ulbricht fälscht Geschichte*, Köln 1964; *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969; *Hauptfeind Sozialdemokratie*, Düsseldorf 1982; *Geschichte der DDR*, München 1985; *Damals, als ich Wunderlich hieß*, Berlin 2002; *Der Thälmann-Skandal*, Berlin 2003; *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch*, Berlin 2004/2008; *Leben nach dem „Prinzip links"*. (mit Gerda Weber:) *Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 2006.

Prof. Dr. Jakov S. Drabkin, Leiter des Forschungszentrums für deutsche Geschichte am Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation. Geboren 1918 in Kiev, studierte von 1936 bis 1941 an der Moskauer Universität. Seine erste Veröffentlichung – die studentische Arbeit über die Stadt Würzburg während des Großen Bauernkrieges 1525 – erschien kurz vor dem Krieg. Von 1941 bis 1945 als Rotarmist an der Westfront eingesetzt, teilweise zusammen mit Lev Kopelev als Propagandaoffizier. 1945 erreichte er das von den Deutschen bereits verlassene KZ Ravensbrück. Sein wissenschaftliches Hauptwerk über die deutsche Novemberrevolution 1918–19 erschien 1958 in der Sowjetunion und zehn Jahre später in Berlin-Ost (*Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin (Ost), Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1968). Beschäftigte sich auch weiterhin mit der Geschichte der Weimarer Republik, der Biographie Rosa Luxemburgs und der Geschichte der Komintern (Jakov Drabkin: *Die Aufrechten. Karl Liebknecht. Rosa Luxemburg. Franz Mehring. Clara Zetkin*, Berlin (Ost), 1988). Seine Kominternedition gab den Anstoß zur vorliegenden Veröffentlichung (siehe: Jakov S. Drabkin, Leonid Babičenko; Kirill K. Širinja (Hrsg.): *Komintern i Ideja Mirovoj Revoljucii. Dokumenty*, Moskva, „NAUKA", 1998). Mitarbeit im „Wuppertaler Projekt" gemeinsam mit Lev Kopelev. Seit Gründung ist Drabkin Mitglied der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen („Deutsch-russische Historikerkommission"). In Rußland erschien zu seinen Ehren eine Festschrift: M. B. *Korcagina, V.L. Telicyn (Hg.): Germanija i Rossija v sud'be istorika. Sbornik statej, posvjascennyj 90-letiju Ja. S. Drabkina, Moskva, Sobranije, 2008.*

Dr. Bernhard H. Bayerlein, Historiker und Romanist, Wissenschaftlicher Angestellter, Institut für soziale Bewegungen (ISB), Ruhr-Universität Bochum; Associate Fellow, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam. Schwerpunkte: Vergleichende historische Kommunismusforschung, Europäische Archivprojekte und Digital Humanities (The International Comitee for the Computerization of the Komintern Archives (INCOMKA), The International Willi-Münzenberg Forum u.a.), portugiesische und spanische sozialwissenschaftliche Forschung. Begründer und Herausgeber

The International Newsletter of Communist Studies (INCS); Autor/Hg./Mithg. u.a.: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung; *Deutschland-Rußland-Komintern 1918–1943*, 3 vols., Berlin, 2012/2013; *„Der Verräter, Stalin, bist Du!“. Vom Ende der internationalen Solidarität*, Berlin, 2008; *Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus*. In: Osteuropa (2009); *Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941,* Paris 2003; *Deutscher Oktober 1923*, Berlin 2003; *Der Thälmann-Skandal*, Berlin 2003; *Georgi Dimitroff. Tagebücher*, Berlin 2000; *Archives de Jules Humbert-Droz, IV*, Zürich, 2001; *Duverger's Concept. Semi-Presidential Government Revisited*. In: European Journal of Political Research (1998); *Entwaffnete Utopien. Utopies désarmées*, Leipzig 1999; *Origens bonapartistas do semipresidencialismo português*. In: Análise Social, Lissabon (1996).

Prof. Dr. Aleksandr Galkin, geboren 1922, ist Historiker und Mitglied wichtiger wissenschaftlicher Einrichtungen der Russischen Föderation, u.a. des Instituts für Soziologie der Akademie für Politische Wissenschaft. Mit Prof. Drabkin Leiter des Komintern-Schwerpunkts der Deutsch-Russischen Historikerkommission. Galkin kam 1945 ins zerbombte Berlin und die sowjetische Besatzungszone, bis 1949 im Auftrag der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). U.a. war er während der Berlin-Blockade eingesetzt. Seine Dissertation hatte zum Thema die separatistische Bewegung im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Galkin ist Autor, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Publikationen zur Arbeiterbewegung, zur deutschen Geschichte und zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, u.a.: *Versal' i rejnskie separatisty*, Moskau 1962; *Rabočij klass. Glavnaja revolucionnaja sila*, Moskau 1973; *Rossija. Quo vadis?*, Moskau 2003; *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991*, München 2011; *Über die Vergangenheit und die Gegenwart*, Moskau 2013.

Personenregister